

Heinrich Salzmänn (1859–1945)
Leben und Leistung eines pharmazeutischen Standespolitikers

Dissertation
zur
Erlangung des Doktorgrades
der Naturwissenschaften
(Dr. rer. nat.)

dem
Fachbereich Pharmazie
der Philipps-Universität Marburg
vorgelegt von

Karin Grebe
aus Siegen

Marburg/Lahn 2014

Vom Fachbereich Pharmazie der Philipps-Universität Marburg als Dissertation
am 17. Dezember 2014 angenommen

Erstgutachter: Prof. Dr. Peter Dilg
Zweitgutachter: Prof. Dr. Christoph Friedrich

Tag der mündlichen Prüfung am 18. Dezember 2014

Die vorliegende Arbeit entstand am Institut für Geschichte der Pharmazie der Philipps-Universität Marburg auf Anregung und unter Leitung von

Prof. Dr. Peter Dilg

Herrn Prof. Dr. Dilg danke ich für die Überlassung des Themas und vor allem für seine Begleitung als ‚Doktorvater‘, der nie locker ließ, das Bestmögliche aus dem Material bzw. meiner Person herauszuholen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkung.....	7
2.	Einleitung	9
3.	Leben und Leistung Heinrich Salzmanns.....	17
3.1.	Die frühen Jahre.....	17
3.2.	Salzmann als Apotheker (1882–1945)	22
3.2.1.	Korps-Stabsapotheker	26
3.2.2.	Mitarbeiter der Apotheker-Zeitung	35
3.2.3.	Besitzer der Ranke-Apotheke.....	39
3.2.4.	Die Auseinandersetzungen um das Homöopathische Arzneibuch.....	47
3.3.	Salzmann als Aufsichtsratsvorsitzender der Hageda (1902–1938).....	55
3.3.1.	Gründung der Hageda	55
3.3.2.	Ausbreitung der Hageda über ganz Deutschland	61
3.4.	Salzmann als Vorsitzender des Deutschen Apotheker-Vereins (1902–1933).....	84
3.4.1.	Beginn seiner DAV-Tätigkeit	84
3.4.2.	Widerstand gegen die Personalkonzession	85
3.4.3.	Vor- und Ausbildung der Apotheker.....	106
3.4.4.	Anpassung der Arzneytaxen	121
3.4.5.	Notlage der praktischen Pharmazie.....	133
3.4.6.	Verkehr mit Arzneimitteln außerhalb der Apotheken.....	138
3.4.7.	Auseinandersetzungen mit den Krankenkassen	150
3.4.8.	Personalangelegenheiten	155
3.4.9.	Vereinsorganisation und -ausbau	165
3.4.10.	Stiftung deutscher Apotheker	179
3.4.11.	Mitarbeit an den Arzneibüchern und im Landesgesundheitsrat.....	188
3.4.12.	Ende seiner DAV-Tätigkeit.....	190
3.5.	Die letzten Jahre	197
4.	Epilog	207
5.	Zusammenfassung.....	215
6.	Anhang	219
6.1.	Kurzbiographien der engeren Verwandten und Wegbegleiter Salzmanns.....	219
6.2.	Die Bilanzen des DAV (1902–1931).....	237
6.3.	Die Versammlungen des DAV (1903–1933)	243
6.4.	Tätigkeitsnachweis / Schriftenverzeichnis von Salzmann (1889–1933).....	246

7.	Verzeichnisse	317
7.1.	Abbildungsverzeichnis	317
7.2.	Abkürzungsverzeichnis	318
7.3.	Literaturverzeichnis	319
7.3.1.	Primärliteratur	319
7.3.2.	Sekundärliteratur	344
8.	Personenregister	349

1. Vorbemerkung

Heinrich Salzmann (1859–1945) war ein pharmazeutischer Standespolitiker, der mehr als 30 Jahre lang den Deutschen Apotheker-Verein (DAV) sowie die von ihm mitbegründete Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker (Hageda) leitete, dessen beeindruckender Lebensleistung jedoch die angemessene Form der Anerkennung bisher versagt geblieben ist. Die aktuelle Forschungslage bietet nämlich allein zu diesen beiden Berufsvereinigungen einige Darstellungen: so nach wie vor Bertold Krischkes ‚Geschichte des Deutschen Apotheker-Vereins von 1820–1932‘ aus dem Jahr 1932 und zuletzt die von Peter Dilg und Elmar Esser verfasste ‚Chronik zum 125jährigen Bestehen des DAV‘ (1998) bzw. die ‚Geschichte der Hageda als standeseigener Grosshandel der Apotheker‘ von Susanne Wüllrich (1987) samt einer gemeinsam mit Christian Wehle daraus erstellten Kurzversion (1988); eine Monographie über ihren herausragenden Repräsentanten sucht man hingegen vergebens. Die vorliegende Arbeit basiert somit fast nur auf Primärliteratur und setzt sich in erster Linie zum Ziel, den Standespolitiker Salzmann zu würdigen; sie konzentriert sich deshalb neben seiner Tätigkeit als Apotheker, Redakteur der Apotheker-Zeitung und Aufsichtsratsvorsitzender der Hageda vor allem auf die Leitung des DAV und seine diesbezüglichen Verdienste.

Die Gliederung hält sich im Großen und Ganzen an die Chronologie von Salzmanns Leben, wobei zeitliche Überschneidungen – bedingt durch seine mannigfaltigen Funktionen – unvermeidbar waren. Zunächst konnten nur wenige Originaldokumente aufgefunden werden, wohingegen die Bilanzen des DAV von 1902 bis 1931 in ihrer Gesamtheit zusammengetragen werden konnten, die ein beredtes Zeugnis von Salzmanns finanziellem Geschick selbst in politisch schwierigen Zeiten abgeben. Als wertvolle Fundgruben erwiesen sich darüber hinaus zum einen die Privatarchive der Enkelkinder Sabine Wandt, Heinrich Salzmann jun. und Dr. Joachim Eisert mit Lebenslauf, Tagebuch, persönlichen Aufzeichnungen über die Hageda und den 848 Briefen des ältesten Sohnes Heinrich; zum anderen die beiden Weltwirtschaftsarchive in Hamburg bzw. Kiel mit den Vorlagen zu den jeweiligen Hauptversammlungen und schließlich die Apotheker-Zeitung als offizielles Publikationsorgan des DAV.

Zur Abrundung der Arbeit wurden Kurzbiographien der engeren Verwandten und Wegbegleitern Salzmanns verfasst, die der Anhang in alphabetischer Anordnung vereint. Zwecks Entlastung des Anmerkungsapparates findet neben der üblichen eine besondere Zitierweise Anwendung: Die archivalischen Quellen sind nach Firmen-, Kirchen-, Landes-, Museums-, Privat-, Staats-, Stadt-, Universitäts- und Wirtschaftsarchiven – jeweils versehen mit einer speziellen Abkürzung – eingeteilt, wobei dann die einzelnen Unterlagen in alphabetischer bzw. chronologischer Reihenfolge durchnummeriert wurden. Die aus Buchstaben und Zahl resultierende Sigle erscheint im laufenden Text an der entsprechenden Stelle in Klammern.

Abschließend sei der Paläographin Margarete Ritzkowsky, Tutzing, die Salzmanns in Sütterlin-Schrift von 1883 bis 1895 geführtes Tagebuch sowie die zwischen 1902 und 1922 handgeschriebenen Notizen über die Hageda transkribierte, ebenso Dank gesagt wie den schon genannten Mitgliedern der Familie Salzmann, ohne deren bereitwillige Unterstützung die nun vorliegende Biographie wohl kaum zustande gekommen wäre.

2. Einleitung

Als Heinrich Salzmann 1902 das Amt des DAV-Vorsitzenden übernahm, erwartete ihn eine Vielzahl an Aufgaben, die es in den folgenden Jahren zu bewältigen galt. An erster Stelle standen die gesetzliche Regelung des Apothekenwesens und die Auseinandersetzungen mit den Krankenkassen, an zweiter die notwendige Anpassung der Vor- und Ausbildung der zukünftigen Pharmazeuten an die gestiegenen Anforderungen. Ferner mussten Arzneibücher und Taxen geändert werden. Probleme bereiteten auch die sog. Geheimmittel und der Verkehr mit Medikamenten außerhalb der Apotheken sowie das Dispensierrecht der homöopathischen Ärzte und Tierärzte. Die Sozialversicherungen der Apothekenmitarbeiter und die eigene Standesvertretung waren ein weiteres Betätigungsfeld für Salzmann, der sich überdies den Militärdienst und die damit verbundene Pharmazie – ihm seit seiner eigenen Wehrpflicht vertraut – angelegen sein ließ. Schließlich galt es, der Redaktion der Vereinszeitschrift angemessen Rechnung zu tragen und die internationale pharmazeutische Welt nicht aus den Augen zu verlieren.

Mit der Reichsgründung 1871 fiel die Regelung des Apothekenwesens nicht mehr in die Zuständigkeit von Städten oder Landesfürsten, sondern in die des Deutschen Reiches.¹ In Preußen verstand man unter dem Begriff ‚Realkonzession‘ eine verkäufliche Konzession in Verbindung mit einem Grundstück. Der Unterschied zwischen einem Apothekenprivileg und einer Realkonzession bestand darin, dass ersteres dem Apotheker das vererbliche und veräußerliche Recht verlieh, seinem Nachfolger die für die Fortsetzung des Apothekengewerbes nötige Erlaubnis selbst erteilen zu können. Der Bestand der realkonzessionierten Apotheken hingegen wurde dadurch gesichert, dass dem Inhaber das Recht zustand, einen Kollegen präsentieren zu können, dem aber die Erlaubnis zusätzlich von höherer Stelle erteilt werden musste.² Die sog. Personalkonzession indessen ist eine personengebundene, also nicht übertragbare, weder vererbliche noch veräußerliche Betriebserlaubnis, bei der auch das Vorrecht der Präsentation entfiel, denn sie war lediglich an die Person geknüpft und erlosch, wenn der Konzessionsinhaber aufhörte, sein Geschäft zu betreiben.

Im April 1872 legte der damalige Präsident des Reichskanzleramtes, Rudolf von Delbrück, das im November des Vorjahres angekündigte Konzept eines Reichsapothekengesetzes vor. Dieser sog. Delbrücksche Entwurf sollte niederlassungswillige approbierte Pharmazeuten mittels eines einfachen Antrages bei der zuständigen Behörde berechtigen, in Gemeinden ohne Apotheke eine Betriebserlaubnis zu erhalten: eine Reform, die freilich der Einführung der Niederlassungsfreiheit gleichgekommen wäre, denn bereits an der Grenze jedes Gemeindebezirks mit Apotheke hätte die Eröffnung einer weiteren genehmigt werden müssen.³ Delbrück beabsichtigte mit seinem Plan, die Entwicklung übertriebener Handelswerte zu unterbinden, um so einer Überschuldung von Apothekenkäufern im Vorfeld entgegenzuwirken, und hoffte, damit gleichzeitig eine ausgeglichene Apothekenverteilung in Deutschland herbeiführen zu können; allerdings berücksichtigte dieses Konzept nicht den staatlicherseits notwendigen Ausgleich der Vermögenswerte bereits bestehender Apotheken. Das damalige ‚Direktorium‘ des Norddeutschen Apothekervereins war gegen diese Art von Niederlassungsfreiheit und forderte in einer Eingabe an den Bundesrat, die Erteilung von Konzessionen auf der Grundlage der Lebensfähigkeit bereits bestehender Apotheken sowie

¹ Vgl. zum Folgenden AHLHEIM (1990).

² Vgl. REINHARD (1998), 26.

³ Vgl. BERENDES (1907), 295.

des Bedürfnisses hinsichtlich der Bevölkerungsdichte beizubehalten. Wegen der immensen Bedeutung des Delbrückschen Entwurfs für den gesamten Apothekerstand wurde eine Delegiertentagung der Standesvertreter aus dem ganzen Reich durch den Norddeutschen Apothekerverein einberufen. Die Abgeordneten lehnten den ‚Delbrückschen‘ einstimmig ab und votierten für die Beibehaltung des bisherigen Systems; sollte der Staat dennoch die Niederlassungsfreiheit einführen, erklärte die Versammlung ihn für verpflichtet, den Vermögensverlust bereits bestehender Apotheken auszugleichen. Die Apothekenleiter hatten für ihre Betriebe – gestützt auf geltendes Gesetz und unter Billigung der maßgebenden staatlichen Behörden – oftmals Geld aufgenommen und mussten nun die daraus resultierenden Verpflichtungen erfüllen. Die an den Reichskanzler nachfolgend gerichtete Petition enthielt die Forderungen, die staatliche Überprüfung des Bedürfnisses und der Lebensfähigkeit bei Neukonzessionierung – im Gegensatz zu dem Ansinnen des Direktoriums – abzuschaffen, allerdings die amtliche Kontrolle der Apotheke, bzw. die Beaufsichtigung hinsichtlich der Befähigung des Apothekenleiters beizubehalten. Diese Bittschrift und hauptsächlich der mittlerweile offenkundige Widerstand anderer Landesregierungen veranlassten das Reichskanzleramt, die Bedeutung des Delbrückschen Entwurfes herunterzuspielen, d. h. ihm lediglich vorbereitenden Charakter und nicht den Status einer legislativen Vorlage zuzubilligen. Im September 1872 übertrug die Delegiertenversammlung die Verantwortung für eine standeskonforme Weiterentwicklung des Apothekenwesens dem sich gerade aus Norddeutschem und Süddeutschem Apothekerverein bildenden Deutschen Apotheker-Verein.

Im April 1873 wurde die Frage des Apothekenwesens im Petitionsausschuss des Reichstages behandelt. Es folgte das Gesuch auf Weiterleitung der Eingaben an den Reichskanzler, verbunden mit der Aufforderung, baldmöglichst eine entsprechende Gesetzesvorlage zu erstellen. Dieses Ansinnen war zwar verständlich, musste aber scheitern, da die Vorstellungen von der Beibehaltung des Systems über die Niederlassungsfreiheit bis hin zur Verstaatlichung der Apotheken reichten. Um einer Lösung näher zu kommen, beantragte der DAV bei der Regierung die Einberufung einer Sachverständigenkommission. Von den 26 Mitgliedern dieses Ausschusses sprachen sich sechs für die Niederlassungsfreiheit und 20 für die Beibehaltung des Konzessionssystems in verschiedenen Variationen aus: Die einen traten für die Personalkonzession mit und ohne Präsentationsrecht des Nachfolgers ein, die anderen forderten weiterhin freie Veräußerlich- und Vererblichkeit auch für neu zu errichtende Apotheken bzw. verlangten lediglich ein ‚Gnadenjahr‘, das der Witwe und den Erben das Recht auf Weiterführung der Apotheke durch einen Vertreter für zwölf Monate gewähren sollte. Die sog. Ablösefrage – der finanzielle Ausgleich des Wertes der Apotheke als Institution – wurde zunächst von keinem der Gremiumsmitglieder zufriedenstellend aufgearbeitet. 1875 verhärteten sich die Gegensätze dann derart, dass zwei Sachverständige die Kommission verließen.

Im November des Jahres wurde seitens des DAV dem Reichskanzleramt und den Bundesregierungen ein Gesetzentwurf samt Begründung vorgelegt. Dieses Konzept sah vor, bereits bestehende Apotheken und Neueröffnungen, die mindestens seit zehn Jahren – bei Tod bzw. behördlich attestierter Krankheit des Apothekenleiters auch kürzer – betrieben wurden, bei Fortführung durch einen qualifizierten Nachfolger gleich zu behandeln. Sofern nämlich eine Apotheke aufgrund einer amtlichen Konzession eine Zulassung bereits erhalten hatte und demgemäß im Vorfeld den medizinapolizeilichen Auflagen Rechnung getragen worden war, änderte ein Wechsel des Apothekenleiters an diesen früher staatlich geprüften Voraussetzungen nichts. Das Geschäft mit seinen Realien, d. h. Einrichtung und Warenvorräten sowie dem Kundschaftswert, stellte einen durch den Inhaber erworbenen Besitz dar, auf den er privates Recht besaß. Wenn für dieses Vermögen bei Kauf durch einen jüngeren Kollegen finanzieller Ausgleich verlangt wurde, so konnte diese Forderung nicht als

Hemmschuh für die Niederlassungsfähigkeit des Nachfolgers angesehen werden, da eine Neugründung neben der finanziellen Belastung auch ein gesteigertes Geschäftsrisiko aufwies. Für gänzlich unbegründet hielt der DAV die Befürchtung, dass bei dem Prinzip der Veräußerlichkeit eine unverhältnismäßige Verteuerung der Verkaufspreise und ein schädlicher Spekulationshandel eintreten würden, da – wie bei jedem Geschäft – der Interessent selbst die Höhe des Entgeltes akzeptiert oder nicht. Die geplante Zehnjahresfrist unterband im Voraus derartige Scheingeschäfte. Auch ein überhöhter Preisaufschlag auf Medikamente war wegen der Taxbindung ebenso wenig zu erwarten wie die bewusst zum Zwecke des Kostenausgleichs minderwertige Herstellung von Arzneimitteln – garantierte doch die behördliche Kontrolle deren Qualität. Hingegen war sicher, dass eine Unveräußerlichkeit und Unvererbbarkeit die Kreditwürdigkeit und Einsatzfreude der Apotheker minderten.

Im Gegensatz zu früheren Gesuchen reagierte die Regierung auf diese Eingaben. Im Januar 1876 legte der Bundesratsausschuss dem Plenum einen ausführlichen Bericht mit entsprechenden Anträgen vor. Darin wurde die unveräußerliche und unverkäufliche Personalkonzession sowohl bei Übernahme einer bestehenden als auch für eine neu zu errichtende Apotheke festgelegt. Der Witwe oder den minderjährigen Erben räumte man das Recht zu einer zeitlich begrenzten Verpachtung ein. Die Betriebserlaubnis war jedem Pharmazeuten ohne Bedingung, lediglich eingeschränkt durch die zu garantierende Überlebensfähigkeit bereits bestehender Nachbarapotheken, zu erteilen. Ab dem Jahr 1900 sollten alle vorherigen Formen der Betriebsberechtigungen zugunsten der Personalkonzession abgeschafft werden. Der DAV befürwortete die Abwendung der Regierung vom Delbrückschen Entwurf und damit von der Niederlassungsfreiheit, lehnte aber die Forderung der Ausdehnung der Personalkonzession auf die damals bereits bestehenden konzessionierten Apotheken nach einer im Jahr 1900 endenden Übergangsfrist ab.¹

Bereits im Mai 1877 hatte der damalige Reichskanzler Otto von Bismarck dem Bundesrat einen Gesetzentwurf gemäß einer Denkschrift des Vortragenden Rats im Reichskanzleramt, Adolf Nieberding, vorgelegt, die man nach ihrem Verfasser gemeinhin die ‚Nieberdingsche‘ nannte. Hierin wurde der Mangel an Apotheken in den Städten als gegeben erachtet und eine vom Staat zwar reglementierte, aber zu forcierte Errichtung neuer Apotheken befürwortet. Nieberding hielt den Handelswert einer Apotheke für ein vom Apotheker durch dessen kaufmännisches Geschick geschaffenes Eigentum und damit eine staatliche Entschädigung bei Etablierung der reinen Personalkonzession zwar für rechtens, aber für undurchführbar, und plädierte daher für das System der Realkonzession.² Das Reichskanzleramt trug dieser Darstellung Rechnung und sah in dem Gesetzesentwurf vor: Festlegung einer Normativzahl von 10.000 Einwohnern für jede Apotheke, Instanzenlauf für Behandlungen von Anträgen auf Neuerrichtungen, Veräußerlichkeit und Vererblichkeit der Apotheken nach einer Frist von zehn Jahren seit der Errichtung, Verbot der Verpachtung und Beschränkung der Verwaltung zugunsten von Erben auf ein Jahr. Die DAV Hauptversammlung 1877 in Leipzig war mit dieser Gesetzesvorlage bis auf die Fristenregelungen einverstanden. Dennoch kam es nicht zu einer Neugestaltung des Apothekenwesens. Die preußische Regierung trat auch weiterhin für die Personalkonzession ein und erklärte es für nur folgerichtig, von einer einheitlichen Regelung durch Reichsgesetz Abstand zu nehmen, da die Apotheker selbst uneins über das zu wählende Konzessionssystem waren. Die übrigen Bundesregierungen stimmten einer Vertagung zu, womit man die ganze Frage zu den Akten legte.

In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu Änderungen auf Landesebene, so 1886 in Preußen: Die Präsentation eines Geschäftsnachfolgers wurde nur noch bei denjenigen Apotheken genehmigt, die mindestens seit einem Dezennium bestanden. Im gleichen Jahr

¹ Vgl. KRISCHKE (1932), 59–61.

² Vgl. KRISCHKE (1932), 62.

verbot man, sogar mit rückwirkender Kraft, die seit 1870 statthafte Verpachtung von Apotheken. 1885 begann die hessische Regierung im Alleingang von ihrer Befugnis, Apothekenkonzessionen auch an Gemeinden zu verleihen, praktischen Gebrauch zu machen, und beantragte zusätzlich beim Reichstag, einer Anzahl von Ortskrankenkassen die Möglichkeit zur Errichtung eigener Kassenapotheken zu eröffnen. 1892 forderte die sozialdemokratische Partei eine Verstaatlichung der Apotheken.¹ Beides lehnte der Reichstag ab. Hingegen sicherte 1893 die Regierung den Apothekern zu, die Frage des Apothekenwesens erneut in Angriff nehmen und Sachverständige aus ihren Reihen zu Rate ziehen zu wollen. Daraufhin formierte sich ein Sonderausschuss des DAV, der zur Sicherung des Gemeinwohls und der Existenz der Apotheker eine frei vererbliche und veräußerliche Betriebsberechtigung für die Zukunft forderte. Auch dieses Mal fanden die Apotheker keinen Konsens.

1894 ließ der preußische Kultusminister Robert Bosse einen weiteren Entwurf für ein neues Apothekengesetz ausarbeiten, der wiederum dem Prinzip der reinen Personalkonzession² den Vorzug gab. Bosse vertrat nämlich die Ansicht, dass die Konzessionen in einer ganz unverhältnismäßigen Weise ausgebeutet würden, und prägte dabei den Begriff ‚Apothekenschacher‘. Der Protest der Apotheker folgte. Der preußische Entwurf zur Einführung der Personalkonzession im Deutschen Reich wurde im März 1894 vom DAV zum Gegenstand einer Umfrage gemacht. 77 Prozent der selbstständigen und 68 Prozent der angestellten Apotheker forderten die Beibehaltung der Realkonzession. Nichtsdestotrotz veröffentlichte der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal- Angelegenheiten am 5. Juli des gleichen Jahres den entsprechenden Erlass, „dass bis zur anderweitigen Regelung des Apothekenwesens den Apothekern, denen eine Konzession verliehen wird, die Präsentation eines Nachfolgers nicht mehr gestattet ist, dass dieselbe vielmehr beim Ausscheiden des Inhabers an den Staat zurückfällt“³, mithin ab diesem Zeitpunkt für neue Apotheken nur noch unveräußerliche und unvererbliche Personalkonzessionen verliehen wurden. Die bestehenden privilegierten und realkonzessionierten Apotheken blieben weiter verkäuflich.⁴ Von Seiten der Regierung versuchte man darüber hinaus, die Vergrößerung des Idealwertes – das ist der Preis für eine Konzession – veräußerlicher Apotheken bzw. die Entstehung solcher Werte bei den nach Ablauf von zehn Jahren verkäuflichen Anlagen zu verhindern, indem man in der Nähe einer solchen veräußerlichen Apotheke eine weitere nach den neuen Richtlinien konzessionierte, so dass durch die entstandene Konkurrenz sich der Idealwert der ersten Einrichtung minimierte. Die nach dem 5. Juli 1894 eröffneten Apotheken entwickelten selbst keinen Idealwert für den Betreiber. Das Vermögen der Besitzer von privilegierten und realkonzessionierten Apotheken wurde durch dieses eigenartige Vorgehen der Regierung willentlich beschnitten, was den heftigen, wenn auch vergeblichen Widerstand der DAV-Mitglieder auslöste. Auch drohte die Gefahr, dass vormalig veräußerliche Konzessionen nach einer gewissen Frist in unveräußerliche umgewandelt werden sollten. Staatlicherseits kam zusätzlich der unannehmbare Vorschlag, dass die Apotheker selbst durch genossenschaftliche Hilfe eine Ablösung dieser alten Realberechtigungen herbeizuführen hätten, wohingegen die Apotheker ihrerseits die Obrigkeit aufforderten, den Altkonzessionierten entsprechende Ausgleichszahlungen zu leisten.⁵

Der damalige DAV-Vorsitzende Max Froelich hatte bereits auf der Hauptversammlung am 6. und 7. September 1893 in Frankfurt ausweichend das kleinere Übel vorgeschlagen: „Und wenn ich die Realberechtigung nicht haben kann, dann bin ich noch viel eher für die

¹ Vgl. hierzu ENGELS (1984), 195-208.

² Vgl. hierzu u.a. STÜRZBECHER (1965), 78-80.

³ Zit. nach BERENDES (1907), 307.

⁴ Vgl. REINHARD (1998), 29 f.

⁵ Vgl. KRISCHKE (1932), 93 f.

Niederlassungsfreiheit.“¹ Er rief damit die Befürworter der Beibehaltung der veräußerlichen Konzessionen sowie die Vertreter der reinen, nicht übertragbaren Personalkonzessionen auf den Plan, deren streitbarster Punkt die Art der Entschädigung für die Betriebsrechtswerte, die sog. Ablösungsfrage, war. Auf der Hauptversammlung des DAV 1895 in Augsburg favorisierte ein Großteil der Delegierten die Niederlassungsfreiheit nach vorheriger, mit Staatsbeihilfe erfolgter Ablösung. Um die Meinung der gesamten Apothekerschaft beurteilen zu können, versandte der damalige Redakteur der Pharmazeutischen Zeitung, Hermann Julius Böttger, diesbezügliche Fragebögen, von denen 2202 beantwortet wurden: 989 Apotheker hatten sich für die Realkonzession, 750 für das gemischte System, 130 für die Verstaatlichung, 59 für die Niederlassungsfreiheit und nur 26 für die reine Personalkonzession ausgesprochen. Offen blieb die Ablösung der Idealwerte. Die Regierung war noch nicht einmal bereit, entsprechende Kredite zu gewähren.

1898 wurde ein weiterer Versuch seitens des DAV unternommen, den unausweichlichen Systemwechsel gemäß der mehrheitlichen Meinung der Apotheker auszurichten. Es kam zu einer Befragung der Kreisversammlungen: Von 73 sprachen sich nur drei für bedingungslose Ablösung aus, 35 wollten in eine Beratung über Ablösungspläne unter gewissen Bedingungen eintreten, 22 lehnten die Ablösung ab mit Beibehaltung des gegenwärtigen Systems, acht erklärten sich gegen jede Änderung und fünf wollten die Reformvorschläge der Regierung abwarten. Auch die Hauptversammlung am 22. August 1899 in Danzig brachte keine Einigkeit. Max Froelich erklärte, dass es unmöglich sein werde, zu einem einheitlichen System zu gelangen, ohne vorherige Ablösung der geschaffenen Betriebswerte. Um die Rechtsverhältnisse und die wirtschaftliche Lage des Apothekenwesens aufzuarbeiten und so zu einer Konkordanz der unterschiedlichen Auffassungen zu gelangen, wurde in Danzig eine ‚Gewerbekommission‘ gewählt. Das Ergebnis der Beratungen des am 9. und 10. März 1900 in Berlin tagenden Gremiums waren im Wesentlichen folgende Beschlüsse: Jede neue Konzession wird öffentlich ausgeschrieben, nachdem eine Prüfung der näheren Verhältnisse unter Mitwirkung eines aus freier Wahl hervorgegangenen Sachverständigenbeirates stattgefunden hat. Bei der Verleihung entscheidet das Alter des Antragstellers. Nach dreijährigem Besitz hat der Neukonzessionar von dem buchmäßigen Reingewinn eine progressiv zu steigernde Jahresabgabe zu zahlen, die nach dreijährigem Durchschnitt festzusetzen ist. Bestehende Personalkonzessionen kann man durch Zahlung bzw. Nachzahlung der Abgabe bis zum Höchstbetrag von zehn Jahresraten in vererb- und veräußerliche Apotheken umwandeln. Frei vererb- und veräußerliche Apotheken dürfen auch verpachtet werden und dienen so der Absicherung von Witwen und Waisen.²

Ebenso existenzrelevant wie die Regelung des Apothekenwesens stellten sich für die damalige praktische Pharmazie die Auseinandersetzungen mit den Krankenkassen und die damit verbundenen Personalangelegenheiten dar.³ Dem unter Reichskanzler Otto von Bismarck 1883 erlassenen ‚Gesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter‘ folgte 1884 die Verfügung einer Unfallversicherung, wodurch die Schaffung von Krankenkassen, wie z. B. der AOK, und Berufsgenossenschaften unabdingbar wurden, um die Arbeiter bei einer möglichen Erwerbsunfähigkeit vor großer Not zu bewahren. Die Beiträge zur Krankenversicherung trugen zu 1/3 die Arbeitgeber und zu 2/3 die Arbeitnehmer, die Unfallversicherung hingegen finanzierte der Arbeitgeber komplett; bei der später angeordneten Rentenversicherung standen die Einzahlungen im Patt-Verhältnis. 1889 verabschiedete der Reichstag zusätzlich eine Alters- und Invaliditätsversicherung, 1891 wurde die gesetzliche Rentenversicherung etabliert und 1911 in der Reichsversicherungsordnung (RVO) zusammengefasst, unter die nun auch die Angestellten der Apotheken fielen. Es galt

¹ Zit. nach BERENDES (1907), 305 f.

² Vgl. BERENDES (1907), 309 f.

³ Vgl. hierzu LANDGRAF-BRUNNER (1986).

also fortan, sowohl die Berechtigung der Mitarbeiter als auch die Bürde der zahlungsverpflichteten Apothekenleiter, die zunächst selbst nicht in den Genuss der Versicherungen kommen konnten, zu berücksichtigen. Der Erlass von 1913 sah die kostenlose ärztliche Behandlung und die freie Abgabe von Arzneimitteln für Kassenmitglieder vor. Die sich daraus ergebende Beziehung zwischen Apothekern und gesetzlichen Krankenkassen gestaltete sich indessen bis heute spannungs- und krisenreich. Obwohl nach Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes den Krankenkassen grundsätzlich ein Recht auf Rabatt für den Arzneibezug zugestanden worden war, bot die Höhe des Rabatts – gesetzlich verankert in den Arznei taxen – oftmals Zündstoff für Streitigkeiten.¹ Besonders scharf gestalteten sich die Konfrontationen während des Ersten Weltkriegs bzw. der nachfolgenden Inflation.² In dieser Zeit galt es, die deutsche Apotheke vor dem Ruin zu bewahren, da neben dem politisch bedingten wirtschaftlichen Mangel den inhabergeführten Apotheken als beunruhigende Konkurrenz krankenkasseneigene Medikamentenabgabestellen bzw. Verstaatlichung drohten. Aber nicht nur behördlicherseits übte man seit langem Druck aus: Das Dispensierrecht der homöopathischen Ärzte und Tierärzte sowie der illegale Arzneimittelvertrieb aus anderweitigen Quellen schmäleren den Umsatz und verschärften die missliche Geschäfts- und damit Lebenssituation besonders der Alleinarbeitenden, die sich aufgrund des Dauerbereitschaftsdienstes für ihren Betrieb geradezu opferten. Als dann noch mit Beginn des Ersten Weltkrieges die Männer einberufen wurden, drohte mancher der 5500 Apotheken im Reich die Schließung, da nur noch die wenigen kriegsuntauglichen Approbierten ihren eigentlichen Beruf ausüben konnten und entsprechend ausgebildete Frauen fehlten, für die sich bekanntlich erst seit 1899 die Möglichkeit eines Pharmaziestudiums bot.³

Jedenfalls hatte man schon vorher erkannt, dass es für den Erhalt der Apotheken vonnöten war, die Ausbildungsrichtlinien den wissenschaftlichen Anforderungen anzupassen. 1875 war die erste Prüfungsordnung erschienen, die für alle angehenden Pharmazeuten reichseinheitlich ein dreisemestriges Hochschulstudium vorschrieb.⁴ Die DAV-Generalversammlung (Vorläuferin der Hauptversammlung) forderte 1876 in Stuttgart zudem, gesonderte Professuren für theoretische und praktische Pharmazie mit eigenen Laboratorien für medizinische, toxikologische und hygienische Untersuchungen zu etablieren, um so die Selbstständigkeit des Faches zu unterstreichen und sich von der Chemie abgrenzen zu können.⁵ Da das neue Studienkonzept für Tierärzte bereits Primareife und ein sechssemestriges Studium vorsah, erwartete man von der Regierung Gleichbehandlung und die Bereitschaft, auch die pharmazeutische Ausbildung verbessern und zusätzlich das Abitur als Bedingung für den Apothekerberuf verankern zu wollen. Ferner beantragte der DAV-Vorstand nach der Generalversammlung 1880 in Breslau die Verkürzung der Lehrzeit auf zwei Jahre, die Verlängerung des Universitätsstudiums auf vier Semester sowie rein pharmazeutisch besetzte Prüfungskommissionen. Als nach sieben Jahren noch keine gesetzgeberischen Maßnahmen erfolgt waren, wiederholte man 1888 in Berlin die Ansprüche und betonte 1893 in Frankfurt die Notwendigkeit fachspezifischer Lehrstühle. Das Ziel, das man anvisierte, war somit Abitur, zweijährige Lehre, Vorprüfung, einjährige Gehilfenzeit, sechssemestriges Studium, Staatsprüfung und abschließend die Approbation, was die Pharmazeuten nicht nur anderen Akademikern ebenbürtig machen, sondern auch in die Lage versetzen sollte, den gestiegenen wissenschaftlichen Anforderungen auch der neuen Arzneibücher gerecht werden zu können.

¹ Vgl. FRIEDRICH / MÜLLER-JAHNCKE (2005), 901.

² Vgl. hierzu MENTRUP (1988), 109–116.

³ Vgl. FRIEDRICH / MÜLLER-JAHNCKE (2005), 639.

⁴ Vgl. hierzu RANKENBURG (1993), 22–24.

⁵ Vgl. hierzu BEYERLEIN (1990), 224 f.

All diesen Problemen sah sich Heinrich Salzmänn gegenüber, als er 1902 das Amt des DAV-Vorsitzenden antrat und damit gefordert war, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um der deutschen Apotheke auch in Zukunft ihren traditionellen Rang zu erhalten.

3. Leben und Leistung Heinrich Salzmanns

3.1. Die frühen Jahre

Maximilian *Heinrich* Adolf Hubert Salzmann wurde am 10. Januar 1859 in Münster geboren. Seine Eltern Heinrich Johannes Salzmann und Therese Sybilla Wilhelmine Dahmen hatten am 14. September 1847 in der katholischen Kirchengemeinde Brauweiler bei Köln, dem Wohnort der Braut, geheiratet.



Abb. 1: Die Eltern Therese und Heinrich Johannes Salzmann

Die am 23. Juni 1820 in Bedburg geborene Tochter von Johannes Wilhelm Dahmen und Henriette Beesen war fast zehn Jahre jünger als ihr Mann, der als Sohn von Adolf August und Anna Margaretha Salzmann im ländlichen Nottuln am 26. Juli 1810 geboren wurde, wo seine Eltern am 11. Oktober 1809 geheiratet hatten. Thereses Vater war Rechnungsführer an der Rheinischen Ritterakademie, einem Internat für Söhne besserer Herkunft, während sich Heinrich Johannes Vater neben seinem Beruf als Glaser auch als Landwirt betätigte; überdies beaufsichtigte er als Kirchenrendant die Geldangelegenheiten der katholischen Pfarrei – eine Besonderheit, die als Anerkennung seiner Person gewertet werden kann, denn Adolf August war bei seiner Geburt Jude.¹ Heinrich Johannes – ein Einzelkind – wurde von seinen Eltern auf das Gymnasium Paulinum nach Münster geschickt, wo er am 19. August 1831 sein Abitur mit Auszeichnung ablegte.

Nach dem Besuch der dortigen Universität – 1818 auf den Rang einer Akademie reduziert – und Promotion erhielt er im Alter von 25 Jahren die Lehrerlaubnis für Latein, Griechisch, Deutsch und Geschichte bis einschließlich der Klasse Obertertia sowie für Religion und

¹ Die Frage von Salzmanns Judentum wird an späterer Stelle noch ausführlich behandelt. – Eine Kurzbiographie von Adolf August Salzmann findet sich im Anhang.

Französisch für die Sexta und Quinta. Unbekannt ist, warum er die übliche Laufbahn im staatlichen Schuldienst nicht sofort einschlug, sondern zunächst neun Jahre lang als Hauslehrer die beiden belgischen Grafensöhne Duchâtel aus Tournai erzog, bevor er sich dann doch als Oberlehrer an seiner ehemaligen Schule anstellen ließ. Zunächst mochten ihn seine Schwiegereltern nur bedingt, was sich aber im Laufe der Zeit aufgrund seiner Position am Gymnasium, seiner Persönlichkeit und seines Wissens änderte. Auf Betreiben Thereses erfolgte bereits kurz nach der Hochzeit der Wohnungswechsel aus dem kleindörflichen Milieu Nottulns nach Münster, was ursprünglich gar nicht in seiner Absicht gelegen hatte.

Therese und Heinrich Johannes Salzmann bekamen fast jedes Jahr Nachwuchs. Ihr erstes Kind verstarb. 1849 erblickte Margarethe gesund das Licht der Welt, 1850 folgte Ferdinand, 1851 Friedrich, 1854 Carl und 1856 Adolf, während 1857 ein weiteres Kind nicht überlebte. Daher war die Freude besonders groß, als 1859 erneut ein gesunder Sohn in der Jüdefelder Straße geboren wurde: Maximilian Heinrich Adolf Hubert. Es sollten sich 1861 Wilhelm, 1863 Sophie und 1865 Therese noch anschließen. Heinrich war also genau genommen das achte von elf Kindern, wenngleich die Familie ihn als sechstes von neun einreichte, da sie nur die lebenden zählte. Zwei Tage nach seiner Geburt fand Heinrichs Taufe in der Liebfrauen-Kirche zu Münster statt. Die Eltern suchten nun verstärkt nach einem größeren Zuhause und fanden ein schönes, altes heute nicht mehr existierendes Gebäude in der nahe gelegenen Bäcker-gasse 12, in das sie dann am 1. April 1859 einzogen (StAMün 1).

Auszug


aus dem Taufbuche der kath. Pfarre Liebfrauen

Maximilian Heinrich Adolf Hubert
 ehelicher Sohn des Heinrich Salzmann, Hr. der Philosophie an Gymnasium
 und seiner Ehefrau Theresia Salmen schul-Lehrer.

ist hier geboren 10. Januar 1859

Eintaufend acht hundert neunundfünfzig

und getauft am 12. Januar 1859

 Münster, den 18ten September 1933

J. A. Kuy.
 Pfarrer.

Wegandberg'sche Buchdruckerei, Münster i. W.

Abb. 2: Geburts- und Taufbescheinigung Salzmanns, 10. / 12. Januar 1859

Die Schulferien verbrachte der Vater mit einem Teil der Kinder auf seinem bäuerlichen Anwesen in Nottuln, wo im September 1863 Heinrich, Adolf und Margarethe, genannt Grete, an Typhus erkrankten. Der Vater versorgte dort die drei neben den gesund gebliebenen Söhnen Ferdinand, Fritz und Carl, während sich die Mutter in Münster um den ebenfalls von der Seuche befallenen Wilhelm und das nicht infizierte Baby Sophie kümmerte (PE 19). Obwohl der Arzt den Tod des kleinen Heinrich als wahrscheinlich vorausgesagt hatte, wurde er wieder gesund, während seine Schwester Grete im Oktober 1863 an Typhus starb. Der Junge musste wegen der Krankheit die darauf folgenden Monate in Nottuln verbringen. Trotz einer zurückgebliebenen körperlichen Schwäche entschlossen sich die Eltern, ihn im Herbst

1865 auf die Domschule in Münster zu schicken. 1867 wechselte der nun Achtjährige auf das jahrhundertealte Gymnasium Paulinum über, das er 1874 nach Erlangung der Primareife, d. h. ohne Abitur, verließ.

Am 25. November 1874 wurde Heinrich Salzmänn von seinem Vater mit der Postkutsche nach Ahaus in Westfalen zu Dr. Julius Berendes, dem späteren Pharmaziehistoriker, gebracht, bei dem bereits sein Bruder Friedrich arbeitete und er ebenfalls eine Apothekerlehre beginnen sollte. Besondere Neigungen spielten bei der Berufswahl der beiden Söhne keine Rolle. Für den Vater war es angesichts der Größe der Familie sowie seines verhältnismäßig geringen Gehaltes als Gymnasiallehrer vielmehr notwendig, seine Kinder so früh wie möglich auf eigene Füße zu stellen; es mag auch sein, dass zwei angeheiratete Onkel mütterlicherseits, beide Apotheker, diesen Weg gewissermaßen vorgezeichnet hatten (PE 55).



Abb. 3: Heinrich Salzmänn als 16-jähriger Lehrling 1875

Salzmänn erwies sich als sehr geschickt und einsatzfreudig, so dass sein Lehrchef ihm schon nach relativ kurzer Zeit tagelang die Apotheke überließ – allerdings ohne dem Stift auch spezielle Wünsche einzelner Kunden zuvor verraten zu haben: Einem Bauer, dem bei einem Apothekenbesuch jedes Mal ein kleiner Schnaps ausgegossen wurde, verabreichte der junge Salzmänn stattdessen ein mit Lebertran gefülltes Gläschen. Der Landmann schluckte, ohne mit der Wimper zu zucken, den Inhalt mit anschließendem Kommentar hinunter (PE 67). Viele Jahre später – wahrscheinlich anlässlich des 25jährigen Jubiläums Salzmännns als Vorsitzender des DAV am 7. September 1927 – verarbeitete sein Erstgeborener dieses Histörchen in einem Gedicht über die Jugendtage des Vaters:

„Es war einmal ein Knabe

Doch sagt’ er dann beim Abschied:

Wohl fünfzehn Jahre alt;
Da sprach zu ihm der Vater
Die Worte von Gehalt:

Genügend hat die Schule
Dein Wissen dir vertieft;
Jetzt kommst du in die Lehre
Als Apothekerstift!

Doch so ein Lehrling hat's nicht leicht,
Gar mühsam er sein Ziel erreicht;
Ja, so ein Lehrling hat's recht schwer,
Soll alles können und noch mehr.

Herr Berendes in Ahaus,
Der nahm sich seiner an
In seiner Apotheke
Das schwere Werk begann.

Jedoch vor allem andern
Sollt' er die Kunst verstehn
Mit seines Lehrherrn Kindern
Spazieren fein zu geh'n.

Ja, so ein Lehrling hat's nicht leicht,
Gar mühsam er sein Ziel erreicht;
Ja, so ein Lehrling hat's recht schwer,
Soll alles können und noch mehr.

Dann muß' er früh um sechse
In der Ap'theke sein,
um Flaschen, Töpfe, Gläser
Vom Staube zu befrein.

Und wenn Rezepte kommen,
Geh man zum Hauswirt Koller,
Der weiß Bescheid darum!

Des Sonntags ward getempelt
Mit ein'gen ältern Herrn.
Daß er gewann am meisten,
Das sah'n die Herrn nicht gern.

Und sprach er dann vergnüglich:
Noch eins, Herr Aktuar?
So sagte der: Lat't bliewen,
Da fand ich drin ein Haar!

So wuchs er in der Stille
An Klugheit und Verstand
Doch niemand tat es merken
In ganz Westfalenland;

Er war so brav, so artig
In seiner Jugend Lauf,
Nie macht er dumme Streiche,
Wir warten heut' noch drauf!

Einst kam zur Apotheke
Ein Bäuerlein spaziert
Und ward von ihm wie üblich
Mit einem Schnaps traktiert.

Der trank und schnitt Grimassen–
schmeckt das Zeug gemein!
Der Stift schaut nach der Flaschen–
S'war Lebertran darein!“ (PW 18)

Salzmann beendete die dreijährige Lehrzeit unter seinem Bruder Friedrich, der inzwischen von Berendes die Ahauser Hirsch-Apotheke – eine der ältesten Apotheken des Münsterlandes mit Gründungsdatum 23. Januar 1788 – erworben hatte (STAMü 1). Am 4. Januar 1878 bestand er das Vorexamen mit ‚sehr gut‘, das er – gemäß der Ordre vom 13. November 1875 über Gehilfenprüfungen – vor einem Gremium aus einem höheren Medizinalbeamten und zwei möglichst ortsansässigen Apothekern am Sitz der Regierung, also in Münster, ablegte.¹ Das Protokoll bescheinigt dem Kandidaten für Botanik mit Terminologie, Morphologie, Systematik und Pharmakognosie die Note ‚gut‘, für Chemie, beidseitige Übersetzung lateinisch-deutscher Begriffe in der Pflanzenkunde, Dosenlehre der Arzneimengen, Physik sowie praktisches Arbeiten im Laboratorium und in der Offizin jeweils die Bewertung ‚sehr gut‘, so dass dem Examineerten von dem Vorsitzenden der Kommission, dem Regierungs- und Medizinalrat Heinrich Arens, insgesamt das Prädikat ‚sehr gut‘ erteilt wurde (STAMü 2).

¹ Vgl. hierzu VIERKOTTEN (1969), 97-103.

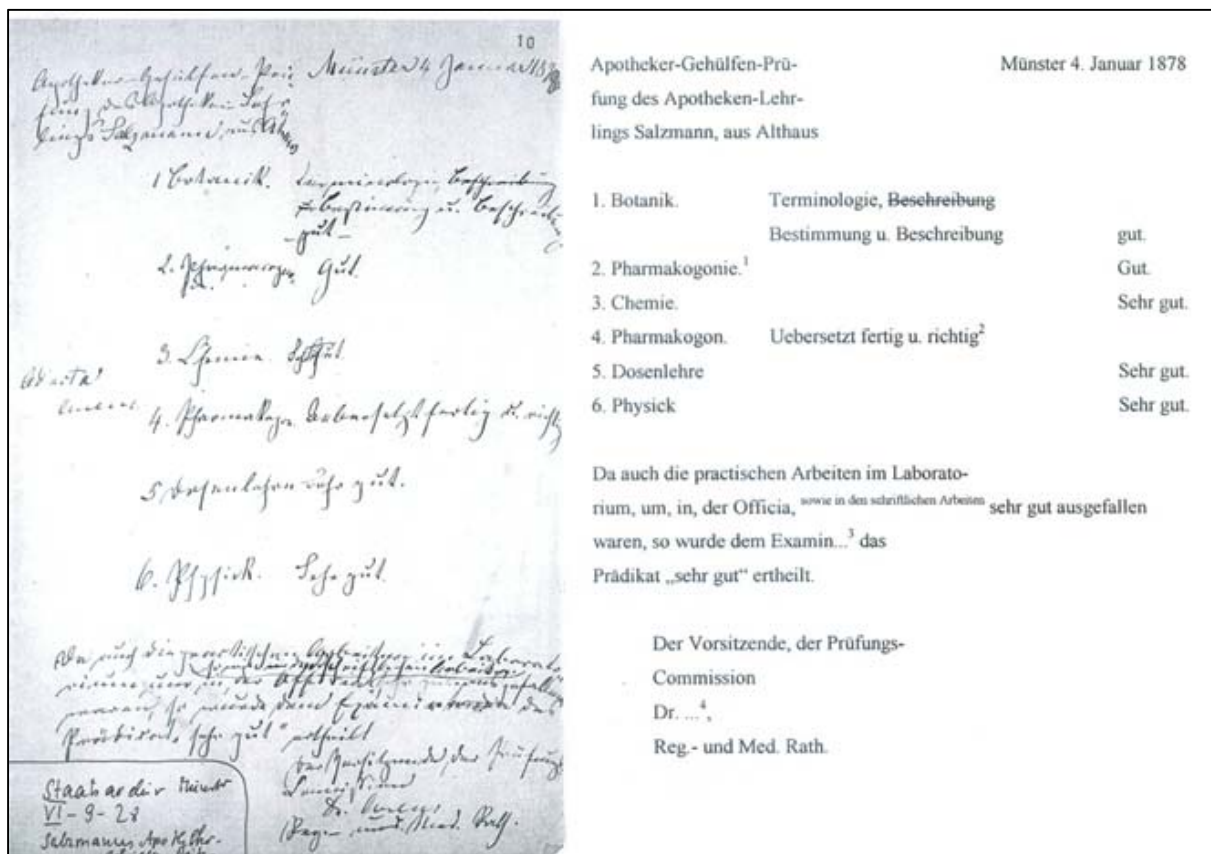


Abb. 4: Apotheker-Gehülfen-Prüfung, 4. Januar 1878 (mit Transkription)

Mit einem solchen Zeugnis in der Tasche war es ein Leichtes, sofort Arbeit zu bekommen. Salzmann fand seine erste bezahlte Gehilfenstellung bei seinem ehemaligen Nachbarn, dem Apotheker und Medizinal-Assessor Sigismund Feldhaus, in der Münsteraner Hirsch-Apotheke, Roggenmarkt 13, wo er vom 1. Januar 1878 bis zum 30. Juni 1879 arbeitete.¹ Die freundschaftliche Beziehung der beiden sollte sich auch auf Salzmanns weiteren beruflichen Werdegang positiv niederschlagen. Feldhaus pflegte nämlich Verbindungen zu dem Münsteraner Korps-Stabsapotheker Wilhelm Lenz, der den Jung-Pharmazeuten für den aktiven militärisch-pharmazeutischen Dienst zu gewinnen suchte. Voraussetzung für eine diesbezügliche Laufbahn war jedoch ein Chemiestudium mit anschließender Promotion, das Salzmann später (1886) dann auch in die Tat umsetzte.

Doch zunächst begab er sich am 1. Juli 1879 zur weiteren Ausbildung in die Adler-Apotheke nach Siegen-Weidenau, die dort noch heute an gleicher Stelle betrieben wird. Vom 1. Januar bis zum 1. Oktober 1880 arbeitete er anschließend in der altehrwürdigen Schwanen-Apotheke in Frankfurt am Main. Hierauf studierte er zunächst zwei Semester Pharmazie an der damaligen Königlichen Akademie in Münster, dann ein weiteres vom 26. Oktober 1881 bis zum 9. März 1882 an der 1810 gegründeten Friedrich Wilhelm-Universität zu Berlin.

¹ Vgl. hierzu KLÖTZER (2008), 201.

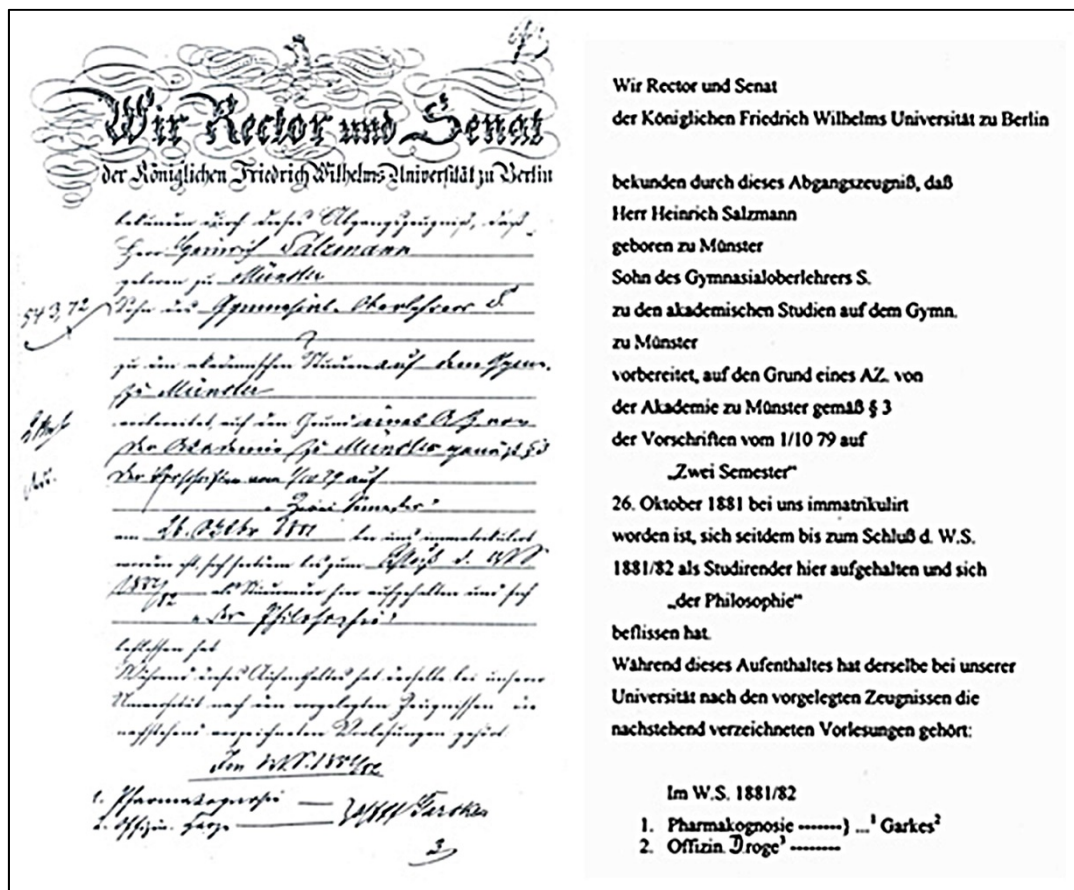


Abb. 5: Abgangszeugnis der Friedrich-Wilhelm-Universität (mit Transkription)

Im Matrikelbuch wurde vermerkt, dass Salzmann zuvor an keiner Universität eingeschrieben gewesen sei, weil die westfälische Bildungsstätte als nicht gleichgestellt galt, da sie zu jener Zeit lediglich den Status einer ‚Königlichen Akademie‘ besaß¹. Salzmann absolvierte das vierte Fachsemester vom 6. Mai bis zum 2. August 1882 wieder in Münster, wo er Spezielle Botanik und Physiologie der Pflanzen bei dem damaligen Rektor Theodor Nitschke und Chemie bei Heinrich Salkowski belegt hatte (UMü 1). Gleichzeitig konditionierte er während der Ferien in mehreren Apotheken: so in Stadtlohn, Gescher, Berge bei Quakenbrück, Havixbeck, Lienen, Lüdinghausen, Schüttorf und Bielefeld (PE 21; UMü 1).

3.2. Salzmann als Apotheker (1882–1945)

Das pharmazeutische Staatsexamen bestand Heinrich Salzmann am 5. Dezember 1882 vor der Prüfungskommission in Berlin mit dem Prädikat ‚sehr gut‘, wodurch ihm die Approbation zum selbstständigen Betrieb einer Apotheke im Gebiet des Deutschen Reiches erteilt wurde (PE 22).

¹ Die königliche Akademie in Münster war aus der 1780 gegründeten eigentlichen Universität mit den vier klassischen Fakultäten Theologie, Jura, Medizin und Philosophie hervorgegangen. Der Anschluss Westfalens an Preußen nach dem Wiener Kongress 1815 hatte nämlich dazu geführt, dass die Hochschule 1818 ihren Universitätsstatus einbüßte und zu einer philosophisch-theologischen Akademie degradiert wurde. Die Philosophische Fakultät entwickelte sich zu einem Sammelbecken unterschiedlicher Fachrichtungen, so auch für Pharmazie. Erst 1902 verlieh Kaiser Wilhelm II. Münster wieder die vollen Hochschulrechte.

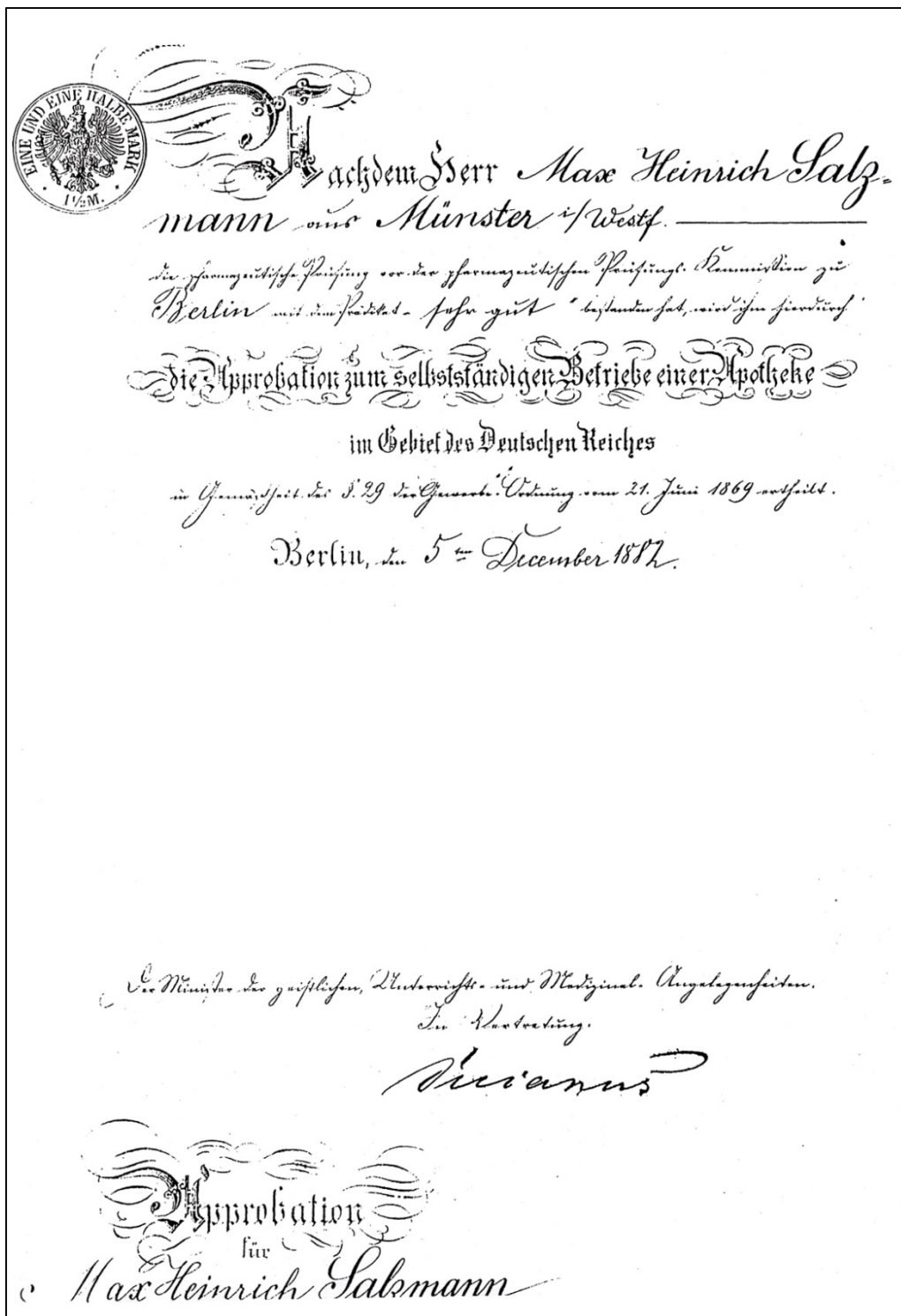


Abb. 6: Approbationsurkunde vom 5. Dezember 1882

Am 16. Dezember reichte er bei dem verantwortlichen Generalarzt ein Gesuch ein, um beim 7. Armee-korps in Münster seinen Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger ableisten zu können; bis zu dessen Beginn am 1. Oktober 1883 arbeitete er bei Ommo Janssen Ommen, dem damaligen Besitzer der Kur-Apotheke Norderney. Am ersten Tag seines Aufenthalts auf der ostfriesischen Insel begann er, ein insgesamt 32-seitiges Tagebuch¹ zu führen, dessen letzter Eintrag zwölf Jahre später, am 23. Juni 1895, erfolgte (PE 24). Er skizzierte an jenem 4. April

¹ Die Darstellung hier hält sich an die Chronologie des Tagebuchs von 1883 bis 1895.

1883 zunächst die Fahrt von Münster über Emden zur Stadt Norden, wo er die Nacht bis zur Überfahrt verbrachte. Anschließend zeichnete er seine ersten Eindrücke von dem neuen Zuhause auf, wobei er auch über seinen Gesundheitszustand – Salzmann plagte zeitlebens die Migräne, offenbar ein Erbteil seiner Mutter – berichtete: „Freitag den 13 ten April zum ersten Mal auf Norderney an nennenswerthen Kopfschmerzen gelitten. Auch Samstag den 14 ten dauern dieselben an. Gegen Abend Fieber und vollständige Ermattung und Schlaflosigkeit. Vor dem Zubettgehen 0.75 Gramm Chininum sulfuricum eingenommen. Nacht vollständig schlaflos. Heute Sonntag den 15 ten Morgens verstärkte, aber immer noch erträgliche Kopfschmerzen. Fortgesetzte Appetitlosigkeit. Mit einigem Erfolg Mixtur aus Natrium bicarbonicum und Tinctura Rhei vinosa gebraucht. Mittags etwas Appetit. Die Kopfschmerzen concentrieren sich immer mehr auf linke Schläfe und Auge“ (PE 24, S. 1). Er notierte am 13. April 1883 weiter: „Heute auch die Entdeckung gemacht, dass ich statt der von Weglau gekauften 6 Hemden nur 5 erhalten habe und dass von diesen 5 überdies 2 statt No. 41 – No. 40 haben. Gesundheitszustand immer günstig. Leben regelmäßig. Abends 10 Uhr zu Bett, Morgens 6 Uhr bis ½ 7 Uhr heraus. Soweit die Zeit es erlaubt, studiere ich Englisch nach Toussaint-Langenscheidt. Fortschritte nicht gerade rapide. Meer immer ruhig. Wind vorwiegend NO und kalt. Vegetation zurück. Ueppiger als auf dem Festland blüht jetzt schon Viola tricolor (arvensis)[!]. Abends 10 Uhr die meteorologischen Bestimmungen (Rel. Feuchtigkeit, Temperatur, Luftdruck, Windrichtung und Stärke, Bewölkung). Briefe erhalte ich fast gar nicht. Besonders ist Adolf sehr nachlässig im Antworten [...]“ (PE 24, S. 2).

Salzmanns Aufzeichnungen aus dem Jahr 1883 haben durchgängig die Themen Alltag, Wissenschaft und Familie zum Gegenstand. Das gesellschaftliche Leben auf der ostfriesischen Insel schien den Pharmazeuten durchaus zu begeistern und seine Darstellung bietet geradezu ein Kompendium des ‚Wer mit Wem auf Norderney‘. Am 2. August zählte die Badeliste annähernd 6000 Gäste, die auch bei Bedarf allesamt die einzige Apotheke besuchten und so bezüglich der Inselneuigkeiten eine nie versiegende Informationsquelle für den Interessierten bildeten. Salzmann empfand seine Arbeit in der Norderneyer Apotheke gleichwohl als nicht sehr belastend: „Im Uebrigen ist mir die ganze Stellung nach wie vor denkbarst angenehm. Recepte selten mehr als 50 bis 60, Kassen von 80 bis 100 Mk“ (PE 24, S. 5). Am 16. September unternahm der Apotheker eine „Lustfahrt“ mit dem Lloydampfer ‚Forelle‘ nach Helgoland. Bei bestem Wetter dauerte die Reise von seinem Heimathafen bis dahin drei Stunden. Er zeigte sich begeistert von diesem Felsen inmitten der Nordsee, beschrieb wie gewohnt Flora und Fauna und betonte den „feineren Eindruck“, den im Vergleich zu den derben Manieren der Norderneyer die Helgoländer auf ihn machten. Ausführlich berichtete er ferner über den Untergang eines Auswanderungsdampfers namens ‚Cimbria‘ und über die Ertrunkenen, die an den Strand von Norderney gespült oder deren Leichenteile von Fischern aus dem Meer geborgen wurden.¹

Salzmann befasste sich während des Jahres 1883 aber auch mit der damals aktuellen Literatur: „An Lectüre habe ich augenblicklich ‚Dühring, die Judenfrage als Racen- Sitten- und Culturfrage nebst einer weltgeschichtlichen Antwort“. In seinem Tagebuch kommentierte er dazu das Gelesene und kritisierte den übertriebenen Antisemitismus des Verfassers. Er schien sich sehr für die Judenfrage zu interessieren und las aus diesem Grund auch die Bücher ‚Größe der Schöpfung‘ sowie ‚Jeese, Chronics und Judenspiegel‘. Überraschend allerdings ist, dass der ansonsten differenzierende Salzmann gängige Vorurteile übernahm: „Ludwig Barnay (jüdisch; der schönste Mann Europas?) mit christlicher Braut auch hier auf Norderney. Es scheint beinahe, als ob die Juden jetzt in der Mehrzahl wären. Ihr Benehmen in der Apotheke ist im Allgemeinen erträglich. Die polnischen Juden sind gegen früher meist jetzt in

¹ Das 3000 Tonnen schwere Hapag-Lloyd-Linienschiff ‚Cimbria‘ der Hamburg-Amerika-Linie sank nach einer Kollision mit dem britischen Kohlendampfer ‚Sultan‘ am 19. Januar 1883 vor Borkum. An Bord befanden sich 401 Passagiere sowie 91 Besatzungsmitglieder. Lediglich 39 Menschen konnten aus dem eiskalten Wasser gerettet werden. Vgl. Ostfriesen Zeitung vom 1. September 2001, S. 3.

Tirol. Hauptleiden: Schwach“. Selbst getaufte Juden waren ihm suspekt. Über die Oper ‚Die Jüdin‘, die er am 31. Oktober 1886 – zu Beginn seines Chemiestudiums in Freiburg – besuchte, urteilte er: „Leistungen erträglich; Ausstattung verhältnismäßig gut. Die Handlung selbst hat mir wenig behagt; plumpe Verherrlichung des Judenthums.“ Offensichtlich gefiel dem Studenten das am 23. Februar 1835 in Paris uraufgeführte fünftaktige Bühnenwerk des französischen Komponisten Jacques Fromental Halévy mit dem Text von Augustin Eugène Scribe wenig. Salzmann war zwar deutsch-national eingestellt, weshalb das von Konrad Krez (1828–1897) verfasste ‚An mein Vaterland‘ nicht von ungefähr zu seinen Lieblingsgedichten gehörte, blieb aber zeitlebens parteilos (PE 24, S. 6, 9).

Vom 1. Oktober 1883 bis zum 30. September 1884 absolvierte Salzmann den einjährig-freiwilligen Dienst als Militär-apotheker im Garnison-Lazarett des 7. Armee-korps in Münster. Bei seinem Abgang wurde ihm „gute Führung“ bescheinigt und die Beförderung zum Unter-Apotheker ausgesprochen (PE 67). Vom 1. Oktober 1884 bis zum 31. Dezember 1885 arbeitete er dann als Provisor in der Engel-Apotheke in Bremen, danach drei Monate in Gelsenkirchen und schließlich ein zweites Mal für ein halbes Jahr in der Kur-Apotheke bei Ommen auf Norderney (PE 60).

Am 22. Oktober 1886 trat Salzmann mit einem Empfehlungsschreiben des Korps-Stabsapothekers Lenz in der Tasche die Reise nach Freiburg an. Ohne die verbriefte Förderung durch den an der militärischen Laufbahn seines jungen Kollegen sehr interessierten Offizier hätte der junge Pharmazeut weder Chemie studieren noch Karriere beim Heer machen können. Der künftige Hochschüler verband die Fahrt von Münster in die badische Universitätsstadt mit Besuchen bei Verwandten und Freunden in Gelsenkirchen und Köln. In einem Waggon dritter Klasse erreichte er am 24. Oktober 1886 sein Ziel. Die gesamte Reise hatte ihn „cc. 26 Mk.“ gekostet, was Salzmann, der jeden Pfennig zählte, in seinen Aufzeichnungen präzise wiedergab.

Zunächst stieg er in Freiburg im Hotel ‚Zum Engel‘ ab, das er als empfehlenswert einstufte; bereits am folgenden Tag fand er zum Preis von monatlich 25.50 Mk. ein Zimmer, das zwar sehr bescheiden eingerichtet, aber sauber war. Salzmann hörte bis zum Beginn der Chemie-Vorlesungen und Praktika Physik bei Emil Warburg und ‚Geschichte Europas von 1795 an‘ bei Hermann Eduard von Holst. Der damalige Semesterbeitrag belief sich auf 1 Mk. Am 2. November 1886 begann Salzmann dann unter Professor Adolf Claus mit Laborarbeiten im Rahmen seines Chemiestudiums, wobei er als erste Aufgabe die ‚Darstellung des propionsauren Kaliums und äthylschwefelsauren Natriums und Darstellung von Antrachinonum aus Anthracen‘ erhielt. Die Ausführung ging zunächst nur stockend voran, da er die benötigten Apparaturen selbst kaufen und herrichten musste und im Umgang mit organisch-chemischen Präparaten noch ungeübt war. Neben Claus betreute der Extraordinarius Heinrich Willgerodt das Semester, beide von dem Studenten als „sehr entgegenkommend“ bezeichnet. Am 13. November 1886 wurde Salzmann zu seiner eigenen Verwunderung zum Ober-Apotheker der Armee befördert und unmittelbar danach auf unbestimmte Zeit für sein Studium beurlaubt. Bevor ihn freilich am 28. November die Bestallung selbst erreichte, hatte er diese freudige Nachricht bereits ein paar Stunden zuvor in einem Artikel der ‚Täglichen Rundschau‘ gelesen. Just an diesem Tag empfing Salzmann auch einen Brief von Feldhaus auf Anregung von Lenz, er möge sich um eine vakante Position als Korps-Stabsapotheker bewerben, dem er auch umgehend nachkam, allerdings verbunden mit der Bitte um temporären Aufschub wegen seiner noch abzuschließenden wissenschaftlichen Arbeit. Die Zeit drängte also. Deshalb setzte er am 2. Dezember 1886 Willgerodt davon in Kenntnis, dass seine noch nicht begonnene Promotion am Ende des Sommersemesters 1887 jedenfalls fertiggestellt sein müsse. Am 13. Dezember erhielt Salzmann sein Thema, worüber er schrieb: „Von Willgerodt ist mir präparative Beschäftigung u. eine Dissertationsarbeit gewissermaßen aufgedrängt. Da ich nicht wusste, wie Claus sich

hierzu stellen würde, so habe ich heute den unangenehmen Schritt thun müssen, ihn direkt zu befragen, worauf er mir erklärte, ich möge die Arbeit nur nehmen (Chloriren von Parabromtoluol usw.)“. Schon am 17. Dezember meldete sich Lenz wieder über Feldhaus bei Salzmann und fragte an, ob er nicht schon zum 1. Februar 1887 in Karlsruhe den Dienst als Korps-Stabsapotheker übernehmen könne, da eine spätere Möglichkeit, einen gleichrangigen Posten zu erhalten, mehr als fraglich sei. Salzmann entschloss sich zu diesem Schritt, hoffte allerdings, seine chemischen Untersuchungen am Karlsruher Polytechnikum fortsetzen zu können (PE 24, S.10, 86).

3.2.1. Korps-Stabsapotheker

Am 10. Januar 1887 erreichte Salzmann die offizielle Anfrage des Kriegsministeriums, ob er unter den mitgeteilten Bedingungen von jährlich 600 Talern [ca. 1.800 Mark] nebst Wohnungszuschuss die ausgeschriebene Stelle antreten wolle.



Abb. 7: Heinrich Salzmann als Offizier 1887

Vom Sanitätskorps wurde Salzmann wohlwollend empfangen, bei der Donnerstagsvisite als „Einer der Unsrigen“ vorgestellt und zum gemeinsamen alltäglichen Mittagstisch der

Sanitätsärzte gebeten. Seinem Doktorvater war es anfangs nicht recht, dass er die weiteren chemischen Untersuchungen in Karlsruhe vornehmen wolle. Durch Zuspruch von Willgerodt einigte man sich jedoch darauf, die wissenschaftliche Federführung trotz der räumlichen Entfernung bei Professor Claus zu belassen. Nach eigener Aussage schaffte Salzmann es zeitlich gut, beide Aufgaben – Militärdienst und Promotionsarbeit – parallel laufen zu lassen: „Nach 4 wöchentlicher Thätigkeit darf ich sagen, dass ich mit meinen Verhältnissen so zufrieden bin, wie ich während meines Berufslebens noch kaum war. Dienstlich gewöhne ich mich gut ein; Arbeit wenig, sodass ich genügend Zeit zur Fortsetzung meiner Promotionsarbeit finde. Zum 1 ten März komme ich bereits in eine höhere Gehaltsstufe, sodass ich jetzt cca 1000 Thlr Jahreseinnahme habe“ (PE 24, S.12).

Im März 1887 beschäftigte sich Salzmann im Rahmen seiner Arbeit als Korps-Stabsapotheker das erste Mal mit einem lebensmittelchemischen Problem: Er hatte Corned-beef aus Konservendosen zu untersuchen, nach dessen Genuss Soldaten aus Köln und Umgebung an Fieber erkrankt waren. In der folgenden Zeit befasste er sich dann immer wieder mit lebensmittelchemischen Fragestellungen und sollte auch später seine Kenntnisse auf diesem Gebiet noch häufig publizieren. Die Fortschritte seiner Dissertation waren in den Monaten Februar bis April 1887 ebenfalls beachtlich. Am 27. Mai 1887 lieferte er seine ersten Ergebnisse an Willgerodt ab, dessen Antwortschreiben vom Juni des gleichen Jahres dem Doktoranden mehr Klarheit verschaffte: „Geehrtester Herr Salzmann! Ihren Brief habe ich soeben erhalten u. mit großem Interesse gelesen. Ihre Flüssigkeit ist nach Analyse ein Gemisch von isom. Monochlorbromtoluol, od. ein Gemenge von Mono u. Dichlor- etc., dem noch etwas p-Bromtoluol anhängt!“ (PE 25–28). Salzmanns wissenschaftliche Arbeit sollte Aufschluss über das Substitutionsverhalten methylierten Benzols unter Einwirkung von Halogenen geben. Als Ausgangsprodukt wählte er zum einen industriell gefertigtes Parabromtoluol und chlorierte dieses zunächst, wodurch er ein bihalogeniertes Methylbenzol erhielt, das er zur Klärung der Substituentenstellung und zum Nachweis der möglichen Isomeren nitrierte, sulfonierte und zu entsprechenden Benzoesäuren oxidierte. Er protokollierte die sich ändernden physikalischen Gegebenheiten wie Temperaturerhöhung, Gewichtszunahme, Farbwechsel, Schmelz- und Festpunkte. Zum anderen untermauerte er seine Vermutung über die Gesetzmäßigkeit der sich vollziehenden chemischen Vorgänge, indem er von der 1,2-Variante ausging und diese den gleichen Manipulationen unterwarf. Als dritten Grundstoff wählte er Metachlortoluol, um bei gleicher Vorgehensweise ein weiteres Mal seine Erwartung bezüglich der Produkte erfüllt zu sehen. Allerdings erwies sich die Beschaffung der benötigten Grundsubstanz als unmöglich, so dass Experiment nicht ausgeführt werden konnte. Während die Halogensubstitutionen keine bedeutend neuen Erkenntnisse erbrachten, gelang es Salzmann durch ihre Oxidation zu den entsprechenden Benzoesäuren, eine vierte Chlorbrombenzoesäure – die Orthochlor-orthobrom-benzoesäure – zu entdecken. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man nämlich nur drei dieser Säuren nachgewiesen, die zudem auf einem anderen Syntheseweg erhalten worden waren. Salzmann hoffte daher, mit diesem Erfolg sein Werk abschließen zu können. Zu seiner großen Überraschung bat man ihn jedoch, seine Untersuchungen auf mehrfach doppelsubstituierte Toluole und Benzoesäuren als Ausgangsstoffe auszudehnen, was allerdings letztendlich zu keinen bedeutenden Varianten führte. So schrieb er am 1. November 1887 an Willgerodt: „Sehr geehrter Herr Professor! Indem ich Ihnen in der Anlage einen Bericht über den derzeitigen Stand meiner Promotionsarbeit übersende, verfehle ich nicht, Ihnen zunächst meinen besten Dank abzustatten für die freundliche Unterstützung, die Sie mir durch Ihre brieflichen Mittheilungen aus dem Juni d. J. haben zu Theil werden lassen. Wie Sie aus dem Brief ersehen werden, hat meine Thätigkeit während des Sommers mich zu einem klareren Bilde meiner Aufgabe geführt, als es mir in meinem vorigen Schreiben zu geben möglich war. Wenn zwar auch das Thema keineswegs erschöpft ist, so scheint mir doch für meine engere Aufgabe (Mono- und Dichlorparabromtoluole) ein gewisser Abschluß erreicht zu sein“ (PE

29). Am 4. Februar 1888 reichte Salzmann sein Gesuch um Zulassung zur Doktorpromotion bei der Philosophischen Fakultät Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg ein, worauf Dekan Fritz Neumann den 28. des Monats für die mündliche Prüfung vorsah, obwohl sein Kollege Claus wünschte: „dass noch einige Versuche nachträglich angestellt und der Dissertation vor ihrem Druck eingefügt würden“ (PE 29; UF 1). Wie auch die übrigen zehn Fakultätsmitglieder befürwortete der Doktorvater trotzdem eine vorgezogene mündliche Prüfung: „Indessen kann das kein Grund sein, den cand. nicht schon jetzt auf Grund der Arbeit, so wie sie schon jetzt vorliegt, zur mündlichen Prüfung zuzulassen“ (UF 1). Es war also Claus und nicht – wie Salzmann vermutete – Willgerodt, der eine Erweiterung der Dissertation forderte: „Mit meiner Promotionsarbeit, die nachträglich von Willgerodt noch wieder ausgedehnt ist, hoffe ich in den nächsten Wochen fertig zu werden. Wenn ich auch froh bin, dass ich die Angelegenheit damit erledigt habe, so muss ich doch mir gestehen, dass die Arbeit erweiterungs- u. verbesserungsfähig war. Das Material war zu breit für die mir zur Verfügung stehende Zeit“ (PE 29, 31–33). Im Juli stellte er dann seine Dissertation mit dem Titel ‚Beiträge zur Kenntniss halogensubstituierter Toluole und Benzoësäuren‘ endgültig fertig und reichte sie am 1. März 1889 bei der Philosophischen Fakultät ein. Fünf Tage später wurde Salzmann in Freiburg mit der Note „cum laude superato“ zum Doktor der Philosophie promoviert (UF 4).

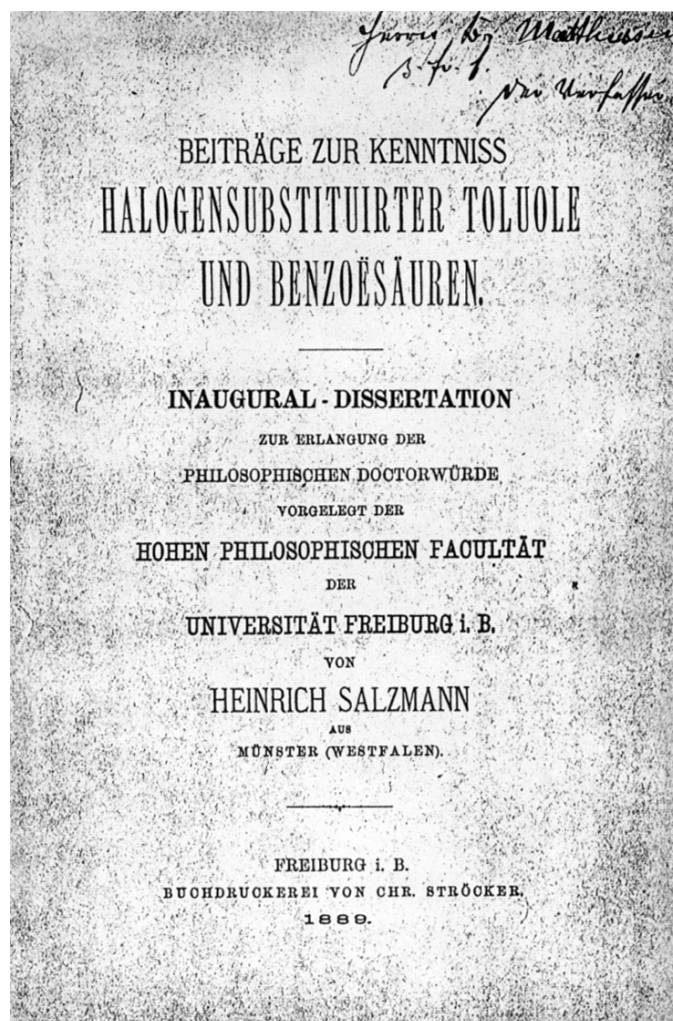


Abb. 8: Titelblatt von Salzmanns Doktorarbeit 1889

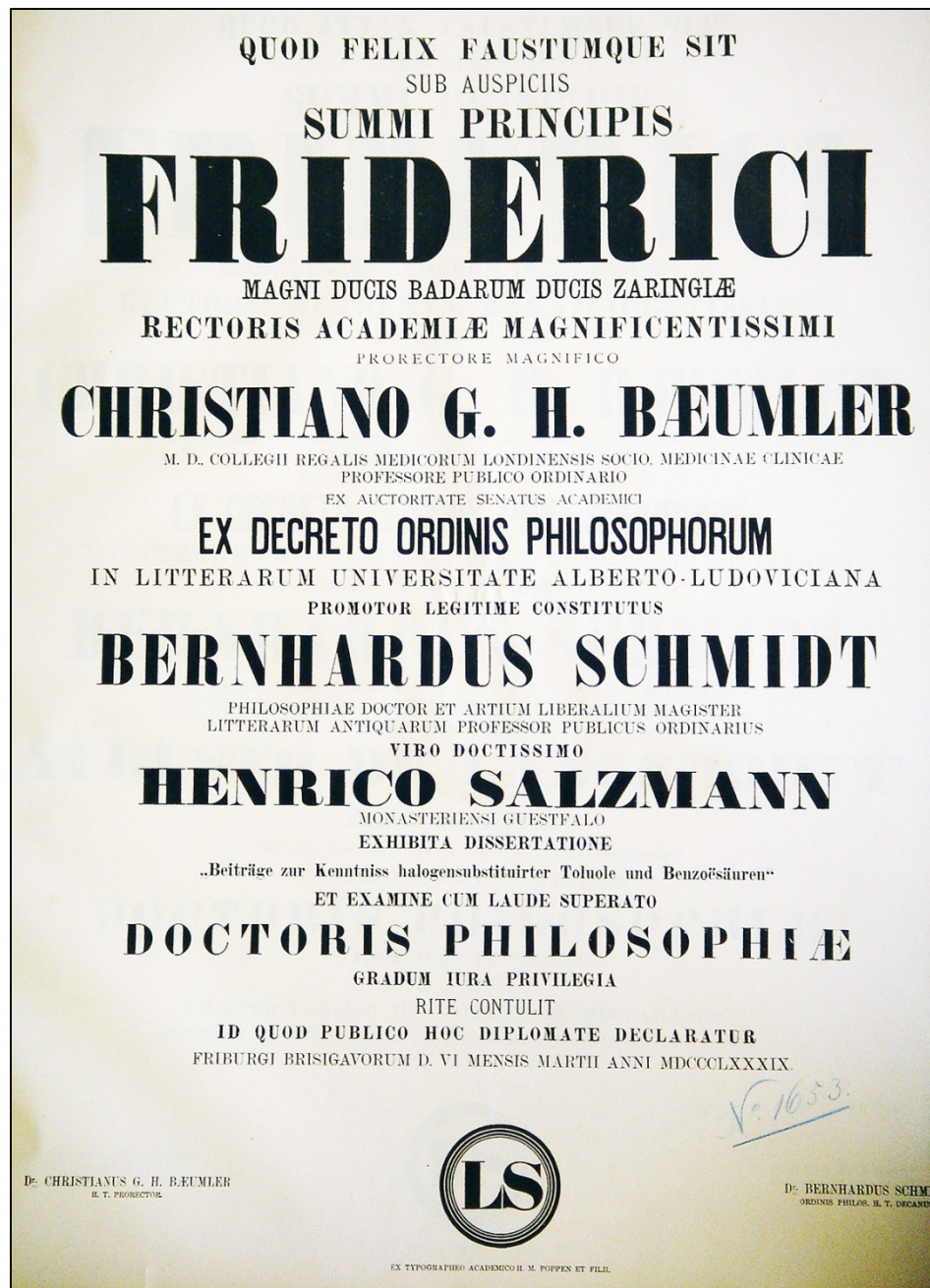


Abb. 9: Doktordiplom Salzmanns vom 6. März 1889

Hocherfreut traf Salzmann 1887 in Freiburg seinen alten Schulkameraden Alois Schulte aus Münster wieder, der mit seiner kleinen Familie in unmittelbarer Nachbarschaft wohnte; der spätere Bonner Universitätsprofessor war zu jener Zeit Großherzoglicher Badischer Haus-Archivrat. Diese Verbindung hielt ein Leben lang.

Im Dezember des gleichen Jahres lernte er die damaligen Assistenzärzte Erich Wernicke und Ernst August Boeckh kennen, mit denen er kilometerlange Wanderungen unternahm und sich zu Abendveranstaltungen verabredete (PE 24, S. 13–15). Salzmann genoss die Kontakte, obwohl er mit dem Geld nicht auskam und bei seinem Bruder Adolf beträchtliche Schulden hatte. Am 31. Dezember 1888 beschrieb er seinen Vermögensstand wie folgt: „Das Jahr war für mich ein theueres. Die Promotion u. die vorhergehenden Arbeiten, die Bezahlung älterer Rechnungen u. endlich auch das in den geschäftlichen Verhältnissen begründete theure Leben hat es mit sich gebracht, dass ich neben meinem Gehalt, das mit Wohnungszuschuss u. Servis rund 3300 Mk beträgt, noch erhebliche Zuschüsse von Adolf leihweise erhalten habe. Im

Ganzen habe ich jetzt von Adolf 4830 Mk erhalten. Ich werde ihn ersuchen, mir bis zum Ende 1889 noch so viel zu schicken, dass meine Gesamtschuld bei ihm unter Einrechnung der bisher verfallenen Zinsen 7000 Mk beträgt. Da ich keine Aussicht habe, vorläufig grössere Einnahmen zu haben, so muss ich meine Ausgaben einschränken“ (PE 24, S. 17). Salzmann studierte mit Begeisterung und viel Fleiß und erfüllte auch die Erwartungen, die seitens des Militärs an ihn gerichtet wurden, wobei er zugleich ein Leben lang ein ‚Familienmensch‘ blieb. In seinen Tagebuchaufzeichnungen finden sich zahlreiche Eintragungen über seine Mutter und Geschwister, und so ließ er auch Ende 1888 das abgelaufene Jahr Revue passieren: „Unsere Mutter ist uns, Gott sei Dank, in bestem Wohlbefinden erhalten geblieben. Ferdinand hat das Unglück gehabt, sein dreijähriges Söhnchen durch den Tod zu verlieren. Dasselbe weilte zum Besuch bei der Großmutter in Neuenkirchen, u. ist dort im Garten in einen Wassergraben gefallen u. ertrunken. Ferd[inands] Praxis ist gut; anscheinend ist er jedoch nicht genügend Geschäftsmann, um sein Guthaben prompt einzuziehen u. Reichthümer zu erwerben. Fritz hat nichts Besonderes zu verzeichnen“. Was seine Freunde und Kollegen betrifft, so hob er Erich Wernicke hervor, mit dem er sich sehr verbunden fühlte und den er nicht nur wegen seiner Bildung, sondern auch menschlich vor allen anderen bevorzugte. Trotz der ihm eigenen Kontaktfreudigkeit war Salzmann jedoch noch nicht einer geeigneten Lebensgefährtin begegnet: „Ich bin“ – schrieb er – „von meinen Bekannten jetzt noch der einzige Junggeselle. Weiblichen Verkehr habe ich nicht gehabt, verlobt bin ich nicht u. Verlobungsabsichten habe ich auch nicht. Ich bin mir klar darüber, dass ich mit meinem bald vollendeten 30ten Lebensjahr an der Grenze des Junggesellenthums u. des Ehemannthums stehen müsste. Andererseits würde ich mir eine Reihe von Genüssen (Bücherbeschaffung, kleine Reisen u.s.w.) versagen müssen, die mir bisher das Leben angenehm gemacht haben“ (PE 24, S. 18).

Im Sommer 1889, d. h. nach der Promotion, erkrankte Salzmann – seiner Ansicht nach – an Malaria, die er mit *Solutio Fowleri* angeblich „erfolgreich“ behandelte¹ (PE 24, S. 21). Am 29. Oktober reiste er nach Berlin, um während des Novembers den Rest seines Urlaubs damit zu verbringen, auf eigene Kosten einen bakteriologischen Kursus bei Erwin v. Esmarch im dortigen Hygiene-Institut der Universität zu belegen. An dieses Institut wurde am 25. März 1890 dann auch sein Freund Wernicke geschickt, der zum engsten Mitarbeiter des Stabsarztes Emil Behring werden sollte, der dort neben Robert Koch seit Juli 1889 tätig war².

Alljährlich fanden Inspektionsfahrten durch den Bereich des 14. Armeekorps mit dem Generalarzt statt, zu denen 1890 auch Salzmann abkommandiert wurde. Die Dienstreise begann am 6. Juni mit der Besichtigung des Militärkrankenhauses in Ettlingen und setzte sich in Rastatt fort. Im August kontrollierten die Herren die medizinischen Einrichtungen in Heidelberg, Mannheim und im Schwetzingen Lazarett. Vom 25. September bis 15. Oktober wurden die Spitäler in Pforzheim, Mühlacker, Bietigheim, Stuttgart, Sigmaringen, Radolfzell, Konstanz, Mülhausen, Freiburg, Neubreisach, Kehl und Karlsruhe überprüft.

In der Ferienzeit jenes Jahres gönnte sich Salzmann vom 26. August bis zum 16. September eine Urlaubstour per Bahn und per Pedes. Von Karlsruhe aus ging es über Konstanz und Bregenz nach St. Anton, Innsbruck, Bludenz, Schruns; zurück über Lindau, Friedrichshafen, Insel Mainau, Singen, St. Blasien, auf den Feldberg, Todtnau, Muggenbronn, Badenweiler, Mülheim, Freiburg, St. Peter, St. Märgen, Furtwangen, Schönwald, Triberg, Hausach, Wildsee, Hornisgrunde, Untermatt, Hochkopf, Bühl und schließlich nach Karlsruhe. Neben seiner Vorliebe fürs Wandern gefiel es Salzmann, im Sommer im Rhein zu schwimmen. Außerdem fand er auch noch Zeit, sein Englisch und Italienisch zu verbessern und sich mit der neu erschienenen *Pharmacopoea Germanica III* (DAB 3) auseinander zu setzen, die ab dem 30. Juli 1890 als verbindliches Arzneibuch in Kraft getreten war.

¹ *Solutio Fowleri* ist eine einprozentige Kaliumarsenitlösung; damit zwar giftig, aber gegen Malaria unwirksam. Salzmanns periodisches Fieber war daher wohl nicht die Folge eines Sticks der Anopheles-Mücke.

² Vgl. hierzu MÖLLERS (1940), 964.

Während seiner Militärzeit arbeitete Salzmann ferner als Wissenschaftler, wobei die ersten beiden – militärisch nutzbaren – Publikationen des Korps-Stabsapothekers weit mehr Bedeutung als seine Promotionsarbeit erlangten. So veröffentlichten Salzmann und Wernicke zunächst 1887 in der Deutschen Militärärztlichen Zeitschrift einen Beitrag über ‚Komprimierte Arzneitabletten für den Gebrauch der Armee im Felde und im Frieden‘¹. Für diese militärisch verwendbaren Erkenntnisse erhielten die beiden Autoren am 22. März 1897 die Kaiser-Wilhelm-Erinnerungs-Medaille, die Wilhelm II. zum 100. Geburtstag seines Großvaters, Wilhelm I., im selben Jahr gestiftet und in mehr als 100.000 Exemplaren hatte prägen lassen (PE 34).



Abb. 10: Kaiser-Wilhelm-Erinnerungs-Medaille, 22. März 1897

Diese gepressten Pulver waren für den genannten Zweck nicht nur raumsparende und genau dosierte Darreichungsformen, sondern im Krieg bei entsprechenden Inhaltsstoffen auch nährnde Lebensmittel, wie etwa Teewürfelszucker. Salzmann allein bereicherte die Pharmazie um 19 Tablettenrezepturen, die zwanzigste – eine Morphintablette – gelang ihm in Zusammenarbeit mit Gustav Devin.²

Wiederum in Kooperation mit Wernicke stellte er 1889 im gleichen Fachorgan und zusätzlich in der Pharmazeutischen Zeitung Ausführungen ‚Über Sublimationsverbandstoffe‘ vor³; darunter versteht man Mull, Kompressen, Watte und unelastische Cambric-Binden, die mit einer Imprägnierflüssigkeit aus Quecksilber(II)-chlorid (Sublimat), Kalium- oder Natriumchlorid, Wasser, Alkohol, Glycerin und Fuchsin getränkt sind. Sublimat ist

¹ Vgl. DMZ 16 (1887), 269–286.

² Vgl. hierzu MÜLLER (1993), 119–126.

³ Vgl. DMZ 18 (1889), 497–523.

bekanntlich ein sehr starkes Gift, das in Mengen von 0.2 bis 0.4 g einen erwachsenen Menschen tötet; wegen seiner hervorragenden antiseptischen Wirkung diente es als Desinfektionsmittel bei der Wundbehandlung. Die Forscher untersuchten die gegenseitige Beeinflussung der Grundstoffe und legten die Parameter für ein optimales Produkt fest. Um etwaigen Verwechselungen vorzubeugen, wurde zuvor der Imprägnierflüssigkeit der Triphenylmethanfarbstoff Fuchsin zugesetzt, der selbst in größter Verdünnung noch wahrzunehmen ist. Als weitere wirkungsoptimierende Voraussetzungen betonten die Wissenschaftler die Sterilität des Ausgangsmaterials, wobei das Vorhandensein einzelner entwicklungsfähiger Keime in Sublimationsverbandstoffen, solange diese noch genügend Quecksilber (II)-chlorid enthalten, bakteriologisch unbedenklich ist und nicht gegen deren Verwendbarkeit spricht.

Die erzielten Ergebnisse verwertete Salzmann auch in seinem Buch ‚Der Dienst des deutschen Apothekers im Heere und in der Marine‘, das er bereits während seiner Zeit als einjährig-freiwilliger Militärapotheker verfasst hatte, aber erst drei Jahre nach seiner am 1. September 1891 erfolgten Versetzung von Karlsruhe zum Gardekorps nach Berlin veröffentlichte. Dort konnte er dank der räumlichen Nähe nun auch wieder die Beziehung zu seinem Freund Wernicke intensivieren, dem es inzwischen – ohne Hilfe des seit geraumer Zeit erkrankten Behring – in harter und entbehrungsreicher Arbeit gelungen war, das Diphtherie-Serum bis zur Anwendbarkeit am Menschen weiterzuentwickeln. Trotz seiner Leistung ging Wernicke dabei sowohl finanziell als auch ideell leer aus, da allein Emil von Behring den damit verbundenen Ruhm einheimste und zudem Millionen Mark verdiente, die der Verkauf des Serums einbrachte. Wernicke war allerdings an dieser ungünstigen Sachlage nicht ganz unbeteiligt, wie er selbst zugab, denn: „Auf dem Titel seiner ersten, von ihm mit Kitasato in der Deutschen medizinischen Woche 1890 Nr. 49 gemeinsam publizierten Arbeit sollte ich auch als Verfasser mitfungieren; ich lehnte es aber ab, um Behring die Alleinrentdeckerfreuden zu überlassen, zumal er zu dieser Zeit recht leidend war und sich Tuberkulin spritzen ließ. Ich hätte mit größerem Recht als Kitasato als Autor mitfungieren dürfen, der an den antitoxischen Diphtheriestudien damals überhaupt nicht teilgenommen hat, sondern nur der allerdings unübertreffliche Giftlieferant für Tetanusgift war.“¹ Wernickes Kummer, sich von Behring um die Früchte der gemeinsamen Arbeit gebracht zu sehen, ging auch Salzmann sehr nahe, der in einem regen Schriftwechsel seinem Freund über den ihm widerfahrenen Schaden hinwegzuhelfen versuchte: „Selbstverständlich werde ich“ – schrieb er 1901 – „aus Überzeugung und mit Freuden jederzeit gerne für Dich und Dein Verdienst um die Diphtherieforschung eintreten. Von erheblicher Bedeutung wird aber meine Meinung in der Sache kaum sein. Ich meine, dass in diesem Falle sowohl die Landtagsabgeordneten der Provinz Brandenburg sich der guten Sache annehmen müssten als auch der Kaiser wohl ein Machtwort sprechen würde“ (PE 37).

Salzmann freute sich jedenfalls über den Erfolg des eigenen 1894 publizierten Werkes, für das er am 18. Januar 1898 den Königlichen Kronenorden 4. Klasse² und – als Würdigung dieses pharmazeutischen Leitfadens für das Sanitätspersonal in Fernost – am 24. Oktober 1901 die Chinamedaille³ erhielt, das im Jahr 1900 sogar eine zweite Auflage erfahren hatte (PE 39).

¹ Zit. nach MÖLLERS (1940), 964; vgl. hierzu SCHULTE (2001), 143.

² Der königlich preußische Kronenorden wurde am 18. Oktober 1861 von König Wilhelm I. (1797–1888) anlässlich seiner Krönung in Königsberg gestiftet und im November desselben Jahres dem Roten Adler-Orden gleichgestellt. Der Orden besaß vier Klassen und konnte wie der letztgenannte durch unterschiedliche zusätzliche Abzeichen erweitert werden. Vgl. ALTEN (1914), 28; AZ 12 (1898), 41.

³ Der Entwurf zur Chinamedaille stammte von Kaiser Wilhelm II. selbst. Sie wurde am 10. Mai 1901 für alle Expeditionsteilnehmer gestiftet, die sich aktiv an der Bekämpfung des Boxeraufstandes vom 30. Mai 1900 bis 29. Juni 1901 eingebracht hatten; auch das mit der Kranken- und Verwundetenpflege in China befasst gewesene Sanitätspersonal wurde mit der Medaille ausgezeichnet.



Abb. 11: Königlicher Kronen-Orden IV. Klasse, 18. Januar 1898 (mit Transkription)



Abb. 12: Chinamedaille, 24. Oktober 1901

Im Vorwort weist Salzmann darauf hin, dass sein Buch zuvörderst aus dem Bedürfnis nach einem Leitfaden für den Dienstunterricht des einjährig-freiwilligen Militärapothekers entstanden sei, doch auch für die Reservisten und für diejenigen, die sich auf die Stelle eines Korps-Stabsapothekers vorbereiteten, wie überhaupt für alle an der Position des Apothekers im Heere und in der Marine Interessierten von Nutzen sein könne. Die Formulierung des Titels war Salzmann zunächst schwer gefallen, da ein großer Teil der herangezogenen Verordnungen nur für die unter preußischer Militärverwaltung stehenden Kontingente galt; weil jedoch in den übrigen Bundesstaaten mit eigener Militärverwaltung im Wesentlichen gleiche Bestimmungen Verwendung fanden, glaubte er, die gewählte Bezeichnung rechtfertigen zu können.¹ Das rund 150 Seiten umfassende Buch selbst ist in 20 Abschnitte unterteilt, wobei den Themen ‚Lazarettapothekere‘ und ‚Hygienisch-chemische Untersuchungen‘ die größte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Anfangs erklärt Salzmann knapp die Organisation des Reichsheeres und die Mannschaftsgruppierungen, bevor er im Abschnitt ‚Organisation des Militär-Sanitätswesens in Preußen‘ das ‚Personal und dessen Obliegenheiten beim Truppensanitätsdienst‘ sowie ‚Revier- und Lazarettendienst‘ behandelt. Es folgt eine kurze Betrachtung über die ‚Ober-Stabsapotheker‘, die zwar zu den Zivilbeamten der Militärverwaltung gehörten, deren Aufgabenbereiche aber denen des aktiven Militärapothekers gleichkamen. Aus den sich anschließenden Ausführungen über die ‚Korps-Stabsapotheker‘ geht hervor, dass diese als obere Beamte einerseits den ihnen vorgesetzten Befehlshabern und andererseits den übergeordneten Sanitätsoffizieren bzw. dem Kriegsministerium unterstanden. Voraussetzungen für ihre Zulassung waren die Approbation zum selbstständigen Betrieb einer Apotheke, die Ableistung des vorgeschriebenen Militärdienstes sowie Wehrtüchtigkeit und Schuldenfreiheit. Eine wissenschaftliche Ausbildung, möglichst als Chemiker, begünstigte die endgültige Bestallung nach sechsmonatiger Probezeit und erfolgter Vereidigung durch den Korps-Generalarzt. Besoldung, Spesen, Disziplinarverhältnisse, Unterhaltsverpflichtungen, Kündigung, Kranken- und Ruhestand waren tariflich geregelt. Die ‚Obliegenheiten‘ bezüglich Rechnungen über Arzneien, Chemikalien und Apothekengeräte lagen ebenso in den Händen der Korps-Stabsapotheker wie die pharmazeutischen Revisionen der Sanitätsdepots und die Überwachung der hygienisch-chemischen Untersuchungsstationen der Lazarette.

Salzmann geht des Weiteren auf die Verwendung von Sanitätsmaterial zur Ausrüstung der Truppen in Friedens- und in Kriegszeiten und ausführlich auf die hygienisch-chemischen Untersuchungen zum Nachweis der Unbedenklichkeit von Trinkwasser ein und schreibt exakt die anzuwendenden Prüfmethoden vor. Im Anschluss daran erklärt er die Analyseverfahren für Milch, Quecksilber-II-chlorid in Sublimatverbandstoffen, Harn, Gallenfarbstoff, Mageninhalt und Nährböden zur Züchtung für bakteriologische Arbeiten. Sein Buch endet mit Ausführungen über Umgangsformen, Bekleidung und den dienstlichen Schriftverkehr der Militärpharmazeuten. Für die zweite Auflage von 1900 hat Salzmann dann – wie er in der Einleitung vermerkt – fast alle Teile, bedingt durch die mittlerweile eingetretenen Änderungen und Ergänzungen der Vorschriften, umgearbeitet und erweitert, den Abschnitt ‚Die Garnisonsapotheker‘ neu hinzugefügt und die im Laufe der Jahre gesammelten Erfahrungen in den Text der ‚Hygienisch-chemischen Untersuchungen‘ aufgenommen.

¹ Vgl. AZ 9 (1894), 399; 15 (1900), 772. Vgl. auch PZ 39 (1894), 414 f.

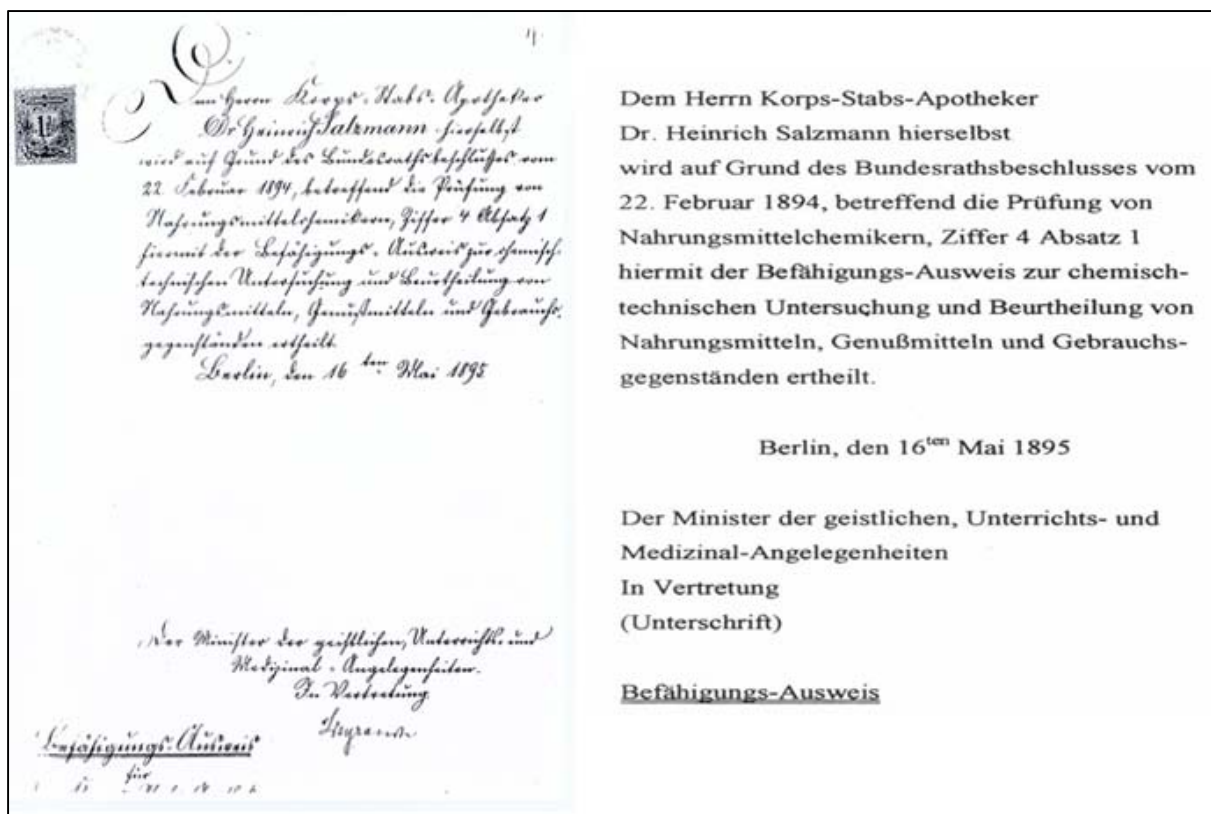


Abb. 13: Nahrungsmittelchemikerzeugnis, 16. Mai 1895 (mit Transkription)

Bereits am 16. Mai 1895 war Salzmann der Befähigungsnachweis als Lebensmittelchemiker (PE 33) ohne weitere Prüfung erteilt worden, was zunächst verwundert. Ab 1882 hatte es nämlich zwischen dem Gesundheits- bzw. dem Innenminister und dem Verein Analytischer Chemiker Auseinandersetzungen darüber gegeben, ob ein approbierter Apotheker – wenn er sich mit chemischen Fragestellungen beschäftigte – ohne besonderes Examen Lebensmittelchemiker werden könne.¹ Im Jahr 1894 wurde dann festgelegt, dass bei denjenigen Apothekern, die ihre Staatsprüfung mit dem Prädikat ‚sehr gut‘ bestanden und mindestens sechs Semester an einer Universität oder Technischen Hochschule Chemie studiert hatten, auf die Vorlage eines Abiturzeugnisses wie auch auf die Ablegung einer Prüfung zum Lebensmittelchemiker verzichtet werden könne. Da Salzmanns Chemie-Studium indes nur fünf Semester (vom WS 1886/1887 bis einschließlich WS 1888/1889) gedauert hatte, ist seine Anerkennung zum Lebensmittelchemiker somit wohl als besondere Auszeichnung zu verstehen.

3.2.2. Mitarbeiter der Apotheker-Zeitung

Seit der Veröffentlichung seines Buches ‚Der Dienst des deutschen Apothekers im Heere und in der Marine‘ begann Salzmann, auch Vorträge zu halten.² So referierte er am 3. Januar 1895 vor der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft (DPhG) ‚Über den Nachweis der salpetrigen Säure im Trinkwasser durch Jodidzinkstärkelösung‘ und stellte ebenfalls in dieser Arbeitsgemeinschaft am 4. April ‚Weitere Beiträge zur Trinkwasseruntersuchung‘ vor.³

¹ Vgl. PZ 46 (1901), 73.

² AZ 13 (1898), 807.

³ Vgl. hierzu DRUM (1987), 387 f.

Vierundzwanzig Jahre später, am 10. Januar 1919, ernannte ihn diese Vereinigung anlässlich seines 60. Geburtstags „in vollster Würdigung seiner großen Verdienste um die vaterländische Pharmazie“¹ zu ihrem Ehrenmitglied.

Ab 1894 publizierte Salzmann ferner regelmäßig in der Apotheker-Zeitung die ‚Vierteljahresübersicht, betreffend die Chemie der Nahrungsmittel, Genussmittel und Gebrauchsgegenstände‘, die sich jeweils auf mindestens zwei aufeinander folgende Nummern des Standesorgans erstreckte. Diese Zusammenfassungen beschäftigten sich mit der Herstellung, Prüfung und Begutachtung von Nahrungsmitteln im weitesten Sinne sowie mit den entsprechenden Patentierungen; Salzmann führte sie bis 1898 fort – mithin auch dann noch, als er nach dem Rücktritt von Hermann Thoms (den er zuvor in der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft in Berlin kennengelernt hatte) die Redaktion der Apotheker-Zeitung am 2. Mai 1896 und – nach dem Ausscheiden des ersten DAV-Geschäftsführers Joseph Greiss – ab dem 30. Oktober auch diesen Posten übernahm.² Der strukturelle Aufbau dieser turnusmäßigen Veröffentlichungen blieb stets gleich: An erster Stelle waren Kommentare zu Fleisch und dessen Zubereitungen, an zweiter Berichte über Milch und Milchpräparate sowie Käse zu lesen, danach Wissenswertes über Butter, Fette, Öle und deren Surrogate, ferner Informationen über Kaffee, Tee, Kakao und deren Ersatzmittel sowie Lehrreiches über Gewürze, denen sich Erläuterungen zu Honig, Zucker, Fruchtsäften und künstlichem Süßstoff anschlossen. Des Weiteren befasste sich Salzmann mit Wein, Bier und (untergeordnet) auch mit anderen Spirituosen sowie (gesondert) mit Essig. Separat wurden Mehl und Brot abgehandelt, worauf eine Rubrik über Gemüse und Konserven folgte. Auf die jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnisse über Wasser legte der Autor besonderen Wert, wohingegen er die Einführung neuer Gebrauchsgegenstände sowie moderner Nachweismethoden lediglich streifte. Im Übrigen waren die durchnummerierten Folgen je nach den ausgewerteten Fachorganen sehr unterschiedlich: So finden sich neben Forschungsergebnissen, wie z. B. „Ein neues Alkaloid im Kaffee entdeckt“³ etwa auch Berichte über rechtswidrige Delikte⁴, wobei die Auswirkungen manipulierter Lebensmittel eine besondere Rolle spielten. Von den ausländischen Fachorganen, die Salzmann rezensierte, seien hier die Zeitschrift des Allgemeinen Österreichischen Apotheker-Vereins, The British Medical Journal, ferner Journal de Pharmacie et Chemie sowie American Journal of Pharmacie genannt.⁵

Neben der ‚Apotheker-Zeitung‘ gab der DAV ab 1894 als rein wissenschaftliches Periodikum das ‚Archiv der Pharmacie‘ heraus, das 1820 unter dem Titel ‚Pharmazeutische Monatsblätter‘ begründet worden war und zwei Jahre später den Namen ‚Archiv des Apothekervereins im Nördlichen Deutschland‘ erhielt.⁶ Nachdem man es 1831 mit den ‚Annalen der Pharmacie‘ fusioniert hatte, erschien das ‚Archiv‘ 1835 wieder als eigene Zeitschrift⁷; diese kam Salzmanns Vorstellung sehr entgegen, „die Apotheker mit den nötigen und willkommenen Hilfsmitteln zu versorgen, welche der Buchhandel sonst nicht bietet, weil ein nennenswerter finanzieller Ertrag dabei nicht zu erzielen ist.“⁸ Als Redakteure fungierten zunächst die Professoren Ernst Schmidt, Direktor des Pharmazeutischen Instituts in Marburg, und Heinrich Beckurts, Leiter des Pharmazeutischen Instituts in Braunschweig; während Schmidt die wissenschaftlichen Arbeiten betreute, kümmerte sich Beckurts vornehmlich um

¹ AZ 34 (1919), 20.

² Vgl. AZ 10 (1895), 667; 11 (1896), 297 und 307. Vgl. ferner MEYER (1927), 1569 f.

³ AZ 10 (1895), 469.

⁴ Vgl. AZ 10 (1895), 17.

⁵ AZ 9 (1895), 26 f., 253–257, 272 f., 467–479, 711 f., 729 f., 744–747, 928.

⁶ Vgl. DILG / ESSER (1998), 133–140.

⁷ Vgl. FRIEDRICH / MÜLLER-JAHNCKE (2005), 558.

⁸ AZ 21 (1906), 635.

Standesfragen.¹ Das ‚Archiv der Pharmazie‘ behauptete nach Salzmanns Meinung „dauernd den ersten Platz unter den wissenschaftlichen Zeitschriften der Pharmazie in der Welt.“²

Außerdem gab der DAV seit 1904 unter der Redaktion von Salzmann und Willy Wobbe die ‚Vierteljahresschrift für praktische Pharmazie‘ heraus, die neue Arzneimittel, Spezialitäten, therapeutische, pharmazeutische und technische Fortschritte, Bücher, Gesetze, Verordnungen sowie Rechtsprechungen behandelte; 1923 aus wirtschaftlichen Gründen – der Verkauf stagnierte nämlich – ging sie jedoch im ‚Archiv der Pharmazie‘ auf, das dann seinerseits 1924 mit den ‚Berichten der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft‘ vereinigt wurde und unter der Schriftleitung von Beckurts, Johannes Gadamer, Hermann Thoms und Paul Siedler im Verlag Chemie, Leipzig, erschien – ab da allerdings nur noch für die Mitglieder der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft kostenfrei, aber nicht mehr für die Angehörigen des DAV.³

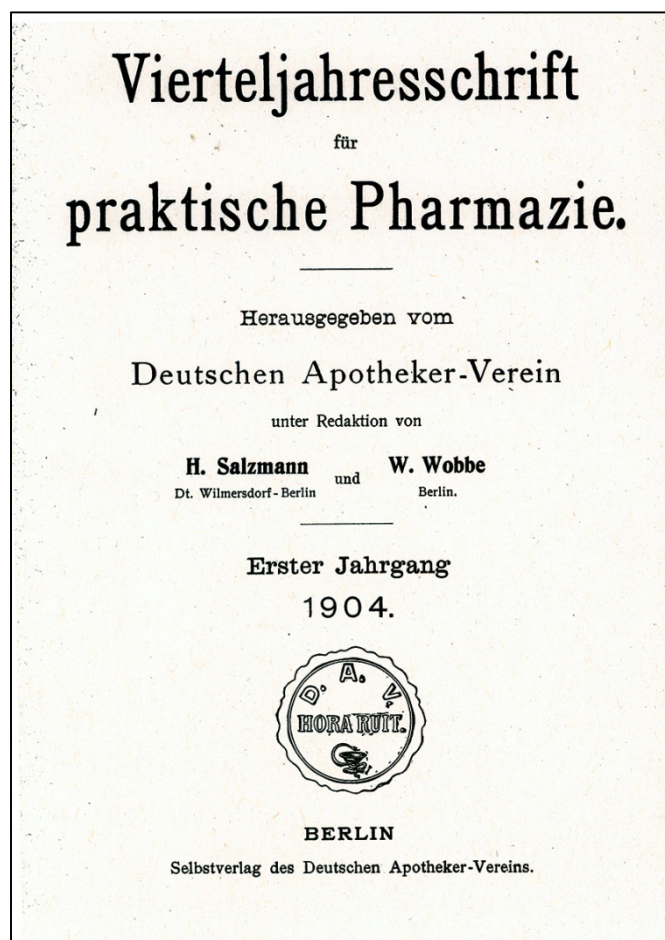


Abb. 14: Vierteljahresschrift für praktische Pharmazie 1904

Alle diese standeseigenen Fachorgane erreichten jedoch nie die Bedeutung der Apotheker-Zeitung, deren Schriftleiter Salzmann vier Jahre lang – vom 1. Mai 1896 bis 31. März 1900 – gewesen ist.⁴ In dieser Funktion kümmerte er sich nicht nur um die rein redaktionellen Angelegenheiten, sondern auch um praxisbezogene Probleme seiner pharmazeutischen Kollegen, wie zwei Briefe an Louis Lewin beweisen, bei dem er sich wissenschaftlichen Rat

¹ Vgl. FRIEDRICH / MÜLLER-JAHNCKE (2005), 558 f.

² SG 1905/1906.

³ AZ 39 (1924), 254.

⁴ AZ 14 (1900), 213 f. Salzmann unterschrieb den Anstellungsvertrag am 1. Oktober 1895.

zu holen versuchte (SB 1). Dass sich Salzmann mehr als üblich engagierte, brachte ihm denn auch Friedrich Bellingrodts Hochachtung ein, der 1927 rückblickend von ihm sagte, dass „dieser Zeitung und ihrer Entwicklung seine stete und liebevolle Sorge gegolten, und seine Mitarbeit und sein Eintreten für die Zeitung, die in der Überzeugung wurzelte, dass ein großer Verein sein eigenes Organ besitzen musste [...], entscheidend zu ihrem Gelingen beigetragen hat.“¹

Die ‚Apotheker-Zeitung‘ und der DAV bildeten für Salzmann eine Einheit, weshalb er dem Konkurrenzunternehmen, der ‚Pharmazeutischen Zeitung‘, nur distanziert gegenüberstehen konnte; diese war bereits am 5. April 1856 als ‚Pharmaceutische Zeitung, Central-Organ für Apotheker, Aerzte, Droguisten etc.‘ im schlesischen Bunzlau erstmals erschienen und avancierte dann ab 1864 zum offiziellen Publikationsorgan des Norddeutschen Apotheker-Vereins. Diskrepanzen mit dem DAV, der sie 1872 übernommen hatte, führten indes dazu, dass dieser mit großer Mehrheit anlässlich der Königsberger Hauptversammlung im Jahre 1885 beschloss, die Zusammenarbeit mit der ‚Pharmazeutischen Zeitung‘ aufzukündigen und eine eigenes Vereinsblatt herauszugeben. Zu diesem Zweck erwarb er den ‚Pharmaceutischen Central-Anzeiger für Deutschland, Österreich und die Schweiz‘ und brachte im Selbstverlag zum ersten Mal am 3. April 1886 die ‚Apotheker-Zeitung‘ als offizielles Vereinsorgan heraus – sehr zum Ärger der ‚Pharmazeutischen Zeitung‘, die dem Vorstand wie den Redakteuren der neuen Standesschrift fortan das Leben schwer machte.² So resümierte Salzmann 1907 in einem Artikel ‚Der Deutsche Apotheker-Verein und die Pharmazeutische Zeitung‘: „Seit etwa zwei Jahrzehnten muß der Verein und sein jeweiliger Vorstand sich damit abfinden, daß alles, was er tut und läßt, einer abfälligen Beurteilung in der ‚Pharmazeutischen Zeitung‘ unterzogen wird. Der Verein ist der böse Feind, er muß auf alle Fälle bekämpft werden; da aber die Gesamtheit der Mitglieder, die zum großen Teil auch Leser und Inseratengeber der ‚Pharmazeutischen Zeitung‘ sind, nicht zu hart behandelt werden darf, so muß der Vorstand die Zielscheibe für die schlechten Launen der Leitung der ‚Pharmazeutischen Zeitung‘ abgeben“ und weiter: „Allen, die nur mit einiger Aufmerksamkeit die Beziehungen zwischen dem Deutschen Apotheker-Verein und der ‚Pharmazeutischen Zeitung‘ verfolgt haben, ist es zweifellos, daß das frühere gute Verhältnis zwischen den beiden Parteien seit der Gründung der ‚Apotheker-Zeitung‘ dauernd gestört worden ist. Nur die ‚Pharmazeutische Zeitung‘ nennt diese Behauptung ein Märchen.“ Der Vorstandsvorsitzende wehrte sich gegen die darin publizierten Unterstellungen öffentlich, „damit in den Kreisen unserer Mitglieder nicht aus dem Schweigen auf eine Zustimmung zu allem, was die ‚Pharmazeutische Zeitung‘ schreibt und schreiben läßt, geschlossen wird.“ Salzmanns Missbilligung bezog sich dabei auf mehrere Ereignisse. So prangerte er die einseitige Wiedergabe der gegnerischen Meinung zum geplanten Bau des Vereinshauses Deutscher Apotheker an, die in der Pharmazeutischen Zeitung wider die redaktionelle Gepflogenheit ohne Namensnennung der Verfasser mehrfach abgedruckt wurde; er vermutete, dass den Schreibern unter dem Deckmäntelchen der Anonymität die Durchsetzung ihrer persönlichen Interessen ermöglicht werden sollte bzw. die ‚Pharmazeutische Zeitung‘ die Leserbriefe sogar fingierte. Weiterhin rechnete er zu den „feindlichen Aeüßerungen aus neuester Zeit die boshafte Berichterstattung“ über die Stellungnahme in Bezug auf das ‚Gesetz zum Schutz der Warenbezeichnungen‘; dessen Abschaffung hatte der Verein in zahlreichen Eingaben an die Reichsregierung zwar gefordert, doch sollte dessen Übertretung durch Apotheker gleichwohl einer gerechten Bestrafung zugeführt werden, und dies zumal, wenn die Ahndung in der Zahlung einer Gebühr zugunsten der eigenen Unterstützungskassen bestand. Als Affront seitens der ‚Pharmazeutischen Zeitung‘ empfand Salzmann ferner deren Beurteilungen in Zusammenhang mit dem ‚Nachweis von Elevenstellen zur Förderung des Zuzuges zum Fach‘, dem damaligen Personalangel und der Maturitätsfrage Salzmann beendete seinen Aufsatz denn auch mit

¹ AZ 42 (1927), 1054.

² AZ 40 (1925), 930, 41 (1926), 354 f; Vgl. FRIEDRICH / MÜLLER-JAHNCKE (2005), 561 f. und 566 f.

den Worten: „Ich glaube, Sie [...] stimmen mir zu, wenn ich sage, daß der Vorstand in Fragen pharmazeutischer Schicklichkeit einer Belehrung nicht bedarf. Sollte er ihrer einmal bedürfen, so würde er die Hauptversammlung fragen, ganz gewiß aber niemals die Pharmazeutische Zeitung.“¹ Auch in den folgenden Jahren blieb das Verhältnis zwischen dem DAV und der ‚Pharmazeutischen Zeitung‘ gespannt, und es mangelte nicht an Polemik auf beiden Seiten.²

3.2.3. Besitzer der Ranke-Apotheke

Im März 1900 erhielt Salzmann die Genehmigung für seine neu zu gründende Apotheke – ein Umstand, der ihn dazu veranlasste, die Redaktion der ‚Apotheker-Zeitung‘ ab April in die Hände Lorenz Zumbroichs zu legen und am 1. April des folgenden Jahres seinen aktiven Militärdienst zu beenden.³ Für Salzmann begann damit ein neuer Lebensabschnitt: nicht nur als künftig selbstständiger Apotheker, sondern auch als Ehemann, denn am 5. August 1901 heiratete er Maria Klementine Bertha Becker, die ihm während seines gesamten Lebens eine treue Gefährtin war (StAH 1).



Abb. 15: Offizielles Hochzeitsfoto 1900

Maria Klementine Bertha Becker wurde am 28. Oktober 1878 in Lübbecke / Westfalen als Tochter des Geheimen Justizrates Clemens Becker und seiner Frau Marie, geb. Ziegler aus Ahaus, als fünftes von insgesamt acht Kindern geboren und am 12. November in der dortigen St. Johannes-Baptist Kirche getauft (KL 2). Bertha besuchte die Töcherschule in Hamm, wo ihr Vater als Oberlandesgerichtsrat tätig war. Clemens Becker war ein knauseriger Haustyrann, schlug seine Kinder, Mädchen wie Jungen, auch ohne Grund, verteidigte sie aber auf der anderen Seite gegenüber dritten (PW 20); in seinen späteren Jahren verblasste sein Jähzorn wohl ein wenig (PW 3). Bertha bestand im Jahr 1897 im ‚Schöninghschen Seminar‘

¹ AZ 21 (1907), 165, 167, 182.

² Vgl. hierzu PZ 54 (1909), 665–668; AZ 38 (1923), 22.

³ AZ 15 (1900), 213, 221.

in Münster das Examen als Lehrerin für Volks- Mittel- und Höhere Schulen. Nach kurzer Ausübung ihres Berufes an der Hammener Töchter Schule verlobte sie sich am 26. Mai 1901 mit Heinrich Salzmänn, den sie erst an diesem Tag auf der Hochzeit Josef Zieglers – einer ihrer Onkel mütterlicherseits – mit Salzmanns Nichte Therese in Ahaus kennengelernt hatte. Zur Erinnerung daran erhob die Familie den 26. Mai zu einem privaten Feiertag, „an dem so manche Flasche Mosel ihr feucht-fröhliches Leben lassen musste“ (PW 73). Berthas Vater, Senatspräsident am Oberlandesgericht Hamm, konnte keine Partie vornehm genug sein, obwohl seine eigenen Mittel eher beschränkt waren. Die junge Blitz-Braut selbst wagte sich erst gar nicht nach Hause. Sie blieb auf der Rückreise von Ahaus zunächst noch einen Tag bei einer Tante und überließ es zwei ihrer Schwestern, die sogleich von Ahaus nach Hamm zurückgekehrt waren, ihren Eltern die Mitteilung von ihrem Wagnis zu machen. Nur ein Briefchen sandte sie an die Eltern, sie habe sich mit dem Onkel von Therese Salzmänn, Dr. Heinrich Salzmänn aus Berlin, verlobt. Der Bräutigam sei Korps-Stabsapotheker, 42 Jahre alt und habe bereits eine veritable Glatze. Als Vater Becker solches vernahm, lehnte er entrüstet ab und meinte: „Das ist ja ein alter Mann. Was soll der mit dem jungen Kind?“ Aber einen Tag später traf das Paar selbst in Hamm ein und Mutter Becker empfing sie erfreut an der Tür. Auch Vater Becker revidierte, nachdem er den neuen Schwiegersohn kennengelernt hatte, rasch sein Urteil und gab gern seine Einwilligung. Es darf als sicher angenommen werden, dass sein Einverständnis mit dieser Verlobung in erster Linie auf der Wertschätzung Heinrich Salzmanns beruhte, den er schnell als einen verständigen, klugen und charaktvollen Mann erkannt hatte. Zudem besaß Salzmänn eine vollständige Wohnungseinrichtung, so dass Vater Becker auch der Sorge um die Aussteuer enthoben war (PW 14). Seine Sympathie gipfelte dann in den Worten: „Ach hätten doch nur alle meine Töchter einen solchen Mann“. Standesamtlich heirateten Bertha und Heinrich am 5. August 1901 in ihrer Geburtsstadt und kirchlich einen Tag später in der Hammener Sankt-Agnes-Kirche (PW 4). Die Trauung vollzog Kaplan Peter Berens, die Trauzeugen waren Justizrat Karl Dahmen und Theodor Becker.

Clemens Becker und Heinrich Salzmänn freunden sich bald an. Bereits ein halbes Jahr nach ihrem Kennenlernen erzählte der Schwiegervater seinem Schwiegersohn in familiärem Ton von seinen Gerichtsfällen (PW 7). Im Jahr 1905 erlitt Clemens Becker eine Apoplexie; er musste sein Berufsleben trotz daraus sich entwickelnder wirtschaftlicher Schwierigkeiten vorzeitig beenden, obgleich er gehofft hatte „noch so lange im Dienste zu verbleiben, um meinen Verpflichtungen gerecht werden zu können“ (PW 3). Um das tägliche Leben und die Studien seiner Söhne bezahlen zu können, bat Clemens Becker Heinrich Salzmänn um finanzielle Unterstützung, was besonders seiner Ehefrau Marie sehr unangenehm war: „Wir wollen das Geld ja nur geliehen haben, nehmt deshalb unsere Bitte nicht übel, gern habe ich es nicht gethan, es ist mir furchtbar unangenehm“ (PW 3).

Aus der Ehe von Heinrich und Bertha Salzmänn gingen die sieben Kinder Heinrich, Clemens, Ruth, Maria, Otto, Hildegard und Karola hervor, die alle in Berlin-Wilmersdorf in der Villa in der Westfälischen Straße 16 behütet heranwuchsen.¹

Bevor die Ranke-Apotheke in der Joachimsthaler Straße 22/23 am 18. Januar 1901 unter Salzmanns Leitung eröffnet wurde, waren sowohl andere Standorte als auch verschiedene Bewerber um die Apothekenkonzession im Gespräch gewesen. So hatte im Juni 1899 Rechtsanwalt Richard Wolff dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Heinrich von

¹ Der älteste Sohn Heinrich wurde Rechtsanwalt und fungierte als Syndikus der Hageda, das zweite Kind Clemens studierte Ingenieurwissenschaften für Eisenhüttenwesen, die älteste Tochter Ruth trat in das Kloster der Ursulinen in Haselünne im Emsland ein und war dort unter dem Namen ‚Mater Maria Mercedes‘ als Internatserzieherin tätig (PW 21). Auf das vierte Kind Maria – später promovierte Apothekerin – folgte Sohn Otto – künftig Apotheker sowie promovierter Diplom-Chemiker – und wie auch seine Schwester zeitweise Mitarbeiter der Ranke-Apotheke. Hildegard, das zweitjüngste Kind, wurde medizinisch-technische Assistentin und die jüngste Tochter Karola hatte ein volles Medizinstudium absolviert, das Staatsexamen in den Schlusswirren des Krieges jedoch nicht mehr abgelegt.

Achenbach, sein Eigentum in Berlin, Schaperstraße 19, als möglichen Ort für die neu zu etablierende Apotheke vorgeschlagen und deren Notwendigkeit als nachgewiesen dargestellt: „Die Bedürfnisfrage betreff Errichtung einer Apotheke für diese Gegend dürfte wohl zu bejahen sein, liegt doch die nächste erst in der Tauentzienstraße, obwohl insbesondere in den letzten Jahren ganze Straßen neu entstanden bezw. im Entstehen begriffen sind“ (GSTA PK 9). Im gleichen Monat hatte zuvor schon Hugo Kleist seine Immobilie als mögliche Unterkunft für die neue Apotheke empfohlen: „Erlaube ich mir, mein mit der Büste Eurer Excellenz [v. Achenbachs] geschmücktes Haus Achenbachstraße 5 als geeignet zur Errichtung einer Apotheke, die für D.-Wilmsdorf, Umkreis des Treffpunktes der Schaperstraße und der Kaiserallee ausgeschrieben worden ist, gehorsamst in Vorschlag zu bringen“ (GSTA PK 8). Dabei offerierte Kleist nicht nur die Räumlichkeiten für die Apotheke auf Mietbasis, sondern war auch bereit, seinen Besitz insgesamt dem zukünftigen Geschäftsmann zu verkaufen. Trotz des Hinweises auf die Skulptur des Oberpräsidenten und eines späteren zweiten Angebots kam dieses Anwesen indes nicht weiter in Betracht, obschon v. Achenbach beiden Antragstellern augenscheinlich zunächst gleiche Chancen einräumte: „Auf die Vorstellung vom 6.d.M. betr. Apothekenverhältnisse in der Gegend der Schaperstraße stelle ich anheim auf die Angelegenheit zurückzukommen, wenn ein geordnetes Konzessionsbewerbungsverfahren in die Wege geleitet sein wird. Wann dies geschieht, lässt sich zur Zeit nicht übersehen“ (GSTA PK 10, 19). Im August 1899 drängte Wolff und erreichte damit eine intensivere behördliche Bearbeitung, die jedoch letztlich nicht zu seinen Gunsten ausfiel (GSTA PK 11, 12). Der Polizeipräsident in Berlin bevorzugte nämlich eine zentrumsnahe Niederlassung in der Joachimsthaler Straße zwischen Augsburger Straße und Joachimsthaler Gymnasium – entweder auf Charlottenburger oder auf Wilmsdorfer Gebiet – und befürwortete eine „allgemeine Stelle“ in dem beschriebenen Areal, „damit der Konzessionar gegenüber ihn ausbeutenden Hausbesitzern und Spekulanten freiere Hand hat“ (GSTA PK 13). Behördlicherseits wurde ein Kundenspiegel in der Nähe des Kreuzungspunktes der Schaper- und der Rankestraße erstellt: Der Patientenstamm der Apotheke in der Tauentzienstraße umfasste 14.700, derjenige in der Kantstraße 16.000 Personen. Für die neue Apotheke errechnete man eine Zahl von ca. 8.300, so dass alle drei Geschäfte gewinnbringend arbeiten könnten: „Berücksichtigt man, dass die Kundenzahl bei beiden Apotheken noch fortgesetzt zunimmt, und ausserdem, dass beide Apotheken überwiegend ein sehr wohlhabendes Publikum zu ihren Kunden zählen, so ergibt sich daraus, dass sie auch nach Errichtung der geplanten Apotheke noch glänzende Geschäfte machen werden“ (GSTA PK 14). Der Oberpräsident Brandenburgs gab Wilmsdorf den Vorzug und ermächtigte den Regierungspräsidenten in Potsdam „für das Gebiet der Landgemeinde Wilmsdorf eine neue (zweite) Apotheke auszuschreiben, welche in der Gegend des Treffpunktes der Schaper- und der Rankestraße errichtet werden soll. Von dem Projekte der Errichtung einer Apotheke auf Charlottenburger Gebiete in der Augsburgerstraße zwischen Kurfürstendamm und Joachimsthalerstraße zwischen Augsburger- und Lietzenburgerstraße habe ich z.Z. Abstand genommen“ (GSTA PK 15). Somit kam das Gebäude des Rechtsanwalts Wolff in der Schaperstraße 19 durchaus in Betracht, allerdings mit der Einschränkung des Oberpräsidenten Brandenburgs: „Die Wahl des Hauses, in welches die Apotheke gelegt wird, bleibt innerhalb der Ausschreibung bezeichneten Bezirks dem Konzessionar überlassen. Ein solcher ist bisher noch nicht vorhanden, da das Bewertungsverfahren noch schwebt“ (GSTA PK 17). Der Erlass zur Errichtung einer zweiten Apotheke in Wilmsdorf wurde schließlich im Amtsblatt unter ‚Allgemeines‘ mit der Nummer 4/12 99 O.P. 19159 veröffentlicht (GSTA PK 18).

Von Januar bis Ende Februar des Jahres 1900 bewarben sich insgesamt 59 Apotheker beim Königlichen Oberpräsidium Brandenburg in Potsdam um die Verleihung der Konzession für die ausgeschriebene Apotheke. Die meisten von ihnen kamen aus Berlin, doch auch Pharmazeuten aus Dessau, Beuthen, Thorn und Eberswalde hofften, die Betriebserlaubnis zu

erhalten, wie das ‚Verzeichnis der Bewerber um die Konzession für die neu zu errichtende Apotheke in Deutsch-Wilmersdorf‘ belegt, demgemäß Salzmann der 15. Antragsteller war und altersmäßig den 13. Platz einnahm. Von den Bewerbern blieben vier unberücksichtigt, zwei wurden als ungeeignet für die Führung einer Großstadtapotheke eingestuft, zwei weitere schieden aus Altersgründen im Vorfeld aus. Auch derjenige, der die Dringlichkeit einer Konzession durch eine Immediateingabe an den Kaiser hervorzuheben versucht hatte, erreichte sein Ziel nicht. Es blieben letztthin fünf Bewerber übrig – zwei aufgrund des Anciennitätsprinzips und drei jüngere, unter ihnen Salzmann, die durch außergewöhnlich gute Zeugnisse bestachen. Der Regierungspräsident forderte nun den Oberpräsidenten auf, „einem der vorgenannten Bewerber die Konzession zur Errichtung einer zweiten Apotheke in Deutsch-Wilmersdorf erteilen zu wollen“ (GSTA PK 22). Ausschlaggebend für die Wahl Salzmanns war neben seiner Berliner Adresse, Pfingststraße 6, seiner Examensnote ‚sehr gut‘, seinem Dokortitel und seinen ‚mittleren Geldmitteln‘ wohl vor allem seine Position als Korps-Stabsapotheker, denn Militärpharmazeuten wurden damals noch Zivilapothekern bei der Vergabe von Konzessionen vorgezogen.¹

Am 16. März 1900 sandte der Oberpräsident der Provinz Brandenburg dem Regierungspräsidenten zu Potsdam unter „Geheim“ jedenfalls die „Genehmigung für den Apotheker Dr. Heinrich Salzmann“ mit der Bitte um Weiterleitung, Gebührenerhebung und Rückmeldung : „Ich ersuche Sie, zu der anliegenden Ausfertigung der Genehmigungsurkunde noch den tarifmäßigen Stempel von 50 Mark verwenden zu lassen und, daß dieses geschehen, hier anzuzeigen. Über die Eröffnung der neuen Apotheke sehe ich einer Anzeige unter Angabe der Straße und Hausnummer des Apothekengrundstücks seiner Zeit entgegen“ (GSTA PK 24). Unter gleichem Datum erhielt Salzmann seine Konzession: „Dem Apotheker Dr. Heinrich Salzmann in Berlin, geboren am 10. Januar 1859, wird hiermit die Genehmigung erteilt, in Dt. Wilmersdorf bei Berlin in der Gegend des Treffpunktes der Schaper- und Rankestraße eine neue Apotheke anzulegen. Diese Genehmigung, welche zurückgenommen werden kann, wenn von ihr nicht innerhalb sechs Monaten Gebrauch gemacht ist, begründet keine Realapothekenberechtigung, sondern ist eine persönliche und kann auf keinen anderen übertragen werden. Insbesondere ist dem Inhaber in Gemäßheit der Allerhöchsten Ordre vom 30. Juni 1894 die Bezeichnung eines Geschäftsnachfolgers nicht gestattet“ (GSTA PK 25). Demnach erhielt Salzmann also eine Personalkonzession. Sein Gesuch an den Regierungspräsidenten zwecks Errichtung der Apotheke in der Joachimsthaler Straße wurde dann am 5. April 1900 von diesem „befürwortend“ an den Oberpräsidenten Brandenburgs in Potsdam weitergereicht (GSTA PK 26), der sich seinerseits am 11. April 1900 bei dem Polizeipräsidenten in Berlin rückversicherte, „ob vom Standpunkte für Charlottenburg etwa bestehende Apothekenprojekte erhebliche Bedenken gegen die vom Antragsteller in Aussicht genommene Lage für die Apotheke geltend zu machen sind“ (GSTA PK 27). Da der Polizeipräsident gegen den Ort der neuen Apotheke nichts einzuwenden hatte, übergab er am 21. April 1900 die gesamten Unterlagen an den Oberpräsidenten, der dann am 27. April 1900 wiederum den Polizeipräsidenten auf ebendiesen Dokumenten davon in Kenntnis setzte, „daß ich gegen die Wahl des Hauses Joachimsthalerstr. 22/23 als Sitz der neuen Apotheke in Wilmersdorf nichts zu erinnern finde (GSTA PK 28).

¹ Vgl. REINHARD (1998), 179. – Mit diesem Thema beschäftigte sich 1908 der Reichstag: „Die Zivilapotheker beschwerten sich mit Recht darüber, dass, wenn sie glücklich einmal so weit sind, dass sie die Aussicht haben, eine Konzession zu bekommen, was meist erst im fünften Jahrzehnt ihres Lebens der Fall ist, ihnen pensionierte Militärapotheker vorgezogen werden, Leute, die ohnehin in gesicherter Lebensstellung sich befinden, die keinen allzu anstrengenden Dienst gehabt haben und im besten Lebensalter bereits eine Pension beziehen. Es wäre dringend zu wünschen, wenn diese Ungleichmäßigkeit beseitigt würde, und wenn die Konkurrenz um freiwerdende Konzessionen ausschließlich den Zivilapothekern überlassen würde“ (GSTA PK 31).

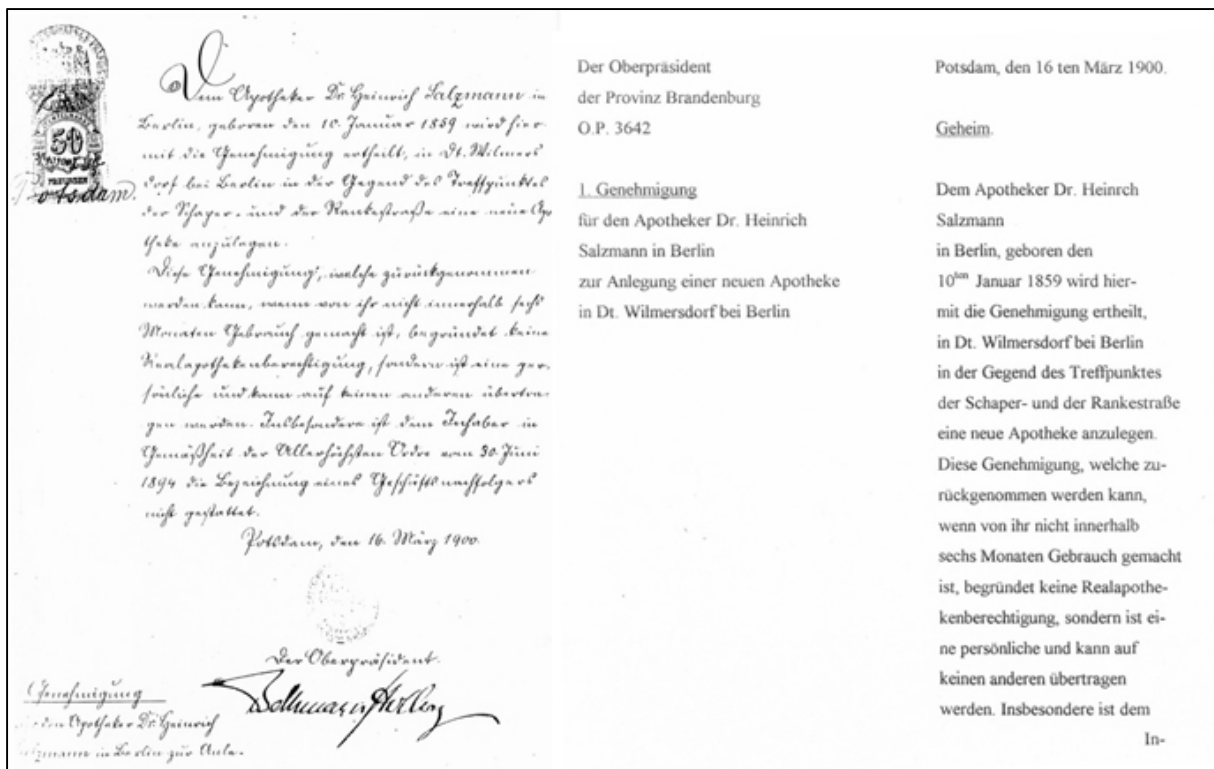


Abb. 16: Betriebserlaubnis für die Ranke-Apotheke, 16. März 1900 (mit Transkription auch der Rückseite)

Daneben wurde auf seinen Antrag vom 31. August 1900 hin ihm vom Regierungspräsidenten durch Erlass vom 27. September 1900 am 4. Oktober des gleichen Jahres unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs gestattet, außerhalb des Apothekengebäudes in der nahe gelegenen Achenbachstraße 9 zu wohnen. Am 18. Januar 1901 schließlich konnte Salzmann seine Ranke-Apotheke in Betrieb nehmen und am 21. Januar der Regierungspräsident dem Oberpräsidenten anzeigen: „Der Apotheker Dr. Salzmann hat die von ihm in Dt. Wilmsdorf in der Joachimsthalerstraße 22/23 errichtete Apotheke eröffnet, nachdem sie bei der stattgehabten Eröffnungsbesichtigung betriebsfähig befunden worden ist“ (GSTA PK 30).¹

¹ Die Namensgebung ‚Ranke-Apotheke‘ war naheliegend, da die nach dem Historiker Leopold von Ranke (1795–1886) benannte Straße parallel zu der Joachimsthaler Straße verläuft.



Abb. 17: Ranke-Apotheke, Außenansicht, 1901



Abb. 18: Ranke Apotheke, Innenansicht, 1901

Von Salzmanns Alltag als Offizin-Apotheker ist relativ wenig bekannt. Hatte er im Januar 1890 noch 7000,- Mark Schulden bei seinem Bruder Adolf, so ließen es nunmehr seine wirtschaftlichen Verhältnisse zu, die Apothekeneinrichtung und das Warenlager zu bezahlen, im gleichen Jahr zu heiraten, 1905 dann die Schwiegereltern finanziell zu unterstützen und bereits 1909 – zeitgleich mit der Errichtung des Vereinshauses Deutscher Apotheker – von denselben Architekten den Neubau einer großzügigen Villa durchführen zu lassen, obwohl mittlerweile zur Familie vier Kinder nebst Haushaltshilfe gehörten. Anfangs waren Salzmanns Tätigkeiten im DAV und in der 1902 gegründeten Hageda rein ehrenamtlich, so dass die Ranke-Apotheke florieren musste, um all diese Kosten abdecken zu können. Der

Familienvater, Standespolitiker und Vorstandsvorsitzende ließ es sich trotz der vielfältigen Aufgaben gleichwohl nicht nehmen, sich persönlich um seine Angestellten zu kümmern, was denn auch anlässlich der 25jährigen erfolgreichen Geschäftsführung in der Apotheker-Zeitung entsprechend hervorgehoben wurde: „Eine Würdigung des Wirkens des Jubilars im Rahmen seiner Apotheke wäre unvollständig, wollte man seines guten Verhältnisses zu seinen Mitarbeitern nicht gedenken. Schon die jahrzehntelange Mitarbeit einer Anzahl von ihnen spricht deutlich genug. Alle haben seitens ihres Chefs Förderung und Anregung empfangen und kaum einer wird die Ranke-Apotheke verlassen haben, ohne als bleibenden Gewinn eine Bereicherung seines Wissens mitgenommen zu haben.“¹ Salzmann führte indes nicht nur seine Mitarbeiter vorbildlich, sondern leitete auch seine Apotheke insgesamt mustergültig, wovon die jeweiligen Revisionsberichte zeugen; vom 3. August 1919 bis zum 31. März 1964 – also bis das Geschick der Ranke-Apotheke nicht mehr von der Familie Salzmann mitgetragen wurde – liegen 14 Besichtigungsprotokolle vor (LB 1, 14 –17).

Salzmann kämpfte nicht nur im Großen für den Apothekerstand, sondern auch im Kleinen um seine eigene Apotheke und ließ sich keine Ungerechtigkeit gefallen. So machte er etwa 1909 das Vorhaben eines verdeckten Mitarbeiters der Firma Schülke & Mayr zunichte, der zu Testzwecken Kresolseife in der Ranke-Apotheke und in weiteren 17 Betrieben – darunter auch bei der Hageda – gekauft hatte, um nachzuweisen, dass in Ermangelung des notwendigen Ausgangsstoffs Kresol² Liquor Cresoli saponatus DAB IV Verwendung fand.³ Die durchaus stichhaltige chemische Beweisführung seines Kontrahenten wusste Salzmann mittels bestechender Logik zu entkräften, indem er den Bezug, den Einkäufer, die angewandten Untersuchungsmethoden, sogar die Auslegung der Sondervorschrift des Kultusministeriums zu seinen Gunsten passend dehnte und hinterfragte.⁴ Die Absicht der Firma Schülke & Mayr lag auf der Hand: Eine öffentliche Blamage besonders für die Hageda und ihren Vorstandsvorsitzenden sollte für den eigenen Betrieb umsatzsteigernd wirken.

¹ AZ 41 (1926), 64.

² Kresole sind die drei stellungsisomeren Methylhomologe des Phenols, die in ihren chemischen Eigenschaften und im Besonderen in ihrer bakteriziden Wirkung dem Phenol ähneln und ebenfalls als Grobdesinfektionsmittel benutzt werden.

³ Vgl. AZ 19 (1909), 169 f.

⁴ Vgl. AZ 23 (1909), 170.



Abb. 19: Salzmann im Apothekerkittel 1935

Salzmann lotste seine Ranke-Apotheke durch alle politischen Wirren der ersten vier Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts. Als ihn 1941 aufgrund einer Pneumonie die Kräfte mehr und mehr verließen, musste er schließlich die Geschicke auch dieses Lebenswerkes in andere Hände geben. Ab dem 1. Oktober leitete Rudolf Voerckel¹ als Pächter die Ranke-Apotheke, die am 15. Februar 1944 durch Luftangriffe mit allem Inventar und der gesamten Fachbibliothek völlig zerstört wurde. Voerckel beantragte daher die Errichtung einer Notapothek in dem Nachbarhaus, Joachimsthaler Straße 21 bei dem zuständigen Gesundheitsamt Berlin-Wilmersdorf (LB 18), das seinerseits am 6. März 1944 das Gesuch an den Polizeipräsidenten in Berlin und an die Reichsapothekerkammer weiterleitete. Da die eingereichten Pläne sowohl medizinisch- wie auch baupolizeilich als hinreichend für eine provisorische Apotheke angesehen wurden, konnte er dort bereits im Juni des gleichen Jahres den Betrieb fortführen (LB 20).

Nach dem Tod Heinrich Salzmanns am 28. Juni 1945 – verpachtungsberechtigt war nun seine Witwe – wurde vier Jahre später ein weiterer Umzug notwendig, da der Besitzer des Hauses Joachimsthaler Straße 21 Räumungsklage erhob, um dort selbst ein Geschäft für Anglerbedarf einzurichten (LB 21). Voerckel bat um Unterstützung bei dem Gesundheitsamt Charlottenburg (LB 23), das sich daraufhin seinerseits an das Landesgesundheitsamt Berlin wandte (LB 22). Eine Verlegung der Verkaufsstelle in der näheren Umgebung erschien zunächst wegen der Kriegsschäden an den umliegenden Bauwerken als unmöglich, die Fortführung der Apotheke aber als umso notwendiger: Drohte doch eine medizinische

¹ Voerckel, Rudolf, wurde am 21. November 1897 in Wriezen (Brandenburg) geboren und starb am 8. Dezember 1957 in Berlin-Wilmersdorf. Der Apotheker war Pächter der Ranke-Apotheke (Vgl. Gesetz über Verpachtung und Verwaltung öffentlicher Apotheken § 3 vom 13.12.1935 [RGBl. I, S. 1445] in Verbindung mit Artikel 5 der Verordnung vom 26. März 1936 [RGBl. I, S. 312 f.]; Landeseinwohneramt Berlin).

Unterversorgung der Bevölkerung in dieser Region, weil gleichzeitig die Schließung zweier weiterer Betriebe zu erwarten stand. So war zum einen die Aufgabe der seit 1894 unter Personalkonzession geführten benachbarten Tauentzien-Apotheke im Grunde bereits beschlossene Sache (LB 24), erfolgte aber letztlich erst 1991; zum anderen rechnete die seit 1930 ebenfalls in der Nähe angesiedelte ‚Apotheke am Zoo‘ mit ihrer Kündigung, weil sie – wie die Ranke-Apotheke – nicht über einen Mietvertrag verfügte (LB 25). Voerckel fand schließlich im Haus Joachimsthaler Straße 24 eine neue Örtlichkeit (LB 26) und erhielt mit Einschreiben vom 18. Oktober 1949 die Genehmigung, die Ranke-Apotheke dorthin zu verlegen; nach der Eröffnungsbesichtigung am 28. November des gleichen Jahres konnte er so die Versorgung der dortigen Bevölkerung mit Arzneimitteln wieder aufnehmen. Ein Pachtvertrag zwischen Bertha Salzmann und Voerckel schuf zudem Rechtssicherheit auf beiden Seiten. Als letzter jedoch am 8. Dezember 1957 starb, wurde ein weiterer Kontrakt notwendig (LB 28). Im Vorfeld dieser neuerlichen Vereinbarung verzichtete Bertha Salzmann auf die Nutzung der ihrem verstorbenen Ehemann erteilten Konzession unter der Voraussetzung, dass die Berechtigung zur Führung der Apotheke nunmehr ihrem Sohn, dem Apotheker Dr. Otto Salzmann, erteilt würde (LB 27). Nachdem Salzmann jun. am 27. März 1958 die persönliche Betriebserlaubnis erhalten hatte, verpachtete er die Ranke-Apotheke noch am gleichen Tag an den Apotheker Joachim Bethke. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 31. Mai 1960 unter der Firmierung ‚Ranke-Apotheke Dr. Otto Salzmann, Pächter Joachim Bethke‘ (PB 1). Als die Hausverwaltung den Mietvertrag nicht mehr mit Salzmann verlängern wollte, verzichtete er am 4. März 1964 zur Wahrung des Standortes auf seine Betriebserlaubnis. Diese wurde vom Berliner Senator für Gesundheitswesen nun Bethke erteilt, der die Apotheke zum 1. April 1964 erwarb und dann über achtzehn Jahre lang leitete. Am 1. Mai 1982 verkaufte er sie aus gesundheitlichen Gründen an Helmut Schibath, der jedoch schon nach kurzer Zeit Konkurs anmelden musste. Im Anschluss übernahm 1983 Hoshang Sabri die Ranke-Apotheke und führt sie noch heute (PB 2).

3.2.4. Die Auseinandersetzungen um das Homöopathische Arzneibuch

Salzmann hatte zwar bei Eröffnung der Ranke-Apotheke seine Tätigkeit als Redakteur der ‚Apotheker-Zeitung‘ aufgegeben und auch seinen Dienst als aktiver Korps-Stabsapotheker quittiert, doch widmete er sich bis zum Antritt seiner Ämter als Vorstandsvorsitzender des DAV und als Aufsichtsratsvorsitzender der Hageda im Jahre 1902 keineswegs nur seiner neuen Apotheke; vielmehr kümmerte er sich in seiner Eigenschaft als Schriftführer der Kommission zur Bearbeitung des Deutschen Homöopathischen Arzneibuches um diesen bislang vernachlässigten Bereich der Pharmazie, in welchem Zusammenhang es zwischen ihm und Willmar Schwabe 1901 zu einem öffentlichen Schlagabtausch kam. Dieser Streit hatte eine lange Vorgeschichte.

Die Hauptversammlung des DAV in Dresden beschloss am 19. und 20. August 1896 mit großer Mehrheit auf Antrag des Schleswig-Holsteinischen Vorsitzenden Theodor Andrae die Herausgabe eines einheitlichen deutschen homöopathischen Arzneibuches. Anlass dazu war die Tatsache, dass von den Arzneimittel-Grossisten sehr häufig in Aussehen und Beschaffenheit verschiedenartige Präparate verschickt wurden, die also in Zusammensetzung, Verdünnung, Qualität und damit in ihrer Wirkung nicht annähernd standardisiert gewesen sind. Dieser Missstand konterkarierte die Absicht der Regierung, die von den Apothekern seit langem – besonders auch aus pekuniären Gründen – geforderte Einschränkung der Dispensationsbefugnis homöopathischer Ärzte umzusetzen; dieses Dispensierrecht widersprach nämlich der Trennung zwischen der Verordnung der Arznei durch den Arzt und ihrer Anfertigung durch den Apotheker. Nun durfte die in Aussicht gestellte gesetzliche

Änderung freilich nicht an einer mangelhaften Belieferung seitens der Apotheker scheitern. Zudem war in den einzelnen deutschen Staaten die behördliche Observation der homöopathischen Ärzte und Apotheken sehr unterschiedlich: So pflegte etwa seit 1883 Württemberg eine engmaschige amtliche Kontrolle, wohingegen das benachbarte Baden den homöopathischen Apothekern freie Hand ließ.¹ Um hier Abhilfe zu schaffen, sah sich der DAV denn auch in der Pflicht, ein für alle Staaten des Deutschen Reiches gültiges homöopathisches Arzneibuch herauszugeben.

Am 17. März 1897 fand deshalb eine vorbereitende Besprechung statt, an der sich Max Froelich, Heinrich Salzmänn, Willmar Schwabe, William Steinmetz, Ludger Sulzer und Carl Windelband beteiligten. Man beschloss einstimmig, die Kommission um geeignete Universitätsprofessoren, Ärzte und Apotheker zu erweitern, worüber die Apotheker-Zeitung berichtete: „So ist denn in dieser uns interessirenden Angelegenheit, der Herstellung eines für das Deutsche Reich geltenden homöopathischen Arzneibuches (*Pharmacopoea homoeopathica germanica*), laut dem auf der Dresdner Apothekerversammlung gefassten Beschluss der erste Schritt geschehen. Wie man sieht, sind auch die beiden homöopathischen Apotheker aus Leipzig, Schwabe und Steinmetz, [...] zu dieser Vorberathung herangezogen worden. Was die Auswahl von Universitätsprofessoren betrifft, so wüssten wir ausser Herrn Prof. Hugo Schulz in Greifswald kaum einen zu nennen, der sich mit *Homoeopathia* eingehend befasst hat, und dürfte deren Mitarbeit nur für das chemische, botanische und pharmacognostische Beiwerk gewünscht werden. – Möge ein guter Genius über diesem Unternehmen walten!“²

Auch auf der Versammlung der homöopathischen Ärzte Württembergs am 30. Mai 1897 in Stuttgart beurteilten die Teilnehmer die Herausgabe eines allgemein verbindlichen homöopathischen Arzneibuches als wünschenswert und erfolgversprechend: „Die Aussichten zum Zustandekommen eines solchen sind recht günstig. Der preussische Cultusminister hat auf eine dieserhalb an ihn gerichtete Anfrage geantwortet, dass er diesem Bestreben einen hohen Werth beilege, und er, wenn das Werk zu Stande gekommen wäre, für die Einführung dieses homöopathischen Arzneibuches in Preussen Sorge tragen werde.“³ Im Sommer 1897 wurde das komplette Gremium aus fünf Hochschullehrern, zwölf homöopathischen Ärzten und zehn Apothekern in der Apotheker-Zeitung veröffentlicht.⁴

Besonders Schwabe war davon begeistert, dass man zum ersten Mal überhaupt die homöopathische Pharmazie auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Seit über 33 Jahren als homöopathischer Apotheker tätig, hoffte er zudem, dass seine eigene ‚*Pharmacopoea homoeopathica polyglottica*‘ den Arbeiten der Kommission vielleicht von Nutzen sein könne.⁵

¹ Vgl. MOSSA (1897), 201: „So sehen wir in Württemberg eine fürsorgliche Ordnung des homöopathischen Apothekenwesens, ganz bestimmte Vorschriften für die Einrichtung homöopathischer Apotheken (rein homöopathischer Centralapotheken und Dispensarien als Adnexa der allopathischen, welche die potenzierten Mittel von jenen beziehen müssen), amtliche Controlle derselben und festgesetzte Taxe der homöopathischen Mittel, eine vorgeschriebene homöopathische *Pharmacopoea*, wonach die Pharmaceuten zu arbeiten und die Visitatoren zu controliren haben. Und im freundnachbarlichen Baden? Nichts von alledem. Der Staat wacht nur darüber, daß die homöopathischen Aerzte nicht selbst dispensiren, sonst ist Alles dem Ermessen der Apotheker preisgegeben. Aber auch in Preussen hat man sich wohl bis jetzt um die homöopathischen Abtheilungen der Apotheken kaum gekümmert, während doch die homöopathischen Apotheken der dort selbstdispensirenden Aerzte einer oft peinlichen Visitation unterworfen sind. Da ist es denn kein Wunder, wenn die homöopathischen Präparate nicht sorgfältig genug angefertigt werden.“

² AZ 11 (1897), 191; AHZ 134 (1897), 127.

³ Vgl. MOSSA (1897), 201.

⁴ Mitglieder waren Wilhelm Antze, Heinrich Beckurts, Albert Burkhard, Friedrich Faulwasser, Max Froelich, Julius Fuchs, Heinrich Geyer, Friedrich Gisevius, Carl Hartwich, Anton Kaufmann, Eugen Kröner, Virgil Mayer, Heinrich Salzmänn, Carl Schacht, Ottmar Schmidt, Hugo Schulz, Willmar Schwabe, Paul von Sick, William Steinmetz, Karl Stiegele, Heinrich Stiff, Carl Struff, Ludger Sulzer, Franz Veit, Richard Wagner-Schlageter, Ernst Weber und Carl Windelband.

⁵ PZ 42 (1897), 575 f.

Diese legte jedenfalls am 11. August 1897 in Berlin auf ihrer einzigen gemeinsamen Sitzung die bei der Abfassung des Arzneibuches zu beachtenden Grundsätze für die Zubereitung, Beschaffenheit, Prüfung und Beurteilung homöopathischer Arzneimittel allgemein gültig fest.

Bis zur Fertigstellung des Arzneibuches berieten die Fachleute dann in kleineren Ausschüssen, wobei nur die homöopathischen Ärzte und Apotheker Einfluss auf den Inhalt hatten und deshalb die von Josef Dannemann geäußerte Kritik an der Zusammensetzung dieses Gremiums als ungerechtfertigt betrachtet werden muss: „Es sitzen zwei *allopathische* Apotheker und zwei Aerzte in der Commission,“ – heißt es darin – „von welchen letzteren der eine schon vor mehr als 50 (!) Jahren über ungeheuere pharmaceutische (!!)) Kenntnisse verfügt haben ‚soll‘ und berathen über die wichtigsten Fragen der Homöopathie! Wie allopathische Apotheker über die Homöopathie denken [...], ist ja bekannt, und wie es mit den pharmacologischen und pharmacognostischen Kenntnissen der Herren Aerzte steht. Wie mag wohl unter solchen Umständen das künftige deutsche homöopathische Arzneibuch ausfallen?! Arme Homöopathie !!“¹ Trotz dieses Angriffs hofften die Fachleute gleichwohl, ihr Vorhaben zum Erfolg führen und mit diesem Kompendium eine einheitliche Grundlage – anstelle der damals noch üblichen sechs Varianten derer von Joseph Buchner, Carl Caspari, Hermann Hager, Franz Hartmann, Gruner und Schwabe – für das gesamte Deutsche Reich schaffen zu können.² Gruners ‚Homöopathische Pharmakopöe‘, die er im Auftrag des Zentralvereins homöopathischer Ärzte 1854 in Leipzig herausgegeben hatte, und Schwabes ‚Pharmacopoea homoepathica polyglottica‘, die 1872 ebenfalls dort erschienen und vom Zentralverein zur homöopathischen Normal-Pharmakopöe erklärt worden war, übertrafen die anderen an Bedeutung.³ So ging Schwabe davon aus, dass das neue homöopathische Arzneibuch „nur eine Sammlung derartiger Arzneibereitungs Vorschriften sein kann, die sich in der gesammten homöopathischen Litteratur des In- und Auslandes zerstreut vorfinden“; ferner bezweifelte er nicht, dass seine eigene Pharmakopöe Grundlage des neuen Standardwerkes sein werde, da sie „nun auch schon seit 1872 in drei Auflagen und in sechs Sprachen erschienen ist und nach ihr schon seit Jahren im Wesentlichen auf dem gesammten Erdenrunde gearbeitet wird, weil ihr die Anerkennung der hervorragendsten Vertreter der Homöopathie zu Theil geworden, jedoch auffälliger Weise regierungsseitig unberücksichtigt geblieben sei; dagegen habe die Gruner’sche Pharmakopöe in Württemberg und Braunschweig in den letzten Jahren staatliche Anerkennung gefunden, obgleich sie [...] zu viele Abweichungen von den unbedingt festzuhaltenden Originalvorschriften Hahnemann’s enthält.“⁴ Zwar waren Gruners Methoden der ursprünglichen Verfahrenstechnik überlegen, überzeugten sie Schwabe doch nicht, dessen Bestreben dahin ging, den strengen Vorschriften des Begründers der Homöopathie Rechnung zu tragen.⁵

Die Erstellung des amtlichen Arzneibuches sorgte für immer heftigere Auseinandersetzungen, so dass – wie Joseph Dannemann schrieb – „unter den Commissionsmitgliedern eine ausgesprochene, an Gehässigkeit grenzende gegenseitige Animosität herrscht, die sich zu direct ehrenverletzenden Aeusserungen gesteigert hat.“⁶ Die Debatte dehnte sich auf die unterschiedlichen Verfahrensmethoden zur Bereitung von Essenzen und Tinkturen sowie auf die Benennung der homöopathischen Potenzen aus. Der damalige DAV-Vorsitzende,

¹ DANNEMANN (1898), 126.

² Vgl. SCHWABE (1897), 32.

³ Vgl. GRUNER (1854), 18.

⁴ PZ 42 (1897), 576.

⁵ Hahnemann stellte die aufeinander folgenden Verdünnungen gemäß der Centesimalskala im Verhältnis 1:100 her, während Gruner die Dezimalskala 1:10 einführte. Somit entspricht die Hahnemannsche C1-Verdünnung der Grunerschen D2-Verdünnung. Auch verbesserte der Dresdner Apotheker die Methode zur Herstellung von Metallpulvern für Triturationen, indem er von dem Hahnemannschen Reiben mit der Feile abging und seine Substanzen über Niederschläge erhielt. Vgl. hierzu SCHINDLER (1973).

⁶ DANNEMANN (1898), 126.

Froelich, bat deshalb den Vorsitzenden des Vereins der Stuttgarter homöopathischen Ärzte, Paul von Sick, als Streitschlichter aufzutreten. Dieser erläuterte auf einer Sondersitzung am 4. November 1897 die verschiedenen Sichtweisen bezüglich des Grundsubstanzgehalts der ersten Urtinktur-Verdünnung gemäß dem C 1- oder D 1-Verfahren und hinsichtlich der Valenzfrage – also der Wirksamkeit einer Substanz. Der einberufenen Kommission oblag nun die Aufgabe, einen Konsens zu finden, damit die Arbeit an dem allseits gewünschten homöopathischen Arzneibuch fortgeführt werden konnte.¹ Man kam schließlich überein, für jede Droge eine Spezialrezeptur zu verfassen.

Aus ärztlicher Sicht kommentierte Paul von Sick die damalige Fehde zwischen Schwabe und dem mit dem DAV gleichgesinnten Berliner Verein homöopathischer Ärzte, wobei er betonte, dass eine reichseinheitliche Reglementierung der Homöopathie das ärztliche Dispensierverbot überall nach sich ziehen könnte: „Ehe aber in der einen oder anderen Richtung eine Entscheidung erfolgt, kann selbstverständlich von einer Weiterförderung der Sache nicht die Rede sein. Vom Standpunkt des homöopathischen Arztes aus ist dieser Stillstand übrigens nicht so sehr zu beklagen. War der Beschluss des deutschen Apothekervereins, eine allgemein gültige homöopathische Pharmakopöe zu schaffen, hocheifrig als unzweifelhaftes Zeichen, welche Stellung die homöopathische Heillehre und die dieselbe ausübenden Aerzte, trotz aller Widerstände und alles Niederschweigens, sich in Deutschland errungen haben ohne jede Unterstützung staatlicherseits, so liegt andererseits in der Einführung eines allgemein gültigen und von der Reichsbehörde oder der Mehrheit der Einzelstaaten anerkannten homöopathischen Arzneibuches die Gefahr, dass uns Aerzten die Dispensirbefugniß da, wo sie besteht, entzogen wird mit dem Hinweis: nun der Staat für die richtige Herstellung der homöopathischen Arzneimittel Sorge, fehle dem besagten Sonderrecht der Aerzte die Voraussetzung, dasselbe sei demnach aufzuheben.“² Trotz dieser zu erwartenden Beschneidung ärztlicher Berechtigung gestaltete Paul von Sick das geplante Vorhaben mit: „Eine Pharmakopöe, nach der homöopathische Apotheken eingerichtet und beaufsichtigt werden sollen, muss Angaben nicht bloss über die Art und Weise der Herstellung, sondern vor allem über die zu verlangende Beschaffenheit der nach ihren Angaben hergestellten Mittel [...] enthalten [...]. Nimmt die homöopathische Pharmakopöe-Commission die Schwabe'schen Vorschriften im Großen und Ganzen an und ergänzt seine Pharmacopoea polyglotta durch die ihr gänzlich fehlende Beschreibung der physikalischen und chemischen Eigenschaften der Grundstoffe [...], so lasse ich mir diese Ordnung ganz gerne gefallen und bin überzeugt, dass unsere Sache durch eine derartige allgemeine, vom Staate anerkannte und beaufsichtigte Ordnung der Dinge entschieden gewinnt.“³

In der Neuauflage seiner ‚Pharmacopoea homoeopathica polyglotta‘ von 1899 ergänzte Schwabe dann auch die Beschreibung der einzelnen Drogen und Präparate, gab ferner Prüfungsvorschriften sowie Wertbestimmungen an, die zuvor über einen Zeitraum von zwei Jahren von Chemikern und Apothekern seines Betriebs zusammengetragen worden waren; glaubte er doch, damit „die Achtung der wissenschaftlichen Welt, die uns leider bislang noch mangelt“, zu erzwingen. Schwabe behielt seine Ansicht über die Valenz eines Arzneistoffes zwar bei, wandelte sie aber ab, indem er feststellte: „Der Grundstoff, die Einheit des Arzneigehaltes, ist der ausgepresste Saft einer Pflanze, die Droge, das chemische oder pharmaceutische Präparat etc.; und diese bildet die Grundlage für die Potenzen, sei es nach der Decimal- oder Centesimalscala.“⁴

Der Streit spitzte sich gleichwohl durch die simultane Publikation des ‚Deutschen homöopathischen Arzneibuchs‘ von Schwabe und das vom DAV herausgegebenen

¹ Vgl. KATZ (1897), 799.

² SICK (1898), 146.

³ SICK (1898), 147.

⁴ AHZ 142 (1901), 141.

‚Deutschen Homöopathischen Arzneibuchs‘ zu. Die beiden Titel unterscheiden sich lediglich durch die adjektivische Verwendung des Wortes ‚homöopathisch‘ mit entsprechender Klein- bzw. als Bestandteil des Nomens mit orthographisch richtiger Großschreibung. Das vom Verein herausgegebene Werk zeichnete sich durch Einfachheit, Handlichkeit und einer im Vergleich mit der Hahnemannschen Bereitungsart zeitgemäßen Herstellungsvorschrift für Verreibungen aus, während die oberflächliche Darstellung der Tinkturen bemängelt wurde. Schwabe hingegen hatte seine bekannte, dennoch veraltete ‚Pharmacopoea homoeopathica polyglotta‘ zwar modifiziert, aber nicht wirklich modernisiert. In Fachkreisen hoffte man jedenfalls auf eine Verständigung zwischen den beiden Kontrahenten, wobei in der pharmazeutischen Presse die Auseinandersetzungen breit dargestellt wurden. So kann man etwa in der Pharmazeutischen Zeitung vom 4. September 1901 lesen „Wenn der schleswigsche Kreis, der seiner Zeit den Antrag auf Ausarbeitung eines homöopathischen Arzneibuches seitens des Deutschen Apotheker-Vereins stellte, den Streit und Hader vorausgesehen hätte, der sich an die Ausführung dieser Arbeit knüpfen würde, so hätte er sich vielleicht eines Anderen besonnen. Schon während der Bearbeitung des Buches drangen Gerüchte über starke Meinungsverschiedenheiten in der Kommission, Spaltungen und Austritte einzelner Mitglieder durch die dichtverschlossenen Thüren des Sitzungssaales in die Öffentlichkeit hinaus, die durch die Erklärungen der Herren Schwabe und Steinmetz im 1897er Jahrgang der Pharmazeutischen Zeitung als begründet erwiesen wurden. Die beiden eben genannten homöopathischen Apotheker traten aus der Kommission aus, und Herr Dr. Schwabe schritt zur Herausgabe einer neuen und verbesserten Auflage seiner Pharmacopoea homoeopathica polyglottica. Sie wurde im Frühling dieses Jahres fertig und wenige Wochen später folgte ihr auch das vom Deutschen Apotheker-Verein bearbeitete Werk nach. Beide führen den Titel Deutsches homöopathisches Arzneibuch“.¹

Bemerkenswert ist dabei auch die unterschiedliche Berichterstattung der beiden pharmazeutischen Fachorgane im gleichen Monat: Die Apotheker-Zeitung verschweigt die Berechtigung der Pharmacopoea homoeopathica polyglotta neben dem vom DAV in Auftrag gegebenen Arzneibuch und unterschlägt obendrein sowohl Schwabe als auch Steinmetz als Kommissionsmitglieder, wohingegen ihr Kontrahent, die Pharmazeutische Zeitung, aus der marginal früheren Fertigstellung der Pharmacopoea homoeopathica polyglotta das Recht eines ebenbürtiges Standardwerkes ableitet; daneben meint dieses Blatt, beleidigende Angriffe der homöopathischen Apotheker auf Salzmann und Froelich verteidigen zu können.² Diese Verunglimpfungen nimmt nun das jüngere Fachorgan bei seiner Berichterstattung zur 30. Hauptversammlung des DAV am 4. und 5. September 1901 wieder zum Anlass, die sächsischen Widersacher öffentlich zu rügen.³

In der Tat hatte die Auseinandersetzung durch ein auf der ersten Seite der Apotheker-Zeitung vom 31. Juli 1901 abgedrucktes viertelspaltiges Kurz-Schreiben Schwabes an die deutsche Apothekerschaft eine neue Dimension erfahren: „Mein Unternehmen“ – heißt es darin: „wird von einer gewissen Seite angefeindet, welche das Recht, ein ‚Deutsches homöopathisches Arzneibuch‘ herauszugeben, für sich alleine in Anspruch zu nehmen sucht. Gleich nach dem Erscheinen meines Originalwerkes hat man wiederum von jener Seite versucht, der Verbreitung meines Buches entgegen zu arbeiten, indem die Buchhandlung des Deutschen Apotheker-Vereins Aufforderungen zur Bestellung auf ein damals noch nicht vorliegendes, demnächst unter demselben Titel, wie das meinige, erscheinendes Werk versandte und durch die Fassung der begleitenden Worte den Anschein zu erwecken suchte, als handele es sich um ein von irgend einer berufenen Seite anerkanntes und auf Grundlage thatsächlicher wissenschaftlicher Vorarbeiten aufgebautes ‚Originalwerk‘ [...]. Wie aus vielfachen

¹ PZ 46 (1901), 701 f.

² Vgl. PZ 46 (1901), 702.

³ Vgl. AZ 16 (1901), 646.

Zuschriften und Veröffentlichungen hervorgeht, würde das jetzt vorliegende ‚Werk‘ jener bis auf einen verschwindend kleinen Rückstand verflüchtigten Kommission nur ein sehr geringer Bruchteil der wissenschaftlichen homöopathischen Fachmänner zu haben sein. Ich sehe mich daher veranlasst, darauf hinzuweisen, dass jenes Buch, dessen nicht genannte Verfertiger die Vaterschaft des ‚Werkes‘ dem Deutschen Apotheker-Verein aufbürden wollen, sich bei näherer Betrachtung zum größten Teil als wörtlicher Abdruck aus dem Arzneibuch für das Deutsche Reich, sowie aus dem Ergänzungsbuch und anderen nicht zitierten Werken herausgestellt und weiter, dass dasselbe bislang noch keinerlei Beweis für seine Brauchbarkeit in der Praxis erbracht hat, während mein ‚Deutsches homöopathisches Arzneibuch‘ eine erweiterte und vertiefte Bearbeitung meiner seit nunmehr 30 Jahren bewährten und über die ganze Erde verbreiteten Pharmacopoea homoeopathica polyglotta bildet. Betreffs unrechtmässiger Benutzung meiner Werke durch die Berliner Kommission behalte ich mir weitere Schritte an geeigneter Stelle vor [...].“¹ Die Antwort Salzmanns in seiner Eigenschaft als Schriftführer der Kommission zur Bearbeitung des Deutschen homöopathischen Arzneibuches ist auf der gleichen Zeitungsseite zu lesen: „Dieses Schreiben ist so voll der größten Unwahrheiten, dass man nachgerade an der Gutgläubigkeit ihres Verbreiters irre zu werden, geneigt ist. Es ist unwahr, dass eine ‚gewisse Seite‘ das Unternehmen des Herrn Schwabe anfeindet; genau das Gegenteil ist richtig. Herr Schwabe hat das ältere Unternehmen des Deutschen Apotheker-Vereins angefeindet, sobald er sah, dass das Buch nicht nach seinen Wünschen, sondern nach den Anschauungen der erdrückenden Mehrheit der deutschen homöopathischen Aerzte und Apotheker bearbeitet werden sollte. Die Kommission zur Bearbeitung des vom Deutschen Apotheker-Verein herausgegebenen Deutschen homöopathischen Arzneibuches hat sich Herrn Schwabe gegenüber stets in der Verteidigung befunden und auch von dieser nur dann Gebrauch gemacht, wenn die Sache es durchaus erforderte. Es ist unwahr, dass der Deutsche Apotheker-Verein unter demselben Titel wie Herr Schwabe ein Buch herausgegeben habe, d.h. einen von Herrn Schwabe zuerst benutzten Titel unrechtmässiger Weise für sein Werk benutzt habe. Auch hier ist genau das Gegenteil der Behauptung richtig. Herr Schwabe hat nämlich, wie dies bereits in No. II dieser Zeitung festgestellt wurde, für sein Buch einen Titel vorweggenommen, der von der Vereinskommision für ihr Werk schon zu einer Zeit benutzt wurde, als Herr Schwabe der Kommission noch angehörte. Herr Schwabe hat auch schon zu Anfang dieses Jahres sein Buch angekündigt und in den Fachzeitzungen besprechen lassen, als der III. Teil des Buches noch gar nicht fertiggestellt war. Dagegen hat der Deutsche Apotheker-Verein nach buchhändlerischem Brauch erst unmittelbar vor dem Erscheinen des Werkes entsprechende Anzeigen zur Versendung gebracht. Es ist unwahr, dass die Kommission, bis auf einen verschwindend kleinen Rückstand verflüchtigt sei [...].“² Salzmann zählt dann auch die Gremiumsmitglieder auf und bedauert zum einen den Tod der ehemaligen Mitarbeiter Sulzer und von Sick und zum anderen das krankheitsbedingte Ausscheiden von Steinmetz und Wagner-Schlageter. Nur Schwabe und Stifft schieden freiwillig aus – angeblich wegen sachlicher Meinungsverschiedenheiten bezüglich rein homöopathischer Fragen.³ Salzmann hebt ferner hervor, dass der gesamte Stab ohne jedes persönliche Interesse seine Schaffenskraft in die gemeinsame Arbeit an diesem Arzneibuch eingebracht habe, und fährt fort: „Es ist unwahr, dass eine unrechtmässige Benutzung Schwabescher Werke stattgefunden hat. Es war schon aus dem Grunde nicht möglich, weil die Schwabeschen Werke fast nichts enthalten, was für das Deutsche Homöopathische Arzneibuch verwendbar war. Die vorstehenden von mir aufgeführten Thatsachen vermögen Herr Schwabe und sein Anhang mit

¹ AZ (1901), 533.

² AZ (1901), 533 f.

³ In der Vorrede zum Deutschen Homöopathischen Arzneibuch 1901 wird von acht der 27 Mitglieder gesprochen, die bis zur Fertigstellung des Werkes ausgeschieden waren. Nach den Ausführungen Salzmanns waren es jedoch lediglich sechs Personen.

allen ihnen zu Gebote stehenden reichen Mitteln nicht aus der Welt zu schaffen. Das Werk der Kommission des Deutschen Apotheker-Vereins ist in der That ein ‚Originalwerk‘, und mit voller Absicht sind Artikel aus dem Deutschen Arzneibuch und dem halbamtlichen Ergänzungsbuch in das homöopathische Arzneibuch übernommen worden, weil man in einem Buche, für das amtliche Anerkennung erbeten und in Aussicht gestellt worden ist, selbstverständlich nicht die Anschauungen eines einzelnen Apothekers oder Fabrikanten, sondern nur das allgemein als gültig Anerkannte zum Ausdruck bringen kann. [...]“¹ Salzmann setzte sich mit dieser Erwiderung in allen Punkten begründet zur Wehr. Hingegen sah sich Schwabe verletzt, dass auch dieses Mal sein Arzneibuch nicht den erhofften amtlichen Charakter erhalten sollte, der zunächst der Grunerschen Pharmacopöe – zumindest für Württemberg und Braunschweig – zuteil geworden war, und der nun das Kompendium des DAV offiziell legitimieren sollte.² Schwabe rühmte in seinen Veröffentlichungen dessen ungeachtet die „weltweite“ Anwendung seiner Erkenntnisse und scheute sich auch nicht, auf dem Titelblatt seiner ‚Pharmacopoea homoeopathica polyglotta‘, 5. Auflage, von 1901 zu verkünden: „Einzig, auf Grund von 48 fachwissenschaftlichen Gutachten von dem Homöopathischen Central-Verein Deutschlands, dem Verein homöopathischer Aerzte Ungarns und den homöopathischen Aerzten Dänemarks autorisierte homöopathische Normalpharmacopöe.“ Schon in der Vorrede preist er seine Leistung an: „Nach fast zehnjährigen Vorarbeiten habe ich im Jahre 1872 das erste vollständige Sammelwerk auf dem Gebiete der homöopathischen Pharmacie herausgegeben [...]. Die früheren homöopathischen Pharmacopöen enthielten nur die gebräuchlichsten Mittel, und zum Teil diese, wie ich in veröffentlichten Kritiken nachgewiesen habe, unkorrekt bearbeitet. Mein Werk erschien unter dem Titel: ‚Pharmacopoea homoeopathica polyglotta‘, und zwar die erste Auflage in drei, dagegen schon die zweite in fünf Sprachen, denen sich in den letzten Jahren noch eine portugiesische und eine russische Ausgabe anschlossen. Im Vorwort zur zweiten Auflage ist die offizielle Anerkennung des Werkes als Normalpharmacopöe von Seiten der wissenschaftlichen homöopathischen Korporationen Deutschlands und des Auslandes abgedruckt. Alle Kapazitäten auf homöopathischem Gebiete haben sich in ausführlichen und der Oeffentlichkeit übergebenen Gutachten für mein Werk resp. für die in denselben festgelegten Prinzipien ausgesprochen. Zu diesen Anerkennungen älteren Datums sind solche bis in die neuste Zeit gekommen, so z.B. aller homöopathischen Aerzte Dänemarks“³. Im Anschluss an Salzmanns Stellungnahme zu den Verleumdungen Schwabes meldete sich der damalige Vorstand des DAV vehement zu Wort: „Die Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins in Dresden, an der Herr Schwabe persönlich teilnahm, beauftragte den Vorstand des Vereins, die Herausgabe eines homöopathischen Arzneibuches durch eine Kommission zu veranlassen. Der Vorstand hat in Ausführung dieses Auftrages unter Zustimmung der preussischen und württembergischen Staats-Regierung eine Kommission gebildet, deren Zusammensetzung in den Ausführungen des Herrn Dr. Salzmann in der vorigen Nummer angegeben wurde. Diese vom Vorstande eingesetzte Kommission hat im Auftrage desselben bzw. des Deutschen Apotheker-Vereins in völlig uneigennütziger Weise sich der schwierigen Aufgabe unterzogen, das ‚Deutsche homöopathische Arzneibuch‘ fertigzustellen.“⁴ Die Pharmazeutische Zeitung druckte die Gegenrede Salzmanns ebenfalls

¹ AZ (1901), 533 f.

² Am 20. August 1872 wurde in Leipzig die 1. Auflage der ‚Pharmacopoea homoeopathica polyglottica‘ vom Zentralverein homöopathischer Ärzte zur Normal-Pharmacopöe erklärt. Sie erschien nun in rascher Folge in weiteren Auflagen; von der 2. Auflage (Leipzig 1880) an nannte sie sich ‚Pharmacopoea homoeopathica polyglotta‘, von der 5. Auflage (1901) bis zur 9. Auflage (1912) ‚Deutsches homöopathisches Arzneibuch‘. 1929 erschien neben den anderssprachigen Ausgaben noch eine 2. deutsche Ausgabe der Polyglotta, bei der die Herstellungsmethoden auch in Lateinisch angegeben sind. Vgl. SCHINDLER (1973), 384.

³ AZ (1901), 533.

⁴ AZ 16 (1901), 541.

ab, vergaß allerdings auch dieses Mal nicht, Aussagen davon in Anführungszeichen zu setzen und so hinsichtlich ihres Wahrheitsgehalts ins Lächerliche zu ziehen.¹

Selbst Schwabes langjähriger Mitarbeiter Julius Katz merkte in seinem Nekrolog kritisch an: „Im Jahre 1872 verfasste Schwabe unter Mithilfe sachverständiger Fachgenossen seine ‚Pharmacopoea homoeopathica polyglotta‘, in der er sich eng an die Vorschriften des Begründers der Homöopathie Hahnemann anschloß. Leider legte er bei der Abfassung auch späterer Auflagen die Hahnemannschen Werke zugrunde, und da Hahnemann mit zunehmendem Alter immer mehr von seiner früheren Klarheit verlor, so konnte sich hierbei für jeden mathematisch denkenden Menschen unfassbarer Widerspruch einschleichen, nämlich daß eine Tinktur oder Lösung 1:5 bereitet ein Zehntel der Arzneikraft des Urstoffs sein sollte. Das starre Festhalten Schwabes an diesem Fehler veranlaßte denn später die schweren Konflikte in der Kommission für das Deutsche homöopathische Arzneibuch, die in der Folge der Ausgangspunkt von heftigen Polemiken in der ‚Apotheker-Zeitung‘ sowie in Flugblättern wurden und in deren Verlauf die ‚Apotheker-Zeitung‘ Schwabe die Vertretung einseitiger Geschäftsinteressen vorwarf und ihn einen ‚streitbaren alten Herrn‘ nannte, ein Epitheton, das er nie verziehen hat. Nach Austritt von Schwabe und Steinmetz aus der Kommission wurde nun von beiden Seiten je ein ‚Deutsches homöopathisches Arzneibuch‘ herausgegeben, die natürlich heute [1917] noch beide vergeblich auf die staatliche Anerkennung warten. Hier dürfte für nachkommende Geschlechter die Gelegenheit geboten sein, durch einträchtiges Hand-in-Hand-Arbeiten die Fehler der beiderseitigen allzu großen Starrköpfigkeit wieder gut zu machen.“²

In der Tat sollte Schwabe postum gewissermaßen doch noch zu seinem Ruhm zu ungunsten des DAV kommen. 1924 veröffentlichte sein Sohn, die zweite Ausgabe des ‚Schwabeschen Homöopathischen Arzneibuches‘ mit wesentlichen Verbesserungen; auch der allzu enge Anschluss an die Hahnemannschen Originalvorschriften war darin beseitigt, indem diese zwar nicht verworfen, aber in eine präzisere, dem damaligen Stand der Wissenschaft entsprechende Form gekleidet wurden. Im Oktober 1925 trat dann der DAV an das Reichsgesundheitsamt mit der Bitte heran, im Deutschen Arzneibuch oder in einem Anhang dazu allgemein verbindliche Grundlagen für die Anfertigung homöopathischer Arzneien festzuschreiben³; wie in dieser Eingabe ausführlich begründet wurde, war es nämlich im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt erforderlich, dass von Reichs wegen eine Regelung auf diesem Gebiet erfolgte.⁴ Schließlich erschien 1934 in wiederum abgeänderter Fassung endlich diejenige Ausgabe des Schwabeschen Arzneibuches, die dann ab dem 1. Oktober des gleichen Jahres für das damalige Reichsgebiet offiziell wurde.⁵

¹ Vgl. PZ 46 (1901), 113.

² KATZ (1917), 42.

³ Vgl. AZ 41 (1926), 267.

⁴ Vgl. AZ 42 (1927), 933.

⁵ Vgl. AHZ 182 (1934), 217; ferner Sächsisches Gesetzblatt 22 (1934), 130.

3.3. Salzmann als Aufsichtsratsvorsitzender der Hageda (1902–1938)

3.3.1. Gründung der Hageda

Salzmann begann 1902 seine Karriere als Aufsichtsratsvorsitzender der Hageda¹, der Handelsgesellschaft deutscher Apotheker, einer pharmazeutischen Großhandlung auf genossenschaftlicher Grundlage, deren Anfänge freilich etwas weiter zurückreichen. Die Aufforderung zur ‚genossenschaftlichen Selbsthilfe‘ war bereits 1896 zu hören, wurde aber eher halbherzig diskutiert.² Auch die Fachzeitingen zeigten nur verhaltenes Interesse an dieser Angelegenheit, und der Vorstand des DAV wog auf den Kreisversammlungen erst einmal ab, ob etwa anstehende Fragen einer näheren Prüfung unterzogen werden sollten.³ Die damaligen Bestrebungen zielten auf die Schaffung sog. Zentrallaboratorien zur Anfertigung solcher Pharmazeutika, die in den einzelnen Apotheken gar nicht oder nicht gewinnbringend herzustellen waren, wie Gelatinekapseln, Dragees, Verbandstoffe, gewisse Extrakte und Tabletten. Da sich die Kreisversammlungen in der Mehrheit ablehnend ausgesprochen hatten, brachte der Vorstand des DAV diesen Punkt letztlich nicht auf die Tagesordnung der 26. Hauptversammlung 1897 in Straßburg. Trotzdem empfahl Carl Bedall, der damals noch nicht dem Führungsgremium angehörte, die Sache aufmerksam im Auge zu behalten⁴; seiner Öffentlichkeitsarbeit war es denn auch zu verdanken, dass das Thema dann 1898 auf der Hauptversammlung in Köln doch behandelt und sogar ein entsprechender Ausschuss eingerichtet wurde⁵, der nach langen Beratungen die Schaffung von ‚Zentrallaboratorien auf kaufmännischer bez. genossenschaftlicher Grundlage‘ im Jahr 1900 allerdings wegen vermuteter finanzieller Probleme ablehnte. Dennoch hatten die andauernden Erörterungen die Apotheker von der Erfordernis und Nützlichkeit eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses überzeugt und der zunächst begrenzt erfolgte gemeinschaftliche Warenbezug der Berliner Kollegen die Zweckdienlichkeit einer eventuellen Handelsgesellschaft erahnen lassen.⁶ Auf Antrag Conrad Hagenbecks, der Mitglied des dortigen Apotheker-Vereins war, wurde eine Kommission mit der Vorbereitung hinreichender Maßnahmen gegen die Verteuerung der Glas-, Kartonagen- und Verbandstoffpreise betraut.⁷ Hagenbeck hatte bereits zuvor auf die Kette entsprechender Firmen hingewiesen, die sich zum Schaden des Apothekers –selbst gebunden an seine Taxpreise– vollzog. Um sich gegen derartige verlustbringende Vereinbarungen zu wehren, gab es zum einen die Möglichkeit, das Kartell zu sprengen und zum anderen – falls das nicht gelingen sollte – die Selbsthilfe. Der erste Schritt dazu bestand darin, den Industriellen die nicht unbedeutende Nachfrage von 143 dem Berliner Verein angehörenden Apothekenbesitzern und Vorständen mit ihrem nach Millionen zählenden Umsatz – genossenschaftlich vereinigt – zu präsentieren.⁸ Aus diesem Grund verpflichteten sich fast alle Vereinsmitglieder, ihren gesamten Bedarf an Medizinalgas, Kartonagen und Verbandstoffen nur von denjenigen Herstellern zu beziehen, mit denen der Vorstand Vereinbarungen getroffen hatte. Die Vertragspartner – darunter besonders der ausgewählte Berliner Verbandstoffproduzent Max Kahnemann – begingen jedoch den Fehler, die

¹ Zur Geschichte der Hageda vgl. WÜLLRICH (1987) und WÜLLRICH / WEHLE (1988).

² Vgl. AZ 11 (1896), 679.

³ Vgl. AZ 12 (1897), 385.

⁴ Vgl. AZ 13 (1897), 576.

⁵ Vgl. AZ 13 (1898), 321.

⁶ Vgl. AZ (1902), 213 f.

⁷ Im Jahr 1900 gehörten zu dieser Kommission der DAV-Vorstand mit Carl Baetcke, Friedrich Bellingrodt, Heinrich Geyer, Carl Jehn, Emil Vogt, Carl Schacht und Karl Thaeter sowie Conrad Hagenbeck, Wilhelm Marschall, Alfred v. Gusnar und Ernst Kuhlmann.

⁸ Vgl. AZ (1902), 213 f.

Vereinsmitglieder nicht mit qualitativ gleichbleibend guter Ware zu beliefern. Hinzu kam, dass neben der schlechten Produktqualität sich die Apotheker auch über die Bindung an eine einzige Firma beklagten, während der Fabrikant seine Unfreiheit in der Preisgestaltung bemängelte. Ein neues, personell abgeändertes Gremium mit Salzmann an der Spitze wurde gewählt, das den bestehenden Kontrakt mit der Firma Kahnemann kündigte und am 26. November 1902 die Bildung einer Wirtschaftsgenossenschaft empfahl, die sich zunächst mit dem Ein- und Verkauf von textilen Materialien zur Wundversorgung befassen sollte.

Somit gab die Schwierigkeit, die den Berliner Apothekern aus diesem verhältnismäßig weniger bedeutenden Bereich des Apothekenbetriebs erwachsen war, den letzten Anstoß zur Gründung der ‚Einkaufsvereinigung der Apotheker Berlins mit beschränkter Haftung‘, die am 30. Dezember 1902 in einer besonderen Versammlung der Beteiligten im Restaurant ‚Zum Heidelberger‘ stattfand.¹ Salzmann wurde zum Vorsitzenden des ersten Aufsichtsrats gewählt, dem ferner Max Froelich und Ernst Kuhlmann angehörten, wohingegen Hagenbeck die Geschäftsführung übernahm. Alle Funktionen wurden – auch in der Folge, soweit von Gesellschaftern ausgeübt – ehrenamtlich verwaltet. Der verabschiedete Gründungsvertrag legte als Gegenstand des Unternehmens den gemeinsamen Einkauf und die Herstellung von pharmazeutischen Präparaten, medizinischen Verbandstoffen und Spezialitäten fest, beabsichtigte also von Anfang an eine Ausdehnung auf die Produktion. Hierbei zeigte sich Salzmanns Weitsicht und sein taktisch kluges Verhalten; denn obwohl er die großindustrielle Fabrikation von Medikamenten als Vorstandsvorsitzender des DAV offiziell attackierte, war ihm andererseits klar, dass er diesen Prozess nicht aufhalten konnte und eine standeseigene Beteiligung daran deshalb mehr als sinnvoll für eine Gesamtrentabilitätssteigerung erschien, die gerade für wirtschaftlich schwächere Kollegen überlebenswichtig war.² Das Gründungskapital betrug 37.000 Mark, woran vier Gesellschafter mit je 1000 Mark und 66 mit je 500 Mark beteiligt waren.

Von Anfang an sollten Warenlieferungen nur gegen Barzahlung erfolgen sollten (FH 2), da wie Salzmann seinen Kollegen klar machte vom Großhandel beanspruchte Warenkredite zwangsläufig zur eigenen Unselbstständigkeit führen mussten und deshalb nur diese Ausgleichsweise eine gesunde Grundlage für das Unternehmen abgab: „Wer nicht schon ohne weiteres davon überzeugt ist, daß Betriebe mit so verhältnismäßig geringem Warenumsatz und absolut kleinem Reingewinn wie die Apotheken, wo zudem noch die Freiheit in der Annahme oder Ablehnung der Ware noch weniger beeinträchtigt werden darf als in anderen Betrieben, kein Borgsystem haben dürfen, der braucht nur einen Blick in die Geschichte aller genossenschaftlichen Unternehmen zu werfen, um zu sehen, dass Barzahlung und nur Barzahlung ihre Lebensbedingung ist. Und wer etwa die Mittel zur Barzahlung oder zur monatlichen Begleichung seiner Rechnungen nicht haben sollte, der sollte eines der gemeinnützigen, für den Apothekerstand auch im Wege der Selbsthilfe geschaffenen Kreditinstitute den Kreditverein Deutscher Apotheker [Kreda] in Danzig oder die Apothekerbank in Berlin in Anspruch nehmen.“³ Die Kreda war am 19. Dezember 1902 in der Hafenstadt von 18 Apothekern mit dem Hauptzweck der Vergabe günstiger Kredite an die Mitglieder gegründet und dort am 15. Januar 1903 als Genossenschaft mit beschränkter Haftung eingetragen worden.⁴ Die erste Zweigniederlassung dieses Kreditinstituts wurde 1904 in Berlin eröffnet. Bereits 1907 zählte die Genossenschaft 1000 Mitglieder, wobei 19 Vertrauensmänner die Bank in ganz Deutschland vertraten. 1920 verlegte man den Geschäftssitz nach Berlin und 1938 erfolgte die Umbenennung in ‚Deutsche Apothekerbank

¹ Vgl. SALZMANN (1906), 1078 f.

² Vgl. hierzu WÜLLRICH (1987), 34.

³ AZ 21 (1906), 1080.

⁴ Vgl. PZ 47 (1902), 1018, 1027; Vgl. AZ 39 (1924), 615–617.

e.G.m.b.H.¹. Diese Geschäftsform war Voraussetzung für die ein Jahr später vorgenommene Fusion mit dem ‚Spar- und Kreditverein Deutscher Apotheker m.b.H.‘ (Sparda), der seinerseits 1908 als ‚Spar- und Kreditgenossenschaft Deutscher Apotheker eGmbH‘ von angestellten Apothekern gegründet worden war und stets eng mit der Kreda zusammengearbeitet hatte.

Der Grundsatz der Barzahlung galt anfangs als ehernes Gesetz, so erfuhr dieses Prinzip im Laufe der Jahre doch gelegentlichen Widerspruch und auch Modifikationen. Als handelsrechtliche Form wurde die ‚Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)‘ gewählt, was nicht nur eine gewisse Freiheit und Beweglichkeit gegenüber den Gerichten gestattete, sondern im Vergleich mit einer ‚Genossenschaft‘ den Vorzug besaß, dass die Gesellschafter lediglich mit ihren geleisteten Kapitaleinlagen hafteten und ein Weiterverkauf der Anteile aufgrund der notwendigen Genehmigung durch den Aufsichtsrat nur wieder an Apotheker erfolgte. Eine ‚Aktiengesellschaft‘ lehnte man hingegen wegen ihres kapitalistischen Charakters ab. Die notarielle Beurkundung der Gesellschaft wurde am 13. Februar, ihre gerichtliche Eintragung am 21. Februar 1903 vollzogen. Um finanziell schwachen Apothekern den Beitritt zu ermöglichen und gerade auch ihnen den kaufmännischen Nutznieß vollständig gewähren zu können, ergänzte man den Vertrag um den Artikel, dass an den gesetzlich auf 500 Mark festgelegten Geschäftsanteilen eine Unterbeteiligung mit 100 Mark zulässig war. Allerdings versagte man solchen finanziell minder potenten Kollegen ein Votum bei Änderung des Gesellschaftervertrages sowie das passive Wahlrecht für den Aufsichtsrat oder die Geschäftsführung. Diese niedrigste Kapitaleinlage gewährte eine Stimme - bei maximal zehn möglichen pro Gesellschafter, die sich dann im gleichen Maß verminderte wie die Anzahl der Unterbeteiligungen an einem Geschäftsanteil zunahm. Die ‚Gesellschaft mit beschränkter Haftung‘ erlaubte den Mitgliedern, bei Versammlungen sich schriftlich vertreten zu lassen, ein Vorzug bei einer expandierenden Firma.² Ob sich Salzmann bereits zu diesem Zeitpunkt darüber im Klaren war, dass die Möglichkeit der Stimmvertretung auch eine notwendige Voraussetzung – neben der unterschiedlichen Wichtung der Gesellschafter – für seinen späteren Führungsstil eröffnen würde, kann zwar anhand seiner Aufzeichnung nicht nachgewiesen werden, darf aber aufgrund seiner durchgängig vorausschauenden Denkweise als wahrscheinlich gelten.

Die Realisierung der Gesellschaftsziele hing zu Beginn von einer Verbindung mit der Firma Lüscher & Bömper ab, die man im Februar 1903 rechtlich absicherte. Diese übernahm demnach durch eine Zweigniederlassung in Berlin die Versorgung der Gesellschafter mit Verbandstoffen und anderen Krankenpflegeartikeln sowie die Verteilung der in Form von Sammelbestellungen eingekauften Spezialitäten. Da die Hageda indes schnell wuchs, mietete sie eigene Lagerräume an und nahm die Warenversendung selbst in die Hand. In der Fachpresse entbrannte daraufhin ein heftiger Streit über die möglichen Vor- und Nachteile der Selbsthilfeorganisation: Die ‚Apotheker-Zeitung‘ bewertete sie als „zeitgemäßen Fortschritt in der wirtschaftlichen Entwicklung“, der „wesentlich dazu beitragen dürfte, den Druck, der augenblicklich auf dem Erwerbsleben der Apotheker lastet, zu mildern“.³ Die ‚Pharmazeutische Zeitung‘ sah dagegen – als steter Kontrahent des DAV – in der Neugründung ein „Danaer-Geschenk“, weil die reduzierten Preise von Lüscher & Bömper

¹ 1945 musste die ‚Deutsche Apothekerbank‘ auf Druck der alliierten Siegermächte ihre Pforten in Berlin schließen. Die Bilanzsumme betrug damals 30 Millionen Reichsmark, die Mitgliederzahl belief sich auf 2800. Der Neuanfang erfolgte 1948 durch Gründung der ‚Westdeutschen Apothekerbank e.G.m.b.H.‘ in Düsseldorf, die später für alle Heilberufe zugänglich und ab 1955 zur – bis heute bestehenden – ‚Deutschen Apotheker- und Ärztebank‘ wurde. Vgl. FRIEDRICH / MÜLLER-JAHNKE (2005), 931 f.

² Vgl. AZ 19 (1904), 683 f.

³ AZ 17 (1903), 140.

andere Firmen ebenfalls zu Niedrigpreisen zwingen, was letztlich zu einer Umsatzminderung in den Apotheken führe, da dort wegen der Drogisten-Konkurrenz der Verkaufspreis nicht stabil bleiben könne; auch befürchtete die ‚Pharmazeutische Zeitung‘ eine „Verödung der Laboratorien“¹ und die dadurch eingeschränkte Ausbildung des Nachwuchses.

Das Jahr 1903 verlief für die Einkaufsvereinigung jedenfalls mit Erfolg, wiewohl Salzmann in seinen privaten Aufzeichnungen zwar die Handelsbeziehungen zu Lüscher & Bömper, nicht aber den Spezialitätenverkauf als zufriedenstellend einstufte. Dennoch reagierten die übrigen Großhandlungen bereits mit ersten Abwehrreaktionen: Ehemalige Mitarbeiter der Vereinigung sollten bei ihnen kein nachfolgendes Engagement mehr finden (FK 1, S. 2). Die Kollektivbestellung von 132 Berliner Apothekern war in der Tat nicht zu unterschätzen: Sie gestattete nicht nur einen gleichen Einkaufspreis für alle, sondern ermöglichte auch erstmals die Umkehrung des Berechnungswegs. Da der Verkaufspreis von den wirtschaftlich stärkeren Krankenkassen vorgegeben war und davon kaum abgewichen werden konnte, zwang die Hageda die Lieferfirma, ihre Waren billiger abzugeben (FK 1, S. 3 f). Lüscher & Bömper beugte sich, um auch in Zukunft Handelspartner zu bleiben. Die Berliner Kollegen waren daher mit ihren gemeinsamen Wareneinkäufen so sehr zufrieden, dass auf keiner ihrer Sitzungen ernsthafte Mängel an diesem System vorgetragen wurden. Es verwundert somit nicht, dass sich der DAV Ende 1903 mit der Frage beschäftigte, ob und wie die Ausdehnung des Unternehmens auf das ganze Deutsche Reich zu ermöglichen sei.² Um die Haltung der Mitglieder zu eruieren, wurde am 11. Dezember 1903 ein diesbezügliches Rundschreiben versandt, dessen positives Echo den DAV letztlich veranlasste, am 28. Februar 1905 eine solche Expansion zusammen mit einer Kapitalerhöhung von 37 000 Mark auf 356 000 Mark zu beschließen. Die dafür notwendige Satzungsänderung war im Übrigen schon am 6. April 1904 genehmigt worden, so dass bereits ab diesem Tag allen DAV-Mitgliedern nach Beitritt zur Einkaufsgemeinschaft der genossenschaftliche Bezug offen stand.³ Unklar ist, warum das wichtige Thema ‚Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H. zu Berlin‘ nicht satzungsgemäß über einen Antrag auf die Tagesordnung der 33. Hauptversammlung des DAV am 23. und 24. August 1904 in Hamburg gesetzt worden war. Dieses Versäumnis machte nämlich eine eventuelle Abstimmung unmöglich und beschränkte Salzmann darauf, die Delegierten diesbezüglich nur zu informieren bzw. eine lebhaft geführte Diskussion zu leiten.

Ab dem 1. Oktober 1904 trug das Unternehmen dann den Namen ‚Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H.‘, dessen Abkürzung ‚Hageda‘ Salzmann patentamtlich sichern ließ (FK 1, S. 4); diese Gewissenhaftigkeit lieferte 1927 dem Reichsgericht denn auch die gesetzliche Grundlage, den Firmenzeichenstreit zwischen ‚Hageda‘ und ‚Hagepa‘ (Hugo Grabert und Packmaterialien) zugunsten der Apotheker entscheiden zu können.⁴ Die nach wie vor ehrenamtlich arbeitende Geschäftsleitung des umbenannten Betriebs blieb stillschweigend identisch mit derjenigen der vormaligen Einkaufsvereinigung. Je mehr Kollegen sich dieser anschlossen, desto größeren Einfluss gewannen sie sowohl auf die Industrie als auch auf den Großhandel. Darüber hinaus hielt Salzmann die gemeinschaftliche Fabrikation von Spezialitäten, deren Herstellung im Apothekenlaboratorium unmöglich war, für ebenso gewinnbringend wie die Rezeptur von gewissen Präparaten im Großen durch besonders ausgerüstete Apotheker, die ihren Absatzmarkt im Kreis der Mitglieder fanden. Der gemeinsame Einkauf und die zweigleisig durchgeführte Eigenproduktion konnten allerdings nur dann durchschlagenden Erfolg nach sich ziehen, wenn eine regionale Zersplitterung unterblieb und ein Zentralunternehmen ganz Deutschland umspannte. Wichtigste

¹ PZ 48 (1903), 195, 414.

² Vgl. WÜLLRICH (1987), 51.

³ Vgl. AZ 19 (1904), 243.

⁴ Vgl. AZ 42 (1927), 950.

Voraussetzung dafür blieb die Gesellschafter-Akquirierung, zwecks der Salzmann am 8. April 1904 einen Aufruf an die Apotheker formulierte (FK 1, S. 3), der dann am 4. Mai in der Apotheker-Zeitung erschien und vom 10. September bis zum 1. Oktober des Jahres sechsmal wiederholt wurde.¹ Auf den ersten Blick hin scheint es sich dabei nur um eine Kurzfassung des ersten zu handeln: Doch gab es einige wesentliche Änderungen des Inhalts: Während nämlich im Mai nicht nur Aufsichtsrat und Geschäftsführer der Einkaufsvereinigung, sondern auch der Vorstand des DAV mit weit über 100 namhaften Kollegen unterschrieben hatten, trat nun im September die Handelsgemeinschaft im Alleingang in Aktion. Wurden im Mai Kapital- und Warendividende noch gleich behandelt, so hieß es im September, dass bei der Verteilung des zu erwartenden Reingewinns zunächst die Einlage mit 5–8% jährlich nach Beschluss der Hauptversammlung verzinst und nur der Rest als Naturalrabatt unter den Gesellschaftern verteilt werden sollte. Auch das angeblich eherne Gesetz der Barzahlung wurde modifiziert dargestellt: Ließen der DAV und die Vertriebsorganisation im Mai – wie auf der Hauptversammlung beschlossen – keinerlei Bereitschaft zu Konzessionen erkennen, räumte die Einkaufsgruppe im September-Aufruf ihren erwarteten Abnehmern ein Zahlungsziel von zehn Tagen ein, auch wenn Kassaausgleich bei Empfang der Produkte noch immer bevorzugt wurde.² Der letzte Appell am 28. September 1904 terminierte zudem die Beitrittsfrist auf den 1. Oktober des Jahres. Diese Werbeauftrufe verfehlten ihre Wirkung nicht. Sie ergaben ein Anwachsen der Gesellschafter auf etwa 1000, wobei der DAV im August des Jahres 3558 Mitglieder zählte (FK 1, S. 4). Größere Räume und ein umfassenderes Warenlager wurden erforderlich. Am 17. und 18. September zog man nach der Loslösung von Lüscher & Bömper in die Neue Friedrichstraße 43, also in das gleiche Haus, in dem bereits der DAV untergebracht war, und belieferte nun in eigener Regie die Apotheken mit einem sich ständig erweiternden Sortiment. Die neu angeschafften Artikel wurden in der Apotheker-Zeitung kontinuierlich bekannt gegeben und auch die vom Berliner Apotheker-Verein übernommene Weinkellerei trug zur Zufriedenheit der Kunden bei. Bereits 1907 benötigte die Hageda für ihre Berliner Zentrale erneut mehr Platz, den sie im Nachbarhaus Nr. 37 fand. Da es sich wieder nur um eine Anmietung handelte, strebte man nach Eigentum, ein Wunsch, der dann 1909 auch in Erfüllung gehen sollte.

Am 28. Februar 1905 vereinbarte die Generalversammlung der Hageda – wie schon kurz erwähnt – deren Ausdehnung auf das ganze Deutsche Reich. Das Kapital der Gesellschaft, das zu diesem Zeitpunkt juristisch lediglich 37.000 Mark betrug, war in Höhe von 33.000 Mark teils durch persönliche Anwesenheit der Gesellschafter, teils durch an den Geschäftsführer, Conrad Hagenbeck, ausgestellte Vollmachten vertreten, so dass Salzmann die für eine Satzungsänderung erforderliche Stimmzahl feststellen konnte. Demnach wurde ohne Diskussion beschlossen, das Kapital um 319.000 Mark auf 356.000 Mark zu erhöhen. Von dieser Summe übernahm Salzmann in Vollmacht meist außerhalb Berlins wohnender Kollegen alleine einen Betrag von 298.500 Mark, so dass er zuzüglich seiner eigenen 11.000 Mark persönlich für 309.500 Mark Stammeinlagen hielt, was einem Volumen von 2725 Stimmen entsprach. Die restlichen 10.000 Mark stammten u.a. von Hagenbeck und Carl Schacht. Nach § 15 des Gesellschaftsvertrags konnte dessen Abänderung nur beschlossen werden, wenn die einer Umwandlung zustimmenden Gesellschafter eine Mehrheit von drei Viertel des Stammkapitals besaßen. Salzmann vereinigte mit seinen 309.500 Mark bereits 86.94% auf seine eigene Person. Auch der § 17 des Vertrags mit seiner Regelung der Unterbeteiligung war für die Beweglichkeit der Geschäftsleitung von besonderer Bedeutung. Wenn Salzmann in der Gründungsversammlung propagierte, dieser Paragraph sei hinzugefügt worden, um auch den Mindestbemittelten die Beteiligung an dem genossenschaftlichen Unternehmen zu ermöglichen, so ist das ohne Frage richtig, aber eben nur eine Seite der

¹ Vgl. AZ 19 (1904), 301, 701, 713, 725, 726 737, 749, 761.

² Vgl. WÜLLRICH / WEHLE (1988), 69 f.

Medaille. Die Unterbeteiligten hatten bei Änderung des Vertrags nämlich kein Stimmrecht, sondern nur die eigentlichen Gesellschafter, von denen er alleine – wie gesagt – 86.94% Kapital hielt.

Die Gesellschafter mussten Mitglieder des DAV oder des ‚Vereins der Apotheker Berlins und der Umgebung‘ sein. Der Verkauf eines Geschäftsanteils war lediglich innerhalb dieser Gruppen und nur mit Genehmigung des Aufsichtsrates möglich, der seinerseits eine Erweiterung von zuvor drei Mitgliedern auf mindestens sieben Gesellschafter oder Unterbeteiligte erfuhr, von denen wenigstens drei in Berlin oder seinen Vororten wohnen mussten. Diese zunächst belanglos erscheinende Ortsvorgabe sicherte Salzmanns Macht. Die satzungsgemäße Einladungsfrist zu einer Generalversammlung betrug nämlich lediglich eine Woche und er hütete sich vor einer früheren Bekanntgabe, so dass externe Apotheker aus organisatorischen Gründen kaum selbst an den Verhandlungen teilnehmen konnten und ihnen nur die Möglichkeit der Stimmübertragung – an Salzmann – blieb.¹

Die Erfolge der Hageda riefen selbstverständlich auch Gegner und Neider auf den Plan. Einer der am meisten geäußerten Vorwürfe zielte darauf ab, dass durch die Gründung der Handelsgesellschaft den Spezialitäten- und Großdrogenhandlungen eine Konkurrenz entstanden sei, die „sie den Apothekern notwendig zu Feinden machen müsse, und unter dieser Feindschaft würde der ganze Apothekerstand zu leiden haben.“² In der Tat befürchteten die Mitbewerber Einschränkungen ihres Absatzmarktes ‚Apotheke‘ und versuchten deshalb auf die Chemische Industrie dahingehend einzuwirken, die Hageda nicht mehr mit ihren Produkten zu beliefern. Da aber bereits 1906 der Zusammenschluss von 1700 Apothekern eine auch für die Industrie nicht zu vernachlässigende Kaufkraft darstellte, verloren die Produzenten nicht den Blick auf ihren eigenen Profit und verwarfen somit den Gedanken, fortan in den Drogerien ihren ausschließlichen Handelspartner zu suchen, zumal sie diese Geschäfte ohnehin mit ihren Waren belieferten. Salzmann hingegen fasste die durch Gründung der Hageda veränderte Lage der Apotheker folgendermaßen zusammen: „Es ist ein sehr erfreuliches Zeichen des Lebens, das immer noch in der deutschen Pharmazie steckt, daß sie ein so schönes Werk der Selbsthilfe schaffen konnte, daß sie sich darauf besonnen hat, auch endlich einmal statt des Amboß’ ein Hammer zu sein.“³ Er spielte damit auf die rechtlich gebundene Situation der Apotheker an, auf ihre Hilflosigkeit hinsichtlich des Patent- und Warenzeichenschutzgesetzes, auf ihre Schwäche gegenüber den Krankenkassen und der chemisch-pharmazeutischen Großindustrie sowie auf die Passivität des Staates, die deutsche Apotheke angemessen zu schützen. Aber so harmonisch, wie Salzmann das Zusammenleben der Apotheker unter dem Dach der Hageda darstellte, war es in Wirklichkeit nicht. Vielmehr geriet er selbst 1905 aus den eigenen Reihen unter Beschuss, als die Bilanz des Jahres 1904 nicht gemeinsam mit dem Geschäftsbericht veröffentlicht wurde, sondern – entsprechend der frisch beschlossenen Änderung des § 13 des Gesellschaftsvertrags – als separates Heftchen, das zudem angefordert werden musste.⁴ Wie zu erwarten, blieb eine Reaktion auf diese ungewöhnliche Handhabung nicht aus, und es kam zu einem öffentlich ausgetragenen Streit zwischen dem Dresdner Apotheker Carl Stephan und Salzmann. Der sächsische Kollege vermutete hinter diesem eigenartigen Jahresabschluss wirtschaftliche Schwierigkeiten der Hageda, deren Gründe er in der deutschlandweiten Expansion des Unternehmens, der Aufstockung des Warenlagers und den damit verbundenen Kosten suchte.⁵ Für den

¹ Vgl. WÜLLRICH (1987), 94 f.

² AZ (1906), 1081.

³ AZ (1906), 1081.

⁴ Eine Erklärung für dieses ungewöhnliche Verfahren findet sich nur in Salzmanns Aufzeichnungen: „Bilanz 1904 enthält unaufgeklärte Differenz. Bilanz trotzdem genehmigt“ (FK 1, S. 5). Worin diese Differenz bestand, wird allerdings nicht gesagt.

⁵ Vgl. AZ 20 (1905), 467 f., 485 f.

Aufsichtsratsvorsitzenden stellte sich die Entwicklung der Handelsgesellschaft hingegen ganz anders dar, wie auch in seinen Privataufzeichnungen zu lesen ist: „Geschäftsbericht 1905: Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf das Reich glücklicher Gedanke. Große Umsatzsteigerung, gute Entwicklung“ (FK 1, S. 6). Salzmann konnte daher mit aller Gelassenheit diesen Angriffen begegnen und gleichzeitig die Situation dazu nutzen, öffentlich in der Apotheker-Zeitung auf das heikle Thema der Dividenden einzugehen: „Betreffend der Kapitalverzinsung möchte ich erwähnen, daß die Satzungen zwar eine Verzinsung des Kapitals bis zu 8% gestatten, daß sich wahrscheinlich aber niemals eine Generalversammlung finden wird, die einen so hohen Zins bewilligt. Und zwar aus dem schon wiederholt hervorgehobenen Grunde, weil die Handelsgesellschaft kein kapitalistisches, sondern ein wirtschaftliches Unternehmen auf genossenschaftlicher Grundlage sein soll. Daß dafür aus Zweckmäßigkeitsrücksichten die handelsrechtliche Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt worden ist, ändert an dem Zweck der Handelsgesellschaft nichts. Demgemäß soll das beteiligte Kapital auch nur angemessen verzinst werden, und das geschieht mit 5 %; der weitere Reingewinn soll aber den eigentlichen Trägern des Unternehmens, das sind die Warenabnehmer, zukommen.“¹ Den Argumentationen Salzmanns war Stephan nicht gewachsen; er gab den Rücktritt von seinen Ämtern im Dresdner Apotheker-Verein mit der Begründung bekannt, nicht in allen Belangen hinter den Einrichtungen des DAV und vornehmlich der Hageda zu stehen. Die sächsische Versammlung zeigte sich jedoch solidarisch mit ihm und bestätigte ihn einstimmig erneut in seiner bisherigen Position.

3.3.2. Ausbreitung der Hageda über ganz Deutschland

Fast zeitgleich mit dem Ende der erfolgreichen Werbekampagne in der Apotheker-Zeitung wurde am 1. Oktober 1904 die erste Zweigniederlassung der Hageda in München unter Leitung Karl Thaeters in Betrieb genommen (SM 1). Bereits Anfang August hatte Salzmann 3170,- Mark zur Errichtung dieser Filiale bereitgestellt, nicht zuletzt deshalb, weil – wie er in seinen Aufzeichnungen betonte – „die bayerischen Kollegen mir ein warmes Entgegenkommen bereitet hatten“ (FK 1, S. 3). Schon im ersten Halbjahr 1905 wechselte die Geschäftsstelle mehrfach die Lokalität und bezog schließlich größere Räume in der Fliegenstraße 6, bedingt durch die unerwartet erfreuliche Entwicklung, die Salzmann berechtigterweise dem Filialleiter zuschrieb. Es war auch Thaeter, der vorschlug, der Hageda ein eigenes Heim in der bayerischen Landeshauptstadt zu schaffen. Der Umzug erfolgte am 10. September 1909 in das Münchener Apotheker-Haus in der Landwehrstraße, wo die Hageda zunächst noch nicht alle Räume benötigte und daher zusätzlichen Ertrag durch Vermietung erzielen konnte.²

¹ AZ 20 (1905), 467.

² Vgl. AZ 30 (1915), 257 f.



Abb. 20: Hageda-Filiale München, Landwehrstraße, genutzt ab 1909

Um die Lieferfähigkeit der Filiale weiter auszubauen, wurden 1910 das firmeneigene Laboratorium von Dresden dorthin verlegt, bauliche Veränderungen vorgenommen und neue Mitarbeiter engagiert. 1911 zeigte sich indes ein Rückgang der Rentabilität, dessen Ursachen Salzmann zwar persönlich, aber ergebnislos untersuchte. Trotz des gesamtgeschäftlichen Aufwärtstrends der Hageda ging 1913 der Umsatz in der bayerischen Landeshauptstadt ein zweites Mal zurück, was mit der neu gegründeten Niederlassung in Frankfurt am Main zusammenhing. Um die hessische Konkurrenz in die Schranken zu weisen und einen

Ausgleich für die verzögerten Begleichungen der Krankenkassen zu schaffen, billigte die Münchener Geschäftsführung ihren Kunden ein dreimonatiges Zahlungsziel zu, was allerdings gegen den Gesellschaftsvertrag der Hageda verstieß. Am 7. Mai 1915 starb erst 45 Jahre alt Karl Thaeter, zu dessen Nachfolger man gemäß dem Wunsch der Münchener Apothekerschaft Joseph Bachmair wählte. Im Juli 1918 wurde der Hageda das Münchener Apotheker-Haus zum Kauf angeboten. Salzmann schlug jedoch die Offerte schweren Herzens aus, da die „Hageda flüssig bleiben muß, um Vereinshaus-Hypothek von 1 000 000,- abstoßen zu können. Mittel reichen im Augenblick zum Ankauf nicht, wohl aber soll Hypothek von 40 000,- gegeben werden“ (FK 1, S. 85). Auch später erwarb er das Objekt nicht, verlängerte aber den Pachtvertrag um weitere zehn Jahre und zahlte mit Einverständnis des Aufsichtsrates ab 1921 mehr Miete (FK 1, S. 85, 100, 108, 111).

Genau drei Monate nach der Niederlassung in München öffnete am 2. Januar 1905 unter Aufsicht eines Kuratoriums mit Oskar Contzen an der Spitze die Filiale in Köln ihre Pforten, die aus dem von der Firma Coenen & Büchner übernommenen Lager und deren Geschäftsräumen bestand. Der Hageda boten sich dort außerordentlich gute Perspektiven, obwohl es den rheinischen Apothekern zunächst verwunderlich erschien, dass ausgerechnet in ihrer Stadt ein Depot entstehen sollte; war man doch der Meinung, dass Essen mitten im Industriegebiet gelegen dafür geeigneter gewesen wäre. Dessen ungeachtet wurde die Entscheidung mit großer Freude begrüßt, die wie auch das statistische Zahlenmaterial beweist von kaufmännischer Klugheit zeugte; denn es traf zu, dass im Ruhrgebiet nur das Einkommen der Stadtbewohner einen beachtlichen Warenkonsum erwarten ließ, die Steuererträge in Köln und seinem Regierungsbezirk jedoch deutlich höher als die in Essen waren. Salzmann konnte daher nur die Richtigkeit seiner Standortwahl bestätigen: „Entwicklung 1905: Sehr günstig, besonders wegen Cöln. Große Umsatzsteigerung“ (FK 1, S. 5). Bereits 1906 erwiesen sich die dortigen Örtlichkeiten als zu klein, und die Niederlassung bezog größere Räume im Haus „Auf dem Hunnenrücken 32“, das Salzmann im April des Folgejahres zu erwerben beabsichtigte; er beauftragte deshalb Contzen mit entsprechenden Verhandlungen, die allerdings ergebnislos verliefen. Als dann 1910 die Drogen-Abteilung in Köln erweitert wurde, reichte der Platz definitiv nicht mehr aus. Salzmann setzte daher die Anmietung zusätzlicher Lokalitäten durch und zog die Errichtung eines Hageda-eigenen Gebäudes in Erwägung; er fuhr nach Köln und besichtigte dort Liegenschaften „Im Klingelpütz“ und in der „Neusser Straße“. Im Juni 1911 wurde der Neubau vereinbart, das Grundstück „Neusser Straße 30“ für 200 000,- Mark gekauft und im Oktober der Auftrag mit einem Bauvolumen in Höhe von 500 000,- Mark dem Regierungsbaumeister Carl Moritz erteilt. Die Einweihungsfeier fand dann am 30. November 1912 statt, und bereits einen Monat später konnte sich Salzmann freuen: „Wert des Hauses schon 900 000,-, also gestiegen“ (FK 1, S. 52).

Lediglich ein Drittel des Gebäudes wurde von der Hageda selbst genutzt, der Rest für 40 770,- Mark im Jahr vermietet, so dass neben dem eigentlichen Geschäft zusätzlich ein beachtliches Umsatzplus zu verbuchen war. Im Gegensatz zu den anderen Niederlassungen erzielte die rheinische Filiale auch mit dem Verbandstoffvertrieb ein befriedigendes Ergebnis, wobei selbst die Errichtung der Frankfurter Zweigstelle 1912 den allgemeinen Kölner Aufwärtstrend nicht bremste. Dennoch sank trotz weiterer Umsatzsteigerungen und Verkleinerung des Warenlagers 1913 widersinnigerweise der Gewinn. Der Aufsichtsratsvorsitzende ordnete sofort entsprechende Untersuchungen an, deren Ergebnis dann auch sehr negativ ausfiel: Das überzählige und bisweilen missgestimmte Personal leistete durchgängig unzureichende Arbeit, die Buchhaltung war fehlerhaft, säumige Zahler blieben ungemaht und obendrein wurden Unterschlagungen durch widerrechtlichen Verkauf von Codein in Höhe von 57 000,- Mark nachgewiesen. Außerdem kam der Diebstahl von 9 500,- Mark Bargeld durch den Filialleiter ans Licht, mit dem Salzmann allerdings Mitleid zeigte – nicht zuletzt deshalb, um die Hageda aus den Schlagzeilen zu halten:



Abb. 21: Hageda-Filiale Köln, Neusser Straße 30, genutzt ab 1912

„Nachträglich bittet Feller um Gnade, will abbezahlen bzw. abarbeiten. Muß entlassen werden, soll aber nicht angezeigt werden“ (FK 1, S. 64). Als Reaktion darauf entzog Salzmann allen Filialleitern die Inkasso- und Postvollmacht, ließ künftig die gesamten Geldgeschäfte über Berlin abwickeln und schloss eine Versicherung gegen Unterschlagungen ab (FK 1, S. 35 f).

Ebenfalls 1913 trug sich Salzmann mit dem Gedanken, die Kölner Niederlassung mit einer Hypothek zu belasten, um für seine weiteren Vorhaben liquide zu sein. Zunächst beabsichtigte er, eigenständig 300 000,- Mark bei der Kreda zu 4 ½% Zinsen zuzüglich 1 ½% Provision zu leihen, schob die Kreditaufnahme aber bis Herbst 1916 vor sich her, um dann aber schließlich mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Geld doch aufzunehmen, obwohl sich die Konditionen im Laufe des Kriegs verschlechtert hatten. Bereits im September des Folgejahres war das Darlehen investiert: „Cölner Hypothek verbraucht, ähnlicher Ausweg nicht gegeben“ (FK 1, S. 91).

Als im August 1916 auch in Essen eine Hageda-Niederlassung eingerichtet wurde, befürchtete Contzen für seinen Verfügungsbereich einen 30prozentigen Umsatzrückgang auf vier Millionen, da nunmehr die Belieferung des Ruhrgebiets von Köln aus unterblieb. Um diesen Verlust auszugleichen, regte Contzen erneut eine Verstärkung der Fabrikation pharmazeutischer Präparate an seinem Standort an, was Salzmann ihm 1912 abgeschlagen hatte, in Anbetracht der kriegsbedingten pekuniären Schwierigkeiten jetzt aber bejahte. Beklagte man während des Krieges einen beängstigenden Personalmangel, gab es danach bald

ein Überangebot an durchaus qualifizierten Arbeitswilligen. Regierungsseits bildete man Demobilmachungsausschüsse, die zum einen Stellen freimachen sollten und zum anderen unter Androhung von Gefängnis- und zusätzlichen Geldstrafen ungenehmigte Engagements – auch in Apotheken – ahndeten, wogegen Salzmann beim Ministerium für Volkswohlfahrt heftig protestierte (GStaPK 53).

Ab Januar 1918 brachen als Instrument innerbetrieblicher und politischer Auseinandersetzungen überall in Deutschland Streiks aus, wovon auch die Hageda nicht verschont blieb. Die Kölner Angestellten (nicht die Arbeiter) forderten eine 30prozentige Lohnerhöhung und drängten ihre Berliner Kollegen, sich mit ihnen zu solidarisieren, was nach anfänglichen Schwierigkeiten auch gelang: Sie beteiligten sich am 17. und 19. April sowie am 21. Juli 1919 mit einem zunächst improvisierten Sympathiestreik, der jedoch auf den gesamten dortigen pharmazeutischen Großhandel übergriff, sechs Wochen dauerte und die Versorgung der Hauptstadtbewohner stark beeinträchtigte.¹ In Köln hingegen hatte die Arbeitsniederlegung eine nicht so nachhaltige Wirkung, da die Essener Filiale die Belieferung übernahm. Gleichermäßen belastend für alle war hingegen der ubiquitär akute Kohlenmangel, der nicht nur kalte Apothekenräume zur Folge hatte, sondern auch Einschränkungen in der Fabrikation erzwang; daher beschnitt Salzmann die Zuteilung, um so allerorts wenigstens einen notdürftigen Apothekenbetrieb aufrechterhalten zu können. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse war nicht in Sicht FK 1, S. 86, 88 f., 94, 102, 105).

Von der Zentrale in Berlin aus beabsichtigte Salzmann, die Niederlassungen wie ein Netz über ganz Deutschland zu spannen. Im Süden florierte seit 1904 München, im Westen seit 1905 Köln, im Südosten war bereits seit dem 29. April 1907 eine weitere Außenstelle in Dresden beschlossene Sache. Die kaufmännischen Erfolgsaussichten stellten sich dort geradezu als glänzend dar, zumal die ansässigen Apotheker hohe Genossenschaftsanteile zeichneten, wohl auch als Ausdruck ihrer Verärgerung über andere, konkurrierende Großhandelsfirmen. Für Salzmann galt es somit nur noch, geeignete Räumlichkeiten zu finden, zu welchem Zweck er vertraute Mitarbeiter an die Elbe entsandte. Die zunächst problematische Suche endete am 10. September 1908 mit der Anmietung eines Hauses in der Sonestraße 5–7. Die neue Filiale wurde sofort mit einem vollständigen Warenlager ausgestattet, um die Niederlassung in Berlin zu entlasten. Dresden erwies sich schon 1909 als einträglicher Standort und die Unterkunft schnell als zu klein. Salzmann dachte daher über einen eigenen Neubau nach, entschied sich jedoch für eine Expansion im gleichen Haus, indem er dem Vorschlag zustimmte, das dort seit 1910 untergebrachte, hauptsächlich für die Münchener Zweigstelle arbeitende Laboratorium, in die Bayerische Hauptstadt zu verlegen und stattdessen die Drogen-Abteilung in Dresden zu etablieren. Im April 1920 begann indes der Niedergang der sächsischen Filiale: Der Vermieter kündigte zum 30. September 1921 den Vertrag, und neue Räume ließen sich nach dem Krieg nur schwerlich beschaffen; der Aufsichtsratsvorsitzende fuhr zwar selbst nach Dresden, um sich nach einem geeigneten Grundstück zwecks eines Neubaus umzusehen, doch vergebens. So wurde die Niederlassung in Dresden 1925 geschlossen (FH 2, 12).

Allerdings hatte Salzmann – nachdem 1908 der Antrag österreichischer Kollegen auf Errichtung einer Zweigstelle in Wien negativ beschieden worden war – den Einzugsbereich der Hageda in östlicher Richtung noch durch eine weitere Filiale in Breslau ausgedehnt. Diesbezügliche Vorverhandlungen gab es bereits seit 1909, bis man dann am 31. Dezember 1911 einen fünfjährigen Mietvertrag für preisgünstige Kellerräume in der Gartenstraße 87 unterschrieb.

¹ Vgl. hierzu MENTRUP (1988), 197–230.



Abb. 22: Hageda-Filiale Breslau, genutzt ab 1911

Zunächst liefen die Geschäfte nicht zufriedenstellend; vielmehr musste die Filiale nicht zuletzt wegen nachgewiesener Unterschlagungen und vermuteter Diebstähle bezuschusst werden. Als jedoch im darauffolgenden Jahr die Konkurrenz, namentlich die Firma Noris Zahn, Breslau aufgab, stabilisierte sich die finanzielle Lage für die Hageda, so dass Salzmann eine Schließung der Niederlassung ablehnte und 1913 sogar notieren konnte: „Breslau macht erfreuliche Fortschritte“ (FK 1, S. 46). In den nächsten Jahren wechselten die Filialleiter mehrfach, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen: Zwei setzte Salzmann wegen ihrer Leistungsfähigkeit nutzbringender in der Berliner Zentrale ein, die anderen kündigte er. Die Berufsgenossen von Danzig hatten bereits 1906 Salzmann aufgefordert, sich in ihrer Stadt zu etablieren, einen Wunsch, dem erst 1919 durch die Gründung der Tochtergesellschaft ‚Gedania‘ – bestehend aus Hageda und Kreda – entsprochen wurde. Gänzlich negativ hingegen beschied er aus politischem Kalkül den Antrag der ungarischen Apotheker aus Budapest und ein Jahr später die Anfrage der Kollegen aus Konstantinopel, die ebenfalls Präsenz wünschten.

Im Jahre 1911 beabsichtigte die Hageda, auch in den Hansestädten Königsberg und Hamburg Filialen zu eröffnen: Die erste sollte den Osten sichern, die zweite den Weg in den Norden Deutschlands bahnen. Schon ab Januar 1912 standen an der Elbe Räume in dem neu erstellten Haus Borgfelder Straße 24/25 zur Verfügung, in denen sogleich drei Mitarbeiter beschäftigt wurden.

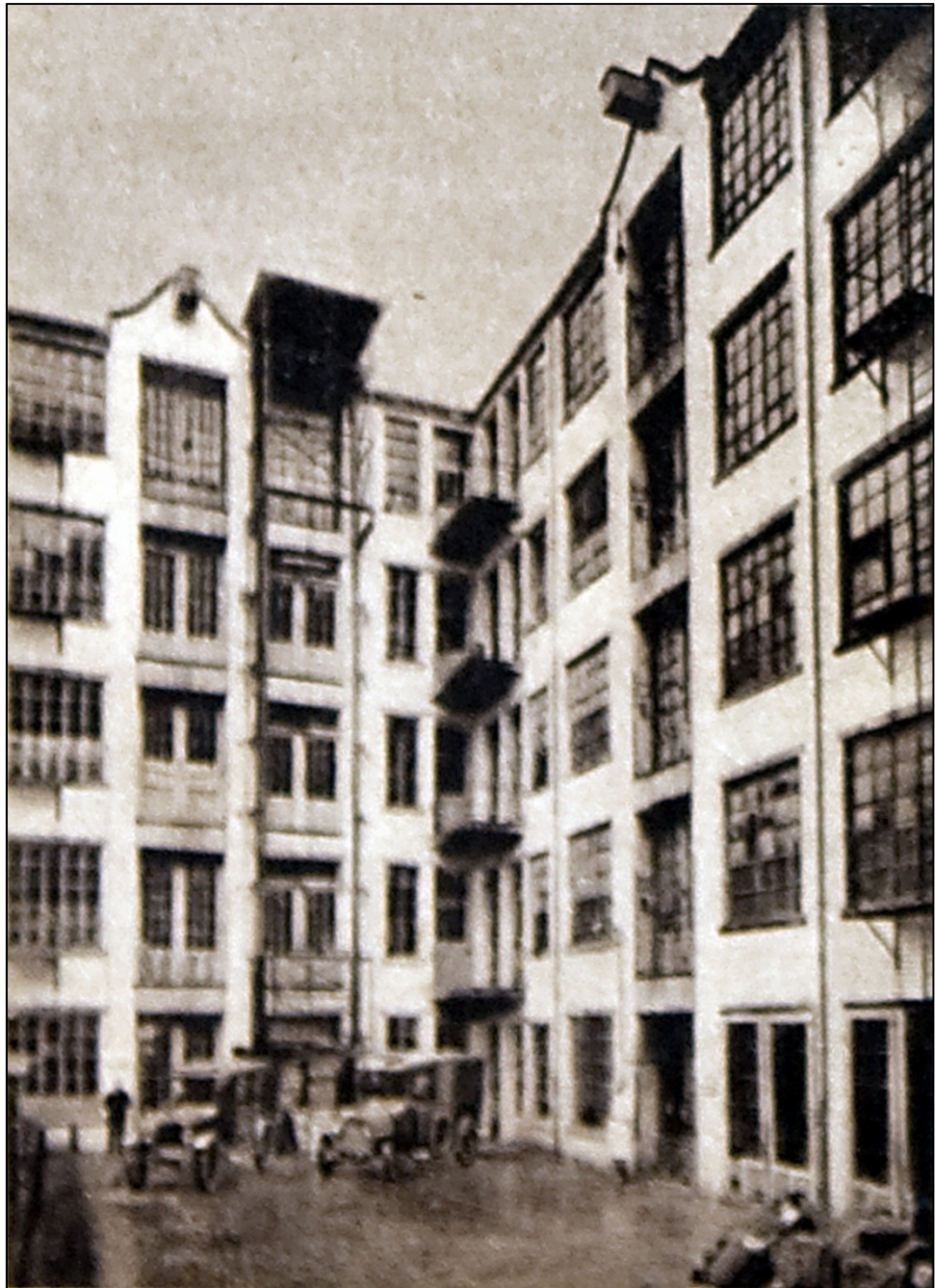


Abb. 23: Hageda-Filiale Hamburg, genutzt ab 1912

Nach Ablauf von einem Vierteljahr stellten sich die beiden Bereiche Chemikalien und Pflanzendrogen, nicht aber der Vertrieb von Fertigarzneimitteln, sog. Spezialitäten, als umsatzstark heraus. Nichtsdestotrotz erwirtschaftete diese Niederlassung ein beachtliches Kapital, so dass der Aufsichtsrat an einen Erwerb des Gebäudes dachte. Nach neunjähriger Diskussion über den Preis nahm Salzmann dann freilich davon Abstand.



Abb. 24: E.-Glück-Gebäude in Königsberg, genutzt ab 1921

Die Errichtung der Niederlassung in Königsberg bereitete Salzmann über Jahre hinweg Kopfzerbrechen. Seit 1911 forderte ein kleiner Teil des Aufsichtsrats auf Drängen der dortigen Kollegen auch hier Präsenz, um von diesem Stützpunkt aus ganz Ostpreußen für die Hageda zu erschließen, wohingegen Salzmann noch 1912 notierte: „Einstweilen keine Filiale im Osten, da bisherige Filialen genug Arbeit machen“ (FK 1, S. 33 f.).

Die Situation änderte sich jedoch, als 1914 eine Breslauer Großhandelsfirma zwecks eigener Expansion plante, die Königsberger Konkurrenz Buchholz & Goldbeck aufzukaufen, die allerdings eine Verbindung mit der Hageda vorzog und dieser auch Anteile an ihrem Geschäft unter der durch annehmbaren Bedingung anbot, den Gesamtfilialleiter bestimmen zu dürfen. Die Umsatzerwartungen waren für Salzmann zufriedenstellend, nicht aber die Tatsache, dass Buchholz & Goldbeck eine weitere Belieferung ihrer Drogisten-Kunden von der Hageda forderte und eine demgemäße notarielle Absicherung verlangte. Drogisten als Abnehmer blieben jedoch für die Hageda aufgrund ihres Selbstverständnisses ausgeschlossen, so dass neben einer möglichen GmbH mit zu splittenden produktbezogenen Geschäftseinlagen eine zur Apothekenversorgung exklusive Warenlieferung an die Firma Buchholz & Goldbeck die einzige Lösung aus diesem Dilemma bot. Da ein solches Vorgehen indes laut Salzmann „kein reinliches Geschäft war“ (FK 1, S. 62), obendrein die Räumlichkeiten als unpassend und die Miete als zu hoch erschienen, nahm der Vorsitzende Abstand von einem Zusammenschluss mit Buchholz & Goldbeck, wie er auch aus dem gleichen Grund 1921 die Möglichkeit einer Fusion mit der Firma Neumann & Bulowius ablehnte. Anders verhielt es sich dagegen mit der Firma E. Glück Nachfolger, deren Inhaber sich trotz eines leeren Warenlagers (die Auffüllungskosten betrugen rund 1 Million und die Bankschulden 800.000 Mark) zunächst abgeneigt zeigten, mit der Hageda zu fusionieren; denn auch sie wollten die Drogisten, die mit über vier Millionen Mark doppelt so viel als die Apotheker einbrachten, weiterhin beliefern. Salzmann fuhr am 27. April und nochmals am 16. Juni 1921 selbst nach Königsberg und schlug den Inhabern eine ‚Stille Beteiligung‘ der Hageda vor, um auf jeden Fall andere eventuelle Kaufinteressenten auszuschalten. Am 28. Juli des Jahres brachte der Aufsichtsratsvorsitzende die Verhandlungen dann zum Abschluss: Die Firma E. Glück Nachfolger wurde in eine GmbH umgewandelt und 50% der Anteile auf die Hageda übertragen, was einem Betrag von 1.5 Millionen Mark entsprach. Am 23. August 1921 folgte die notarielle Bestätigung. Ostpreußen stand nun für die Hageda offen und die Zentrale in

Berlin lag jetzt entsprechend Salzmanns Vorstellung fast exakt in der geographischen Mitte des Handelsimperiums.

Erste Schritte zu Veränderungen ganz anderer Art hatte es im Übrigen schon im April 1906 gegeben, als Salzmann sein „grundsätzliches Einverständnis mit Errichtung eines ‚Pharmaziegebäudes‘ durch Apotheker u. Apothekerverbände“ (FK 1, S. 7) erklärte und demgemäß im August notierte: „Vereinshaus: Plan eines Pharmaziegebäudes für DAV, Hageda und BAV [Berliner Apotheker-Verein] nochmals eingehend erörtert und grundsätzlich beschlossen“ (FK 1, S. 8). Offiziell kündigte er dieses Vorhaben, durch das die beiden Hauptbereiche seines beruflichen Wirkens ein gemeinsames Dach erhalten sollten, dann wie folgt an: „Ich möchte [...] nicht abschließen, ohne auf das neueste Unternehmen hinzuweisen, das durch einen von den Vorständen des Deutschen Apotheker-Vereins, dem Aufsichtsrat und den Geschäftsführern der Handelsgesellschaft, dem Vorstand des Vereins der Apotheker Berlins und der Umgebung und dem Vorstand der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft in der ‚Apotheker-Zeitung‘ veröffentlichten Aufruf bekannt ist; ich meine den geplanten Bau eines ‚Vereinshaus Deutscher Apotheker‘ in der Reichshauptstadt, der nur durch die Entwicklung der Handelsgesellschaft verwirklicht werden kann. Es unterliegt keinem Zweifel, dass auch dieses Werk zustande kommen wird, dafür bürgt das Zusammenarbeiten der oben erwähnten Gesellschaften. Und der Bau, der entstehen wird, wird dauernd Zeugnis davon ablegen, daß im deutschen Apothekerstand das Vertrauen auf die eigene Kraft noch nicht erloschen ist.“¹ Da Salzmann die Zügel sowohl des DAV als auch der Hageda fest in der Hand hielt, konnte er ohne Widerworte aus den eigenen Reihen erwarten zu müssen davon ausgehen: „Es sollen von der Hageda Baugelder bis zur Höhe von RM. 1 000 000.- zur Verfügung gestellt werden!“ (FK 1, S. 9). Am 3. Mai 1906 fand somit vor dem Königlichen Notar, Justizrat Ernst Heinitz, die Gründung der Gesellschaft ‚Vereinshaus Deutscher Apotheker G.m.b.H.‘ statt. Gezeichnet und auch bereits eingezahlt worden waren insgesamt 300.000 Mark von 138 Apothekern und zwei Vereinen: dem DAV sowie dem ‚Verein der Apotheker Berlins und der Umgebung‘. Den Aufsichtsrat bildeten Johann Born, Franz Calliess, Martin Fränkel, Ernst Freyberg, Conrad Hagenbeck, Hermann Thoms, Hugo Unger und Salzmann, von denen letzterer zum Vorsitzenden und Hagenbeck als Vertreter des Berliner Apotheker-Vereins zu seinem Stellvertreter gewählt wurden; zu Geschäftsführern ernannte man Alfred v. Gusnar, Ernst Kuhlmann und Alexander Scholz. Bald nach der notariellen Beurkundung konnte am 29. Mai 1907 bekanntgegeben werden, dass die Geschäftsleitung mit einstimmiger Genehmigung des Aufsichtsrates für die Errichtung des Vereinshauses in Berlin ein 3102 qm großes Gelände im neuen Hansaviertel zum Preis von 360.660,- RM erworben und die Ausführung den Regierungsbaumeistern Konrad Reimer und Friedrich Körte (UBT 1) übertragen habe. Die Wahl des Grundstücks war mit Blick auf seine Lage und seinen Preis als durchaus glücklich zu bezeichnen. Am 4. November 1908 überwies die Hageda ihren Anteil und mietete schon im Voraus die dritte Etage. Einer damals auf dem Berliner Baumarkt herrschenden Beschäftigungslosigkeit derentwegen sich die ausführenden Firmen der Errichtung des Vereinshauses mit besonderem Eifer annahmen, sowie einer umsichtigen Leitung war es schließlich zu verdanken, dass der ganze gewaltige Rohbau mit einer Tiefe von 120 m und einer Fläche von 3100 qm bereits in etwa sechs Monaten und die weiteren Arbeiten ebenfalls in einem knappen halben Jahr fertiggestellt werden konnten. Das atriumartig angelegte Vereinshaus bestand aus je einem Frontgebäude an der Levetzowstraße und an der Dortmunder Straße (sozusagen über Eck) und einem verbindenden Quergebäude mit zwei Seitenflügeln, wobei die Gesamtkosten rund 1.600.000,- Mark betrugen.

¹ SALZMANN (1906), 1081.



Abb. 25: Heinrich Salzmänn 1909
Ölgemälde von Ernst Hennig (Privatbesitz H.C.P. Salzmänn, Meerbusch)



Abb. 26: Vereinshaus Deutscher Apotheker Berlin, Levetzowstraße, 1909

Als Auftakt für die Hauptversammlung des DAV in Berlin wurde am Sonntag, dem 5. September 1909, um 12.00 Uhr die Einweihung des Vereinshauses Deutscher Apotheker in Gegenwart von Vertretern der Staats- und städtischen Behörden sowie in- und ausländischer Fachvereinigungen, der Handelskammern von Berlin und Potsdam, der Fach- und politischen Presse und einer Anzahl geladener Gäste feierlich vollzogen. Salzmann hielt die Festrede, in der er einen Überblick über die allgemeine Lage der deutschen Pharmazie gab und die er mit den Worten beschloss: „Möge dieses Haus ein Wahrzeichen dafür sein, daß die Pharmazie im Deutschen Reiche noch nicht im Sterben liegt, sondern daß sie die Kraft und den Willen hat, wenn auch in neuen Formen, fortzuleben!“¹



Abb. 27: Tischordnung zur Einweihungsfeier des Vereinshauses Deutscher Apotheker, 1909

¹ AZ 24 (1909), 653–659.

Aufgrund seiner Verdienste um die Ausführung des monumentalen Baues bekam Salzmann zusammen mit Calliess am Tag der Eröffnung den Roten Adlerorden vierter Klasse verliehen. Die Besitzurkunden (GStaPK 40) sandte der Minister den Gewürdigten am 23. September an ihre jeweiligen Privatadressen; Salzmann erreichte diese Auszeichnung in seinem neu erbauten Haus in Wilmersdorf, Westfälische Straße 16, das die Familie am 10. März 1909 bezogen hatte. Der Vorstandsvorsitzende nahm diese Medaille an, obwohl er es nicht liebte, Mittelpunkt persönlicher Ehrungen zu sein (PE 47).

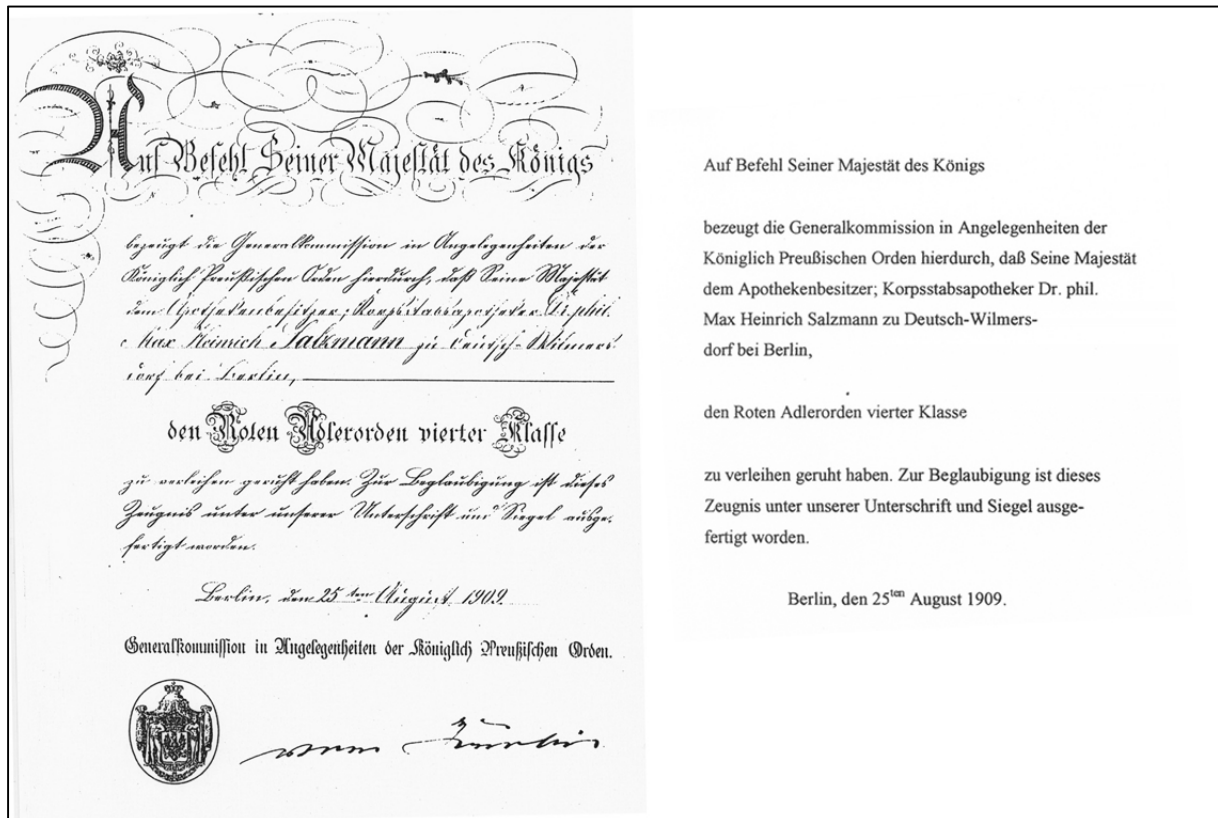


Abb. 28: Roter Adlerorden vierter Klasse, 25. August 1909 (mit Transkription)

Das Vereinshaus Deutscher Apotheker beherbergte einen repräsentativ ausgestatteten Sitzungssaal für 150 Personen, Geschäftszimmer, den Kreditverein Deutscher Apotheker, eine Verbandstofffabrik samt Lagerräumen, eine ständige Ausstellung für pharmazeutische Bedarfsartikel sowie eine Mineralwasser- und Weingroßhandlung.¹ Für die Angestellten wurde ein Kasino eingerichtet, die Arbeiter bekamen eine Kantine.² Der Umzug der Hageda aus den engen Räumen in der Neuen Friedrichstraße nach der Dortmunder Straße erfolgte am 21. Oktober 1909, wobei die 258 Berliner Mitarbeiter mit insgesamt 100 Möbelwagen diesen lang ersehnten Transport in die neue Heimstätte bewerkstelligten (FK 1, S. 24). Schon relativ bald wurden auch die zunächst fremdvermieteten Räume von der Hageda übernommen, bis schließlich selbst dieser Platz nicht mehr ausreichte und man sich noch anderenorts nach Lagermöglichkeiten umschauen musste. Salzmann besichtigte deshalb, im Januar 1911 in Treptow einen zunächst geeigneten Bauplatz für 130.000,- Mark zu erwerben. Allerdings kamen ihm wegen der Nähe zur Kunheimschen Fabrik, die als Porzellanmanufaktur und Produzent des berühmten Preußischblau die Umwelt belastete, Bedenken, weshalb er durch die fachliche Prüfung der Gewerbeinspektion darin noch bestärkt, von seinem Kaufvorhaben

¹ Vgl. AZ 22 (1907); 29 (1914), 467.

² Vgl. SG 1908–1909, 21.

Abstand nahm.¹ Erst zehn Jahre später (im September 1921) erstand er ein Grundstück neben einer Seifenfabrik in Weißensee, um die Fabrikationsstätten der Hageda erweitern zu können (FK 1, S. 109). Zu diesem Zeitpunkt hatten sich durch den Ersten Weltkrieg bedingt die Besitzverhältnisse des Vereinshauses Deutscher Apotheker geändert. Schon im Dezember 1920 wollte die Hageda das Gebäude kaufen, was der DAV indes nicht duldete, da er es als Standesrepräsentationshaus weiterhin zu nutzen gedachte. Die Hageda übernahm jedoch immerhin 80% der Anteile, so dass der DAV und der Berliner Apotheker-Verein nur den Rest behielten. Das Vereinshaus blieb jedenfalls Sitz der DAV-Leitung, bis im Frühjahr 1933 mit der sog. Nationalen Erhebung eine nachhaltige Änderung eintrat. Der von Hermann Göring eingesetzte Kommissar Karl Heber residierte ab der Amtsübernahme zwar noch kurze Zeit in den Geschäftsräumen des DAV an der Levetzowstraße, fand dann aber seine Arbeitsstätte nicht repräsentativ genug und siedelte in das Haus des Berliner Apotheker-Vereins in der Carmerstraße 3 über, das dieser im November 1932 bezogen hatte. Von da an war der – in die schöne Fassade an der Levetzowstraße eingemeißelte – Name ‚Vereinshaus Deutscher Apotheker‘ nur noch eine traurig-stolze Reminiszenz für die alten getreuen Mitglieder des DAV und eine unangenehm-lästige für die neuen Herren, die am liebsten alles ausgelöscht hätten, was an die einstigen Zeiten der Pharmazie erinnerte.

Nachdem die Standesführung der Deutschen Apothekerschaft Salzmann 1938 seines Amtes als Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Hageda enthoben hatte, trat sie zwei Jahre später an die Leitung heran und verlangte die Beseitigung der Inschrift ‚Vereinshaus Deutscher Apotheker‘ und eine Namensänderung der Gesellschaft. Der Krieg zog dann endgültig den Schlusstrich unter dieses stolze Kapitel der Standesgeschichte deutscher Apotheker: Durch eine Fliegerbombe wurde am 31. Dezember 1944 das Vereinshaus restlos vernichtet, nachdem es schon am 23. November 1943 größtenteils ausgebrannt war (FH 2). Der repräsentative Bau in der Levetzowstraße entstand nicht wieder neu²; die Hauptverwaltung der Hageda wurde 1945 in die Kölner Filiale verlegt³, deren Neubau Salzmann 1911 gleichzeitig mit der Niederlassung in Frankfurt geplant hatte.

¹ Vgl. UHLIG (1995), 26.

² Vgl. PZ 35 (1972), 1288.

³ 1994 fusionierten die Hageda (Köln), Reichelt AG (Hamburg), Ferdinand Schulze (Mannheim), Otto Stumpf GmbH (Berlin), Otto Stumpf AG (Nürnberg) zur Phoenix Pharmahandel Aktiengesellschaft & Co.



Abb. 29: Heinrich Salzmann vor dem Vereinshaus Deutscher Apotheker, 1932

Hier am Main eine geeignete Unterkunft zu finden, bereitete der Hageda zunächst Schwierigkeiten. Die Offerte der Firma Frischen stellte sich nämlich wegen zu kleiner Räumlichkeiten als unannehmbar heraus, wohingegen die Anfrage des Handelshauses Andreae bezüglich einer Übernahme Salzmann sehr interessierte, da der dort bestehende Kundenstamm von vornherein die wirtschaftliche Situation der neuen Filiale gesichert hätte. Der Grund für dieses Angebot lag darin, dass der damalige Besitzer Philipp Hermann

Andreae am 8. September 1911 völlig unerwartet verstorben war und sein 19jähriger Sohn Walter Oscar Wilhelm das Geschäft noch nicht führen konnte. Letztlich entschloss sich die Familie aber, zwei bewährten Mitarbeitern die Leitung zu übertragen, nachdem man am 13. November 1911 das Unternehmen in eine GmbH umgewandelt hatte. Die einmalige Chance, den wohl potentesten Konkurrenten der Hageda zu erwerben nun doch nicht nutzen zu können, ärgerte Salzmann umso mehr, als er im Juni 1912 das Kaufangebot einer Freiburger Firma ausgeschlagen hatte (FK 1, S. 36), um keinen Wirtschaftskampf mit Philipp Andreae heraufzubeschwören, denn dieser besaß seit 1904 eine Filiale in Saarbrücken und belieferte ab 1906 die Apotheker in der Nähe der französischen Grenze auch von Wiesbaden aus. Salzmann scheute auf der einen Seite zwar schroffe Konkurrenz, war auf der anderen Seite aber eben doch ein erfolgsorientierter Mensch. Der Wettbewerb mit der Firma Andreae hätte nämlich auch zu seinen Ungunsten ausgehen können und eine solche Niederlage wollte Salzmann tunlichst vermeiden. Selbstverständlich behielt er die Entwicklung im Südwesten Deutschlands im Auge, um letztlich keine wirkliche Gelegenheit zu verpassen, sich auch dort eventuell zu etablieren. Am 9. Dezember 1911 wurden jedenfalls in Frankfurt, Gallentstraße 75, Räume für eine neue Filiale angemietet, deren Eröffnung dann im Mai 1912 stattfand.



Abb. 30: Hageda-Filiale Frankfurt am Main, genutzt ab 1912

Knapp vier Jahre später im März 1916 – boten die ansässigen Thyssen-Erben der Hageda die Räume der Essener Firma Winkler & Rintelen an. Unter gleichzeitiger Übernahme des verwendbaren Warenlagers kam es zur Anmietung des Objekts mit der Option, das Haus ohne Wertklausel innerhalb von fünf Jahren für 200 000,- Mark kaufen zu können, was dann 1920 erfolgte (FK 1, S. 95). Nachdem das Warenlager aufgestockt, ein Auto beantragt und bewilligt war, belieferte man am 24. August 1916 das Ruhrgebiet das erste Mal von Essen aus. Der Kundenstamm vergrößerte sich und drei Jahre später verlegte die Hageda die Salbenabfüllung

von Berlin in die Ruhrmetropole. Essen lohnte sich demnach als Standort und hätte sich auch schon 1905 rentiert, als die ortsansässigen Apotheker Salzmann um eine Hageda-Niederlassung in ihrer Stadt gebeten hatten, der damals jedoch Köln den Vorzug gab.

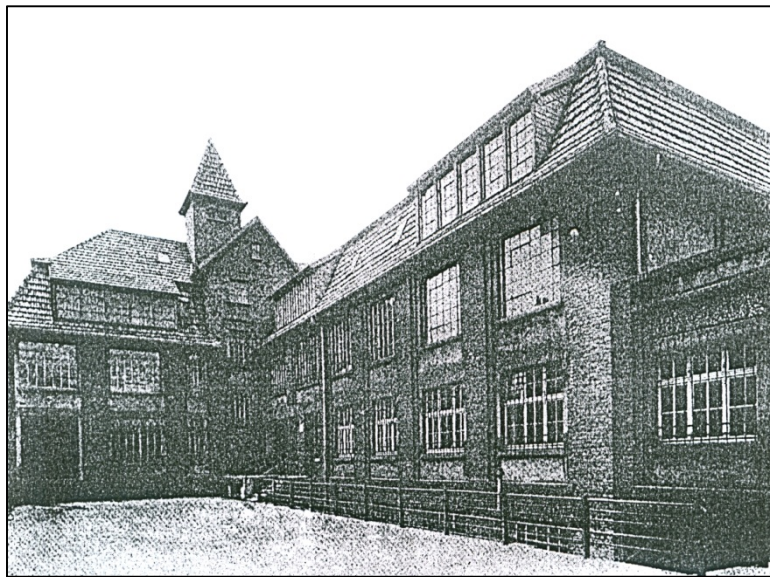


Abb. 31: Hageda-Filiale Essen, genutzt ab 1916

Bereits im folgenden Jahr sah er seinen Fehler ein: „Antrag wohlwollend geprüft“ (FK 1, S. 8) und zeigte sich fast pikiert, als 1908 die Essener Kollegen die nun doch in Aussicht gestellte Filiale einstimmig ablehnten. Zur eigenen Rechtfertigung bestand Salzmann jedenfalls auf einer Veröffentlichung dieses negativen Votums in der Apotheker-Zeitung.

Für alle Filialen brachte der Erste Weltkrieg indes erhebliche Probleme mit sich. Nach der deutschen Generalmobilmachung erlahmte die Bereitschaft der Gesellschafter, die Warenlieferungen der Hageda auch zu begleichen, so dass Salzmann nur eine Zahlungsfrist von vier Tagen einräumte bzw. mit der Zustellung per Nachnahme drohte. Eine Kreditierung zugunsten des Großhandels lehnten nämlich die Banken ebenso wie die Hersteller seit September 1914 vermehrt ab, wobei letztere sogar partiell auf Vorkasse drängten, ein Ansinnen, dem Salzmann allerdings nicht nachkam.

Ferner mangelte es immer mehr an Mitarbeitern, zumal bereits im Dezember des ersten Kriegsjahres 220 Angestellte abkommandiert worden und teilweise schon gefallen waren; Salzmann setzte sich zwar bei den Behörden für den Erhalt seines Stabs ein, doch leider ohne Erfolg. Im April 1917 war das Stammpersonal fast völlig aufgelöst. Die Einberufungen sorgten selbst in den gehobenen Positionen für Engpässe, die der Aufsichtsrat aber durch die Anstellung von Frauen wegen vermuteter geschlechtsbedingter Unfähigkeit nicht auszugleichen wagte; aus demselben Grund zog man es auch vor, die gesamte Buchhaltung von Berlin aus zu erledigen, anstatt weibliche Kräfte mit kaufmännischen Aufgaben zu betrauen.

Gleich zu Anfang des Zweiten Weltkrieges stiftete Salzmann in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender 1000,- Mark für Hinterbliebene an die Stadt Berlin. Er richtete eine gesonderte Abteilung für Feldpostartikel ein, weigerte sich jedoch, sog. Liebesgabenpakete von der Hageda anfertigen zu lassen. Privat nahm er im September 1914 ostpreußische Flüchtlinge auf, die er über einen von der Hageda gewährten Kredit unterstützte (FK 1, S. 63–65).

Im ersten Kriegsjahr erhielten die Familien weiterhin den vollen Lohn der Eingezogenen, später nur noch die Hälfte. Am 1. Oktober 1914 stand das zehnjährige Firmenjubiläum der patentamtlichen Namenssicherung ‚Hageda‘ (FK 1, S. 4) an, das Salzmann zum Anlass nahm,

jedem seiner Mitarbeiter trotz der angespannten finanziellen Lage, ein Erinnerungsgeschenk zu übermitteln. Darüber hinaus gewährte er ab diesem Monat bis Juni 1917 den noch verbliebenen Betriebsangehörigen eine Teuerungszulage von 10 Prozent und ab Juli des dritten Kriegsjahres verdoppelte er sogar die Gehälter, da keine neue Belegschaft mehr zu bekommen war, und die vorhandene zunehmend in Fabriken abwanderte, die besser bezahlen konnten als der Großhandel. 1917 verlor die Hageda die meisten ihrer eingezogenen Mitarbeiter. Den überlebenden Soldaten sandte der rührige Aufsichtsratsvorsitzende Weihnachtsspenden und unterstützte die Familien sowohl der Gefallenen als auch der Kämpfenden weiterhin mit Geld.

Neben dem Personalschwund gefährdeten der allgemeine Warenmangel¹, der verminderte Geschäftsbetrieb der Apotheken, die gestörte Infrastruktur und die eingeschränkten Transportmöglichkeiten den Fortbestand der Hageda. Die Autozulassungen wurden begrenzt, Ersatzteile und Benzin fehlten; schließlich konfiszierte die Regierung fast alle Fahrzeuge. Pferde stiegen im Preis, ihr Futter verknappte, die Tiere litten an Unterernährung. Die defizitäre Belieferung rief den Unmut der Kunden hervor, so dass sich der Aufsichtsratsvorsitzende zu einem erwidernenden Rundschreiben an alle Gesellschafter veranlasst sah (FK 1, S. 65). Er intervenierte bei der Regierung, die ihm lediglich zwei mit Vollgummi bereifte Militärautos bewilligte (FK 1, S. 67–73). Der Import ausländischer Waren wurde erschwert, so z. B. der Handel mit der schweizerischen chemischen Fabrik Zyma, die sich gegenüber deutschen und österreichischen Abnehmern überaus unfreundlich zeigte: Die Lieferungen wurden nur per Nachnahme getätigt und die Rechnungen in Franc-Währung ausgefertigt, wodurch ein doppelter Kursverlust zu Buche schlug. Die Hageda stellte deshalb zunächst den Bezug ein, änderte diese Geschäftspraxis allerdings aufgrund der Konkurrenz seitens anderer deutscher Unternehmen dann wieder ab, um den Bedarf der eigenen Kunden befriedigen zu können (FK 1, S. 66). Weit schwieriger war es, die Herstellung der kriegsbedingt dringend notwendigen Verbandstoffmengen zu organisieren; deren Produktion schon im November 1914 erlahmte, obwohl der amerikanische Botschafter 50000 Ballen Baumwollgewebe wöchentlich zugesagt hatte, deren Ankunft in Deutschland Salzmann allerdings von vornherein bezweifelte. Er sollte Recht behalten: Stagnierte doch bereits ein paar Monate später die Wattefabrikation derart, dass er sich genötigt sah, das Reichsamt des Innern und das Reichsgesundheitsamt von diesem Stillstand zu unterrichten (FK 1, S. 63 f., 71). Trotz dieses Mangels an Ware und Personal gelang es Salzmann, nicht nur den Umsatz zu stabilisieren – nachdem er im ersten Halbjahr 1915 im Vergleich zu 1914 zunächst rückläufig schien – sondern ihn am Ende des Jahres mit 23.4 Millionen Mark gleichstark bilanzieren und 1916 sogar auf 29.2 Millionen ansteigen lassen zu können (FK 1, S. 69, 72, 74, 79, 81). Diese unternehmerische Meisterleistung gelang Salzmann u.a. auch durch geschicktes Taktieren: Ab Februar 1915 förderte er nämlich die Tabletten-Eigenproduktion ‚Marke Hageda‘ und ließ von ihr gleichzeitig die D.A.V.-Spezialitäten und Nahrungsmittel in Originalpackungen ohne Eintrag in die Preislisten vertreiben, so dass die Produkte aus beiden Quellen frei kalkuliert, bereits 1915 mit 25.000 Mark notiert und unberührt von der Taxe seitens der Apothekern verkauft werden konnten.

Ein weit lukrativeres Geschäft erhoffte Salzmann in den besetzten Kriegsgebieten. Am 21. März 1915 reiste er deshalb nach Brüssel, um von dem Kaiserlichen Zivil-Gouvernement eine Genehmigung zur Arzneimittellieferung zu erwirken, die ihm zunächst unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs und unter der Auflage einer systematischen Überwachung durch eine militärische Kontrollkommission auch erteilt wurde. Diesem Gremium stand jedoch Bernhard Lepsius vor, der gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied der Firma Schering, also ein Interessenvertreter der Industrie und damit Kontrahent von Salzmann war. Unter Lepsius zu

¹ Vgl. hierzu HELMSTÄDTER / SIEBENAND (2014).

arbeiten, kam für den Aufsichtsratsvorsitzenden nicht in Frage und er lehnte daher telegraphisch ab (FK 1, S. 67–70). Als jedoch im gleichen Jahr die Kriegskemikalien AG an Salzmann herantrat, um die Hageda als Vertrauensfirma für die Apothekenversorgung mit Japankampfer, Salpeter, Schwefel und Chlor einzusetzen, übernahm er diese Aufgabe trotz der für die Angestellten kaum noch zu erbringenden Mehrleistung; hatte er doch vorher den Mitbewerber ‚Genossenschaft Hamburg‘ „mit Erfolg bekämpft“ (FK 1, S. 70). Gleichzeitig bestimmte man die Hageda zur ‚Vertreterfirma für Verteilung von Mangelware‘, was wiederum viel Arbeit bedeutete. Unter ‚Mangelwaren‘ fielen auch jene ab dem 9. November 1915 beschlagnahmten Öle und Fette, die für die Arzneimittelherstellung unverzichtbar waren. Salzmann setzte sich umgehend mit dem Reichsamt des Innern in Verbindung, um die Apothekenversorgung mit diesen wichtigen Grundstoffen zu sichern. Da er indes den Erfolg dieser Eingabe bezweifelte, begann die Hageda bereits zehn Tage später mit der Notmittelbeschaffung: Sie stellte Kakaobutter-Ersatz und als Surrogat für Vaseline ‚Unguentum neutrale‘¹ her. Gummisauger wurden ab Juli 1916 bis zum Ende des Kriegs ausnahmslos von der Hageda an Apotheken abgegeben; ferner verteilte sie Grieß, Haferflocken, Zucker, Nahrungsmittel, Stutenmilch, Joghurt und Schmierseife, gab nur auf Bezugsschein Rezepturwein ab und verwaltete die spärlich vorhandenen Spezialitäten. Aus diesem Grund stellten die Apotheker ihre Arzneimittel wieder selbst her und forcierten so den Chemikalien- und Drogenhandel der Hageda, die ihrerseits die Eigenproduktion ausbaute und neue Fabrikationsräume in Berlin zu mieten gedachte, um dort die Verbandstoff- und Salbenfabrik, die Eisenpräparateerzeugung sowie die firmeneigene Autowerkstatt und Tischlerei zu etablieren; dies kam zwar zu Salzmanns Verdruss nicht zustande, ließ ihm aber dennoch die Genugtuung, im letzten Kriegsjahr – trotz großer Abschreibungen auf Maschinen- und Fuhrpark, gestiegener Betriebskosten und dringender Rücklagen für die Kriegsgewinnsteuer² – den höchsten Ertrag seit Bestehen der Hageda verzeichnen zu können.

¹ Zubereitung aus Vaselineöl, Paraffin, Ceresin bzw. Wachs.

² Dies war eine Sondersteuer, mit der in verschiedenen Staaten im und nach dem Ersten Weltkrieg versucht wurde, die infolge der Rüstungsaufträge erzielten hohen Gewinne abzuschöpfen.



Abb. 32: Hageda-Kreuz mit Schale und Schlange 1920

1920 entwickelte die Hageda ein eigenständiges Firmenzeichen: das Hageda-Kreuz mit Schale und Schlange, das Salzmann – im Gegensatz zu dem damals üblichen, als Einnahmehinweis gedachten ‚Drei-Löffel-Symbol‘ – über den Apotheker-Verein empfahl und selbstverständlich auch an seiner Ranke-Apotheke anbrachte.¹

Von dem erzielten Reingewinn der Hageda wurden bis 1921 das eingezahlte Stammkapital mit 5–7% verzinst; der nach den notwendigen Abschreibungen verbliebene Rest verteilte man an die Gesellschafter entsprechend ihrem jeweils getätigten Jahresumsatz. Diese sog. Warendividende, die bis zum Ersten Weltkrieg meistens 5%, später 3% betrug, erfreute sich bei den Apothekern naturgemäß großer Beliebtheit; sie war ohne Zweifel ein starker Anreiz für den Beitritt zu dem Unternehmen, ließ sich aber aus zwei Gründen nicht beibehalten. Zum einen musste die Geschäftsführung unbedingt Rücklagen zur Sicherung des Stammkapitals ansammeln, eine Notwendigkeit, die Salzmann – geblendet von immerwährenden Gewinnsteigerungen – nicht sah, obwohl man ihn schon 1906 aus berufenem Munde darauf hingewiesen hatte (FK 1, S. 8, 54). Noch 1911 waren die Erträge der Hageda so außerordentlich, dass sie bei der Kapitalerhöhung auf 3 Millionen Mark selbst Anteile für eine halbe Million erwarb und aus dem Reingewinn bestritt (FK 1, S. 24). Ab 1912 sank das Betriebsergebnis wegen gestiegener Löhne und Gehälter sowie höherer Preise, die Warendividende betrug nur 4% und die Kapitalausbeute 6% (FK 1, S. 40). Trotzdem stellte

¹ Vgl. HUWER (2006).

sich die wirtschaftliche Situation der Hageda für Salzmann als durchaus zufriedenstellend dar, dass er sich erlaubte, seine Kunden auszuwählen: So lehnte er den Aufnahmeantrag von drei Krankenhaus-Apotheken ab, da er keine Kommunen als Mitglieder duldete (FK 1, S. 41), und weigerte sich zunächst auch, Drogisten zu beliefern. 1913 erfreute man sich erneut einer besseren Bilanz als im Vorjahr. Doch im April 1914 bedauerte Salzmann dann zum ersten Mal, dass er keine Reservefonds besaß. Der Weltkrieg und die nachfolgende Inflationszeit sowie die Expansion der Hageda auf ganz Deutschland samt Ausdehnung des Sortimentsangebots auf Drogen und Chemikalien minimierten den Ertrag und damit die Ausschüttung. Zum anderen torpedierten diese Abschöpfungen die gesetzlichen Vorgaben der Kostenlegung, so dass die Krankenkassen und später die mit der Medikamentenvergütung beauftragten Reichsbehörden Widerspruch gegen die Warendividenden erhoben, da sie einem beträchtlichen Teil der Apotheker mit einer gewissen Regelmäßigkeit zufließen und so die Grundlage der Arzneitaxe – nämlich den aus den Listen des Großhandels errechneten durchschnittlichen Einkaufspreis der Arzneimittel – verschoben. Die den Pharmazeuten gewährten Boni senkten den normierten Einstandsbetrag, der – so die Krankenkassen – nicht den Abgebenden, sondern den Verbrauchern zugutekommen sollte (FH 2, 16–20).

1917 stiegen die Betriebs- und Güterbeschaffungskosten erheblich, was sich auf die Preise niederschlug. Eine Warenvorherbestellung für den Winter 1917/1918 konnte die Hageda mangels verfügbarer Mittel nicht ordern. Viele Zulieferanten erzwangen Vorkasse, die Außenstände bei den Gesellschaftern schnellten in die Höhe und die Bankschulden beliefen sich bereits im September des Jahres auf ein halbe Million Mark, so dass eine Kapitalerhöhung der Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H unumgänglich wurde. Im Dezember 1920 dann wurde die Schaffung einer Finanzierungsgesellschaft in Form einer öffentlichen AG debattiert, was der Aufsichtsratsvorsitzende aber für den letzten zu beschreitenden Weg hielt. Vielmehr versuchte er, innerbetrieblich alle Einsparmöglichkeiten auszuschöpfen, zu denen eine neue Gesellschafterliste zwecks besserer Zahlungsüberwachung, hauptsächlich einer konsequenteren Kontrolle der Außenstände, ferner eine Warenlagerminimierung, die Reduzierung des Aufsichtsrats treffen auf drei pro Jahr und strenge Unterweisung der Mitarbeiter, namentlich der Filialleiter, gehörten, die das Depot so klein wie möglich halten sollten, sah Salzmann doch schon im Oktober 1920 voraus, dass die Stabilisierung der Währung nur durch eine allgemeine Preissenkung erfolgen konnte und jeder überzählig gelagerte Artikel Verlust bedeutete.

Obendrein bewirkten die Spekulationen des Zwischenhandels mit noch verwendbaren Heeresbeständen einen starken Preisdruck zuungunsten des akkreditierten Warenvertriebs, denen das Reichsverwertungsamt durch Übertragung der Distribution an die Hageda zu begegnen suchte. Salzmann schätzte das Angebot der Vorräte auf 10 – 30 Millionen Mark und forderte neben freier Verfügungsgewalt einen 25prozentigen Eigennutzen, was die Regierung jedoch verwehrte; stattdessen verkaufte sie die Bestände kurzerhand den Krankenkassen, die – zur großen Beunruhigung der Apotheker – die Medikamente zu Mindergebühr direkt an die Versicherten abgaben, wobei besonders die Krankenkassen in Dresden durch billigste Auslieferung der Heeresbestände den Gewinn der Kollegen drückten. Salzmann, der sich an deren Zwangslage nicht ganz unschuldig fühlte, billigte den betroffenen Apothekern eine zehnprozentige Rabattierung auf ihren genossenschaftlichen Warenbezug zu und ordnete kraft seines Amtes eine Rückvergütung dieses ermäßigten Betrages an die Hageda aus der Kasse des DAV an. Durch diese Refinanzierung verteilte sich das Minus durch die sächsischen Betroffenen gleichmäßig auf alle Mitglieder des Vereins. Der gewährte Nachlass war nämlich für die Genossenschaft nicht mehr bezahlbar, da die Hageda kurz vor ihrem Ruin stand.

Als letzte Möglichkeit versuchte Salzmann daher, über den Anreiz einer propagierten 7prozentigen Kapital- und einer 3prozentigen Warendividende sowie einer entsprechenden

Zwischenfinanzierung durch die Kreda das nötige Geld doch noch aus dem Apothekerstand zu beziehen. Dies schlug indes ebenso fehl wie auch der für 1921 statt der Warendividende in Aussicht gestellte monatliche 5prozentige Sofortbonus – der für Aufruhr unter den Gesellschaftern sorgte, denen rechtlich ein anteilig freier Naturalienbezug zustand – an dem Ende der Hageda als reines Standesunternehmen nichts mehr änderte.

Am 20. Dezember 1920 beantragte ein Mitglied der IG-Farben die Zeichnung eines Hageda-Anteils – ein Ansinnen, dem der Aufsichtsrat schließlich zustimmte, um „den Eindruck zu vermeiden, als ob wir Einblick in unsere Generalversammlung zu scheuen hätten“ (FK 1, S. 99).

So wenig wie die Aufhebung der Warendividende fand auch die Umwandlung der Hageda als ‚Gesellschaft mit beschränkter Haftung‘ in eine ‚Aktiengesellschaft‘ den Beifall der 4000 Eigner, worüber Salzmann später selbst berichtete. „Die Änderung der handelsrechtlichen Form war ein Schritt, den die Leitung der Gesellschaft zwar empfehlen musste, der aber durch die Not der Zeit geboren war, wenn das Unternehmen nicht dem Untergang geweiht sein sollte. Schuld trugen die Inflation, die noch nie dagewesene von Tag zu Tag zunehmende Entwertung des Geldes und die Unmöglichkeit, das benötigte Kapital in dem verhältnismäßig kleinen Kreis der Apotheker, die selbst Not litten, zu erlangen. So wurde in der Hauptversammlung vom 16. Dezember 1921 die Umwandlung mit Wirkung vom 1. Januar 1922 beschlossen. Sie wurde in Verbindung mit dem Wegfall der Warendividende mehrfach in Fachkreisen dahin ausgelegt, dass damit die Hageda aufgehört habe, ein Standesunternehmen der Apotheker zu sein (FH 2, 20). Von 1922 an war dieses jedenfalls nicht mehr allein im Besitz der Apotheker und die Aktien galten bei den Banken als beleihbare Wertpapiere. Zum ersten Aufsichtsrat gehörten Salzmann, Wilhelm Wartenberg und Max Holz, den ersten Vorstand bildeten Hagenbeck und Richard Koschitzky. Als Gründer der Gesellschaft, die sämtliche Aktien übernommen hatten, wurden die Hageda, die Aktiengesellschaft Dresdner Bank, Dresden, Zweigstelle Berlin, Apothekenbesitzer Dr. Heinrich Salzmann, Apothekenbesitzer Dr. Wilhelm Wartenberg und Kaufmann Richard Koschitzky in das Handelsregister eingetragen,¹ worüber am 20. Mai 1922 die Pharmazeutische Zeitung die Apothekerschaft in Kenntnis setzte;² eine Meldung in der Apotheker-Zeitung erfolgte dagegen nicht. Salzmanns Lebenswerk hatte mit der Umwandlung der Hageda in eine Aktiengesellschaft zugleich einen Höhe- und einen Tiefpunkt erreicht: Einerseits hatte er es damit geschafft, wichtige Interessen der Apotheker gegen viele widrige Umstände durchzusetzen, andererseits es aber nicht fertiggebracht, den politischen Einfluss auf die Pharmazeuten so zu minimieren, dass diese Änderung hätte unterbleiben können.

Salzmanns Handlungsweise als Aufsichtsratsvorsitzender der apothekereigenen Hageda hatte im Laufe der Jahre zu teilweise auch berechtigter Kritik wegen seines autokratischen Führungsstils Anlass gegeben. Seine überlegene Intelligenz, sein vorausschauendes Agieren und seine Eloquenz halfen ihm jedoch, letztlich stets, seinem Willen zur Mehrheit zu verhelfen – ob es sich nun um die Abänderungen des Gesellschaftervertrags,³ die ihm erst seinen autokratischen Führungsstil ermöglichten, um die Konfrontationen mit Stephan und Schwabe, um den Wirtschaftskampf mit Konkurrenten oder um Auseinandersetzungen mit Gesellschaftern handelte.

Bis Mai 1938 war es Salzmann vergönnt, die Hageda als Aufsichtsratsvorsitzender zu leiten, nachdem er bereits 1933 im Zuge der Gleichschaltung des Amts als Vorstandsvorsitzender des Deutschen Apotheker-Vereins enthoben worden war, eine Position, die er über dreißig Jahre zum Wohl des Apothekerstandes ebenfalls bekleidet hatte.

¹ Vgl. WÜLLRICH (1987), 265.

² Vgl. PZ 67 (1922), 432.

³ Vgl. WÜLLRICH (1987), 160–163.

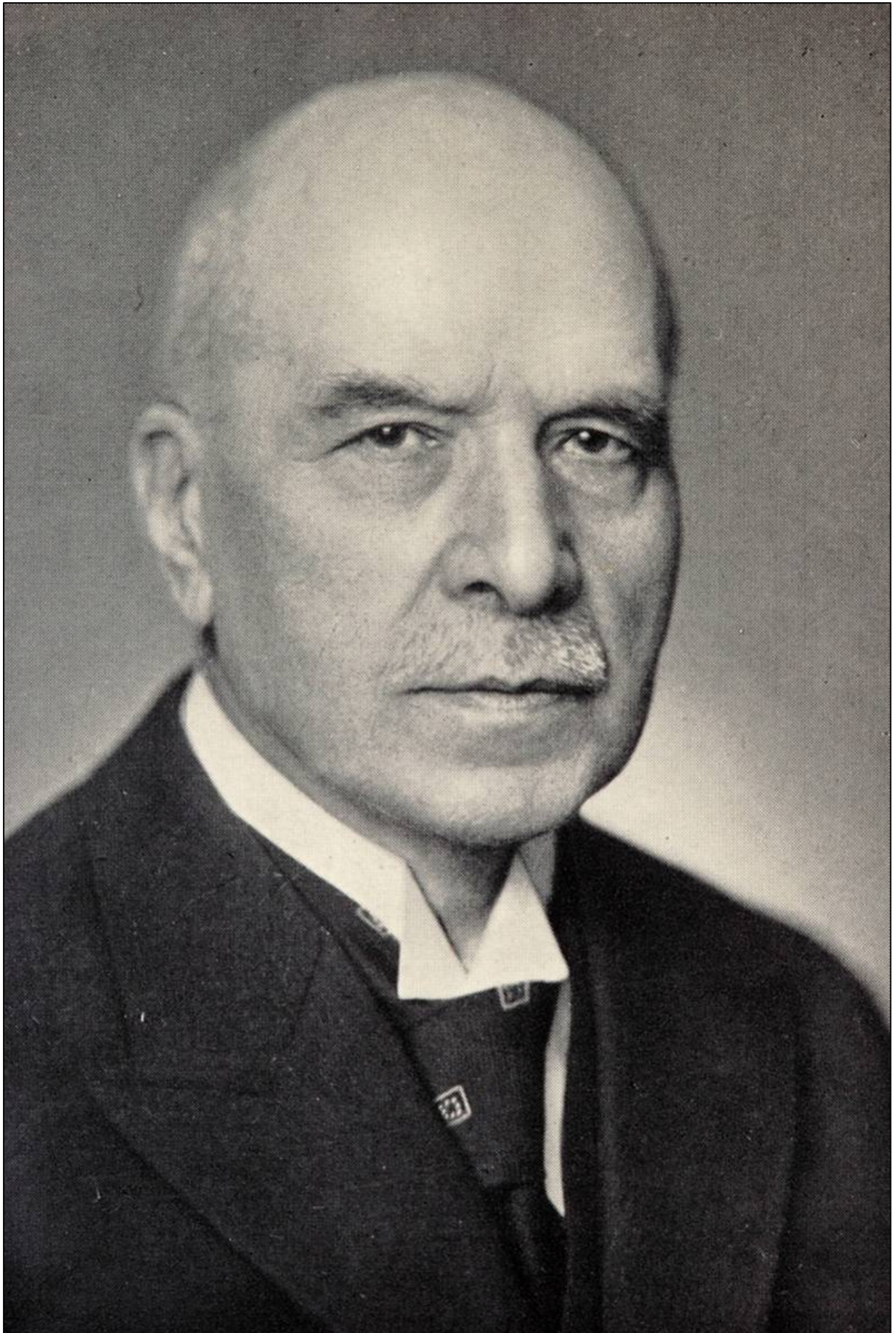


Abb. 33: Heinrich Salzmänn am 14. Juli 1938

3.4. Salzmann als Vorsitzender des Deutschen Apotheker-Vereins (1902–1933)

3.4.1. Beginn seiner DAV-Tätigkeit

Wie mit der Hageda so ist Salzmanns Name untrennbar mit dem – seit 1872 bestehenden – Deutschen Apotheker-Verein (DAV) verbunden, dem er am 5. Februar 1890 beigetreten war, dessen Geschäfte er dann vom 30. Oktober 1896 bis zum 31. März 1900 geführt und den er schließlich vom 26. August 1902 bis zum 29. März 1933 als Vorstandsvorsitzender geleitet hat.

Auf der 30. Hauptversammlung des DAV am 4. und 5. September 1901 in Hannover standen zwecks Ersatzes für Friedrich Bellingrodt und Emil Vogt Neuwahlen an. Da zudem der erste Vorsitzende – der Berliner Carl Baetcke – aus gesundheitlichen Gründen ausfiel, empfahl Alexander Stöcker als künftiges Gremiumsmitglied Salzmann, wobei er betonte: „Im Interesse einer geordneten Geschäftsleitung erscheint es notwendig, dass der jeweilige Leiter der Geschäfte in Berlin wohnt, um im ständigen persönlichen Verkehr mit der Geschäftsstelle zu bleiben. Ich schlage daher den allgemein als tüchtig, energisch und zuverlässig bekannten Kollegen Salzmann vor.“¹ Da indes im Vergleich mit den Stadtapothekern die Landapotheker sich nicht ausreichend repräsentiert fühlten, wurden Stimmen gegen die Nominierung des Großstädtlers Salzmann laut.² Froelich, der seine beiden Nachfolger Bellingrodt und Baetcke für weniger kompetent als sich selbst hielt und um das Ansehen des Vereins bangte, unterstrich daher die Wichtigkeit der Wahl Salzmanns mit den Worten: „Gerade jetzt, wo sich der Verein infolge des Wechsels in der Geschäftsführung und der sehr bedauerlichen Erkrankung des Vorsitzenden in einer unbequemen Lage befindet, würde sich die Wahl eines Mannes empfehlen, der nicht als Neuling in den Vorstand hineinkommt, sondern der die Arbeit genau kennt und dieselbe bei seinem Eintritt in die Geschäftsstelle sofort zu übersehen vermag. Eine solche Person hat man in meinem Freunde Salzmann, für den ich mich voll verbürge. Man wird in ihm einen selbständigen Charakter und einen durchaus ehrenwerten, einen ganzen Mann haben, der auch zugleich durch seinen Bruder, den Apotheker Salzmann in Ahaus, mit den Verhältnissen der Landapotheker bekannt ist“³, ein Argument, mit dem er auch den Landapothekern seinen Wunschkandidaten näher brachte.

Salzmann selbst befand sich auf der Hochzeitsreise, als ihn am 4. September 1901 telegraphisch die für ihn völlig überraschende Nachricht von seiner Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden erreichte. Die Mehrheit von 93 bei 97 abgegebenen Stimmen, drei Enthaltungen und einer einzigen Gegenstimme war überwältigend, und der Förderer des Neugewählten war also kein Wagnis eingegangen, zumal er ihn bereits in seiner Funktion als vormaligen Redakteur der Apotheker-Zeitung schätzen gelernt hatte. Salzmann pflegte im Zusammenhang mit dieser Wendung in seinem Leben zu sagen: „Man muss immer nur etwas mehr tun, als notwendig ist; dann stellt der Erfolg sich schon von selbst ein“ (PE 67). Baetcke erlag seinem Leiden am 25. Mai 1902. Fast genau drei Monate später, d.h. einen Tag vor der 31. Hauptversammlung in Koblenz, wählte der DAV-Vorstand Salzmann wiederum in dessen Abwesenheit – er war gerade Vater eines Sohnes geworden⁴ – zum Ersten Vorsitzenden, welches Amt er dann ununterbrochen bis zum Frühjahr 1933 innehatte. Dabei war die vom 26. bis 27. August 1903 in München veranstaltete Zusammenkunft die erste, die Salzmann persönlich leitete und auf der ihn auch die Nachricht von der glücklichen Geburt eines

¹ AZ 16 (1901), 646.

² Vgl. AZ 16 (1901), 635 f.

³ AZ 16 (1901), 646.

⁴ Vgl. AZ 17 (1902), 598.

zweiten Sohnes erreichte.¹ Der Vorstand des DAV setzte sich damals aus sieben Mitgliedern – nämlich Carl Bedall, Franz Calliess, Heinrich Geyer, Carl Jehn, Gustav Nithack, Heinrich Salzmann und Emil Vogt – zusammen, wurde dann aber nach Änderung der Satzung 1912 um Diedrich Johannsen und Gustav Obermiller auf neun erweitert. Die Hauptversammlungen fanden alljährlich Ende August oder Anfang September statt.

3.4.2. Widerstand gegen die Personalkonzession

Salzmann stand bei seiner Wahl zum Vorsitzenden des DAV am 26. August 1902 in Koblenz hinsichtlich der gesetzlichen Regelung des Apothekenwesens vor den gleichen ungelösten Problemen wie ehemals Froelich, da staatlicherseits weiterhin nur vordergründig nach einer Lösung gesucht wurde. In seinem Geschäftsbericht 1902/1903 bemängelte er deshalb die Uneinigkeit und Unentschlossenheit der Legislative: „Die Reichsregierung scheint zunächst auf eine Reform verzichtet zu haben und überlässt den Einzelstaaten ein selbständiges Vorgehen.“² Preußen entwickelte 1903 einen eigenen – nach dem Ministerialdirektor Friedrich Althoff benannten – Plan, der vorsah, bestehenden Realkonzessionen ihre Verkäuflichkeit zunächst zu erhalten (wenn auch unter staatlicher Einflussnahme hinsichtlich des Preises zuzüglich einer Steuer) sowie zukünftig Betriebserlaubnisse höchstens für die Dauer von 25 Jahren und zudem nicht mehr unentgeltlich zu verleihen. Mit diesen so erwirtschafteten Geldern sollten Inhaber bisher vererbbarer oder veräußerlicher Apotheken beim Wechsel hin zur Personalkonzession entschädigt werden, was nichts anderes bedeutete, als dass die Apotheker selbst die Ablösesummen aufzubringen hatten. Gegen dieses Vorhaben bezog Salzmann umgehend Stellung. Er räumte zwar dem Staat das Recht ein, bei Neueinrichtung einer Apotheke den Instanzenweg einschließlich einer Abgabe zu fordern, wehrte sich jedoch gegen die Aufhebung des Privilegs der Veräußerlich- und Vererblichkeit; stattdessen plädierte er für eine Entschuldung der durch übermäßig hohe Preise belasteten Betriebe unter Zuhilfenahme staatlicher Kredite, die dann den Kreditnehmer bei Verkauf der Apotheke an eine behördliche Zustimmung banden, und fasste seine Argumente wie folgt zusammen: „Wir wollen die Personalkonzession nicht, weil sie den Kundschaftswert verleugnet. Wir wollen die Personalkonzession auch deswegen nicht, weil sie den Apotheker unfrei und abhängig macht. Wir wollen die Personalkonzession auch deswegen nicht, weil sie den Stand herabsetzt, weil sie die Apotheker zu Proletariern macht, weil niemand in jungen Jahren zur Selbständigkeit kommen kann, sondern erst mit 50 Jahren.“³ Noch bedrohlicher empfand Salzmann allerdings den Gedanken an eine eventuelle Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Apotheken, die als „Möglichkeiten nach einer Aeüßerung des preußischen Ministers der Medizinalangelegenheiten in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. April d. Js. [1904]“⁴ offenblieb: „Die Medizinalverwaltung ist nunmehr, nachdem auch zu den Fragen bezüglich der Personalkonzession, ferner hinsichtlich der Verstaatlichung oder der Kommunalisierung der Apotheken über die zur Ablösung der Realkonzessionen unter staatlicher Leitung erforderlichen Maßnahmen in der Lage, mit der Finanzverwaltung in Verbindung zu treten.“⁵ Der Vorstand des DAV fühlte sich von der Erklärung des Ministers derart hingehalten, dass er es für geboten ansah, das Thema ‚Gewerbefrage‘ nicht auf die Tagesordnung der 33. Hauptversammlung 1904 in Hamburg zu nehmen. Salzmann resümierte: „Mit Sicherheit ist durch die Aeüßerung des Ministers festgestellt, was früher an

¹ Vgl. AZ 18 (1903), 602.

² AZ 18 (1903), 569.

³ AZ 19 (1904), 637.

⁴ AZ 19 (1904), 637.

⁵ AZ 19 (1904), 637.

dieser Stelle schon als Vermutung ausgesprochen war, daß das Reich von einer einheitlichen Regelung des Apothekenwesens Abstand genommen hat und die schwierige Materie den Einzelstaaten überlässt.“¹ „Seit der letzten Hauptversammlung des Vereins hat die Frage der Neuregelung des Apothekenwesens sichtbare Fortschritte nicht erkennen lassen. Dem preußischen Kultusminister wurde vom Vorstand die von der Hauptversammlung beschlossene Bitte unterbreitet, er wolle die Grundsätze, nach denen in Preußen die von ihm im Abgeordnetenhaus angekündigte Reform eingeleitet werden solle, baldmöglichst bekannt geben. Eine Antwort auf diese Eingabe ist nicht erfolgt“² und konnte auch nicht wirklich erwartet werden, da der Minister im November 1904 erst erklärt hatte: „Seit einer Reihe von Jahren schon sind Vorarbeiten für eine Reform des Apothekenwesens in Preußen im Gange. Dabei hat sich gezeigt, daß die Schwierigkeiten, welche sich der Feststellung eines Gesetzentwurfes entgegenstellen, ganz erheblich sind. Mit Rücksicht hierauf sind im Laufe der Jahre verschiedene Gesetzesentwürfe vorbereitet worden, die jedoch während der Verhandlungen wieder verlassen wurden. Augenblicklich ist wieder ein Gesetzentwurf zum Gegenstand von Beratungen gemacht worden, welche noch nicht abgeschlossen sind [...]. Jedenfalls liegt das Bestreben vor, bei der geplanten Neuregelung den jetzigen Besitzstand soweit wie irgend möglich zu schonen.“³ Diese Stellungnahme zeigte zwar, dass man sich in Berlin mit der Neuregelung des Apothekenwesens beschäftigte, eine konkrete Umsetzung aber noch ausstand.

Im März 1907 wurde endlich der lang erwartete Entwurf eines Reichsapothekengesetzes den Bundesregierungen vorgelegt. Dieses Konzept gliederte sich in die vier Abschnitte ‚Betriebserlaubnis‘, ‚Betriebsvorschriften‘, ‚Strafbestimmungen‘ sowie ‚Übergangs- und Schlussbestimmungen‘, bot jedoch nichts anderes als das alte Schema der Personalkonzession mit all seinen Fehlern und Unvollkommenheiten und ließ so das Problem einer reichseinheitlichen Handhabung der Realkonzessionen ungelöst. Man strebte nach dem Althoff-Plan von 1903 eine standeseigene Selbstablösung an. Salzmann kommentierte in seinem Frühjahrsrundsreiben vom 25. April 1907 dieses Vorhaben einleitend wie folgt: „Zum dritten Mal seit Gründung des Deutschen Reiches unternimmt die Regierung den Versuch einer reichsgesetzlichen Regelung des Apothekenwesens. Aufgabe der nachstehenden Ausführungen soll es sein, zu untersuchen, ob ein Gesetz nach dem vorliegenden Entwurf der Allgemeinheit und der Pharmazie von Nutzen sein würde, oder in welchen Punkten es der Aenderung bedarf. Der allgemeine Teil der dem Entwurf beigegebenen Erläuterungen wird mit dem Nachweis der Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung des Apothekenwesens eingeleitet [...]. Richtig ist es, daß für unbemittelte Bewerber eine Schwierigkeit besteht, in den Besitz einer Apotheke zu gelangen [...]. Richtig ist es auch, daß die Kaufpreise der Apotheken zu einem großen Teil übertrieben hoch sind [...]. Es fragt sich nur, ist dieser Mißstand ein so schwerwiegender, daß er dazu zwingt, die Veräußerlichkeit der Apotheken ganz aufzuheben oder sie nach Möglichkeit zu beschränken, und diese Frage, die zu dem Kernpunkt der ganzen Materie gehört [...] muß schon hier rund verneint werden. Sie dürfte und würde nicht verneint werden, wenn die in den Erläuterungen weiter enthaltene Behauptung richtig wäre, daß die Verschuldung den Apotheker zur Führung minderwertiger Arzneien und zum ‚Geheimmittelhandel‘ antreibe, und daß sie eine ‚ständige Steigerung der Arzneipreise‘ bewirke. Die hier aufgeführten Gründe sind fast wörtlich der Aufzeichnung über die im Jahre 1896 geführten Kommissionsverhandlungen, betreffend die Grundzüge für die reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens von 1894/95, entnommen. Sie haben durch ihre Wiederholung nichts an Beweiskraft gewonnen. Wenn auch zuzugeben ist, daß der in seinem Einkommen

¹ AZ 19 (1904), 639.

² AZ 20 (1905), 661.

³ AZ 22 (1907), 104.

gesicherte Apotheker vor der Versuchung, minderwertige Waren und Betriebseinrichtungen zu halten, mehr geschützt ist, als derjenige, welchem diese Sicherung fehlte, so läßt sich doch aus der Verfassung der Apotheken des Deutschen Reiches nicht der Beweis erbringen, daß tatsächlich infolge der Verschuldung der Besitzer in den Apotheken Mißstände bezüglich der Arzneiversorgung herrschen. Diese ist vielmehr nach den übereinstimmenden amtlichen Berichten durchweg eine einwandfreie [...]. Daß der durch hohe Apothekenpreise angeblich geförderte Geheimmittelhandel auch heute noch in den Gründen für eine reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens aufgeführt wird, ist einigermaßen überraschend. Der sog. Geheimmittelhandel ist durch Bundesratsbeschluß vom 23. Mai 1903, betreffend Vorschriften über den Verkehr mit Geheimmitteln und ähnlichen Arzneimitteln, in feste gesetzliche Bahnen geleitet [...]. Nachdem der Verkehr mit ‚Geheimmitteln und ähnlichen Arzneimitteln‘ nach Möglichkeit einheitlich durch die Bundesstaaten geregelt ist, kann die Ausdehnung dieses Handels nicht mehr als etwas Unerlaubtes oder Unanständiges in einer Gesetzesbegründung herangezogen werden [...]. Schlimmer noch als mit diesem Punkte der Begründung steht es mit der behaupteten ständigen Steigerung der Arzneipreise [...]. Man muß aus diesen wie aus anderen Teilen der Erläuterungen schließen, daß weder ein pharmazeutischer Fachmann noch ein Kenner der Verhältnisse an ihnen mitgearbeitet hat. Es wäre sonst nicht möglich gewesen, die Höhe der Arzneipreise mit den hohen Apothekenpreisen in eine Beziehung zu bringen. Die Höhe der Arzneipreise ist im Deutschen Reich durch die Arzneitaxe bedingt [...]. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Arzneien im Deutschen Reiche von der Bevölkerung hoch bezahlt werden, und daß es kein Gewerbesystem gibt, unter dem sie billiger als heute geliefert werden können. Für jede gegenteilige Behauptung fehlt der Beweis. Die besondere Heranziehung der Krankenkassen und ihrer Arzneirechnungen ist geeignet, bei dem Laien irrige Vorstellungen zu erwecken. Es hätte auch dem Verfasser der Erläuterungen bekannt sein können: 1. Daß die Kassenmitglieder auch schon Arzneien gebraucht haben, als sie den Kassen noch nicht angehörten, und daß sie mit gesteigertem Arbeitslohn und allgemeinem Wohlstand auch größere Aufwendungen für Arzneien machen würden, wenn sie den Kassen nicht angehörten. 2. Daß in den aufgeführten 32 ¼ Millionen Mark außer den Kosten für Arzneien auch die Kosten für sonstige Heilmittel enthalten sind, die aber zum größten Teil nicht aus den Apotheken entnommen werden [...]. 3. Daß Arzneien im engeren Sinne von den Krankenkassen nicht nur aus Apotheken, sondern in ganz erheblichen Mengen auch aus Drogeriehandlungen bezogen werden. Mit diesen drei Feststellungen fällt aber alle und jede Bedeutung der an sich gewaltigen Zahl von 32 ¼ Millionen Mark. Will man auf dem Boden der Tatsachen bleiben, so läßt sich sagen, daß in den letzten Jahrzehnten der Umsatz der Apotheken eine Steigerung, der prozentuale Reingewinn eine Verminderung erfahren hat [...]. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die Entwicklung des Krankenkassenwesens mit seiner sozialdemokratischen Macht die Gesamtlage der Apotheker im Deutschen Reiche in hohem Maße ungünstig beeinflußt hat. Nebenher mag erwähnt sein, daß auch der Apotheker Arbeitgeber ist und für sein niederes Personal ‚bedeutende Opfer‘ in Zahlungen an die Krankenkasse zu bringen hat und für das höhere Personal Opfer zu bringen sich bereit erklärt hat. Zum Unterschiede von anderen Gewerbetreibenden ist er nicht befugt, diese ‚Opfer‘ bei dem Vertrieb seiner Ware oder auf die Leistung seiner Arbeiten in Aufschlag zu bringen, da ihm eine Taxe vorgeschrieben ist, während andere Arbeitgeber und auch allgemein die Arbeitnehmer sich bei der Berechnung ihrer Waren bzw. ihrer Leistungen für die an die Krankenkassen geleisteten Zahlungen mehr oder weniger schadlos halten [...]. Ob endlich die Neuanlage von Apotheken hinter dem Bedürfnis der Bevölkerung zurückbleibt, und zwar mit Rücksicht auf die Verschuldung bestehender Apotheken, entzieht sich der allgemeinen Kenntnis. Wäre diese Behauptung zutreffend, so enthielte sie einen Vorwurf für die Behörden, denen die rechtzeitige Errichtung neuer Apotheken obliegt. Dem System der veräußerlichen Apotheken-Betriebsberechtigung könnte eine Schuld dafür nicht

beigemessen werden [...]. Es ist oben zugegeben worden, daß eine reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens mit Rücksicht auf vorhandene Mißstände notwendig sei. Diese Mißstände liegen aber, ebenso wie es vor 30 Jahren in der Denkschrift des Reichskanzleramtes – der sog. Nieberdingschen Denkschrift – mustergültig, sachkundig und daher überzeugend dargelegt worden ist, nicht auf medizinalpolizeilichem, sondern auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Unsicherheit der Besitzverhältnisse eines großen Teiles der Apotheker und durchaus veraltete gesetzliche Bestimmungen, in deren Rahmen der neuzeitliche Apothekenbetrieb nicht mehr hineinzuzwängen ist, drängen nach einer Regelung [...]. Wenn die Erläuterungen [zu dem Entwurf eines Reichsapothekengesetzes] mit Recht ausführen, daß durch die Verstaatlichung oder die Kommunalisierung der Apotheken der Apothekerstand den Charakter eines freien Gewerbetreibenden verlieren würde, so trifft das im gleichen, wenn nicht in höherem Maße nach Einführung der mit Abgaben belasteten Personalkonzession zu. Man denke sich einen Gewerbetreibenden, der alljährlich einen Teil seines Reingewinns an den keinerlei Geldmittel für die Einrichtung der Apotheke hergebenden, auch kein Erträgnis daraus gewährleistenden Staat abzugeben verpflichtet ist, und der dazu noch seine Bücher alljährlich einer Behörde vorzulegen hat, damit die in Erwägung ziehen kann, ob der Gewerbefleiß des sich Anklagenden ausreichend ist, um einem nach Selbständigkeit strebenden Kollegen einen Platz neben ihm einzuräumen! Es wäre zum Lachen, wenn es nicht ernstlich in die traurige Wirklichkeit übersetzt werden sollte. Dazu kommt noch, daß der Reingewinn der heutigen Apotheke zu einem erheblichen Teile aus den Arbeitsleistungen und aus dem Verkauf von Waren, die dem freien Verkauf überlassen sind, entspringt, also ein Geschäftsgewinn, der von dem staatlichen Schutze durchaus unabhängig ist. Und dieses jeglicher Kenntnis von Leben und Gewerbe hohnsprechenden Unding einer Personalkonzession wird von derselben Reichsbehörde in Vorschlag gebracht, die vor 30 Jahren unter Bismarcks und Nieberdings Geschäftsführung schrieb: „Eine Apotheke kann vermöge einer tüchtigen Verwaltung ihren Absatz und Reinertrag erheblich vergrößern. Dadurch erhält sie einen Wert, welcher, ähnlich dem Werte eines bewährten Handelsgeschäftes, lediglich ein Erzeugnis der persönlichen Betriebsamkeit ist. Der Wert der Geschäftskundschaft ist in der Tat auf allen übrigen Gebieten des Verkehrslebens anerkannt. Die Gesetzgebung würde, wenn sie ihn [den Kundschaftswert] zu unterdrücken suchen wollte, gegen die Natur der Dinge ankämpfen.“ Wenn schon die Personalkonzession mit ihrer Leugnung eines Idealwertes der Apotheken nach Bismarcks und Nieberdings Ansicht ‚gegen die Natur der Dinge‘ geht, wie soll man dann die auf Grund jährlicher Büchervorlage mit Geldabgaben belastete Personalkonzessionen, diese auf dem Boden des preußischen Medizinalministeriums gewachsene Frucht, bezeichnen? [...]. Die Wirkung der Personalkonzession mit allen ihren Härten und Schattenseiten wird erst fühlbar werden, wenn im ganzen Deutschen Reiche, wie es geplant ist, von 6000 Apotheken mehr als 4000 unveräußerlich sein werden. Erst dann wird man fühlen, daß die Personalkonzession nicht nur ihrem Inhaber das Verfügungsrecht über selbst geschaffene Werte nimmt, sondern daß sie auch dem unbemittelten Apotheker nicht schneller, sondern langsamer zur Selbstständigkeit verhilft, daß sie endlich der Willkür der Verwaltungsbehörden eine unübersehbare Macht in die Hände gibt und einen jetzt im öffentlichen Leben sich hervorragend betätigenden Stand politisch unfrei macht.“¹

Salzmann entkräftete auch den Vorwurf des ‚Apothekenschachers‘: „Zunächst sei die Frage gestattet, in welchem Umfang besteht denn dieser ‚Apothekenschacher‘? Es wäre verdienstlich gewesen, wenn das Reichsamt des Innern einmal statistisch Ermittlungen in dieser Richtung angestellt hätte [...]. Bisher ist man über Behauptungen und Vermutungen nicht hinausgekommen. Daß die Preise der Apotheken unerwünscht hohe sind, ist [...] zugegeben. Ebenso ist zugegeben, daß es auch Apotheker gibt, die gewerbsmäßig Handel mit

¹ AZ 22 (1907), 323.

Apotheken treiben, sie über Gebühr oder gar unter Angabe falscher Tatsachen ausbieten, um sie zu übermäßig hohen Preisen zu verkaufen, also im landläufigen Sinne Apothekenschacher treiben [...]. Es gibt auch Güterschlächter, Häuserspekulanten usw.; niemand denkt aber daran, nun den Guts-, Haus-, Hotel- usw. Besitzern die Schacherer unter ihnen an die Rockschoße zu hängen. Das sind unerfreuliche Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens, um derentwillen man aber den Besitzerwechsel nicht überhaupt unterbinden darf.“

Bezüglich des Alters eines Konzessionsanwärters befürwortete es Salzmann: „daß man nicht das starre Anciennitätsprinzip einführen will [...]. Es würde andernfalls jedes fachliche Streben getötet werden.“ Auch begrüßte er es, „Konzessionsanwärtern die Tätigkeit als Rechnungsrevisionsbeamten bei Krankenkassen [...] in beschränktem Umfange anzurechnen. Indessen ist seiner Natur nach das Amt des Rezeptrevisors im Dienste der Krankenkassen weder für die Ausübung des Apothekenbetriebs notwendig noch der Pharmazie förderlich. Die Tätigkeit des Revisors liegt außerhalb der Grenzen der Berufsausübung, sie ist sogar in gewissem Sinne den Interessen der Apotheker entgegengesetzt, insofern sie die Vorteile der Kassen im Verkehr mit den Apotheken zu wahren hat.“

Den Gesetzentwurf hielt Salzmann auch noch aus einem weiteren Grund für unhaltbar, denn er „verpflichtet den Konzessionsempfänger zur Uebernahme der Vorrichtungen, Gerätschaften und Warenvorräte, nicht aber des Hauses [...]. Daß man des Hauses, in welchem die Apotheke betrieben wird, nicht Erwähnung getan hat, ist nach Lage der Dinge vielleicht das beste, was man tun konnte. Aber eben das Uebergehen eines so wesentlichen Punktes zeigt deutlich die Schwächen des Personalkonzessionssystems. Jede Bestimmung, die man bezüglich des Hauses festlegen würde, wäre geeignet, den übergebenden oder übernehmenden Teil gelegentlich in der empfindlichsten Weise zu schädigen. Die Uebernahme des Hauses zu einem angemessenen Preis ist nur auf Grund freier Vereinbarung, wie sie jetzt bei den Verkäufen von Apotheken geschlossen wird, möglich. Jede gesetzliche Anordnung und jedes Schema muß hier versagen.“ Auch kritisierte er den Umgang mit den Hinterbliebenen: „Man gestattet der Witwe, den minderjährigen Kindern oder der Ehefrau des verstorbenen bzw. entmündigten Konzessionsinhabers nur für den Fall der Dürftigkeit den Weiterbetrieb der Apotheke durch einen approbierten Apotheker. Es ist das gegenüber den Grundzügen von 1894/95, die den Weiterbetrieb bis zur Wiederverheiratung der Witwe bzw. bis zur Großjährigkeit der Kinder vorsah, eine entschiedene Verschlechterung. Auch diese Verschlechterung ist den Anhängern des Prinzips der Personalkonzession, d.h. einem Teile der nichtselbständigen Apotheker, zu verdanken, die für nichts anderes Blick haben, als für den Besitz einer Apotheke, die aber erfahrungsgemäß nicht selten mit dem Tage, an dem ihnen die Konzessionsurkunde zugeht, eine gründliche Revision ihrer fachpolitischen Ueberzeugung vornehmen. Aus dem unentwegten Anhänger der strengen Personalkonzession wird plötzlich der Verfechter der Veräußerlichkeit und Vererblichkeit, und aus dem Gehilfen, der nicht laut genug nach höherem Gehalt, nach Sonntagsruhe, Urlaub, kollegialer Behandlung rufen konnte, wird unvermittelt der würdige Chef, der am lautesten über die Mängel des ‚Personals‘ und über dessen Ansprüche Klage erhebt und seine ablehnende Haltung gegen berechnete Forderungen seiner Mitarbeiter mit dem Hinweis begründet, daß er es auch nicht besser gehabt habe. Er treibt die Politik des jeweiligen persönlichen Vorteils, von der Reichsgesetze jedenfalls nicht beeinflusst werden sollten.“

Weiterhin irritierte Salzmann an dem Konzept, „daß, abgesehen von den für Rechnung des Landesherrn usw. betriebenen Apotheken, nur die Realprivilegien von denjenigen Bestimmungen des Gesetzentwurfes, welche die Unübertragbarkeit der Apotheken im Deutschen Reich festlegen, ausgenommen sind. Die Landesregierungen sind nur befugt, die Wirkung des Reichsgesetzes auf die jetzt außer den Realprivilegien tatsächlich vorhandenen anderen übertragbaren Apothekenberechtigungen durch zu erlassende Landesgesetze aufzuheben. Daß sie das tun werden, ist wohl anzunehmen, gewährleistet ist es durch nichts. Streitigkeiten darüber, ob eine Apotheke zu den realprivilegierten gehört, sollen im

Rechtswege entschieden werden. Damit wird den Gerichten eine Unmenge von schwierigen und langwierigen Prozessen zufallen. Die Aussicht auf diese zu erwartenden Prozesse war auch einer der Gründe, die im Jahr 1877 das Reichskanzleramt dazu führten, die freie Veräußerlichkeit und Vererblichkeit aller Apotheken zu befürworten [...].“

Hinsichtlich der Beibehaltung der ärztlichen Hausapotheken verwies Salzmann auf einen 1896 verfassten Kommissionsbericht, nach dem „Einverständnis bestand, daß dieselben meist in sehr schlechtem Zustande sich befinden, weil es dem Arzt an der nötigen Zeit zu einem geordneten Betriebe derselben mangle. Man hielt deshalb eine tunliche Beschränkung dieser Hausapotheken für erwünscht“ [...]. „Noch mehr Angriffspunkte“, fährt Salzmann fort, „bietet der Paragraph, nach dem den Tierärzten allgemein im Deutschen Reiche die Abgabe von Tierarzneimitteln aus einer Hausapotheke gestattet werden kann. Damit würde durch Reichsgesetz den Tierärzten das Arzneiabgaberecht auch in solchen Bundesstaaten ermöglicht, in denen es bisher nicht gewährt war. Die Bestimmung läuft schnurstracks berechtigten Forderungen des Apothekerstandes entgegen. Eine innere Notwendigkeit für das Arzneiabgaberecht der Tierärzte ist heute im allgemeinen ebensowenig vorhanden, wie für das Arzneiabgaberecht der Ärzte. Es ist mit der wissenschaftlichen Entwicklung, welche die Tierheilkunde in den letzten Jahrzehnten genommen hat, und mit der hohen Auffassung des modernen Tierarztes von seinem Beruf kaum vereinbar, wenn der Arzt die Tätigkeit der Arzneianfertigung und -abgabe betreibt, ohne sie genügend erlernt zu haben. Das hat aber weder Arzt noch Tierarzt. Beide kennen günstigenfalls so viel davon, wie etwa ein Apotheker von der Behandlung innerer oder äußerer Krankheiten in einem sechswöchigen Kursus erlernen könnte. Einen Apotheker, der auf der Grundlage einer so abgekürzten Vorbildung die Behandlung kranker Menschen und Tiere vornehmen würde, würde man mit Recht aber einen ‚Kurpfuscher‘ nennen. – Ein Reichsgesetz zur Regelung des Apothekenwesens sollte zweckmäßig das Arzneiabgaberecht der Tierärzte beseitigen oder auf das nötigste Maß zurückführen; daß es auf das Gegenteil zielt, hat wohl niemand erwartet. Vielleicht ist die Tragweite [...] den Verfassern des Entwurfs garnicht bewußt gewesen“, deren weiterer Plan „den Behörden eine dem Apothekerstande gefährliche Grundlage für Errichtung von Apotheken in Anstalten verschiedenster Art bietet, die jetzt auf öffentliche Apotheken angewiesen sind und vielfach diesen ihre Lebensfähigkeit sichern. Die Bestimmung wird noch gefährlicher dadurch, daß den Anstalten gestattet werden kann, die Apotheken auch durch Nichtapotheker, ‚durch andere geeignete Personen‘, betreiben zu lassen“ [...].

Als ebenfalls unhaltbar stufte Salzmann die Beschneidung der Verpachtungsmöglichkeit ein: „Der Inhaber der Erlaubnis zum Betrieb einer Apotheke ist verpflichtet, die Apotheke selbst zu betreiben. Das bedeutet, da jede Apotheke [...] nur mit Erlaubnis betrieben werden darf, ein für das ganze Deutsche Reich geltendes Verbot der Verpachtung von Apotheken, wie es für Preußen seit 1886 eingeführt ist. Es darf als sicher angesehen werden, daß dieses preußische Verbot hinsichtlich der realprivilegierten Apotheken und auch hinsichtlich gewisser neuer Landesteile überhaupt der gesetzlichen Grundlage entbehrt und von dem Oberverwaltungsgericht im Falle der Klage eine erhebliche Einschränkung erfahren würde. Durch ein Reichsgesetz würde das Verbot ein für allemal festgelegt werden können. Ein zureichender Grund für eine solche Maßregel wird nicht zu finden sein. Apotheken wurden vor 1886 in Preußen und werden in anderen Bundesstaaten noch heute in der Regel dann verpachtet, wenn der Besitzer vorübergehend nicht in der Lage ist, den Betrieb selbst zu leiten, die Apotheke jedoch sich oder seinen Kindern zum späteren Selbstbetriebe erhalten will. Dem Besitzer ist es möglich, aus Rücksichten auf Kindererziehung, Gesundheit usw. einen anderen Wohnort zu nehmen. Der Pächter schafft sich ohne erhebliche Geldmittel eine Selbständigkeit im Berufe. Beiden ist mit dem Pachtverhältnisse gedient, niemand leidet Schaden darunter. Warum hier störend eingreifen oder eine unzweckmäßige preußische Bestimmung auf reichsgesetzlichen Boden stellen? Kein Gewerbetreibender wird es verstehen.“

Nach so viel Kritik befürwortete Salzmann allerdings die beabsichtigte Regelung der Beziehung zwischen Apotheken und Krankenkassen. Da zum einen die Gewerbeordnung galt, nach der die Zentralbehörden bindende Apothekentaxen herausgaben, zusätzliche Ermäßigungen durch freie Vereinbarungen jedoch verboten, konnten die zuständigen Administrationen den Apotheken Zwangsrabatte für die Arzneilieferungen an Krankenkassen vorschreiben; zum anderen aber war es damit den Krankenkassen unmöglich gemacht, weitere Rabattforderungen zu erzwingen: „Ist das die Meinung des Entwurfes, so wäre das einer der wenigen Lichtpunkte in ihm. Denn wie sich die Beziehungen zu den Kassen in den letzten Jahren entwickelt haben, erscheint eine solche Regelung als die einzige, die den Frieden zwischen Apotheken und Kassen sichern könnte.“¹

Salzmanns detaillierte und wohlbegründete Stellungnahme zum Entwurf eines Reichsapothekengesetzes von 1907 fiel also insgesamt vernichtend aus: Sollte dieses Konzept, auf das der Apothekerstand 30 Jahre lang gewartet und von dem er sich Klarheit erhofft hatte, doch nichts weiter als die allgemeine Einführung der Personalkonzession bringen und die Entscheidung über das Schicksal der Realkonzessionen bei den Landesregierungen belassen. Am 17. April 1907 berief er eine außerordentliche Vorstandssitzung ein und fasste im Anschluss daran nochmals die Meinung des Gremiums zusammen: „Der Deutsche Apotheker-Verein hält an dem Standpunkte fest, daß eine reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens gefordert werden muß, da die seit drei Jahrzehnten andauernde Beunruhigung des Standes durch Reformpläne, die dann immer wieder als undurchführbar fallen gelassen werden mussten, unerträglich geworden ist, die Berufsfreudigkeit lähmt, den Zugang zum Fache unterbindet und die Sicherheit der Vermögensverhältnisse auf das schwerste beeinträchtigt. Das dem Entwurfe eines Reichsapothekengesetzes zugrunde gelegte System der reinen Personalkonzession ist jedoch unbedingt zu verwerfen. Am besten geeignet, die vorhandenen Schäden zu beseitigen, ist nach Ansicht der Mehrheit des Vorstandes allgemeine Durchführung der freien Vererblichkeit und Veräußerlichkeit aller Apotheken, wie sie in der auf den Stuttgarter Beschlüssen beruhenden Denkschrift des Vereins von 1901 verlangt und begründet ist. Diese Forderungen lauten: 1. Die bisher vererblichen und veräußerlichen Betriebsrechte behalten diesen Charakter; dazu sind auch zu rechnen die Personalkonzessionen, welche, wie die preußischen sog. Realkonzessionen, die bayerischen, die sächsischen Konzessionen usw., trotz ihres formal persönlichen Charakters tatsächlich als verkäuflich behandelt werden. 2. Die bestehenden unveräußerlichen und unvererblichen Personalkonzessionen bleiben dies zunächst; sie können jedoch durch Zahlung bzw. Nachzahlung einer Abgabe bis zum Höchstbetrage von 10 Jahresraten in vererbliche und veräußerliche Apotheken umgewandelt werden. 3. Alle neu zu verleihenden Konzessionen dürfen erst nach 10 Jahren veräußert oder vererbt werden; ihre Inhaber zahlen vom dritten Jahre ab von dem Reingewinn eine Abgabe. 4. Die Genehmigung zum Fortbetriebe einer Apotheke darf der Regel nach demselben Apotheker nur dreimal erteilt werden. 5. Frei vererbliche und veräußerliche Apotheken dürfen verpachtet werden. Das von dem Vorstandsmitgliede Nithack empfohlene Entschuldungsverfahren unter Festsetzung einer Beleihungsgrenze setzt eine Mitwirkung des Staates voraus, zu der eine Geneigtheit bisher von autoritativer Stelle in keiner Weise gesichert ist.“²

Am 7. Mai 1907 erläuterte Salzmann seine diesbezüglichen Auffassungen der Versammlung des Berliner Apotheker-Vereins, wobei es zu Unstimmigkeiten kam. Eine Reihe der Anwesenden kritisierte seine Ausführungen heftig, da er den Nutzen jedweder Form von Konzession – nämlich den Konkurrenzschutz, den es in keinem anderen Gewerbe gab – geflissentlich außer Acht lasse und die Steigerung der Apothekenpreise nicht in den Griff bekomme, selbst wenn Preußens 600 in unverkäuflicher Personalkonzession geführte Apotheken in verkäufliche überführt würden, um durch Überangebot die Preise zu drücken;

¹ AZ 22 (1907), 324.

² AZ 22 (1907), 325; vgl. AZ 22 (1907), 270–272.

dies müsse nämlich deshalb fehlschlagen, weil jährlich doppelt so viele Apotheker approbiert würden als pro anno die Selbstständigkeit erreichen könnten, womit das vorherige Ungleichgewicht von Niederlassungswilligen und den vorhandenen Möglichkeiten bestehen bliebe. Die Marktwerte für Apotheken waren durch die Verkäuflichkeit der Konzessionen unter Aufrechterhaltung des Konkurrenzschutzes derart in die Höhe getrieben worden, dass von einem gewinnbringenden Geschäft kaum noch gesprochen werden konnte. Da der Konkurrenzschutz die Rentabilität der Apotheken sicherte, stellte nach Meinung der Gegner Salzmanns das vom DAV geforderte System der Verkäuflichkeit der Konzession ein den Aufgaben der Apotheke schädliches Ansinnen dar. Froelich – Salzmanns Wegbereiter, Apothekenbesitzer und damaliger Referent für die pharmazeutischen Angelegenheiten im Kultusministerium – versuchte zwischen den Kontrahenten zu vermitteln, indem er darauf hinwies, dass der Entwurf einen Kompromiss darstelle und daher nicht von allen Parteien vollends akzeptiert werden könne, und weiter: „Man hat da alle möglichen ausfallenden Phrasen gehört, von positiver Mitarbeit und konkreten Verbesserungsvorschlägen ist aber bis heute aus diesen Kreisen nichts zu spüren gewesen. Und gerade zu diesem Zweck ist doch der Entwurf zur Diskussion in die breiteste Öffentlichkeit gestellt worden. Die Apothekenbesitzer sollen doch nicht unterschätzen, daß der Entwurf die seit 1811 rein persönlich verliehenen, wenn auch seit jener Zeit tatsächlich von ihren Inhabern verkauften Konzessionen den ihnen bis zum heutigen Tage noch fehlenden Rechtsboden für die Verkäuflichkeit bringt. Auch ich betrachte die Einführung der Personalkonzession nur als ein Übergangsstadium und bin nach wie vor für die Niederlassungsfreiheit. So lange die Apothekenbesitzer aber ihr Gewerbe als konzessionspflichtiges, d. h. mit einem staatlichen Schutz gegen Konkurrenz ausgestattetes erhalten sehen wollen, müssen sie sich dafür auch gewisse Beschränkungen gefallen lassen. [...] Ich warne die Apothekenbesitzer und den sie vertretenden Deutschen Apotheker-Verein, sich auch diesem Versuch der Reichsregierung, die Apotheken auf einen gesunden wirtschaftlichen Boden zu bringen, wieder nur verneinend gegenüberzustellen. Die Reichsregierung ist entschlossen, Besserung zu schaffen, und wird dabei zweifellos auch die Parlamente hinter sich haben. Wenn die Apothekenbesitzer sich auch jetzt wieder rein negativ verhalten, wird man schließlich über sie zur Tagesordnung übergehen müssen. Darum: ‚Caveant consules‘!“¹

Selbstverständlich versetzte der Entwurf eines Reichsapothekengesetzes nicht nur Delegierte, sondern den gesamten Apothekerstand in Aufregung, weshalb man 1907 in Eisenach folgenden Beschluss formulierte: „Die 36. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins hält eine reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens für dringend erforderlich. Sie vermag aber dem von dem Reichsamte des Inneren bekannt gegebenen Entwurf sowohl hinsichtlich des gewählten Gewerbesystems – der allgemein durchgeführten rein persönlichen Betriebsberechtigung – als auch in anderen wesentlichen Punkten nicht zuzustimmen und erhebt endlich entschiedenen Widerspruch gegen die in den Erläuterungen zu dem Entwurfe enthaltenen ungerechtfertigten Beschuldigungen des deutschen Apothekerstandes. Sie sieht vielmehr in der freien Veräußerlichkeit aller Apothekenbetriebsberechtigungen die beste gewerbliche Grundlage des deutschen Apothekenwesens und die einfachste Lösung der Gewerbefrage. Sie beauftragte daher den Vorstand, unter Zugrundelegung dieses Gewerbesystems und unter Berücksichtigung der von der Versammlung gefassten anderen Beschlüsse den Gesetzentwurf abzuändern und den geänderten Entwurf dem Reichsamte des Inneren, den Bundesregierungen und dem Reichstage zu überreichen. Sollten diese jedoch nicht gewillt sein, einer einheitlichen Regelung der Gewerbefrage auf dieser Grundlage zuzustimmen, so wäre, um endlich aus den derzeitigen unsicheren, den Stand schwer beunruhigenden und schädigenden Zuständen herauszukommen, als Mindestforderung des

¹ AZ 22 (1907), 317.

Standes festzuhalten, daß für die bis dahin unter irgendwelcher Voraussetzung als vererblich oder veräußerlich behandelten Apotheken durch Reichsgesetz dieses Recht gewahrt wird. Den Inhabern von Personalkonzessionen ist eine angemessene Berücksichtigung der ehelichen Nachkommenschaft und der Witwen sowie ein Kundschaftswert sicherzustellen.“¹

Dieses Dekret wurde einstimmig angenommen. Dem Vorstand war durch diesen Beschluss zunächst die Aufgabe gestellt, einen auf der Grundlage der freien Veräußerlichkeit und Vererblichkeit der Apothekenbetriebsrechte beruhenden Entwurf unter Berücksichtigung der zu den Einzelbestimmungen in der Versammlung gemachten Vorschläge zu erarbeiten.

Am 10. Februar 1908 wurde ein gleichlautendes Konzept nebst Erläuterungen als gewünschte Basis für einen Gesetzentwurf sowohl dem Reichsamt des Inneren als auch den einzelnen Bundesregierungen überreicht. Dieses Schreiben, das als Muster eines auf dem Grundsatz der Veräußerlichkeit beruhenden Gesetzes gelten kann und vor allen Dingen in einer gestaffelten Abgabe beim Besitzwechsel ein wirklich brauchbares Mittel gegen den ‚Apothekenschacher‘ vorschlägt, umfasste fünf Abschnitte: Allgemeine Bestimmungen, Betriebsgenehmigung, Betriebsvorschriften, Straf- und Schlussbestimmungen. Der Entwurf des DAV-Vorstandes beruhte auf der freien Vererblichkeit und Veräußerlichkeit aller Betriebsrechte. Der Staat sollte jedoch bei jedem erstmaligen Übergang der Konzession in andere Hände eine einmalige Abgabe in Höhe eines prozentualen Teils des für den Geschäftswert gezahlten Preises erheben. Diese Bestimmung verhinderte bzw. erschwerte einen sofortigen Verkauf nach Erhalt der Konzession und erübrigte die zehnjährige Unveräußerlichkeitsklausel.² Als Folge erhoffte sich der Vorstand des DAV einen Rückgang des ‚Apothekenschachers‘ mit der Begründung: „Wenn dem nach dem ersten Jahre verkaufenden Apotheker nur ein Betrag übrigbliebe, der nicht mehr als etwa den Ersatz der für die Errichtung der Apotheke gehabten Auslagen darstellt, so würde der Anreiz zum baldigen Verkauf wegfallen.“³ Die fälligen Zahlungen sollten ihrerseits den Grundstock einer ständischen Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung bilden.

War man in Eisenach davon ausgegangen, dass die Ratifizierung des Apothekengesetzes in unmittelbarer Zukunft lag, so hatte man sich freilich getäuscht. Salzmann schrieb daher in seinem Geschäftsbericht für 1908/1909: „Die Frage der reichsgesetzlichen Regelung des Apothekenwesens ist im Berichtsjahre, soweit äußerlich erkennbar, nicht weiter gefördert worden, und das Schicksal des vom Reichsamt des Inneren der Öffentlichkeit zur Beurteilung unterbreiteten Entwurfes eines Reichsapothekengesetzes ist ungewiß. Es ist anzunehmen, daß die Verhandlungen zwischen den Bundesregierungen noch nicht soweit gediehen sind, daß eine Einigung unter ihnen erzielt oder doch in der nächsten Zeit zu erwarten wäre. Der Deutsche Apotheker-Verein hat den Entwurf des Reichsamts in Eisenach abgelehnt, an Stelle der vorgeschlagenen Personalkonzession die freie Veräußerlichkeit und Vererblichkeit aller Apotheken verlangt und einen auf dieser Grundlage aufgebauten Entwurf eingereicht. Wenn er in der Eisenacher Resolution gewisse Vorschläge für die Gestaltung der Personalkonzession innerhalb des jetzigen gemischten Systems gemacht hat, so ist darin nicht

¹ AZ 24 (1908), 339.

² In der Tat drängten die Zustände auf Abschaffung des sog. Apothekenschachers. Aufgrund wachsender Bevölkerung und der Urbanisierung wegen besserer Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten in Ballungsgebieten musste besonders dort die Apothekendichte steigen, um die Bewohner hinreichend mit Medikamenten versorgen und den vermehrten Ansprüchen gerecht werden zu können. Über eine amtliche Ausschreibung bestimmte man einen Neukonzessionar, dem lediglich die Beschaffung geeigneter Räume im Zeitraum von sechs Monaten oblag. In Berlin, wo Salzmann 1900 die Ranke-Apotheke eröffnete, hielt die Vermehrung der Apotheken mit der Bevölkerungsentwicklung nicht Schritt. Diese Diskrepanz zwischen Niederlassungswilligen und Apothekenbedarf trieb die Werte der Konzessionen derart in die Höhe, dass binnen 20 Jahren der Preis für eine Betriebserlaubnis ein und derselben Apotheke sich verdoppelte. Findige Apotheker verkauften daher ihre neu konzessionierte Apotheke gewinnbringend bereits kurze Zeit nach der Eröffnung und erzielten so beachtliche Erträge.

³ Vgl. KRISCHKE (1932), 127.

eine Zustimmung zur Personalkonzession zu erblicken, sondern es sind in ihnen nur die Bedingungen gestellt, deren Erfüllung der Verein für den Fall, daß dem Stande wider seinen Willen ein anderes System als das der freien Veräußerlichkeit und Vererblichkeit durch die Reichsgesetzgebung aufgezwungen werden sollte, als seine Mindestforderung betrachtet.“¹ Da bis zur Berliner Hauptversammlung 1909 die Verhandlungen zwischen den Regierungen weiterhin stagnierten, wiederholte man die Eisenacher Forderung. Als der Vorstand am 16. Januar 1910 die EntschlieÙung dem Staatssekretär des Inneren, Clemens von Delbrück, überreichte, begründete Salzmann dieses Postulat besonders damit, dass die bisherige Regelung in den Einzelstaaten ganz unzulänglich sei und die Unsicherheit über das Schicksal der Realkonzessionen schwer auf dem Stand laste. Am 4. März 1910 gab der Staatssekretär darauf – wie gewohnt – allerdings nur eine ausweichende Antwort; er teilte mit, dass sich bei den Verhandlungen gewisse Schwierigkeiten ergeben hätten, die namentlich die Berücksichtigung der Anciennität bei der Auswahl unter den Bewerbern um eine Personalkonzession betrafen. Salzmanns Kommentar zu dieser Hinhaltetaktik lautete dann auch ahnungsvoll: „Andere Schwierigkeiten aufzuführen, hat er unterlassen. Es hat den Anschein, als ob es sich dabei erst um Punkte handle, über die man selbst in Verhandlungen mit Bundesregierungen, die der Personalkonzession in ihrer reinen Form von vornherein zuneigen, nicht hinauskommt, und als ob die eigentlichen Schwierigkeiten erst beginnen würden, wenn das Problem der Personalkonzession selbst zur Entscheidung gelangen soll. Jedenfalls macht die Erklärung den Eindruck, daß eine Einigung zwischen den Bundesregierungen noch in der Ferne liegt, wahrscheinlich sogar vorderhand überhaupt aussichtslos ist.“²

Diese Situation veranlasste im September des Jahres die Hauptversammlung in Braunschweig zu einer fast einstimmig angenommenen EntschlieÙung, die Salzmann bereits zuvor in seinem Geschäftsbericht 1909/1910 veröffentlicht hatte:

„Der Deutsche Apotheker-Verein spricht sein großes Bedauern darüber aus, dass allem Anscheine nach eine Regelung des Apothekenwesens durch das Reich nicht zustande kommen wird. Er beharrt auf seiner Forderung der allgemeinen Durchführung der Vererblichkeit und Veräußerlichkeit aller Apothekenbetriebsrechte für das Reich wie für jeden Einzelstaat. Sollte dem Apothekerstande gegen seinen Willen die Personalkonzession aufgezwungen werden, so muß den bisher unter irgendwelchen Voraussetzungen als vererblich oder veräußerlich behandelten Apotheken dieses Recht gewahrt und den Inhabern der Personalkonzessionen eine angemessene Berücksichtigung der ehelichen Nachkommenschaft und der Witwen, sowie ein Kundschaftswert sichergestellt werden.“³

In seinem Geschäftsbericht 1910/1911 ging Salzmann dann u. a. erneut auf die ‚Prinzipienfrage‘ ein, „ob das Reich überhaupt auf sein verfassungsmäßiges Recht zur Regelung des Apothekenwesens zugunsten der Landesgesetzgebung auf unabsehbare Zeit verzichten will. Der Kampf im Reiche ist also noch nicht, wie vielfach angenommen zu werden scheint, zu Ende; er wird vielmehr mit aller Energie unsererseits weitergeführt werden müssen. Sollte das Reich wirklich endgültig verzichten, so wird der Deutsche Apotheker-Verein in jedem Einzelstaate, der dann an die Materie herantreten sollte, den Kampf aufzunehmen haben.“⁴ Auf der 40. Hauptversammlung in Freiburg wurde deshalb folgende Resolution verfasst und vom Vorstand dem Bundesrat am 26. September des Jahres überreicht:

„Der Deutsche Apotheker-Verein würde es auf das lebhafteste bedauern, wenn die gesetzgebenden Faktoren des Reiches auf eine Regelung des Apothekenwesens verzichten

¹ AZ 25 (1910), 12.

² AZ 25 (1910), 645.

³ KRISCHKE (1932), 131.

⁴ AZ 26 (1911), 667 f.

und diese den Einzelstaaten überlassen würden. Er erhebt Widerspruch gegen den Verzicht des Reiches auf die Ausübung dieses seines verfassungsmäßigen Rechtes und die Absicht, die heutige Zersplitterung, die Erbschaft aus der Zeit der Kleinstaaterei, zu verewigen. Er erhebt ferner Widerspruch gegen die Absicht der preußischen Staatsregierung, eine Ablösung der veräußerlichen Betriebsrechte mit Hilfe einer allen Apothekeninhabern aufzuerlegenden Betriebsabgabe, eines Vorkaufsrechtes des Staates und einer Befugnis desselben zur Festsetzung der Verkaufspreise herbeizuführen.“¹ Vorbedingung für jede einheitliche Regelung des Apothekenwesens – mochte sie nun durch das Reich oder durch die Einzelstaaten erfolgen – war der Werteschutz der veräußerlichen Betriebsrechte; dabei war sich bereits die Hauptversammlung 1910 in Braunschweig darüber im Klaren, dass ein Entschuldungs- oder Ablösungsverfahren nur mit Staatshilfe möglich sein würde, auch wenn dies eine Einschränkung der Freiheit des Apothekers während der Tilgungszeit des Staatskredites nach sich zog. Noch 1912 drängte Salzmann in seinem Geschäftsbericht auf die reichseinheitliche Regelung des Apothekenwesens, die auch Gegenstand bei der 41. Hauptversammlung zu Nürnberg war, wobei Salzmann einmal mehr betonte, dass dieses Problem seit Jahren Diskussionsthema jeder Hauptversammlung sei; in seinen weiteren Ausführungen wiederholte er sämtliche Forderungen des Standes, aber auch den Hinweis auf die Kompromissbereitschaft der Apotheker, sich gegebenenfalls mit dem gemischten System einverstanden zu erklären. Alle seine Bemühungen waren indes vergebens. Im Februar 1913 bestätigte der Innenminister im preußischen Abgeordnetenhaus ausdrücklich, dass mit einer Regelung seitens des Reiches nicht mehr zu rechnen sei, und eine solche eher der jeweiligen Landesgesetzgebung überlassen werden sollte; und dies obwohl er wusste, dass die Reichsgesetzgebung nicht umgangen werden konnte, weil das Apothekenwesen in hohem Maße mit der Gewerbeordnung zusammenhing und eine diesbezügliche Änderung somit erst eines Reichsgesetzes bedurfte. Im gleichen Jahr verabschiedete Bayern im Alleingang ein Gesetz für sein Apothekenwesen: Das gemischte System blieb bestehen, wobei die Personalkonzession durch die Einführung einer Abfindung für den Vorgänger ausgebaut wurde.²

Da also trotz wiederholter Klagen über die Mangelhaftigkeit der Apotheken-Gesetzgebung von Seiten der Regierung nichts Wesentliches geschehen und auch künftig nichts zu erwarten war, entschloss sich der Vorstand des DAV in Verbindung mit dem Preußischen Apothekerkammer-Ausschuss, dem Kaiser eine Immediateingabe zu unterbreiten, die präzise alle Probleme des Standes zusammenfasste und von Salzmann und Rüdiger überreicht werden sollte. Der Kaiser sah jedoch von der Gewährung einer Audienz ab und bat um Übersendung, was dann am 30. April 1914 – also noch vor Kriegsbeginn – auch geschah.³

Die Einberufung zur 43. Hauptversammlung vom 7. bis 10. September 1914 nach Frankfurt am Main war gerade am 22. Juli an die Mitglieder des DAV ergangen, als der Erste Weltkrieg am 1. August begann.⁴ Der Vorstand verschob daher die Zusammenkunft bis auf weiteres und ließ sie schließlich ganz ausfallen.⁵ In den folgenden vier Jahren trat die ‚Regelung des Apothekenwesens‘ in den Hintergrund. Da zahlreiche Apotheker und ihre Gehilfen unvorbereitet einberufen wurden, kam es zu personellen Engpässen, so dass schon zu Kriegsbeginn eine Reihe von Apotheken geschlossen werden musste. Dank der parallelen Zulassung nichtapprobierter Assistenten zur Leitung von Apotheken auf längere Zeit und der Tätigkeit der vom DAV geschaffenen Vertreternachweise, konnte der Bedarf jedoch gedeckt werden. Salzmann verfasste einen auf der ersten Seite der Apotheker-Zeitung vom 12. August 1914 abgedruckten Aufruf:

¹ KRISCHKE (1932), 133 f.

² Vgl. KRISCHKE (1932), 134.

³ Vgl. AZ 29 (1914), 838 f.

⁴ Vgl. AZ 29 (1914), 653.

⁵ Vgl. AZ 29 (1914), 718.

„Kollegen!

Die deutsche Wehrmacht steht bereit, in den schweren Kampf für unser Bestehen als Staat und Volk zu ziehen. Zahlreiche Fachgenossen eilen zu den Fahnen als Streiter mit der Waffe oder als Apotheker. Wir sind überzeugt, dass sie alle an ihrer Stelle dem deutschen Namen Ehre machen werden, und dass insbesondere unser Militär-Apothekenwesen sich bewähren wird. Bei der Ueberstürzung der Ereignisse wird gar manche Apotheke verwaist stehen oder der zureichenden Zahl der Mitarbeiter entbehren müssen, weil es nicht möglich war, rasch Ersatz für die Abberufenen zu beschaffen. Da sei darauf hingewiesen, dass der Deutsche Apotheker-Verein in seinen Vertreternachweisen eine Einrichtung besitzt, welche jetzt in der Zeit der Not soweit wie möglich Hilfe leisten kann. Wir bitten alle Kollegen, die bereit sind, Vertretungen zu übernehmen, sich sofort den Leitern der Nachweise, deren Verzeichnis in dieser Nummer der ‚Apotheker-Zeitung‘ wieder veröffentlicht wird, zur Verfügung zu stellen, und fordern die Kreisvorsteher auf, in denjenigen Kreisen solche Nachweise einzurichten, wo sie noch fehlen. Auf diesem Wege werden wir dazu beitragen können, dass die Arzneiversorgung des Volkes und die wirtschaftliche Lage der unmittelbar in Mitleidenschaft gezogenen Apotheker möglichst wenig leidet.“¹

Von Regierungsseite aus begegnete man der Verknappung approbierter Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker durch Einführung einer Notprüfung, die binnen von zwei Tagen abgeleistet werden konnte und deren Bestehen ein Interimszeugnis belegte. Weiterhin waren die zuständigen Landeszentralbehörden durch den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg ermächtigt, den Kandidaten der Pharmazie, die nach mindestens ausreichendem Examen mindestens ein Jahr in Apotheken lang gearbeitet hatten, den Rest der vorgeschriebenen praktischen Betätigung zu erlassen und die Approbation zu erteilen.

Bereits 1914 kam es durch Import- und Verteilerschwierigkeiten zu Störungen in der Versorgung der Apotheken mit Arzneimitteln und Verbandstoffen. Die Großhandlungen, deren Belieferung selbst mit einheimischen Gütern schon in den ersten Tagen nach der Mobilmachung nahezu zum Erliegen gekommen war, standen einer gesteigerten Nachfrage seitens der Apotheker gegenüber, die das preußische Innenministerium zu vermehrter Lagerhaltung aufgefordert hatte. Als Folge des Warenmangels erhöhten einige Fabrikanten die Einkaufspreise und verlangten gleichzeitig von den Großhandlungen Barzahlung, wodurch diese gezwungen wurden, gegenüber den Apothekern nun ihrerseits entsprechend aufzutreten. Um diese Verkettung wirtschaftslähmenden Geschäftsgebarens zu unterbrechen, bat der Vorstand des DAV die Hersteller, mit Rücksicht auf die Gesamtlage von – nicht unbedingt erforderlichen – Preiserhöhungen abzusehen und den Großhandlungen den bisher gewährten Kredit nicht zu entziehen, damit diese den Apotheken ebenfalls die üblichen Vergünstigungen einräumen konnten. Salzmann schaffte es, Industrielle, Großhandlungen und Apotheken zu mäßigen, so dass die Preise nahezu stabil blieben und somit die Arzneiversorgung von Bevölkerung und Heer zunächst ausreichend war. Dennoch ging der Umsatz der Apotheken ab dem Jahr 1915 spürbar zurück. Außerdem zog die Regierung nun auch den ungedienten Landsturm ein, d.h. zahlreiche Apothekenleiter und Mitarbeiter wurden einberufen und fehlten im Betrieb. Bisweilen erhielten Apotheker durch Vermittlung des DAV ein Unabkömmlichkeitszeugnis, so dass sie zunächst weiterarbeiten konnten; als man jedoch auch die älteren Landsturmjahrgänge zu den Waffen rief, mussten nicht wenige Apotheken mangels Personal sogar schließen. Die Arzneimittelsversorgung der Bevölkerung lag mancherorts danieder, zumal nicht nur Medikamente – verstärkt durch den Boykott ausländischer Firmen – fehlten, sondern auch die Arzneimittelsicherheit durch die Arbeitsüberlastung der wenigen restlichen Mitarbeiter in Gefahr geriet. Salzmann und die anderen Vorstandsmitglieder sahen sich daher veranlasst, am 8. Mai 1915 die erste einer Reihe von gleichlautenden Eingaben an sämtliche Bundesregierungen und nachfolgend an das

¹ AZ 29 (1914), 717.

Innen- und Kriegsministerium zu richten, um Unabkömmlichkeitszeugnisse für das noch verbliebene Apothekenpersonal zu erwirken (GStaPK 43). Preußen und Baden kamen der Bitte um vorläufige Zurückstellung der landsturmpflichtigen Gehilfen nach, Sachsen versprach eine sorgfältige Prüfung der Einzelfälle und Württemberg kommandierte verwundete Pharmazeuten für die Verwaltung verwaister Zivilapotheken ab, wohingegen Hessen bereits pensionierte Apotheker erneut verpflichtete. In dieser Situation spiegelte Salzmanns Eröffnungsrede zur 43. Hauptversammlung am 15. September 1915 in Berlin vor allem Trauer wider:

„Meine Herren, seitdem wir uns das letzte Mal vor zwei Jahren in Kiel zu unserer 42. Hauptversammlung vereinigt haben, sind Ereignisse über unser Vaterland gekommen, wie sie die Geschichte der Menschheit noch nicht gekannt hat. Beinahe die ganze Welt hat sich gegen uns und unsere Verbündeten erhoben, und nicht mehr und nicht weniger als die Zertrümmerung des Deutschen Reiches war eins der Hauptziele unserer Feinde. Es ist anders gekommen. Wir sind Zeugen geworden einer hinreißenden, alles einigenden Begeisterung, gigantischer Anstrengungen und Kämpfe, überwältigender Erfolge und Siege. Heute sind wir noch nicht am Ende, und niemand weiß, wann wir am Ende sein werden. Aber wir alle wohl, die wir hier sind, sind überzeugt, daß das Ende für uns ein glorreiches sein wird. Nicht ohne schmerzliche und gewaltige Opfer hat dies alles errungen werden können. Ein Meer von Blut und Tränen ist über alle kriegführenden Völker gekommen, und mit Trauer und Wehmut gedenken wir aller der Menschenleben, die in der Blüte der Jugend oder in der Vollkraft ihrer Jahre vernichtet worden sind, damit das Deutsche Reich leben und blühen kann. Auch aus den Häusern der Apotheker sind viele hinausgezogen, die nicht zurückkehren. Kinder weinen um ihre Väter, und Eltern trauern stumm um das Liebste, was sie in ihren Söhnen verloren haben. Und wenn wir vor Beginn unserer Verhandlungen der Toten gedenken, wie wir das gewöhnt sind, so meinen wir nicht nur diejenigen Mitglieder unseres Vereins, die wir seit der letzten Versammlung verloren haben, sondern wir wollen in diesem Jahre auch denjenigen, die während ihres Lebens in der Apotheke ihre Berufsstätte oder ihr Vaterhaus liebten, Dank und Verehrung, ihren Hinterbliebenen Teilnahme an ihrem Schmerz zum Ausdruck bringen.“¹

Bis Ende 1915 musste man bereits den Verlust so vieler Mitarbeiter aus Apotheken beklagen, dass die Arzneimittelversorgung der Bevölkerung nahezu zusammenbrach. Der Vorstand des DAV richtete daher erneut am 5. Januar 1916 an das Kriegsministerium und an sämtliche deutschen Innenministerien die Bitte um Zurückstellung der bis dahin noch nicht eingezogenen Apotheker. Diese Eingabe war indes ein weiteres Mal erfolglos, da eine Befreiung kriegsverwendungsfähiger Apotheker im Allgemeinen nicht gewährt wurde; lediglich versehrte Pharmazeuten konnten vakante Stellen übernehmen.

An eine Hauptversammlung war in diesem Jahr jedenfalls nicht zu denken. Gleichwohl legte Salzmann auch während des Krieges seine Geschäftsberichte vor, in denen er die Situation des Staates und die Lage der Apotheker zusammenfasste und neben der Tapferkeit des Heeres, dem Funktionieren der Wirtschaft und dem Durchhaltevermögen der Menschen nicht zuletzt das Wirken des DAV herausstrich:

„Vor einigen Wochen schloß das dritte Jahr des Weltkrieges [...]. Mit der Länge des Krieges wurde naturgemäß auch der Druck seiner Wirkung auf den Apothekenbetrieb immer stärker fühlbar. Das trat vor allen Dingen in den Personalschwierigkeiten zutage. Die fortdauernden Einziehungen haben den verfügbaren Stand des Personals auf das Mindestmaß herabgedrückt, das die Aufrechterhaltung gerade noch ermöglicht. War doch bereits 1915 in Preußen nach amtlicher Statistik der Stand des Personals unter die Hälfte des Friedensstandes herabgedrückt. Den Bemühungen des Vorstandes ist es jedoch gelungen, die Schwierigkeiten soweit abzumildern, wie es möglich war. In gleichem Maße wurde die Warenbeschaffung in

¹ AZ 30 (1915), 521.

der Berichtszeit immer schwieriger, weil es galt, bei der Uebernahme immer zahlreicherer Warengattungen in die öffentliche Bewirtschaftung rechtzeitig dafür zu sorgen, daß die besonderen Verhältnisse des Apothekenbetriebes berücksichtigt würden. Der Vorstand ist auf diesem Gebiete in umfangreichstem Maße tätig gewesen, so hinsichtlich der Beschaffung von Spiritus, Zucker, Nahrungsmittel, Süßstoff, Fetten und Ölen, Korken, Fruchtsäften, Milchzucker, Kognak usw. Im ganzen ist es gelungen, die berechtigten Interessen der Apotheken zu wahren und wenigstens die größten Schwierigkeiten zu beseitigen; so gelang es auch u.a. die Bahnbeförderung von Arzneimitteln sicherzustellen. Die Frage der Höchstpreise und der übermäßigen Preissteigerungen beschäftigte den Vorstand gleichfalls lebhaft [...]. Schließlich trat der Vorstand auch für eine genügende Versorgung der Apotheken mit Kohlen ein.“¹

Hatte sich Salzmann schon vor dem Ersten Weltkrieg für die Interessen der Apotheker mit ganzer Kraft eingesetzt, so erfuhr sein diesbezügliches Engagement während jener Schreckenszeit sogar noch eine Steigerung: beispielsweise, indem der DAV unter seinem Vorsitz zu Kriegsspenden aus den eigenen Reihen aufrief, die für geflohene Kollegen Ostpreußens, für Familien kämpfender Pharmazeuten, für Hinterbliebene von Apothekern, für Frauen, deren Männer oder Verwalter eingezogen waren und für verarmte Apothekenbesitzer verwendet werden sollten; außerdem sammelte der Verein für erblindete Kriegsteilnehmer Geld und stellte neben der zusammengetragenen Summe von 35.750,- Mark ab 1916 auch selbst Mittel zur Verfügung (GSTA PK 3).

Obwohl die Amtsperioden von Salzmann und seinem Stellvertreter Emil Vogt Ende 1916 abgelaufen waren, versahen sie – die Zustimmung der Vereinsangehörigen vorausgesetzt – ihre Aufgaben weiter. Als indes zum folgenden Jahresende die Vorstandsmitglieder Bedall und Richard Hoffmann ebenfalls neu zu bestätigen waren und außerdem ein Ersatz für den verstorbenen Ernst Schniewind gefunden werden musste, forderte Salzmann die Kreisvorsteher auf, wenn irgend möglich, Sitzungen zu veranstalten und die entsprechenden Wahlen vorzunehmen. Von den 80 Vereinskreisen hielt jedoch noch nicht einmal die Hälfte Zusammenkünfte ab, wie der überwiegende Teil auch die an sich obligate Durchführung einer Hauptversammlung 1917 ablehnte und stattdessen den bewährten Vorstand formlos bestätigte.² So fand die nächste Hauptversammlung erst am 21. und 22. August 1918 statt, und zwar im Vereinshaus Deutscher Apotheker in Berlin, von wo aus der DAV dem Kaiser ein Telegramm sandte, um ihm seine Loyalität zu bezeugen (GSTA PK 1). Neben den dringend notwendigen Wahlen ermöglichte das Treffen in der Levetzowstraße aber vor allem wieder den unentbehrlichen Meinungsaustausch, zumal der Vorstand in den letzten drei Jahren seine Entscheidungen sozusagen im Alleingang hatte treffen müssen. Dabei waren Salzmanns unermüdliche Anstrengungen hauptsächlich darauf ausgerichtet gewesen, die Arzneimittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen sowie die Not seiner Kollegen zu lindern. Bereits 1915 befassten sich 14 von 16 Anträgen mit der prekären Situation von Volk und Stand und 1916 beinhalteten 37 der 39 von Salzmann eingereichten Papiere die verschiedensten Vorschläge, um an die Allgemeinheit hinreichend Medikamente abgeben zu können. Auch die meisten seiner 51 bzw. 54 Eingaben aus den Jahren 1917 und 1918 lassen vornehmlich die Absicht erkennen, Elend mildern zu wollen. Demgegenüber war die Regelung des Apothekenwesens – ein Problem, dem Salzmann als seinem Hauptarbeitsgebiet vor dem Krieg noch 1914 immerhin 15 seiner 23 Schreiben an die verschiedenen Regierungen gewidmet hatte – verständlicherweise mehr und mehr in den Hintergrund getreten und sollte erst wieder nach dem Krieg an Brisanz gewinnen.

Im Jahr 1919 übernahmen bekanntlich die Sozialdemokraten die Regierungsverantwortung. Es war dem Vorstand des DAV klar, dass man demzufolge mit einer Sozialisierungspolitik zu

¹ AZ 32 (1917), 443.

² Vgl. AZ 32 (1917), 450.

rechnen hatte, weshalb es galt, den Stand für die zweifellos bevorstehenden Kämpfe so eng wie möglich zusammenzuschließen. Daher traten die Vorstände des DAV mit dem Wirtschaftsverband – den Arbeitgeberrepräsentanten – und dem Verband deutscher Apotheker – den Vertretern der Angestellten – zu einer Beratung zusammen, deren Ergebnis der einmütige Entschluss war, tatkräftigen Widerstand gegen jede Art von Vergesellschaftung des Apothekenwesens zu leisten.

Hatte vor dem Krieg die Frage finanziellen Ablösung bestehender Vermögensstrukturen zu zielbehindernden Querelen zwischen Staat und Apothekern geführt, so waren die nun drohenden Umgestaltungen imstande, einen noch radikaleren Wechsel der Besitzverhältnisse nach sich zu ziehen. Folgerichtig setzte der DAV die Regelung des Apothekenwesens in vollem Umfang wieder als Diskussionspunkt auf die Tagesordnung der 45. Hauptversammlung am 28. und 29. August 1919 in Berlin. Man focht nicht mehr darum, die bestehende Gesetzgebung nun allerdings reichseinheitlich und gerecht zu modifizieren, sondern versuchte, seine Pfründe vor den Konsequenzen einer möglichen Systemänderung, sprich: Enteignung, zu schützen. Die Delegierten forderten daher, bei der gewünschten Neugestaltung von einer Vergesellschaftung der Apotheken unbedingt abzusehen, und vielmehr die privatwirtschaftlichen Charakter des Apothekenbetriebes in Form der ausgebauten Personalkonzession mit Hinterbliebenen-Versorgung und wirtschaftlicher Sicherung aller Berufsangehörigen durch Reichsgesetz festzulegen sowie zugleich die Inhaber aller bisher veräußerlichen, bei dem Übergang zum System der rein persönlichen Betriebsrechte voll zu entschädigen – gegebenenfalls unter Zuhilfenahme eines Ablösungsverfahrens, das der Stand, wenn nötig, auch ohne direkte finanzielle staatliche Hilfe durchzuführen bereit war. Die auf sozialdemokratischer Seite bestehenden Pläne kamen zwar in der Hauptsache deshalb nicht zur Ausführung, weil die Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 eine Mehrheit der bürgerlichen Parteien brachten; gleichwohl wurde rasch bekannt, dass die ‚Sozialisierungskommission‘ sich auch mit den Apotheken beschäftigen wolle. Daraufhin meldete sich Salzmann mit einem Artikel: „Ist die Apotheke reif zur Verstaatlichung oder Kommunalisierung?“ zu Wort und beantwortete die Frage mit einem entschiedenen „Nein“, denn: „Staatsbürger, Arzneiverbraucher und Apotheker, gleichgültig ob sie Besitzer oder Nichtbesitzer sind, haben ein gemeinsames Interesse daran, den Privatbetrieb für die Apotheke zu erhalten, und deswegen sollte man unseren Gegnern keine Nahrung durch Veröffentlichung mehr oder weniger unreifer Reformpläne geben, sondern auch in der Pharmazie bemüht sein, das von unseren bewährten Einrichtungen des alten Reiches noch zu erhalten, was noch zu retten ist.“¹ Auch wenn die Sozialisierungskommission selbst schon bald ihr Amt niederlegte, zeigte die Annahme des ‚Sozialisierungsgesetzes‘ durch die Weimarer Nationalversammlung im März 1919, wie nötig Einigkeit im Kampf gegen die Vergesellschaftung war. Diese legislative Vorgabe eröffnete nämlich den sozialistischen Plänen aufs Neue alle Wege, wiewohl man in § 2 die Entschädigungspflicht ausdrücklich festgelegt hatte: Sollten demnach die Betriebsrechte entzogen, die Apotheken enteignet und verstaatlicht werden, so garantierte dieser Passus den Besitzern einen monetären Ersatz.

Salzmann hatte auch dieses Mal bereits im Vorfeld einen Kompromiss ausgearbeitet, der im Falle der gefürchteten Entwicklung hin zur Staatsapothekens wenigstens eine Hinterbliebenen-Versorgung und einen finanziellen Ausgleich der veräußerlichen Betriebsrechte sowie – als Wichtigstes – Einheitlichkeit für das gesamte Reich zu erzielen suchte. Außerdem lud Salzmann als Vorstandsvorsitzender des DAV den Wirtschaftsverein, den Verband deutscher Apotheker, den Preußischen Apothekerkammerrat und die Apothekerkammer von Unterfranken zu einer gemeinsamen Besprechung am 26. und 27. März 1919 nach Würzburg ein. Diese Konferenz brachte die sog. Würzburger Beschlüsse hervor, die am 17. September

¹ AZ 34 (1919), 39 f., 43 f.

1919 dem Reichsministerium des Inneren überreicht wurden und besonders betonten, dass bei einer Neuregelung unter allen Umständen ein obligatorisches Einheitssystem für das ganze Reich geschaffen werden müsste und dass die einzelnen Regierungen die Abänderung ihrer Landesgesetze verschieben sollten, bis die reichsgesetzliche Regelung erfolgt sei. Das Ministerium befürwortete den Antrag und bat in einem Rundschreiben alle Regierungen, eine reichsstaatliche der landesgesetzlichen Neuordnung vorzuziehen, worauf Preußen und Sachsen noch im gleichen Monat eingingen, wohingegen Baden und Braunschweig wie der Senat von Hamburg weiterhin eine Vergesellschaftung der Apotheken für erstrebenswert erachteten. So trugen denn auch die Kontroversen zwischen den einzelnen Landesregierungen und den unter sich uneinigen Apothekern dazu bei, dass die Schaffung eines Reichsapothekengesetzes immer wieder in die Zukunft gerückt wurde.

Nicht lange nach der 45. Hauptversammlung 1919 in Berlin begann eine neu berufene Sachverständigenkommission, sich um die Frage der Ablösung zu kümmern. Am 1. Juni 1920 forderte sie als Resultat ihrer Beratungen von der Regierung eine Reform und Entschuldung zur Sicherung des Apothekenwesens. Als erstes sollte gemäß einem amtlichen Schlüssel der Geschäftswert der einzelnen Apotheke ermittelt werden, so dass die übertragbaren Betriebsrechte beziffert werden konnten. Dieser Betrag sollte dann im Zeitraum von 40 Jahren gänzlich abgelöst bzw. entschuldet, d.h. auf null getilgt werden. Dingliche oder durch Landesgesetzgebung gleichgestellte Ansprüche durften in dieser Phase höchstens zu dem Schlüsselwert vertrieben werden, hingegen wurden alle anderen veräußerlichen Rechte sofort unverkäuflich. Binnen dieser Frist zahlten alle Apotheken eine Geschäftsabgabe, die sog. Berufssteuer, in Höhe von 1.5 Prozent des Warenumsatzes, wobei das Geld der Inhaber ablösungs- oder entschuldungsberechtigter Apotheken in den diesbezüglichen Fond ungeteilt fließen und die Zahlungen der Personalkonzessionäre indes ausschließlich zur Versorgung der Hinterbliebenen aller Standesangehörigen dienen sollten. Die Personalkonzession war folglich akzeptiert, mehr noch: anlässlich der 47. Hauptversammlung 1921 in Bad Elster wünschte man ausdrücklich dieses System und verfasste eine dahingehende Denkschrift, in der es heißt: „Durch ein Reichsgesetz wird als einheitliches System der Apothekenkonzession die Personalkonzession eingeführt. Die Konzession soll rein persönlich sein und mit dem Tode oder Rücktritt des Inhabers erlöschen; die Hinterbliebenen sind über die Berufssteuer zu versorgen. Über die Neueinrichtung von Apotheken und die Vergebung von Konzessionen wird in einem öffentlich-rechtlichen Verfahren entschieden. Die bisher übertragbaren oder als übertragbar behandelten Betriebsrechte bleiben dies zunächst zu einem Abschätzungswerte, verlieren diesen Charakter jedoch nach Ablauf einer bestimmten Frist. Sie sind bis dahin abzulösen oder zu entschulden. Die Ablösung oder Entschuldung erfolgt auf dem Weg der Landesgesetzgebung.“¹ Demnach war der Vorstand des DAV einverstanden, die staatlichen Vorschläge zur Neugestaltung des Apothekenwesens in drei weiteren Punkten zu übernehmen: Die Spanne von 40 Jahren wurde durch einen unbestimmten Zeitraum ersetzt; Art und Weise der Ablösung sollte Ländersache bleiben, was freilich Salzmanns Maxime von der Reichseinheitlichkeit zuwiderlief; obendrein waren die Apotheker bereit, den Finanzausgleich über eine eigene Berufssteuer zu bewerkstelligen, mit anderen Worten: Von all den Forderungen, wie sie vor dem Ersten Weltkrieg so heftig von der Standesvertretung verfochten und so vortrefflich in der Immediateingabe an den Kaiser zusammengefasst worden waren, blieb nach dem Krieg lediglich der Anspruch auf Versorgung der Nachkommen übrig. Die politischen Veränderungen erzwangen allerdings dieses Opfer, wollte man nicht auch noch den privatwirtschaftlichen Charakter des Apothekenbetriebes opfern, eine Gefahr, über die Salzmann schrieb: „Wie berechtigt die Erwartung gewesen ist, daß der Apothekerstand sich gegen sozialistische Angriffe auch fernerhin zur Wehr würde

¹ AZ 36 (1921), 347.

setzen müssen, zeigten die im Laufe des Sommers von seiten der mehrheitssozialistischen Fraktion im preußischen Landtag eingebrachten Anträge, welche die Zulassung der Errichtung von Gemeinde- und Krankenkassen-Apotheken sowie die Erlaubnis zur Selbstabgabe von Arzneimitteln für die Krankenkassen fordern. Die Kassenverbände ihrerseits gehen noch weiter. Die Versammlung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen verlangte von der Gesetzgebung die Freigabe der gesamten Apotheken-Handverkaufsmittel für die Abgabestellen der Krankenkassen, usw. Beide werden noch übertrumpft von den Kommunisten im preußischen Landtage, welche die ausnahmslose Vergesellschaftung des gesamten Gesundheitswesens beantragen.“¹

Wider den Beschluss von Bad Elster hinsichtlich der Selbstablösung entwickelte sich indes eine Gegenbewegung, die von dem ‚Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen deutscher Apotheker‘, dem ‚Schutzverband bayerischer Realrechtsinhaber‘ und dem ‚Schutzverband bayerischer Konzessionsinhaber‘ ausging. Diese Organisationen versandten Anfang November 1921 an alle deutschen Apothekenleiter ein Rundschreiben, in dem sie zu einer Abstimmung ‚für oder gegen Selbstablösung‘ aufforderten. Das Ergebnis war, dass sich die übergroße Mehrheit dagegen aussprach, womit man sich zunächst auf einer Sitzung der ‚Arbeitsgemeinschaft deutscher Apotheker‘ am 15. November 1921 in der Hauptstadt auseinandersetzte. Der Vorstand des DAV hielt es aber für sein Recht und seine Pflicht, den ihm von der Hauptversammlung zweimal – wenn auch in modifizierter Form – erteilten Auftrag auszuführen und überreichte am 21. November die in Bad Elster als Entwurf vorgelegte Denkschrift gemeinsam mit dem Vorstand des ‚Verbandes Deutscher Apotheker‘ dem Reichsministerium des Inneren. Gleichzeitig berief Salzmann – um völlige Klarheit zu schaffen und festzustellen, ob er noch die Mehrheit der Vereinsmitglieder hinter sich hatte – auf den 15. Dezember eine außerordentliche Hauptversammlung nach Berlin ein. Bei dieser Zusammenkunft wurde nach einer lebhaften, zum Teil scharfen Auseinandersetzung ein Antrag abgelehnt, der dem Vorstand die Ausführung des Beschlusses von Bad Elster absprechen sowie die Ablösung und Entschuldung ausschalten wollte, hingegen die Aufstellung eines neuen Reformplanes aufgrund der Veräußerlichkeit und eine Festlegung der Verkaufswerte derselben verlangte. Salzmann konnte die meisten Delegierten hinter sich einen und die Hauptversammlung stimmte darin überein, dass der Vorstand nur von seinem satzungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht hatte: Vertrat die Mehrheit doch nach wie vor die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung des Apothekenwesens, wobei freilich die besonderen Schwierigkeiten der besetzten Gebiete zu berücksichtigen waren. Das zu schaffende Apothekengesetz musste sowohl eine bestmögliche Arzneiversorgung der Bevölkerung als auch ein standesgemäßes Einkommen aller garantieren, eine ausreichende Hinterbliebenenversorgung gewährleisten sowie das Verhältnis zu den Krankenkassen regeln und vor allem den geschützten Rang der Apotheke erhalten. Dieser Beschluss wurde am Ende Dezember 1921 dem Reichsinnenministerium überreicht. Im Februar 1922 legten daraufhin die Verbände, die gegen den in der Denkschrift formulierten Reformplan waren, nun ihrerseits ein Memorandum vor, das stattdessen die Beibehaltung des gemischten Systems mit obligatorisch amtlicher Überwachung der Verkaufspreise sowie eine Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung für besitzende und angestellte Apotheker mit Hilfe einer Berufssteuer vorschlugen.

Diese Entwicklung konnte nicht ohne Wirkung auf die Gruppierungen im Stand bleiben: Der Vorstand des DAV war durch den Berliner Beschluss gebunden und musste das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den einzelnen Landesregierungen, eine etwaige Beratung eines Sachverständigenausschusses sowie die Entscheidung der nächsten Hauptversammlung abwarten; der Vorstand des ‚Verbandes deutscher Apotheker‘ hingegen betrachtete die

¹ AZ 36 (1921), 347.

Einigkeit durch die Widersacher der Kompromissprogramme als zerstört. Beide Seiten gaben sich 1922 daher die Freiheit des Handelns in der Gewerbebefragung zurück, womit die Arbeitsgemeinschaft aller Standesteile beendet war. In dieser Situation drängte Salzmann die Apotheker, sich endlich auf eine gemeinsame definitive Gesetzesformulierung zu einigen, da nämlich auch die ‚Einführung der beschränkten Niederlassungsfreiheit‘ zur Debatte stand.

So kam es 1922 auf der Hauptversammlung in Bad Homburg in der Tat zu folgendem Beschluss: „Der Deutsche Apotheker-Verein begrüßt trotz der traurigen und unübersehbaren Entwicklung der deutschen Wirtschaft die Absicht der Reichsregierung, ein Reichsapothekengesetz in Vorlage zu bringen. Er ist bereit, diese Absicht zu fördern und die Durchführung des Konzessionssystems hinzunehmen, wenn die volle Entschädigung der auf den Apotheken ruhenden Werte durch Reich oder Staat gewährleistet wird. Der Deutsche Apotheker-Verein kann sich aber der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Durchführung der Personalkonzession heute größeren Schwierigkeiten als je begegnen, und daß infolgedessen auch dieser Versuch scheitern wird. Die Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins ist der Ueberzeugung, daß dann für die endgültige Regelung des Apothekenwesens nur die Einführung der beschränkten Niederlassungsfreiheit in Frage kommen kann. Hierbei muß aber der besonderen und vornehmsten Aufgabe der Apotheke, eine geordnete und zuverlässige Arzneiversorgung zu verbürgen, Rechnung getragen werden. Dies kann nur durch eine zweckmäßige Verteilung der Apotheken über Stadt und Land und durch möglichste Sicherung des Nahrungsstandes der Einzelbetriebe geschehen.“¹

Man sah die beschränkte Niederlassungsfreiheit also nicht mehr wie vordem als unannehmbar an, wobei die Gegner des Bad Homburger Beschlusses allerdings versuchten, diesen Sachverhalt so darzustellen, als ob der DAV von sich aus die Einführung dieses Systems der beschränkten Niederlassungsfreiheit betrieben hätte. Salzmann sah sich deshalb zu einer entsprechenden Reaktion genötigt: „Der Vorstand ist der Meinung, daß jede programmatische Festlegung auf ein bestimmtes Gewerbesystem und eine dringende Forderung nach diesbezüglicher gesetzlicher Festlegung den Apothekerstand auseinanderreißt und die Uneinigkeit auch in die Reihen des Deutschen Apotheker-Vereins hineinträgt.“²

Auf der 49. Hauptversammlung 1923 in Bayreuth wurde die reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens dann nicht weiter diskutiert, weil die damalige wirtschaftliche Situation Deutschlands derart bedrückend war, dass die Gewerbebefragung hinter den täglich zu bewältigenden Problemen zurückstehen musste. Von allen Geschäften litten besonders die Apotheken, da die bindende staatliche Arzneitaxe und die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Lieferung an die Krankenkassen sie drastisch einengten. Demzufolge war der Vorstand des DAV, der „von Monat zu Monat, dann von Woche zu Woche, schließlich fast von Tag zu Tag um die Erhaltung des wirtschaftlichen Bestehens der Apotheken kämpfte“³ arbeitsmäßig so sehr überlastet, dass eine weitere Behandlung des Themas ‚Apothekenwesen‘ unterbleiben musste.

Am 13. Oktober 1923 wurde die Rentenmark als Hilfswährung eingeführt und damit die Papiermark im Verhältnis 1:1 Billion abgewertet. Dieser Stabilisationsversuch erzielte allerdings nicht die erhoffte Wirkung, so dass das Land auch noch im folgenden Jahr gebeutelt wurde. Obwohl Salzmann keine Chance sah, in dieser allgemein prekären Situation von der Regierung eine Gesetzgebung in Sachen Apothekenwesen erwarten zu können, war er andererseits auch nicht bereit, dieses Ziel in weite Ferne rücken zu lassen; vielmehr erinnerte der DAV-Vorstand am 20. Oktober 1924 die Regierungen in einer Denkschrift über eine baldige Inangriffnahme der Regelung des Verkehrs mit Arzneimitteln zugleich an die Dringlichkeit des noch immer ausstehenden Gesetzes. In der Tat schaffte es der damalige

¹ AZ 38 (1923), 113.

² AZ 40 (1925), 903.

³ AZ 38 (1923), 113.

Stellvertreter Salzmanns, Medizinalrat Georg Sparrer in seiner Eigenschaft als Abgeordneter im Reichstag, einen entsprechenden Antrag vorzulegen und eine diesbezügliche Sachverständigenkommission in das Innenministerium einzuberufen.

Am 20. Juni 1925 verlieh somit der Präsident des Reichsgesundheitsamts, Franz Bumm, seiner Hoffnung Ausdruck, das Apothekengesetz unter Dach und Fach zu bringen. Salzmann ermutigte diesen Schritt nach vorne so sehr, dass er den Standpunkt des DAV in dieser Sache nochmals programmatisch formulierte: „Es wird eine endgültige positive Stellungnahme der Hauptversammlung unumgänglich, da damit zu rechnen ist, daß es diesmal zu einer reichsgesetzlichen Regelung kommen wird, die ja auch in den Wünschen des gesamten Standes liegt. Der Vereinsvorstand hat am 8. und 9. Juli in Eisenach eingehend die Lage beraten. Er hält für am meisten erstrebenswert ein System, welches das freie Verfügungsrecht des Apothekers über sein Besitztum in einer den Interessen der Allgemeinheit und des Standes gerecht werdenden Form sichert, zum mindesten für alle Apotheken, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkte als übertragbar behandelt worden sind. Im letzteren Falle würde die Personalkonzession unter allen Umständen so auszubauen sein, daß ihre Härten soweit wie möglich gemindert werden. In letzterer Beziehung kommt wohl mit in erster Reihe eine Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenen Versicherung in Frage.“¹

Dieser Erklärung stimmte die 51. Hauptversammlung in Stuttgart einstimmig zu, wodurch sie einerseits zwar den Verlust der auf den Betriebsrechten ruhenden Werte akzeptierte, andererseits aber nicht von der Befugnis auf Veräußerlichkeit der gegenwärtig noch als übertragbar zu behandelnden Apotheken abrückte, wobei eine behördliche Überwachung der Apothekenverkäufe zur Verhinderung ungesunder Preise sogar begrüßt wurde. Neugründungen sollten nur noch mit einer personengebundenen Erlaubnis ausgestattet werden; man strebte also ein ‚gemischtes System‘ an, wobei weiterhin den in der Ausbildung zum Apothekerberuf befindlichen Erben und der Witwe ein temporäres Fortführungsrecht – d. h. Weiterverleihung der Konzession – eingeräumt bekommen sollte. Ebenfalls zu ihrer Existenzsicherung verlangten die Delegierten die Möglichkeit einer Verpachtung für alle Apotheken und die Einführung des öffentlich-rechtlichen Verfahrens bei der Verleihung von Konzessionen.² Im Reichsministerium begannen zugleich Sitzungen der sog. Kleinen Kommission, der ein Vertreter des Innenministeriums, zwei Unterhändler des preußischen Wohlfahrtsministeriums sowie Salzmann, Erich Peiser und Sparrer angehörten. Die Verhandlungen dienten dazu, die Beamten über die Forderungen und Wünsche der Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmerseite im Einzelnen zu unterrichten. Bereits im Sommer 1925 hatte die Reichsregierung erneut die Meinungen der Länder eingeholt, die – mit Ausnahme von Hessen – an der Gemeindeapotheke festhalten wollten, für die Einführung der Personalkonzession votierten, wogegen sich der DAV-Vorstand mit Hinweis auf die Beschlüsse der Stuttgarter Hauptversammlung und deren klare Erläuterungen ein weiteres Mal wehrte. Nach Meinung des Vorstandes stand fest, dass die Personalkonzession für eine wirkliche Reform am wenigsten geeignet war. Für den Fall jedoch, dass trotzdem dieses System von den Gesetzgebern gewählt werden sollte, wollte man dann wenigstens die ebenfalls in Stuttgart einstimmig angenommene Einverständniserklärung ‚Gemischtes System‘ gesetzlich verankert sehen.³ Die Fraktion der Kommunisten im Reichstag, welche die ‚Wucherwirtschaft‘ im Apothekenbetrieb anprangerten und zur nachhaltigen Eindämmung privatwirtschaftlicher Gewinnsucht Krankenkassen als Betreiber – befreit von der Umsatz- und Gewerbesteuer – ausriefen, fuhr Salzmann erfolgreich in die Bresche: Der Antrag der Linken wurde abgewiesen.⁴

¹ AZ 40 (1925), 903.

² Vgl. hierzu MENTRUP (1988), 185–190.

³ Vgl. AZ 40 (1925), 12.

⁴ AZ 41 (1926), 812.

Bis zur 52. Hauptversammlung 1926 waren keine Fortschritte zu verzeichnen, so dass man in Düsseldorf den Beschluss von Stuttgart lediglich bestätigte und diesen am 9. November dem Reichsinnenministerium und den zuständigen Landesbehörden überreichte.¹ Der Umsatz der Apotheken war zur Zeit der Inflation in der Tat bedeutend geringer als vor dem Ersten Weltkrieg, da die nun gültige Arzneitaxe ungünstiger und das Kaufverhalten der verarmten Bevölkerung mehr als zögerlich waren, die Betriebskosten samt Steuern hingegen unaufhaltsam kletterten, so dass der klägliche Gewinn bereits für die allgemeinen Bedürfnisse – auch ohne zusätzliche Betriebsabgabe – nicht mehr reichte, zumal die Lebensmittelpreise um 40 Prozent über dem Niveau von 1913 lagen.

1926 waren im Reichsministerium des Inneren die Vorarbeiten für das Apothekengesetz abgeschlossen worden, und es stand die Einberufung einer ‚Großen Kommission‘ aus Vertretern der Regierung und Sachverständigen zur weiteren Gestaltung bevor.²

Zwei Jahre später – am 31. März – wurden jedoch der Reichstag und der Preußische Landtag wegen Uneinigkeit in der Schulfrage aufgelöst, ohne dass der vorbereitete Entwurf eines Apothekengesetzes eingebracht worden wäre. In der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags am 13. Mai 1929 kündigte der Innenminister Carl Severing allerdings an, dass nach den Neuwahlen das Thema ‚Apothekenwesen‘ unaufschiebbar sei, so dass der Vorstand des DAV bald nach der Hauptversammlung in Heidelberg zu wissen hoffte, ob die Regierung die Personalkonzession oder die Niederlassungsfreiheit favorisiere, wobei Salzmann – wie zuvor – unablässig die Apotheker beschwor, Einmütigkeit zu demonstrieren und die Niederlassungsfreiheit nicht als Option in Betracht zu ziehen; gewannen doch ihre Befürworter immer mehr an Boden, so dass der Verein und dessen Wirtschaftsrat sich genötigt sahen, eine einstimmig angenommene Entschliebung gemäß Salzmanns Formulierung zu veröffentlichen:

„Vorstand und Wirtschaftsrat des Deutschen Apotheker-Vereins bedauern lebhaft, daß durch die Propagierung eines Systemwechsels im Zusammenhang mit dem in der Schwebe befindlichen Referentenentwurf eines Reichsapothekengesetzes eine tiefgehende Beunruhigung weiter Standeskreise eingetreten ist. Vorstand und Wirtschaftsrat mahnen dringend zur Besonnenheit und Einigkeit. Sie sind der Meinung, daß kein Grund zu einer Aenderung der Stellungnahme des Vereins vorliegt. Nach wie vor halten sie an der Überzeugung fest, daß im öffentlichen Interesse und im Interesse einer zuverlässigen Arzneiversorgung in Deutschland an der Konzessionspflicht des Gewerbes festgehalten werden muß. Aus diesem Grunde bekennen sie sich auch jetzt wieder zu den Stuttgarter Leitsätzen, weil diese allein die Möglichkeit geben, das Apothekenrecht in Reichsrecht überzuführen, ohne daß schwerste Erschütterungen des Besitzstandes der Apothekeninhaber als unmittelbare Folge eintreten. Vorstand und Wirtschaftsrat erkennen an, daß ein Reichsapothekengesetz auch Sicherungen für die pharmazeutische Angestelltenschaft hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und ihrer Selbstständigkeitsaussichten bringen soll. Der Deutsche Apotheker-Verein ist bereit, mit allen Standesgruppen Fühlung zu halten, um durch tunlichste Geschlossenheit des Berufes, möglichst großen Einfluß auf die künftige Gestaltung des deutschen Apothekenwesens zu gewinnen. Die Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins beauftragt deshalb den Vorstand, beim Reichsinnenminister vorstellig zu werden, daß baldmöglichst eine Sachverständigenkommission zur Beratung des Referentenentwurfes eines Reichsapothekengesetzes berufen wird.“³ Am 12. Oktober 1929 und nochmals zwei Monate später aus der Hand des ‚Verbands deutscher Apotheker‘ erhielt das Reichsinnenministerium das Memorandum; eine amtliche Stellungnahme der neuen Regierung unter Hermann Müller

¹ Vgl. AZ 41 (1926), 1303.

² AZ 42 (1927), 1275.

³ AZ 44 (1929), 1053.

blieb jedoch aus. Am 22. Mai 1930 gab die damalige große Koalition bekannt, den Referentenentwurf aus dem Jahr 1928 zugunsten eines sog. einheitlichen Apothekenbetriebsrechts – d. h. einer pars pro toto Variante – modifizieren zu wollen, wobei der Zeitpunkt der neu zu schaffenden Gesetzesvorlage aufgrund juristischer und finanzieller Schwierigkeiten ein weiteres Mal unbestimmt blieb.

Salzmann wandte sich daher am 17. Juni 1930 an den damaligen Reichsinnenminister Joseph Wirth mit der Bitte um Einberufung einer Sachverständigenkommission sowie um Gewährung einer persönlichen Aussprache. Am 25. Juni beantwortete der Minister Salzmanns Wünsche indes abschlägig, zumal es ihm ausschließlich um die Überleitung der vorhandenen Rechte in ein neues einheitliches Betriebsrecht – der Kleinstlösung und nicht um ein gesamtes Reichsapothekengesetz – ging. Bereits zwei Tage später konterte Salzmann:

„Der Deutsche Apotheker-Verein erhebt entschiedenen Widerspruch gegen die Absicht des Reichsministeriums des Innern, ein Reichsapothekengesetz vorzubereiten mit dem Ziele, die Privilegien und Realrechte zu beseitigen und die Verkäuflichkeit und Vererblichkeit aller bisher als übertragbar behandelten Apotheken grundsätzlich aufzuheben. Der Deutsche Apotheker-Verein wird sich gegen jede Form der Enteignung zur Wehr setzen und erwartet von den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie Plänen, deren Durchführung dem Wortlaute und Geiste der Reichsverfassung zuwiderlaufen würde, von vornherein ihre Zustimmung versagen [...]“¹ Salzmann kämpfte also einmal mehr um das wirtschaftliche Überleben seiner Kollegen, zumal er glaubte: „daß die Reichsregierung in absehbarer Zeit mit einem Gesetzentwurf hervortreten wird“, und dabei hoffte, dass sich „innerhalb des Standes selbst eine Einigung auf einer mittleren Linie erzielen lassen würde, welche die Bildung einer Einheitsfront und damit eine wirksame gemeinsame Vertretung der Standesinteressen in dieser Frage ermöglichte.“²

Er legte deshalb dem damit zu betrauenden Wirtschaftsrat und mit dessen Zustimmung den Gauen³ „Grundsätzliches über die gemeinsame Stellungnahme zu einem kommenden Reichsapothekengesetzentwurf“ vor. Neben dem Gesamtvorstand des DAV nahmen an dieser Sitzung Vertreter folgender Vereinigungen teil: Verband deutscher Apotheker, Schutzverband der Inhaber von Realrechten und Privilegien, Notgemeinschaft der Realkonzessionare, Verband der Besitzer unverkäuflicher Apotheken, Westdeutscher Apothekerbund, Schutzverband der bayerischen Konzessionsinhaber, Vereinigung bayerischer Konzessionsanwärter, Konzessionsanwärter-Verband Norddeutschlands, Verband der Personalkonzessionare Hamburgs. Eine Fortsetzung der Einigungsverhandlungen im folgenden Jahr kam indes nicht mehr zuwege, weil ein Gutachten ausstand, das die Kosten für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung sowie für eine zusätzliche Deckung zur Angestelltenversicherung beziffern sollte, wohingegen bereits klar war, dass für eine Witwen- und Waisenrente die Mittel ohnehin fehlten. Vielmehr stand die Sorge um die wirtschaftliche Zukunft im Vordergrund und ließ das Anliegen nach einem Reichsapothekengesetz zurücktreten, so dass auf der 58. Hauptversammlung in Swinemünde am 24. und 25. August 1932 auch nicht weiter über die Regelung des Apothekenwesens debattiert wurde.⁴ Mit dieser Zusammenkunft des DAV endete zugleich die Ära demokratisch abgehaltener Hauptversammlungen.

¹ AZ 45 (1930), 1122.

² AZ 46 (1931), 1067.

³ Das Vereinsgebiet ist in Gauen eingeteilt. Die Begrenzung entspringt der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit der Gebiete. Die Festsetzung der Gaugebiete erfolgt auf Antrag der beteiligten Vereinsmitglieder oder deren Bevollmächtigten durch den Vereinsvorstand (Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins vom 5. September 1907, § 38).

⁴ Das Apothekengesetz wurde erst am 29. Juni 1960 durch den Bundestag verabschiedet trat am 1. Oktober 1960 in Kraft.

3.4.3. Vor- und Ausbildung der Apotheker

Von Beginn seiner Tätigkeit als DAV-Vorsitzender an hat sich Salzmann auch intensiv der Frage einer angemessenen Apotheker-Ausbildung gewidmet, denn ihm war klar, dass nur eine entsprechende Qualifikation der Pharmazeuten Grundlage ihrer Erwerbsfähigkeit, ihres Ansehens und ihres Selbstverständnisses sein konnte. An der Berliner Universität hatten die Bemühungen des früheren Vorstands um die Verbesserung der Studienbedingungen insofern Erfolg, als sich 1895 die preußische Unterrichtsverwaltung entschloss, dort ein pharmazeutisches Institut zu erstellen. Mit dessen Leitung wurde der Privatdozent Hermann Thoms beauftragt, der erst im Jahr zuvor das Amt des Schriftleiters der Apotheker-Zeitung übernommen hatte und aufgrund seiner neuen Funktion die Redaktion des Standesorgans nun an Salzmann abgab. Kurze Zeit später verlangte der DAV eine weitere Änderung der Ausbildungsordnung für Pharmazeuten, deren Werdegang sich demnach in Abitur, anschließend zweijähriger Lehrzeit, Vorprüfung, einjährige Gehilfenzeit, sechssemestriges Universitätsstudium, Staatsprüfung und abschließend die Approbation gliederte; außerdem sollten zur selbstständigen Führung einer Apotheke nur diejenigen Apotheker berechtigt sein, die weitere drei Jahre in ihrem Beruf tätig gewesen waren.¹ Da jedoch die preußische Regierung den Bitten nicht nachkam, wiederholte 1902 der DAV unter der Leitung des eben neu gewählten Vorsitzenden Salzmann seine Forderungen auf der 31. Hauptversammlung in Koblenz, da er mit den Vorstellungen der Regierung – wie sie der Staatssekretär Arthur Graf von Posadowsky in der Reichstagssitzung am 30. Januar 1902 dargelegt hatte – nicht zufrieden war. Salzmann strebte als Voraussetzung für den Eintritt in die Apothekerlehre vielmehr das Abitur und nicht nur das Reifezeugnis für die Prima eines Gymnasiums oder Realgymnasiums an. Zum Ärgernis des Vorsitzenden sollte ferner die Dauer der Lehre beibehalten werden, da die Regierung lediglich die Gehilfenzeit vor dem viersemestrigen Universitätsstudium auf ein Jahr einzuschränken gedachte, dem dann zwei weitere Servierjahre folgen sollten. Trotz seiner Enttäuschung plädierte Salzmann indes dafür, sich zunächst mit dem erreichten Teilschritt zufrieden zu geben, denn:

„Diese Regelung entspricht zwar nicht den Forderungen, die von der Mehrheit des Standes und unseres Vereins seit Jahren vertreten worden sind, und die sich im wesentlichen auf das Reifezeugnis eines Gymnasiums oder Realgymnasiums und auf ein Universitätsstudium von 6 Halbjahren erstrecken. Der Vorstand ist indessen der Ansicht, dass der Stand der jetzt geplanten Regelung nicht entgegentreten, sich aber eine weitere Entwicklung im Sinne der oben aufgeführten Forderungen angelegen lassen soll. Insbesondere erachtet er es für geradezu schädlich, wenn jetzt noch Abänderungsvorschläge an die massgebenden Stellen gebracht werden, da die Prüfung einer jeden neuen Anregung eine weitere Verzögerung der so dringend notwendigen Lösung der Frage bedeutet. Der Stand muss, wenn er reale Politik treiben will, das jetzt Erreichbare nehmen und mit Zähigkeit und Nachdruck eine weitere Steigerung der Anforderungen im Sinne der oben erwähnten früheren Forderungen des Vereins, wie sie wiederholt und zuletzt im Jahr 1899 dem Reichsamte des Innern vorgetragen worden sind, anstreben.“²

Salzmann, der hier einmal mehr ein Gespür für das Machbare unter Beweis stellte, bat im August 1903 den Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow erneut, den Wünschen des Apothekerstandes bezüglich der Vor- und Ausbildung Folge zu leisten bzw. zumindest den Vorschlag des Grafen von Posadowsky umzusetzen. Im selben Monat verabschiedete die 32. Hauptversammlung in München einen gleichlautenden Antrag und betonte nochmals ihr mangelndes Verständnis für die unnötige Zeitverzögerung; ferner beauftragte sie den

¹ Vgl. AZ 18 (1901), 570.

² AZ 17 (1902), 577.

Vorstand ein weiteres Mal, in dieser Angelegenheit mit einer Eingabe beim Reichskanzler vorstellig zu werden, der Salzmann am 3. November nachkam.

Die neue Prüfungsordnung wurde am 1. Mai 1904 bekannt gegeben und am 18. des Monats in Kraft gesetzt. Sie erfüllte allerdings die vom DAV vertretenen Forderungen – insbesondere die Einführung des Maturitätsexamen – nicht, sondern legte lediglich die Primareife zuzüglich eines entsprechenden Nachweises über Lateinkenntnisse als notwendige Vorbedingung fest. Die Lehrzeit verkürzte sich nur für Abiturienten auf zwei Jahre, die übrigen Aspiranten mussten drei Jahre ableisten, doch war allen dank Salzmanns Beharrlichkeit das Einjährigfreiwilligen-Zeugnis als Voraussetzung für den Eintritt in den Apothekerberuf erlassen worden. Die Hauptversammlung in Hamburg 1904 bedauerte den abschlägigen Beschluss der Regierung bezüglich des Maturums sehr, wie man es als sicher ansah, dass in Zukunft die besseren Schüler ihr Abitur zur Ergreifung eines akademischen Berufs nutzen und nicht Pharmazie studieren würden und demzufolge ein Mangel an qualifizierten Apothekern und auch an Gehilfen zu erwarten stehe. Salzmann insistierte deshalb trotz der erzielten Verbesserungen weiterhin auf der Abänderung der Prüfungsordnung:

„Diese Neuregelung der Vor- und Ausbildungsfrage ist als ein vorläufiger Abschluß zu betrachten, der jedoch den deutschen Apothekerstand nicht befriedigen kann. Es muß daher auch [...] immer wieder die Forderung nach dem Reifezeugnis eines Gymnasiums, Realgymnasiums oder einer Oberrealschule [also einer nicht Latein vermittelnden höheren Lehranstalt] erhoben werden, umsomehr, als gerade die Einführung der Primareife eine Anzahl von Uebelständen im Gefolge haben wird und, wie man sagen darf, jetzt schon gehabt hat, die bei Einführung der Maturität voraussichtlich in Fortfall kommen werden. Veranlaßt durch die Vergünstigungen, welche die neue Prüfungsordnung denjenigen konditionierten Fachgenossen, die am 1. Oktober 1904 bereits ein Jahr ihrer Servierzeit absolviert hatten, bot, ist eine größere Anzahl von unexaminierten Assistenten zum Universitätsstudium gegangen und so dem praktischen Berufe entzogen worden, sodaß zur Zeit ein Mangel in dieser Personalkategorie zu herrschen scheint.“¹

Der Zugang zur Pharmazie war in der Tat rückläufig. Das Ausmaß sollte mittels einer landesweiten Erhebung über die Summe der im Jahr 1904 und im ersten Halbjahr 1905 eingetretenen Lehrlinge – der sog. Eleven – ermittelt werden, was aufgrund behördlicher Nachlässigkeit allerdings nicht exakt erfolgte. Der Rückgang der Eintritte vom Versetzungstermin Ostern 1905 im Vergleich zu Ostern 1904 betrug 75%. Diese Verminderung resultierte 1905 aus der Verlängerung der Schulbildung um ein Jahr bis zur Primareife, was den Ausfall einer ganzen Jahresklasse mit sich brachte. 1906 egalisierte sich die Zahl wieder, so dass sich der Ausfall an Eleven im Mai 1906 mit durchschnittlich 1898 Lehrlingen 1904 nur noch auf etwa 30% belief. Um jedem Ausbildungswilligen auch eine Lehrstelle in einer Apotheke anbieten zu können, wurde mit Ausnahme Bayerns, Hessens und Preußens in den anderen Bundesstaaten die Einhaltung des vorgeschriebenen Verhältnisses von Eleven zu Gehilfen dahingehend geändert, „daß jedem Apothekenvorstand die Haltung eines Lehrlings gestattet ist und Apotheker, welche ständig mehr als einen Gehilfen beschäftigen, befugt sind, gleichzeitig zwei Lehrlinge zu halten.“² Diese Gesetzesänderung begrüßte Salzmann zwar, bot ihm aber keinerlei Ersatz für die noch ausstehende gesetzliche Festlegung des Maturums. Das Abitur als Basis einer neuen Pharmazeutengeneration war nämlich auch deshalb für ihn zwingend notwendig, weil er seinen jungen Kollegen – wie bei den Absolventen der anderen Studiengänge üblich – eine anschließende Promotion im eigenen Fach ermöglichen und eine weiterführende Qualifikation zum Lebensmittelchemiker nicht an die Examensnote ‚sehr gut‘ gebunden sehen wollte.

¹ AZ 20 (1905), 660.

² AZ 20 (1905), 660.

1906 stellte sich der Personalmangel immer dramatischer dar, weshalb auf der 35. Hauptversammlung des DAV in Dortmund der Kreis Danzig den Antrag einbrachte, „daß so schnell wie möglich ein subalterner Pharmazeutenstand sowohl männlichen wie weiblichen Geschlechts mit geringerer Vorbildung geschaffen werde. Die von diesem Subalternpersonal in jeder Apotheke zuzulassende Anzahl möge sich nach der in denselben beschäftigten Apothekern höherer Ordnung, einschließlich des Apothekenvorstandes, richten.“¹ In der Tat lag der Gedanke nahe, den mangelnden Zugang zum Apothekerberuf durch vermehrte Heranziehung auch weiblicher Lehrlinge auszugleichen. Es stellte sich indes die Frage, „ob die Absolvierung der höheren Töchterschulen, ergänzt durch eine Sonderprüfung mindestens in Latein, den derzeitigen gesetzlichen Ansprüchen an die Vorbildung genügt, und zwar im Hinblick auf die Schwierigkeit, die zur Zeit junge Mädchen dadurch von der Wahl des Apothekerberufes zurückhält, daß Mädchengymnasium in Deutschland nur in verschwindender Anzahl vorhanden sind.“² Die Innenministerien Bayerns, Sachsens, Hessens und Württembergs gaben abschlägigen Bescheid, da die Lehrpläne höherer Töchterschulen den laut Prüfungsordnung für Apotheker vom 18. Mai 1904 erforderlichen wissenschaftlichen Vorbildungen nicht Rechenschaft trügen, so dass sich weitergehende Überlegungen erübrigten. Es mussten also andere Wege zum Ausgleich dieses Engpasses gesucht werden. Aus diesem Grund scheuten sich denn auch einige Delegierte nicht, die Notwendigkeit des Abiturs anzuzweifeln und den Vorschlag zur Diskussion zu stellen, Lateinkenntnisse nicht als Vorbedingung für die Zulassung eines Eleven zu fordern, sondern den entsprechenden Nachweis erst in der pharmazeutischen Vorprüfung erbringen zu lassen. Diese Gedanken erstickte Salzmann allerdings schon im Keim, so dass letztlich folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen wurde:

„Der Deutsche Apotheker-Verein verlangt das Reifezeugnis einer höheren neunklassigen Schule (Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule) als Vorbedingung für den Eintritt in die Pharmazie. Er hält es nicht für angebracht, diese Forderung bis zur Erledigung der Gewerbefrage zurückzustellen, sondern dahin zu streben, daß beides gleichzeitig geregelt werde. Die Oberrealschüler haben den Nachweis der notwendigen Kenntnisse im Lateinischen in der pharmazeutischen Vorprüfung zu erbringen, sofern dies nicht bereits vor dem Eintritt in den Beruf geschehen ist. Dieselbe Berechtigung soll während der Uebergangszeit bis zur Einführung des Reifezeugnisses als Voraussetzung für die Ergreifung des Apothekerberufs auch den mit dem Zeugnis für die Prima eintretenden Oberrealschülern zustehen. Ferner soll in gerechter Würdigung der besseren Vorbildung den Abiturienten eine Erhöhung ihrer Anciennität um zwei Jahre bei der Bewerbung um Verleihung von Apothekenkonzessionen zustehen: Die Anciennität ist gleichmäßig vom Bestehen der Vorprüfung an zu rechnen. Dagegen ist der Deutsche Apotheker-Verein gegen eine Aenderung der jetzigen Bestimmungen über die Zeit der praktischen Ausbildung. Ebenso lehnt er auch für jetzt die Schaffung eines untergeordneten Hilfspersonals ab.“³ Dieser Beschluss wurde dem Reichsinnenministerium sowie den Regierungen der Bundesstaaten überreicht, jedoch ohne Erfolg.

Von dieser Enttäuschung ließ sich Salzmann gleichwohl nicht entmutigen. Um dem bestehenden Personalmangel abzuhelpen, richtete er in der Geschäftsstelle des Vereins vielmehr einen Nachweis von Elevenstellen ein; im Frühjahr und Sommer 1907 schaltete er in 40 der meistgelesenen Tageszeitungen Anzeigen, um damit zukünftige Primaner bzw. Abiturienten und deren Eltern auf den Apothekerberuf aufmerksam zu machen. Es entstand eine Art Vermittlungsbörse: Auf der einen Seite erhielten Interessenten Informationen über

¹ AZ 21 (1906), 1014.

² AZ 20 (1905), 675.

³ AZ 21 (1906), 1014.

die Berufsaussichten sowie ein Verzeichnis der freien Elevenstellen, auf der anderen bekamen die Vereinsmitglieder eine Auflistung der in Frage kommenden Jugendlichen.¹ Trotzdem fiel die Zahl der Eleven von durchschnittlich 1267 auf 908 im Jahr 1906 und auf 752 im Jahr 1907; denn die Schüler wollten verständlicherweise keinen Beruf ergreifen, von dessen wirtschaftlicher Schwächung aufgrund der drohenden Personalkonzession sie täglich in der Zeitung lasen. Dieser Einstellung versuchte Salzmann zu begegnen, indem er sich an die Leiter höherer Schulen wandte, um über sie die jungen Leute hinsichtlich des Apothekerberufs zu unterrichten; dazu gehörten auch diejenigen Mädchengymnasien, deren Lehrinhalte denen der Jungenschulen entsprachen.² Die Abiturientinnen studierten jedoch selten Pharmazie – was ab 1904 für sie möglich gewesen wäre – sondern strebten aussichtsvollere Berufe an; und wenn sie es doch taten, gerieten sie nach der universitären Ausbildung in das gleiche Dilemma wie ihre männlichen Kollegen. Gemäß der Prüfungsordnung von 1904 avancierten die vormaligen Studenten nach ihrem Examen zu Kandidaten der Pharmazie, die eine zweijährige praktische Tätigkeit in einer Apotheke zu absolvieren hatten, um dann die Approbation als Apotheker erhalten zu können. Blieben die frisch Examinierten indes an einer Universität, so verschoben sie ihre Approbation nach hinten und verzögerten damit nach dem Anciennitätsprinzip ihre Anwartschaft auf eine eigene Apotheke. Aus diesem Grund wandten sich die meisten Kandidaten nach der Abschlussprüfung dann auch der Praxis zu und entschieden sich so für eine früher beginnende Selbstständigkeit – sehr zum Leidwesen der Hochschullehrer, die ihre Assistentenstellen nicht mehr besetzen konnten, zumal obendrein etliche Absolventen in die zunehmend an Bedeutung gewinnende pharmazeutische Industrie abwanderten.

Dieser Mangel an wissenschaftlichen Mitarbeitern veranlasste im Frühjahr 1908 die Professoren der pharmazeutischen Chemie, an das Reichsamt des Inneren eine Eingabe zu richten, in der um entsprechende Nachbesserung der Prüfungsordnung gebeten wurde. Salzmann unterstützte dieses Bestreben der Hochschullehrer, indem er am 4. Juli im Namen des DAV eine gleichlautende Eingabe an den Staatssekretär des Inneren richtete: Konnte es doch nur im Interesse aller Pharmazeuten sein, ihre wissenschaftliche Ausbildung möglichst durch Dozenten aus den eigenen Reihen zu sichern.³ Das Ersuchen der Professoren war umso verständlicher, als man 1904 die Zusammensetzung der pharmazeutischen Prüfungskommissionen mit der „unaufschiebbaren Verpflichtung“ verbunden hatte, „entweder, soweit es nicht bereits geschehen ist, Lehrstühle für Pharmazie zu errichten, oder keine Pharmazeuten zur Fachausbildung und zum Examen nach der neuen Ordnung anzunehmen“⁴, so dass nur entsprechende Dozenten den Bestand der Fakultät garantieren konnten. Voraussetzung für pharmazeutische Professoren war dabei deren eigene Approbation, um sicher zu gehen, dass sie den Studenten neben der wissenschaftlichen auch eine apothekenbezogene Ausbildung vermitteln konnten: eine Vorschrift, der die Prüfungsordnung von 1904 zuwiderlief. Auf der 33. Hauptversammlung in Hamburg 1904 – also vier Jahre vor der Eingabe der Professoren – hatten jedenfalls auch die Delegierten die Einrichtung von Lehrstühlen für Pharmakognosie gefordert – ein Postulat, das Salzmann in seinem Referat ‚Die Vertretung der wissenschaftlichen Pharmazie an den deutschen Hochschulen‘ nachhaltig unterstrich, indem er u.a. die diesbezüglichen Meinungen führender pharmazeutischer Universitätsprofessoren wie Friedrich August Garcke, Albert Hilger, Theodor Paul, Ernst Schmidt und Alexander Tschirch aufgriff.⁵ Am 3. Oktober 1906 wandte sich der Vorstandsvorsitzende schließlich an den preußischen Minister der Geistlichen,

¹ Vgl. AZ 22 (1907), 325.

² Vgl. AZ 23 (1908), 338.

³ AZ 23 (1908), 339.

⁴ AZ 20 (1905), 511.

⁵ Vgl. AZ 20 (1905), 511.

Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, um wenigstens den Lehrstuhl in Berlin wieder zu besetzen, wo es seit dem Tod Garckes keinen Nachfolger mehr gegeben hatte.

Trotz teilweise heftiger gegenläufiger Bestrebungen in der Apothekerschaft, die von der Pharmazeutischen Zeitung unterstützt wurden, ließ der DAV in seinen Bemühungen um eine erweiterte Ausbildung und damit um den Erwerb einer höheren Reputation in der Gesellschaft gleichwohl nicht nach;¹ so reklamierte Salzmann die Benachteiligung der Apotheker gegenüber den übrigen akademischen Fächern:

„Wie wünschenswert auch im Interesse der allgemeinen sozialen Wertschätzung unseres Berufes die Gleichstellung mit den anderen akademischen Berufen hinsichtlich der Vorbildung ist, führte uns die preußische Vorlage, betreffend Abänderung des Wahlrechts, deutlich vor Augen. Weder die Regierung noch die Parteien dachten in ihren Vorschlägen daran, die Apotheker unter die ‚Kulturträger‘ einzureihen, die Eingaben des Vorstandes an das Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus blieben unbeachtet, und nur das Scheitern der Vorlage schützte uns vor der Tatsache des Ausschlusses von einem Vorrechte, das allen anderen akademischen Berufen zugestanden hätte.“²

Für Salzmann war klar, dass die volle Anerkennung der Apotheker nur über eine mit den anderen akademischen Betätigungen gleichwertige Ausbildung erreicht werden konnte. So initiierte er auch 1908 auf der 37. Hauptversammlung in Darmstadt einen Antrag: „daß auf allen Hochschulen, an denen die pharmazeutische Staatsprüfung abgelegt werden kann, den Studierenden der Pharmazie Gelegenheit gegeben werde, sich in der Darstellung galenischer, sowie organisch- und unorganisch-chemischer Arzneimittel unter Benutzung moderner Apparatur zu üben, und daß diese Uebungen für die genannten Studierenden obligatorisch gemacht werden und daß die Uebungen in physiologisch-chemischen, mikroskopischen und in bakteriologischen Untersuchungen, soweit sie den Bedürfnissen des praktischen Arztes entsprechen und in der Apotheke ausführbar sind, für die studierenden Pharmazeuten auf den Hochschulen obligatorisch gemacht werden, und diese Materie Gegenstand der pharmazeutischen Staatsprüfung werde.“³

Mit dieser Petition verband er erneut die Aufforderung an die einschlägigen Stellen, dem bereits am 25. August 1906 an das Reichsamt des Inneren und die zuständigen Ministerien der Bundesstaaten gerichteten Gesuch zu entsprechen, dass die Oberrealschüler den Nachweis der notwendigen Lateinkenntnisse erst in der pharmazeutischen Vorprüfung zu erbringen brauchten, sofern dies nicht bereits vorher geschehen war.⁴ Auch in der Berliner Hauptversammlung 1909 wurde die Vor- und Ausbildung des pharmazeutischen Nachwuchses engagiert diskutiert. Wiederum forderten die Delegierten die Einführung des Abiturs als Vorbedingung für den Apothekerberuf und fügten ihrem Ersuchen mit Nachdruck hinzu, dass die Oberrealschüler die Kenntnisse der lateinischen Sprache erst in einer späteren Prüfung unter Beweis stellen sollten, um so die Ausbildung wegen des immer noch währenden Personalmangels zu beschleunigen. Am 13. November 1909 drängte Salzmann erneut den Bundesrat, endlich das Abitur als verbindlich festzulegen:

„Die Prüfungsordnung von 1904 hat durch die Einführung der Primareife einen Fortschritt gebracht, der jedoch den Forderungen des Apothekerstandes nicht genügt. Der Lehrgang der höheren Schulen ist ein einheitliches Ganzes; er gipfelt in dem Unterricht der Prima, in welcher der gesamte Lehrstoff zusammengefasst, verarbeitet und vertieft wird. Erst mit dem Abschlusse des Unterrichts in der Prima befindet sich der Schüler im Besitze einer in sich abgeschlossenen Bildung, welche allein als eine völlig genügende Unterlage für das

¹ Vgl. AZ 22 (1907), 183.

² SG 1909–1910, 17 f.

³ AZ 23 (1908), 926; vgl. hierzu Darmstädter Tagblatt vom 7. September 1908; Darmstädter Zeitung vom 8. September 1908.

⁴ Vgl. SG 1908–1909, 3 f.

Universitätsstudium gelten kann, und sonst auch gilt. Ein Abbrechen dieses Unterrichtsganges an irgend einer Stelle lässt Lücken in der für ein erfolgreiches Hochschulstudium nötigen Vorbildung offen, die auf einem anderen Wege als dem der Schule nur mit großen Schwierigkeiten ausgefüllt werden können. Aber auch in den einzelnen Fächern, namentlich in den Realien, vermittelt der Unterricht in der Prima, besonders des Realgymnasiums und der Oberrealschule, Kenntnisse, die für das Studium des Pharmazeuten eine zum Teil notwendige, zum Teil sehr erwünschte Unterlage bilden.“¹

Um die Oberrealschulen den Gymnasien hinsichtlich der Ausbildung im Fach Latein anzugleichen, wurde auf der 39. Hauptversammlung 1910 in Braunschweig die Einführung eines wahlfreien Lateinunterrichts für die oberen Klassen des nicht humanistischen Schultyps diskutiert.² Außerdem sollte – wie Salzmann dann am 10. Februar 1911 an den Bundesrat berichtete – die Prüfungsordnung die bereits erwähnten Erweiterungen des universitären Unterrichtsstoffes festlegen, da jeder Apotheker in der Lage sein müsste, physiologisch-chemische, mikroskopische und bakteriologische Untersuchungen – soweit sie in der Apotheke durchführbar waren – vorzunehmen, um dem Arzt, dem es vielfach an den Vorrichtungen und auch an der nötigen Zeit für solche Arbeiten mangelte, als Partner zur Seite stehen zu können. Schließlich strebte die Braunschweiger Hauptversammlung auch eine Umbenennung der Berufsbezeichnungen an. So sollte anstelle des ‚Apothekerlehrlings‘ – wie bereits umgangssprachlich üblich – nun auch im amtlichen Gebrauch der ‚Apothekereleve‘ oder der ‚Apothekerpraktikant‘ treten und der ‚Apothekergehilfe‘ zum ‚Apothekerassistenten‘ avancieren. Als Begründung wurde angeführt, dass die Begriffe ‚Lehrling‘ und ‚Gehilfe‘ auf Berufe beschränkt seien, für die keine höhere, geschweige denn eine akademische Vor- und Ausbildung nötig war, und die Gesellschaft daher die zukünftigen Apotheker nicht als Repräsentanten eines gehobenen Metiers betrachtete, was sich der Stand aufgrund des ohnehin mangelnden Nachwuchses nicht leisten wollte und konnte. Auf die Eingabe der Braunschweiger Hauptversammlung erfolgte indes weder vom Reichsamt irgendeine Antwort noch wurden in der neuen Reichsversicherungsordnung andere Bezeichnungen gewählt, so dass eine Änderung erst mit der Redaktion des erhofften Apothekengesetzes erwartet werden konnte.³

1911 setzte sich erneut eine Anzahl pharmazeutischer Hochschullehrer für die Bemühungen der 40. Hauptversammlung in Freiburg bezüglich einer weiteren Modifikation der Prüfungsordnung von 1904 ein; sie drängten auf eine gesetzliche Abänderung, die dem Kandidaten die Möglichkeiten eröffnen sollte, zwischen einer Tätigkeit als Gehilfe in der Apotheke und einer solchen als wissenschaftlicher Assistent an der Universität zu wählen. Bereits am 16. Dezember 1911 überreichte Salzmann diesen Beschluss dem Reichsamt des Innern, wobei er in seiner Begründung auf die Missstände hinwies, die sich aus der damaligen Konditionszeit vor der Approbation ergeben hatten. Die Zahl derjenigen Pharmazeuten, die nach bestandener Staatsprüfung das Studium fortsetzten, ging nämlich erneut mehr und mehr zurück, da sie – wie schon gesagt – zunächst die Approbation erwerben wollten, von deren Erteilungsdatum die Berechnung des Dienalters bei der Konzessionsvergabe abhing; außerdem stand die Ableistung des zweiten Militärdiensthalbjahres für die jungen Leute an. Nur in vereinzelten Fällen kehrten deshalb die Kandidaten zur Universität zurück, so dass engagierte Assistenten an den Hochschulen und als Konsequenz geeigneter Nachwuchs für die pharmazeutischen Lehrstühle ebenso fehlte wie ausreichendes Fachpersonal für die Militärapotheke. Die teilweise Anrechnung der Universitätsassistentenzeit auf das Dienstalter hatte keinen Erfolg gezeigt, nicht zuletzt deshalb, weil die Anzahl der Infragekommenden verschwindend gering war und so die Auswirkungen kaum aktenkundig geworden sind.

¹ SG 1909–1910, 17.

² Vgl. AZ 25 (1910), 691.

³ Vgl. SG 1910–1911, 18–21.

Salzmanns bereits erwähnte Eingabe vom 16. Dezember 1911 zeigte schließlich im Jahr 1914 tatsächlich noch Erfolg, junge Pharmazeuten an der Universität zu halten. Die Bundesregierungen hatten sich nämlich betreffs Auslegung des § 35 der Prüfungsordnung dahingehend geeinigt, eine Hochschulassistentenausbildung auf die Kandidatenzeit zwischen der pharmazeutischen Prüfung und der Approbation anrechnen zu wollen – ein Erfolg, der aus der Koalition zwischen DAV und pharmazeutischen Universitätsprofessoren resultierte.¹ Nun ging man ebenfalls vereint daran, Druck auf die Legislative auszuüben, um den pharmazeutischen Ausbildungsgang bis zum Beginn des Studiums nach den eigenen Vorstellungen durchzusetzen.

Am 19. November 1913 trat der DAV und der preußische Apothekerkammerausschuss mit Unterstützung der Gesamtheit der pharmazeutischen Hochschullehrer mit der Bitte an alle Bundesregierungen sowie den Bundesrat heran, „daß der Nachweis der erforderlichen wissenschaftlichen Vorbildung für den Eintritt in die Apothekerlaufbahn durch das von einem Gymnasium, einem Realgymnasium oder einer Ober-Realschule – bei der letzteren verbunden mit dem Nachweis entsprechender Kenntnis der lateinischen Sprache – ausgestellte Reifezeugnis zu erbringen ist.“² Die angeführte Begründung war eine Zusammenfassung der bereits dargestellten Argumente, wonach das Abitur als notwendige Vorbildung, um den steigenden universitären Anforderungen bei sich immer schneller entwickelnder Wissenschaft und Technik gerecht zu werden und um im späteren Beruf der gesetzlichen Pflicht der ordnungsgemäßen Zubereitung und Prüfung der Arzneimittel Genüge leisten zu können; erst das Maturum bot eine abgerundete und vertiefte Ausbildung, was aufgrund der vierjährigen Unterbrechung durch die praktische Tätigkeit zwischen Schule und Universität für die zukünftigen Pharmazeuten von besonderer Bedeutung war. Der preußische Apothekerkammerausschuss hatte zuvor am 20. April 1913 eine diesbezügliche Umfrage bei 36 Universitätsprofessoren durchgeführt, von denen 33 mit Nachdruck das Abitur als Bedingung für den Apothekerberuf begrüßten und lediglich drei eine gegenteilige Ansicht vertraten. Von diesen nannten zwei Argumente, die man mit dem gleichen Recht für alle Akademiker, die nicht rein philologische Studien betrieben, anführen konnte; der dritte hatte für seine Stellungnahme einen mehr äußeren Grund herangezogen, nämlich die Furcht vor Personalmangel – in Bedenken, das in den Apothekerkreisen des Jahres 1913 freilich nicht mehr geteilt wurde. Ohne Zweifel war es für jeden Hochschullehrer wünschenswert, wenn die Studierenden eine möglichst gute Vorbildung mitbrachten, vor allem in den Fächern Chemie und Physik, die ohne Kenntnis der in den letzten beiden Klassen vermittelten höheren Mathematik nicht umfassend erlernt werden konnten. Die befragten Professoren führten noch weitere Argumente zugunsten der Maturität an: So hätten die Pharmaziestudenten mit Abitur in der Vergangenheit deutlich bessere Leistungen erbracht als die Immaturen, unter denen es zudem eine recht große Anzahl gab, die aufgrund fehlender Intelligenz oder mangelnden Fleißes das Gymnasium früher verlassen mussten und den Apothekerberuf als Ausweichmöglichkeit ansahen, was letztendlich dem Ansehen des Standes nicht diene; auf der anderen Seite eröffnete er aber auch mittellosen Begabten aufgrund der Verdienstmöglichkeiten vor dem Studium den Zutritt zu einem höheren Beruf, der selbst eine Promotion nicht ausschloss. Nachdem man bereits für angehende Tierärzte, Zahnärzte und Lebensmittelchemiker in den vergangenen zehn Jahren das Maturum vorgeschrieben hatte, waren die Pharmaziestudierenden die einzigen, für die noch die veralteten Bestimmungen galten und die mangels Abitur nicht ‚rite‘ immatrikuliert werden konnten, obwohl die mittlerweile gestiegenen Anforderungen an den Apotheker eine Parität mit anderen naturwissenschaftlichen Berufen verlangten.

¹ Vgl. AZ 81 (1914), 843.

² AZ 28 (1913), 1054.

Zudem hatte sich in Frankreich, Schweden, Griechenland, Belgien, Bulgarien, Rumänien, Spanien und der Schweiz das Maturum für Pharmazeuten längst durchgesetzt, so dass Deutschland im internationalen Vergleich auf diesem Sektor deutlich zurückstand. Ferner wurde in aller Regel die Pharmakognosie noch von Botanikern gelehrt, weshalb man beabsichtigte, das Fach pharmazeutisch ausgebildeten Pharmakognosten zu übertragen, die jedoch als akademische Lehrer ein Abitur nachzuweisen hatten. Schließlich benötigte der Stand Aufsichtsbeamte und Mitglieder für Prüfungskommissionen, deren Ausbildung desgleichen qualifiziert sein sollte. Der vom preußischen Apothekerkammerausschuss ebenfalls befragte schweizerische Hochschullehrer Alexander Tschirch brachte die damalige Situation auf den Punkt:

„Ich kann nicht verstehen, warum die Regierung die von dem Großteil der Apotheker und von den führenden Fachvertretungen gewünschte Einführung der Maturität nicht bewilligt. Hier in der Schweiz, wo die Maturität seit 25 Jahren eingeführt ist, machen wir die besten Erfahrungen damit. Die Ueberfüllung der Fächer hat aufgehört, die Studierenden der Pharmazie sind allen anderen Studierenden gleichberechtigt, die Stellung den Aerzten gegenüber ist eine selbständigere, die Promotion nicht behindert oder an entwürdigende Bedingungen geknüpft. Ich verfolge seit 23 Jahren vom Auslande her nicht nur die wissenschaftlichen Bestrebungen der deutschen Pharmazie, sondern auch die der anderen Länder, da in meinem Institute fortdauernd Vertreter der verschiedensten Völker und Nationen sich aufhalten. Ich darf nicht unterlassen zu bemerken, daß ich der Entwicklung der deutschen pharmazeutischen Wissenschaft nur mit Sorgen folge und ich möchte warnend den Finger erheben. Ich sehe nicht, daß sich die deutsche pharmazeutische Wissenschaft in einer aufsteigenden Kurve bewegt – wenigstens nicht, was die praktischen Apotheker betrifft.“¹

Trotz aller Fürsprache aus berufenen Kreisen veränderte sich jedoch in Sachen Maturum behördlicherseits nichts; eine Besprechung Salzmanns und Adolf Rüdigers mit dem Direktor der Medizinalabteilung im preußischen Innenministerium ergab vielmehr, dass sie weder von der preußischen noch von der Reichsregierung eine Förderung ihrer berechtigten Wünsche zu erwarten hätten.² Auch in einer Immediateingabe an Kaiser Wilhelm II. vom 30. April 1914 betonten Salzmann und Rüdiger die Notwendigkeit des Maturums für den Apothekerstand, wobei sie darauf hinwiesen, dass schon mehr junge Leute mit einem Reifezeugnis entlassen würden als die bisher akkreditierten akademischen Berufe aufnehmen könnten und es daher widersinnig sei, ohne stichhaltige Gründe die Forderung der Apotheker abzulehnen.³

Aufgrund der Kriegswirren in den Jahre 1915 und 1916 wurde das Thema der Vor- und Ausbildung zunächst nicht weiter verfolgt. Erst am 17. November 1917 luden Salzmann, Max Froelich und Hermann Thoms 27 Vertreter aus den verschiedensten Sparten der Pharmazie zu einer Besprechung über die Einführung des Reifezeugnisses in das Vereinshaus Deutscher Apotheker nach Berlin ein; es waren Vorsitzende der Apothekervereine Deutschlands, Repräsentanten anderer pharmazeutischer Vereinigungen, Krankenhaus- und Militär-apotheker sowie ein Regierungsrat des Kaiserlichen Gesundheitsamts zugegen. Salzmann als Leiter dieser Versammlung nahm dabei Bezug auf die Eingabe, die der DAV gemeinsam mit dem preußischen Apothekerkammerausschuss, bestmöglich unterstützt von der Gesamtheit der pharmazeutischen Hochschullehrer, an alle Bundesregierungen und den Bundesrat am 19. November 1913 gerichtet hatte. Er verlas einen Teil der Begründung und die jener Eingabe beigefügten Gutachten der Professoren Ernst Schmidt und Thoms, wonach die damaligen Pharmaziestudenten nicht ausreichend in der Lage waren, den Universitätsvorlesungen in wünschenswertem Maß zu folgen.

Salzmann gab bei dieser Zusammenkunft außerdem zum ersten Mal Motive dafür an, warum dem vom Stand erhobenen Postulat durch die Regierung nicht entsprochen wurde:

¹ AZ 28 (1913), 1057.

² Vgl. AZ 29 (1914), 843.

³ Vgl. AZ 29 (1914), 838 f.

„Daß die schon seit Jahrzehnten geforderte Einführung der Reifeprüfung nicht bewilligt worden ist, beruht zunächst auf der Abneigung gewisser kurzsichtiger ärztlicher Kreise, die den Apothekerstand nicht gern als vollständig gleichwertig haben möchten. Die Regierungsvertreter aber möchten das ‚Gelehrtenproletariat‘ nicht vermehren – ein Grund, der nicht mehr angeführt werden dürfte, nachdem man für Zahnärzte und Tierärzte die Reifeprüfung vorgesehen hat; sie befürchten, daß, wenn die Vorbildung des Apothekers höhere Aufwendungen erfordert hat, eine Erhöhung der Taxe stattfinden muß; sie halten bei der heutigen Entwicklung der Pharmazie eine so hohe Bildung nicht für nötig, weil immer mehr von der Einzelanfertigung der Arzneien zur Abgabe der verbrauchsfertigen Arzneien, der Spezialität, übergegangen wird, und sie möchten wenigstens noch einen Stand verfügbar haben, in den man Söhne besserer Stände schicken kann, die nicht das Reifezeugnis erworben haben. Die Angabe dieses Grundes hat früher in Apothekenkreisen Entrüstung hervorgerufen [...]. Die Behauptung aber, daß der Apothekerstand eine Zuflucht für die geistig Armen bildet, ist nur bedingt richtig. Eine große Anzahl von jungen Männern, und nicht immer die schlechtesten, müssen früher von der Schule abgehen, weil die Eltern nicht die Kosten für ein langes Studium tragen können oder wollen.“¹

Das Abitur als Voraussetzung für das Pharmaziestudium – darüber waren sich alle im Klaren – verringerte den Zustrom um den Anteil der unfähigen und der wenig begüterten jungen Leute zu diesem Beruf. Damit sank gleichzeitig die Suche nach zu erwerbenden Apotheken, wodurch deren Marktwert zwangsläufig fiel, sodass der Preis für einen Betrieb auch von Approbierten aus der Mittelschicht bezahlt werden konnte.

Hinzu kam die Ungewissheit, ob das damalige gemischte Gewerbesystem mit der Einführung der Reifeprüfung verträglich war: Wollte man nämlich das herrschende System verlassen, dann hatte man die Wahl zwischen Staatsapothek, Niederlassungsfreiheit oder reiner Personalkonzession, gegen die Salzmann unaufhörlich während seiner gesamten Zeit als Vorstandsvorsitzender des DAV kämpfte. Wer sich in der Lage sah, eine andere akademische Ausbildung zu ergreifen, ließ sich nicht auf einen Beruf ein, in dem er die eigene Selbstständigkeit erst im Alter von 45 oder 50 Jahren erreichen konnte. Andererseits stimmte Salzmann der Niederlassungsfreiheit im Laufe der Jahre nur bedingt zu, während für ihn die Staatsapothek als mögliche Konsequenz völlig unannehmbar war. Gleichwohl plädierte er für das Maturum:

„Wir müssen trotz und alledem die Reifeprüfung verlangen. Die Pharmazie steht vor einem Scheidewege. Erklärt sie sich gegen die Reifeprüfung, dann hat der Apothekerstand kein Anrecht mehr auf die Hochschule; dann kann man ihn vielleicht auf Fachschulen verweisen. Jedenfalls geht die Pharmazie dann dauernd dem Verfall entgegen, es entsteht das kleinste Krämertum. Darum muß man sich mit der Reifeprüfung und den etwaigen Folgen, die es in bezug auf das Gewerbesystem haben wird, abfinden.“²

Bezüglich der Position der Militärapotheke begrüßte der Vertreter der Heeresverwaltung ebenfalls die Wünsche des Standes, die auf eine Erweiterung und Vertiefung der Vorbildung abzielten und so den unhaltbaren Zustand beenden sollten, dass Pharmazeuten in den Lazaretten als Gemeine tätig sein mussten, während junge Ärzte sofort den Rang eines Vizefeldwebels erhielten; außerdem zog der Nachweis des Abiturs eine Besserstellung der Oberapotheker hinsichtlich der Uniformabzeichen und der Besoldung nach sich. Auch die Chemische Industrie verlangte diese Vorbildung und verweigerte Nichtmaturierten den Zugang zu höheren Posten; diese Abgewiesenen machten sich dann in Ermangelung einer standeseigenen Niederlassungsmöglichkeit nicht selten als Drogist selbstständig, was wiederum eine ungünstige Entwicklung für den Status der Apotheken zur Folge hatte. Nicht zuletzt eröffnete die aufstrebende Pharmazeutische Industrie mit ihrer sich immer mehr ausbreitenden Massenproduktion den Apothekern einen neuen Aufgabenbereich. Wegen der

¹ AZ 33 (1918), 10.

² AZ 33 (1918), 10 f.

steigenden Fabrikationen waren nämlich Stimmen nach einer zentralen Prüfstelle für unerprobte Arzneimittel laut geworden, um die Verbraucher vor minderwertigen Präparaten zu schützen. Diese Kontrollinstanz sollte in die fachlichen Hände der Offizin-Apotheker gelegt werden, die zur Bewältigung dieser Aufgabe allerdings des Abiturs bedurften.

Am 17. Januar 1918 unterbreiteten Salzmann als Vorsitzender des DAV und ein Vertreter der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft dem „hohen Bundesrat“ die von der Berliner Versammlung erarbeitete und von dem preußischen Apothekerkammerausschuss, dem Verband Deutscher Apotheker und zwölf anderen zuständigen pharmazeutischen Körperschaften mitgetragene „ehrerbietigste Bitte, hochgeneigtest vorschreiben zu wollen, daß der Nachweis der erforderlichen wissenschaftlichen Vorbildung für den Eintritt in die Apothekerlaufbahn zu erbringen ist und diese unsere, seit mehr als drei Jahrzehnten des öfteren vorgetragene Bitte nunmehr erfüllen zu wollen.“¹

Die Regierung selbst trat aus medizinischpolitischen Gründen dafür ein, dass der Apotheker für alles, was durch ihn dem Kranken übergeben wurde, auch die Verantwortung übernahm und demzufolge in der Lage sein musste, die Arzneimittel wissenschaftlich beurteilen zu können. So erklärte auch die 44. Hauptversammlung am 21. und 22. August 1918 in Berlin unter Salzmanns Vorsitz einmal mehr, „daß die Einführung des Maturums als Vorbildung für den Zugang zum Apothekerberufe ein dringendes Bedürfnis ist, und daß der Apothekerstand bereit ist, etwaige wirtschaftliche Nachteile und Erschütterungen für den Stand und die Allgemeinheit, wenn sie sich wider Erwarten einstellen sollten, überwinden zu helfen.“²

Die Unterrichtsverwaltungen der einzelnen Bundesstaaten und das preußische Innenministerium ließen daraufhin entsprechende Rundfragen an die Hochschulen und die Apothekerkammern ergehen. Die Philosophische Fakultät zu Berlin sprach sich dabei mit Nachdruck für das vorzulegende Reifezeugnis aus. Die Befürwortung durch die größte deutsche Universität wurde auch im Innenministerium zur Kenntnis genommen. Nichtsdestotrotz befürchtete die Regierung eine Verschlimmerung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Apotheken, deren Beseitigung Preissteigerungen der Arzneimittel zur Folge haben und somit auf Krankenkassen und Bevölkerung nachteilige Wirkung zeigen könnten. Die Antwort des Reichsinnenministers vom 22. März 1919 fiel denn auch abschlägig aus:

„Die an den Bundesrat gerichteten Eingaben vom 17. Januar und 12. Oktober 1918 sind mir zur weiteren Veranlassung überwiesen worden. Die Frage, ob für den Eintritt in die Apothekerlaufbahn in Zukunft das Reifezeugnis zu fordern ist, wurde von mir in Gemeinschaft mit den beteiligten preußischen Ministerien eingehend erörtert, auch war sie Gegenstand der Beratung auf der am 26. bis 28. September 1918 abgehaltenen Hochschulkonferenz. Die seitdem eingetretenen Änderungen der politischen Lage mit ihren noch nicht zu übersehenden Rückwirkungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art lassen es nicht ratsam erscheinen, gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt für die Ausbildung der Pharmazeuten neue einschneidende Maßnahmen zu treffen, ohne daß zwingende Gründe dafür angegeben sind.“³

Salzmann ließ indes nicht locker. Im November des gleichen Jahres bat er auf der ersten Seite der Apotheker-Zeitung alle Apothekenbesitzer um Mitteilung, wie viele Maturierte in den Offizinen tätig waren, und zwar untergliedert nach Besitzern bzw. Verwaltern, Approbierten Assistenten, Nichtapprobierten Assistenten und Eleven. Der Vereinsvorsitzende konnte damit nachweisen, dass immer mehr junge Leute bereits ohne Notwendigkeit das Abitur abgelegt hatten, bevor sie den Apothekerberuf ergriffen.⁴

¹ AZ 33 (1918), 90 f.

² AZ 34 (1919), 250.

³ AZ 34 (1919), 250.

⁴ Vgl. AZ 34 (1919), 391.

Schließlich erreichte Salzmann sein lang verfolgtes Ziel, wie auch seinem Geschäftsbericht 1919/1920 zu entnehmen ist: „Der Reichsrat hat am 22. Juli d.J. [gemeint ist 1920] beschlossen, das Reifezeugnis einer höheren Schule als Vorbedingung für den Eintritt in die Apothekerlaufbahn vom 2. Januar 1921 ab festzusetzen.“¹ Und die Apotheker-Zeitung frohlockte in ihrer entsprechenden Ausgabe: „Das Maturum eingeführt!“² Damit war die vom DAV seit vier Jahrzehnten unermüdlich angestrebte Gleichstellung des Apothekers mit den anderen akademischen Berufen in der Vorbildung verwirklicht und die Grundlage für einen Ausbau des wissenschaftlichen Studiums geschaffen. Durch die Festlegung auf den 2. Januar 1921 ergab sich allerdings für diejenigen Schüler, die zu Ostern 1921 die Primareife erlangten und Apotheker werden wollten, eine Benachteiligung, weshalb ihnen eine Sonderregelung zugesprochen wurde.³ Neben der Verbindlichkeit des Abiturs für die Zulassung zum Pharmaziestudium wurde 1921 mit Verfügung des Reichsministers vom 10. Dezember auch die Abänderung der ‚Amtsbezeichnung angehender Pharmazeuten‘ angeordnet und die Prüfungsordnung vom 18. Mai 1904 dahingehend modifiziert, dass an die Stelle des ‚Lehrlings‘ nun der ‚Praktikant‘ und an die des ‚Gehilfen‘ der ‚Assistent‘ trat (GSTA PK 76). Der durch die Einführung des Maturums erzielte Erfolg trieb Salzmann nun an, den Weg für eine generell erweiterte Ausbildung zu ebnen. Seinem Verhandlungsgeschick war es zu verdanken, dass sich bereits 1921 die Hauptversammlung zu Bad Elster einstimmig für die Verlängerung des pharmazeutischen Studiums auf sechs Semester aussprach. Am 15. November des gleichen Jahres erörterte der Vorstand zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Apotheker erneut die Frage des Ausbildungsgangs. Es wurde zunächst eine zweijährige Praktikantenzeit, ein sechssemestriges Studium und eine dreijährige praktische Tätigkeit als Assistent – von der ein Jahr vor dem Hochschulbesuch abgeleistet werden konnte – beschlossen. Die endgültige Festlegung einer gemeinsamen Eingabe sollte dann in der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft am 8. März 1922 erfolgen. In dieser Konferenz zog jedoch der Vorstand des Verbandes Deutscher Apotheker seine Zustimmung zu der letztgenannten wahlfreien Regelung zurück, so dass man – da der Vorstand des DAV ordnungsgemäß an dem früheren Beschluss festhielt – zwei getrennte Eingaben vereinbarte. Der Minister für Volkswohlfahrt lehnte aufgrund der damaligen wirtschaftlichen Verhältnisse eine Befürwortung der Ausdehnung des Studiums indes ab, zumal er eine hierfür zwingende Notwendigkeit nicht erkennen konnte. Salzmann erhob deshalb in seiner Eingabe an das Reichsinnenministerium vom 1. August 1922 erneut die Forderung nach einer Verlängerung des Studiums um zwei weitere Semester, auf die nicht nur die Vertreter des Apothekerstandes, sondern auch die Hochschullehrer drängten.⁴ So veröffentlichte im Dezember 1924 Erwin Rupp, damaliger Direktor des Pharmazeutisch-Chemischen-Instituts in Breslau, seine Vorstellungen von der Neugestaltung des Studiums und stellte die Konzepte für jedes Fach vor.⁵ Sein Göttinger Kollege Gustav Schellenberg begrüßte die Ausarbeitung und publizierte später für die Pharmakognosie die notwendigen Anforderungen in noch detaillierter Form.⁶

Die Hauptversammlung diskutierte 1925 in Stuttgart die Möglichkeiten, die Abiturienten – mit Blick auf die Durchgängigkeit der theoretischen Unterweisung – gleich von der Schule zur Universität zu schicken bzw. die vorangehende Praktikanten- auf die nachfolgende Kandidatenzeit anzurechnen, um den Gesamtverlauf zu begrenzen und zugleich den

¹ AZ 35 (1920), 292.

² AZ 35 (1920), 198; 35 (1920), 258 f.

³ Vgl. AZ 35 (1920), 389.

⁴ Vgl. AZ 40 (1922), 903.

⁵ Vgl. hierzu RUPP (1924), 1607 f.

⁶ Vgl. hierzu SCHELLENBERG (1928), 1 f.

wirtschaftlich weniger gut gestellten jungen Leuten die Chance zu geben, sich noch vor dem Studium wenigstens einen Teil der dazu nötigen Mittel verdienen zu können.¹

Salzmann wiederholte 1928 und 1929 die Forderungen nach einer Abänderung des Ausbildungsgangs und verwies auf die gestiegenen wissenschaftlichen Ansprüche, die das neue Deutsche Arzneibuch von 1926 an die Apotheker stellte. Wie dringend notwendig eine erweiterte chemische Ausbildung mit Blick auf die Pharmakopöe war, belegte die Unfähigkeit der damaligen Apotheker, diese sachgerecht zu verwenden. Dieses Werk, dessen Prüfungsmethoden und Reinheitsanforderungen in der Welt als Standard galten, hatte den Bezug zur Praxis verloren, weil der deutsche Apotheker aufgrund seiner veralteten Ausbildung nicht in der Lage war, den Vorschriften wissenschaftlich zu folgen. Es galt also nicht das Kompendium zu ändern, sondern den Kenntnisstand seiner Zielgruppe.²

Die Preußische Regierung beauftragte schließlich den Landesgesundheitsrat, die Novellierung der Ausbildungsordnung für Pharmazeuten vorzubereiten, wobei man anfangs die Abfolge des praktischen und theoretischen Unterrichtes erörterte und anschließend die Curricula neuzeitlich zu gestalten gedachte;³ die Pharmazeuten wurden nämlich im Jahr 1926 noch nach den Richtlinien von Mitte des 19. Jahrhundert unterrichtet.⁴ Hinzu kam, dass sowohl Ärzten als auch Apothekern die notwendigen pharmakologischen Kenntnisse bezüglich der neuen Präparate der sich rasch entwickelnden pharmazeutischen Industrie fehlten. Die Mediziner verschrieben Arzneispezialitäten im Vertrauen auf die Wahrheit der Reklameprospekte, wohingegen die Apotheker mit der Beurteilung jener Medikamente aufgrund ihrer veralteten Ausbildung schlicht überfordert waren. Wegen dieser Unsicherheit glaubten die Drogisten, die Freigabe aller pharmazeutischen Spezialitäten für sich beanspruchen zu können, da sie sich den Apothekern durchaus ebenbürtig fühlten. Im Gegensatz dazu sahen die Vertreter des Pharmazeutenstandes ihr Hauptbetätigungsfeld vornehmlich in der Defektur und Rezeptur.

Die Bestrebungen gingen deshalb dahin, die Lehrinhalte dem Wissensstand anzupassen, mithin die analytische, pharmazeutische und chemische Ausbildung, unter besonderer Berücksichtigung der neuesten mikrochemischen, physiologischen, serologischen und pharmakologischen Methoden zu vertiefen, wohingegen die Unterweisung in toxikologischen Verfahren begrenzt werden sollte, da diese unwiderruflich in staatliche und städtische Untersuchungsämter abgewandert waren. Vielmehr war die Analyse pharmazeutischer Spezialitäten und Geheimmittel vonnöten, wenn man berücksichtigt, dass allein im Geheschen Codex – ein Leitfaden für Medizinen, kosmetischen Präparaten und wichtigen technischen Produkten – ungefähr 600 Präparate aufgeführt waren, deren Zusammensetzung von den Fabrikanten ebenso wie die von ausländischen Medikamenten verschwiegen wurden. Um diesen Mißstand anzugehen, hatte die Braunschweiger Universität bereits 1924 in Kooperation mit einigen Apotheken der Stadt Prüfungen von Industriearzneimitteln in ihren Studienplan aufgenommen.⁵

Anton Lauer, Justitiar des Landesverbandes bayerischer Apothekenleiter, forderte eine Unterrichtserweiterung in Rezeptier- und Gesetzeskunde, Homöopathie, Geschichte der Chemie und Pharmazie sowie in Betriebswirtschaft mit besonderer Betonung einer allgemeinen kaufmännischen Ausbildung, da sich deren Mangel im späteren Beruf als Apotheker mit Sicherheit rächen würde. In der Praxis selbst bestand wenig Möglichkeit, die privatwirtschaftlichen Erfordernisse zu vermitteln, weil man den Praktikanten oder später den Angestellten nur ungern Einblicke in den kaufmännischen Teil der Betriebe gewährte.⁶ In der Apotheker-Zeitung brachte ein Pharmaziestudent die Situation auf den Punkt: „Leistet ein

¹ Vgl. AZ 41 (1926), 44.

² Vgl. NDP 4 (1929), 9.

³ Vgl. AZ 41 (1926), 509.

⁴ AZ 44 (1929), 1053.

⁵ Vgl. AZ 39 (1924), 1417 f.

⁶ Vgl. LAUER (1927), 989.

Vorexaminierter, der aus einer guten Lehre kommt, nicht häufig mehr, als der Kandidat, der aus einem um mindestens 20 Jahre hinter der Entwicklung zurückliegenden Studium kommend, die Fühlung mit der pharmazeutischen Praxis vollkommen oder zum Teil verloren hat? Welcher Kandidat hat wohl eine Ahnung von Buchführung, Bilanz, Inventuren, Steuerfragen, Konzessionsangelegenheiten, Versicherungswesen, Kassenverhältnissen und ähnlichen Fragen. Auf welcher Hochschule werden wohl über Apothekengesetzgebung Kollegs gelesen? Alles schreit nach Umstellung, alles schreit nach Anpassung an die Erfordernisse der Neuzeit. Weshalb fehlt unserem Stand die nötige Schlagkraft? Es gibt nur eine Antwort: Mangelhafte Ausbildung auf allen heute lebenswichtigen Gebieten unseres Berufes. Also auf zur Reform unserer Ausbildung. Eile tut not.“¹

Im Januar 1928 fand eine Probeabstimmung über die Studiumsverlängerung unter den Studenten statt, die über die einzelnen Ortsgruppen organisiert wurde; von Regierungsseite war dem DAV nämlich vorgehalten worden, dass die Studentenschaft eine solche Verlängerung aus wirtschaftlichen Gründen nicht mittrüge.² Welche Aufmerksamkeit Salzmann auch als ehemaliges Mitglied der Pharmazeutischen Prüfungskommissionen an den preußischen Universitäten den Studenten in dieser Angelegenheit entgegenbrachte, zeigte sich bei mehreren Anlässen: So sprach er am 2. Dezember 1928 in Göttingen über ‚Die Arbeit der Deutschen Pharmazeutenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Studienreform‘ mit anschließender ausführlicher Diskussion³ und zwölf Tage später in Jena über ‚Ziele und Arbeitsgebiete der Deutschen Pharmazeutenschaft‘, um abends als Weihnachtsmann verkleidet „einen Sack voll Geld für die notleidende Deutsche Pharmazeutenschaft mitzubringen“⁴; am 15. des Monats referierte er in Leipzig über ‚Die Aussichten der pharmazeutischen Studienreform‘, ebenfalls gefolgt von einer Aussprache. Der Vorstandsvorsitzende kümmerte sich trotz arbeitsmäßiger Überlastung also auch noch im fortgeschrittenen Alter um alle, wozu nicht zuletzt die künftigen Berufskollegen gehörten.

Salzmanns Bemühungen um die Umgestaltung des pharmazeutischen Studiums waren nicht umsonst. Im Frühjahr 1931 bat der Reichsinnenminister die Vorstände des DAV und der übrigen Fachorganisationen um entsprechende Stellungnahmen, die ihrerseits das von der Stuttgarter Hauptversammlung 1925 bereits verfasste Konzept abermals vorlegten und obendrein darum baten, die Neuordnung vor dem Erlass des Reichsapotheken- bzw. Reichsarzneimittelgesetzes in Angriff nehmen zu wollen.

Eine Reform im Fach Pharmazie ohne gleichzeitige Erweiterung dieses akademischen Ausbildungsganges um eine eventuelle Promotion wäre freilich Stückwerk gewesen. Wollte nämlich ein Apotheker den Dokortitel erlangen, so war dies bislang nur über ein Zweitstudium möglich – einen Weg, den auch Salzmann eingeschlagen hatte. Nachdem jedoch 1921 das Maturum für Pharmazeuten eingeführt worden war, konnte die universitäre Pharmazie nicht mehr länger als Anhängsel chemischer oder botanischer Institute betrieben werden, sondern bedurfte für die Fächer Pharmazeutische Chemie und Pharmakognosie selbst des Promotionsrechts.⁵ Diese Eigenständigkeit war zudem ohne großen finanziellen Aufwand durchführbar, wie die Länder Schweiz, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich Großbritannien und Holland bewiesen.⁶ Bereits 1921 hatte die Hauptversammlung den Vorstand beauftragt, dafür einzutreten, dass die bestandene pharmazeutische Staatsprüfung bei der Promotion das ‚Verbandsexamen‘ – entsprechend einer Diplom-Prüfung – ersetzen und die Zulassung nicht von der im Staatsexamen erreichten Note und einem weiteren Studium

¹ NAZ 49 (1924), 1588.

² Vgl. NDP 1 (1928), 1.

³ Vgl. AZ 13 (1916), 69, 32 (1917), 29.

⁴ NDP 1 (1928), 2.

⁵ Vgl. AZ 39 (1924), 1524; 42 (1927), 947 f.

⁶ Vgl. RUPP (1926), 193 f.

abhängig gemacht werden sollte. In Deutschland unterstanden nämlich die gesamten naturwissenschaftlichen Disziplinen, so auch die Pharmazie, der Philosophischen Fakultät, der somit der Verleihung des Dokortitels zukam.

Im Sommer 1924 stellte dann der Verband deutscher Apotheker einen Antrag an die preußische Regierung bezüglich Schaffung eines ‚Dr. pharm.‘, der indes am 27. September des gleichen Jahres abschlägig beschieden wurde, weil nach behördlicher Meinung kein Anlass vorlag, für die Pharmaziestudierenden die Bedingungen abzuändern; diese Antwort der preußischen Regierung basierte auf einem Gutachten der Reichshochschulkonferenz von 1923, die im Mai des folgenden Jahres eben dieses Thema behandelte und um die mögliche Promotionsmöglichkeit für Pharmazeuten ohne Abitur erweiterte. Dabei galt es zu bedenken, dass – falls eine Gleichstellung von maturen und immaturen Apothekern gesetzlich verankert werden sollte – die Einführung des pharmazeutischen Dokortitels von vornherein die Gefahr der Zweitklassigkeit in sich trug; denn diejenigen, die nach der alten Ordnung mit vermehrtem Aufwand ihren ‚Dr. phil.‘ erworben hatten und nun in einen weniger geachteten ‚Dr. pharm.‘ verwandelt sahen, fühlten sich bereits im Vorfeld der Entscheidung benachteiligt.¹ Salzmann, gestützt auf die Meinung Hermann Thoms, verweigerte deshalb ein weiteres diesbezügliches Vorgehen bei der Regierung. 1928 gab es neue Hoffnung für Apotheker ohne Abitur, doch noch eine Promotion anstreben zu können, indem ihnen eine Ersatzreifeprüfung in Aussicht gestellt wurde; für eine diesbezügliche Gesetzesänderung verlangte die Regierung allerdings die Vorlage von Zahlen promotionswilliger Immaturer.² Bereits im Mai des Folgejahres schien der Weg geebnet zu sein, wobei sich die neue Prüfungsordnung an die entsprechende für Landwirte anlehnen, jedoch Botanik als Prüfungsfach enthalten sollte.

Diese ganze Entwicklung hatte indes auch eine Kehrseite. Wie von Salzmann bereits 1918 vorausgesagt, war eine unmittelbare Folge der eingeführten Reifeprüfung der Mangel an Praktikanten, der sich im Jahr 1922 als bedrohlich darstellte. So fasste Johannes Fromme in kurzer Form zusammen, durch welche Gründe Abiturienten abgehalten wurden, Pharmazie zu studieren: „Die zu uns kommenden jungen Herren sind fast nur solche, die Aussicht auf eine Apotheke oder auf Anstellung in einem der Pharmazie verwandten Beruf haben. Der Mangel hat seinen Grund hauptsächlich darin, daß es dem mit dem Reifezeugnis ausgestatteten jungen Apotheker im Gegensatz zu anderen Akademikern, z.B. Aerzten, Tierärzten, Zahnärzten usw. vorläufig nicht möglich ist, im freien Spiel der Kräfte, wie es die Niederlassungsfreiheit entbinden würde, die Selbständigkeit im eigenen Berufe zu erlangen. Eine Erschwerung tritt noch dadurch hinzu, daß der Apothekerberuf im allgemeinen mehr als andere Berufe an das Haus fesselt, er neuerdings auch gegenüber der pharmazeutischen Großindustrie, den Krankenkassen und der überhandnehmenden Konkurrenz durch ‚Medizinaldrogisten‘ in eine äußerst unsichere Abwehrstellung geraten ist, von der aus er stimulierend, ja bittend auf die Regierung einwirken muß, daß sie ihm im Kampf gegen jene Mächte beistehen.“³ Um die tatsächliche Anzahl der Pharmaziestudenten mit besonderer Berücksichtigung der weiblichen und erstsemestrigen zu eruieren, veranstaltete die Schriftleitung der Apotheker-Zeitung eine Umfrage bei den Universitäten und Technischen Hochschulen. Nach dem vom preußischen Wohlfahrtsministerium veröffentlichten Statistiken über die Zahl der Apothekenpraktikanten musste erwartet werden, dass sich der Rückgang der Praktikanten von 1056 im Jahr 1922 auf 533 im Jahr 1923 in der Zahl der im Sommersemester 1926 beginnenden Studierenden erstmalig auswirken würde. Die Aufstellung aller Institute ergab einen Rückgang der Studierenden im ersten Semester von 354 im Jahr 1925 auf 191 im Jahr 1926, wobei 1925 an

¹ Vgl. NDP 1 (1928), 1.

² Vgl. NDP 4 (1929), 9; AZ 61 (1931), 948.

³ Vgl. FROMME (1924), 1495.

Männern 217 und 79 weibliche und 1926 an Frauen 63 und 115 männliche ihr Pharmaziestudium aufnahmen.¹

War 1922 der Zugang zum Fach beängstigend niedrig, so belief sich 1929 die Zahl der Praktikanten auf 1646 und wuchs bis zum 31. Januar 1930 auf 2244 an. Wegen der Inflation und der Weltwirtschaftskrise hatte der Nachwuchs in seiner Gesamtheit keine Aussicht, eine Anstellung zu finden, zumal 1932 bereits 1200 gekündigte Apotheker zu verzeichnen waren. Dieses Arbeitslosenheer galt es, nicht noch durch Nachrückende zu vergrößern. So riet man den jungen Leuten ausdrücklich ab, diesen Erwerbszweig zu wählen, strich die Lehrlingsgehälter und erlaubte nur denjenigen Betrieben, Praktikanten – und höchstens zwei gleichzeitig – einzustellen, die galenische Präparate herstellten. 1932 startete die Deutsche Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker eine Aufklärungsaktion, deren – von Salzmann verfasstes – Merkblatt ‚Der Apotheker‘ den Interessierten die Schwierigkeiten im Fach Pharmazie erläuterte (USK 1).

Während der 31-jährigen Amtszeit Salzmanns konnten die Apotheker die Wünsche bezüglich ihrer Vor- und Ausbildung teilweise verwirklicht sehen. Er hatte es durchgesetzt, das Abitur als obligatorisch zu verankern sowie die Berufsbezeichnungen der sich in Ausbildung Befindlichen zu ändern. Ferner vermittelten an den Universitäten nun eigene Lehrstühle an die damalige Arzneimittelforschung angepasste Inhalte. Hingegen ging sein Wunsch nach einem erweiterten Ausbildungsgang – zweijährige Praktikantenzeit, Vorprüfung, sechssemestriges Studium und Staatsexamen – erst mit der Prüfungsordnung vom 8. Dezember 1934, die dann am 1. April 1935 Gültigkeit erlangte², in Erfüllung. Der Vordenker dieser Neuerung war als Vorstandsvorsitzender zu diesem Zeitpunkt bereits zurückgetreten, was seiner Befriedigung über das letztlich doch Erreichte indes keinen Abbruch getan haben wird.

¹ Vgl. AZ 41 (1926), 688.

² Vgl. RANKENBURG (1996), 61.

3.4.4. Anpassung der Arzneitaxen

Ein Hauptanliegen Salzmanns war die finanzielle Sicherstellung der Apotheker – gleichgültig, ob sie selbstständig oder als Angestellte arbeiteten, musste doch das Geld, das der Apothekenleiter aus seinem Geschäft erwirtschaftete, zum Bezahlen der Rechnungen, der Gehälter, der Miete, der Kredite, der Versicherungen und Steuern genügen sowie ihm und seiner Familie die Existenz garantieren. Aus diesem Grund verwandte der Vorstandsvorsitzende höchstes Augenmerk auf die Ausgestaltung der gesetzlich bindenden Arzneitaxe – ein Unterfangen, das damals angesichts der wechselnden politischen Situationen nahezu aussichtslos erschien. Im Laufe seiner Amtszeit verschärften sich die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung, den Krankenkassen und dem DAV zunehmend, da die ersten beiden trotz steigender Kosten immer weniger Geld für die erbrachten pharmazeutischen Leistungen zu zahlen bereit waren. Die Apotheker – an die behördlich vorgegebene Arzneitaxe gebunden hatten nicht wie andere Gewerbetreibende die Möglichkeit, erhöhte Ausgaben auf den Endverbraucher abzuwälzen.

Das Thema ‚Arzneitaxe‘ erscheint 1903 im ersten Geschäftsbericht Salzmanns nur als fast nebensächlicher Punkt: „Durch eine Eingabe des Zentralverbandes deutscher Ortskrankenkassen an den Bundesrat ist die innerhalb des deutschen Apothekerstandes schon seit Jahrzehnten behandelte Frage der Schaffung einer Reichsarzneitaxe von neuem angeregt worden. Das Reichsamt des Innern hat diesen Wunsch den Bundesregierungen mitgeteilt und dabei seinerseits die Ansicht ausgesprochen, daß die Anregung beachtenswert sei, da es nur erwünscht sein könne, wenn auf diesem Weg einheitliche und, soweit möglich, billige Arzneipreise eingeführt würden.“¹ Das preußische Kultusministerium erklärte sich mit diesem Vorschlag prinzipiell unter der Voraussetzung einverstanden, dass die wesentlichen Grundzüge der neuen gesamtdeutschen Taxe auf der preußischen basierten. Schon seit Jahren waren Bestrebungen im Gange, die den Ersatz der einzelstaatlichen durch eine fürs ganze Reich zum Ziel hatten, was im Stand selbst zwar nicht auf ungeteilte Zustimmung stieß, aber dennoch von der Hauptversammlung 1903 in München als eine zeitgemäße Maßnahme begrüßt wurde, obgleich die Teilnehmer – allen voran die süddeutschen – eine Gewinnminderung befürchteten. So überreichte am 12. November 1903 Salzmann dem Kaiserlichen Gesundheitsamt eine Resolution, in der ebenfalls die Begrenzung eines Rezepturrabattes sowohl nach oben als auch nach unten verlangt wurde, um den von den Krankenkassen beanspruchten Nachlass für die Gesamtheit ihrer Versicherten zu beschränken.²

Am 1. April 1905 trat die Deutsche Arzneitaxe zum ersten Mal in Kraft. Sie war im Reichsgesundheitsamt unter Mitwirkung eines Gremiums erarbeitet worden, dessen elf pharmazeutische Berater fast ausnahmslos dem DAV angehörten, drei von ihnen dem Vorstand, darunter Salzmann. Da nicht alle Forderungen der Bundesstaaten umgesetzt werden konnten, blieb die Abfassung von Anfang an ein Kompromiss, auch wenn man die kurz zuvor vom DAV edierte – außer von Hamburg allseits akzeptierte – Ergänzungstaxe beifügte. Letzteres Verzeichnis, mit dem schon bald nach dem Erscheinen jede Apotheke Deutschlands arbeitete, bot nämlich neben den amtlichen Positionen eine Fülle von Preisansätzen für Mittel, die aus den zuvor geltenden staatlichen Zusammenstellungen zwar gestrichen, in der Praxis aber noch lange nicht obsolet waren.³ Ab 1920 machte sie die Ausdehnung des amtlichen Registers in dieser Form überflüssig; sie erschien dann wieder 1923 in neuem Kleid – gleichzeitig als Fortsetzung der ‚Hartmannschen Verkaufstaxe‘.

¹ AZ 18 (1903), 571.

² AZ 19 (1904), 637.

³ AZ 20 (1905), 662.

Im täglichen Gebrauch erwies sich die Deutsche Arzntaxe als mangelhaft, sehr zum Verdruss der nach ihr Kalkulierenden, die u.a. auf die Idee kamen, für Stadt- und Landapotheken unterschiedliche Abrechnungsmodi zu entwickeln, ein Ansinnen, das die – erst gegründete – Taxkommission freilich ablehnte.¹ Nicht nur galt es, die offensichtlichen Unzulänglichkeiten zu beseitigen, sondern auch eine ausreichende finanzielle Grundlage für die verantwortungsvolle Arbeit der Pharmazeuten zu schaffen bzw. einen monetären Ausgleich für die existenziell bedrohlichen Betriebskostensteigerungen durchzusetzen. So stellte Salzmann am 17. Oktober 1908 an den Bundesrat den Antrag, bei Aushändigung von Arzneien während der Zeit von 21.00 Uhr bis morgens 7.00 Uhr den zulässigen Nachzuschlag auf 50 Pfennige festzulegen, um die Inanspruchnahme der Kollegen zu mindern.² Bereits die vormalige Verfahrensweise, Entlohnung zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr zu verlangen, hatte das Publikum in der Tat dazu erzogen, weniger eilige Rezepte dann doch zu den üblichen Öffnungszeiten einzulösen. 1909 erfüllte die Regierung diese Bitte ebenso wie eine Erhöhung der Verkaufspreise bzw. der Dispensationsgebühr nicht, was zur tatsächlichen Deckung des täglichen Bedarfs, angehobener Steuern, gestiegener Gehaltsansprüche der Angestellten sowie der in naher Zukunft zu erwartenden Beiträge zur Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherungen für die Inhaber überlebenswichtig gewesen wäre, die dann auch mit entsprechender Verzweiflung reagierten.³ „Alle die so wohlbegründeten Eingaben des Vorstandes des DAV und der sonstigen Fachvertretungen haben die maßgebenden Stellen nicht davon überzeugen können, daß auch der Apotheker diese Zeit allgemeiner Preissteigerung in jeglicher Art der Lebenshaltung an sich verspüren muß, daß auch der Apotheker auf seine bescheidenen Forderungen wohl Brot aber keine Steine zu erhalten verdient hätte. Wohl darf man billig fragen, ob einem anderen Stande, etwa dem ärztlichen, eine so schroffe Ablehnung aller seiner Wünsche zuteil geworden wäre wie uns.“⁴

Aber nicht nur die Obrigkeit, sondern auch die eigene Vertretung nahmen die Gebeutelten ins Kreuzfeuer: „Sind unsere Standesgenossen in beratender Stellung bei den Ministerien der Bundesstaaten denn so machtlos und gänzlich einflusslos, daß sie für ihren Stand auch nicht das geringste Äquivalent in dieser Zeit allgemeiner Aufwärtsbewegung aller Löhne und Gehälter zu erringen vermögen, oder sind diese Vertreter unseres Faches, weil vielleicht selbst in gesicherter Lebensstellung, nicht überzeugt, von den Nöten der großen Zahl wirtschaftlich schwacher Existenzen in ihrer Kollegenschaft? Wir müssen endlich zu einer Standesvertretung an maßgebender Stelle gelangen, die den guten Willen besitzt, die Notlage des Standes zu erkennen.“⁵

Die Einführung der Reichsversicherungsordnung 1911 zog zusätzliche Verluste für die Apotheker nach sich. Zum einen wurden sie zur Gewährung eines Rezepturrabatts und niedriger Handverkaufspreise bei Lieferungen zu Lasten der Krankenkassen verpflichtet, zum anderen hatten die Ärzte möglichst günstige Medikamente zu verordnen, so dass sich gleichermaßen bei Kassen- und Privatpatienten nachhaltig eine Verschreibungsgewohnheit auf niedrigem Niveau einspielte und dauerhaft für eine Umsatzschmälerung sorgte. Daneben prosperierte – begünstigt durch das Warenbezeichnungsgesetz vom 12. Mai 1894 – das Spezialitäten- und Geheimmittelwesen und trieb im Schatten ausschlaggebend nachlässiger Überwachungsbehörden den ungesetzlichen Verkauf der an sich den Apotheken vorbehaltenen Medikamente in die Höhe.

¹ Vgl. AZ 22 (1907), 709.

² AZ 23 (1908), 340.

³ AZ 25 (1909), 631.

⁴ AZ 23 (1908), 942.

⁵ AZ 23 (1908), 943.

Trotz größter Anstrengung um die Nachbesserung der Arzneytaxe vermochte Salzmann zwischen den Jahren 1910–1913, lediglich die Anwendbarkeit des Nachzuschlags von 22.00 Uhr auf 21.00 h vorzuverlegen – eine Annäherung der Morgenstunden hingegen unterblieb.¹ Im Juni 1913 brachte er zudem eine besondere Sitzung des zuständigen Gesundheitsratsausschusses zuwege, der grundsätzliche Fragen der Abrechnungsmodi erörtern sollte.² Im Oktober richtete Salzmann – erfolglos – an den Bundesrat und alle Bundesregierungen erneut Eingaben, die nochmals auf die unhaltbare Situation hinwiesen, dass den Kollegen ein Mehr an Belastungen und ein Weniger an privatem Einkommen ungleich der allgemeinen Lohnanpassung zugemutet wurde; selbst der Staat hatte sich den Konsequenzen bestehender Unterhaltskosten nicht entziehen können und seinen Beamten und Angestellten Teuerungszulagen und Gehaltserhöhungen bewilligt. Nur den Pharmazeuten war die unerlässliche Aufbesserung versagt geblieben. Nicht einmal die Anhebung der Branntweinsteuer hatte nachfolgend die Arzneien verteuert. Die daraus resultierende Einbuße musste ebenso wie steigende Abgaben allein vom Inhaber getragen werden. Dabei wuchsen die Anforderungen an seinen Betrieb. Die Ausstattung seines Geschäfts, die Größe des Warenlagers und die umfangreichere Prüfung der Arzneimitteln infolge des neuen Deutschen Arzneibuches verschlangen zusätzliche Gelder. Allen anderen Erwerbsständen war es möglich, Teuerungen auf den Endverbraucher abzuwälzen, nur den Pharmazeuten nicht.

Die anfänglichen Benutzerschwierigkeiten und inhaltlichen Mängel der Arzneytaxe hatte man im Laufe der Zeit mitnichten verringert, woran auch ihr dritter Nachtrag vom 21. August 1914 kaum etwas änderte. Um die Verworrenheit zu klären, musste eine vollständige Neuauflage her, um deren Edition Salzmann das Kaiserliche Gesundheitsamt am 12. November 1915 und nochmals am 10. Mai 1916 bat. Parallel zu dieser Ausgabe gab der Verein als Hilfe seinen Mitgliedern eine Ergänzungsliste an die Hand. 1917 kam dann eine Überarbeitung heraus, die aber wiederum die Forderungen der Apothekerschaft nicht erfüllte. Sie bemängelte mit Recht die zu niedrig angesetzten Spiritus- und Einkaufsvereinbarungen, die mit den korrekten Bezugsentgelten keineswegs übereinstimmten. Am 11. Januar, 13. Februar und 26. März 1917 drängte Salzmann mit drei weiteren Noten, die unhaltbaren Kalkulationsansätze regierungsseits zu berichtigen und betonte in seiner letzten Eingabe, ebenfalls die kostspieligen Besorgungsmöglichkeiten für Gläser, Flaschen und Salbenkruken anzuerkennen sowie den Dispensationswert für Korken, Bindfaden und Papier von 15 auf 20 Pfennige zu erhöhen. Da keine Reaktion folgte, insistierte der Vorsitzende am 19. April ein weiteres Mal, und zwar durchaus mit Erfolg. Ende Mai erschien ein erster Nachtrag, der für eine große Zahl von Mitteln und für Gefäße angemessenere Gewinnspannen genehmigte, jedoch den Ausgleich für Verpackungsmaterialien verweigerte. Salzmann gab nicht nach. In seinen Schreiben vom 27. Juli und 15. August verlangte er eine zweite amtliche Ergänzung, die die Aufstockung der Dispensationsgebühr um 5 Pfennige sicherstellte. Er reüssierte. Der dritte Zusatz folgte dann im November und brachte nochmals eine kleine Verbesserung der Medikamentenmarge. Wie schon im Jahr zuvor gab der Verein auch 1917 mit dem Erscheinen der amtlichen Vorgaben seine eigene revidierte Ergänzungsliste samt korrigiertem Preisverzeichnis heraus.³ Für 1918 erschien wieder eine Berichtigung, die gemäß bundesstaatlicher Verordnung einen Teuerungszuschlag von 20 Pfennigen für Rezepturen sowie eine leicht erhöhte Spezialitätenrendite auswies.⁴

Die dauernde Verschiebung der Marktlage forderte eine immer schneller aufeinander folgende Anpassung. Von maßgebender Seite billigte man kurzfristige Nachträge zu, für deren Grundlage der Vorstand allmonatlich die notwendigen Aufstellungen liefern sollte. So

¹ AZ 25 (1910), 653.

² Vgl. AZ 28 (1913), 643.

³ Vgl. AZ 32 (1917), 450.

⁴ Vgl. AZ 33 (1918), 4 f.

wurden dann bereits im März 1918 ein erster und Ende Mai ein zweiter Zusatz veröffentlicht.¹ Am 1. September 1919 folgte der dritte, der zwar zahlreiche Anhebungen brachte, jedoch nicht die bereits seit Mai verlangte Erhöhung des Teuerungszuschlags vorsah. Salzmann reagierte sofort. Bereits zwei Tage später erging ein weiteres Gesuch. Tatsächlich hatte er damit Erfolg. Ab Ende Oktober durften seine Kollegen ein Aufgeld von 40 Pfennigen berechnen. Unterdes war am 1. Oktober das Gesetz über das Branntweinmonopol in Kraft getreten, wodurch der Spiritusbezug doppelt so teuer wurde. Auch dieses Mal zeigte Salzmanns hartnäckiger Einsatz Wirkung: drei Wochen später konnten weingeisthaltige Zubereitungen wieder gewinnbringend veräußert werden. Die nächste Ergänzung am 4. November erlaubte erneut eine Berechnungsänderung einer Reihe von Arzneimitteln, der fünfte Nachtrag am 8. Dezember bewilligte dann auch eine gestiegene Vergütung für Gläser. 1920 wurde die bei der Berechnung einer Rezeptur zugrunde gelegte Bemessung der Ausgangsstoffe zwar verdoppelt, doch glich dieser hundertprozentige Aufschlag das rasche Steigen der Einkaufspreise für die Materialien nicht aus. Auf Salzmanns wiederholtes Drängen erschien die so genannte ‚Zweite Ausgabe‘ der Deutschen Arzneitaxe, die am 20. Februar des Jahres rechtlichen Charakter erhielt, sich aber sofort als überholt erwies, so dass schon am 21. Februar eine Eingabe an das Reichsgesundheitsamt gemacht werden musste, der ein Verzeichnis mit über 200 Änderungswünschen beigelegt war. Am 20. März folgte eine dritte, am 15. April eine vierte, am 17. Mai eine fünfte mit drei Nachträgen und am 15. Juli eine sechste Ausgabe der Taxe wieder mit Anhängen, für die Salzmann jedes Mal dem Reichsgesundheitsamt die eingeforderten Unterlagen zur Verfügung stellte. Seine schier endlosen Mühen waren dennoch nicht von Erfolg gekrönt; nur eine – von den Krankenkassen abgelehnte – 100prozentige Anhebung der Teuerungszuschläge nämlich hätte die Lage der Apotheker bessern können. Im Frühjahr 1921 kam es durch direkte Vermittlung des Reichsgesundheitsamts zu eingehenden Verhandlungen zwischen den Kontrahenten. Obwohl Salzmann – durch entsprechendes Zahlenmaterial gestützt – die desaströse Situation nachweisen konnte, bewegten sich die Krankenkassen nicht, sondern zeigten lediglich Bereitschaft, die Taxe für 1922 umzuformen und gleichzeitig eine neue Ergänzung herauszugeben, die erstmals Abmachungen über Verbandstoffe, Gegenstände zur Krankenpflege und Handverkaufsverzeichnisse sowie die ‚Scribas-Tabellen‘ – einer Auflistung der stark wirkenden Mittel, der heutigen verschreibungspflichtigen Medikamenten – enthielt. Aber das Wichtigste, eine Gewinnaufbesserung, unterblieb. Hoffnungslosigkeit und Verbitterung ließen die Apotheker nach Selbsthilfe rufen, die Salzmann durch eine weitere Eingabe am 7. März 1922 an das Reichsinnenministerium und die Landesregierungen zu verhindern suchte. Diese Note ließ keinen Zweifel daran, dass der ab dem 1. des Monats bewilligte Teuerungszuschlag von 1.75 Mark für jedes auf ärztliche Verordnung abzugebende Medikament und 90 Pfennige auf Spezialitäten bei weitem nicht ausreichte, um die gestiegenen Kosten zu decken, umso weniger, als mit weiteren Erhöhungen der Angestelltentarifgehälter zu rechnen war. Man ließ die Regierung unmissverständlich wissen, dass, sollte diesem Appell nicht entsprochen werden, die Eigentaxe Verwendung finden würde. Kurz vor Weihnachten forderte der Vorstand die Apothekenbesitzer öffentlich auf, Rentabilitätsberechnungen einzureichen, die ein beredtes Zeugnis von dem Elend des Standes gaben. Salzmann verlangte daraufhin vom Reichsgesundheitsamt die Bewilligung einer 20prozentigen Allgemeinerhöhung auf den Gesamtverkauf; das Ergebnis war jedoch niederschmetternd: man gewährte lediglich eine dürftige Anhebung der Sonderzuschläge. Im Januar 1923 kam schließlich die neue Taxe mit einer Reihe von Modifikationen heraus, die allerdings aufgrund rechtlicher Schwierigkeiten nicht der vom Vorstand des DAV beantragten Erweiterung des Begriffs ‚Einkaufspreis‘ als in ‚der zurzeit der Abgabe geltende Einkaufspreis‘ in vollem Sinne umsetzte.²

¹ Vgl. AZ 33 (1918), 340.

² Vgl. AZ 38 (1923), 1 f.

Die Verantwortung und die Arbeitslast, die auf dem Vorstand – vor allem auf Salzmann – lagen, waren größer als jemals zuvor. Es galt von Monat zu Monat, dann von Woche zu Woche, schließlich von Tag zu Tag um die Erhaltung des wirtschaftlichen Bestehens der Apotheke zu kämpfen. Die Warenpreise stiegen unentwegt; die Privatkundschaft hielt sich immer mehr zurück; die Krankenkassen bestanden auf ihrem gesetzlichen Recht der Rabattgewährung und nahmen wie früher Kredite in Anspruch, während die Lieferanten ihre Bedingungen andauernd verschärften: sie verkürzten die Stundungsfristen und verlangten schließlich Bar- und sogar Vorauszahlung.¹ Die Apotheker konnten ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, selbst ihre Beiträge zum DAV mussten eingetrieben werden.² Auch die Abhaltung der bereits nach Bayreuth einberufenen satzungsmäßigen Hauptversammlung wurde aus finanziellen Gründen in Frage gestellt.³ Als schließlich die Krankenkassen selbst in Zahlungsschwierigkeiten gerieten, Industrie sowie Großhandel als Berechnungsgrundlage Gold- (gleich) Festmark bestimmten und Zahlung nach dem täglichen, um Hunderte von Prozenten schwankenden Dollarkurs verlangten, schien die Lage ausweglos. Es galt, mit den alten Taxeinrichtungen zu brechen.⁴

1923 erschien als verbindliche Preisliste die ‚Festmarktaxe‘, deren Beträge nach einem veränderlichen Schlüssel in Papiermark umzurechnen waren.⁵ Das Prinzip befürworteten die Delegierten der nun doch stattfindenden Hauptversammlung durchaus, kritisierten allerdings die Unfähigkeit der Methode, angemessen auf die täglichen Abweichungen reagieren zu können. Der auch zur Klärung dieses Problems neu gegründete Arzneitaxen-Arbeitsausschuss forderte daher von der zuständigen Behörde: „in den Fällen, wo die Grundzahlen der Reichsarzneitaxe in Verbindung mit dem jeweils gültigen Multiplikator in offenbarem Missverhältnis zu dem tatsächlichen Tages- oder Marktpreis eines Mittels stehen, der Apotheker berechtigt sein soll, die als falsch erkannte Grundzahl nach den Vorschriften der Reichsarzneitaxe zu berichtigen.“⁶ Daneben riet die Kommission auch, entweder die Arzneitaxe auf 100 000 Mark aufzurunden – um die Diskrepanz resultierend aus der Verquickung des Goldmark- bzw. Dollarstands mit dem wesentlich niedrigeren Lebenshaltungsindex auszugleichen – oder die Schlüsselzahl allein auf den Goldmark- bzw. Dollarstand einzustellen. Für die Stammland-Apotheker bot diese zweite Vorgehensweise den Vorteil, sich den Umrechnungsfaktor aufgrund des amtlichen Dollarbriefkurses täglich selbst errechnen zu können, was Kollegen aus besetzten Gebieten und abgelegenen Orten aufgrund eines beeinträchtigten Nachrichtenwesens verwehrt blieb. Sie erfuhren die Variante oft so spät, dass aus ihrem infrastrukturellen Nachteil pekuniärer Schaden entstand. Aber nicht nur Zeitungen erreichten die okkupierten Landesteile schleppend; Warenerwerb generell war schwierig und bedeutend teurer als in zentralen Gebieten, so dass zum Ausgleich für diese Regionen eine allgemeine Beschaffungszulage von 100% gefordert wurde.

Schon seit Herbst 1922 hatte der Vorstand die Behörden gedrängt, Kreditansprüche seitens der Krankenkassen zu unterbinden. Da bis zum nachfolgenden Sommer die gewohnte Zahlungsweise unbeirrt beibehalten wurde, verlangte Salzmann am 4. August 1923 nochmals mit entschiedenem Nachdruck, schleunigst durch geeignete Schritte auf dem Gesetzes- oder Verordnungsweg diese zu verpflichten, die an ihre Mitglieder gelieferten Arzneien sofort zu bezahlen bzw. im Lauf des Monats Abschläge auf den Rechnungsbetrag zu leisten, was ein kleiner Teil –auch auf Empfehlung ihrer Hauptverbände – umsetzte und den Apothekern sogar Vorschuss gewährte. Die Mehrheit aber leistete Widerstand und begründete ihren

¹ Vgl. AZ 38 (1923), 89.

² Vgl. AZ 38 (1923), 107.

³ Vgl. AZ 38 (1923), 105.

⁴ Der Ausdruck ‚Goldmark‘ entstand erst nach 1914 zur Unterscheidung gegenüber der durch die Inflation entwerteten Papiermark und war namentlich ab 1923 auf Notgeldscheinen mit US-Dollar-Bezug gebräuchlich.

⁵ Vgl. AZ 38 (1923), 113.

⁶ AZ 38 (1923), 117.

Protest mit den eigenen schlechten Finanzverhältnissen. Schließlich griff – allerdings erst, als die Lage sich so zuspitzte, dass von Seiten der Apotheker Kreditentziehungen im großen Maßstab angedroht und für Berlin bereits ein Ultimatum gestellt war – der Staat ein und stellte den Hauptstadt-Kassen mit Hilfe der Reichskreditanstalt Mittel zur Verfügung.¹

Die Bezüge der Angestellten regelte der allgemein verbindliche Tarifvertrag, der durch Zahlungen aus der standeseigenen Zuschusskasse für Verheiratete ergänzt wurde. Um die Folgen der Inflation für die Mitarbeiter auszugleichen, waren ihre Gehaltssätze durch Schiedsspruch gegen die Stimmen der Besitzervertreter allmonatlich in die Höhe gesetzt worden. Die Apothekeninhaber erkannten zwar an, dass die Löhne ihres Personals einer Anpassung an den sich ständig verringernden Geldwert bedurften, verlangten aber für sich eine Gleichbehandlung. Überall, wo Tarife bestehen, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Gehälter und Löhne als einen Teil der Kosten auf den Verbraucher abgewälzt werden, was man den Apothekern wegen der Bindung an die Arzneitaxe verweigerte. Durch entsprechende Schiedssprüche wurden die Apothekenleiter zur Zahlung der ausgehandelten höheren Angestelltentarife gezwungen, ihnen selbst aber mit behördlichem Hinweis auf den Gewinn ihrer Betriebe vom Oktober 1920 kein Ausgleich zugestanden. Die Inhaber erwogen daher, den Tarifvertrag zum 1. Juli mit Wirkung zum 31. Dezember 1923 zu kündigen.²

Schon im Februar hatte es in Lübeck Auseinandersetzungen zwischen den Tarifparteien gegeben. Dort waren angestellte Apotheker aus Solidarität zu gekündigten Kollegen in den Streik getreten, um so die Chefs zu zwingen, die Entlassungen rückgängig zu machen. Ihr Zusammenhalt sollte sich keineswegs auszahlen, denn vor dem Schlichtungsausschuss erklärten die Apothekenleiter, Wiedereinstellung sei nicht ihre Antwort, sondern weitere Ausschlüsse (GStaPK 56).

Nach Einführung der Rentenmark im November 1923 und der dadurch bedingten Stabilisierung der Währung drängte Salzmann auf eine allgemeine Heraufsetzung der Taxe und eine Umstellung auf Goldmark, dem beidem in der Fassung vom Februar 1924 nicht entsprochen wurde, woraufhin er eine Versammlung von Vertrauensmännern aus allen Gauen einberief, der sich eine öffentliche Sitzung von Fachleuten anschloss. Man erhob entschiedenen Protest und verlangte umgehend vom Reichsinnenministerium, dem Reichsgesundheitsamt und dem Preußischen Wohlfahrtsministerium eine Anhebung auf die vor 1914 gültigen Defektorentgelte, Erhöhung der Arbeits- und Mindestpreise und der Nachtgebühr sowie Ausweitung der Besatzungszulage und des Frachtgelds, was zwar im April umgesetzt, doch für die Apotheker zur Enttäuschung wurde: der zusätzlich erworbene Gewinn reichte gerade aus, die ebenfalls gestiegenen Tarifgehälter zu bezahlen.

Erst im Juni erreichte die Taxe wieder die Friedenssätze, das heißt, ihre nominellen Werte. Die Goldmark besaß nämlich nur noch zwei Drittel ihrer früheren Kaufkraft, die Geschäfts- und Lebenshaltungskosten stiegen, so daß das Betriebsergebnis hinter dem der Vorkriegszeit zurückbleiben musste und die Existenz der Apotheker auch 1925 bei weitem nicht gesichert war.³ Zwar erlaubte die nun gültige Arzneitaxe eine gewinnbringendere Abrechnung für homöopathische Tabletten und passte im Laufe des Frühjahrs und Sommers eine Reihe von Sätzen an die veränderten Einkaufsentgelte an, doch lehnte das Reichsgesundheitsamt Salzmanns Antrag nach einer Erhöhung der Arbeitspreise sowie einer Umsatzsteuerbefreiung für Medikamente auch 1926 – trotz der notwendigen Anschaffungen für das neue DAB 6, immens gestiegener Abgaben für Spiritus, Morphinum und Codein – weiterhin ab.⁴

Salzmann – gestützt auf aktuelle Rentabilitätsberechnungen seiner Kollegen⁵ – errang nach heftigen Debatten mit den Krankenkassen schließlich einen Kompromiss: Den Apothekern

¹ Vgl. AZ 38 (1923), 113.

² Vgl. AZ 37 (1922), 186 f.

³ Vgl. AZ 39 (1924), 902.

⁴ Vgl. AZ 40 (1925), 903.

⁵ Vgl. AZ 43 (1928), 453.

wurde eine Besserung der Arbeits- und Mindestpreise, der Gegenseite die Herabsetzung der Zuschläge für teure Spezialitäten zugestanden, bei den Zwangs- und Sondernachlässen traf man sich in der Mitte.¹ Erstaunlicherweise modifizierte der Gesetzgeber diese Abmachungen zugunsten der Apotheker: Ende März 1930 setzte der Reichsrat den Zwangsrabatt auf günstige 10% fest, stellte jedoch zusätzlich den Landesregierungen frei, für kleinere Apotheken in Notfällen noch annehmbarere Bedingungen zu schaffen. 1931 wurde dann diese Möglichkeit von den meisten Ländern – jedoch nicht von Preußen, Baden, Oldenburg und Lippe – in ihren entsprechenden Einführungsverordnungen zur Arzneitaxe gesetzlich verankert. Der preußische Minister sowie seine drei gleich agierenden Kollegen hatten lediglich ihre Regierungspräsidenten angewiesen, auf Anregung der zuständigen Apothekerkammern zu prüfen, ob in ihrem Bezirk eine entsprechende amtliche Mitwirkung überhaupt erforderlich sei, weil sie fälschlicherweise annahmen, die Krankenkassen zeigten von sich aus Entgegenkommen.² Da die anderen Länder durchaus von der Minderung dieses Sockelrabattes für umsatzschwache Apotheken Gebrauch machten, bat Salzmann am 26. März 1931 um Gleichbehandlung aller Kollegen, allerdings vergeblich.³

Ab 1910 existierte neben der Arzneitaxe zur Berechnung der Rezepturen die sog. Spezialitäten-Taxe für das Deutsche Reich, in der man die von dem Vorstand des DAV und den Großfirmen gemeinsam kalkulierten Fertigarzneimittel registrierte, wohingegen die unbedeutenderen Erzeuger ihre Handelsspanne frei gestalteten, die sich aber über gewährte Rabatte ebenfalls kooperativ zeigten.⁴ 1914 vereinbarte man, die auf den Packungen gedruckten Kleinstverkaufspreise mit den höheren der Spezialitäten-Taxe zu harmonisieren, um schädigenden Auseinandersetzungen zwischen Apothekern und Publikum aus dem Weg zu gehen. Während des Weltkriegs kamen viele fabrikmäßig hergestellte Medikamente erstmalig auf den Markt und die bereits vorhandenen wurden teurer, so dass die Herausgabe zahlreicher Nachträge nicht mehr genügte, ja zur Verwirrung führte⁵, so dass der Verein im Juli 1916 eine völlig überarbeitete Ausgabe der Spezialitäten-Taxe druckte, deren Ergänzungen aus Ersparnisgründen bis 1918 lediglich in der Apotheker-Zeitung zur Veröffentlichung kamen.⁶ Obwohl anfangs die Zusammenarbeit hinsichtlich der Entgeltgestaltung zwischen Produzenten und Beziehern erfreulich war, kam es im letzten Kriegsjahr diesbezüglich zu Meinungsverschiedenheiten. Salzmann wies in seiner jeweils auf der ersten Seite des Standesorgans abgedruckten Bekanntmachung darauf hin, dass die Ansicht, „sie seien befugt, für Spezialitäten, die in der ‚Spezialitäten-Taxe für das Deutsche Reich‘ und deren Nachträgen aufgeführten Verkaufspreise unter allen Umständen sofort zu berechnen“ falsch war, da „diese Auffassung während der Geltungsdauer der Kriegsverordnungen [...], soweit es sich um Spezialitäten handelt, die nicht Arzneimittel sind, nicht zutraf. Es ist vielmehr unzulässig, für eine Spezialität, die keine Arznei darstellt, sondern zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gehört, so besonders für diätetische Nahrungsmittel, einen höheren Preis zu nehmen, als derjenige ist, der zur Zeit des Einkaufes auf Grund des damaligen Einkaufspreises gegolten hat. Der Apotheker wird daher gut tun, bei Spezialitäten dieser Art sich an den vom Hersteller aufgedruckten Kleinstverkaufspreis zu halten, und auch bei denjenigen Zubereitungen, welche auf der Grenze zwischen den

¹ Der Zwangsrabatt, den alle Apotheken den Krankenkassen bei ihrem gleichzeitigen Verzicht auf Selbstabgabe einräumen mussten, betrug nun nicht mehr 7% wie früher, sondern 10%; dafür wurde der Sonderabschlag nach Umsatz gestaffelt, jedoch auf höchstens 15% limitiert, d. h. von kleinen Betrieben konnten die Krankenkassen nur 10%, von großen 15% Nachlass, von mittleren Geschäften eine Ermäßigung je nach Absatz dazwischen verlangen.

² Vgl. AZ 46 (1931), 1070.

³ Vgl. AZ 45 (1930), 1120.

⁴ Vgl. AZ 29 (1914), 841 f., 42 (1927), 1052.

⁵ Vgl. AZ 31 (1916), 486 f.

⁶ Vgl. AZ 33 (1918), 340.

eigentlichen Arzneimitteln und den diätetischen Nahrungsmitteln stehen, lieber auf einem ihm zustehenden Gewinn zu verzichten. Ferner sei darauf hingewiesen, daß die Beseitigung oder Unkenntlichmachung einer Preisangabe, z.B. durch Überklebzettel, bei Strafe verboten ist.“¹

Nach dem Krieg beabsichtigte die Regierung, eine degressive Preisgestaltung für Fertigarzneimittel zu verankern, wogegen Salzmann sich am 1. Juli 1920 mit einer Eingabe beim Reichsinnenministerium wehrte und stattdessen eine fixe Gesamterhöhung von 5 % forderte, so dass der absolute Aufschlag niedrigpreisiger Medikamente moderat und die der teuren ertragstabilisierend ausfallen würden. Dieser sinnvolle Gedanke fand durch die bald einsetzende Geldentwertung jedoch keine Umsetzung. Nach der Inflation – im Dezember 1925 – verlangte dann das Reichskabinett eine Herabsetzung der Spezialitätenzuschläge², stimmte aber schließlich am 16. Dezember 1926 – gegen die Stimmen Sachsens – dem Berechnungsweg Einkauf plus 75 Prozent zu.³ Allerdings versuchten im Herbst 1929 die Spitzenverbände der Krankenkassen, diesen Wert auf 60 % zu reduzieren, wogegen die Vertreter des DAV am 12. November zunächst Einspruch erhoben, wenngleich Salzmann – um Schlimmeres zu verhüten – eine Einigung mit den Kassen als unumgänglich ansah.

Das Thema ‚Arzneikosten‘ wurde auch von dem Bestreben der Reichsregierung nach einer allgemeinen Verbilligung berührt. Aufgrund der damaligen Notverordnung, die dem Staat den Weg ebnete, gegen Missbräuche im Kartellwesen vorzugehen, hatte er Ende Juni 1930 den Reichswirtschaftsrat um ein Gutachten über das Problem der Preisbindung und der Möglichkeit ihrer Verhinderung oder Einschränkung – besonders auch bei Markenartikeln – gebeten. Salzmann beteiligte sich an den sofort eingeleiteten Verhandlungen der Abnehmerverbände und des Markenschutzverbands, die den Status quo beizubehalten gedachten. Im August des Jahres wurde die Expertise des Reichswirtschaftsrats veröffentlicht, der empfahl, Preisbindungen im Allgemeinen nicht zu untersagen, aber in Einzelfällen – wenn nötig – einzugreifen. Bezüglich der Markenartikel waren jedoch die Meinungen darüber auseinandergegangen, so auch hinsichtlich der Medikamentenkosten. Ein Teil dieser Kommission regte die Nachprüfung der Arzneitaxe in Richtung wirtschaftlich möglicher Vergünstigungen an, war sich aber darüber klar, dass diese Frage nur im Zusammenhang mit der Ordnung des Apothekenwesens und der Krankenversicherung entschieden werden könnte. Im Ganzen ging die Ansicht dahin, dass Prüfungen in geeigneten Einzelfällen vorgenommen werden sollten und, wenn sich hierbei unangemessene Preisbindungen ergaben, als Konsequenz die Entziehung des Rechtsschutzes drohte. Aufgrund dieser Beurteilung war im August 1930 das Reichsinnenministerium beauftragt worden, die Höhe des in der Arzneitaxe festgesetzten Spezialitätenzuschlags in Rücksprache mit dem Reichswirtschaftsministerium erneut zu untersuchen und gegebenenfalls auf die für die Festsetzung der Arzneitaxe zuständigen Landesregierungen in dem vom Reichswirtschaftsrat vorgesehenen Sinn einzuwirken. Salzmann wehrte sich sofort gegen die behördlicherseits erwogene Senkung der Fertigarzneimittelpreise, da zwar 1929 die Apotheken aufgrund einer Grippeepidemie einen im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Umsatz erzielen konnten, der sich jedoch nicht wieder einstellen würde, da der milde Winter ein Wiederaufflammen der Seuche unwahrscheinlich machte und die allgemeine wirtschaftliche Krise mit der ungeheuer gestiegenen Arbeitslosigkeit, die Not der Landwirtschaft und die Verelendung in den Grenzgebieten die Bevölkerung zwangen, auch an Medikamenten zu sparen; daneben versicherten sich die Menschen kaum noch privat, sondern kostengünstiger bei den gesetzlichen Krankenkassen, die mittlerweile am Apothekenumsatz mit rund 50% beteiligt waren und über den ab dem 1. April 1930 durchschnittlich 10%igen Zwangsabschlag sowie die vereinbarten Sonderrabatte auf den vormaligen Gewinn minimierend wirkten. Obendrein hatten die Krankenkassen

¹ AZ 33 (1918), 57 und 335.

² Vgl. AZ 41 (1926), 814.

³ Vgl. AZ 42 (1927), 1277.

erfolgreich die Ärzte zu einer billigeren Verordnungsweise gezwungen, die kaum noch Rezepturen, stattdessen aber Kleinstpackungen oder oft die für die Kassen speziell geschaffene Sparvariante verordneten. Ungeachtet dessen wuchs die Apothekendichte, Mieten, Steuern und Gebühren stiegen, wobei die Deutsche Arzntaxe – analog den Jahren zuvor – nicht annähernd Schritt mit der Entwicklung hielt, sondern bisweilen sogar unter die Vorkriegssätze fiel, was eine Gegenüberstellung von 1913/14 und 1930 belegt: Bei Spiritus konnte man zur Kaiserzeit einen 100 % Aufschlag in Anrechnung bringen, während 1930 dem Apotheker nur noch die Hälfte erlaubt war. Ferner betrug 1914 der Spezialitätenzuschlag bei 1 RM Einkauf 100%, zwischen 1.25 bis 3.00 RM 60% und über 3.20 RM 50%, wohingegen 1930 auf den Einkaufspreis bis 2.50 RM 75% und darüber 60% addiert wurden. Da in der Nachkriegszeit die Mehrzahl der Spezialitäteneinkaufspreise – insbesondere die für die nun zwangsabschlagberechtigten Krankenkassen verordneten – unter 1 RM lagen, war der Nutzen des Apothekers an den Fertigarzneimittel erheblich geringer als 1914. Andererseits machte das durchschnittliche Einkommen eines approbierten Mitarbeiters in Berlin nach 60 monatiger Betriebszugehörigkeit vergleichsweise etwa 240 RM aus, das tarifliche Mindestgehalt 1930 bezifferte sich jedoch auf 475 RM. Daneben blühte der ungesetzliche Arzneimittelhandel von Drogisten und Hausierern; Heilkundige und biochemische Vereine gaben ihre Präparate im Eigenvertrieb ab; das Dispensierrecht der Tierärzte bestand weiterhin; Mediziner verteilten ungehindert Ärztemuster und die Landwirtschaftskammern boten reibungslos Schädlingsbekämpfungs- und Pflanzenschutzmitteln selbst feil¹, so dass die Ertragslage der Apotheker sich nur verschlechtern konnte, wie auch die vom DAV laufend geführten Statistiken und das Ergebnis einer Erhebung des Reichs-Wirtschaftsministeriums 1929 dokumentierten, nach der der durchschnittliche Nettoüberschuss von 65 geprüften Apotheken –unter Vernachlässigung jeglicher Verzinsungskosten – 15.6% betrug², der Handelsumfang demgemäß zugenommen hatte, der Anteil der Krankenkassenlieferungen aber auch, was einer faktischen Gewinnminderung entsprach³, so dass der Vorstand die Verträge mit den Krankenkassen hinsichtlich des Spezialitätenaufschlags zum Jahresende – mit dem Hinweis auf Bereitwilligkeit zu einer Neufassung – kündigte.

Kurz vor der Hauptversammlung in Trier war die Erste Notverordnung vom 26. Juli 1930 erschienen, nach deren § 182 a bei der Abnahme von Arznei-, Heil- und Stärkungsmitteln der Versicherte 50 Reichspfennige, jedoch nicht mehr als den wirklichen Betrag an die abgebende Stelle zu zahlen hatte. Enthielt das Rezept mehr als ein Medikament, so war der Betrag nur einmal zu entrichten. Der Reichsarbeitsminister konnte Näheres bestimmen und nach Anhörung des Ärzte- und Krankenkassenausschusses Ausnahmen von der Vorschrift zulassen. Die Delegierten allerdings erhoben sich gegen diesen Passus, da sie die Einführung einer Selbstbeteiligung widersprüchlich zum Gedanken der Krankenversicherung und als soziales Unrecht empfanden. Nach ihrer Meinung wurden die Patienten durch diese Zwangsabgabe an der rechtzeitigen Beschaffung notwendiger Medizinen behindert und dadurch unter Umständen schwersten Gefahren für Leben und Gesundheit ausgesetzt. Die Apotheker lehnten jede Verantwortung für derartige Folgen ab und forderten die baldige Beseitigung dieser Bestimmung, erklärten sich aber aus staatspolitischen Erwägungen für die anberaumte Geltungsdauer zur Mitarbeit an der Durchführung – wie z. B. der Weiterleitung der eingenommen Gelder an die Krankenkasse – bereit, obschon diese Verordnung ihnen nur Nachteile brachte.

Am 7. November 1930 richtete Salzmann an den Reichstag eine Eingabe, in der er bat, der Neufassung des § 182 a die Zustimmung nicht nur zu versagen, sondern – mit Hinweis auf die bereits entstandenen Schäden – gänzlich zu streichen. Die Arzneimittellieferungen für

¹ Vgl. AZ 45 (1930), 1120.

² Vgl. AZ 45 (1930), 365–369.

³ Vgl. AZ 45 (1930), 415–418.

Krankenkassenmitglieder, die zuvor mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes ausgemacht hatten, waren nämlich im September durchschnittlich um ein gutes Drittel, teilweise um die Hälfte und mehr zurückgegangen, so dass die Existenzfähigkeit eines Großteils der Apotheken in Frage stand. Am 1. Dezember erschien eine neue Notverordnung, die bezüglich der Krankenversicherung tatsächlich Milderung brachte. Es wurden durch den hinzugefügten § 182 b Kranke, die länger als zehn Tage dienstunfähig waren, Arbeitslose, Sozialrentner [Berufsverunfallte oder Kriegsbeschädigte], ganz oder teilweise Invalide – sofern sie eine Rente bezogen – sowie Tuberkulose und Geschlechtskranke von jeglicher Zuzahlung befreit. Diese in Aussicht gestellten Vergünstigungen beabsichtigte der Staat, über die Herabsetzung des Spezialitätenzuschlags für die Krankenkassen finanzierbar zu machen, worauf Salzmann nochmals alle Gründe gegen einen solchen Schritt in einer ausführlichen Eingabe zusammenfasste, die er am 15. Dezember 1930 dem Reichsinnenminister, der Presse sowie sämtlichen Industrie- und Handelskammern überreichte. In der Tat brachte die Taxe für 1931 keine Verbilligung der Fertigarzneimittel oder Rabatterhöhungen, aber lediglich aus dem Grund, weil die Verhandlungen darüber noch nicht abgeschlossen waren. Zwischen Salzmann und den Behörden folgten am 5. Januar 1931 im Reichsinnenministerium sowie am 27. und 28. Februar im Reichsgesundheitsamt Besprechungen, die zwar keine Klärung brachten, aber den Eindruck verstärkten, dass die Reichsregierung an dem bedrohlichen Senkungsplan festhalten wolle, den es durch vorsorgliche Kündigungen der Verträge seitens der Apotheker zu unterlaufen galt.

Eine weitere Notverordnung folgte am 5. Juni 1931, in der sich die Regierung die Ermächtigung hatte erteilen lassen, den Spezialitätenzuschlag und die den Krankenkassen zu gewährenden Rabatte eigenmächtig – ohne Mitwirkung der Länder bzw. des Reichsrats – zu bestimmen, wovon sie aber zunächst keinen Gebrauch machte, sondern lediglich bei dem Reichsrat eine Vorlage einbrachte, die diese Minimierung vorsah, was aber auf lebhaften Widerstand stieß und somit von der Tagesordnung wieder abgesetzt wurde. Damit war das Problem allerdings nicht beseitigt. Zahllose weitere Verhandlungen folgten, in denen Salzmann sich auch dafür einsetzte, in den Allgemeinen Bestimmungen der Taxe nicht die Höhe des Zuschlags zum Einkaufs-, sondern den entsprechenden Prozentsatz des Bruttoverdienstes des Apothekers am Verkaufspreis anzugeben, was ebenfalls wie seine bisherigen diesbezüglichen Bemühungen ins Leere lief. Der ständige Umsatzrückgang bei gleichbleibendem Kostenapparat und vermindertem Reingewinn brachten die Apothekenbesitzer, die bereits zahlreiche ihrer Angestellten – trotz Senkung der Tarifgehälter – entlassen mussten, schließlich an den Rand des Ruins¹, was die im September tagende Hauptversammlung in Würzburg veranlasste, eine entsprechend scharfe Resolution zu verfassen, die allerdings die Regierung nicht davon abhielt, nun dem Reichsrat eine Vorlage mit der Forderung nach Herabsetzung des Zuschlags auf 64% zu überreichen, den dieser am 17. September 1931 jedoch zugunsten der Apotheker – ohne eine weitere Stellungnahme abzuwarten – auf 66 2/3% erhöhte und von Preußen, Hamburg und Schaumburg-Lippe mit Wirkung zum 1. Oktober eingeführt wurde. Inzwischen hatte die Preissenkungsaktion des Staates eingesetzt, die in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 und der Einsetzung des Reichskommissars für Preisüberwachung mündete, der eine Herabsetzung des Spezialitätenzuschlags bei den Präparaten bis 2.50 RM Einkauf auf 64% unter gleichzeitiger Ermäßigung des Rabatts für Krankenkassen auf 7 % erzwang, was in der erst am 1. Februar veröffentlichten Arzntaxe für 1932 ebenso wie die Pfennigendrechnung und der Begriff ‚Einstandspreis‘ verankert wurde. Über die teureren Medizinen jedoch stritten das Wirtschaftsministerium, Salzmann und der Preisüberwachungskommissar in ihrer Sitzung am 10. Februar weiter, da letzterer eine Senkung der höherpreisigen Fertigarzneimittel um 10–16%, von Insulin, Salvarsan, Sera und Klinikpackungen exakt um 15% forderte. Zu

¹ Vgl. AZ 46 (1931), 1070.

Kontrollzwecken verpflichtete er den DAV, die Edition eines Verzeichnisses zu drucken, in dem die nachvollziehbar kalkulierten Apothekenverkaufspreise mit und ohne Umsatzsteuer ausgewiesen sein sollten. Als man dann noch verlangte, diese so beschaffene Spezialitätentaxe für jeden Kunden in der Offizin frei zugänglich bereitzulegen, protestierte der Wirtschaftsrat des Vereins in seiner Sitzung am 17. Februar 1932 lautstark und mit Erfolg: Mitte Juni begnügte sich der Reichskommissar mit einem Fragment, das – inkomplett formuliert – lediglich die Verkaufspreise enthielt. Durch den im Juni 1932 erfolgten Wechsel der Reichsregierung änderte sich die Situation. Das neue Kabinett verlängerte den § 8 der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 nicht über den 1. Juli 1932 hinaus und annullierte damit gleichzeitig den § 4, der ein Empfehlungsverbot für nicht dezimierte Preise beinhaltete. Eine Teuerung von vorher fixen Markenartikeln war nun erlaubt, die Bekanntgabe von Einkaufspreisen wieder möglich, deren Nennung in einem alsbald verfassten Nachtrag erfolgte.

Die Herabsetzung des Spezialitätenzuschlags gepaart mit den von der Regierung vorgenommenen Preisermäßigungen – bedeutete für die Apotheker den härtesten nachinflationären Schlag. Seit dem Jahr 1925 hatte Salzmann um die Erhaltung des 75% Aufschlags unentwegt kämpfen müssen. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, verbunden mit einem stärkeren Einfluss des Reichswirtschaftsministeriums, führte schließlich zu einem Unterliegen des Vorstandsvorsitzenden und damit des Apothekerstands. Angesichts der zahlreichen Betriebsvorschriften, der hohen Kosten reichte ein Zuschlag von 64% bei einem Kassenabschlag von nun 10% nicht aus. Eine große Zahl von Apotheken trieb ihrem Ruin entgegen.¹ So schrieb Salzmann am 21. Juli 1932 ein weiteres und letztes Mal hinsichtlich der Notlage des Apothekerstandes zusammenfassend an das Reichsministerium des Innern in Berlin:

„Dem Ministerium überreichen wir in der Anlage ergebenst Sonderdrucke von zwei Untersuchungen über die Entwicklung der Umsatz-, Ertrags- und Rentabilitätsverhältnisse der deutschen Apotheken, die von der Deutschen Apotheken-Buchstelle ausgeführt sind. Wir bitten, der Zusammenstellung über das Jahr 1932 besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Sie zeigt, wie ernst die wirtschaftlichen Verhältnisse der Mehrzahl der deutschen Apotheken sind, wie insbesondere die Inhaber der kleinen Apotheken aus ihrem Betriebe im Jahre 1932 nicht einmal das Einkommen eines Arbeiters erzielen werden. Die Verelendung gerade dieser Schicht des Apothekerstandes, die für eine geordnete Arzneiversorgung der Bevölkerung nicht zu entbehren ist, wird nicht aufzuhalten sein, wenn nicht seitens der zuständigen Behörden sofort wirksame Maßnahmen getroffen werden, um den Zusammenbruch der Mehrzahl dieser sowie eines großen Teiles der übrigen Apotheken zu verhüten. Wir machen die für eine ordnungsgemäße Arzneiversorgung der Bevölkerung verantwortlichen Stellen mit allem Nachdruck auf den Ernst der Lage aufmerksam und bitten, mit den zuständigen Organisationen der Apotheker ohne Zeitverlust über geeignete Maßnahmen der Behebung des Notstandes zu beraten. Die Gründe für diesen wirtschaftlichen Niedergang des Apothekengewerbes sind gewiss auch in der allgemeinen Wirtschaftskrise zu suchen, von der die Apotheken nicht ausgenommen werden können.“²

In seiner Denkschrift, die auch den Länderbehörden überreicht wurde, führte der Vorstandsvorsitzende nochmals die bedrohliche Lage der deutschen Apotheken vor Augen und wies mit aller Deutlichkeit auf die Gefahren hin, die entstanden, wenn nicht schleunigst Maßnahmen getroffen würden. Salzmann hat in dieser Erklärung positive und ohne Schwierigkeiten durchführbare Vorschläge gemacht. Es lag an den zuständigen Reichs- und Länderbehörden, nun das Ihrige zu tun und den deutschen Apothekerstand vor einer Katastrophe zu bewahren, deren Auswirkungen auf die Allgemeinheit nicht unterschätzt

¹ Vgl. AZ 47 (1932), 965.

² SALZMANN: Dem Ministerium (1932).

werden durften. Der Vorstandsvorsitzende beschwor anlässlich der 58. Hauptversammlung des DAV in Swinemünde die Apotheker, in dieser bedrängten Situation, Einigkeit zu zeigen: „Es ist nicht gut für den Stand, wenn in diesen Zeiten wieder neue Gruppen und Grüppchen entstehen, die wirklicher Sachkenntnisse bar und ohne Überblick über die Machtverhältnisse die Kollegen mit inhaltlosen Phrasen und leeren Versprechungen vor ihren Wagen zu spannen versuchen, dabei aber gleichzeitig mit Verdächtigungen und Anwürfen gegen Männer arbeiten, die ihre Lebensarbeit dem Stande gewidmet haben. Parteipolitik gehört nicht in den Apothekerstand. Es mag jeder seine politische Ueberzeugung haben und bei seiner Partei für die Interessen des Standes wirken. Dann fördert er sein und seiner Kollegen Wohl. Apothekerverbände auf parteipolitischer Grundlage aber schaden dem Gesamtstande, mögen sie auch vielleicht einigen Beteiligten augenblickliche Vorteile bringen. Deshalb handele jeder im politischen Leben nach seiner Ueberzeugung, im Berufsleben sei er Apotheker und kämpfe innerhalb seiner Organisation, im Deutschen Apotheker-Verein, für seine Ansichten! Wenn der deutsche Apothekerstand sich seine Ueberzeugung, daß nur eine einheitliche, festgefügte Organisation, wie sie der Deutsche Apotheker-Verein darstellt, ihn über die Notzeiten hinwegbringen kann, erschüttern lässt, dann schadet er sich selbst zur Freude seiner Gegner am meisten.“¹

Neben der Arznei- und Spezialitätentaxe erschien das erste Mal 1917 eine Handverkaufstaxe, um auch die darunterfallenden Artikel einheitlich mit Rücksicht auf die Belange von Apothekern und Arzneiverbrauchern berechnen zu können. Dieses Verzeichnis fand in weiten Kreisen Anklang, so dass man bereits ein Jahr später die neue ‚Deutsche Handverkaufstaxe‘ veröffentlichte, zu deren Gunsten der Berliner Apotheker-Verein die ‚Froelichsche Handverkaufstaxe‘ bereit war aufzugeben.² Die Änderungen wurden kostensparend fortlaufend in der Apotheker-Zeitung publiziert.³ Aber auch die Krankenkassen erkannten den durchaus auch für sie wirtschaftlich ausnutzbaren Vorteil einer solchen Liste. Daher beantragten ihre Hauptverbände 1920 bei der Regierung, die zahlreichen Bezirks-Handverkaufslisten durch eine allgemeine Kassentaxe zu ersetzen. Die Behörde lehnte dieses Gesuch mit Hinweis auf eine mögliche Herausgabe einer Reichs-Handverkaufstaxe ab, einem Vorhaben das der DAV durch Umstrukturierung der allgemeinen Arzneytaxe zu umgehen suchte, wie Salzmann in seiner Eingabe vom 14. September an das Reichsgesundheitsamt vorschlug.⁴ Die im Oktober gestellten Analoganträge stießen auf wachsenden Widerspruch der Kassen, die behaupteten, die Apotheker lehnten die Einführung der mit dem DAV beschlossenen ‚Handverkaufsliste für Krankenkassen (K.H.L.)‘ ab. In Wirklichkeit bereiteten sie die Selbstabgabe freigegebener Mittel vor und traten als Widersacher der Apotheker auf. Sie trachteten danach, deren Monopolstellung zu beschneiden, begründeten die finanzielle Entwicklung mit den Umsatzsteigerungen der Pharmazeuten und verlangten von ihnen, den buchmäßigen Nachweis ihres Reingewinns durch Vorlegung von Ertragsberechnungen mit Prüfungsrecht der Behörden. Das Reichsgesundheitsamt unterstützte diese Forderungen, die der DAV mit Nachdruck ablehnte, schließlich war niemandem anderes als der Steuerbehörde Einblick in die Geschäftsbücher der Apotheke zu gewähren.⁵ Die Deutsche Handverkaufstaxe wurde vom Verein 1921 nicht mehr herausgegeben.⁶

Salzmann hatte in seiner gesamten Amtszeit niemals die finanzielle Absicherung der Pharmazeuten aus den Augen verloren. Sein Kampf gegen die Personalkonzession, für den

¹ AZ 47 (1932), 964.

² Vgl. AZ 33 (1918), 340.

³ Vgl. AZ 32 (1917), 450 f.

⁴ Vgl. AZ 36 (1921), 338.

⁵ Vgl. AZ 37 (1922), 186.

⁶ Vgl. AZ 36 (1921), 353.

akademischen Status der Apotheker und für ausgewogene Taxen – ob nun amtliche Arznei-, Spezialitäten- oder Handverkaufstaxen – zielte letztlich nur darauf, den gesamten Apothekerstand wirtschaftlich auf Dauer zu stabilisieren, ein Unterfangen, das aufgrund der politischen Gegebenheiten nur enttäuschend bleiben konnte.

3.4.5. Notlage der praktischen Pharmazie

Im Gegensatz zu der landläufigen Meinung, Apotheker verdienten seit jeher viel Geld, steht die Armut dieses Personenkreises zu Anfang des 20. Jahrhunderts. Die Arzneiversorgung des Volkes war im Deutschen Reich durch das Konzessionssystem zunächst so geregelt, dass die gleichmäßige Verteilung der Apotheken über Stadt und Land den Kranken eine leichte Erreichbarkeit der Medikamente ermöglichte und eine bestimmte zugewiesene Einwohnerzahl den Inhabern die Existenz garantierte. Ein Drittel der Apotheken – etwa 2000, in Bayern sogar die Hälfte – hatte 1909 einen so geringen Geschäftsumfang, dass die Besitzer – dauernd dienstbereit, Tag und Nacht, sonntags wie werktags – ohne jede Hilfskraft arbeiten mussten, weil sie keinen Angestellten bezahlen konnten. Bei einem Großteil blieb die Jahresbruttoeinnahme unter 10.000, in Süddeutschland betrug sie bisweilen nur 5000 Mark; ein Betrieb mit 15.000 bis 20.000 Mark Umsatz galt bereits als größeres Geschäft, was sich durch den Ersten Weltkrieg und die Inflation weiter verschlechterte und die allein arbeitenden Land- und Kleinstadtapotheker verglichen mit ihren großstädtischen Kollegen sogar überlebensbedrohend hart traf. Dieses Elend vor Augen bat 1923 der ostpreußische Apothekerbund die Regierung um die Änderung des § 40 der dort gültigen Betriebsordnung, Alleinarbeitenden zu gestatten, sich in besonders dringenden Fällen für die Dauer eines Tages aus dem Betrieb entfernen zu dürfen, wenn durch einen Aushang auf die nächstliegend geöffnete Apotheke hingewiesen und der Arzt mit einer Auswahl hinreichender Notfallmedikamente versorgt war, was der Wohlfahrtsminister – lediglich mit Hinweis auf die Monopolstellung der Apotheken – ablehnte.¹ Salzmann, informiert von seinen Kollegen, setzte sich mit Schreiben vom 17. März 1924 an den Minister für Volkswohlfahrt zur Wehr: „Sofort! Betrifft die Notlage allein arbeitender Land- und Kleinstadtapotheker. Infolge des Zusammenbruchs der deutschen Währung und der Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung ist der Arzneiverbrauch sehr stark zurückgegangen, zumal auch der Kranke versucht, sich an erster Stelle die notwendigsten Lebensmittel zu beschaffen. Allerdings haben sich seit der Stabilisierung der Währung die Verhältnisse schon gebessert, jedoch ist in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen, dass der Umsatz an Arzneimitteln und Arzneien wieder die frühere Höhe erreicht. Unter den Folgen der Verarmung haben von den Apothekern insbesondere die Besitzer der kleinsten Land- und Stadtapotheken schwer zu leiden, da hier eine Verringerung der Betriebskosten durch Personalabbau nicht in Frage kommt. Nach mir zugegangenen Berichten scheinen in verschiedenen Gegenden kleine Apotheken der genannten Art vor dem Zusammenbruch zu stehen. Es liegt jedoch im wirtschaftlichen und gesundheitlichen Interesse der Bevölkerung ländlicher Bezirke, ihre bisherigen Apotheken zu behalten“ (GSTA PK 63).

Salzmann kümmerte sich nicht nur um die Apothekerschaft im Ganzen, sondern setzte sich auch für Einzelschicksale ein. Mit Schreiben vom 1. und 26. April 1924 bat er das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt um finanzielle Unterstützung für Kollegen aus Thalfang, Bezirk Trier, Prüm und Schönecken (Eifel), deren Apotheken besetzt und sie selbst vertrieben worden waren. Die Behörde bezeichnete seine Gesuche als „überflüssig“ (GSTA PK 32) und

¹ Vgl. AZ 39 (1924), 283 f.

stellte fest, dass „auf die Anlagen hin Mittel nicht gewährt werden können, ganz abgesehen davon, daß keine zur Verfügung stehen“ (GSTA PK 64).

Trotz der bedrängten öffentlichen Finanzlage forderten kurze Zeit später die Delegierten der Görlitzer Hauptversammlung von den kommunalen Verbänden, den in ihren Gemeinden existenzgefährdeten Apotheken zur Standortstabilisierung ein Mindesteinkommen zu garantieren. Überraschenderweise erging nachfolgend in der Tat eine darauf ausgelegte Ministerialverfügung, die die ansässigen Polizeibehörden anwies, den überall grassierenden ungesetzlichen Arzneimittelhandel zu unterbinden und den dadurch entgangenen Gewinn so den Apotheken wieder zuzuführen¹, was allerdings die hoffnungslose Lage der Alleinarbeitenden nicht besserte, so dass sich Salzmann am 21. Dezember 1924 erneut an das Volkswohlfahrtsministerium und sämtliche Länderregierungen wandte:

„Das Ministerium bitten wir ehrerbietigst für eine Sicherung und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der ohne pharmazeutisches Personal arbeitenden Apotheker Sorge tragen zu wollen. Begründung: Die wirtschaftliche Lage der zumeist auf dem Lande, aber auch in Städten und an der Peripherie von Großstädten bestehenden Apotheken, in denen der Apothekenvorstand allein ohne pharmazeutisches Personal, manchmal sogar ohne jedes Personal, arbeiten muss, weil der Ertrag des Geschäfts nicht ausreicht, ist schon von jeher eine sehr dürftige gewesen, in der neuesten Zeit hat sie sich aber so verschlechtert, dass energische Schritte getan werden müssen, um ihr Weiterbestehen zu ermöglichen. Es ist zuzugeben, dass es nicht leicht sein wird, Abhilfe zu schaffen, da keine Maßnahmen getroffen werden dürfen, welche die Erfüllung der besonderen Aufgaben der Apotheke in Frage stellen würden; es müssen aber Mittel und Wege dazu gefunden werden. Eine ausreichende allgemeine Erhöhung der Arzntaxe würde unnötig auch diejenigen Kreise des Volkes belasten, die nicht auf die notleidenden Apotheken angewiesen sind, und kann daher nicht in Frage kommen. Eine Sondererhöhung der Arzntaxe für die kleinen Betriebe würde nicht zum Ziele führen, da sie bei der heutigen Leichtigkeit des Verkehrs letzten Endes zu deren Schädigung führen könnte, weil die Arzneibedürftigen sich – von eiligen Notfällen abgesehen – an andere, nicht allzu weit abgelegene Apotheken wenden würden und der Ertrag bei dem geringen Umfange der Rezeptur keine ausreichende Besserung bringen würde. Dasselbe gilt von anderen Maßnahmen, wie von einer Herabsetzung des den Krankenkassen zu gewährenden Abschlags, von der Verminderung der Anzahl der mit 25 Pfennigen zuschlagsberechtigten Punktartikeln in der Arzntaxe usw., wenn auch diese Hilfsmittel nicht ohne weiteres unberücksichtigt bleiben sollten und ohne Schädigung der Allgemeinheit bewilligt werden könnten. Im allgemeinen sind die Gründe für die Notlage der kleinen Apotheken die gleichen, welche sich für den Apothekenbetrieb im allgemeinen, auch in den größeren Apotheken, immer stärker bemerkbar machen; sie treten nur in den kleinen Betrieben besonders scharf hervor. Dieser Erkenntnis ist in Verfügung der zuständigen Ministerien von Sachsen und Württemberg bereits Ausdruck gegeben worden. Es bedarf der strengsten Durchführung der Bestimmungen über den Verkehr mit Arzneimitteln außerhalb der Apotheken, der scharfen Überwachung des Arzneibezuges der Kranken- usw. Anstalten, der Aerzte und Tierärzte und namentlich auch der Krankenkassen. Solche Maßnahmen würden bereits eine wesentliche Verbesserung bringen: aber auch sie würden nicht genügen. In den Ländern, in denen die Tierärzte noch das Dispensierrecht besitzen, wäre es abzuschaffen. Die Tierbesitzer, für die nur ein Wechsel der Bezugsquelle einträte, würden nicht benachteiligt, vielen kleinen Landapotheken wäre aber dadurch geholfen, ohne dass die Existenz der Tierärzte gefährdet würde. Dass auch aus anderen als rein wirtschaftlichen Gründen die Trennung der Arzneiabgabe von der Arzneiverordnung auch auf dem Gebiete des Tierarzneiwesens nötig ist, haben wir schon des öfteren nachgewiesen. Auf diese Weise ließe sich eine wesentliche Besserung der Lage der kleinen Apotheken herbeiführen. In denjenigen Fällen, in denen auch

¹ Vgl. AZ 39 (1924), 1071 f.

dann einzelnen Betrieben nicht geholfen werden könnte, müssten die Gemeinden dazu angehalten werden, für die Aufrechterhaltung der Apotheken einen Zuschuss zu leisten. Die Gemeinden, auf deren Betreiben meist die Errichtung derartiger Apotheken erfolgt ist, haben ein Interesse an deren Weiterbestehen und müssen aus ihren Mitteln ein Opfer bringen, wenn der Arzneibedarf der Bevölkerung ihres Gebietes nicht ausreicht. Der Staat hat also ein Recht, die Gemeinden zur Leistung von Zuschüssen zu verpflichten. Sind diese finanziell dazu außerstande, so wird er selbst eintreten und Mittel zur Verfügung stellen müssen“ (GSTA PK 73).

Salzmann erhielt auf seinen sehr facettenreichen, nach allen Seiten hin wohl bedachten Brief vom Preußischen Volkswohlfahrtsministerium eine ausweichende Antwort mit Verweis auf den allgemeinen Versuch, „daß für die Aufrechterhaltung der Apotheken alles geschieht“ und eine Sonderstellung der Land- und Kleinstadtapothekern „überflüssig“ sei (GSTA PK 78). Ob die abweisende Haltung der Verwaltung als arrogant oder hilflos – insbesondere in Kenntnis der mannigfachen schriftlichen Hilferufe, in denen härteste Schicksale beschrieben wurden – zu werten ist, darf offen bleiben (GSTA PK 61, 82). Beispielhaft für die vielen Appelle möge hier der Bittbrief des wohl berühmtesten Antragstellers – Dr. Carl Thomae (UG 1), Namenspatron des Schmerzmittels Thomapyrin[®], stehen:

„Eine Unterstützung vom Wohlfahrtsministerium erbitte ich inständig zur Bestreitung meiner notwendigen Lebensbedürfnisse. Geboren bin ich am 24. Dezember 1869 in Wiesbaden, bestand das Apotheker-Staatsexamen im Jahre 1893 in Erlangen, ebenfalls und ebendort das Nahrungsmittelchemikerhauptexamen. Dann promovierte ich in Chemie, Physik und Botanik mit Chemie als Hauptfach, war in der chemisch-pharmazeutischen Großindustrie (wissenschaftlicher Chemiker der Farbenfabriken vormals Friedr. Bayer und Co. in Elberfeld-Leverkusen a/Rh. pharmazeutische Abteilung) und bin zur Zeit beurlaubter Privatdozent für Chemie an der Universität Gießen. Augenblicklich lebe ich eines Beinleidens wegen in meiner Vaterstadt Wiesbaden, von wo ich sobald wie möglich – wahrscheinlich im Oktober dieses Jahres – in meine Lehrtätigkeit an der Giessener Universität zurückkehren und wieder nach Gießen zu dauerndem Wohnsitz zurückgehen will. Durch Krieg und Inflation habe ich ein sehr großes Vermögen (über dreißigtausend Friedensmark) verloren und bin infolgedessen noch im größten Elend, sodaß ich mir gar nicht zu helfen weiß, zumal der wissenschaftliche Hochschullehrer ohne Amt schon in Friedenszeiten finanziell sehr schlecht gestellt war. Sehr dankbar wäre ich für eine finanzielle Unterstützung, die mithelfen könnte, mich wieder aufzurichten und meine Lehrtätigkeit wieder aufzunehmen. Ganz ergebenst Dr. Carl Thomae, Apotheker und Privatdozent für Chemie, zur Zeit Wiesbaden, Schwalbacherstr. 57 III bei Frau Schuckart (GSTA PK 70).

Thomae erhielt auf dieses Schreiben an das Städtische Wohlfahrtsamt Wiesbaden eine wöchentliche Unterstützung von 9,- Mark (GSTA PK 70). Anschließend wandte er sich am 15. September 1925 unter Berufung auf zwei Apotheker, die seine Eingabe befürworteten, an das Wohlfahrtsministerium in Berlin und bat erneut um Geld:

„Da ich bis heute noch keine Nachricht habe und mich in der schlimmsten Not befinde durch Kriegsverlust von über 30 000 Friedensmark und ein hartnäckiges Beinleiden, das mich vom Geldverdienen völlig behindert, meine Zimmermiete für den letzten Monat nicht zahlen kann (samt Verpflegung), wodurch meiner Zimmervermieterin unmöglich ist, ihre monatlich zu entrichtende Wohnungsmiete zu zahlen, meine Zimmervermieterin dadurch auf Wohnungsräumung seitens ihres rücksichtslosen Hausbesitzers gerichtlich verklagt wurde, sie sich in den letzten Tagen ein schweres Leiden (Darmriß) zugezogen hat und in ihrer Not nicht einmal ärztliche Hilfe erhalten kann, so bitte ich ganz dringend, mir eine finanzielle Hilfe so schnelle [!] wie möglich, vielleicht telegraphisch, zukommen zu lassen oder mir gefälligst umgehend mitteilen zu wollen, bis wann ich mit einer finanziellen Hilfe von dort rechnen kann. Dr. Carl Thomae, Wiesbaden, Schwalbacherstr. 57 III bei Frau Schuckart“ (GSTA PK 68). Unter dem 19. November 1925 gab man ihm einen abschlägigen Bescheid: „Der Minister

für Volkswohlfahrt hat Ihrem Antrag auf Gewährung einer Unterstützung nicht entsprechen können, weil ihm zur Verfügung stehenden beschränkten Mittel ausschließlich zur Unterstützung von Angehörigen der seinem Ressort nahestehenden freien Berufe – Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Hebammen – die in ihrem Berufe tätig sind, bestimmt seien“ (GSTA PK 71). Diese Absage erzürnte den Privatdozenten so sehr, dass er, neben kleinen orthographischen Fehlern, seinen schriftlichen Widerspruch auf den 2. Januar 1925 anstatt 1926 datierte: „An das Ministerium für Volkswohlfahrt, Berlin. Erstaunt bin ich darüber, daß man über ein Vierteljahr brauchte, um mir abzuschreiben. Wenn ich nicht fortwährend bei der hiesigen Regierung gedrängt und zur Erinnerung des Volkswohlfahrtsministeriums gemahnt hätte, würde es wohl noch länger gedauert haben [...]. Als der Krieg ausbrach, wandte man sich militärischer Seite an mich, ich möchte bis zum Eintreffen des Militärapothekers – einen solchen in Friedenzeit nicht in der Garnison Gießen – die Geschäfte eines solchen führen. In damaligem [!] vaterländischen Pflicht habe ich sofort dieser Bitte entsprochen, ohne Beweis zu verlangen, was in meinen [!] Militärpapier bestätigt ist. Dafür war ich gut genug! Gut genug war ich auch dafür, sofort bei Kriegsausbruch über 30 000 Friedensmark als wirtschaft [!] Kriegsoffer unschuldigerweise zu verlieren... das sogenannte Vaterland! Keiner Stelle im ‚Vaterland‘ fällt es ein, sich hieran zu erinnern und jede Stelle im ‚Vaterland‘ sieht nur darin ihre Aufgabe, abzuwimmeln mit nichtssagenden Worten. ‚Das ist der Dank des Vaterlandes!‘ ‚Der Deutschen schlimmster Feind ist der Deu...[!] hätte es besser geheißen! Ich bemerke, daß ich noch nie zuvor...[!] des Apothekerberufes tätig bin und in engster Verbindung hiermit stehe, auch wenn ich nicht in einer Apotheke praktisch arbeite, und zwar durch Erfindung neuester Arzneimittel, worüber ich mit dem Reichspatentamt zum Teil der Arbeiten im Schrift- und Anmeldeverkehr stehe. In der zur Zeit maßgebenden Reichsarzneitaxe ist seit vielen Jahren ein von Dr. Eichengrün und mir erfundenes Heilmittel gegen Krätze und Räude bei Menschen und Tieren amtlich aufgenommen, das in jeder Apotheke vorrätig oder zu erhalten ist. Weder von dem Wirtschaftsministerium, noch der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft habe ich auch nur die geringste Unterstützung erhalten können, was einfach himmelschreiend ist. Ich hatte dem Wohlfahrtsministerium mitgeteilt, daß ich schwer leidend sei (schlecht heilende Wunde im Unterschenkel und fortwährende Schwindelanfälle, Herzschwäche). Nichts, nichts wird berücksichtigt. Ganz dringende Beschwerde erhebe ich gegen die Ablehnung meines Unterstützungsantrages. Dr. Carl Thomae, Wiesbaden, Schwalbacherstr. 57 III bei Frau Schuckart“ (GSTA PK 72). Auch hierauf erhielt Thomae einen ablehnenden Bescheid (GSTA PK 74).

Die Not war 1925 allenthalben so groß, dass sich eine Gruppe von Apothekern zu dem Interessenverband ‚Arbeits- und Notgemeinschaft allein arbeitender Land- und Kleinstadtapotheker‘ zusammenschloss. Im August überreichten diese dem zuständigen Reichsinnenminister eine Petition, in der sie ihre ausweglose Lage durch „Erhöhung der Steuerlasten, die für die Land- und Kleinstadt-Apotheken von verhängnisvoller Auswirkung sind und die Grenze der Erträglichkeit längst überschritten haben“ zum wiederholten Male beklagten (GSTA PK 67). Sie bezeichneten die Meinung der Regierung als „irrig“, dass „nach Überwindung der Entwertungszeit eine gesteigerte Kaufkraft der Bevölkerung bereits eine wesentliche gebesserte Wirtschaftslage herbeigeführt habe. Die Voraussetzung hierfür wäre zunächst gewesen, dass es den Apothekeninhabern möglich war, bzw. gemacht wurde, die ruinösen Folgen der Entwertungszeit zu überwinden. Dazu bedurften sie zunächst und vor allem einer Arzneitaxe, mit deren Hilfe sie allmählich durch Contolieferungen für die Krankenkassen ausgeräumte Warenlager wieder auffüllen konnten [...]. Der gesamte Stand krankt bis auf den heutigen Tag an einer durchaus unzulänglichen Taxe, die den Verantwortlichkeiten, den Anforderungen hinsichtlich der Vor- und Ausbildung sowohl der Betriebsführung und dem Arbeitsmass in keiner Weise gerecht wird [...]. Die Ergänzung des Warenlagers in dem für einen geregelten Betrieb nötigen Ausmasse konnte nicht

vorgenommen werden. Wo es geschah, nur mit fremdem Gelde, unter Übernahme einer schwer zu tragenden Schuldenlast“ (GSTA PK 67).

Diese Petition lief ebenso ins Leere wie Salzmanns Weitergabe im Dezember 1926 der diesbezüglich einstimmig angenommenen EntschlieÙung der Hauptversammlung in Düsseldorf an das Preussische Ministerium für Volkswohlfahrt, welche die gleichen Forderungen enthielt, die er bereits zwölf Monate zuvor an die Dienststelle – erfolglos – gerichtet hatte (GSTA PK 79). Neben den Verbesserungsvorschlägen für die Lebensqualität schlechthin forderte er für seine Kollegen, „dass sie bei einer abschlagsfreien Liefergrenze von monatlich 50 M. in jedem Fall nur zwei vom Hundert Abschlag an Krankenkassen zu gewähren brauchen [...] und dass für dieselben Apotheken eine Begrenzung der sogenannten Punktartikel der Deutschen Arzneitaxe auf Grundlage der ehemaligen Braunschweiger Bestimmungen, wie sie schon seit längerer Zeit in Mecklenburg gehandhabt werden, eintritt“ (GSTA PK 79).

Salzmann bekam zwar von dem Preußischen Ministerium keine direkte Antwort, doch hatte es sich zwischenzeitlich an die Sächsische Gesandtschaft mit der Bitte gewandt, seine Eingaben wenigstens teilweise im Einvernehmen mit der Staatsregierung umzusetzen: „Im Auftrage ihrer Regierung beehrt sich die Sächsische Gesandtschaft, das Preußische Staatsministerium um eine gefällige Rückäußerung ergebenst zu bitten, ob und welche Schritte in Preußen auf die vorgenannte Eingabe des Deutschen Apothekervereins in Berlin zur Sicherung und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der ohne pharmazeutischen Personal arbeitenden Apotheker unternommen worden sind, bez. ob dort insoweit etwas zu unternehmen beabsichtigt ist“ (GSTA PK 80).

Drei Wochen später kam die Antwort: „Betreffend Notlage der kleinen Apotheken erwidere ich ergebenst, daß in der Apothekenbetriebsordnung vom 18. Februar 1902 in den letzten Jahren mehrfache Änderungen zugunsten der ohne pharmazeutisches Personal arbeitenden Apotheker vorgenommen worden sind. U.a. dürfen sie an Sonn- und Feiertagen nachmittags ihre Geschäfte schließen und sich aus der Apotheke entfernen, falls für Notfälle gewisse Heilmittel jederzeit durch Vermittlung einer zuverlässigen Person erreichbar bleiben [...]. Schließlich bemerke ich, daß der im Reichsrat zu der Arzneitaxe 1927 gestellte Antrag Preußens, den Verdienstaufschlag der Apotheker auf die Einkaufspreise der in abgabefertiger Packung bezogenen Arzneien in der bisherigen Höhe von 75 v.H. zu belassen, im wesentlichen dadurch begründet worden ist, daß die kleineren Apotheken vielfach sich immer noch in einer Notlage befinden“ (GSTA PK 80).

Als Salzmann im Juli 1927 persönlich immer noch keine Antwort aus Berlin erhalten hatte, erinnerte er erneut an seine Eingaben und drängte auf einen Bescheid, da er als Vorstandsvorsitzender den Delegierten der bevorstehenden Hauptversammlung in Bremen den Verhandlungsstand zu berichten hatte und ein weiterer Antrag bezüglich der Not leidenden Land- und Kleinstadtapotheker bereits vorlag (GSTA PK 83). Tatsächlich antwortete der Minister für Volkswohlfahrt einen Monat später, allerdings ohne irgendeine Zusage wie auch die Anfrage der Landesregierung Schaumburg-Lippe nach dem Stand der Dinge den Fortgang nicht beeinflusste (GSTA PK 85, 86). Vielmehr schien man dieses Problems überdrüssig zu sein und verwies auf den entsprechenden Sachbearbeiter, mit dem die Angelegenheit weiterhin zu erörtern war (GSTA PK 84). Die Not der Land- und Kleinstadtapotheker war nicht behoben, sondern einfach zu den Akten gelegt worden und damit für die Behörden sozusagen vom Tisch, nicht aber für Salzmann, der sich stets um die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit des Apothekerstandes – besonders die der Land- und Kleinstadtapotheker sorgt, der aber aufgrund der allgemeinen Lage erfolglos blieb.

3.4.6. Verkehr mit Arzneimitteln außerhalb der Apotheken

Der Verkehr mit Arzneimitteln war 1872 durch eine Kaiserliche Verordnung neu reglementiert worden¹; diese ließ sich indes aufgrund einer unklaren Bestimmung geradewegs konträr zu der Absicht des Gesetzgebers auslegen, so dass nachfolgend der Medikamentenverkauf außerhalb der Apotheken blühte, was verständlicherweise auf heftigsten Widerstand der Pharmazeuten stieß.² Um diesen Missstand zu beseitigen, ermächtigte die Hauptversammlung 1901 in Hannover – kurz vor Salzmanns Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden – auf Antrag des Kreises Mittelschlesien den Vorstand, bei der Reichsregierung wegen des illegalen Bezugs von Arzneimitteln aus anderweitigen Quellen zu intervenieren und gleichzeitig eine Umkehrung des sog. Verzeichnisses B der Kaiserlichen Verordnung von einer Negativ- zu einer Positivliste durchzusetzen, in der dann die dem freien Verkehr überlassenen Mittel erfasst werden sollten. Da jedoch bereits am 22. Oktober – vier Wochen vor dem Zusammentritt des Reichstags – eine diesbezügliche neue Verordnung veröffentlicht wurde, die anstatt den bestehenden Fehler auszugleichen ihn noch verschärfte und somit die Befugnisse der Drogisten ausdehnte³, blieben die Bitten der Delegierten ungehört; diese beauftragten daraufhin 1902 in Koblenz den Vorstand nun mit Salzmann an der Spitze, von der Regierung die Apotheke als alleinige Medikamentenabgabestelle bestätigen und die Begriffe ‚Großhandel‘ und ‚Heilmittel‘ exakt definieren zu lassen, was bezogen auf den letzteren misslang: Man stufte nämlich Schlaf- und Brusttee sowie pectorale Pulver als Vorbeuge- und nicht als Heilmittel ein und erlaubte damit deren Verkauf auch in Drogerien. Um Abhilfe zu schaffen, wandte sich Salzmann am 5. Dezember 1903 mit einem Begehren an den Reichskanzler, in dem er – zum einen unter Darlegung der Unzulänglichkeit dieser Definition und zum anderen unter Hinweis auf die Petitionen vom 20. Juni 1897 und 29. Dezember 1899 – darum bat, den Paragraphen abzuändern. Demnach sollten alle diejenigen Präparate als Heilmittel bezeichnet werden, die ‚zur Beseitigung, Linderung oder Verhütung von krankhaften Zuständen des menschlichen oder tierischen Körpers‘ dienten; diese sollten zudem ausschließlich von Apotheken abgegeben werden dürfen und ihre Großauslieferung nur an berechnete Wiederverkäufer erlaubt sein. Dagegen opponierten Mitte Februar 1904 die Drogisten, die ihre Abgabeberechtigung – angeblich als Kompensation entgangener Gewinne durch die Süßstoff-Gesetzesänderung⁴ – auf alle nicht verschreibungspflichtigen Arzneien, sozusagen auf den gesamten Handverkauf der Apotheken erweitert wissen wollten. Zudem mischten sich in diese Zwistigkeiten die Bauern ein, die begriffen hatten, dass die Veräußerung von Nutztierfutter in verantwortungsvolle und vom Staat kontrollierte Hände gehörte und nicht auch von Scharlatanen getätigt werden durfte, da neben der Gesundheit der Vierfüßler auch die der Verbraucher auf dem Spiel stand. Sie ermächtigten daher den Deutschen Landwirtschaftsrat⁵, beim Gesetzgeber zu beantragen, den Vertrieb von Vieh-, Mast- und Fresspulver dem Hausierhandel ganz entziehen und ihn ausnahmslos den Apotheken gestatten zu wollen, was die Drogisten veranlasste, eine Gegenpetition an den Bundesrat zu formulieren, in der um Ablehnung des Gesuchs gebeten wurde, wogegen Salzmann am 21. April 1904 mit einer Stellungnahme an beide legislative

¹ Vgl. zum Folgenden bis zur Kaiserlichen Verordnung von 1901 MEINECKE (1972), 138–207.

² Vgl. AZ 26 (1911), 875.

³ Vgl. AZ 17 (1902), 577.

⁴ Süßstoffgesetz vom 7. Juli 1902, § 4: „Die Abgabe [...] ist nur an Apotheken und solche Personen gestattet, welche die amtliche Erlaubnis zum Bezug von Süßstoff besitzen“ (Reichsblatt Nr. 36, 253).

⁵ Der Deutsche Landwirtschaftsrat wurde 1872 mit Sitz in Berlin gebildet und bestand aus Vertretern der Landwirtschaftskammern der einzelnen deutschen Bundesstaaten. Er nahm die landwirtschaftlichen Interessen gegenüber der Reichsgesetzgebung und -verwaltung wahr, konnte Gutachten abgeben und unaufgefordert beim Reichskanzler vorstellig werden bzw. sich mit Anträgen an den Reichstag wenden Vgl. Meyers Konversationslexikon Bd 12 (1908), 9.

Verfassungsorgane intervenierte.¹ Unbeeindruckt von dem Protest beantragten am 16. September 1906 die Drogisten – mit dem einstimmigen Votum des Deutschen Handelstags im Rücken – beim Bundesrat erneut, die Freigabe aller nicht rezeptpflichtiger Medikamente, was Salzmann über Tageszeitungen erfuhr und ihn dazu veranlasste, den Industrie- und kaufmännischen Interessenvertretern Einseitigkeit vorzuwerfen, da sie schließlich auch berufene Verfechter merkantiler Belange der Apotheker waren, eine Tatsache, die Salzmann dann – nach offizieller Einladung – am 4. Dezember 1906 vor einem Ausschuss des Handelstages überzeugend darlegte und später andernorts erläuterte: „Die Angelegenheit hat in ihrem ganzen Verlaufe gezeigt, wie notwendig es ist, daß die Apotheker in den Handelskammern, zu denen sie Beiträge zahlen, ihre Interessen energisch vertreten und das Feld nicht, wie es bisher meist der Fall ist, den Drogisten überlassen“, die mittlerweile forderten, das „Privileg der Apotheken auf den Kleinverkehr mit dem Publikum mit gesundheitsgefährlichen Stoffen zu Heilzwecken zu beschränken und alle übrigen Heil- wie auch Tierarzneimittel freizugeben.“²

Durch die rasch fortschreitende Entwicklung der Industrie kam zu dieser Zeit eine große Anzahl Fertigpräparate auf den Markt, die gemäß der Kaiserlichen Verordnung in das ‚Verzeichnis B‘ gehörten, obgleich sie u. U. zu den Giften oder – wie das auch in Krämerläden angebotene Barbiturat ‚Veronal‘ – zu den stark wirksamen Mitteln zu rechnen waren; sie hätten deshalb und zum Schutz der Bevölkerung unbedingt in die Hände von Fachleuten gehört,³ was man regierungsseits durchaus einsah und daher die Gerichte um eine zweckdienlichere Auslegung bemühte.⁴ Nach Salzmanns Meinung scheiterte dies jedoch an der Unfähigkeit der hinzugezogenen Gutachter und bewog ihn, am 17. Juli 1908 an den preußischen Justiz- und den Kultusminister Eingaben zu richten, in denen er bat, „daß für die Fragen aus dem Gebiete des Verkehrs mit Arzneimitteln nur solche Sachverständigen herangezogen werden, deren wissenschaftliche sowie pharmazeutisch-technische Bildung und deren Erfahrung eine zuverlässige Information des Richters gewährleisten“⁵; die Bitte wurde abgelehnt, weil man die Gerichtsentscheide für angemessen hielt, die Kaiserliche Verordnung einer Revision indes zu unterwerfen gedachte, dies aber unterließ.⁶ Daher wandte Salzmann sich am 18. Januar 1913 mit einer ausführlichen Begründung nun an den Bundesrat, zeigte ein weiteres Mal die Lücken und Unzulänglichkeiten der bestehenden Verordnung sowie die unhaltbare Nachlässigkeit der Aufsichtsbehörden auf, die der bereits 1908 vom DAV zusammengestellten Positivliste keine Beachtung geschenkt hatten und dies auch bis zum Kriegsende nicht tun sollten.

Am 15. Dezember 1921 richtete der Deutsche Drogisten-Verband an die Handelskammern eine Eingabe, in der man – ebenso wie die Pharmazeuten – eine reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens beantragte, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen: Er verlangte eine Erweiterung des freien Medikamentenhandels, während die Kontrahenten ihre Monopolstellung festigen wollten.⁷ Im Juli 1923 forderten die Drogisten mit einem ansonsten gleichlautenden Begehren nun den Reichstag auf, in Zukunft bei den Apothekern lediglich die Abgabe stark wirkender Arzneimittel zu belassen. Diesem Ansinnen widersprach Salzmann mit Hinweis auf die Wichtigkeit einer flächendeckenden Medikamentenversorgung der Bevölkerung durch hinreichend qualifizierte Personen. Er wies die Behörden auf die strengen

¹ Vgl. AZ 19 (1904), 637.

² AZ 22 (1907), 710; 39 (1924), 1313.

³ Salzmann erweiterte u. a. dieses Thema am 21. August 1929 in seiner Rede vor der Uraufführung des Films ‚Die deutsche Apotheke‘. Vgl. AZ 44 (1929), 998.

⁴ Vgl. AZ 22 (1907), 710.

⁵ AZ 24 (1908), 341.

⁶ Vgl. AZ 25 (1909), 632.

⁷ Vgl. AZ 26 (1911), 31.

Anforderungen hin, die sie an die Arzneizubereitungsstätten stellten, und rechtfertigte so den Anspruch einer gewissen wirtschaftlichen Sicherheit, der dem Apothekerstand durch sein Monopol garantiert wurde; ferner bezeichnete er die vom Staat vorgegebenen Rahmenbedingungen zum Betrieb einer Apotheke als „in sich geschlossenes System, in das um die Mitte des vorherigen Jahrhunderts eine Lücke gebrochen worden war. In jener Zeit der Herrschaft des Manchestertums gelang es dessen Vertretern, in die Gewerbeordnung eine Bestimmung einfügen zu lassen, nach der durch Kaiserliche Verordnung bestimmt werden sollte, welche Apothekerwaren dem freien Verkehr zu überlassen seien [...]. Nachdem diese Freigabe nunmehr seit fünfzig Jahren bestanden hat, soll ihre Aufhebung nicht beantragt werden; es ist jedoch entschiedener Widerspruch gegen ihre weitere Ausdehnung zu erheben“.¹ Salzmann kritisierte die Forderung der Drogisten, die völlig unzureichende Definition des Begriffs ‚Heilmittel‘ beibehalten zu wollen. Ihm, dem Realist, war nämlich sehr bewußt, dass diese Deutung, sollte sie gesetzlich verankert werden, den unkontrollierten Verkauf potenter Arzneimittel nach sich zöge und damit „das Ende der heutigen Apotheke“ bedeuten hätte.² Er konstatierte, dass bei der Beurteilung des Antrags der Drogisten man sich fragen müsse, ob „die Arzneiversorgung der Apotheke vorbehalten oder ganz, d. h. an jedermann freigegeben werden soll. Sehr treffend hat das Sächsische Medizinalkollegium den Begriff einer Drogenhandlung dahin erläutert, daß unter ihn jede Verkaufsstelle für Arzneiwaren fällt, gleichgültig ob der Verkauf in einem größeren oder geringeren Umfange stattfindet.“³ Es galt somit zu klären: „Wer ist denn Drogist? Wo fängt der Begriff an und wo hört er auf?“⁴ Die Gegenseite verteidigte ihren Standpunkt mit der Binsenweisheit: „Das beste Mittel, eine Ware im Preise herabzudrücken, ist und bleibt die freie Konkurrenz“ und spekulierte auf den völligen Niedergang der Rivalen: „Sollten mit der Zeit die im Apothekenmonopol verbleibenden Arzneimittel nicht mehr ausreichen, um dem Apotheker eine Existenz zu sichern, so wäre das kein Beweis dafür, daß das Monopol der Apotheker vergrößert werden, sondern dafür, daß das Monopol verschwinden müsste. Es würde dann nichts anderes übrig bleiben, als den Arzneimittelhandel in die Hand von Personen zu legen, die diesen Handel nur nebenher betreiben (Amerika).“⁵

Mit dieser Sichtweise degradierten die Drogisten die Abgabe von Medikamenten als bloße kaufmännische Tätigkeit und negierten den dem Apotheker staatlich erteilten Auftrag der ordnungsgemäßen Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln, den man regierungsseits jedoch mit Entscheid vom 27. März 1925 bekräftigte, da „die durch Verordnung der Abgabe in den Apotheken vorbehaltenen Zubereitungen und Stoffe auch von Krankenkassen, Genossenschaften, Vereinen oder ähnlichen Personengesamtheiten an ihre Mitglieder nicht verabfolgt werden dürfen.“⁶

Ungeachtet dessen richtete der Landesausschuss der preußischen Industrie- und Handelskammern an einige seiner Vertretungen die Anfrage, ob man nicht statt Apotheker auch angesehene und zuverlässige Drogisten zu den Revisionen der Drogenhandlungen heranziehen könne, worauf Salzmann das Volkswohlfahrtsministerium ersuchte, eine Änderung lediglich der Beaufsichtigung zu verwehren, vielmehr den gesamten ‚Verkehr mit Arzneimitteln‘ zusammen mit der ‚Regelung des Apothekenwesens‘ neu zu ordnen,⁷ so „gesetzliche Maßregeln zu treffen, um die Versorgung der Kranken zuverlässig, rasch und preiswert zu gestalten und zu erhalten“,⁸ wie auch Franz Bumm – Präsident des

¹ AZ 38 (1923), 173.

² AZ 40 (1925), 905.

³ AZ 38 (1923), 173.

⁴ AZ 39 (1924), 1313 f., 1526.

⁵ AZ 39 (1924), 1313.

⁶ AZ 40 (1925), 905.

⁷ Vgl. AZ 40 (1925), 479.

⁸ AZ 40 (1925), 905.

Gesundheitsamts – am 20. Juni 1925 im Reichstag betonte und die umgehende Änderung zunächst des Verkehrs mit Arzneimitteln in Aussicht stellte.

Die unklare Verordnung über den ‚Verkehr mit Arzneimitteln‘ erlaubte nicht nur den Drogisten den Vertrieb apothekenüblicher Waren, sondern gestattete den Zulieferern auch, sie mit eben diesen Artikeln zu versorgen. Salzmanns eindringlicher Appell, den Medikamentenzwischenverkauf nur an autorisierte Empfänger zu billigen, war zwar löblich, doch legalisierte die kaiserliche Bestimmung den nahezu uneingeschränkten Bedarfsaustausch und – wo das Gesetz einengte – dehnte der Lieferant. Der Verein der Medizinaldrogen- und Spezialitäten-Großhändler Deutschlands behauptete zwar, sich in dem Streit seiner Kunden neutral zu verhalten, und heuchelte: „Wir möchten den Wunsch aussprechen, daß die gesetzliche Regelung recht bald herbeigeführt wird, um die wünschenswerte Klarheit zu schaffen.“ Darauf erwiderte an gleicher Stelle der DAV- Niederrhein-Gau: „Im Kriege würde man einen Staat, der dem Feinde Waffen liefert, kaum als neutral bezeichnen können. Es handelt sich hier natürlich nur um wirkliche Waffen, nicht um etwas, dessen Waffenqualität umstritten ist. Aber ebenso wissen wir auch, daß es viele Artikel gibt, deren Freiverkäuflichkeit unumstritten verboten ist. Für neutral können wir deshalb nicht erklären, wenn die Großdrogenfirmen wahllos die Detaildrogisten beliefern.“¹ Entrüstet forderte Salzmann die Behörden auf einzuschreiten und drohte „das Mittel der Selbsthilfe“ an, wenn der Handel nicht „den Großverkauf an berechnigte Wiederverkäufer sowie den Verkauf an Apotheken und solche öffentlichen Anstalten, welche Untersuchungs- oder Lehrzwecken dienen und nicht gleichzeitig Heilanstalten sind“² beschränkte. Die Schwierigkeit für die Lieferanten bestand nun darin, konkret festzustellen, welcher Drogist zugleich Grossist war – ein unliebsames Problem, wie der öffentliche Brief der Firma Caesar & Loretz beweist: „Wir müssen betonen, daß es dem Großhandel ganz allgemein nicht zugemutet werden kann, bei jedem erhaltenen Auftrag erst noch lange Nachforschungen anzustellen, welchem Zweck der bestellte Artikel bei dem Besteller dienen soll, zumal gerade Drogendetailgeschäfte sich häufig in Händen von Firmen befinden, die neben ihrem Detailgeschäft auch Großgeschäfte und Fabrikation betreiben. Auch würde jede gesetzliche Berechnigung zur Anstellung derartiger Nachforschungen fehlen. Großhandel in unserem Fach ist nun einmal etwas anderes als in anderen Geschäftszweigen [...]. Großhandel im Drogenfach ist einmal der Verkehr vom Produzenten bzw. Importeur mit dem Großhändler selbst, der Großhändler untereinander sowie des Großhändlers mit dem Einzelverkäufer.“³

Nichtsdestotrotz versicherten die Geschäftsleitungen der Firma Caesar & Loretz sowie der Hageda, dem freien Verkehr entzogene Waren nur befugtem Zwischenhandel zu liefern. Zunächst verhielten sich bei weitem nicht alle Häuser wie diese loyal, sondern händigten apothekenpflichtige Medikamente an Abnehmer aus, die sie obendrein noch in der ‚Drogisten-Zeitung‘ unter Druck setzten, indem sie „die Schwierigkeiten und die Belastungen darlegten, die dem Großhandel erwachsen würden, wenn er die dem Verkauf durch die Apotheken vorbehaltenen Arzneimittel nur an die berechnigten Wiederverkäufer abgeben dürfte.“⁴ Hierbei bezog man sich mitnichten auf jene einfachen Kaufleute, die aus sog. Drogenschränken Teemischungen völlig unkontrolliert in Umlauf brachten, obgleich Salzmann auch ihnen am 16. Dezember 1926 mit einer Eingabe beim Reichsinnenministerium in derselben Weise entgegentrat wie den Krankenkassen, die an Hebammen Wochenbettpackungen abgaben, die neben – teilweise der geltenden Giftverordnung unterstellten – Desinfektionsmitteln ebenso wie die apothekenpflichtige Silbernitratlösung zur Säuglings-Gonorrhoeoprophylaxe enthielten.⁵ Nur Sachsen zeigte Resonanz wie es auch

¹ AZ 39 (1924), 1645.

² AZ 40 (1925), 24.

³ AZ 40 (1925), 24.

⁴ AZ 39 (1924), 1526.

⁵ Vgl. AZ 42 (1927), 909.

gemeinsam mit Braunschweig den Forderungen der Hauptversammlung 1928 in Königsberg nach Begrenzung des sich ständig ausbreitenden Hausier- und durch eine Lücke in der Gewerbeordnung begünstigten Versandhandels nachkam.

Der inakzeptable Vorschlag von 1925, andere neben den Akkreditierten als Revisoren zuzulassen, hatte zu schärferen Musterungen der Prüfer geführt, die zugunsten der Apotheker vom Großhandel mit mehr oder weniger unzulässigen Mitteln praktisch ein Drogisten-Embargo erzwangen, wogegen sich deren Verband am 1. März 1929 an den Petitionsausschuss des Reichstag wandte und – neben den alten Forderungen nach Freigabe aller nichtverschreibungspflichtiger Medikamente – die harsche Begutachtung anprangerte¹.

In einer Gegeneingabe bat Salzmann am 2. Mai, den Begehr abzulehnen, jedoch die Neuregelung des ‚Verkehrs mit Arzneimitteln‘ zu forcieren, aber nicht aus den von den Drogisten angeführten Gründen, sondern wegen der mit Schwächen behafteten überholten Verordnung, die eine Umgehung der Absicht des Gesetzgebers ermöglichte oder erleichterte²; dieser entschied dann am 20 März 1930 nach einem vom DAV geführten Musterprozess, dass die ‚Kaiserliche Verordnung‘ ein ‚Schutzgesetz zu Gunsten der Apotheker‘ im Sinn des § 823, 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches darstelle und eine darauf begründete Unterlassungsklage zulässig sei, wenn die Gefahr wiederholter Vorstöße bestand.³ Es folgte eine Reihe von solchen Anzeigen gegen Drogisten und andere Händler, die ihrerseits als Revanche den Apothekern die Abgabe von nichtapothekenüblichen Waren während der Zeit des allgemeinen Geschäftsschlusses vorwarfen.

1932 wurde im Februar ein neuer abgeänderter Entwurf eines Arzneimittelgesetzes vorgelegt, worauf im Reichsgesundheitsamt am 21. und 22. März sowie am 7. April weiterführende Beratungen mit den Interessenten über die neue Vorlage stattfanden, deren geänderte Variante dann dem Reichstag zugeleitet wurde. Salzmann hoffte auf ein Reichsarzneimittelgesetz, das die deutsche Apotheke in ihrer bewährten Gestalt als die Arzneizubereitungs-, -abgabe- und -kontrollstelle bestätigte.⁴ Diese Definition hätte dann auch bestehendes Dispensierrecht homöopathischer Ärzte und Tierärzte eingeschränkt, sie also den gleichen Bestimmungen wie die Humanmediziner unterstellt.⁵

Seit den Konstitutionen von Melfi (1231/40)⁶ des Stauferkaisers Friedrich II. war die Trennung zwischen der Verordnung der Arznei durch den Arzt und ihrer Anfertigung und Abgabe durch den Apotheker ein feststehender Grundsatz, der allerdings immer wieder durchbrochen und umgangen wurde. So beharrte auch Samuel Hahnemann zeitlebens auf einer Eigenbereitung und -abgabe, weshalb sich zahlreiche Vorschriften zur Herstellung homöopathischer Mittel in seinem ‚Organon der Heilkunst‘, in der ‚Reinen Arzneimittellehre‘ und in den ‚Chronischen Krankheiten‘ finden, nach denen die Apotheker – wenngleich widerwillig – rezeptierten. Eben dies bestärkte aber Hahnemann nur darin, die Selbstdispensation – gegen geltendes Recht – zu betreiben, in Leipzig entwürdigende Streitigkeiten⁷ und gerichtliche Auseinandersetzungen hinzunehmen, die schließlich zum Verbot seiner Verfahrensweise führten und ihn zwangen, nach Köthen überzusiedeln, wo ihm Herzog Ferdinand die Eigenabgabe erlaubte; die sächsischen Medizinalbehörden hatten nämlich gehofft, mit dem Urteil auch die Homöopathie selbst, ihre Ausübung und weitere Verbreitung zu treffen⁸. Dies misslang jedoch, denn am 2. Juni 1843 gestattete Friedrich-Wilhelm IV. entsprechend examinierten Ärzten in Preußen, homöopathische Arzneimittel selbst zu dispensieren, was bei den Apothekern einen Sturm der Entrüstung wegen

¹ Vgl. AZ 44 (1929), 617–619.

² Vgl. AZ 44 (1929), 1056.

³ Vgl. AZ 45 (1930), 1125.

⁴ Vgl. AZ 47 (1932), 968.

⁵ Vgl. AZ 17 (1902), 599.

⁶ Vgl. SCHMITZ (1998), 508–514.

⁷ Vgl. MICHALAK (1991), 73–90.

⁸ Vgl. hierzu UNGERN-STERNBERG (1980).

Parteinahme der Regierung erregte, hingegen akzeptierten sie die Gepflogenheit, Medizinern eine beschränkte Arzneiabgabe dort zu gewähren, wo eine öffentliche Apotheke sich finanziell nicht rentierte.¹

Mit Salzmann als Vorsitzendem forderte daher die Hauptversammlung 1902 in Koblenz die Regierung auf, homöopathische und allopathische Ärzte unterschiedslos zu behandeln², was indes auch in den folgenden 20 Jahren trotz Drängens der Apotheker ungehört blieb. Erst am 25. Oktober 1922 brachte die preußische Staatsregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf ein, der allerdings ebenso folgenlos blieb wie der vom 22. September 1923; diesem lag zwar ein Gutachten des Landesgesundheitsrates über die Frage des Dispensierrechts der homöopathischen Ärzte und das Halten von ärztlichen Hausapotheken zugrunde, wurde aber mit Hinweis auf die alsbaldige reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens gleichfalls zu den Akten gelegt.³ Die Auffassung der homöopathischen Ärzte, die Apotheker fertigten trotz Vorhandenseins einschlägiger Arzneibücher die von ihnen gewünschten Rezepturen – was in manchen Fällen in der Tat bewiesen werden konnte – unsachgemäß an, verlieh dem Wunsch nach Beibehaltung ihres Dispensierrechts entsprechenden Nachdruck.⁴

Aber auch die Tierärzte, die gleiche Befugnis innehatten, wollten von ihrem Privileg nicht abrücken, so dass – zur eigenen Monopolerweiterung und Umsatzsteigerung – Salzmann im Frühjahr 1903 darauf drang, ihnen dieses Recht begrenzen und ihre Hausapotheken von pharmazeutischen Revisoren regelmäßig kontrollieren zu lassen. Er richtete daher Eingaben an die Regierungen von Anhalt, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg und an das später zu Thüringen gehörende Fürstentum Reuß j. L. sowie an den Bundesrat für die Reichslande und 1905 auch an Sachsen-Coburg-Gotha. Von Seiten des Staates kamen zunächst ausweichende Verlautbarungen über Verhandlungen zwischen dem Kultus- und Landwirtschaftsministerium – Preußen und die meisten anderen Bundesregierungen änderten auch später diese Hinhaltetaktik nicht.⁵ Im August 1904 verfügte dann Reuß, tierärztliche Hausapotheken in Gegenwart eines amtlich bestellten Pharmazeuten turnusmäßig besichtigen zu lassen: eine Bestimmung, der sich das Herzogtum Oldenburg – ausschließlich der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld – am 27. Oktober und ein Jahr später der Senat von Hamburg – unter der zusätzlichen Auflage eines besonders ausgestatteten separaten Raumes – anschlossen.⁶ Eine solche Weisung lehnte man hingegen im Süden ab: „In Bayern besteht nämlich kein Anlaß zu einer Aenderung der bewährten Aufsicht über die tierärztliche Arzneiführung. Die Behauptung, daß dem Tierarzt in der Regel sowohl die Befähigung als auch die Zeit zur Prüfung und Beurteilung der Arzneimittel fehlen, muß für bayerische Verhältnisse als unstichhaltig bezeichnet werden.“⁷

Dort entzog man allerdings Unzuverlässigen das Privileg und verbot allen Veterinären, Medikamente im Handverkauf abzugeben⁸; eine Beschränkung, die Salzmann bereits 1912 vom preußischen Innenministerium für Kreis-Tierärzte verlangt hatte, vergeblich freilich, da man auf dem Gleichbehandlungsgrundsatz aller bestand.⁹ Neben den besonderen Einrichtungen für die Hausapotheken und ihrer amtlichen Überwachung forderte die Hauptversammlung in Nürnberg, auch die Tiermediziner an die Deutsche Arzneitaxe zu binden und von ihnen die Deklaration der Inhaltsstoffe bei Rezepturen zu verlangen. Am 8.

¹ Vgl. KRISCHKE (1932), 41.

² Vgl. AZ 18 (1903), 572.

³ Vgl. AZ 39 (1924), 903.

⁴ Vgl. AZ 39 (1924), 254 f.

⁵ Vgl. AZ 19 (1904), 910.

⁶ Vgl. AZ 20 (1905), 714.

⁷ AZ 22 (1907), 710 f.

⁸ Vgl. AZ 28 (1913), 645.

⁹ Vgl. AZ 27 (1912), 16.

Februar 1913 überreichte Salzmann dem Innenminister eine entsprechende Eingabe mit ausführlicher Begründung und verwies darauf, dass das Dispensierrecht der Tierärzte über keine gesetzliche Grundlage verfügte, da die Ministerialverordnungen von 1833, 1836 und 1840 durch den § 6 der Reichsgewerbeordnung aufgehoben worden waren; dabei besaß für ihn die juristische Frage nur eine unerhebliche, das öffentliche Interesse hingegen eine große Bedeutung: Im Gegensatz zum Apotheker war der Veterinär nämlich nicht dazu verpflichtet, eine Abschrift der Verordnung auf der Signatur anzubringen, was den Kunden bei etwaiger Wiederholung der Arznei nötigte, sich unmittelbar an ihn wenden und auf seine Dokumentationssorgfalt vertrauen zu müssen.

Salzmann verlangte vom Gesetzgeber mit Blick auf die Volksgesundheit also eine absolut identische Observation von human- und tiermedizinischen Arzneien: eine Forderung, der man in den folgenden sieben Jahren mitnichten nachkam.¹ Die Prüfungsvorschriften begnügten sich vielmehr weiterhin mit der Bestimmung zweier ausgeloster Pflanzen und gleich vieler chemischer Präparate, der Ausstellung weniger Rezepte und der Kenntnis einzelner Arzneimitteln, ohne deren Chemie verstehen zu müssen. Da der tierärztliche Medikamentenbestand stets eingeschränkt war, lag zudem die Versuchung nahe, ein gerade vorrätiges dem eigentlich sachdienlichen Mittel vorzuziehen, was weder der Therapie diente noch das Vertrauen des Kunden stärkte, der ohnehin aufgrund mangelnder Rechnungsspezifizierung bezüglich der Arznei- oder Behandlungskosten auf Redlichkeit hoffen musste. Beim Gang in die Apotheke hätten sich dagegen derartige Zweifel erübrigt und die Tierbesitzer beruhigt, indem sie die zweckmäßigste Medizin in Arzneibuchqualität mit Taxpreis ohne Lieferverzögerung erhielten.

Da die Hauptversammlung 1920 in Eisenach immer noch keinen Fortschritt sah, bat Salzmann im Januar das Reichsinnenministerium erneut, den Tierärzten ein Arzneiabgaberecht gemäß der ‚Kaiserlichen Verordnung über den Verkehr mit Arzneimitteln‘ abzusprechen: „Bei der Behandlung kranker Menschen war nämlich die Trennung der Verordnung der Arznei von ihrer Anfertigung und Abgabe seit Jahrhunderten durchgeführt. Nur dort, wo eine Apotheke wirtschaftlich nicht bestehen konnte oder schwierige Verkehrsverhältnisse vorlagen, waren ärztliche Hausapotheken zugelassen. Der Grund für diese Teilung lag vor allem darin, dass die Herstellung der Arznei sich schon damals zu einem Gewerbe entwickelt hatte, zu dessen Ausübung besondere Kenntnisse und Fertigkeiten gehörten. Seitdem hatte sich die Pharmazie zu einer Wissenschaft entwickelt, deren selbstständige Ausübung eine hohe Vorbildung und eingehende Ausbildung zur Voraussetzung hatte. Daneben gestattete die Scheidung eine gegenseitige Kontrolle zwischen Arzt und Apotheker und entband beide von der Verantwortung, die sie nach ihrer unterschiedlichen Ausbildung nicht wechselseitig im Stande waren zu tragen. Den Arzt befreite sie von der Rücksichtnahme auf seinen persönlichen verhältnismäßig beschränkten Arzneivorrat, dem Apotheker legte sie nur die Aufgabe zur richtigen Ausführung der Verordnung auf.“² Die Teilung der Pflichten und Rechte zwischen Humanmedizinern und Apothekern hatte sich so sehr bewährt, dass niemand an eine Rücknahme dachte. Was für die Arzneiversorgung der Menschen recht war, sollte auch für die der Tiere billig sein. Die Sicherung des Viehbestands hatte auch damals schon eine so große wirtschaftliche Bedeutung, dass es sie auf jeden Fall zu fördern galt.

Da die Regierung auf diesen Vorstoß nicht reagierte, wiederholte Salzmann den Antrag am 19. Dezember 1924 unter besonderem Hinweis auf die Notlage der kleinen Landapotheken und erinnerte gleichzeitig an den ‚Entwurf eines Reichsapothekengesetzes von 1907‘, dem zufolge das allgemeine Dispensierrecht der Tierärzte den öffentlichen Interessen nicht entsprach. Daraufhin setzte sich das Reichsinnenministerium mit den einzelnen Ländern ins Benehmen und erhielt – mit drei Ausnahmen – von den Regierungen einen abschlägigen Bescheid, worauf man von einer weiteren Bearbeitung – unter Hinweis auf eine notwendige

¹ Vgl. AZ 35 (1920), 485 f.

² AZ 43 (1928), 764 f.

reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens auch bezüglich des Dispensierrechts der Tierärzte – Abstand nahm.¹ Von dieser abwartenden Haltung setzte der Minister Salzmänn im Februar 1925 persönlich in Kenntnis, der dann zwei Jahre später bezüglich dieses Themas erneut vorstellig wurde, jedoch unterlag.²

In seinem jahrelangen Bemühen um die Zurückverlegung der Abgabe von Tierarzneimitteln in die Apotheke war Salzmänn gescheitert. Die beiden Teilerfolge, die er zu verzeichnen hatte, waren die behördliche Bindung der Tierärzte an die Preise der Arzneitaxe und eine spezifizierte Rechnungslegung der Veterinäre. Dieses Ergebnis war zwar fruchtlos für den Stand, aber zumindest hilfreich für den Tierhalter.³

Von der Notwendigkeit einer inhaltsbezogenen Deklarationspflicht auch für Tiermedizinen war bereits 1912 die Hauptversammlung in Nürnberg überzeugt; daher verwundert die weiterhin praktizierte Anwendung von sog. Geheimmitteln.⁴ Im Widerspruch zum Preußischen Medizinaledikt von 1725 bzw. dem Allgemeinen Landrecht 1794 genehmigten die Behörden nämlich durchaus ihren Vertrieb, woraufhin 1852 die Generalversammlung in Frankfurt eine Strafverfolgung gefordert und 1867 der Preußische Ministerialminister veranlasst hatte, zukünftige Konzessionsanträge von Privatpersonen bezüglich deren Bereitung und Veräußerung grundsätzlich zurückzuweisen sowie eine bereits bestehende Erlaubnis nach dem Ausscheiden des Inhabers aufzuheben, was jedoch – trotz behördlicher Warnung und distanzierender Stellungnahme des DAV – die Nachfrage des Publikums und die ärztliche Empfehlung nicht minderte.⁵ Um eine endgültige Regelung zu schaffen, beauftragte der Bundesrat 1900 eine Kommission aus Mitgliedern des Reichsgesundheitsrates (darunter Salzmänn) die Geheimmittel methodisch in zwei Kategorien – gefährliche und wirkungslose – zu unterteilen, die dann ihr Ergebnis am 21. und 22. Dezember 1901 als Gutachtengrundlage zur Verfügung stellte.⁶ Darauf nahm Salzmänn auch in seinem Kommentar zum Entwurf eines Reichsapothekengesetzes von 1907 Bezug: „Der sogenannte Geheimmittelhandel ist durch Bundesratsbeschluss vom 23. Mai 1903, betreffend Vorschriften über den Verkehr mit Geheimmitteln und ähnlichen Arzneimitteln, in feste gesetzliche Bahnen gelenkt. Den Fabrikanten dieser Mittel und den Apothekern sind genaue Anweisungen für ihr Verhalten gegenüber diesen Mitteln gegeben.“⁷

In Preußen – analog in fast allen anderen Ländern – untersagte nämlich der § 38 der Apothekenbetriebsordnung, für Ärzte oder andere Personen, die sich mit der Behandlung von Krankheiten befassten, Medikamente anzufertigen, deren Bestandteile unverständlich oder falsch deklariert waren.⁸

Die wissenschaftliche Beurteilung solcher ‚Dubiosa‘ hatte das Pharmazeutische Institut der Universität Berlin unter Förderung des DAV übernommen, das ebenfalls gemäß einer Abmachung zwischen Salzmänn und Thoms, dem damaligen Direktor des Instituts, Neuanbietungen erforschte und so dokumentierte, dass die – meist in der Landeszeitung veröffentlichten – Resultate den Praktikern nachvollziehbare Prüfungen auf Identität und Reinheit lieferten und sie in die Lage versetzten, Geheimmittel, Spezialitäten und aktuelle Produkte gegebenenfalls auch eigenständig zu analysieren.⁹ Daneben gab es die häufig

¹ Vgl. AZ 40 (1925), 904.

² Vgl. AZ 43 (1928), 764 f.

³ Vgl. AZ 43 (1928), 979.

⁴ Der Begriff ‚Spezialität‘ erfuhr bis Anfang des 20. Jahrhunderts einen Bedeutungswandel: Dann verstand man nämlich ein industriell gefertigtes Produkt mit schriftlich beigegebener Zusammensetzung darunter. Vgl. FRIEDRICH / MÜLLER-JAHNCKE (2005), 899.

⁵ Vgl. AZ 18 (1903), 822–824; KRISCHKE (1932), 42.

⁶ Vgl. AZ 17 (1902), 577.

⁷ AZ 21 (1907), 3.

⁸ Vgl. AZ 41 (1926), 194 f.

⁹ Vgl. PZ 40 (1895), 631.

genutzte – nur für DAV-Mitglieder kostenlose – Möglichkeit, dort derartige Dienstleistungen in Auftrag zu geben, die bisweilen zufällig erweiterte Kenntnisse über chemische Verhaltensweisen von Stoffen und deren Nachweismethoden bescherten.¹ Thoms deckte so manche mangelhaft hergestellte Spezialität auf, degradierte Geheimmittel zuhauf, wies Ingredienzienschwindel nach und zwang Hersteller zur Berichtigung ihrer Deklaration.² Die gemeinsamen Anstrengungen der Universität und des Vereins fanden nicht nur in Fachkreisen, sondern auch bei Behörden verdiente Beachtung.³ Das nach Thoms benannte Institut avancierte zu einer Art Auskunftsstelle, die ihre Arbeit wegen Überlastung ab 1911 auf eine Reihe von pharmazeutischen Hochschulen übertragen musste. Ein Jahr später übergab Thoms seinen Vorsitz an Carl Mannich, der den kriegsbedingten Rückgang des Unternehmens bis hin zu seinem völligen Erliegen 1918 nicht abwenden konnte, anschließend aber diese Dienstleistung in beschränktem Maß wieder aufnahm.⁴

Der Beginn der Salzmann-Ära und die Anfänge der Arzneimittelmassenproduktion – des Spezialitätenwesens im modernen Sinn – fielen zeitlich ungefähr zusammen.⁵ Der Staat hinderte die Großindustrie nämlich nicht daran, in das eigentliche Arbeitsgebiet des Apothekers: die Herstellung von Medikamenten einzudringen, sondern hatte durch die Zulassung von ‚Wortzeichen‘ [Markennamen] im Warenzeichengesetz von 1894 den industriell gefertigten Präparaten eine nicht unwesentliche Förderung zuteilwerden lassen. Salzmann erkannte die darin liegende Gefahr für seine Kollegen: „Dauert diese schädliche Wirkung des Warenzeichengesetzes noch lange an, so kommen wir dahin, wohin die französische Apotheke durch ein ähnliches Gesetz bereits gebracht worden ist, d. h., zur völligen Brachlegung der pharmazeutischen Tätigkeit des Apothekers.“⁶ Die Vermehrung der Spezialitäten mit ihren unter Umständen zu folgenschweren Verwechslungen führenden Eigennamen verunsicherte den Pharmazeuten in seinem Berufsalltag, zumal ein diesbezügliches amtliches Verzeichnis fehlte. Bereits 1903 hatte sich der Vorstand des DAV daran gemacht, eine Vorschriftensammlung für eine Reihe von gängigen Produkten auszuarbeiten und im Vereinsverlag erscheinen zu lassen.⁷ Die steigende Tendenz der Ärzte, vermehrt Fertigpräparate zu verordnen, zwang die Apotheker, ihr Warenlager auszuweiten, damit mehr Kapital zu binden, um die neuen wortgeschützten Medikamente für das Publikum vorrätig halten zu können. Der Vorstandsvorsitzende versuchte, durch Eingabe vom 24. Februar 1905 an den Bundesrat, eine Abänderung des Warenzeichengesetzes dahingehend in die Wege zu leiten, dass für Wörter, die zur Bezeichnung von Arzneimitteln dienten, ebenso wie für Freizeichen, die Eintragung zu versagen und ein bereits eingetragenes Wortzeichen von Amts wegen wieder zu löschen. Er hoffte, dass die nächste Revision des Gesetzes eine Besserung brachte, um eine Störung der Arzneiversorgung des Volkes und eine Schädigung der Apotheke zu verhindern.⁸ Salzmanns diesbezügliche Anstrengungen blieben auch trotz Wiederholung im Folgejahr wirkungslos.⁹

In Kenntnis dieser Lage griff der DAV 1907 zur Selbsthilfe, nachdem er auf der Dortmunder Hauptversammlung ein Jahr zuvor die Gründung des ‚Spezialitätenunternehmens des Deutschen Apotheker-Vereins‘ einstimmig beschlossen hatte,¹⁰ das gemäß seiner 20 Paragraphen umfassenden Satzung u.a. „die Herstellung von Arzneien in fertiger Packung in

¹ Vgl. AZ 19 (1904), 642.

² Vgl. AZ 24 (1908), 342.

³ Vgl. AZ 21 (1906), 635.

⁴ Vgl. AZ 25 (1910), 653.

⁵ Vgl. hierzu FLEISCHER (1984), 300–346.

⁶ Vgl. AZ 20 (1905), 665.

⁷ Vgl. AZ 18 (1903), 571.

⁸ Vgl. AZ 21 (1906), 633.

⁹ Vgl. AZ 24 (1908), 441.

¹⁰ Vgl. AZ 23 (1908), 930.

den Apotheken selbst nach gleichen Vorschriften, mit gleichen Bezeichnungen und gleicher äußerer Ausstattung zu ermöglichen und zu fördern“ suchte. Salzmann bat im Dezember, die Vereinsmitglieder beizutreten, denn „sie müssten versuchen, den Feind mit dessen eigenen Waffen zu schlagen.“¹ Der Verband konstituierte sich am 4. April 1908 mit Julius Scriba als Vorsitzendem, der mit großem Engagement eine moderne Auflage der Vorschriftenammlung erstellte. Man schloß Verträge bezüglich Schutzmarken, Kapseln, Gläserherstellung, ließ den Betrieb Friedrich Melsbach in Sobernheim Etiketten und Packungen kreieren und produzierte die standeseigenen Marken. Der Vertrieb konnte schließlich im Herbst nach entsprechender Publikation in der ärztlichen Fachpresse erfolgen, nachdem die Firma in das ‚Spezialitäten- und Warenzeichen-Unternehmen‘ umfirmiert worden war,² dem bereits bei der Gründung 400 und nach weiteren zwölf Monaten 700 Mitglieder angehörten, deren Zahl von Jahr zu Jahr – bei sinkenden Beitrittsgebühren von zunächst zwanzig, dann fünf und schließlich einer Mark – stetig wuchs, da etliche Krankenkassenverwaltungen bereits ab 1910 von ihren Vertragsärzten eine vorzugsweise Verschreibung der D.A.V.-Spezialitäten verlangten, die dann ab 1911 die Großherzogliche Hessische Chemische Prüfungsanstalt – zum Gefallen Salzmanns – überregional kontrollierte und so den Qualitätsstandard sicherte.

Im März 1912 stellte der Innenminister das Thema ‚Warenzeichenschutz für Medikamente‘ unter Beteiligung Salzmanns erneut zur Diskussion, der zwar die Abschaffung der Markennamen bei Arzneimitteln als unerreichbar betrachtete, aber eine ungehinderte Rezepturtätigkeit des Apothekers unbedingt durchsetzen wollte; blieb nämlich das Wort- kein Warenzeichen im eigentlichen Sinn, sondern avancierte zu einem Produktnamen, den man – bei mangelnder amtlicher Überwachung – als Deckmantel für Schwindelmittel missbrauchen konnte.³

Ab dem 1. April 1917 entfielen wegen Personalmangels bei der Großherzoglichen Hessischen Chemischen Anstalt auch die Prüfungen der D.A.V.-Produkte, die wie alle anderen Fabrikationen unter der Rohstoff- und Verpackungsmaterialienverknappung sowie der stetigen Preiserhöhungen für Drogen und Chemikalien litten und Änderungen der Rezepturvorschriften kaum Hilfe boten, Medizinen wirtschaftlich vertretbar herstellen zu können, zumal die amtliche Taxe nur derart langsam der jeweiligen Marktlage der Ausgangsstoffe angepasst wurde, dass Apotheker Fertig- und Eigenpräparate teilweise mit Verlust abgeben mussten.⁴

1919 nahm das Spezialitäten- und Warenzeichen-Unternehmen mit seinen nunmehr 1.700 Mitgliedern veränderte Satzungen an und konstituierte sich innerhalb des DAV neu. Es druckte umfangreichere und korrigierte Vorschriften, führte optisch elegantere Packungen ein und ließ sich gemeinsam mit anderen Betrieben zahlreiche Markennamen patentieren.⁵ Die Frage des Preisschutzes kam auf.⁶ Ende September 1925 erfolgte eine allgemeine Verbilligungsaktion der Reichsregierung, deren Auswirkungen auf die Apotheken Salzmann durch Verweis auf die amtliche und die vom DAV herausgegebene Spezialitätentaxe noch abwenden konnte.⁷ Ab 1928 ermöglichte das Zentrallaboratorium des Unternehmens, das der Handelsgesellschaft deutscher Apotheker angegliedert war, den Mitgliedern, die Vereinsspezialitäten nicht nur im eigenen Labor zu rezeptieren, sondern offerierte ihnen sowohl teilweise als auch gänzlich vorgefertigte Präparate, um unter Einsparung von Arbeitskraft einen höheren Ertrag erzielen zu können.⁸

¹ AZ 22 (1907), 326.

² Vgl. AZ 24 (1908), 341.

³ Vgl. AZ 27 (1912), 11; 28 (1913), 644; 29 (1914), 843; 31 (1916), 487.

⁴ Vgl. AZ 32 (1917), 451 f.

⁵ Vgl. AZ 36 (1921), 352.

⁶ Vgl. AZ 40 (1925), 907.

⁷ Vgl. AZ 41 (1926), 816.

⁸ Vgl. AZ 43 (1928), 980.

Salzmans Reaktion auf die Entwicklung des Spezialitätenwesens war sehr intelligent. Da er die Arzneimittelherstellung nicht – wie zuerst von ihm selbst gewünscht – auf die Apotheker beschränken konnte, nutzte er die fachlichen Kenntnisse seiner Kollegen, die Infrastruktur des DAV und seine persönlichen Beziehungen, um die Apotheker an den Früchten des Fortschritts teilhaben zu lassen: Als bester Schachzug erwies sich die ständische Eigenproduktion der Arzneimittel unter dem Dach des Spezialitätenunternehmens des DAV, aus dem später die STADA hervorging.¹ So blieb apothekarisches Geld letztendlich doch in pharmazeutischen Händen.

1902 löste die Ankündigung der Gründung eines ständischen Spezialitätenunternehmens zwischen Salzmann und Karl Dieterich, Direktor der Helfenberger Chemischen Fabrik² und damit einem Repräsentanten der Fabrikanten, einen Streit aus. Der Sachse sah zunächst in der Eigenproduktion der Apothekerschaft einen Übergriff auf seine Erzeuger-Interessen und plante als Revanche Direktlieferungen der Industrie an Ärzte und Krankenkassen. Salzmann gelang es, den Kontrahenten sowohl von seinem schädlichen Vorhaben abzubringen als ihn auch zu einer Veröffentlichung zu bewegen, dass er in der Herstellung standeseigener Präparate „keinen Akt unerlaubten Wettbewerbs erblicke“³. Zum Verdruss der Apotheker schlossen sich andere Unternehmen dieser Erklärung jedoch nicht nur nicht an, sondern fertigten ab 1904 sog. Kassenpackungen, welche die analoge Menge zu niedrigeren Preisen enthielten. Salzmann bat zunächst mit Erfolg die Produzenten, auf solche Varianten zu verzichten, da einerseits der Allgemeinversicherte – für den diese Versionen bestimmt waren – darin etwas Minderwertiges vermutete, während andererseits das übrige Publikum die vergleichbaren Darreichungen nicht mit einem höheren Preis bezahlen wollte und die billigeren verlangte, ebenso wie auch der Arzt sie für seine Privatpatienten vielfach verordnete.⁴ Im Jahr 1906 kam es dann doch zu Direktlieferungen der Großindustrie an Kassen und Ärzte, was einen heftigen Konflikt heraufbeschwor: Salzmann erwog nämlich, alle im Verein zusammengeschlossenen Apotheker zu verpflichten, in gewissen Fällen den Vertrieb bestimmter Spezialitäten abzulehnen.⁵

Auf vielfache Anregung und auf formellen Antrag des Thüringischen Apotheker-Vereins wandte Salzmann sich an eine Reihe von Industriellen und Großhandelsfirmen mit der Bitte um eine bindende Erklärung, derartige direkte Lieferungen nicht auszuführen. Nur zwanzig erklärten sich dazu bereit, hundert Firmen lehnten das Ersuchen ab, da sie ihr Geschäftsverfahren ohne auf ihre Hauptkundschaft, die Apotheker, zu achten, so einzurichten wünschten, wie es ihre eigenen Interessen verlangten, worunter sie unausgesprochen auch eine Belieferung der Drogisten verstanden. Salzmann beklagte daher zurecht, dass ihm nicht eine einzige Firma bekannt war, die „nicht alle und jede gewünschte Ware im Großhandel dem Detaildrogisten lieferte, obschon sie in dessen Händen zu einer Ware wurde, die im Kleinhandel nur auf ungesetzlichem Wege weiter vertrieben werden konnte. Auf diese Weise war es an verschiedenen Orten, z.B. auch in Berlin, den Krankenkassen möglich, ihre Mitglieder in illegaler Manier mit Arzneien zu versorgen. Die Großhandlungen blieben zwar auf dem Boden des Gesetzes, aber drangen trotzdem in den Geschäftskreis ihrer eigenen Abnehmer und schädigten sie erheblich.“⁶ Die Haltung der Fabrikanten, des Großhandels und der Kassen musste, wie Salzmann vehement forderte, mit einem noch engeren wirtschaftlichen Schulterschluss der Standesgenossen beantwortet werden.

¹ Vgl. hierzu SCHWARZ (1985).

² Zu diesem Unternehmen vgl. DANN (1969) und FIEDLER (2001).

³ AZ 18 (1903), 571 f.

⁴ Vgl. AZ 20 (1905), 666.

⁵ Vgl. AZ 21 (1906), 634.

⁶ AZ 22 (1907), 711 f.

In seiner Rede zur Einweihung des Vereinshauses Deutscher Apotheker am 5. September 1909 stellte er seinen Standpunkt als Apotheker auch zur pharmazeutisch-chemischen Industrie dar: „Sieht man in der Arznei nur die Ware, deren möglichst starker Verbrauch und Vertrieb das Endziel der Herstellung ist, so muß man in der fabrikmäßigen Herstellung der gebrauchsfertigen Arzneimittel und in ihrer öffentlichen Anpreisung einen Fortschritt erblicken. Es ist aber niemand unter uns, der nicht einsähe, daß dem Vertrieb der Arznei Schranken gesetzt sein müssen, die in der Volkswohlfahrt begründet sind. Kein Einsichtiger kann es billigen, daß Arzneimittel gleich einem Genussmittel verbreitet werden.“ Überdies wies der Vorstandsvorsitzende die Unterstellung zurück, dass die Apotheke „insuffizient zur Herstellung von Tuberkulin und Sera“ sei, sondern vertrat die Ansicht, daß die „Aufnahme derartiger Arzneimittel durch die Großindustrie sich lediglich als ein kapitalistischer Vorgang darstellt.“ Der gleiche „kapitalistische Vorgang“ wiederholte sich nach Salzmanns Meinung in der „Herstellung der organisch-chemischen Arzneimittel und der Spezialitäten“. Er wies den Vorwurf seitens der Chemiker zurück, die Apotheker hätten sich gewissermaßen aus Bequemlichkeit die – nun von den Fabriken hergestellten – Präparate nehmen lassen und beurteilte diese Kritik als eine „Verkennung der ganzen Entwicklung“, da der deutsche Apotheker in der Meinung erzogen war, dass der Vertrieb von Spezialitäten – 30 Jahre lang größtenteils als ‚Geheimmittel‘ verschrien – auch nach Ansicht der Revisoren als verwerflich galt. Bei ihren Visitationen stuften sie nämlich Apotheken, die Spezialitäten vorrätig hielten, als „minderwertig“, als Betriebe mit „merkantilem Charakter“ ein, unterstützt von den Ärzten, die den Apothekern ungerechtfertigterweise Jahrzehnte hindurch „Geheimmittelschwindel“ unterstellten. Doch „urplötzlich änderte sich der Standpunkt“¹: Die industrielle Medikamentenproduktion führte sozusagen nebenbei zu einer Gesinnungsänderung, und nunmehr verlangten nämlich die Ärzte Lagerhaltung der Fabrikwaren. Nach ihrer neuerlichen Auffassung waren Apotheker moralisch und gesetzlich dazu verpflichtet, alle von ihnen gewünschten Spezialitäten vorrätig zu halten oder zu beschaffen. Nichtsdestotrotz fühlten auch sie sich durch das Eindringen der chemisch-pharmazeutischen Großindustrie in das Arbeitsfeld des Apothekers in ihrer medizinischen Tätigkeit beeinflusst und empfanden daher Medikamentenwerbung in der Tagespresse als „verwerflich“ und „ehrenrührig“².

Da die in der Öffentlichkeit geführte Polemik weder im Interesse der Vertreter der Großindustrie noch im Sinne des DAV-Vorstands lag, traf man sich am 12. Februar 1912 zu einem klärenden Gespräch.³ Die Beschwerden der Apotheker gingen dahin, dass die Großindustrie zunehmend statt Chemikalien gebrauchsfertige Arzneimittel in den Handel brachte, dadurch die Arbeit des Apothekers ausschaltete und ihn so in seinem Ansehen wie in seinem Verdienst schädigte, während die Großindustrie reklamierte, dass in den Apotheken öfters die Rechte der Fabrikanten nicht geachtet würden. In dieser Sitzung wurde einstimmig beschlossen, in beiden Lagern auf einen Ausgleich hinzuwirken, insbesondere die bestehenden Gegensätze nicht in der Fachpresse zu diskutieren, sondern Diskrepanzen im Dialog zu beseitigen, was denn auch in den nachfolgenden Jahren mehrfach glückte.⁴ Salzmann hatte rasch erkannt, dass „die Industrie [...] aus der modernen Arzneiversorgung gar nicht mehr ausgeschaltet werden kann.“⁵ Er begriff die zwingende Notwendigkeit, sich mit ihr wegen der Preisbildung der neu zu schaffenden ‚Spezialitätentaxe für das Deutsche Reich‘ arrangieren zu müssen, und erreichte in langwierigen Erörterungen eine Festlegung der

¹ AZ 25 (1911), 10 f.

² AZ 22 (1907), 711 f.

³ Vgl. AZ 26 (1911), 1191 f.; 27 (1912), 5.

⁴ Vgl. AZ 42 (1927), 1051.

⁵ AZ 28 (1913), 644.

Einzelpreise, die den Packungen aufgedruckt wurden: ein „befriedigender Erfolg“, wie Salzmann es formulierte.¹

3.4.7. Auseinandersetzungen mit den Krankenkassen

Die Verteidigung der Interessen der Apotheker gegenüber den Krankenkassen² war eine der bedeutungsvollsten und schwierigsten Aufgaben Salzmanns. Zwischen beiden Parteien bestanden Abmachungen, die die Abgabe von ärztlicherseits verschriebenen Medikamenten an die Versicherten und deren Bezahlung regelten. Die Eindeutigkeit der Rezepte ließ den Apothekern bei ihrer Arbeit keinen kaufmännischen Spielraum, wohingegen die Krankenkassen den finanziellen Ausgleich nach merkantilen Gesichtspunkten minimierend zu modifizieren gedachten. Schon jahrelang versuchten sie, von den Apothekern höhere Rabatte zu erzwingen, indem sie angebotene Minimalpreise einzelner Kollegen zum Standard für alle erheben wollten, respektive die Versicherten nötigten, bei den günstigeren Anbietern zu kaufen. Die Durchführung dieser wirtschaftlichen Überlegungen hätte eine Konzentrierung von Apotheken in Ballungszentren und unweigerlich den Ruin kleinerer Betriebe in Randgebieten zur Folge gehabt, was überdies dem behördlichen Willen der flächendeckenden und zeitnahen Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln zuwider gelaufen wäre. Diese Entwicklung erkennend, hatte bereits 1902 der Vorstand des DAV für alle die freie Apothekenwahl gefordert und der Regierung ihr zögerliches Verhalten bei der Ausarbeitung einer gesetzlichen Regelung vorgeworfen. Am 25. Mai 1903 gelang es lediglich, den Reichstag zu einer EntschlieÙung zu veranlassen, auch Standespolitiker an den Vorarbeiten zum neuen Krankenversicherungsgesetz mitwirken zu lassen und die jeweils zwischen den Parteien geschlossenen Verträge einer Aufsichtsbehörde vorlegen zu müssen sowie Pharmazeuten, die sich der zukünftigen Versorgungsregelung und der Tarife unterstellten, als ‚Kassenapotheker‘ auszuweisen. Eine zufriedenstellende Umsetzung dieser Resolution erfolgte jedoch nicht.³

In die gleiche Richtung wie die Kontroversen der Apotheker zielten auch die Kämpfe der ärztlichen Vereinigungen mit den Krankenkassen, die 1904 begannen. Im April brachten die medizinischen Standesvertreter einen Antrag im Reichstag ein, durch den die Regierungen gebeten wurden, noch in der laufenden Legislaturperiode eine Verordnung zu erlassen, die das Verhältnis zwischen Krankenkassen und Medizinern regelte, erforderlichenfalls auch unabhängig von der Gesamtreform des Krankenversicherungsgesetzes. Salzmann schloss sich sofort nach Bekanntgabe dieses Antrags dem Gesuch erfolgreich an, um es auch auf die Apotheker auszudehnen und so einen gesetzlichen Schutz gegen die Krankenkassen-Majorisierung erwirken zu können.⁴ Nach Beendigung der Vorarbeiten lud das Reichsinnenministerium im Juni 1908 Vertreter der Ärzteschaft und der Krankenkassen zu einer Konferenz über die anstehenden Fragen ein. Salzmann nutzte ein zweites Mal die Gunst der Stunde und bat, dort das Problem der Arzneiversorgung der Kassenmitglieder ebenfalls vortragen zu dürfen⁵, woraufhin die Behörde im März 1909 dem Verein einen recht günstigen Vorentwurf der Reichsversicherungsordnung zur Stellungnahme vorlegte, den er allerdings um die Zusicherung des Erhalts der eigenen hart verteidigten Monopolstellung – zum Missfallen der Krankenkassen – erweitert wissen wollte, die nämlich für sich selbst das Medikamentenabgaberecht reklamierten, wogegen Salzmann sich am 15. Januar 1910 mit

¹ Vgl. AZ 29 (1914), 842.

² Vgl. hierzu LANDGRAF-BRUNNER (1986), bes. 121–126.

³ Vgl. AZ 18 (1903), 570.

⁴ Vgl. AZ 19 (1904), 640.

⁵ Vgl. AZ 24 (1908), 340.

einer Eingabe an den Bundesrat wehrte, in der er Sinn und Zweck des – im 1907 veröffentlichten Entwurf eines Reichsapothekengesetzes wieder aufgenommenen – Konzessionssystems als vortreffliche bürgernahe, preiskontrollierte, ertragsgarantierende Möglichkeit der Verteilung von Medikamenten herausstrich.

Die Krankenkassen bezogen sich nämlich auf eine Gesetzesnovelle von 1892, die ihnen mit bestimmten Apotheken Lieferungsverträge zusicherte. Sie hatten schnell erkannt, welche Macht ihnen durch die Bestimmung gegeben worden war, schlossen sich zu Orts- und Bezirks-Verbänden zusammen, übten durch den Umfang der Bestellungen, die sie zu vergeben hatten, Druck auf die jeweiligen Apotheker aus, die aufgrund der sie bindenden Vorgaben zu jedweder Arzneianfertigung und -beschaffung angehalten waren und diktierten ihnen die Preise, mit denen sie dann die übrigen ebenfalls zur Annahme verlustbringender Geschäftsbedingungen gefügig machten. Als Antwort auf solche Machenschaften verwehrten Apotheker in Berlin und Köln den gesetzlich Versicherten den sonst üblichen Medikamentenbezugskredit und rechneten sie wie Privatpatienten sofort in bar ab, woraufhin die Krankenkassen ihren Schutzbefohlenen das nötige Geld zum Bezahlen der rezeptpflichtigen Medizinen über Drogisten-Strohmänner zuschoben, so gleichzeitig die Arzneiversorgung halbwegs aufrechterhielten und die Gegenseite in die Knie zwangen, die dann einen exorbitanten Rabatt von 20 Prozent machtlos einräumen, den Zinsverlust durch Kreditgewährung tragen und Handverkaufsartikel für das Publikum reduzieren musste. Diese Präzedenzfälle ermutigten besonders in ihren Hochburgen die Krankenkassen dazu, Nachlässe auf die obligatorischen Preise der Deutschen Arzneitaxe – wie 1908 vom DAV eruiert – um 15–20 % aufzudrängen, was einzelne Bundesstaaten schließlich veranlaßte, einen Minimalrabatt von 10 bis 15% zu fixieren, mithin die Funktion der Deutschen Arzneitaxe – besonders in Gegenden großer Kassenmitglieder- Bevölkerungs- und damit entsprechender Apothekendichte – für 20 Millionen Menschen quasi außer Kraft zu setzen. Der Staat lief Gefahr, sich selbst seiner Rechte hinsichtlich der Verteilung der Apotheken und der Bemessung der Arzneitaxe durch die Krankenkassen berauben zu lassen. Salzmann vertrat die Ansicht, dass die eine Staatseinrichtung, die Apotheke, nicht durch eine andere, die Krankenkasse, zugrunde gerichtet werden durfte.

Die Krankenkassen begründeten die Berechtigung ihrer Forderungen nach Rabattgewährung mit dem garantierten Absatzmarkt, den sie dem Vermittler als ‚Großabnehmer‘ boten, eine Ansicht, die Salzmann kritisierte, da die Gesamtlieferung sich aus einer umfangreichen Anzahl von Einzelabgaben zusammensetzte und die gleiche Arbeit jedes Mal von Neuem geleistet werden musste; Kassenrezepte sogar mehr Bürokratie nach sich zogen als private. Zum Ausgleich bat er neben freier Apothekenwahl, um gebietseinheitliche – damit patientenneutrale – Verträge zwischen den beiden Parteien, die lediglich die etablierten und nicht die unter Taxpreis feilbietenden Versandgeschäfte einbeziehen sollten. Diesen Wünschen kam die am 12. März 1910 dem Reichstag vorgelegte bearbeitete Version des Vorentwurfs zur Reichsversicherungsordnung mitnichten nach, sondern sah weiterhin die Beibehaltung der bisherigen ‚beschränkten freien Apothekenwahl‘ vor, erlaubte den Kassen ohne Einigungskommissionen oder Schiedskammern Exklusivverträge mit einzelnen Apothekern abschließen zu können und verpflichtete letztere, auch freiverkäufliche Medikamente zu den ‚üblichen Handverkaufspreisen‘ abzugeben, was unter ihnen einen solchen Sturm der Entrüstung auslöste, dass auf Antrag der ‚Kreisvorsteher in Rheinland und Westfalen‘ der DAV für den 13. April 1910 eine außerordentliche Hauptversammlung nach Berlin mit dem einzigen Tagesordnungspunkt ‚Entwurf einer Reichsversicherungsordnung‘ einberief, an der auch Vertreter 63 anderer größerer und kleinerer Fachvereinigungen und Körperschaften teilnahmen¹, die dann unter dem Vorsitz von Emil Vogt als Vertreter des erkrankten Salzmanns forderten, Krankenkassen nur mit Apotheken ihres Einzugsbereichs zu

¹ Vgl. SG 1909–1910, 3–9; AZ 25 (1910), 405 f.

erlauben, Rabatte abzuschließen, die ein paritätisch besetzter Vertragsausschuss – gegebenenfalls unter Hinzuziehung einer Schlichtungsstelle – vorher zu billigen hatte. Im Gegenzug verpflichteten die Apotheker sich, den gerade noch vertretbaren, aber nicht ruinösen Nachlass auf Medikamente der Arzneitaxe – allerdings unter Ausschluss der Handverkaufsartikel – zu gewähren und bestanden – wie von Salzmann als unerlässlich erklärt – auf dem Recht, bereits abgeschlossenen Kontrakten durch bloße Erklärung beitreten zu können (FE 1).

1913 legten dann die Regierungen der meisten Bundesländer die Höhe des Rabatts auf 10 Prozent, Schwarzburg-Rudolstadt auf 15, Lübeck auf 5 und Württemberg, die sächsischen Herzogtümer, Schwarzburg-Sondershausen gestaffelt zwischen 5 bis 20 Prozent fest, worauf Salzmann bat, die Zwangsnachlässe – vor allem zum Schutz der bescheidenen Apotheken – zu senken und für Kleinstbetriebe bei einer Vierteljahresrechnung unter 50 Mark je Kasse eine Abschlagsbefreiung zu erreichen, worauf sich verschiedene Bundesstaaten einließen, gleichzeitig aber auch das übrige Sortiment dem behördlichen Preisdiktat unterwarfen, wobei Preußen im Alleingang die Handverkaufslisten dem Gutdünken der jeweiligen Regierungspräsidenten unterstellte und so aufs Neue den von Salzmann gehegten Wunsch nach Allgemeingültigkeit torpedierte¹, dem auch die von ihm angestrebte Vereinheitlichung der siebzig verschiedenen Spezialitätenlisten – mit ihren jeweils zwischen ein- bis zweihundert Präparaten – dienen sollte.

Im Dezember entbrannte ein Streit zwischen Krankenkassen und Ärzten, dessen Auswirkungen sich ohne Salzmanns Einschreiten zu einer direkten Existenzbedrohung für die Apotheker hätte entwickeln können. Bei den Medizinern bestand nämlich die Absicht, die §§ 370 und 119 der Reichsversicherungsordnung für sich auszunutzen. Zum einen bestimmte der § 370, dass eine Kasse, bei der die Bezahlung der ärztlichen Versorgung in Frage gestellt war, ermächtigt werden konnte, statt der Krankenpflege – zu der auch die Lieferung von Arzneimitteln gehörte – eine bare Leistung zu gewähren, zum anderen berechnete der § 119 die Patienten, ihre Ansprüche aus dem § 370 direkt auf ihren Arzt zu übertragen. Dadurch entstand die Gefahr, dass der Versicherte seine gesamten Zuwendungen dem Arzt übertrug und für die Beschaffung der erforderlichen Heilmittel kein Geld zur Verfügung übrigbehielt. Salzmann wandte sich am 20. Dezember umgehend an die Bundesregierungen, die Versicherungsämter anzuweisen, in solchen Fällen dafür Sorge zu tragen, dass den Patienten auf alle Fälle von dem Abgeltungsbetrag nach § 370 derjenige Teil verbliebe, der für die Arzneimittelbeschaffung bestimmt war. Einige Regierungen erwiderten, dass durch die stattgefundene Einigung zwischen Ärzten und Kassen die Eingabe gegenstandslos geworden war, was Salzmann zu Recht bezweifelte, da er den Ausbruch lokaler Streitigkeiten befürchtete, die dann auch prompt im Juli 1914 in der Mark Brandenburg zu Tage traten, als das Oberversicherungsamt einer Krankenkasse die Anwendung des § 370 ohne Einschränkung genehmigte, was dank Salzmanns Weitsicht und Bemühungen ein Einzelfall blieb.

Als mit Ausbruch der Kriege Preiserhöhungen und Kreditverweigerungen drohten, wies Salzmann am 21. August nochmals die Bundesregierungen mit allem Nachdruck auf die Existenzgefährdung besonders der kleinen Apotheken hin, was aber gemäß der Stellungnahme des Innenministers ohne positive Folgen für die Kollegen blieb. Auch die Krankenkassen waren in pekuniäre Schwierigkeiten geraten, da ihre jüngeren, gesunden Mitglieder einberufen waren und somit als Zahler ausfielen. Um die Leistungsfähigkeit der Kassen sicher zu stellen, hatten der Bundesrat und Reichstag sofort nach Beginn der Auseinandersetzungen ein Gesetz erlassen, das ihre Bezahlungen auf die Regelleistungen beschränkte, die Beiträge grundsätzlich auf 4,5 Prozent des Grundlohns festsetzte und

¹ Vgl. AZ 28 (1913), 642.

etwaige Fehlbeträge den Gemeindeverbänden anlastete.¹ Diese Zusage entband die Versicherungen jedoch nicht, selbst alle nur möglichen Einsparungsmaßnahmen auszuschöpfen, um möglichst lange liquide zu bleiben. So votierte die Jahresversammlung des Verbandes deutscher Ortskrankenkassen einstimmig, künftig Selbstherstellung und -vertrieb freigegebener Arzneimittel zu betreiben. Obendrein versuchten sie, die amtliche Taxe durch Absprachen mit anderweitigen Niedrigpreisanbietern zu unterlaufen, schädigten so den Stand und begaben sich aufgrund des gesetzlich verankerten Apothekenmonopols auf rechtswidriges Terrain, was sie allerdings nicht daran hinderte, im Juni 1915 dem DAV den Entschluss einer Direktabgabe in größerem Maßstab mitzuteilen, wenn man ihnen nicht bei dem Umfang und den Preisen der Handverkaufslisten sowie bei den Kosten für Spezialitäten entgegenkommen würde. Dieses Ultimatum veranlasste Salzmann trotz kriegsbedingter Schwierigkeiten, für den 15. September 1915 eine Hauptversammlung in Berlin einzuberufen, die die Frage der ‚Arzneiversorgung der Kassenmitglieder‘ einer eingehenden Beratung unterziehen sollte.

Da beide Seiten zunächst eine dauerhaft friedliche Beziehung anstrebten, formulierten die Kassenverbände – durchaus offen für modifizierende Vorschläge – ihre Anforderungen und der DAV schlug über die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung hinaus großzügigere Lieferungsverträge vor, wenn die Kassen die Selbstabgabe von ärztlich verordneten Arzneimitteln, Handverkaufsartikeln, Verbandstoffen und Artikeln zur Krankenpflege zugunsten der Apotheken unterließen, wobei die Bemessung der Rezepturabschläge den regionalen Vereinbarungen überlassenbleiben sollte.² Eine Handverkaufsliste kam im Juli 1917 als Grundlage für etwaige neue örtliche Abschlüsse zwischen den nun übereinkunftsmäßig alleinliefernden Apothekern und den Kassen heraus, die letztere auf das ganze Reichsgebiet ausgedehnt wissen wollten, was Salzmann allerdings durch Gegeneingaben bei den Bundesregierungen zu verhindern wusste. Ein Jahr später legte man schließlich eine auf freiwilliger Basis beruhende ‚Kassenhandverkaufsliste‘ (K.H.L.) fest, die in der neuen Form – die Preise errechneten sich aus den der Arzneitaxe abzüglich 20% sowie ohne Abgabegebühr oder Teuerungszuschlag – durch Zugeständnisse auf beiden Seiten mit der „Hoffnung auf ruhigere Beziehungen“ und von Salzmann als „brauchbare Mitteilinie“³ bezeichnet wurde, sich jedoch als untauglich erwies, da der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen dennoch einen sog. Heilmittelvertrieb einrichtete und ab dem 1. Januar 1920 die Mitglieder in Eigenregie versorgte, denn seine Erwartung von der Akzeptanz der K.H.L. war seitens der Apotheker enttäuscht worden.⁴

Im März 1922 versuchte der Gesamtverband der Krankenkassen Deutschlands, die Rechte der Apotheker weiter zu beschneiden. Mit einer Eingabe an die Reichs- und Landesministerien verlangte er, Kassenmitgliedern stets die Arzneien ohne gleichzeitige finanzielle Gegenleistung auszuhändigen, wogegen Salzmann am 4. April Einspruch erhob, gleichzeitig die Selbstabgabe der Krankenkassen anprangerte, ihre Besserstellung durch die Reichsversicherungsverordnung im Vergleich zu der übrigen Klientel betonte und die sofortige Barzahlung als einzige Abwehrmöglichkeit gegen unangemessene Forderungen unterstrich, worauf man in Berlin zunächst nach keiner Seite hin reagierte und damit das Vorhaben der Kassen näher rücken ließ, lediglich die verschreibungspflichtigen Medikamente zu Niedrigpreisen nach mehrmonatiger Kreditinanspruchnahme den Apothekern als Erwerbsquelle übriglassen zu wollen und damit zwangsläufig das gesamte Apothekenwesen zu vernichten⁵, worauf auch die Einführung ihrer Billigspezialitäten, der ‚Remedia oeconomica‘ zielten, die dann vom Reichstag vergütet werden sollten.⁶

¹ Vgl. AZ 29 (1914), 839–841.

² Vgl. AZ 31 (1916), 486 f.

³ AZ 32 (1917), 451; 33 (1918), 340.

⁴ Vgl. AZ 35 (1920), 294.

⁵ Vgl. AZ 38 (1923), 115.

⁶ Vgl. AZ 38 (1923), 113.

Die Verhandlungen zwischen Krankenkassen und DAV gestalteten sich mit zunehmender Inflation immer schwieriger. Unentwegt mussten Nachträge zur Arzneitaxe verlangt werden, die – wie auch die weitgehend umgeformte Ausfertigung für 1922 – stets zu zögerlich bewilligt wurden. Mit rasender Geschwindigkeit verschlechterte sich die Wirtschaftslage, das Privatpublikum wurde pausenlos kaufunfähiger, trotzdem verlangten die Krankenkassen wie eh und je Rabatte sowie Kredite und gerieten dennoch schließlich selbst in pekuniäre Schwierigkeiten. Die Lieferanten der Apotheken verschärften ihre Bedingungen und wünschten ein Zug-um-Zug-Geschäft, schließlich sogar Entgelt im Voraus. Als nun Industrie und Großhandel den monetären Ausgleich nach dem täglichen, um Hunderte von Prozenten schwankenden Dollarkurs forderten, war die Taxe in ihrer alten Form nicht mehr zu halten und hätte notwendigerweise von den Behörden der Bonität halber systematisch angepasst werden müssen, um den drohenden Ruin der deutschen Apotheke abzuwenden. In dieser Not änderte Salzmann das erste Mal seine sonst eher devote und ausgleichende Art; er „bittet“ nicht mehr, sondern „verlangt“ unter dem 4. August 1923 von der Reichs- und allen Landesregierungen, dass die Krankenkassen die Faktura für die an ihre Mitglieder gelieferten Arzneien sofort zu begleichen, im Laufe des Monats Vorschüsse auf den Rechnungsbetrag zu geben und dass man die Arzneitaxe an die Geldentwertung anzupassen hatte, worauf die ‚Festmarktaxe‘ und die dringend notwendigen Vorschusszahlungen, die die Reichskreditanstalt zur Verfügung stellte, bewilligt wurden.

Ab Oktober trat der geänderte § 375 RVO in Kraft, der den Krankenkassen nun erlaubte, Sonderverträge mit Apotheken sowie einzelnen anderen örtlichen Anbietern und nach Gründung ihrer gemeinnützigen ‚Heilmittelversorgungs-AG‘ die eigenen Mitglieder auch autonom zu beliefern. Darüber hinaus entzog er den Pharmazeuten das mühsam erkämpfte Recht des jederzeitigen Beitritts zu Lieferverträgen und verlangte gemäß § 182 a von den Versicherten eine 10–20% Arzneikostenselbstbeteiligung. Die Regierung hatte die Apotheken den Kassen geopfert und strafte die Geschädigten wegen mangelnder Kreditbereitschaft obendrein noch ab, obwohl nicht die Darlehensverweigerung, sondern die allgemeine Wirtschaftslage das Grundübel war und den Bankrott auch der Apotheken heraufbeschwor.¹

Nach der Hyperinflation hielt Salzmann es im Interesse der Existenzsicherung und der gleichmäßigen Verteilung der Apotheken über das Reichsgebiet für dringend erforderlich, den ursprünglichen Wortlaut des § 375 wiederherzustellen, Apothekenbesitzern und -verwaltern das Recht des Beitritts zu bestehenden Kontrakten zurückzugeben sowie den Krankenkassen Vertragsabschlüsse nur innerhalb ihres Einzugsgebiets zu genehmigen als auch den Selbstbeteiligungsparagraph 182 a – eine zwecklose Belastung der Kranken und vielfach von den Kassen nicht in Anspruch genommen – zu streichen.² Er verlangte, die Monopolstellung der Apotheken von neuem zu festigen, die rechtmäßig dazu verpflichtet waren, die Bevölkerung zuverlässig und ortsnahe mit Arznei zu versorgen, wohingegen die Sozial-Körperschaften ihre Aufgabe der angemessenen Distribution wahrnehmen sollten. Die Krankenkassen waren eine Staatseinrichtung und finanzierten sich durch die Zwangsbeiträge ihrer Versicherten und deren Arbeitgebern, zu denen auch die Apotheker gehörten. Wenn sie nun Waren bezogen und an ihre Mitglieder verteilten, so griffen sie in das Gebiet des Gewerbetriebes über und traten mit den Unternehmern in einen ungleichen Konkurrenzkampf, da sie nämlich Macht ihrer eigentlichen Funktion, bestimmte Konditionen den Mitbewerbern auferlegen und gleichzeitig ihre Einkommen- und Gewerbesteuerfreiheit ausnutzen konnten.³

¹ Vgl. AZ 39 (1924), 902. AZ 41 (1926), 814.

² Vgl. AZ 43 (1928), 975.

³ Vgl. AZ 44 (1929), 1055.

Am 26. Juli 1930 erschien die Erste Notverordnung, die neben dem obligatorischen monatlichen Krankenkassenbeitrag vom Versicherten gemäß § 182 a RVO beim Bezug von Arznei- Heil- und Stärkungsmitteln 50 Reichspfennige pro Rezeptblatt forderte – sofern die eigentlichen Kosten höher lagen – wogegen sich die Hauptversammlung in Trier ebenso wehrte – eine zusätzliche Geldforderung widersprach dem Geist der Krankenversicherung und schaffte soziales Unrecht – wie gegen die Gesamtarznei-Preissenkungsaktion des Reichswirtschaftsministeriums, der der DAV im Oktober 1930 mit einer umfassenden Darstellung über die Apothekenumsatzentwicklung zwischen 1928 bis September 1930 und Kündigung der bestehenden Verträge zum Ablauf des Jahres – mit Bereitschaftserklärung zu einer Neufassung – entgegenzutreten versuchte.

Am 1. Dezember erschien eine etwas moderatere Notverordnung mit dem § 182 b, nach der Personen ab dem 11. Krankheitstag, Arbeitslose, berufsverunfallte oder kriegsbeschädigte Sozialrentner, Tuberkulose sowie Geschlechtskranke eine Arzneikostenbefreiung erhielten.

Hingegen beharrte man regierungsseits auf einer Herabsetzung des Spezialitätenzuschlags, der Salzmann mit einer ausführlich begründeten Eingabe an den Reichsinnenminister am 15. Dezember 1930 entgegentrat und sie auch der einschlägigen Presse sowie sämtlichen Industrie- und Handelskammern zustellte, wodurch Besprechungen zwischen ihm und dem Reichsinnenminister am 5. Januar 1931 bzw. im Reichsgesundheitsamt am 27. und 28. Februar zustande kamen, die erkennen ließen, dass die Regierung zwar an dem Senkungsplan festhalten wolle, aber nichts Konkretes äußerte, was wiederum eine Verzögerung der dringend notwendigen Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Krankenkassen und dem DAV bis zum 15. April 1932 zur Folge hatte. Die beiden vereinbarten nun paritätisch besetzte Gremien, die jeweils die Lieferbedingungen zwischen den ortsansässigen Krankenkassen und ausnahmslos allen zugehörigen Apotheken aushandelten, wobei letztere einen Höchststrabatt von 7 % auf die dem amtlichen Abschlag unterliegenden Rezepturen und Spezialitäten gewährten und ihre Monatsrechnungen im Voraus oder innerhalb von drei Tagen von der Gegenseite beglichen werden mussten. Verzichtete allerdings eine Krankenkasse nur teilweise auf die Selbstabgabe, verringerte sich der ihnen eingeräumte Sonderabschlag entsprechend, wobei Apotheken mit einem Jahresumsatz bis zu 25.000 RM gänzlich von einem Nachlass befreit waren. Diese Absprachen konnten zum Schluss eines jeden Kalendervierteljahres mit dreimonatiger Frist gekündigt werden.

Beibehalten wurde jedoch die durch die zweite Notverordnung vom 8. Dezember 1931 gestiegene Arzneikostenbeteiligung, die die ‚Gewährung von Mehrleistungen in besonderen Fällen‘ untersagte, wodurch man eine fünfzigprozentige Kostenübernahme – oft unbezahlbar für die betroffenen Familienversicherten – eingeführt und damit einen drastischen Rückgang des Heilmittelverbrauchs ebenso erzielt hatte wie durch die Neuregelung des kassenärztlichen Dienstverhältnisses, das einen Regelbetrag für Rezepte und Regresspflicht bei Abweichung vorsah und die Mediziner zu sparsamstem Verschreiben zwang.¹

3.4.8. Personalangelegenheiten

Als Salzmann 1902 zum Vereinsvorsitzenden des DAV gewählt wurde, waren die Begriffe von Sozial- und Tariffrecht noch unbekannt, eine gestaffelte Entlohnung je nach Ausbildungsstand allerdings üblich. In der Apotheke arbeiteten Apotheker, Gehilfen, Lehrlinge und als ungelerntes Hilfspersonal die ‚Stößer‘, denen neben anderen Tätigkeiten vor allem das Zerkleinern und Zerstoßen von Drogen im Mörser übertragen wurde. Der Lehrling nahm die unterste Stufe in der Hierarchie der pharmazeutischen Angestellten ein.

¹ Vgl. AZ 47 (1932), 966.

Hatte er den Abschnitt mit der Gesellen- / Gehilfenprüfung erfolgreich abgeschlossen, führte er die Bezeichnung Geselle bzw. Gehilfe. Nach Einführung des obligatorischen Pharmaziestudiums 1875 hieß der angestellte Apotheker mit Studium, Staatsexamen und Approbation kurz ‚Approbierter‘, der Besitzer, Pächter oder Verwalter ‚Apothekenleiter‘.¹ Obwohl die Arbeits- und Lebensbedingungen der Gehilfen jahrzehntelang erbarmungswürdig waren, beklagte man das erste Mal Anfang des 20. Jahrhunderts in deutschen Apotheken einen Personalmangel, der wahrscheinlich auf eine nun erschwerte Prüfungsordnung zurückzuführen war, die zwar unexamierten fähigen Gesellen einen schnelleren Wechsel hin zur Universität ermöglichte, aber weniger Lernwillige vor der anspruchsvolleren Ausbildung zurückschrecken ließ. Die neue Examenregelung minimierte derart das Angebot an jungem Personal, dass Salzmann der sog. Angestelltenfrage in seinem Geschäftsbericht für 1904/1905 recht breiten Raum gab und gleichzeitig veranlasste, Nachweisstellen für interessierte Eleven einzurichten. Seinen Vorschlag, Absolventinnen Höherer Töchterschulen mit zusätzlichen Lateinkenntnissen als pharmazeutische Hilfskräfte auszubilden und somit den Engpass zu kompensieren, lehnte man hingegen wegen vermuteter weiblicher Geistesbeschränkung ab.

Auf Seiten der Angestellten erzeugte der Personalmangel eine bisher unbekannte Selbstwertschätzung, die auch die Approbierten ermutigte, ihre berechtigte Unzufriedenheit öffentlich zu formulieren und sich 1904 zum ‚Verband konditionierender Apotheker‘ zusammenzuschließen, dessen konstituierender Sitzung Salzmann mit gemischten Gefühlen beiwohnte; von nun an wurden nämlich die Fragen der bilateralen Beziehungen nicht nur innerhalb des DAV als Repräsentant der Apothekenleiter erörtert, sondern von Verein zu Verband diskutiert. Trotz weitgehender sachlicher Gegensätze, die sich manchmal kritisch zuspitzten, gelang es der besonnenen Führung auf beiden Seiten hauptsächlich Salzmann und Sparrer die Vertretung der jeweiligen Interessen so zu führen, dass doch am Ende das Wir-Gefühl blieb, so z. B. 1906 bei der Beurteilung der optionalen Zugehörigkeit der Apothekerassistenten zu der an sich fachfremden Kategorie der Handlungsgehilfen im Sinne des Handelsgesetzbuches. Ordnete man sie nämlich dieser Gruppe zu, so stand ihnen alle damit verbundenen Rechte – im Besonderen der sechswöchige Gehaltsbezug im Krankheitsfall – zu. Es kam damals zwar nicht zu der beantragten Gesetzesänderung; doch setzte sich in der Praxis die Auffassung als Gewohnheitsrecht durch, das später dann zudem der Tarifvertrag verbrieft.²

Auch verbesserte sich zunächst die wirtschaftliche Lage der Angestellten: Bezogen Gehilfen 1840 bei freier Kost und Logis durchschnittlich einen Jahreslohn von 100 und Apotheker von 200 Talern³, so betrug für den gleichen Zeitraum – wie 1908 erhoben – in kleineren Orten neben häuslicher Versorgung das durchschnittliche Gehalt für approbierte Assistenten 2813, in Großstädten 2836 Mark; Kandidaten der Pharmazie erwarben in Gemeinden 2468, in Ballungszentren 2485 Mark; noch nicht staatsgeprüfte Assistenten verdienten allenthalben 2231 Mark. Eleven zahlten kein Lehrgeld mehr, sondern erhielten neben Essen und Bett eine Zwölf-Monats-Unterstützung zwischen 688 und 870 Mark.

Als jedoch bereits während des Ersten Weltkriegs die Geldentwertung einsetzte, forderten die Arbeitnehmer Gehaltssteigerungen, die die Dienstherren nicht bezahlen konnten. Im Dezember 1918 schufen gemäß der neuen Reichsgesetzgebung die Vorstände des DAV, des Wirtschaftsvereins und des Verbands deutscher Apotheker (VdA) als Arbeitnehmervertreter den ersten eigenen Tarifvertrag – mit dem Handelsgesetzbuch als Ausfertigungsbestandteil – und sorgten damit endlich für Einheitlichkeit und Rechtssicherheit, wobei man parallel einen Haupt- und Ortausschüsse bildete, die ggf. auch als Schlichtungsgremien dienen sollten.⁴

¹ Vgl. FRIEDRICH / MÜLLER-JAHNCKE (2005), 757.

² Vgl. AZ 42 (1927), 1052 f.

³ Bei der Reichsgründung 1871 entsprach 1 Taler 3 Mark.

⁴ Vgl. KRISCHKE (1932), 275 f.

Die Normalarbeitszeit betrug 48 Stunden in der Woche zuzüglich eines Sonntags- und Nachtdienstes sowie Anspruch auf einen zwei- bis dreiwöchigen Jahresurlaub. Der Lohn setzte sich aus einem Grundgehalt, einer Orts- und einer Teuerungszulage zusammen, wobei zusätzliche Naturalleistungen auf das Entgelt angerechnet wurden. Die Vereinbarung trat durch Bestätigung des Reichsarbeitsministers am 22. Dezember 1919 rückwirkend zum 1. August für das pharmazeutische Personal in Kraft. Für die in Apotheken beschäftigten Arbeiter hingegen galt der Reichstarifvertrag der chemischen Industrie vom 9. Februar 1920, was Salzmann wegen der Besonderheit des Apothekenbetriebs und der starken finanziellen Belastungen der Besitzer mittels zweier Eingaben am 1. April und 10. Juli versuchte zu ändern.¹ Seine Bemühungen waren erfolgreich, denn bereits im November wurde festgelegt: „Angestellte sind sowohl die pharmazeutischen als auch die nicht-pharmazeutischen Arbeitnehmer.“²

Zu diesem Zeitpunkt galt bereits der am 13. Februar vereinbarte und rückwirkend zum 1. Januar in Kraft getretene zweite Tarifvertrag (GSTA PK 51), der zum Ärgernis des VdA die Teuerungszulage nominell in den Betrag des Gesamtgehalts miteinbezog. Man kündigte im Sommer den Kontrakt und verlangte eine – von der Arbeitgeberseite unannehmbar – Erhöhung der Teuerungszulage um 40%, die dann ein Unparteiischer auf ein für beide Seiten akzeptables Niveau zu regulieren vermochte. Der nächste Kontrakt folgte am 1. Januar 1921 mit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Reichsarbeitsministers vom 18. Februar und brachte als Neuerung die ‚Verheirateten-Zuschusskasse‘, deren Auswirkungen für die Begünstigten zwar nützlich, für die finanzierenden Arbeitgeber aber ungerecht war, da widersinnigerweise der Umlagenmodus auch ledige Angestellte einschließlich Praktikanten erfasste³ und den die nächste Ausfertigung vom 15. November – mit Geltungsbereich ab 1. März 1922 rückwirkend zum 1. Oktober 1921 – auch nicht besserte (GSTA PK 52).

Die mehrfache Tarifierhöhung, die aufgrund der Geldentwertung für die Arbeitnehmer lebensnotwendig waren, entwickelten sich für die Apothekenbesitzer zu einer erdrückenden Last, da man ihren finanziellen Mehrbedarf nicht simultan über eine rechtzeitige Heraufsetzung der Taxe ausglich, wobei die Vereinbarung, nach der sich die Entgeltbemessung an die Beamten-Besoldungsordnung anlehnen sollte, die Situation noch verschärfte, da die Beamtengehälter später innerhalb jedes Monats, sogar mit rückwirkender Kraft erhöht wurden. 1922 beschloss daraufhin die Hauptversammlung – mit dem Hinweis auf durchaus erneute Verhandlungsbereitschaft – die Abmachung von ihrer Seite aus zu lösen, was nach nochmaliger Befragung der Apothekervertreter auf Kreisebene im Frühjahr 1923 umgesetzt wurde.⁴ Als am 18. Juli in Rudolstadt der Lohn für das pharmazeutische Personal in einer apothekenruinösen Höhe durch Schiedsspruch festgesetzt wurde, begehrten die Arbeitgebervertreter auf, da sie für die Folgen keine Verantwortung übernehmen wollten. Salzmann bewies in dieser festgefahrenen Situation einmal mehr sein Verhandlungsgeschick und bekam mit Hilfe des Volkwohlfahrtsministeriums, die beteiligten Parteien wieder an einen Tisch (GSTA PK 57). Bereits am 27. Juli – mit Blick auf die nicht vorherzusehende Inflationsgeschwindigkeit – einigte man sich, das Urteil doch umzusetzen und ab der zweiten Julihälfte die untragbaren Tarifgehälter in der Spitze mit 6.000.000,- Mark an Approbierte und für die übrigen Angestellten rechnungsmäßig entsprechend zu entrichten. Zeigten sich jedoch im Einzelfall Ende Juli Auszahlungsschwierigkeiten, so sollten Apotheken-Vorstand und Angestellte die Art der Fest-Entlohnung eigenständig regeln können. Für den Folgemonat erhielten die Mitarbeiter am 10. und 20. August zunächst auf das nun mit 7.5 Millionen Mark limitierte Bruttogehalt Abschlagszahlungen, denen die vom Statistischen Reichsamt am 7.

¹ Vgl. AZ 35 (1920), 294.

² Tarifvertrag der Tarifgemeinschaft deutscher Apotheker nebst den Satzungen der Zuschusskasse sowie der Geschäftsordnung für die Ausschüsse der Tarifgemeinschaft deutscher Apotheker vom 3. November 1920.

³ Vgl. AZ 36 (1921), 349.

⁴ Vgl. ZP 1 (1922), 3–8; AZ 38 (1923), 113.

und 15. August veröffentlichten Lebenshaltungsindices zugrundelagen. Die für die Zeit vom 16. bis 20. vermutete Teuerungsrate sollte ein aus je zwei Arbeitgebern und -nehmern bestehendes Gremium schätzen, das am 2., 9., 16., 23. und 30. August zusammentrat und außerdem den maßgebenden Regierungsstellen die inflationskompensierende Arzneitaxen-Anpassung vorschlagen sollte (GSTA PK 58). Die nächsten Monate berechnete man analog, verabredete aber zusätzlich, bei regionalen Engpässen – nach Anhörung der zuständigen Ortsausschuss-Vorstände – Sonderzuschläge zu gewähren (GSTA PK 59, 60). Am 7. Februar 1924 erschien ein Nachfolgevertrag, der als Neuerung statt einer zentralen eine lokale Gehaltsfestsetzung über Gauausschüsse vorschrieb, gegen dessen Entscheidungen Berufung bei staatlichen Einigungskommissionen zulässig war; der frühere Hauptausschuss wurde aufgelöst und an seine Stelle trat ein Reichs-Schlichtungsausschuss, dem jedoch lediglich die Beilegung von Streitigkeiten mit grundsätzlicher Bedeutung für das gesamte Tarifgebiet oblag¹ (GSTA PK 62).

Die Einführung der Reichsmark am 30. August 1924 mit einer Abwertung zur vorherigen Papiermark von 1.000.000.000.000:1 (eine Billion zu eins) stoppte keineswegs weitere Gehaltsforderungen der Arbeitnehmer; zumal sie vergeblich auf einen Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers zu ihren Gunsten gewartet hatten, der weder bei ihrem ersten diesbezüglichen Antrag 1924 noch bei dem zweiten 1928 die gesetzlichen Voraussetzungen eines staatlichen Zwangseingriffs für gegeben sah.² Der finanzielle Druck auf Seiten der Unternehmer wurde durch die ab Januar 1929 angehobene Tax-Vergütung der Arbeitspreise nur unmaßgeblich gemildert, so dass der DAV als ihr Interessenvertreter den Forderungen der Gegenseite nach Gehaltserhöhungen erst nach einer allgemeinen Heraufsetzung der Arzneitaxe zuzustimmen bereit war.

Im Winter 1928/1929 entstand eine neuerliche Wirtschaftskrise, da die deutschen Auslandsschulden das durch Export bedingte Guthaben bei weitem überstiegen. Die Erwerbslosenziffer kletterte auf über zwei Millionen.³ Es kamen Notverordnungen, die einen starken Umsatzrückgang der Apotheken nach sich zogen und damit die Unfähigkeit der Apothekenleiter, ihre Angestellten entsprechend zu entlohnen. Im Dezember 1930 kündigte daher der DAV-Vorstand die Vereinbarungen über die Tarifgehälter zum 31. März 1931, bat jedoch gleichzeitig seine Mitglieder, dennoch weiterhin die gleichen Entgelte beizubehalten. Bis zu diesem Zeitpunkt lag nämlich noch keine Entscheidung über die endgültige Gestalt der Arzneitaxe vor, deren Erhöhung die Liquidität der Arbeitgeber gesichert hätte. Um weiteren Entlassungen entgegenzuwirken, gestattete man zunächst die Zahlung untertariflicher Monatsgehälter. Am 4. August 1931 schließlich beschloss der Reichsausschuss der Tarifvertragsgemeinschaft ab 1. Oktober für die Dauer von einem Jahr eine Lohnminderung um durchschnittlich zehn Prozent sowie eine Ermäßigung der Zuschusskassenbeiträge sowohl auf Arbeitnehmer- als auch auf Arbeitgeberseiten um je fünf Reichsmark.⁴ Ab dem 1. Juli 1932 reduzierte man diese Abgabekürzung auf 2.50 Mark und verwandte das Kapital aus der Summation der anderen Hälfte zur Unterstützung erwerbsloser Apotheker und notleidender Inhaber. Daneben kürzte man die Einkommen aller Mitarbeiter um weitere fünf Prozent.⁵ Unter Salzmanns Führung war eine Art Solidargemeinschaft aus Apothekenleitern und ihren Mitarbeitern entstanden, die beiden Parteien einen monatlichen Zuschusskassenbeitrag zugunsten mittelloser Kollegen abverlangte und den Angestellten binnen zwei Jahren zwecks Arbeitsplatzsicherung eine Besoldungskürzung von insgesamt 15 Prozent zumutete.

¹ Vgl. AZ 39 (1924), 903.

² Vgl. AZ 41 (1926), 814.

³ Vgl. FRIEDRICH / MÜLLER-JAHNCKE (2005), 930.

⁴ Vgl. AZ 46 (1931), 1070.

⁵ Vgl. AZ 47 (1932), 967.

Durch den Tarifvertrag hatte sich gerade die Lage älterer angestellter Apotheker nur in beschränktem Maß verbessern lassen, da die Leiter bereits 1922 größtenteils sogar außerstande waren, die niedriger bemessenen Gehälter für junge, wenig erfahrene pharmazeutische Mitarbeiter zu bezahlen und bisweilen ihre verdienten, höher dotierten Kollegen aus Kostengründen entlassen mussten. Um diesem Problem Herr zu werden, schlug man die Errichtung einer ‚Gehaltskasse‘ vor, in die zunächst die Apothekeninhaber gesetzlich abgestufte Beiträge abzuführen hatten. Aus dieser Rücklage sollten dann die Löhne sämtlicher pharmazeutischer Angestellter gemäß den tariflichen Vereinbarungen bezahlt werden. Die Idee war bereits Anfang 1921 aufgekommen und wurde dann von den Vorständen des DAV und des VdA im März eingehend debattiert.¹ Das notwendige Kapital konnte wegen gesetzgeberischer Schwierigkeiten nicht über die Preise der Arzneitaxe erwirtschaftet werden; gangbarer schien anfangs das seit dem 31. Juli 1919 in Österreich praktizierte Modell, bei dem jede Apotheke entsprechend ihrer Umsatzgröße und der Anzahl des Personals einen bestimmten Betrag entrichtete, der dann an die Angestellten nach gewissen Grundsätzen wie Firmenzugehörigkeitsdauer, Familienstand sowie Teuerungsverhältnissen des Ortes, aber ohne Rücksicht auf das Lebensalter der Mitarbeiter verteilt wurde. Die deutschen Kollegen kritisierten diese mangelnde Differenzierung – honorierte diese Vereinheitlichung doch in keiner Weise die durch lange Berufstätigkeit erworbenen Kenntnisse.²

Im Sommer 1922 richteten dann Salzmann und der VdA gemeinsam eine Eingabe an das Innenministerium mit der Bitte um Ausarbeitung eines Referentenentwurfs zur Schaffung einer Gehaltskasse zwecks Sicherung von Dienstaltersbezügen der in öffentlichen Apotheken angestellten Assistenten. Als Begründung verwiesen sie auf die bestehenden Verhältnisse im Apothekerberuf, dass die wirtschaftliche Lage der Angestellten mit zunehmendem Alter nicht wie in den meisten Berufen besser, sondern verhältnismäßig schlechter wurde. Das Selbstständigwerden stieß schon in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg auf erhebliche Hindernisse und war durch die ökonomische Entwicklung in noch viel höherem Grad erschwert worden. Während früher die meisten Approbierten damit rechnen konnten, im Alter von etwa vierzig Jahren durch die Verleihung einer Konzession, Leiter zu werden, so wurde jetzt ein immer größerer Teil von ihnen gezwungen, lebenslang diesem Wunsch zu entsagen. Der Rückschritt in den Betrieben brachte es mit sich, dass die mit den Jahren erworbene Erfahrung in dem gezahlten Gehalt keinen Niederschlag mehr fand und der Besitzer die zu leistende Arbeit von unerfahrenem, billigerem Personal erledigen ließ. Nicht selten mussten ältere Beschäftigte zugunsten jüngerer ihre Stellung verlassen und waren gezwungen, wieder mit niedrigem Gehalt anzufangen, vorausgesetzt, sie fanden überhaupt ein Unterkommen, zumal die Ausübung des Apothekerberufs mehr als die meisten anderen akademischen Beschäftigungen ein gewisses Maß körperlicher Rüstigkeit erforderte. Trotz ihres anfänglichen Widerstandes erkannten auch die Inhaber mehr und mehr den Nutzen der geplanten Gehaltskasse und befürworteten ihre Einführung. Sie bot unstreitig, besonders für den Angestellten, zweifellose Vorteile gegenüber dem Tarifvertrag, der sich nämlich nicht erzwingen ließ. Er konnte nur durch freiwillige Vereinbarungen geschaffen, dann allerdings durch amtliche Verbindlichkeitserklärung auf die Allgemeinheit ausgedehnt werden. Ob einer Gehaltskasse die generelle Verbindlichkeit verliehen werden konnte, war fraglich. Auf jeden Fall erleichterte sie es den Arbeitgebern, die für die Gehälter nötigen Summen zu tragen. Durch die Gehaltskasse ließ sich eine bessere Abstufung der Löhne unter Berücksichtigung des Berufsalters, der Ausbildung, des Familienstandes einschließlich der Kinderzahl und der Ortsklassenzugehörigkeit als durch den Tarifvertrag erzielen und die Benachteiligung der älteren Kollegen im Vergleich zu den Jungen minimieren. Nach ihrer Bildung konnten ihr die Rechte und Pflichten der sozialgesetzlichen Versicherung übertragen werden, so dass sich die eingesparten Verwaltungskosten optimierend auf ihre Leistungsfähigkeit auswirken würden

¹ Vgl. AZ 37 (1922), 116.

² Vgl. AZ 39 (1924), 634.

und gleichzeitig aufwandsneutral für Reich und Länder blieben. Obwohl das Elend und die Arbeitslosigkeit besonders unter den älteren verheirateten angestellten Apothekern von Tag zu Tag wuchs, blieb trotz der im Oktober 1922 wiederholten Intervention des Vorsitzenden des VdA eine Antwort des Innenministeriums aus, obwohl dort bekannt war, dass die Deckung der staatlichen Versicherungen nicht genügte (GSTA PK 54). Die Gründung einer apothekereigenen Gehaltskasse unterblieb.

Um dennoch eine Möglichkeit zu schaffen, die Not der angestellten Apotheker zu mildern, etablierte der DAV am 10. März 1925 eine besondere ‚Verheirateten-Zuschusskasse‘, die – im Gegensatz zu der aus dem Jahr 1921 – von den Arbeitgebern nur hälftig getragen werden musste; 1927 mündete sie dann in die ‚allgemeine Zuschusskasse‘, nachdem die befürchtete Gewinnspannenkürzung für Arzneyspezialitäten – und damit eine Verschlechterung der Ertragslage der Apothekenleiter – ausgeblieben war, so dass man ihnen eine 50prozentige Beteiligung zumuten konnte (GSTA PK 66, 81). Die Beitragssätze – im Zuge der monatlichen Abrechnung entrichtet – bewegten sich je nach Gehalt zwischen 60–150 Mark und gewährten nach fünf Jahren Tätigkeit in derselben Apotheke eine Stellenzulage, nach weiteren drei zusätzlich eine Frauen-, Kinder- und Dienstalterprämie; am 1. April 1929 verankerte man dann die Rückerstattung eingezahlter Beträge an heiratswillige Mitarbeiterinnen¹ (GSTA PK 90). Die von Arbeitgebern und -nehmern getragene Zuschusskasse bilanzierte zufriedenstellend, da sie zwischen April 1928 und März 1929 rund drei Millionen Reichsmark an die Bezugsberechtigten auszahlen und gleichzeitig ihren Fundus auf circa 468.000 RM sowie den Spezialreservefonds auf 300.000 RM ausbauen konnte.²

Die optimale Versorgung der Pharmazeuten während Zeiten alters- oder krankheitsbedingter Erwerbsunfähigkeit sah der DAV seit der Gründung als eine seiner Hauptaufgaben an. Überzeugt das Beste zu tun, nutzte er 1889 zunächst die durch den § 10 des Invalidenversicherungsgesetzes eröffnete Möglichkeit, auf die Einbeziehung der Kollegen in die staatliche Alters- und Invalidenversicherung zu verzichten und stattdessen den freiwilligen Anschluss an die ‚Pensionskasse des Deutschen Privatbeamten-Vereins‘ durch Gründung des speziellen ‚Pensionsverbandes des Deutschen Apotheker-Vereins‘ und der ‚Pensionszuschusskasse des Deutschen Apothekervereins‘ zu erwirken. Die Besitzer zahlten dort für ihre Verwalter oder Gehilfen Gelder ein, die den Angestellten nach ihrem Rentenbeginn zugutekamen. Zunächst war die Entwicklung beider Institutionen – vor allem der Pensionszuschusskasse – zufriedenstellend, stagnierte jedoch nach einiger Zeit, da die meisten Jungpharmazeuten mit Blick auf die durch Kauf oder Erhalt einer Konzession erhoffte spätere Selbstständigkeit kaum noch für eine derartige Mitgliedschaft zu gewinnen waren und ihr Desinteresse das diesbezügliche Engagement auch der Arbeitgeber erlahmen ließ.³ So war es nicht verwunderlich, dass der Antrag des DAV-Vorstandes einstimmig von der Hauptversammlung 1903 in München angenommen wurde, nun doch die Einführung der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenen-Zwangsversicherung auf der Basis der Reichsgesetzgebung zu betreiben, ohne jedoch die Eventualität der legalen Eigeninitiative aufzugeben, worauf Salzmann eine nach Angestellten und Apothekenleitern getrennte Fragebogenaktion veranlaßte, deren Ergebnis er zur Beurteilung an Experten weiterleitete.⁴ Aufgrund der erworbenen Kenntnisse beschloss die Hauptversammlung 1904 in Hamburg, als Basis zunächst die Einbeziehung der Gehilfen und Lehrlinge zu befürworten, um anschließend das gesamte pharmazeutische Personal der allgemeinen Alters-, Invaliditäts- und

¹ Vgl. KRISCHKE (1932), 279 f.

² Vgl. AZ 44 (1929), 1055.

³ Vgl. AZ 18 (1903), 570.

⁴ Vgl. AZ 19 (1904), 639.

Hinterbliebenen-Zwangs- und – möglichst auch – der Krankenversicherung unterstellen zu können.¹

In dieser Absicht überreichte Salzmann am 8. September 1904 und am 27. April 1906 dem Bundesrat eine entsprechende Eingabe.² Da der Vorstandsvorsitzende den tatsächlichen Erfolg seiner Bemühungen für zu vage hielt und seiner Meinung nach sich die Vorteile derartiger Änderungen erst auf die Nachfolgegeneration auswirkten, empfahl er seinen Standesgenossen – besonders zur Abdeckung einer eventuellen Invalidität – das Angebot des Vereins weiterhin zu nutzen, dem die Angestellten allerdings nicht folgten, so dass die Pensionseinrichtungen überflüssig und 1910 schließlich aufgelöst wurden.³

Schon 1908 schien Salzmanns Wunsch, alle gesetzlich versichert zu wissen, in greifbare Nähe zu rücken, obwohl er mahnte: „Das Ziel ist nur mit nicht unbedeutenden Opfern zu erreichen.“⁴ Ende März 1909 schließlich veröffentlichte das Innenministerium einen vorläufigen Entwurf einer Reichsversicherungsordnung, nach dem die drei Unterarten der staatlichen (Kranken-, Invaliden- und Unfall-) Versicherungen zwar nicht verschmolzen, aber sich doch annäherten. Sie erhielten einen gemeinsamen Verwaltungs-Unterbau und einheitliche paritätisch besetzte Behörden mit den drei Instanzen: Versicherungs-, Ober-Versicherungs- und Reichs-Versicherungsamt. Man beabsichtigte zwar durchaus, jeden Apothekenmitarbeiter aufzunehmen, legte jedoch die Beitragsbemessungsgrenze bei einem Jahreseinkommen von 2000 Mark so niedrig fest, dass lediglich Eleven, aber weder approbierte Assistenten mit einem Durchschnittsgehalt von 2800 Mark, noch Kandidaten der Pharmazie mit 2500 Mark, noch nicht staatsgeprüfte Assistenten mit 2200 Mark Lohn der Versicherungspflicht unterlagen, obwohl die meisten von ihnen für eine junge Familie zu sorgen hatten.⁵ Um diese Unausgewogenheit zu beseitigen, legte Salzmann am 12. März 1910 dem Reichstag ein geändertes Konzept vor, in dem er vorschlug, Apothekerassistenten bis zum vollendeten 40. Lebensjahr mit einem Saläre zwischen 2000 bis 3000 Mark sowie Besitzer, die dauerhaft keine oder höchstens bis zu zwei Kräfte beschäftigten, einen freiwilligen Beitritt zu gewähren.⁶ Die Reichsversicherungsverordnung (RVO) wurde am 19. Juli 1911 nach der Unterzeichnung durch den Kaiser und der Veröffentlichung im Gesetzblatt zur verfassungsmäßigen Grundlage des Sozialstaats.⁷ In ihr war das Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungsrecht sowie die Arbeiterkrankenversicherung in einem Regelwerk vereinigt, dessen notwendige Ergänzung – das sog. Versicherungsgesetz für Angestellte – ab dem 20. Dezember 1911 auch diese Personengruppe mit einem jährlichen Höchstentgelt von 5.000 Mark sowie ab dem 1. Januar 1914 die Apothekenassistenten und Praktikanten miteinbezog.⁸ Es wurden also lediglich die Belange der Mitarbeiter, aber nicht die Interessen der Apothekenleiter berücksichtigt, die häufig kaum mehr als ihre Angestellten verdienten. Dieser Benachteiligung trat Salzmann mit der Forderung nach einer erweiterten Sozialversicherungspflicht für alle Pharmazeuten entgegen, was jedoch an dem durchweg zu hohen Lebensalter der Beitrittswilligen scheiterte, so dass man 1924 als Alternative zunächst die Gründung einer autonomen apothekereigenen Alters-Invaliden- und Hinterbliebenenkasse erwog, sich aber 1926 für Kollektivverträge unter Einschluss aller Risiken mit der Allianzgruppe bzw. der Versicherungsanstalt ‚Preußischer Beamtenverein Hannover‘ entschied, wobei vormalig Pflichtversicherte ihren Status auch später als Selbstständige beibehalten konnten.⁹ Daneben einigte man sich mit der Aktiengesellschaft ‚Deutscher Anker‘

¹ Vgl. AZ 20 (1905), 663.

² Vgl. AZ 21 (1906), 631.

³ Vgl. AZ 24 (1908), 340.

⁴ Vgl. AZ 24 (1908), 340.

⁵ Vgl. SG 1908–1909, 6–10.

⁶ Vgl. SG 1909–1910, 4–8.

⁷ Vgl. SG 1910–1911, 5 f.

⁸ Vgl. AZ 21 (1906), 631.

⁹ Vgl. AZ 28 (1913), 643.

über eine ‚Versicherung gegen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit‘, die weder Arzt- noch Arzneikosten trug, sondern nur Krankengeld nach einem detailliert ausgearbeiteten Schlüssel – für Approbierte 6 Mark täglich – gewährte. In der Zwischenzeit hatte der DAV eine selbstfinanzierte Sterbegeldkasse etabliert, die ab dem 1. Januar 1927 Hinterbliebenen eines männlichen und ab dem 1. April 1929 auch Erben eines weiblichen Mitglieds einmalig 1000 Mark zahlte.¹

Als schwierig erwies sich die Gründung einer allgemeinen berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung, für die im ausgehenden 19. Jahrhundert nur Apotheken sorgen mussten, die mit gespanntem Wasserdampf arbeiteten, wobei auch das 1900 erlassene Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz keine befriedigende Änderung brachte, da es lediglich Lagerarbeiten, nicht jedoch die viel gefährlichere Defektur abgedeckte. Selbst der 1909 erschienene RVO-Entwurf erweiterte die gesetzliche Vorsorge auf die übrigen Funktionen nicht, sondern reihte lediglich ebenfalls die ‚Institution Apotheke‘ in die Gruppe der versicherungspflichtigen Unternehmen ein, da man sie als ‚Betriebe zur Behandlung und Handhabung der Ware, wenn sie mit einem kaufmännischen Unternehmen verbunden waren, das über den Umfang des Kleinbetriebs hinausging‘ verstand. Salzmann bemängelte diese Unzulänglichkeit und richtete am 18. Mai und am 8. November 1910 an den Reichstag – erfolgreich – die Bitte, das Apothekergewerbe für unfallversicherungspflichtig zu erklären und überreichte am 19. Oktober 1911 dem Bundesrat seine Forderung, „eine eigene Berufsgenossenschaft wegen der Besonderheiten der Unfallgefahr und einer gerechten Berücksichtigung der Eigenart der Apotheke organisieren zu dürfen“. Der Bundesrat verfügte jedoch, die Apotheken von der Lagerei-Berufsgenossenschaft auszugliedern und nun gänzlich der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie zu unterstellen.² Nachdem Salzmann eine Reduzierung der Beiträge und die Eingliederung in eine gesonderte, niedrigere Gefahrenklasse bei dieser Vereinigung der chemischen Industrie – deren Vorstand er auch angehörte – durchsetzen konnte, erklärte er sich mit dieser Lösung einverstanden.³ Am 1. Januar 1913 traten dann die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnungen über die Unfallversicherung für jede Apotheke mit Personal bindend in Kraft.⁴ Von nun an war die Gesamtheit der Angestellten mit einem maximalen Jahresarbeitsverdienst von 5000 Mark gegen Betriebsunfälle versichert; Apothekenbesitzer mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark und keinem oder höchstens zwei Beschäftigten konnten freiwillig beitreten. Die Satzung der Berufsgenossenschaft erlaubte sogar, diese Einschränkung zu negieren und letztlich alle Pharmazeuten aufzunehmen.

Mit der gesetzlichen Versicherung der Apothekenmitarbeiter hatte man den Besitzern eine schwere finanzielle Last aufgebürdet, deren Umfang sich damals noch nicht abschätzen ließ. Die Leiter hatten sich zu diesem Opfer im Hinblick auf den Schutz des Einzelnen und seiner Angehörigen vor den wirtschaftlichen Folgen von Krankheit, Alter und Tod bereit erklärt und versprochen sich von dieser Leistung große Vorteile für den Apothekerstand.⁵ Salzmann hatte zusammen mit dem übrigen Vorstand an dieser Regelung jahrelang gearbeitet. Neben der Mitgestaltung der Tarifverträge hatte er sich sowohl bei der Ausformung der verschiedenen Versicherungsinhalte – die Angestellten betreffend – als auch für den Schutz der Selbstständigen federführend eingebracht. Die alte einmütige Forderung des DAV nach sozialer Versicherung des Standes war aus der damaligen Sicht bestmöglich erfüllt.

Nicht zur Zufriedenheit hingegen sollte die Regelung der Sonntagsruhe bzw. der – vor allem von alleinarbeitenden Apothekern – geforderten Ladenöffnungszeiten ausfallen. Die DAV-

¹ Vgl. SG 1926–27, 1.

² Vgl. AZ 28 (1913), 643.

³ Vgl. AZ 46 (1931), 1071.

⁴ Vgl. AZ 28 (1913), 642 f.

⁵ Vgl. SG 1911–1912, 6.

Führungsspitze trat zunächst mit einigem Zögern an die Fragen heran, da sie u. a. mit der steten Dienstbereitschaft das Apothekenmonopol rechtfertigte. Schließlich siegte aber die Rücksicht auf die überlasteten Kollegen, der Wider- wandelte sich in Zuspruch; man förderte sogar die Erfüllung des Wunsches nach Sonntagsruhe, begrüßte die Beseitigung der Hindernisse für freie Vereinbarungen, lehnte jedoch gesetzlichen Zwang ab.

In seinem ersten Geschäftsbericht – 1902 – konnte Salzmann bereits mitteilen, dass in Preußen und Württemberg Verordnungen ergangen waren, wonach „Apothekern, welche ihre Apotheke ohne Gehilfen betreiben, auf ihren Antrag durch den Regierungspräsidenten widerruflich gestattet werden kann, während bestimmter Stunden sich aus der Apotheke zu entfernen, wenn Fürsorge getroffen ist, dass im Bedarfsfalle der Apotheker innerhalb einer Stunde zurückgerufen werden“ und „in Orten mit zwei oder mehreren Apotheken nach Vereinbarung unter den Apothekenvorständen mit Zustimmung des Regierungspräsidenten an den Sonntagen und Feiertagen abwechselnd ein Teil der Apotheken geschlossen werden kann“¹. Verbesserte diese Erleichterung in erster Linie die Situation der Einmann-Betriebe, so kamen die Bestrebungen, die Ladenöffnungszeiten zu terminieren, hauptsächlich den Mitarbeitern entgegen, die schon seit Jahren mehr Freizeit – auch als Ausgleich für den Nachtdienst – forderten, da sie durchschnittlich nur jeden zweiten Sonn- und Festtag ganz und außerdem wöchentlich zwei Nachmittage Ausgang hatten.²

Am 17. Dezember 1904 schlossen sich in Leipzig der ‚Verband der konditionierenden Apotheker‘ und ein paar Monate später in Berlin der ‚Deutsche Pharmazeuten-Verein‘ – jeweils in Gegenwart Salzmanns – zusammen, der über diese Separation der angestellten Kollegen nicht glücklich war; bedeutend lieber hätte er sie unter dem Dach des DAV gesehen, weshalb er 1905 über die Petitionskommission dem Reichskanzler auch ihr Anliegen nach ‚obligatorischer Einführung des Neun-Uhr-Schlusses‘ vortrug,³ dem Bayern als erster Staat umgehend nachkam.⁴

Anfang 1914 legte die Regierung dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die ‚Sonntagsruhe im Handelsgewerbe‘ vor, dessen § 14 die Bestimmung enthielt, dass die Vorschriften „auf den Verkauf von Arzneimitteln und Gegenständen der Krankenpflege in Apotheken keine Anwendung finden sollte“⁵, demnach eine abwechselnde Dienstbereitschaft ausgeschlossen wurde; dagegen setzte sich der ‚Zusammenschluss der Vereinigungen nichtselbstständiger Apotheker‘ zur Wehr und forderte eine „gesetzlich vorgeschriebene Verpflichtung nach obligatorischem wechselweisem Schluss der Apotheken an Sonn- und Feiertagen in Orten mit mehreren Apotheken“. Gegen diese Eingabe erhob Salzmann als Vertreter der Arbeitgeber am 19. Februar 1914 Einspruch beim Reichstag. In seiner Begründung wies er darauf hin, dass für Apothekenbetriebe ebenso wenig wie für Ärzte, Verkehrsgewerbe oder Gasthäuser ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Sonn- oder Festtagen und Wochentagen gemacht werden könne. Er betonte zwar die Berechtigung notwendiger Ruhephasen für Apotheker, die aber für die Hälfte der selbstständigen, aus Kostengründen alleinarbeitenden Kollegen nicht durchführbar seien. Er verwies auf die zu gering dotierende, aber bindende Arzneitaxe, die eine behördliche Anordnung von zwangsweiser Notdienstregelung bereits vom Ansatz her ausschloss. Entweder entlohnte man also die Apotheker ausreichend, so dass eine Vertretung

¹ AZ 17 (1902), 579.

² Nachtdienstbereitschaft oblag den approbierten Mitarbeitern in den Großstädten meist zehn- bis fünfzehnmal monatlich, in ländlichen Gebieten fünfzehn- bzw. achtzehn- bis zwanzigmal. Bei der Befragung von 500 Angestellten in 378 Apotheken ergab sich, dass Urlaub in Großstädten acht- bis vierzehntägig in 137, vierzehntägig in 157, zwei- bis dreiwöchig in 77 und vierwöchiger in sieben Apotheken bewilligt wurde. In sonstigen Orten gemäß einer Erhebung in 1300 Apotheken wurde in 558 Apotheken acht- bis vierzehntägige Erholung, in 516 Apotheken vierzehntägige, in 125 Apotheken zwei- bis dreiwöchige und in 14 Apotheken vierwöchige gewährt. Vgl. SG 1909–1910, 21.

³ Vgl. AZ 20 (1905), 663.

⁴ Vgl. AZ 22 (1907), 709.

⁵ AZ 29 (1914), 842.

möglich war und man eine Notdienstregelung anordnen konnte, oder aber man beließ es bei der freien Entscheidung der Kollegen vor Ort.

Die Reichstagskommission zeigte sich Salzmanns Argumenten gegenüber einsichtig. Durch Artikel 3 der Verordnung über ‚Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in Apotheken‘ vom 5. Februar 1919 berechnete sie die Apothekenleiter auf der einen Seite zur wechselseitigen Schließung bei entsprechender Vertretung, zwang sie aber auf der anderen Seite nicht dazu. Approbierten Angestellten billigte sie den bereits 1903 festgelegten Freizeitausgleich unter der Woche zu, nicht aber Lehrlingen und Gehilfen, die – auf tarifliche Vereinbarungen angewiesen – benachteiligt wurden, was es nach Salzmanns Vorstellung in dem erwarteten Reichsapothekengesetz auszugleichen galt.¹ Er plädierte dafür, bis dahin den Status quo zwecks Verhinderung weiterer wirtschaftlicher Belastung der Apothekenleiter beizubehalten, vor allem zum Schutz derjenigen Kollegen, die sich aus finanziellen Gründen keinen Approbierten leisten konnten und auf die umfassende Hilfe niedrig zu Entlohnender angewiesen waren, um trotz ständiger eigener Dienstbereitschaft nicht auch noch zu verarmen.²

Um diesen Berufsgenossen die Verpflichtung der dauernden Präsenz etwas zu erleichtern, unterstützte Salzmann den Vorstoß des Ostpreußischen Apothekerbundes, für sie eine staatliche Sondergenehmigung zu erwirken, sich in besonders dringenden Fällen für die Dauer eines Tages aus der Apotheke entfernen zu dürfen, unter der Bedingung, dass der Arzt mit einer Auswahl für den Notbedarf hinreichender Medikamente versehen war und durch Aushang auf die nächste geöffnete Apotheke verwiesen wurde. Der Wohlfahrtsminister lehnte diese Eingabe unter Hinweis auf die regierungsseits zugesagte Existenzgarantie mittels verliehener Privilegien und Konzessionen für Apotheken ab.³

Diese Niederlage schreckte die Apotheker nicht zurück, erneut für eine Besserung der Lebensqualität besonders der alleinarbeitenden Land- und Kleinstadtapotheker einzutreten. Gemäß der Forderungen der 54. Hauptversammlung in Königsberg richtete Salzmann entsprechende Eingaben an die Regierungen von Preußen, Bayern, Baden, Braunschweig, Bremen, Hamburg, Hessen, Lippe, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen, Schaumburg-Lippe und Thüringen. Er bat darum zu bestimmen, dass in Orten mit nur einer Apotheke alleinarbeitenden Apothekern auf Antrag widerruflich gestattet werden durfte, ihr Geschäft an Sonn- und Feiertagen für den ganzen Tag oder einen bestimmten Teil des Tages zu schließen, falls dafür gesorgt war, dass für Notfälle gewisse, nach Art und Menge näher zu bezeichnende Heilmittel jederzeit durch Vermittlung einer zuverlässigen Person erreichbar blieben. An die Regierungen von Anhalt, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg und Württemberg wurden diese Eingaben nicht gerichtet, da in diesen Ländern die Sonntagsruhe alleinarbeitender Apotheker bereits durch Verordnung geregelt war. Die Regierungen von Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig sowie der Senat von Lübeck entsprachen der Bitte. Der Senat von Hamburg ließ zwar die Schließung der fraglichen Apotheken für den ganzen Tag bis Mitternacht zu, verlangte jedoch auch weiterhin Dienstbereitschaft für diese Zeit. Die Regierungen von Baden, Thüringen, Hessen und Schaumburg-Lippe lehnten den Antrag ab.⁴ 1931 schlossen sich der ganztägigen Sonntagsruhe Anhalt, Hamburg, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg und Württemberg an. Die Vorstände der Gaue Baden, Sachsen und Thüringen baten hingegen nicht um entsprechende Eingaben des DAV, sondern hielten ihre Bestimmung der Nachmittagsschließung für ausreichend.⁵ Diese in zahlreichen Ländern verfassungsmäßig unterschiedlichen Vorgaben hinsichtlich Sonntagsruhe und Ladenöffnungszeiten entfernten

¹ Vgl. AZ 29 (1914), 842 f.

² Vgl. AZ 36 (1921), 349.

³ Vgl. AZ 39 (1924), 904.

⁴ Vgl. AZ 44 (1929), 1055.

⁵ Vgl. AZ 47 (1932), 669.

Salzmann wieder ein Stück von der Umsetzung seines wohl größten Wunsches: einem einheitlichen Reichsapothekengesetz.

3.4.9. Vereinsorganisation und -ausbau

Im September 1872 ging aus der Vereinigung des Nord- und des Süddeutschen der ‚Deutsche Apotheker-Verein‘ hervor, der sich die „Pflege, Förderung und Vertretung der Interessen des deutschen Apothekerstandes“ zum Ziel gesetzt hatte, was auch das ‚Revidierte Statut‘ vom 6. Mai 1882 und die ‚Erneuerten Satzungen‘ vom 21. Februar 1893 betonten.¹ Eine weitere – aus 58 Paragraphen bestehende – Fassung der Konstitutionen folgte am 5. September 1907, die im ersten Abschnitt ‚Die Zwecke des Vereins und seine Mitglieder‘, im zweiten ‚Die Verwaltung des Vereins‘ und im dritten die ‚Allgemeinen Bestimmungen‘ erläuterte und vor Inkrafttreten am 4. Februar 1908 von den Vorstandsmitgliedern Bedall, Calliess, Geyer, Jehn, Nithack, Vogt und Salzmann unterzeichnet worden war; letzterer kritisierte jedoch die Ausfertigung von Anfang an als unzureichend und drängte bereits in seinem Geschäftsbericht für 1908/1909 auf eine noch strengere Zusammenfassung aller Kräfte des DAV sowie einen straffer gegliederten Verband und einen weiteren Ausbau (GSTA PK 44).

Am 29. November 1911 folgte der erste von drei Nachträgen, der als wesentliche Änderungen die Vergrößerung des Vorstands von sieben auf neun Mitglieder brachte – was allerdings am 15. September 1923 wieder rückgängig gemacht wurde – sowie eine Beitragserhöhung von jährlich 15 auf 20 Mark, wobei Ermäßigung möglich war, die man auch im zweiten Nachtrag vom 30. Oktober 1919 bedürftigen Fachgenossen einräumte. Ansonsten zahlten Inhaber von da an 50 und die übrigen Kollegen 30 Mark pro anno. Gleichzeitig gestattete man den Kreis-Apotheker-Vereinen, von ihren Mitgliedern nicht nur die schon vorher übliche Jahresumlage von 3 Mark für ihre Belange, sondern auch eine Unterstützung nach eigenem Ermessen zu erheben. Daneben passte man den Begriff ‚Ordentliches Mitglied‘ den politischen Gegebenheiten an: Zukünftig konnte diesen Status jeder im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Approbierte erhalten, der entweder Reichsangehöriger oder in den früheren deutschen, nun durch den Versailler Frieden vom Reich abgetrennten Gebieten ansässig war. Auch die dritte Satzungsänderung vom 10. Februar 1921 nahm auf mittellose Apotheker Rücksicht und bewilligte einen Beitragsnachlass, regelte aber im Gegensatz zu vorher das Entgelt lediglich für die Dauer eines Jahres und erlaubte somit eine an die grassierende Geldentwertung flexiblere Angleichung. Ebenfalls der Inflation Rechnung tragend, erhöhte man das Verein-Eintrittsgeld für Neuaufgenommene von ehemals 6 auf 20 Mark.

Wandel einer Institution fordert Anpassung ihrer Statuten. Aus diesem Grund beschlossen die Delegierten der 49. ordentlichen Hauptversammlung am 15. September 1923 in Bayreuth, dem DAV eine neue Satzung zu geben, die dann am 29. Januar vom preußischen Justiz- sowie Volkswohlfahrtsminister und im Februar 1924 vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg genehmigt wurde (GSTA PK 47, 48). Daneben standen bei der Hauptversammlung weitere Probleme zur Diskussion an, wie das ‚Bayreuther Tagblatt‘, die ‚Oberfränkische Zeitung‘ und der ‚Bayreuther Anzeiger‘ am 14. September 1923 meldeten: „Die Tagesordnung ist äußerst umfangreich und enthält als wichtigste Punkte den Ausbau und die Anpassung der Arzneitaxe an die Wirtschaftslage, Gehaltstarif und Entwicklung desselben zu einer Gehaltsklasse mit Fürsorgeeinrichtungen für ältere Apothekenbesitzer und

¹ Vgl. KRISCHKE (1932), 89 f.

Angestellte, das Verhältnis der Apotheker zu den Krankenkassen, Regelung der Finanzlage des Vereins, Neuorganisation des Vereins und Umwandlung desselben in eine festgeschlossene Besitzerorganisation.“¹ Diesbezüglich beschloss man, die Gruppierung in ordentliche, korrespondierende oder Ehrenmitglieder beizubehalten, teilte indessen die ordentlichen Mitglieder in eine Abteilung A der Apothekenvorstände bzw. -verwalter – die keiner Arbeitnehmer-Organisation angehören durften – und in eine Klasse B für die übrigen ein. Den Ersteren stand die Teilnahme an den Haupt-, Gau- und Kreisversammlungen offen und sie besaßen zu allen Ämtern ein aktives und passives Wahlrecht, das den Kollegen der Kategorie B ebenso verwehrt blieb wie die Mitwirkung an sog. geschlossenen Sitzungen. Hingegen war gleicherweise jeder berechtigt, die vom Verein oder Gau geschaffenen Anstalten und Einrichtungen zu benutzen. Die eigentlichen Abstimmungen jedoch oblagen nur den Gau-Abgeordneten, den Angehörigen des Wirtschaftsrats sowie dem Vorstand, der zusätzlich auch ausländische Apotheker in beratender Funktion zu ‚Korrespondierenden Mitgliedern‘ berufen konnte, die – wie ehrenhalber ernannte Kollegen – weder Eintrittsgeld noch Beiträge zahlten. Ebenfalls veränderte man einen Teil der ‚Organe des Vereins‘, zu denen am Anfang ‚Hauptversammlung‘, ‚Vorstand‘, ‚Kassenprüfer‘, ‚Kreise‘, ‚Ehrenräte‘ und ‚Geschäftsstelle‘ gehört hatten; zukünftig bezeichnete man sie dann als ‚Vereinsbehörden‘, ‚Hauptversammlung‘, ‚Vereinsvorstand‘, ‚Wirtschaftsrat‘, ‚Gau‘, ‚Ehrenräte‘, ‚Ehrengerichtshof‘ sowie ‚Geschäftsstelle‘.

Wie gewohnt, wurde auch weiterhin die Hauptversammlung für eine Zeit zwischen dem 15. August und dem 1. Oktober an einem zuvor festgelegten Ort im Geltungsbereich des Vereins einberufen und von dem Vorsitzenden bzw. seinem Stellvertreter oder – im Verhinderungsfall beider – durch einen von dem Vorstand aus seiner Mitte zu berufenden Ersatzmann geleitet. Das Plenum wählte den zu der Abteilung A gehörigen siebenköpfigen Vorstand, nämlich den Vereinsvorsitzenden, den Schatzmeister, ihre jeweiligen Stellvertreter sowie drei Beisitzer für eine beliebig oft wiederholbare Betätigungszeit von jeweils drei Jahren. In separaten Wahlgängen vergaben die anwesenden Abgeordneten ihre Stimmen und setzten diesen Vorgang solange fort, bis ein Kandidat die Mehrheit auf sich vereinigen konnte. Bei Stimmengleichheit entschied das durch den Vorsitzenden zu ziehende Los. Der Wechsel des Vorstands erfolgte am Schluss eines Kalenderjahres. Schied ein Mitglied – gleichgültig aus welchem Grund – frühzeitig aus, so ergänzte die nächste Hauptversammlung die Vakanz. Bei dem Verlust von mehr als der Hälfte der Vorstandsmitglieder musste binnen 30 Tagen eine außerordentliche Hauptversammlung zum Zweck einer Neuwahl einberufen werden.

Das jährliche Plenum vereinbarte auch Eintrittsgelder, Gebühren, Verwaltungsaufgaben, Verwendung des Vereinsvermögens, genehmigte nach eingehender Prüfung den Voranschlag sowie den Rechenschaftsbericht und erteilte die Entlastung; daneben erarbeitete es für alle Mitglieder bindende Beschlüsse, entschied über etwaige Beschwerden gegen den Vorstand oder andere Inhaber von Vereinsämtern, beriet über eventuelle Satzungsänderungen bzw. über gestellte Gesuche. Vom Vorstand konnten solche Anträge immer, von den Gauen und auch von Einzelnen nur unter bestimmten Bedingungen eingebracht werden, und zwar, wenn mindestens 14 weitere Teilnehmer die schriftlich begründete Eingabe unterstützten und diese vier Wochen vor der Hauptversammlung zur Veröffentlichung bereitlag. War die geforderte fristgemäße Bekanntgabe eines gewünschten Tagesordnungspunktes nicht möglich gewesen, während mindestens 15 Delegierte eine Erörterung für nötig hielten, so hatte der Vorsitzende – mit Ausnahme von Anträgen auf Abänderung der Satzung oder Auflösung der Versammlung – den betreffenden Antrag beraten zu lassen.

¹ Vgl. Oberfränkische Zeitung vom 14.9.1923, 3; vgl. Bayreuther Anzeiger vom 14.9. 1923, 3.

Die Hauptversammlung war bei Gegenwart mindestens der Hälfte der Gae und Abgeordneten beschlussfähig; bei geringerer Teilnahme berief man unmittelbar im Anschluss bei gleichbleibender Tagesordnung eine zweite Zusammenkunft ein, die dann ungeachtet der Anzahl der Erschienenen autorisiert handeln konnte, sofern in der Einladung ausdrücklich auf diese Modalität hingewiesen worden war. Abgesehen von Sonderfällen, die eine größere Beteiligung benötigten, entschied die einfache Mehrheit, Stimmengleichheit galt als Ablehnung. Die Form des Votums ordnete der Vorsitzende an; die Ergebnisse hatte er in einem Verhandlungsbericht niederzulegen, zu unterschreiben und von einem anderen Vorstandsmitglied zusätzlich gegenzeichnen zu lassen, um so die Rechtmäßigkeit der Hauptversammlung zu dokumentieren. Dieses Procedere war auch bei außerordentlichen Hauptversammlungen obligatorisch, zu denen der Vorstand zeitungebunden nach Berlin laden konnte bzw. zu denen er verpflichtet war, wenn mindestens ein Drittel der Vereinskreise mit gleicher, schriftlich eingereichter Begründung einen entsprechenden Antrag stellte, dem binnen 14 Tagen unter Angabe der Tagesordnung die Einberufung und innerhalb von vier Wochen die Durchführung folgen mussten.

Der gewählte Vorstand leitete die Geschäfte und vertrat den Verein Dritten gegenüber in allen Angelegenheiten. Er berief die Hauptversammlungen ein und legte sowohl die Tagesordnung der Abteilung A als auch die für die allgemeine Sitzung fest. Weiterhin vollzog er die Beschlüsse der Hauptversammlung, beaufsichtigte die Verwaltung des Vereins, führte seine Anstalten und Einrichtungen, regelte die Mitarbeiterfragen, besorgte die Kassenangelegenheiten, verwaltete das Vereinsvermögen, fertigte den Voranschlag für das nächste Jahr aus und bewirkte die Erstellung des Kassenberichts. Ein Ausschlussverfahren gegen Mitglieder fiel ebenso in seinen Aufgabenbereich wie die Dekrete der Ehrenräte auszuführen. Er bestimmte diejenige Fachzeitschrift, in der alle den Verein betreffenden Bekanntmachungen – in erster Linie die satzungsmäßig gefassten Beschlüsse – erfolgten, um sie auf diesem Weg allen Vereinsmitgliedern zur Kenntnis zu bringen.

Unmittelbar zeitlich vor einer ordentlichen Hauptversammlung hatte der Präsidierende den übrigen Vorstand schriftlich zu einer Sitzung einzuladen, in der die laufenden Geschäfte zum Abschluss gebracht und die endgültige Tagesordnung festgestellt werden sollten. Danach trat man zu einer zweiten satzungsmäßig verankerten Konferenz zusammen, deren Beschlussfähigkeit eine mehrheitliche Teilnahme verlangte. Blieb ein Mitglied ohne wohlbegründete Entschuldigung zweimal hintereinander fern, so betrachtete man es als freiwillig ausgeschieden.

Der Vorsitzende leitete alle amtlichen Verhandlungen. War er verhindert, übernahm sein Stellvertreter die Geschäfte; konnten beide ihren Pflichten nicht nachkommen, musste ein anderes Gremiumsmitglied mit den Aufgaben betraut werden. Der Vorsitzende war bei sehr dringlichen Angelegenheiten autorisiert, alleine zu entscheiden, hatte darüber jedoch den Übrigen umgehend Mitteilung zu machen. Ebenso besaß er das Recht, jederzeit den Vorstand zusammenzurufen, wobei schriftliche Abstimmungsklärungen Abwesender keine Gültigkeit besaßen. Um ihm ein relativ unbürokratisches Arbeiten zu ermöglichen, konnte er unter Verzicht auf eine Zusammenkunft auf postalischem Weg die Stellungnahme der Anderen erfragen. Auch hier galt die Mehrheit der Stimmen, bei deren Gleichstand der Vorsitzende den Ausschlag gab. Über die Verhandlungen sämtlicher Vorstandssitzungen nahm man Berichte auf, die bei den Urkunden des Vereins aufzubewahren waren. So weitreichend wie die Befugnisse des Vorsitzenden waren die des Schatzmeisters nicht. Er verwaltete die Kasse des Vereins, was er mit einer jährlichen Endabrechnung und einem Finanzplan für die folgenden zwölf Monate gegenüber der Hauptversammlung verantworten musste. Gelder – soweit sie nicht zur Bestreitung der laufenden Ausgaben bereitzuhalten waren – hatte er unter eigener Haftung bestmöglich anzulegen.

Eine persönliche pekuniäre Inanspruchnahme drohte lediglich dem Schatzmeister, nicht jedoch den Beigeordneten des Wirtschaftsrates, obwohl ihnen die Beratung und Beschlussfassung hinsichtlich aller wichtigen finanziellen Fragen oblag. Der Wirtschaftsrat bestand aus dem Vorstand des DAV und gewählten Vertretern der Gaue. In der Regel sollte auf je 300 Apotheker ein Mittelsmann entfallen, wobei Gaue mit geringerer Kollegenzahl sich mit anderen zur Entsendung eines gemeinsamen Vertreters zusammenschlossen oder aber ab 1927 auf eigene Kosten einen Nicht-Stimmberechtigten lediglich als Beobachter entsandten, damit die festgelegte Anzahl Wahlberechtigter die 25 nicht überstieg. Der Wirtschaftsrat tagte alljährlich mindestens einmal am Ort und zur Zeit der Hauptversammlung, wobei der Vereinsvorstand auch außerordentliche Sitzungen einberufen konnte bzw. dazu verpflichtet war, wenn mindestens ein Drittel der Wirtschaftsratsmitglieder eine Zusammenkunft beantragte.

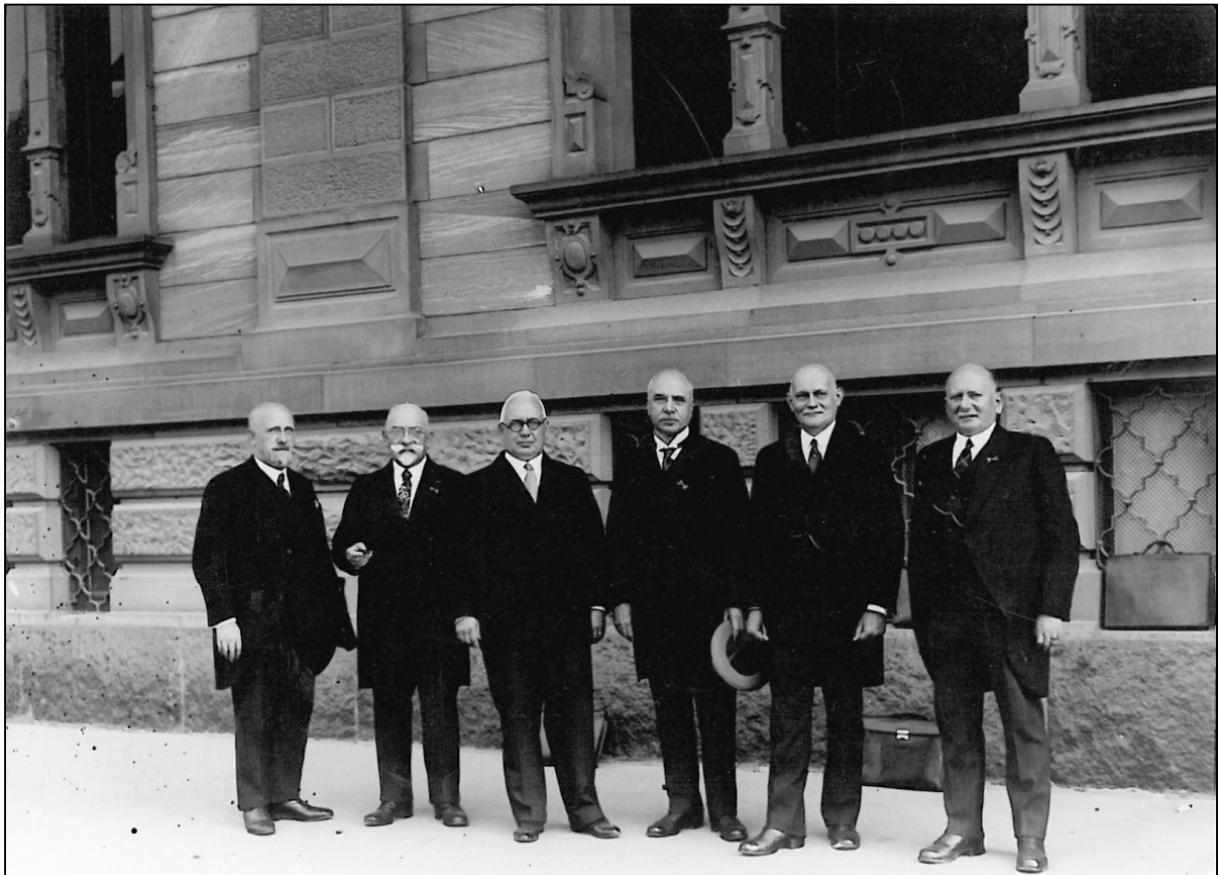


Abb. 34: DAV-Vorstand 1929: Büsch, König, Sparrer, Salzmann, Wartenberg, Schwarz

Die Satzung des DAV vom 15. September 1923 teilte das Vereinsgebiet aufgrund wirtschaftlicher Zusammengehörigkeit in 31 Gaue (wovon jeder in der Regel mindestens 100 dort ansässige Kollegen repräsentierte), die dann in den entsprechenden Landesverbänden aufgingen. Die in das Vereinsregister des betreffenden Amtsgerichts ihres Sitzes eingetragenen Gaue fungierten souverän; etwaige Änderungen hatten sie in der Apotheker-Zeitung zu veröffentlichen. Allerdings unterlagen sie den Anweisungen der übergeordneten Hauptversammlung sowie der Ehrengerichtbarkeit, die auf Gauebene der ‚Ehrenrat‘, für das Gesamtvereinsgebiet als Berufungsinstanz der ‚Ehrengerichtshof‘ ausübte. Beide Stellen berief die Hauptversammlung alle drei Jahre neu und überantwortete den drei Gewählten bzw.

ihren Ersatzmännern die ehrenamtliche Aufgabe, Verstöße zu ahnden, wobei das mögliche Strafmaß von Freispruch über Verweis und Geldstrafe bis hin zum Ausschluss reichte. Die Verfahrenskosten trugen entweder der Antragsteller, der Beschuldigte oder – nach Entscheid des Ehrenrats bzw.-gerichtshofes – der Verein (GSTA PK 47).

Der erste Nachtrag zur Ausfertigung vom 15. September folgte am 24. Februar 1926 mit Genehmigung durch den Polizei-Präsidenten zu Berlin zum 10. April. Von nun an waren für alle Mitglieder die Beschlüsse auch einer außerordentlichen Hauptversammlung rechtsverbindlich, die sie auch selbst einberufen konnten, wenn ein Drittel von ihnen ein solches Treffen forderte. Die Apotheker-Zeitung legte man als Fachorgan fest und verpflichtete sich, alle vom Vorstand ausgehenden Bekanntmachungen darin zu veröffentlichen. Auch ermunterte man Hochschullehrern gleich welcher Fachrichtung, dem Verein als ordentliches also auch zahlendes Mitglied beizutreten (GSTA PK 49).

Die wirtschaftliche Entwicklung des DAV war entsprechend den politischen Verhältnissen schwankend gewesen. Zu Zeiten der Inflation fiel es den meisten Kollegen z. B. schwer, den Beitrag zu bezahlen, während Salzmann bei seinem Amtsantritt eine solide Finanzlage vorfand. Ende 1901 betrug das Kapitalvermögen samt Stiftungen rund 345.000 Mark, im Dezember des Jahres 1913 war es auf eine Dreiviertelmillion angestiegen. Bereits 1904 freute sich der neue Vorsitzende: „Das seit Jahren stetige Wachstum des Vereins hat also auch im Berichtsjahr angehalten; die augenblickliche Mitgliederzahl ist die höchste, welche der Verein seit seinem Bestehen aufzuweisen hatte. Besonders erfreulich ist es, daß wir infolge einer Reihe von Neueintritten im laufenden Jahr die Ehre haben, alle Lehrer der Pharmazie an den deutschen Hochschulen zu unseren Mitgliedern zu zählen. Der Verein darf in dieser Tatsache eine wertvolle Anerkennung seiner wissenschaftlichen Bestrebungen erblicken.“¹ Ebenfalls als eine Bestätigung kann die stete Erhöhung der Mitgliederzahlen des DAV gewertet werden:

August 1901	3332 Mitglieder
August 1902	3494 Mitglieder
August 1903	3502 Mitglieder
August 1904	3558 Mitglieder
August 1905	3702 Mitglieder
Juli 1906	3867 Mitglieder
August 1907	4243 Mitglieder
August 1908	4361 Mitglieder
August 1909	4445 Mitglieder
August 1910	4651 Mitglieder
August 1911	4877 Mitglieder
August 1912	5010 Mitglieder
August 1913	5208 Mitglieder
August 1914	5330 Mitglieder
August 1915	5260 Mitglieder
August 1916	5239 Mitglieder
August 1917	5271 Mitglieder
Juni 1918	5357 Mitglieder
Mai 1919	6071 Mitglieder
Juli 1920	5682 Mitglieder
August 1921	5736 Mitglieder
August 1922	5868 Mitglieder

¹ Vgl. AZ 19 (1904), 643.

Für 1923 konnten keine exakten Angaben gemacht werden, wie Salzmann einräumte: „In der Inflationszeit blieb ein, übrigens sehr kleiner Teil mit der Zahlung der Beiträge im Rückstande; diese Mitglieder sind aber trotzdem noch weitergeführt worden, in der Erwartung, daß sie sich dieser Pflicht doch noch erinnern würden. Den Austritt erklärten rechtzeitig im vorigen Jahre 238 Mitglieder, zum großen Teil Rentner. In der Inflationsperiode und dann in der Uebergangszeit von der Kreiseinteilung zur Gaueninteilung stockte natürlich der Zugang und die Werbungstätigkeit war stark behindert. Jetzt ist sie von den meisten Gauvorständen mit Hilfe neuen, vom Vorstande gelieferten Materials wieder tatkräftig in die Hand genommen worden. Die Zahl der Neueintritte für 1924 beträgt bereits jetzt 410. Freilich ist die Gesamtzahl gegen 1922, in welchem Jahre wir noch 5868 Mitglieder zählten, jetzt geringer. Wir führten damals noch alle Mitglieder in den abgetrennten Gebieten in der Liste, da wir nicht wissen konnten, welche von denen, die in jenen Gebieten verblieben, auch unter den neuen Verhältnissen dem Verein treu bleiben würden. Das ist nur bei einem kleinen Teile der Fall gewesen. Der größte Teil mußte im Jahre 1923 gestrichen werden; dazu kam die Zahl der schon für 1923 ausgetretenen Rentner usw. Am 20. August d. J. stellte sich die Zahl der Mitglieder auf 5308. Das bedeutet gegen die frühere Zahl eine Einbuße von 470 Mitgliedern = 8 v.H., die sich allein schon daraus erklärt, daß Preußen über 220 Apotheken einbüßte und die rund 250 Apotheken in Elsaß-Lothringen aus dem Reiche ausschieden.“¹ Trotz der politischen Gegebenheiten wuchs der DAV:

August 1924 5308 Mitglieder
August 1925 5806 Mitglieder
August 1926 6005 Mitglieder
August 1927 6067 Mitglieder
August 1928 6191 Mitglieder
August 1929 6341 Mitglieder
August 1930 6405 Mitglieder
August 1931 6637 Mitglieder
August 1932 6762 Mitglieder

In der Salzmann-Ära von 1901 bis 1933 hatte sich demnach die Mitgliederzahl von 3332 auf 6762 trotz des Ersten Weltkriegs und der nachfolgenden Gebietsabtretungen mehr als verdoppelt. Es war wohl in erster Linie Salzmanns Führungspersönlichkeit – neben dem Anstieg der Apothekendichte im Deutschen Reich von 5161 im Jahr 1895 auf 6350 im Jahr 1927² – zu verdanken, dass der DAV einen derartigen Zustrom verzeichnen und damit annähernd alle Inhaber öffentlicher Apotheken repräsentieren konnte.

Wachsende Mitgliederzahlen bedeuteten gesteigerte Einnahmen auf der einen sowie höhere Kosten für den zunehmenden Verwaltungsapparat auf der anderen Seite. Die notwendig gewordenen Mehrausgaben deckte man 1918 noch aus Ersparnissen der ersten Kriegsjahre; 1919 erhob man dann eine Sonderumlage von 10 Mark, um die laufenden Belastungen und die zehnprozentige Abgabe des Vereinsvermögens zum Reichsnotopfer begleichen zu können; für 1920 forderte man schließlich – bei freier Lieferung der Spezialitätentaxe – einen Jahresbeitrag von 50 Mark, erhöhte ihn auf 150, auf 200, 300, 800 Mark für ein Halbjahr und in den Jahren 1922 und 1923 auf 1500, 9000, 50.000, 200.000, 1.5 und 4 Millionen; der Abschlag im Oktober 1923 belief sich auf das Dreifache des Arbeitspreises nach Ziffer 23 c der Arzneitaxe – vervielfältigt mit der Schlüsselzahl des Absendungstages. Im Folgemonat

¹ AZ 39 (1924), 901.

² Vgl. AZ 43 (1928), 765.

zahlten die Apotheker 1.00 und im Dezember 2.25 Goldmark.¹ Bis zum August 1924 wurden dann noch acht Raten zu 3 Rentenmark eingefordert.² Ab da an zogen in der Finanzverwaltung wieder geordnete Verhältnisse ein, so dass der Hauptversammlung in Stuttgart eine satzungsgemäße Abrechnung für 1924 offeriert werden konnte. Der allergrößte Teil des Vereinsvermögens, seiner Kassen und Stiftungen war durch die Inflation vernichtet worden. Die Bilanz für 1927 wies die Reduktion der Kapitalanlagen auf rund 2383 Reichsmark³, den Bestand der Allgemeinen Unterstützungskasse auf 1681 RM, der Gehilfen-Unterstützungs- auf 3047 RM, der Stipendienkasse auf 423 RM aus und bezifferte die Stiftungsinvestitionen auf erbärmliche 40.000 RM, obwohl man bereits seit dem frühen 19. Jahrhundert Gelder für soziale Zwecke sammelte.⁴

So bildete sich schon 1808 – aus Verärgerung über das Unwesen der Ärzte-Geschenke – das nach seiner Gründungsstadt benannte ‚Erfurter Kränzchen‘, das auf Initiative von Johann Bartholomäus Trommsdorff am 17. Oktober 1809 das erste Mal zusammenkam und u. a. beschloss, eine Unterstützungsanstalt für durch Alter und Krankheit dienstunfähig gewordener Apothekergehilfen zu schaffen.⁵ Auch Bucholz und Gehlen setzten sich für diesen Gedanken öffentlich ein und beabsichtigten zunächst, Kapital zusammenzutragen, um in verschiedenen Gegenden Deutschlands Heime für erwerbsunfähig gewordene Apothekergehilfen zu errichten, verwarfen diese Idee jedoch zugunsten einer direkten finanziellen Unterstützung der Betroffenen. Auf Veranlassung Trommsdorffs wurden am 27. Juni 1811 die Pharmazeuten aufgerufen, für die Gründung einer ‚Versorgungsanstalt für rechtschaffene, hilflose, alte oder im Dienst verunglückte Apothekergehilfen‘ zu spenden. Man „beschloß also fürs erste ein Kapital zu sammeln [...] und nicht eher die Unterstützung zu beginnen, bis das Kapital auf 10.000 Rtlr. angewachsen sein würde, um dann mit einigem Erfolge die Sache ins Leben treten zu lassen“⁶. Die Aufforderungen zeigten nicht gleich die erhoffte Wirkung. Bis Ende 1815 waren erst 296 Reichstaler gesammelt, bis Dezember 1818 stieg die Summe auf 1.103 Rtlr und erst zum Jahreswechsel 1833/1834 hatte man die festgesetzten 10.000 Taler nahezu zusammen. Die Erfurter Apotheker wollten nun den Berliner Kollegen bzw. den Vertretern des Apothekervereins des nördlichen Deutschlands die Unternehmensführung übertragen, die beide jedoch die gute Arbeit der Thüringer lobten und die Leitung weiterhin in ihren Händen zu belassen wünschten, so daß sich die Kasse als ‚Erfurter Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger ausgedienter würdiger Apothekergehilfen‘ konstituierte. Ihre Statuten umfassten bereits alle wesentlichen Punkte der späteren Satzung vom 10. Oktober 1836. Die Stiftung, an deren Gründung etwa 200 Apotheker teilnahmen, erhielt am 9. Dezember 1837 die behördliche Genehmigung und die Rechtsfähigkeit durch eine Kabinettsordre des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. vom 11. November 1837. Alljährlich vergab sie nun den Ertrag ihrer Zinsen an erwerbsunfähige Apothekergehilfen. Das Guthaben vermehrte sich durch weitere Sammlungen ständig und war 1866 bereits auf 32.669 Taler gestiegen. 1905 änderte man die §§ 2–12 der Satzung und übertrug die Verwaltung mit behördlicher Genehmigung zum 10.

¹ Die Goldmark war der 1395. Teil des Pfundes Feingold, d. h. als 0.398248 g definiert und entsprach als Werteinheit der durch Reichsgesetz vom 4. Dezember 1871 eingeführten Mark des Deutschen Reiches (Vgl. VERDENHALVEN, 1968).

² Die Rentenmark war die Rechnungseinheit einer deutschen Hilfs- oder Zwischenwährung zur Überwindung der Inflation. Sie wurde gesetzlich am 13. Oktober 1923 anstelle der völlig entwerteten Papiermark im Verhältnis 1:1 Billion eingeführt (Vgl. VERDENHALVEN, 1968).

³ Die Reichsmark war die Währungseinheit des Deutschen Reiches gemäß Gesetz vom 30. August 1924. Sie löste die Rentenmark ab und galt gleich der Goldmark (Vgl. VERDENHALVEN, 1968).

⁴ Salzmann hatte in seinen Vorlagen des Vorstandes zu den jeweiligen Hauptversammlungen von 1902 bis 1905 die Zusammenstellung der Kapitalwerte, resultierend aus den Mitgliederbeiträgen, Eintrittsgeldern, Verlagsertträgen, Stiftungen und Zinsen aufgelistet bzw. von 1906 bis 1931 detaillierte Bilanzen erstellen lassen, die in den entsprechenden Apotheker-Zeitungen zu finden sind.

⁵ Vgl. BUCHOLZ / GEHLEN (1809); HOFF (1975) 56–59; GOETZ (1977), 73–84.

⁶ ROSENHAINER / TROMMSDORFF (1913), 125.

Januar dem DAV. Da Stiftungs- und Vereinsvorstand in einer Hand lagen, unterschrieb Salzmann am 24. April 1906 den Übernahmevertrag: „Mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten zu Erfurt ist die Bucholz-Gehlen- und Trommsdorffsche Stiftung zur Unterstützung ausgedienter, würdiger hilfloser Apothekergehilfen, welche bisher ihren Sitz in Erfurt hatte und von den dortigen Apothekerbesitzern verwaltet wurde, in die Verwaltung des Deutschen Apotheker-Vereins übergegangen. Die Verfassung der Stiftung vom 10. Oktober 1836 hat die in der Anlage nachstehend veröffentlichte Fassung erhalten. Das verzinslich in Hypotheken, Wertpapieren usw. angelegte Kapital der Stiftung beträgt, einschließlich des von dem Magistrat zu Cassel verwalteten Fiedlerschen Legats, zur Zeit 197 247,48 M¹, das wiederum ‚Zur Unterstützung von würdigen und bedürftigen aus dem Kurfürstentum Hessen gebürtigen Pharmaziestudenten zum Studium in Marburg‘ dienen sollte und aus seinem Kapital von 12.268 Mark im Jahr 1913 jährlich 500 M Zinsen erzielte (StAK 1).

Den gleichen Gedanken wie Bucholz, Gehlen und Trommsdorff verfolgten in ihrer fünften Sitzung am 25. Februar 1822 auch die Delegierten des Direktoriums des ‚Apothekervereins im nördlichen Teutschland‘, eines Vorläufers des späteren Deutschen Apotheker-Vereins, als sie zu einem ihrer vornehmsten Ziele „die Fürsorge um die Bedürfnisse des Standes“ erklärten und beschlossen, die Zinsen des damaligen Vereinskapitals zur „Unterstützung verunglückter wirklicher Vereinsmitglieder“ und zu „Stipendien für talentierte junge Pharmazeuten“ zu verwenden. Im Jahr darauf entschied das Direktorium, dass jedes Mitglied jährlich „einen halben Thaler Berl. Cour.²“ zu diesen Zwecken für Gehilfen an die Vereinskasse entrichten sollte, wobei nur diejenigen Mitarbeiter später davon profitieren konnten, die wenigstens 60 Monate ebenfalls diesen Beitrag eingezahlt hatten.³ 1826 wurde dann eine eigene ‚Unterstützungsanstalt‘ errichtet, und 1848 folgte die Gründung des sog. Vereins zur Unterstützung der Apothekergehilfen, woraus sich allmählich zwei unterschiedliche Kassen entwickelten: nämlich die ‚Allgemeine Unterstützungskasse‘ für frühere Besitzer mit einem Grundkapital von 2.420 Talern und die ‚Gehilfen-Unterstützungskasse‘ mit einem Anfangsvermögen von 23.152 Talern. Beide Einrichtungen erhielten 1867 neue Statuten und vermehrten aus satzungsmäßigen Beiträgen und Zinsen das Volumen derart, dass man z. B. 1874 an die Gesamtheit vormaliger Apothekenleiter 8.800 Mark und an ehemalige Mitarbeiter insgesamt 3.500 Mark zahlen konnte. Im Jahr darauf ging die ‚Süddeutsche Gehilfenpensionskasse‘ in der vereinseigenen Unterstützungskasse auf, deren gemeinsame Vermögen schließlich bis 1894 auf 133.000 Mark und das der Allgemeinen Unterstützungskasse auf 55.000 Mark anstiegen, woraus dann den Pensionären 17.000 Mark zufließen.⁴

Beide Kassen profitierten von da an zusätzlich noch von der Gehe-Stiftung. Der Kaufmann Franz Ludwig Gehe hatte am 1. Mai 1835 die Drogerie- und Farbenwarenhandlung Gehe & Co. in Dresden gegründet, wo er 1846 das erste unternehmenseigene Geschäfts- und Handlungshaus in der dortigen Königstraße bezog. Seine am 10. Mai 1838 geschlossene Ehe mit Elise Rothe blieb kinderlos. Im Einverständnis mit seiner gleichgesinnten Frau bestimmte Gehe in seinem Testament vom 14. Juni 1881 und in dem Nachtrag hierzu vom 8. April 1882 neben verschiedenen anderen Vermächtnissen für gemeinnützige Zwecke, ein Kapital von

¹ ROSENHAINER / TROMMSDORFF (1913), 163.

² Bis zur Einführung der ‚Mark‘ als einheitliche Währung des Deutschen Kaiserreiches im Jahre 1871 war der Vereinstaler die Hauptmünze in den Mitgliedsländern des deutschen Zollvereins. Noch bis zum Oktober des Jahres 1907 blieben die einfachen Talermünzen als Kurantmünzen (Courantmünze) zum Wert von drei Mark offizielle Zahlungsmittel im Deutschen Reich. Eine Kurantmünze war eine vollwertige, umlaufende, gangbare, kursierende Münze, deren Wert durch das Metall, aus dem sie besteht, gedeckt ist. 1 Kuranttaler entsprach 1 ½ Reichstalern, wobei die Kaufkraft von 1 Reichstaler (1937/39) 5 Reichsmark bzw. (1967) 9 DM betrug. (Vgl. VERDENHALVEN (1968).

³ Vgl. KRISCHKE (1932), 15.

⁴ Vgl. KRISCHKE (1932), 87 f.

zwei Millionen Mark zur Begründung einer seinen Namen tragenden Stiftung zu hinterlegen (STADr 1). Dies Hinterlassenschaft sollte einem doppelten Zweck dienen: „1. Eine geeignete Vorbereitung und Ausbildung von Männern, welche sich dem Dienste der Gemeinde oder einer anderen öffentlichen Wirksamkeit widmen wollen, zu unterstützen; und 2. Herren, welche ohne die Füglichkeit, für ihr Alter zu sorgen, mit Hintansetzung eigener Interessen ihr Leben in verdienstlicher Weise dem öffentlichen Wohle geweiht haben, beim Versagen ihrer Kräfte durch Aufnahme in ein zu begründendes Herrenstift, sei es eine Art modernes Prytaneum¹ oder nach Umständen durch Verleihung von Geldbenefizien, vor Bedrängnis zu bewahren“². Zur Umsetzung dieses Gedankens arbeitete zunächst eine aus neun Testamentsvollstreckern bestehende Kommission ein Statut über die Verwaltung aus, das am 26. November 1883 die Bestätigung des Kultusministeriums und damit das Recht einer juristischen Person erhielt. Man beschloss, die Zinsen des Stammkapitals je zur Hälfte den beiden pharmazeutischen Unterstützungskassen zufließen zu lassen, was nach Gehes Ableben sein Neffe August Rudolph Luboldt – nun Universalerbe und alleiniger Leiter an der Spitze eines in seinem Bestand gefestigten Unternehmens – wie auch ab 1894 dessen Sohn Walter weiterführte. Die zugehörige Büchersammlung entwickelte sich zur größten staatswissenschaftlichen Bibliothek in Sachsen, die heute in der Sächsischen Landesbibliothek in Dresden untergebracht ist.³

Einen gleichgerichteten Zweck wie die Gehe- verfolgte auch die Geheimrat Dr. Ewald Wolff-Stiftung, die aus Anlass des 70. Geburtstags des Geheimen Regierungs- und Medizinalrates Dr. Ewald Wolff aus der Universitätsstadt Breslau am 29. Dezember 1885 seitens einer Anzahl von Apothekenbesitzern des Bezirks durch Aufbringung einer Summe von 4.000 Mark errichtet worden war. Alljährlich am Gründungstag sollten für hilfsbedürftige Apotheker und ihre Angehörigen die Zinsen eingesetzt werden, deren Verwendungsbestimmung zunächst Wolff zustand. Nach seinem Tod im Jahr 1903 wurde das Vermächtnis, dessen Kapital auf 4.630 Mark angewachsen war, durch Wolffs Witwe vereinbarungsgemäß dem DAV übergeben, dessen Vorstand – unter Berücksichtigung der Vorschläge des Vereinsvorsitzenden des Kreises Mittelschlesien – die Gelder verteilte.⁴

Auch Apotheker August Wilhelm Alves beabsichtigte, sich für seine Kollegen postum einzusetzen, als er in seinem am 1. Januar 1880 verfassten Testament dem Verein der Apotheker Berlins ein Legat von 20.000 Mark vermachte. Nach seinem Tod am 15. August 1890 und der folgenden Testamentseröffnung am 2. September wurde mit diesem Kapital die Alves-Stiftung begründet, deren Zinsen – unter eventueller Hinzuziehung von höchstens 500 Mark des Stammkapitals in besonderen Fällen – an hilfsbedürftige Pharmazeuten, deren Witwen und Kinder verteilt werden sollten. Da der Verein der Apotheker Berlins keine Korporationsrechte besaß, war er zur Entgegennahme des Erbes nicht befugt, so dass unter dem Namen ‚Alves-Stiftung‘ eine für sich bestehende Einrichtung geschaffen werden musste; diese erhielt zwar durch Allerhöchsten Erlass vom 19. Dezember 1892 die Rechte einer juristischen Person, doch zog es die Verwaltungskommission vor, die Leitung der Stiftung dem Vorstand des DAV zu übertragen.⁵ Ebenfalls 1892 – kurz vor seinem Tod – stellte der Apotheker Curt Bergter aus Falkenstein (Taunus) eine nach ihm benannte Stiftung zur Verfügung und gleichermaßen auch Anna und Auguste Trommsdorff aus Langensalza, welche die Richard-Trommsdorff-Stiftung mit einem Grundkapital von 1500 Mark der Verwaltung des DAV überließen.

¹ Amtsgebäude in altgriechischen Städten, in dem der jeweils geschäftsführende Ausschuss des Rates auf Staatskosten verpflegt wurde. Die Teilnahme an den dortigen Mahlzeiten war für verdiente Bürger eine hohe Ehre. Vgl. DER NEUE PAULY, Bd. 10 (2001), 493 f.

² JAHN (1895), 71 f.

³ Vgl. JAHN (1895), 74.

⁴ Vgl. AZ 19 (1904), 221 und 643.

⁵ Vgl. AZ 22 (1907), 338.

Nicht nur für erfolglos arbeitende, kranke oder pensionierte Pharmazeuten, sondern auch für noch in der Ausbildung Befindliche entstanden Begünstigungsfonds: Der Vorsitzende des ‚Apothekervereins im nördlichen Teutschland‘, Rudolph Brandes, und der Hallenser Apotheker Carl Friedrich Wilhelm Meissner forderten 1822 im Gedenken an den in Erfurt verstorbenen Apotheker und Professor Christian Friedrich Bucholz zur Errichtung einer nach ihm zu benennenden Stiftung auf, mit dem Ziel, alljährlich eine wissenschaftliche Frage an Apothekergehilfen stellen zu können, deren richtige Beantwortung den Besten die Zinsen des zu sammelnden Grundkapitals einbringen sollte. Des Weiteren wurde 1828 zu Ehren des Königsberger Professors der Pharmazie, Karl Gottfried Hagen, die ‚Hagensche Stiftung‘ ins Leben gerufen. Der ‚Apothekerverein im nördlichen Teutschland‘ vereinigte im Juli 1829 dann die beiden zur ‚Hagen-Bucholz-Stiftung‘, deren Statut von 1856 festlegte, dass das durch freiwillige Beiträge und Schenkungen angesammelte Geld für die Honorierung der Gewinner einer Preisaufgabe aus dem Gebiet der wissenschaftlichen Pharmazie dienen sollte; als Auszeichnung erhielt der Sieger außerdem eine Medaille (je nach Qualität der Beantwortung in Gold, Silber oder Bronze) die vorne ein Portrait von Hagen bzw. Bucholz und hinten die Jahreszahl 1828 zierte.¹ Am 1. August 1843 beschloss die Generalversammlung des ‚Apothekervereins im nördlichen Teutschland‘, zudem die Einrichtung der ‚Brandes-Stiftung‘ zur wissenschaftlichen Förderung junger Pharmazeuten ins Leben zu rufen. Schon bald standen 1.600 Taler mit Zinserträgen von knapp 100 Talern bereit. Schließlich vereinigte man die ‚Brandes-‘ und die 1855 gegründete ‚Wackenroder-Stiftung‘ zur ‚Stipendienkasse‘, deren Vermögen 5.700 Mark im Jahr 1874 betrug und zwei Dezennien später 18.000 Mark ausmachte.²

Eine weiteres Vermächtnis, das Salzmann während seiner Amtszeit verwaltete, war die ‚Meurer-Stiftung‘, die 1856 anlässlich des fünfzigjährigen Berufsjubiläums des Ehrendirektors des Sächsischen Apotheker-Vereins mit einem Kapital von 275 Talern ausgestattet wurde.³ Diese Zuwendung, die Friedrich Meurer bis zu seinem Tod 1865 selbst betreute, schrieb Preisaufgaben für Lehrlinge als Anreiz für wissenschaftliches Arbeiten in der Apotheke aus.⁴ Weniger auf Bildung als auf gutes Benehmen und Geschicklichkeit im Beruf kam es Friedrich Wilhelm Hildebrand Weber an; er setzte „für einen braven und tüchtigen aus der Provinz Westfalen oder der Rheinprovinz gebürtigen Lehrling der Pharmazie“ die jährlichen Zinsen aus 105 Mark im Gedenken an seinen eigenen 63. Geburtstag am 19. August 1857 als Belobigung aus.⁵ Um den akademischen Nachwuchs hingegen kümmerte sich die ‚Müller-Stiftung‘, die Stipendien für Pharmaziestudenten vergab und 1881 in der Stiftung ‚Professor Philipp Phoebeus‘⁶ aufging (STAD 1), dessen Engagement allerdings sein Kollege Ernst Schmidt⁷ übertraf; er schenkte nämlich dem DAV gleich mehrfach Geld: 1892 überwies der Direktor des Marburger Pharmazeutischen Instituts der Standesorganisation zur Gründung der nach seinem Vater zu benennenden ‚Johann Albert Schmidt-Stiftung‘ eine Summe in Höhe von 10.000 Mark, deren Ertrag für Stipendien an Pharmazeuten christlichen Bekenntnisses vergeben werden sollte, die nach bestandener Staatsprüfung weiter an der Universität wissenschaftlich arbeiteten;⁸ diesen Betrag vermehrte er zunächst 1905, dann ein zweites Mal um 5.000 Mark 1911 anlässlich der fünfzigsten Wiederkehr seines Eintritts in den Apothekerberuf und 1915 abschließend um 10.000 Mark in

¹ Vgl. FRIEDRICH (2000), 352 f.

² Vgl. ZIMMERMANN (1985), 110.

³ Vgl. KRISCHKE (1932), 17.

⁴ Vgl. FRIEDRICH (2000), 354 f.

⁵ Vgl. AZ 17 (1903), 1.

⁶ Zu Phoebeus vgl. VOSS (2003).

⁷ Zu Schmidt vgl. FRIEDRICH (2007).

⁸ Vgl. AZ 18 (1903), 161, 197; 33 (1918), 113, 275.

Anbetracht seines 70. Geburtstags.¹ Nicht für bereits Promovierende, sondern für Studierende übergab zur Gründung der ‚Pharmazeut Otto Wilhelm-Stiftung‘ 1895 die Witwe im Gedenken an ihren Mann dem DAV 3.000 Mark. Gleichermäßen für „nicht approbierte Assistenten, Studierende und Kandidaten der Pharmazie“ war die ‚Dr. Christian Brunnengraeber-Stiftung‘ gedacht, die 1896 mecklenburgische Apotheker zu Ehren des verstorbenen früheren Vereinsvorsitzenden mit einem Kapital von 4.500 Mark ausstatteten und mit deren Erträgen sie die Bearbeitung von experimentellen Aufgaben belohnen wollten.²

Als Salzmann 1902 zum Vorsitzenden des DAV gewählt wurde, sah die Finanzlage der Stiftungen folgendermaßen aus: Die Bergter-Stiftung ließ aus ihrem 3.027 Mark betragenden Kapital an Zinsen 105 Mark der Stipendienkasse zufließen, die Dr. Christian Brunnengraeber-Stiftung mit ihrem Stammkapital von 5.146,30 Mark vergab eine 190 Mark-Prämie, die Gehe-Stiftung mit ihren 12.108 Mark trat Zinsen von 420 Mark den Unterstützungskassen ab, die Hagen-Bucholz-Stiftung mit einem Guthaben von 17.899,70 Mark wandte von ihren Einnahmen für zwei Preise und eine Medaille sowie Verwaltungskosten 395 Mark auf, die Dr. C. Lampe-Stiftung, initiiert von dem Leipziger Carl Lampe (UL 1) – Hauptteilhaber der Drogenhandlung Brückner, Lampe & Co – übertrug ihren gesamten Ertrag von 70 Mark einem Stipendiaten und verfügte nunmehr über eine Summe von 2.020 Mark, die Meurer-Stiftung mit 1.917,10 Mark verlieh drei Prämien im Wert von 131 Mark, die Phoebus-Stiftung sparte ihren Zinsertrag in Höhe von 175 Mark und verfügte nun über 5.045 Mark, die Johann-Albert-Schmidt-Stiftung unterstützte einen Breslauer Apotheker mit dem Gesamterlös von 316 Mark aus 9.090 Mark, die Richard-Trommsdorff-Stiftung gewährte lediglich 60 Mark bei einem Stammkapital von 1.515 Mark und erwirtschaftete so einen Saldoübertrag auf das Jahr 1903 von 28.13 Mark, die Weber-Stiftung mit ihren 3.027 Mark behielt die Zinsen in Höhe von 626,85 Mark vollends und die Pharmazeut Otto Wilhelm-Stiftung mit einem Guthaben von 2.715 Mark übergab ein Stipendium in Höhe von 90 Mark an einen Königsberger Pharmaziestudenten und erwirtschaftete einen Überschuss von 12,10 Mark. Die Kursgewinne aller in der Rechnungsablage 1902 aufgeführten Stiftungen betrugen 920,80 Mark, das Gesamtguthaben zum Jahresschluss belief sich auf 81.489 Mark, wobei die Stipendienkasse mit dem Kapital in Höhe von 17.058,10 Mark und einem Kursgewinn von 190,80 Mark ebenfalls in Ansatz gebracht wurde.

Nach Salzmanns Amtsantritt kamen weitere Stiftungen hinzu. Am 10. Januar 1904 verstarb der Geh. Regierungsrat Professor Dr. August Garcke. Schon von Haus aus wohlhabend, hatte der Junggeselle bei eigener bescheidener Lebensführung durch Einnahmen aus seinen gut besuchten Vorlesungen seinen Besitz noch vergrößern können und bereits zu seinen Lebzeiten fünf Nachlassnehmer sowie als Testamentsvollstrecker Froelich, Calliess und Baetcke bestimmt.³ Zunächst bedachte er die Besitzlosen seiner Heimat Bräunrode mit einem Legat von 20.000 Mark, dessen Zinsen 1906 dort die Errichtung eines Armenhauses ermöglichten.

Sein weiteres Barvermögen von etwa 200.000 Mark vererbte er zu gleichen Teilen der Universität Berlin, dem Luther-Gymnasium Eisleben sowie dem DAV, dem er zusätzlich seine Fachbibliothek hinterließ, die dieser bereits ein Jahr später in den Räumen der eigenen Geschäftsstelle in der Neuen Friedrichstraße unterbrachte und dann im Sommer 1925 dem Botanischen Museum in Dahlem übergab.⁴ Der Universität ließ Garcke in der Nachlass-Verwendung freie Hand, wohingegen er die Schule verpflichtete, würdige bzw. ehemalige Gymnasiasten mit einem 200-Mark-Stipendiat zu belohnen, worüber sich zum ersten Mal 1908/1909 ein Student und fünf Jugendliche freuen konnten.⁵ Dem DAV schließlich trug er zum einen auf, seiner ehemaligen Hauswirtschafterin jährlich 1000 Mark auszuzahlen, und

¹ Vgl. AZ 21 (1906), 636; 26 (1911), 849 f.; 30 (1915), 505.

² Vgl. AZ 33 (1918), 93; 37 (1922), 89.

³ Vgl. AZ 18 (1904), 83.

⁴ Vgl. AZ 40 (1925), 908.

⁵ Vgl. hierzu GUTBIER (1958), 58.

zum anderen, die restlichen Zinsen aus dem Kapital für Zwecke der Allgemeinen Unterstützungskasse des Vereins zu nutzen.¹ Obwohl Garcke seinen letzten Willen detailliert formuliert hatte, meldeten seine in England wohnenden Verwandten Ansprüche an.² Nach einer Reihe von entsprechenden Modifikationen konnte dann 1906 die August-Garcke-Stiftung behördlicherseits doch genehmigt und unter Salzmanns Obhut gestellt werden, der mit dem ererbten Geld ein bebautes Grundstück in Leipzig-Kleinzschocher mit einer teilhypothekarischen Belastung von 5.666,66 Mark aus einer Konkursmasse zugunsten des DAV ersteigerte.³ Da das Haus, um die Wohnungen zu entsprechenden Preisen vermieten zu können, einer größeren Renovierung unterzogen werden musste und außerdem eine Reihe von Räumen einen Teil des Jahres leer stand, konnte die Stiftung statt der etatisierten 1.177,79 Mark lediglich nur den Betrag von 403,15 Mark an die Unterstützungskassen abführen. Die aus dem Grundstückserwerb herrührende Barschuld von 13.185,46 Mark gegenüber der Hauptkasse des DAV wurde durch Verkauf von Wertpapieren gedeckt und das Kapitalkonto dadurch wieder auf seinen ursprünglichen Stand zurückgeführt.⁴

Eindreiviertel Jahre nach August Garcke, am 17. Oktober 1905, starb Gustav Mankiewicz. Der promovierte Apotheker und Medizinalrat aus Posen bestimmte in seinem Testament, dass aus seinem Nachlass 10.000 Mark zu einer wohltätigen Stiftung verwendet werden sollten, deren Zinsen an Witwen und Waisen von Kollegen zu verteilen waren. In Ausführung seines letzten Willens unterstellte seine Frau Therese als Universalerbin das Legat dem DAV, gebunden an die Bedingung, dass, solange Oscar Tropowitz – Neffe bzw. Schwiegersohn von Mankiewicz und Leiter der Firma Beiersdorf in Hamburg – lebte, nur mit dessen Zustimmung über die Zinsen verfügt werden durfte. Petenten, die aus Posen stammten oder von Tropowitz empfohlen wurden, mussten in erster Linie berücksichtigt werden.⁵

Die zwischenzeitlich entstandene Vielfalt an Förderungseinrichtungen erleichterte manchem Antragsteller einen ungerechtfertigt mehrfachen Bezug. Um einer missbräuchlichen Inanspruchnahme entgegenzuwirken und die Transparenz der Verteilung zu erhöhen, zentralisierte man die Stiftungen unter dem Dach des DAV. Am 24. April 1906 unterschrieb Salzmann den Übernahmevertrag der nunmehr als ‚Bucholz-Gehlen-und Trommsdorffsche Stiftung des Deutschen Apotheker-Vereins‘ bezeichneten Institution mit einem Kapital von 197.247,48 Mark, dessen Zinsertrag von 8000 Mark 13 mittellosen Pharmazeuten anteilig zufloss.⁶ Weitere letztwillige Zuwendungen erleichterten dem DAV, Bedürftigen aus den eigenen Reihen zu helfen. So vermachten ihm 1911 synchron Hermann Lewandowski fünf Anteilscheine der ‚Gesellschaft m.b.H. Vereinshaus deutscher Apotheker‘ von je 1000 Mark und Johann Philipp Fresenius hinterließ seinen Fachgenossen 3000 Mark.

Als drei Jahre später der Erste Weltkrieg begann, rief der DAV zu Kriegsspenden auf, die 1914 lediglich 935 Mark einbrachten, sich aber bis zum 31. August 1916 auf rund 33.900 Mark erhöhten, von denen 26.600 Mark umgehend zur Unterstützung von Familien eingezogener Pharmazeuten verwendet wurden, so dass die bleibende Restsumme bald erschöpft sein würde.⁷ Daher entschied der Vorstand am 15. September, nötigenfalls zunächst Mittel des Vereins in Anspruch zu nehmen, anstatt mit neuen Forderungen an die Mitglieder heranzutreten, die unaufgefordert immerhin weitere 3.850 Mark zur Verfügung stellten. Entgegen dem eigenen vorherigen Beschluss bat der Vorstand mit behördlicher Erlaubnis im Sommer 1917 dann doch die Apotheker erneut um Geld, die bereits bis zum 1. September 22.500 Mark zusammentrugen und bei Abschluss der Kriegsspendensammlung Ende 1919

¹ Vgl. AZ 19 (1904), 643.

² Vgl. AZ 20 (1905), 667.

³ Vgl. AZ 21 (1906), 635.

⁴ Vgl. AZ 24 (1908), 362.

⁵ Vgl. AZ 20 (1906), 9.

⁶ Vgl. AZ 21 (1906), 339.

⁷ Vgl. AZ 29 (1914), 846.

insgesamt 63.000 Mark beisteuerten. Zusätzlich zahlte der Verein 33.472,98 Mark an Subventionen, 1.200 Mark an Stipendien, 1.540 Mark an Pensionszuschüssen und 624,10 Mark an Preisen und Prämien. Aber auch von außen kam Beistand: Der ‚Verein der Dänischen und Schwedischen Kollegenhilfe‘ stellte den Deutschen größere Lebensmittelsendungen zur Verfügung.¹ Überdies entstand die ‚Wenderoth-Stiftung‘ mit 10.000 Mark – errichtet von der Aktiengesellschaft für pharmazeutische Bedarfsartikel anlässlich ihres fünfzigjährigen Geschäftsjubiläums am 7. Februar 1918 – und mit dem gleichen Betrag die ‚J. D. Riedel-Stiftung‘, initiiert durch den Generaldirektor des Unternehmens aufgrund seiner 25jährigen Firmenzugehörigkeit. Die Zinsen der beiden Gründungen flossen den Unterstützungskassen des Vereins zu.² Daneben erbrachte eine separate Sammlung für erblindete Soldaten rund 6.700 Mark, die Salzmann an die ‚Deutsche Kriegsblinden-Stiftung für Land, Heer und Flotte‘ in Berlin abführte, wofür man ihn am 24. August 1918 mit dem Verdienstkreuz für Kriegshilfe auszeichnete.³



Abb. 35: Verdienstkreuz für Kriegshilfe, 24. August 1918

Nach dem Ersten Weltkrieg verbesserte sich die finanzielle Situation des DAV wieder. Das Vermögen der Kassen und Stiftungen wurde in Hypothekenbriefen, Wertpapieren und Immobilien angelegt.⁴ 1922 stiegen die Unterstützungen auf die inflationsbedingten Beträge von 74.800 Mark, die Stipendien auf 5.100 Mark, die Pensionszuschüsse auf 1.650 Mark und die Prämien auf 2.250 Mark. Ein Jahr später kletterten die Zahlen ins Unermessliche und

¹ Vgl. AZ 35 (1920), 296.

² Vgl. AZ 33 (1918), 78, 343.

³ Vgl. AZ 31 (1916), 486.

⁴ Vgl. AZ 36 (1921), 361.

regulierten sich 1925 auf 3.720 Reichsmark, wobei das Geld ausnahmslos aus der Vereinskasse stammte.¹ Erstmals eingerichtet wurden mit 28.000 Mark die ‚Dr. Carl Jehn‘- und mit 10.000 Mark die ‚Apotheker Carl Braun-Stiftung‘, welche die Firma Brauns anlässlich ihres 80jährigen Bestehens zugunsten der Allgemeinen und Gehilfenunterstützungskasse schuf.² Zu dieser trug auch der Gründer der ‚Dr. Josef Laboschin-Stiftung‘ mit einer neuerlichen Zuwendung von 25.000 Mark bei.³

Salzmann oblag nicht nur die Verwaltung der Stiftungen des DAV; vielmehr stand dem Vorsitzenden aufgrund seines Amtes auch die Mitgliedschaft im Kuratorium der schweizerischen ‚Flückiger-Stiftung‘ zu, die Alexander Tschirch anlässlich der Emeritierung des Professors der Kaiser-Wilhelm-Universität Straßburg (USt 1) ins Leben gerufen hatte.⁴ Im Vorfeld war von 27 gelehrten Gesellschaften und 702 Einzelpersonen ein Kapital in Höhe von 10 000 Franken zwecks Gründung eines Vermächtnisses zur „Förderung der Pharmazie im weitesten Sinn“ gesammelt worden. Der Betrag wurde Flückiger am 9. Juli 1892 zusammen mit einer von Anton Scharff kreierten Medaille überreicht, auf deren einer Seite sein Bild und auf der anderen die Worte „Scientia non unius populi sed orbis terrarum“ eingraviert waren und die in Gold bzw. Bronze zur Verfügung stand.⁵ Begleitet wurde das Geschenk von einem Prachtalbum mit den Bildern seiner Freunde und Verehrer (USt 1). Das Vermögen selbst übergab man dem schweizerischen Apotheker-Verein zur Verwaltung unter der Bezeichnung ‚Flückiger-Stiftung‘, deren Kuratorium aus dem jeweiligen Direktor des Pharmazeutischen Instituts der Hochschule Bern und desjenigen der Universität Straßburg, dem Professor für Pharmazie und angewandte Chemie an der Universität München sowie Flückiger selbst und ab 1895 auch aus dem Vorsitzenden des DAV bestand.

1907 gab es zwischen Salzmann und Tschirch einen Schriftwechsel im Zusammenhang mit der Verleihung der Flückiger-Medaille an Edouard Heckel, die ihm – aufgrund seiner Verdienste um die Pharmakognosie – der Vorstandsvorsitzende offiziell im Rahmen der 36. Hauptversammlung des DAV in Eisenach zu überreichen hatte.⁶ Salzmann nutzte das an Tschirch adressierte Bestätigungsschreiben über den postalischen Erhalt der Medaille dazu, sein eigenes Mitgliedschaftsrecht in Erinnerung zu rufen: „Es wäre mir von Wert zu erfahren, ob die Zusammensetzung des Kuratoriums die gleiche geblieben ist, [...] andererseits sich aus den hiesigen Akten zu ergeben scheint, daß auch der jeweilige Vorsitzende des Deutschen Apotheker-Vereins Sitz im Kuratorium haben sollte. Nach einem unter dem 12. Januar 1895 an Sie gerichteten Schreiben meines Amtsvorgängers des Herrn Medizinalrat Froelich, hat nämlich der Vorstand des Deutschen Apotheker-Vereins beschlossen, in das Kuratorium ‚seinen jeweiligen Vorsitzenden für die Dauer dieses seines Amtes‘ abzuordnen. Ich möchte, zur Vermeidung von Mißverständnissen, betonen, daß mir lediglich daran liegt, über diese Verhältnisse mich zu orientieren“ (PL 2). Doch erst 1928 stand Salzmanns Zugehörigkeit zu diesem Komitee nichts mehr im Weg: „Hierdurch beehre ich mich anzuzeigen, daß der Vorstand des Deutschen Apotheker-Vereins mich als Nachfolger des verstorbenen Kollegen Geheimrat Froelich im Kuratorium der Flückiger-Stiftung ernannt hat“ (PL 4). Am 11. März 1930 erfolgte seine endgültige Wahl zusammen mit Hermann Matthes, dessen plötzlicher Tod dann Carl Mannich die Mitgliedschaft ermöglichte (PL 5 und 6). Im gleichen Jahr wurde das Statut der Flückiger-Stiftung dahingehend geändert, dass das Kuratorium zukünftig aus zwei vom DAV und zwei vom Vorstand des schweizerischen Apotheker-Vereins zu wählenden Mitgliedern sowie dem Direktor des Pharmazeutischen Instituts der Universität Bern – also Tschirch – bestehen sollte. Man hoffte, damit die Verhältnisse geordnet zu haben, aber 1937

¹ Vgl. AZ 33 (1918), 78; 41 (1926), 820.

² Vgl. AZ 34 (1919), 184.

³ Vgl. AZ 37 (1922), 118.

⁴ Vgl. hierzu HAUG (1985), 204–216.

⁵ AZ 45 (1930), 402 f.; 46 (1931), 937; vgl. Baseler Nachrichten vom 25. Oktober 1943, 3.

⁶ Vgl. AZ 22 (1907), 1097.

musste das revidierte Statut aufgrund des Drucks der Nationalsozialisten nochmals korrigiert werden: An die Stelle des DAV trat nun ‚Die Deutsche Apothekerschaft‘ und am 17. August 1937 teilte Reichsapothekerführer Albert Schmierer Tschirch mit, dass er Hugo Dieterle und Hermann Otto zu Mitgliedern des Kuratoriums benannt habe.¹ Diese Änderung stieß bei Salzmann auf keinen Widerstand, der „die leidige Angelegenheit friedlich beizulegen“ gedachte und sein Amt freiwillig abgab. Von „einem gewissen Interesse für die Mitglieder des Kuratoriums“ stufte er dagegen „eine Mitteilung unseres verstorbenen Freundes Thoms“ ein, wonach „Flückiger selbst Jude war. Wenn diese Mitteilung den Tatsachen entspricht, würde die deutsche Apothekerschaft an der Verwaltung der Stiftung wohl nicht teilnehmen dürfen. Doch darüber brauchen wir uns den Kopf nicht zu zerbrechen. Schließlich empfehle ich, die ganze Angelegenheit minder wichtig zu behandeln, da Herr Schmierer und seine Umgebung vermutlich keinerlei Kenntnis von der Flückiger-Medaille und ihrer Bedeutung haben“ (PL 7). Bis 1943 war das Gründungskapital auf 27.000 Franken angestiegen. Gemäß Statut der Stiftung besorgte der Direktor des Pharmazeutischen Instituts der Universität Bern die Geschäftsführung und die Aufbewahrung des Archivs.²

3.4.10. Stiftung deutscher Apotheker

Mit der Flückiger-Stiftung hatte man die Leistung eines bedeutenden Lehrers der Pharmakognosie gewürdigt. So war es nur recht und billig, für den „Bismarck der Pharmazie“³ etwas Ähnliches zu tun. Im nachinflationären Jahr 1924 versuchte der DAV zwar, die ärgste Bedrängnis im Stand zu lindern, doch resümierte Salzmann anlässlich der 50. Hauptversammlung zu Görlitz: „Infolge der Entwertung des Vermögens und des dadurch bedingten Fortfalls der Zinseinnahmen mussten unsere Unterstützungskassen und Stiftungen ihre eigenen Leistungen einstellen. Den Bitten des Vorstandes um Spenden wurde von einem Teil der Mitglieder entsprochen, der Ertrag reicht aber bei der eigenen Notlage bei weitem nicht aus. Der Vorstand hat daher den Unterstützungskassen aus der Vereinskasse größere Zuschüsse als sonst leisten müssen, um auch nur die allerschlimmste Not lindern zu können. Ebenso müssen die Mittel für die Gewährung von Stipendien usw. aus der Vereinskasse genommen werden“⁴. Not zu lindern, war der rote Faden, der sich durch Salzmanns Leben zog. So lag der Gedanke nahe, zu seinem 50jährigen Berufsjubiläum eine sozial ausgerichtete Stiftung zu gründen. Die Idee kam aus den Reihen des Apothekervereins des Gaues Groß-Hamburg. Durch ein Werbeschreiben, das Ende Oktober 1924 allen Mitgliedern des DAV zugesandt wurde, informierten die Norddeutschen ihre Standeskollegen: „Sehr geehrter Herr Berufsgenosse! In wenigen Wochen, am 25. November dieses Jahres, wird der hochverdiente, verehrte langjährige Vorsitzende des Deutschen Apotheker-Vereins sein 50jähriges Berufsjubelfest feiern. Mit den Unterzeichneten wird die Gesamtheit der deutschen Apothekenbesitzer der Ansicht sein, daß dieser Tag Gelegenheit bietet, Herrn Dr. Salzmann durch die Tat zu beweisen, daß der deutsche Apothekerstand dankbar die unermüdliche und treue, erfolgreiche Arbeit anerkennt, die er in den langen Jahren an führender Stelle geleistet hat. Wie sollte nun dieser Beweis erbracht werden? Mit der Überreichung eines Geschenkes kann und darf das nicht allein geschehen. Wir sollten uns alle zusammenfinden und Mittel schaffen, die die Einrichtung einer Stiftung ermöglichen, die Salzmann's Name dauernd im deutschen Apothekerstand wachhält. Gedacht ist nicht an eine der bisher üblichen

¹ Vgl. hierzu LÜDY-TENGER (1961), 413–422.

² Das Institut wurde 1996 geschlossen, die Mitglieder des Ausschusses traten zurück. Das Kuratorium ist bisher nicht neu bestellt worden.

³ Zu dieser Bezeichnung vgl. FRIEDRICH (2000), 93.

⁴ AZ 39 (1924), 905.

Wohltätigkeitsstiftungen. Es soll ein Werk geschaffen werden, das in seiner Auswirkung dem ganzen Stande zum Segen und Nutzen sein wird, nämlich die Errichtung eines Erholungsheimes für deutsche Apotheker. Ein solches Heim soll besonders dem wirtschaftlich schwachen Teil unserer Kollegen und ihren Angehörigen, Apothekenpächtern und selbständigen Verwaltern, den schwerbedrängten Apothekerrentnern, Apothekenbesitzers-Witwen und Waisen eine Erholung und Entspannung in schöner Natur ermöglichen. An die allein arbeitenden Landapotheker ist hier besonders gedacht, deren gebundenes und oft kümmerliches Dasein dadurch erhellt und erfreut werden soll. Werden genügend Mittel zusammengebracht, so sollen diesen oft jahrelang ins Joch gespannten Berufsgenossen in besonderen Fällen durch die Stiftung außer der sehr billigen oder gar kostenlosen Aufnahme im Heim noch Gelder zur Bezahlung geeigneter Vertreter gewährt werden. Ein solches Heim müsste im Herzen Deutschlands gelegen sein, sodass es allen Kollegen zugänglich ist. Dies ist in großen Zügen der Plan. Wir treten an jeden Fachgenossen mit der Bitte heran, sich mit einer Gabe zu beteiligen und dadurch unserem geschätzten Vorsitzenden zu beweisen, daß wir alle einmütig seine Verdienste dankbar anerkennen und würdigen. Die Höhe der Gabe steht im Belieben des Einzelnen. Es wird aber erwartet, dass besser gestellte Kollegen grössere Beträge zeichnen. Ueber den Eingang der Zeichnungen bezw. Zahlungen wird später durch Veröffentlichungen in der Apotheker- und Pharmazeutischen Zeitung Bestätigung erfolgen. Wird eine Bestätigung ohne Namensnennung oder überhaupt nicht gewünscht, so muß dies auf der Postkarte zum Ausdruck gebracht werden. Die Einzahlung kann unter Benutzung beiliegender Postkarte, auf Postscheckkonto: Apotheker-Verein Hamburg Nr. 7719 geschehen, auch nach Belieben in mehreren Teilzahlungen. Für die Zeichnung wollen Sie sich freundlichst anliegender Postkarte bedienen, um deren sofortige Rücksendung dringend gebeten wird. Und nun frisch ans Werk! Wer rasch gibt, gibt doppelt. Zeit darf nicht versäumt werden, da die Wochen bis zum Feiertage rasch verstreichen“ (LB 3). Die unterzeichnenden Apothekenbesitzer gehörten nicht nur zu den Berufsgenossen des Gaues Groß-Hamburg, sondern kamen aus ganz Deutschland: so Theodor Andrae aus Flensburg, Carl Bedall aus München oder Ernst Urban aus Berlin, der trotz fachlicher und teilweise persönlicher Auseinandersetzungen bereits im Vorfeld auf den Jubilar eine Lobesrede in der Pharmazeutischen Zeitung veröffentlichte.¹

Der Hamburger Aufruf zeigt in beredter Weise, wie sehr der Vorstandsvorsitzende von seinen Kollegen geschätzt wurde und wie vertraut ihnen auch sein Charakter war. Salzmanns vornehmstes Ziel galt während seiner langen Amtszeit der Versorgung des Standes, vor allem der Sicherung einer Lebensgrundlage für finanziell Schlechtgestellte, besonders der Alten, Witwen und Waisen. Ein weiterer wichtiger Punkt war für ihn die Einigkeit unter den Apothekern und die gegenseitige Unterstützung. Zudem liebte Salzmann die Natur und lange Spaziergänge, wie aus seinen Tagebüchern bekannt, so dass das Konzept für diese Stiftung geradezu ideal der Person Salzmann entsprach.

Am 25. November 1924, dem eigentlichen Festtag, den abends ein Essen in den Räumen des Zoologischen Gartens in Berlin beschloss, überreichte eine Deputation der Hamburger Apotheker dem Jubilar den Grundstock für die Errichtung eines ‚Salzmann Erholungsheimes deutscher Apotheker‘. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut: „Hochverehrter Herr Dr. Salzmann! Der Tag, an welchem Sie vor 50 Jahren den Beruf als Apotheker begonnen haben, ist nicht nur für Sie von besonderer, festlicher Bedeutung, sondern in gleichem Maße für die Gesamtheit der deutschen Apotheker. Seit vielen Jahren ist Ihnen als Vorsitzender des Deutschen Apotheker-Vereins das Wohl des deutschen Apothekerstandes anvertraut. In nimmer rastender Arbeit, mit Einsatz aller Ihrer Kräfte und Ihrer bedeutenden geistigen Fähigkeiten haben Sie treu und klug für Ihre Standesgenossen gewirkt und mit sichtlichem Erfolg die Geschicke des Deutschen Apotheker-Vereins geleitet. Das soll an einem solchen

¹ Vgl. PZ 69 (1924), 1205–1207.

Tag, an dem Sie auf eine 50jährige Berufstätigkeit zurückblicken, dankbar und rückhaltlos anerkannt und ausgesprochen werden. Eine große Zahl Ihrer Berufsgenossen, Freunde und Mitarbeiter ist der Ansicht, daß die Anerkennung für das, was der Stand Ihnen schuldet und was die deutschen Apotheker heute bewegt, einen mehr als alltäglichen Ausdruck finden muß. Sie haben deshalb eine Sammlung angeregt zur Schaffung von Mitteln für eine Stiftung, die Ihren Namen tragen und dauernd im deutschen Apothekerstande, besonders aber im Deutschen Apotheker-Verein wach halten soll. Ein Heim soll geschaffen werden, welches den wirtschaftlich schwachen Berufsgenossen, Apothekerrentnern, -witwen und -waisen eine Erholung und Ausspannung in schöner Natur ermöglicht. Wir bitten Sie um Ihre Zustimmung zu diesem Plane und um seine Förderung. Geschieht das, so wird es dank der bereits aus allen Gauen Deutschlands eingegangenen und gezeichneten Spenden sowie der noch zu erwartenden in absehbarer Zeit möglich sein, das Salzmann-Erholungsheim deutscher Apotheker zu eröffnen. Möge also unser geplantes Liebeswerk Ihren Beifall und Ihre Billigung finden! Mit dieser Hoffnung verbinden wir unsere aufrichtigen und herzlichen Wünsche für Sie und unseren nochmaligen Dank für alles, was Sie für den Stand erarbeitet und erreicht haben!'¹

¹ AZ 39 (1924), 1447.

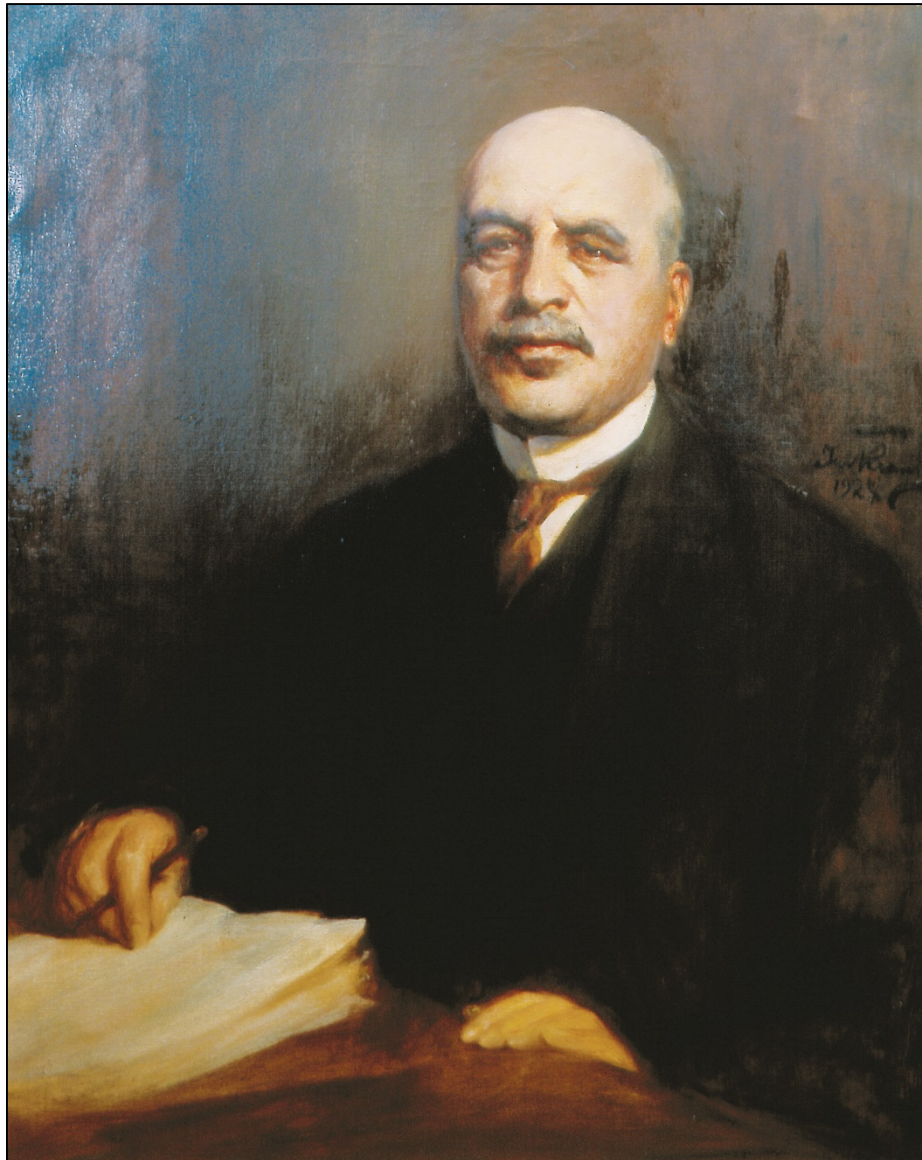


Abb. 36: Heinrich Salzmänn 1924

Ölgemälde von Julius Kraut (Deutsches Apotheken-Museum Heidelberg)

Salzmänn nahm die ihm gewidmete Ehrung an, obgleich ihm aufgrund seiner bescheidenen Art eine Nichtbeachtung seines Berufsjubiläums wohl lieber gewesen wäre; jedenfalls hatte er ausdrücklich darum gebeten, eine Büste von ihm nicht im Vereinshaus aufzustellen¹ und die Apotheker-Zeitung erst am Abend des 25. November an die breite Öffentlichkeit zu verteilen.² Die überschwänglichen Worte Georg Sparrers „Wir deutschen Apotheker ehren in Dr. Salzmänn uns selbst. Ein Stand, der solche Männer hervorbringt, sie dauernd sein eigen nennt, kann ruhig vor jeder vergleichenden Kritik bestehen. Dem Manne aber, der wie kein anderer der Unsere ist, jubeln unsere Herzen zu in unauslöschlicher Dankbarkeit und Verehrung“ ließ der Jubilar typischerweise unkommentiert. In seiner nachfolgenden Rede strich der Vereinsvorsitzende allerdings den Zweck der Stiftung heraus: „Nur eins möchte ich hier besonders anführen, das ist die hochherzige Gabe, die mir durch die Anregung der

¹ Vgl. PZ 69 (1924), 1205.

² Vgl. AZ 39 (1924), 1422.

Hamburger Kollegen zuteil geworden ist, nämlich die geplante Hilfe für erholungsbedürftige und wirtschaftlich schwache Apotheker. Ich spreche hierfür meinen ganz besonderen Dank aus.“¹ An diesem Tag ernannte ihn der Berliner Apotheker-Verein zum Ehrenmitglied.²

Die Sammlung brachte binnen kurzer Zeit einen Betrag von 50.000 Mark ein und war eine neue Gelegenheit für den DAV, sich im Interesse seiner mittellosen und bedrängten Mitglieder eng zusammenzuschließen. Die Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges und die Folgen der Geldentwertung machten eine derartige Unterstützung der Minderbegüterten besonders wichtig. Salzmann kümmerte sich nun auch im Rahmen seines Amtes als Vorstandsvorsitzender um die Etablierung der ihm verehrten Stiftung: „Am 26. November 1924 ist mir anlässlich meines fünfzigjährigen Berufsjubiläums das Ergebnis einer Sammlung übergeben worden, welche den Zweck hat, ein Heim zu schaffen, das wirtschaftlich schwachen Apothekern, deren Angehörigen und Hinterbliebenen eine Erholung und Ausspannung in schöner Natur ermöglichen soll. Das gesammelte Kapital beläuft sich heute auf 63.014,03 Reichsmark. Ich begründe mit diesem Antrage eine Stiftung mit juristischer Persönlichkeit, für welche nachfolgende Satzung gelten soll:

§ 1. Die Stiftung soll den Namen ‚Salzmann-Stiftung deutscher Apotheker‘ tragen.

§ 2. Zweck der Stiftung ist, aus den Erträgen wirtschaftlich schwachen Apothekern, deren Angehörigen und Hinterbliebenen eine Erholung und Ausspannung zu ermöglichen. Dieser Zweck soll erreicht werden durch Gründung eines eigenen Unternehmens oder durch Abkommen mit einem bestehenden Unternehmen oder durch Geldzuwendungen an einzelne Personen oder auf andere zweckentsprechende Weise. Das Nähere bestimmt der Vorstand der Stiftung.

§ 3. Der Sitz der Stiftung ist Berlin.

§ 4. Der Vorstand der Stiftung wird von 5 Mitgliedern des Deutschen Apotheker-Vereins gebildet. Das Amt des geschäftsführenden Vorsitzenden bekleidet Dr. Heinrich Salzmann auf Lebenszeit. Nach seinem Ableben wird der jeweilige Vorsitzende des Deutschen Apotheker-Vereins geschäftsführender Vorsitzender der Stiftung. Der Vorstand der Stiftung wählt aus seiner Mitte einen Stellvertreter des geschäftsführenden Vorsitzenden. Das Amt des Schatzmeisters bekleidet der jeweilige Schatzmeister des Deutschen Apotheker-Vereins. Im übrigen ergänzt sich der Vorstand im Falle des Ablebens oder Rücktritts eines Mitgliedes durch Zuwahl nach Anhörung des Vorstandes des Deutschen Apotheker-Vereins. Der erste Vorstand besteht aus den Apothekenbesitzern H. Brückner-Zittau, Sanitätsrat H. Reihlen-Stuttgart, Dr. P. Runge-Hamburg, Dr. H. Salzmann-Berlin-Wilmersdorf, Vorsitzender des Deutschen Apotheker-Vereins, Dr. W. Wartenberg-Berlin, Schatzmeister des D.A.V.

§ 5. Die Mitglieder des Vorstandes der Stiftung verwalten ihre Ämter unentgeltlich, erhalten jedoch ihre Barauslagen einschließlich der notwendigen Reisekosten und Tagegelder nach den jeweils bei dem Deutschen Apotheker-Verein üblichen Sätzen vergütet.

§ 6. Sitzungen des Vorstandes werden nach Bedarf abgehalten. Ihre Einberufung erfolgt durch den geschäftsführenden Vorsitzenden. Schriftliche Abstimmung ist zulässig.

§ 7. Zur Beschlussfassung des Vorstandes, auch über Satzungsänderung, ist die Zustimmung der Mehrheit seiner Mitglieder, zur Beschlussfassung über Aufhebung der Stiftung die Zustimmung sämtlicher Mitglieder erforderlich. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 8. Der geschäftsführende Vorsitzende leitet die Geschäfte der Stiftung nach den Beschlüssen des Vorstandes. Willenserklärungen des Vorstandes, durch welche die Stiftung vermögensrechtlich verpflichtet werden soll, sind schriftlich zu vollziehen; sie bedürfen außer der Unterschrift des Vorsitzenden oder dessen Stellvertreters der Unterschrift eines weiteren Vorstandsmitgliedes. Der Vorstand führt seine Legitimation durch Zeugnis des

¹ AZ 39 (1924), 1448.

² Vgl. ADLUNG (1932), 69.

Polizeipräsidenten von Berlin, welchem jedes Mal die Wahlverhandlungen mit den erforderlichen Unterlagen vorzulegen sind.

§ 9. Für die Geschäftsordnung gelten sinngemäß die jeweiligen Bestimmungen für die Verwaltung des Deutschen Apotheker-Vereins.

§ 10. Abänderungen der Stiftungs-Satzung sowie die Aufhebung der Stiftung bedürfen der Genehmigung der zuständigen Behörde.

§ 11. Bei Aufhebung der Stiftung fällt das Stiftungsvermögen dem Deutschen Apotheker-Verein bzw. dessen Rechtsnachfolger zu.

Berlin, 23. Februar 1925. Dr. H. Salzmann.“

Die behördliche Bewilligung erfolgte eineinhalb Jahre später: „Die von dem Apothekenbesitzer Dr. Heinrich Salzmann in Berlin errichtete ‚Salzmann-Stiftung deutscher Apotheker‘ wird auf Grund der Stiftungsurkunde und Satzung vom 23. Februar 1925 hiermit genehmigt. Berlin, den 24. September 1926 Das Preußische Staatsministerium. Der Preußische Justizminister. gez. am Zehnhoff. Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt. In Vertretung: gez. Dr. Klausener.“¹

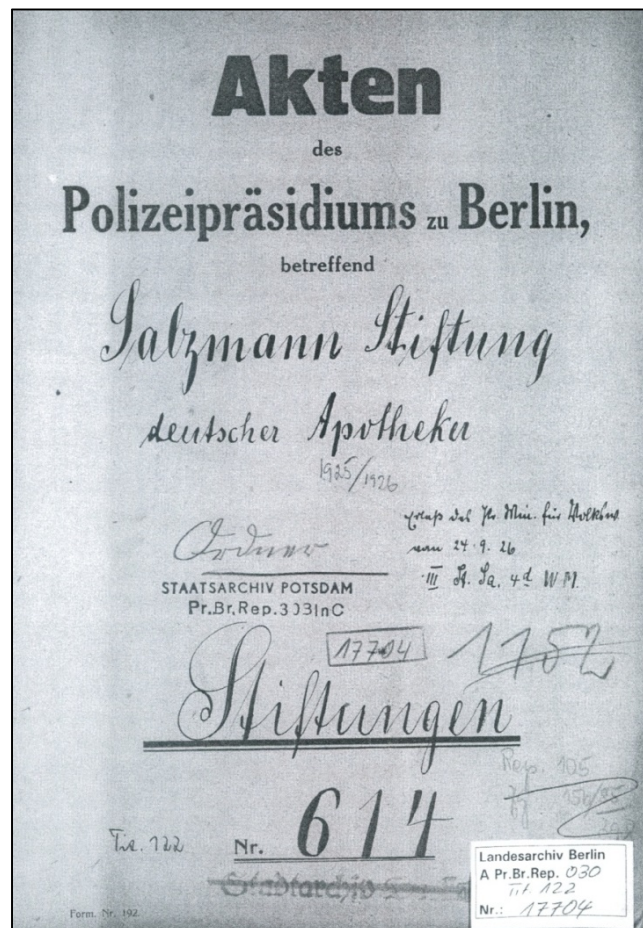


Abb. 37: Salzmann-Stiftung deutscher Apotheker 1925/1926

Es galt nun, Größe und Standort des Gebäudes festzulegen und einen Plan zu entwickeln, wie die laufenden Finanzbelastungen auszugleichen waren. Für den Erwerb veranschlagte man zunächst 100.000 Mark und erwog zur Deckung der Erhaltungsgelder die Gründung einer speziellen Gesellschaft sowie regelmäßige Sammlungen und Zeichnungen seitens der Gau-,

¹ AZ 44 (1929), 877 f.

Kreis- bzw. Ortsvorsitzenden bei den Zusammenkünften der Apotheker-Vereine. Als Lage für das Erholungsheim kam die Mitte Deutschlands in Betracht; so wurden Thüringen und der Harz diskutiert. Unter allen Umständen sollte ein Ort an einer Eisenbahnlinie gewählt werden, der gleich gut von jeder Himmelsrichtungen aus zu erreichen war und Wintersportmöglichkeiten als Voraussetzung für eine ganzjährige Nutzung des Anwesens bot.¹ Andere Stimmen gaben die wirtschaftlichen Nachteile eines fest etablierten Hauses zu bedenken und schlugen vor, die gesammelte Geldsumme anzulegen und nur die daraus resultierenden Zinserträge – bei den avisierten 100.000 Mark Kapital waren das 10.000 Mark – für die Erholung bedürftiger Kollegen zu verwenden; dadurch könnten Reisekosten und erhöhter Zeitaufwand begrenzt und zugleich das Entgelt für eine approbierte Vertretung um den An- und den Abreisetag vermindert werden.² Hingegen war eine Immobilie inflationssicherer und im Jahr 1924 günstig zu erwerben. Die Freude der Apotheker an Eigentum wurde auch erwähnt, zumal man seit dem Verkauf des Berliner Vereinshauses an die Hageda ein eigenes Grundstück entbehrte und ein neuer Besitz neben seinem ursprünglichen Zweck auch für Zusammenkünfte und Besprechungen genutzt werden könnte.³ Da das Heim ansonsten nur für bedürftige Fachgenossen geschaffen werden und die Aufnahme durchweg gratis oder gegen sehr mäßige Sätze erfolgen sollte, war mit nennenswerten Einnahmen nicht zu rechnen; der benötigte Fond zur Bereitstellung der Betriebsmittel bewegte sich daher in der Größenordnung von 300.000 bis 400.000 Mark – einer Summe, deren Sammlung voraussichtlich Jahrzehnte in Anspruch nehmen und Salzmann die Entstehung des Hauses vermutlich somit nicht erleben würde. Änderte man jedoch die Stiftungssatzung dahingehend, Armen durch geldliche Zuwendungen einen nach freier Wahl zu verbringenden Erholungsurlaub zu ermöglichen, so erledigten sich alle kontroversen Überlegungen.⁴

In den Ausgaben der Apotheker-Zeitung im Frühjahr 1925 wurde auf den Titelseiten wiederholt zu weiteren Spenden für die ‚Salzmann-Stiftung deutscher Apotheker‘ aufgerufen: „Kollegen! Wenn Ihr selbst für einige Zeit die Last der Arbeit ablegt, um neue Kräfte für ihre Wiederaufnahme zu sammeln, denkt dann an die Berufsgenossen und deren Angehörige, denen es ihre wirtschaftliche Lage nicht gestattet, das gleiche zu tun, obwohl ihre geschwächte Gesundheit ein Ausspannen dringend erfordert. Gedenkt ihrer bei freudigen Ereignissen, wenn das Herz Euch treibt, auch andere an Eurer Freude teilnehmen zu lassen, bei festlichen Gelegenheiten, bei kollegialen Zusammenkünften in frohem Kreise und schließlich, wenn möglich, auch dann, wenn Ihr in Eurem letzten Willen Bedürftigen Zuwendungen machen wollt. Die Zeiten sind für uns alle schwer, noch viel schwerer aber für diejenigen, welchen versagt ist, sie aus eigener Kraft zu überwinden. Die Dankbarkeit derer, die einst im Salzmann-Heim in schöner Natur Erholung finden, wird es Euch reichlich lohnen!“⁵ Für den Vorstand des DAV unterzeichneten Salzmann, Sparrer, Wartenberg, Büsch, König, Schwarz und Zickner, für den Vorstand der ‚Salzmann-Stiftung deutscher Apotheker‘ Salzmann, Reihlen, Wartenberg, H. Brückner und Runge.

Am 3. April 1925 legte Salzmann dem Polizeipräsidium Berlin-Schöneberg zwei Ausfertigungen der Stiftungsurkunde mit der Bitte um Genehmigung vor (LB 4). Diesem Anliegen wurde jedoch von behördlicher Seite nicht entsprochen, weil „die Frage nicht geklärt ist, ob eine selbständige oder unselbständige Stiftung beabsichtigt ist [...] und der Wortlaut des § 5 verfehlt ist und zu unklar“. Zwecks Änderung wurde Salzmann am 2. Mai 1925 „vorgeladen“ und die „Begründung einer selbständigen Stiftung oder Zuwendung an den

¹ Vgl. RUNGE (1924), 1498.

² Vgl. AZ 39 (1924), 1544.

³ Vgl. RUNGE (1924), 1608.

⁴ Vgl. AZ 40(1925), 36 f.

⁵ AZ 40 (1925), 342, 382, 448.

Verein mit der Auflage, eine unselbständige Stiftung zu begründen, eingehend besprochen, insbesondere auch wegen der Mängel der Satzung. Es wird eine neue Eingabe folgen“ (LB 8). Mit Schreiben vom 3. Juli 1925 wurde der Vorsitzende abermals aufgefordert, die Art der Stiftung festzulegen – ein Wunsch, dem Salzmann drei Tage später entsprach: „Nach Fühlungnahme mit dem Herrn Sachbearbeiter bitte ich meinem Antrage vom 3. April auf Genehmigung der Satzung der ‚Salzmann-Stiftung Deutscher Apotheker‘ die Anlage durch die Anlage dieses Schreibens ersetzen und die Satzung in dieser Form genehmigen zu wollen“ (LB 9). Aber auch dieses Mal war die Verwaltung mit dem Manuskript nicht einverstanden und gab es am 14. August wieder an Salzmann zurück. Man verweigerte die Zustimmung zur Formulierung im § 4 „Wahl des Vorstandes“ und forderte eine namentlichen Festlegung der einzelnen Personen sowie eine präzise Angabe der aufsichtführenden Behörde und schlug hierfür das Polizeipräsidium Berlin vor (LB 10).

Unterdessen hatte sich das Polizeipräsidium an die Handelsüberwachungsstelle mit den Fragen gewandt: „festzustellen, in welchem Umfange und in welcher Weise die Sammlung, durch die der Betrag von 63 961,03 M zusammengekommen ist, veranstaltet worden ist. Für den Fall, daß es sich um eine öffentliche Sammlung handeln sollte, festzustellen, welche Stelle die Genehmigung dazu erteilt hat oder ob evtl. unerlaubt gesammelt worden ist“ (LB 6). Die Handelsüberwachungsstelle räumte diese Bedenken durch Überlassung der Zeichnungslisten der Spender und des Aufrufs in den Ausgaben der entsprechenden Apotheker-Zeitung aus (LB 7). Auch kümmerte sich dieses Amt auf Geheiß der ihm übergeordneten Behörde um die persönliche finanzielle Lage Salzmanns: „Der Korps-Stabsapotheker a.D. Heinrich Salzmann, 10.1.59 in Münster geboren, kathol., verheiratet, und Familienvater in Berlin-Wilmersdorf, Westfälischestraße 16 im eigenen Haus wohnhaft, lebt in guten Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Durch die Errichtung der Stiftung kommt eine Verletzung der Pflicht gegen hilfsbedürftige Angehörige nicht in Frage. Bedenken im Sinne der K.O. vom 1.2.34 und der Erlasse vom 10.11.07 und 19.8.13 liegen nicht vor“ (LB 5).

Zwischen dem Ministerium für Volkswohlfahrt, der Behörde des Polizeipräsidenten zu Berlin und Salzmann kam es vom 16. Oktober 1925 bis zum Sommer des Folgejahres zu einem zwölf Briefe umfassenden Schriftverkehr, in dem weitere Abänderungen des Satzungstextes verlangt wurden. Auch unerledigte Formalismen wie Rückgabe zu berichtigender Schriftstücke zogen das Verfahren in die Länge: „Die Erledigung meines Ersuchens vom 7. 6. d. Js. – Tgb Nr. 21 I. 7 .26 – betreffend die Abänderung des Satzungsentwurfes der ‚Salzmann-Stiftung Deutscher Apotheker‘ bringe ich hiermit ergebenst in Erinnerung“ (LB 11). Anfang August 1926 forderte der Polizeipräsident Salzmann auf, den nun genehmigungswürdigen Text noch zu signieren: „Der beigefügte abgeänderte Satzungsentwurf entspricht dem Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt vom 31. 5. 26; jedoch ist dieser Satzungsentwurf unterschriftlich nicht vollzogen. Die alte Satzung ist trotz der Erinnerung nicht zurückgegeben worden“ (LB 12). Am 22. August 1926 bestätigte der Polizeipräsident dem Minister für Volkswohlfahrt den Geldtransfer: „Der Deutsche Apotheker-Verein, der durch R.O. vom 21.7.1896 Korporationsrechte besitzt, hat zur Feier des 50jährigen Berufsjubiläums seines langjährigen Vorsitzenden, Korps-Stabsapotheker a.D. und Apothekenbesitzer Dr. Heinrich Salzmann als Ergebnis einer ihm zu Ehren veranstalteten Geldsammlung die Summe von 63.014,13 Reichsmark überreicht. Die Genehmigung der Stiftung erfolgte am 24. September 1926 durch den preußischen Justizminister am Zehnhoff und den preußischen Minister für Volkswohlfahrt Klausener“ (LB 13).

Zwischenzeitlich war die Sammlung fortgesetzt worden, da die bis dahin aufgelaufene Summe noch keinen Ankauf eines geeigneten Hauses erlaubte.¹ 1926 stellte der Gau Mitteldeutschland in Düsseldorf folgenden Antrag: „Die Hauptversammlung ermächtigt den

¹ Vgl. AZ 240 (1925), 908.

Vorstand, um möglichst bald den Grundstock der Salzmann-Stiftung zu erhöhen und gegebenenfalls ein Genesungsheim zu schaffen und in Betrieb zu halten, bis auf 1/10 der Vereinsbeiträge auf das Konto der Salzmann-Stiftung abzuführen“.¹ 1929 schließlich änderte man den Zweck dahingehend „daß die Salzmann-Stiftung nicht mehr als Ziel betrachtet, ein eigenes Heim zu schaffen, da die hierfür aufzubringenden und zur Unterhaltung notwendigen Mittel in absehbarer Zeit nicht zusammengebracht werden können“²; man beschloss stattdessen, dem Verein ‚Ferienheime für Handel und Industrie, Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime‘ beizutreten und die urlaubsbedürftigen Kollegen in eines dieser 36 über das ganze Reich verteilten Häuser für drei Wochen in der Vor- oder Nachsaison zu schicken, wobei den Apothekern die Wahl des Aufenthaltsortes freigestellt wurde. In mehreren Fällen baten die Pharmazeuten um finanzielle Unterstützung, die sie in Höhe von 100 bis 250 Mark erhielten und die ihnen mehr als Reisen nützte.³ 1930 belief sich das Vermögen der Salzmann-Stiftung auf 202.000 RM. Man bedachte insgesamt 46 Personen, von denen 28 in eines der Ferienheime geschickt wurden und 18 Beihilfen für eine Erholungsfahrt bezogen.⁴ Im Jahr darauf konnten 24 Apotheker Urlaub machen und 37 eine Geldzuwendung entgegennehmen.⁵

1931 gruppierte man die übrigen Stiftungen des DAV neu, denn: „Durch die Inflation haben sämtliche vor dem Weltkriege errichteten Stiftungen des Deutschen Apotheker-Vereins fast ihr gesamtes Vermögen eingebüßt. Wir haben sie daher in unserer Eigenschaft als ihr Vorstand zu drei Stiftungen je nach ihrem ursprünglichen Zwecke zusammengefasst, aus ihnen eine ‚Unterstützungsstiftung des Deutschen Apotheker-Vereins‘, eine ‚Stipendienstiftung des Deutschen Apotheker-Vereins‘ und eine ‚Preisstiftung des Deutschen Apotheker-Vereins‘ gebildet und für diese neuen Stiftungen die nachstehenden Satzungen beschlossen. Berlin, den 21. August 1930. Vorstand des Deutschen Apotheker-Vereins. Salzmann, Vorsitzender.“⁶

In der ‚Unterstützungsstiftung‘ fanden sich die Alves-, die Apotheker Karl Braun-, die Bucholz-Gehlen-Trommsdorff-, die Dr. Martin Fränkel-, die August-Garcke-, die Gehe-, die Dr. Laboschin-, die Dr. Gustav Mankiewicz-, die J.D. Riedel-, die Täschner-, die Richard Trommsdorff-, die Wenderoth- und die Geheimrat Dr. Ewald Wolff-Stiftung wieder. Sie besaß ein Vermögen von rund 45.000 RM; ihre Einkünfte flossen in die Unterstützungskasse des Vereins.– Die ‚Stipendienstiftung‘ war mit einem Vermögen von rund 2.500 Reichsmark aus der Bergter-, der Carl Jehn-, der Dr. C. Lampe-, der Phoebus-, der Johann Albert-Schmidt- und der Pharmazeut Otto Wilhelm-Stiftung gebildet worden; ihre Einkünfte kamen der Stipendienkasse zugute. Die ‚Preisstiftung‘ schuf man durch Zusammenlegung der Dr. Christian Brunnengraeber-, der Hagen-Bucholz-, der Meurer- und der Weber-Stiftung. Sie sollte Preise für wissenschaftliche Arbeiten von Pharmazeuten vergeben; ihr Vermögen betrug rund 1.100 RM.

Nachdem diese Zusammenlegung erfolgt war, legte der Vorstand eine gemeinsame Verwaltung fest. Daneben beaufsichtigte Salzmann ab 1931 die ‚Friedrich Hugo John-Stiftung‘, die rund 8.700,00 RM besaß und die Zinsen der Unterstützungskasse des Vereins überwies, sowie die ‚Dr. Friedrich Lüdde-Stiftung‘, die würdigen und bedürftigen Söhnen von Apothekenbesitzern aus den Zinsen ihres rund 75.000 RM betragenden Kapitals Studienstipendien gewährte.⁷ 1932 schließlich wurde die Bucholz-Gehlen-Trommsdorff-

¹ AZ 41 (1926), 1015.

² AZ 44 (1929), 134.

³ Vgl. AZ 41 (1926), 819.

⁴ Vgl. AZ 46 (1931), 1073.

⁵ Vgl. AZ 47 (1932), 968.

⁶ AZ 45 (1930), 1083.

⁷ Vgl. AZ 21 (1906), 634.

Stiftung auf Anordnung des Berliner Polizeipräsidiums mit nachfolgender Einwilligung des Vorstands wegen ihres immensen Restkapitals von 29.854,44 RM aus der Unterstützungsstiftung wieder herausgenommen und als selbstständige Institution weitergeführt.¹ Ende 1935 besaß sie 32.280,89 RM, die sich aus sieben Hypotheken zum Nennwert von 21.743,89 RM, Wertpapieren im Kurswert von 10.424,50 RM und einem Barbestand von 112,50 RM zusammensetzten; ihre Zinserträge flossen der Unterstützungskasse des DAV zu.²

Die Salzmann-Stiftung wurde 1937 von den Braunen in ‚Treudank-Stiftung‘ umbenannt. Mit diesem Namenswechsel beabsichtigte die NSDAP, das Andenken an Salzmann in Vergessenheit geraten zu lassen, was vorerst auch gelang, zumal nach dem Zusammenbruch die vorhandenen Gelder verlorengingen. Anlässlich seines 90. Geburtstags am 10. Januar 1949 riefen jedoch die Präsidenten der Apothekerkammern in den amerikanischen, englischen und französischen Besatzungszonen Deutschlands und der Apotheker-Verein in den westlichen Sektoren Berlins sowie das Kuratorium der ‚Salzmann-Stiftung Deutscher Apotheker‘ auf der ersten größeren Versammlung von Apothekern Westdeutschlands nach 1945 in Hamm dazu auf, erneut für die nach dem Jubilar benannte Stiftung zu spenden.³ Kuratoriumsmitglieder waren Stephan Dewald, Anton Lauer, Maximilian Lesmüller, Dr. Hans Meyer, Georg Otto, Dr. Paul Runge, Michael Gerhard Tofahrn und Dr. h.c. Bernhard Salzmann (FE 6). Am 1. September 1949 erhielt die Stiftung eine neue Satzung und wurde durch vereinzelt eingehende Spenden sowie durch der ABDA zugeflossene Finanzen in die Lage versetzt, zahlreichen Witwen und Waisen von Apothekern helfen zu können (FE 3). Die Antragsteller stammten vornehmlich aus der damaligen Ostzone bzw. DDR, deren Bittbriefe oftmals von einer unglaublichen Not und Verzweiflung zeugen und zumeist von Meyer mit großer Güte und Freundlichkeit beantwortet wurden. Wegen der schwierigen politischen Situation im geteilten Nachkriegsdeutschland glückte die Zustellung dieser Zahlungen nur über Deckadressen oder persönliche Übergabe mittels Dritter. Auch Salzmanns Witwe Bertha bat für eine Betroffene um Hilfe. Die Bedrängnis war so groß, dass Runge sich entschloss, der Stiftung testamentarisch 1000.00 DM zu vermachen. Die ABDA, namentlich Christian Wehle und Johannes Pieck, unterstützten bis 1989 unter der Tarnung ‚Kuratorium der Salzmann-Stiftung Deutscher Apotheker‘ Kollegen-Witwen aus der DDR, um nicht als westdeutsche Standesorganisation in Erscheinung treten zu müssen. Die Salzmann-Stiftung ist dann kapitallos ‚eingeschlafen‘, also bis heute nicht formal aufgelöst worden (FE 7).

3.4.11. Mitarbeit an den Arzneibüchern und im Landesgesundheitsrat

Salzmann bemühte sich nicht nur um die Entstehung eines homöopathischen Arzneibuchs, sondern auch um eine zeitgerechte Fassung des jeweils offiziellen Deutschen Arzneibuchs (DAB), das als ‚Pharmacopoea Germanica‘ reichseinheitlich erstmals 1872 erschienen war. 1900 wurde die vierte, 1910 die fünfte und 1926 die sechste Ausgabe publiziert, so dass während der Salzmann-Ära drei verschiedene Deutsche Arzneibücher amtliche Gültigkeit besaßen. Der Vorstandsvorsitzende war in die Vorarbeiten zum DAB 5 auch miteinbezogen; im Januar 1906 bedankte er sich nämlich mit einem handgeschriebenen Brief bei dem

¹ Vgl. AZ 47 (1932), 968.

² Vgl. AZ 51 (1936), 1495–1498.

³ Vgl. PZ 94 (1949), 137.

Berliner Pharmakologen Louis Lewin¹, dessen Forschungsergebnisse bezüglich ‚Tannalbin‘ ihn hoffen ließen, dieses Arzneimittel auch in das DAB 5 aufnehmen zu können (SB 3). 1906 erschien die dritte bearbeitete Ausgabe des Ergänzungsbuchs zum DAB 4 und 1912 ein Nachtrag. Laut Salzmann lieferte der enorme „Absatz den Beweis, daß das Werk einem wirklichen Bedürfnis entgegenkommt“², womit die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung des Arzneibuchs auf der Hand lag. Am 15. Juli 1906 gab der Präsident des Kaiserlichen Gesundheitsamtes, Franz Bumm, bekannt, dass mit den Vorarbeiten zu einer neuen Ausgabe begonnen werden solle, und forderte Ärzte, Tierärzte und Apotheker zur Mitarbeit auf³; das Echo war sehr beachtlich.⁴ Weil sich damit für die Apotheker höhere Anforderungen verbanden, bestand Salzmann einmal mehr auf der Maturität für zukünftige Pharmazeuten. Nachdem das DAB 5 am 1. Januar 1911 in Kraft getreten war⁵, fand Ende 1915 bereits eine Vorbesprechung für das DAB 6 im Reichsgesundheitsamt statt. Erneut forderte Bumm die Heilberufler und dieses Mal auch die Vertreter der chemisch-pharmazeutischen Industrie sowie die Arzneimittelgroßhändler auf, ihre Wünsche zum neuen DAB vorzulegen (GSTA PK 33). Da es sich um ein deutschsprachiges Arzneibuch handelte, versuchte man, ausländische Begriffe zu vermeiden, so dass Kuriositäten wie die Bezeichnung ‚Erdfett‘ anstatt Vaseline und für Cold cream ‚kalter Rahm‘ Befürworter fanden.⁶ Alle Vorschläge wurden bis 1921 im Unterausschuss für das Arzneibuch des Reichsgesundheitsamts diskutiert. Die bisherigen Ausgaben waren in regelmäßigen Abständen von etwa zehn Jahren erschienen. Wegen der finanziellen Lage mussten die weiteren Arbeiten zur 6. Edition indessen bis 1924 ruhen und konnten erst nach zwölf mehrtägigen Sitzungen des genannten Ausschusses am 19. März 1926 beendet werden.⁷ Auf Beschluss des Reichsrats vom 1. Juli 1926 trat das DAB 6 dann am 1. Januar 1927 in Kraft.⁸ An den Vorarbeiten war neben Mitgliedern des Gesundheitsrats auch ein Teil des DAV-Vorstands mit Salzmann an der Spitze beteiligt gewesen. Das Arzneibuch stellte an die wissenschaftliche Tätigkeit des Apothekers nochmals gestiegene Anforderungen. Es brachte für die nun 727 Arzneimittel und -zubereitungen zahlreiche neue Prüfungsvorschriften, deren sorgfältige Ausführung durch den Apotheker nicht unerhebliche Opfer an Zeit und Geld erforderte, für die – wie auch für die Neuanschaffung von Geräten – die Arzneitaxe keinen monetären Ausgleich bot. In der Apotheker-Zeitung erläuterten Sachverständige die Neuerungen des DAB 6, die den Kollegen ebenso Hilfestellung leisten sollten wie das 1926 erschienene ‚Defektur-Taschenbuch zum Arzneibuch für das Deutsche Reich‘ und die von den Gauen und der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft angebotenen Einführungskurse.⁹

Salzmanns Zusammenarbeit mit Lewin erschöpfte sich im Übrigen nicht in der jeweiligen Kooperation bei der wissenschaftlichen Gestaltung des DAB 5 und der Drucklegung der ‚Formulae magistrales Germanicae‘, sondern setzte sich in der gemeinsamen Arbeit im Landesgesundheitsrat für Preußen fort, der seine Funktion erstmals am 1. Juli 1921 aufnahm. Der Landesgesundheitsrat mit seinen insgesamt 117 Delegierten sollte Fragen der Volksgesundheit behandeln, wie es der Beschluss des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt vom 30. April 1921 festgelegt hatte (GSTA PK 33). Um Sitze in diesem Gremium bewarben sich die Ärztekammern für die Provinzen Preußens, namentlich

¹ Die diesbezügliche Korrespondenz zwischen Salzmann und Lewin befindet sich in der Staatsbibliothek Berlin (PR.ST.-BIBL. 31.21 acc. DARMST.).

² AZ 21 (1906), 635.

³ Vgl. AZ 22 (1907), 710.

⁴ Vgl. AZ 22 (1907), 1037, 1051, 1062.

⁵ Vgl. AZ 25 (1910), 889.

⁶ Vgl. AZ 33 (1918), 5, 93 f.

⁷ Vgl. AZ 41 (1926), 958–963.

⁸ Vgl. FRIEDRICH / MÜLLER-JAHNCKE (2005), 580 f.

⁹ Vgl. AZ 42 (1927), 1179.

Brandenburg und den Stadtkreis Berlin, Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau und die Rheinprovinz. Des weiteren stellten Aufnahmeanträge der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen, der Verband der Heilkundigen Deutschlands, der Verband der pharmazeutischen Fabriken, der Verband der Preußischen Landkreise, der Verband Deutscher Landes-Versicherungsanstalten, der Verband Deutscher Hausfrauenvereine, der Preußische Städtetag, der Verband der Dentisten-Vereine Groß-Berlins und die preußischen Dentisten, der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, der Verband der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die Städtische Schulzahnklinik Düsseldorf, der Verband der Preußischen Landkreise, der Apotheker-Verein des Besetzten Westens, die Landesanstalt für Wasserhygiene und der Verband Deutscher Apotheker (angestellter Apotheker) des Besetzten Westens (GSTA PK 93, 94, 95, 96, 13, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107). Neben weiteren 116 Delegierten wurde Salzmann jedenfalls per Beschluss vom 16. September 1921 zum Mitglied des Landesgesundheitsrates und als Sachverständiger in den Ausschuss ‚d‘ (Arzneiversorgung) berufen. Zu den Gremiumsmitgliedern gehörten auch seine Weggefährten Carl Mannich und Hermann Thoms, mit denen die Salzmann-Familie ein freundschaftliches Verhältnis pflegte; ferner Fritz Lenz, einer der führenden Rassenhygieniker in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. Im Zuge der NS-Machtergreifung mit ihren Neubesetzungen der staatlichen Organisationen wurde auch der Gesundheitsrat aufgelöst.

3.4.12. Ende seiner DAV-Tätigkeit

1932 konnten der DAV auf sein 60jähriges Bestehen und Salzmann auf 30 Jahre als dessen Vorsitzender zurückblicken. Dieses Jubiläum, das Salzmann neben öffentlichen Belobigungen aus berufenem Munde – u. a. vom Präsidenten des Reichsgesundheitsamts Carl Hamel – auch die Silberne Staatsmedaille für Volksgesundheit eintrug, war für ihn die letzte Standesfeier, bei der ihm all, ob angestellter oder selbstständiger Apotheker, uneingeschränkte Verehrung bekundeten.¹ So schrieb das Zentralblatt für Pharmazie: „In dunkeln Tagen, die auch die deutsche Apotheke tief überschatten, hat das Wesen eines an hervorragender Stelle stehenden Mannes wie Salzmann für die von ihm Geführten etwas Beruhigendes, Vertrauenerweckendes, Stärkendes. Sein Einfluß erstreckte sich in diesem Sinne sicher auch auf die pharmazeutischen Angestellten. Wenn diese, man darf wohl sagen ohne Ausnahme, ihm Vertrauen entgegenbrachten, so in erster Linie deshalb, weil sie die unverrückbare Überzeugung hatten, daß dem abgeklärten Wesen dieses Mannes strengste Gerechtigkeit naturverbunden sei – daß es getragen sei von dem festen Willen, dem ganzen Stand zu dienen“².

Der Vorsitzende selbst hielt dieses Ereignis allerdings nicht für einen Grund zum Feiern, denn „das Jahr 1931 und der bisherige Teil des Jahres 1932 sind für den deutschen Apothekerstand wohl seit der Inflation die Zeit schwerster wirtschaftlicher Kämpfe und wirtschaftlicher Erschütterungen gewesen, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist“³. Für den DAV waren die Wochen seit der Würzburger Hauptversammlung 1931 in der Tat von angespanntester Arbeit um die Erhaltung der finanziellen Grundlagen der deutschen Apotheke geprägt. Die allgemeine Wirtschaftskrise, die sämtliche Berufszweige erfasste und überall Schrumpfung

¹ Vgl. AZ 47 (1932), 998, 1038.

² ZP 34 (1932), 277.

³ Vgl. AZ 47 (1932), 964.

der Umsätze und in noch größerem Maß der Erträge zur Folge hatte, konnte nämlich auch an den Apotheken nicht vorübergehen; die Auswirkungen der Wirren allein hätten schon genügt, um eine große Anzahl von Betrieben in ihrer Existenz zu erschüttern. Obendrein hatte man ihnen die Rendite bei den Spezialitäten verringert, die Rezeptuzahlungen der ohnedies notleidenden Versicherten erhöht, den Ärzten billige Therapien vorgeschrieben und eine Ausweitung der Medikamentenabgabe durch Drogisten in Aussicht gestellt.¹ Diese gewaltsamen Eingriffe in die Regelung der Versorgung mit pharmazeutischen Produkten und in die Festsetzung der Preise trafen die Apotheken derart, dass der eintretende Geschäftsrückgang zu einer Verelendung des Apothekerstandes führen musste. Durch „immer dringlicher werdende Notschreie an den Vorstand“² angetrieben, wandte sich Salzmann am 9. Juli 1932 mit folgendem Telegramm an den damaligen Reichsinnenminister Hermann Göring: „In Detmold versammelter Vorstand des Deutschen Apotheker-Vereins bittet um durchgreifende Maßnahmen zur Behebung der katastrophalen Wirtschaftslage des Apothekerstandes. Rücksichtslose Drosselung des Arzneikonsums in der Krankenversicherung durch Arzneikostenbeteiligung, Regelbetrag und übertrieben sparsame Verordnungsweise, Kürzung des Nutzens an den Arzneyspezialitäten, ungesetzlicher Arzneimittelhandel, Hausierhandel mit Schwindelmitteln, Ärztemusterunwesen bringen Apotheken zum Erliegen und gefährden Arzneiversorgung der Bevölkerung“³.

In einer am 21. Juli 1932 eingereichten Denkschrift an die Reichs- und Länderbehörden führte der Vorstandsvorsitzende nochmals die bedrohliche Lage der deutschen Apotheken vor Augen und wies mit aller Deutlichkeit auf die entstehenden Gefahren hin, sofern nicht schleunigst Gegenmaßnahmen getroffen würden, für die er zugleich eine Reihe ohne Schwierigkeiten umsetzbarer Vorschläge machte; zudem beschwor Salzmann anlässlich der 58. Hauptversammlung in Swinemünde die Apotheker, in dieser bedrängten Situation Einigkeit zu zeigen: „Es ist nicht gut für den Stand, wenn in diesen Zeiten wieder neue Gruppen und Grüppchen entstehen, die wirklicher Sachkenntnisse bar und ohne Überblick über die Machtverhältnisse die Kollegen mit inhaltlosen Phrasen und leeren Versprechungen vor ihren Wagen zu spannen versuchen, dabei aber gleichzeitig mit Verdächtigungen und Anwürfen gegen Männer arbeiten, die ihre Lebensarbeit dem Stande gewidmet haben. Parteipolitik gehört nicht in den Apothekerstand. Es mag jeder seine politische Überzeugung haben und bei seiner Partei für die Interessen des Standes wirken. Dann fördert er sein und seiner Kollegen Wohl. Apothekerverbände auf parteipolitischer Grundlage aber schaden dem Gesamtstande, mögen sie auch vielleicht einigen Beteiligten augenblickliche Vorteile bringen. Deshalb handele jeder im politischen Leben nach seiner Überzeugung, im Berufsleben sei er Apotheker und kämpfe innerhalb seiner Organisation, im Deutschen Apotheker-Verein, für seine Ansichten! Wenn der deutsche Apothekerstand sich seine Ueberzeugung, daß nur eine einheitliche, festgefügte Organisation, wie sie der Deutsche Apotheker-Verein darstellt, ihn über die Notzeiten hinwegbringen kann, erschüttern lässt, dann schadet er sich selbst zur Freude seiner Gegner am meisten“⁴.

Salzmanns Appell sollte indes verhallen. Am 9. und 10. Februar 1933 hielt der DAV-Vorstand in seinem Berliner Vereinshaus eine Lagebesprechung ab, in der man beschloss, für den 3. bis 8. September nach Aachen eine Hauptversammlung einzuberufen, und zwar in der Hoffnung, dass sich bis dahin die Situation etwas geklärt habe. Gleichzeitig fanden Verhandlungen mit den Spitzenverbänden der Krankenkassen über die vom DAV zum 31. März gekündigten Richtlinien für Lieferverträge statt. Diese Debatten wurden nach mehrstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen, weil sich ein Kompromiss nicht erzielen ließ; einziges positives Ergebnis war, dass die am 15. Februar 1933 herausgegebene Arzneitaxe

¹ Vgl. PZ 78 (1932), 269.

² AZ 47 (1932), 964.

³ AZ 47 (1932), 964.

⁴ AZ 47 (1932), 964.

eine geringe Erhöhung des Spezialitätenzuschlags und eine Zeitverschiebung für die Erhebung der Nachttaxe brachte, was besonders alleinarbeitende Apotheker erfreute. Aufgrund der mangelnden Erträge waren viele Apotheker gezwungen, ihre Angestellten zu entlassen, so dass arbeitslose Approbierte den Markt überschwemmten. Der Vorsitzende trat daher mit dem dringenden Appell an die Vereinsmitglieder heran, auf die Einstellung von Praktikanten und die Beschäftigung von Helferinnen nach Möglichkeit zugunsten der arbeitslosen Kollegen zu verzichten.¹ Die prekäre Situation forderte von Salzmann maßlose Anstrengungen: So beriet am 7. März eine kleine Kommission Vorschläge zur Änderung des Tarifvertrags und der Zuschusskassen; am 8. und 10. März fanden erneut Sitzungen des DAV statt und dazwischen am 9. März versammelten sich die Mitglieder des Wirtschaftsrats im Vereinshaus Deutscher Apotheker. Dabei traten beleidigende Angriffe auf den Vorstand des DAV und seinen langjährig bewährten Leiter zutage; alte Freunde und Mitarbeiter begannen, sich von Salzmann abzuwenden und zu Vorwürfen gegen seine Geschäftsführung hinreißen zu lassen.² Dessen ungeachtet wurde bei all diesen Zusammenkünften festgestellt, dass der DAV als politisch neutraler Berufsverband seine vornehmste Aufgabe seit jeher in der Vertretung der Belange des deutschen Apothekerstandes gesehen habe und weiterhin sehen werde und deshalb – zumal seine Mitglieder stets von patriotischer Gesinnung erfüllt waren – auch der nationalsozialistischen Regierung die Wünsche und Forderungen des Standes vortragen wolle. Um jedoch die Ansicht der Vereinsangehörigen zu erkunden und zu eruieren, ob die Führung noch das Vertrauen der Hauptversammlung besitze, beschloss der DAV-Vorstand am 10. März einstimmig, dass seine damaligen Mitglieder ihre Ämter bei einer außerordentlichen Zusammenkunft zur Verfügung stellten, die bereits im Juli oder August des Jahres als reine Arbeitstagung abzuhalten sei.³

Zu dieser Versammlung unter dem gewohnten Vorsitz Salzmanns sollte es allerdings nicht mehr kommen. Am 28. März 1933 wurden Salzmann und sein Generalsekretär Hans Meyer – angeblich zu einer Besprechung über Krankenkassenfragen – in das preußische Ministerium des Inneren geladen, wo man beide auf Waffen untersuchte und ein SS-Mann mit Revolver in der Hand hinter ihnen herging. Um 12 Uhr empfing sie Hanns-Reinhard Fiek, Mitglied der NSDAP, des NS-Ärztbundes sowie der ‚Apothekergemeinschaft‘ zunächst allein in seinem Amtszimmer und wies darauf hin, dass demnächst Besprechungen über eine das Verhältnis der Heilberufe untereinander und zu den Krankenkassen betreffende Neugestaltung stattfinden würden; es sei nämlich notwendig, dass die Gleichschaltung mit der Regierung auch in den Heilberufsverbänden durchgeführt werde, womit Fiek zur Sache kam: Es erschien Dr. Leonardo Conti, der Kommissar ‚zur besonderen Verwendung‘, und zwischen den nun Anwesenden begann die entscheidende Verhandlungsphase. Die neuen Machthaber verlangten wie von den Krankenkassen, der Ärzteschaft und den Drogisten auch vom DAV, eine Gleichschaltung vorzunehmen, da man nur mit solchen Verbänden verhandle, die mit der Neuordnung einverstanden waren. Conti schlug vor, nach dem Beispiel der Ärzte einen Kommissar, der Vertrauensmann der NSDAP sei, einzusetzen, und nominierte dafür Karl Heber aus Magdeburg, der schon längere Zeit für die ‚Arbeitsgemeinschaft Deutscher Apotheker‘ (ADA) – zu der sowohl Besitzer als auch Angestellte gehörten – in der Elbestadt tätig war. Salzmann und Meyer wandten ein, dass der DAV für den kommenden April [!] eine außerordentliche Versammlung plane, auf der dann ohnehin der Vorstand neu zusammengesetzt werde. Fiek und Conti betonten dagegen, so lange nicht warten zu können. Die beiden DAV-Repräsentanten versuchten jedenfalls durch geschickte Argumentation, Zeit zu gewinnen, wobei der Vereinsvorsitzende darauf hinwies, dass er vor der Unterzeichnung erst den übrigen Vorstand befragen müsse und deshalb für den 29. März eine Sitzung einberufen werde. Dies wurde schließlich von Conti und Fiek akzeptiert – allerdings unter der

¹ Vgl. AZ 48 (1933), 196 f.

² Vgl. PZ 92 (1947), 31.

³ Vgl. AZ 48 (1933), 360.

Bedingung, dass sie noch am selben Tag erführen, ob der DAV der Einsetzung des Kommissars Heber zustimme. Meyer schlug vor, nur die jüdischen Mitglieder des Vorstandes und der Ausschüsse zum Rücktritt aufzufordern, was sie sicherlich auch tun würden; doch ließ sich Fiek auf keine weitere Diskussion ein und erklärte kurz und bündig, entweder werde unterschrieben oder nicht, in welchem letzterem Fall der DAV erledigt sei; eine andere Möglichkeit als den Rücktritt Salzmanns zugunsten des Kommissars Heber gebe es nicht.

Am 29. März fand die denkwürdige Vorstandssitzung noch unter der Leitung Salzmanns mit Georg Sparrer, Anton Büsch, Ernst Carl Amadeus Gebler, Otto Schwarz und Carl Wachsmuth-Melm statt und das Ergebnis wurde am 1. April in der Apotheker-Zeitung auf der Titelseite abgedruckt: dass nämlich der Vorstand des Deutschen Apotheker-Vereins ab dem 30. März 1933 dem Apothekenbesitzer Dr. Karl Heber unterstehe und Juden sowie Andersdenkende ausgeschlossen seien.¹ Am 30. März 1933 gab auch Heber selbst bekannt, dass er die Geschäfte des DAV übernommen habe und von allen Mitgliedern verantwortungsbewusste und rückhaltlose Unterstützung erwarte.² Die Hakenkreuzflagge wurde auf dem Vereinshaus Deutscher Apotheker gehisst und der Vorstand gezwungen, diesem Akt mit entblößtem Haupt auf der Straße beizuwohnen. Ebenfalls am 30. März kündigte Salzmann in der Apotheker-Zeitung eine außerordentliche Hauptversammlung für den 22. April in Berlin an, deren Tagesordnungspunkte die „Ausprache über die Lage, Neuwahlen des Gesamtvorstandes, der mit dem 22. April seine Ämter niederlegt, und Entlastung des Vorstands“³ sein sollten. Diese Versammlung diene somit der Beseitigung der demokratisch gewählten Führung zwecks Gleichschaltung des Vereins, der nunmehr als ‚Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker vorm. Deutscher Apotheker-Verein‘ bezeichnet wurde und dessen Gründungstage am 22. und 23. April des Jahres 1933 – wie es damals hieß – „zu den Marksteinen in der Geschichte der deutschen Pharmazie gehören werden. Leiten sie doch eine neue Epoche für das deutsche Apothekenwesen ein, die Eingliederung in den nationalen, berufsständischen Staat, die grundsätzliche Abkehr vom parlamentarischen System und die Umstellung auf die autoritäre und zentrale Befehlsgewalt, wie sie im Reiche vorhanden ist und wie sie bis zu den untersten Verwaltungsorganen durchgeführt werden wird“.⁴

An diesem 22. April 1933 eröffnete Salzmann zum letzten Mal eine Hauptversammlung, zu der etwa 700 Teilnehmer erschienen waren. Er stellte fest, dass sie satzungsgemäß einberufen worden sei, und fuhr danach fort: „Seit unserer letzten Hauptversammlung in Swinemünde haben sich in unserem Vaterlande Ereignisse von weltgeschichtlicher Bedeutung abgespielt. Wir waren Zeugen einer alles überwältigenden nationalen Erhebung, die sich zum Ziel gesetzt hat die Wiedererrichtung eines freien, eines einigen, eines starken deutschen Reiches, die Erneuerung deutschen Geistes und die Ueberwindung der wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes. Nichts hoffen und wünschen wir alle glühender, als daß die Regierung des Führers Adolf Hitler vollen Sieg auf der ganzen Linie erringen möge, und freudig sind wir bereit, unsere ganze Kraft in den Dienst des großen Rettungswerkes zu stellen. Schon vor Wochen hatte der Vorstand unseres Vereins erklärt, der nächsten Hauptversammlung seine Aemter zur Verfügung zu stellen, damit die Abgeordneten Männer ihres uneingeschränkten Vertrauens erwählen können. Er begrüßt es, daß eine außerordentliche Hauptversammlung das schon heute ermöglicht hat, und ich lege hiermit mein Amt als Vorsitzender nieder und bin zu der gleichen Erklärung von den Herren Sparrer, Büsch, Dr. Schwarz und Dr. Wachsmuth-Melm für ihre Person ermächtigt worden. Bevor ich von diesem Platz scheide, möchte ich all’ denen, die mich mehr als drei Jahrzehnte in ein Ehrenamt wählten, zu dem ich mich niemals

¹ Vgl. AZ 48 (1933), 149.

² Vgl. SCHRÖDER (1988), 120 f.

³ AZ 48 (1933), 389 f.

⁴ AZ 48 (1933), 492.

gedrängt habe, aufrichtigen Dank für das geschenkte Vertrauen sagen. Daß ich gleich den anderen Vorstandsmitgliedern stets vom besten Willen, dem Stand zu nützen, beseelt war, wird verständlicherweise niemand bezweifeln können. Wenn unseren Bemühungen häufig der Erfolg versagt war, so war es nicht unsere Schuld, sondern die Macht der Gegner war eben größer als die unsrige. Wird im neuen Reiche, wie wir gern erwarten, durch gesetzliche Maßnahmen die Machtverteilung zugunsten der Apotheker eine andere werden, so erübrigen sich unerquickliche Verhandlungen. Unserem Berufe wird ohne sie sein Recht werden. Und nun wünsche ich von Herzen, daß mit dem heißersehnten Wiederaufstieg unseres geliebten Vaterlandes auch der deutschen Apotheke eine neue Blüte beschieden sein möge“.¹

Man hat bis heute immer wieder die Meinung vertreten, Salzmann sei deshalb zum Rücktritt gezwungen worden, weil er wie Wilhelm Wartenberg Jude war.

Im Januar 1933 hatte man in der Tat systematisch damit begonnen, jüdische Apotheker aus der Standespolitik zu vertreiben, und schloss sie dann ab dem 27. September 1933 gänzlich aus.² Da dem Ehepaar Salzmann am 5. Januar 1935 jedoch ein Arier-Nachweis ausgestellt und somit auch die Reinrassigkeit von Eltern und Großeltern bestätigt wurde, kann man davon ausgehen, dass die damaligen Machthaber die Galionsfigur der Apotheker sogar bewusst schützten.

¹ AZ 48 (1933), 493 f.

² Vgl. LEIMKUGEL (1991), 52.

Beglaubigte Abschrift.

Register Nr. 181.

B e s c h e i n i g u n g

(Nur gültig für den Nachweis der arischen Abstammung)

Der Apothekenbesitzer Doctor der Philosophie
Maximilian Heinrich Adolf Hubert S a l z m a n n ,
geboren am 10. Januar 1859 in Münster in Westfalen , katho-
lischer Religion, Sohn des Gymnasiallehrers Doctor der Phi-
losophie Heinrich Salzmann und/ der Theresia geborenen
Dahmen

und
die Maria Klementine Bertha B e c k e r, ohne Beruf,
geboren am 28. Oktober 1878 in Lübbecke in Westfalen, ka-
tholischer Religion, Tochter des Oberlandsgerichtsrats Gehei-
men Justizrats Klemens Becker und der Marie geborenen
Ziegler haben am 5. August 1901 in Hamm (Westfalen) die Ehe
geschlossen.

Vorstehendes wird auf Grund des Heiratsregisters
des hiesigen Standesamts amtlich bescheinigt.

H a m m (Westfalen), am 5. Januar 1935.

(Stempel)

Der Standesbeamte

gez. Unterschrift.

Gebührenfrei.
Kontr. Nr. 36.

Abb. 38: Arier-Nachweis der Eheleute Dr. Heinrich und Bertha Salzmann, 5. Januar 1935

In diesem Zusammenhang ist ein Brief des ältesten Sohnes Heinrich höchst aufschlussreich, den dieser 1946 an seinen Bruder Otto schrieb und der als bisher einziges Zeugnis einiges Licht auf die von der Familie stets schweigend übergangene Herkunft von Salzmanns Vorfahren wirft. Demnach war sein Großvater väterlicherseits Jude und wurde in den Familienpapieren als „Jude in Stralsund“ geführt. Salzmann hat immer vermutet, dass dieser „vielleicht sogar uneheliches Kind einer christlichen Mutter und eines jüdischen Vaters gewesen sei; da man die Unehelichkeit nicht gern ins Kirchenbuch schrieb, so setzte man die ganz unübliche Bezeichnung ‚Jude‘ hinein“ (PW 63). Heinrich Salzmann jun. teilte diese Ansicht nicht: „Ich glaube persönlich aber auch nicht an die Unehelichkeit, weil der Urgroßvater dann wahrscheinlich einen anderen Namen gehabt hätte als den vermutlich von Salomon abgeleiteten Namen Salzmann. Er war also m. E. ehelich geboren, ist aber wohl ganz christlich auferzogen worden, da er ein sehr frommer Mann gewesen sein soll. Demnach hat er wahrscheinlich eine christliche Mutter gehabt und hat später seinen jüdischen Vatersnamen in Salzmann abgeändert. Alles dieses sind Vermutungen, oft mit dem Vater und gelegentlich auch mit Bernhard und Otto besprochen; Gewisses weiß man nicht, und Nachforschungen unter dem Namen Salzmann sind in Stralsund bei der jüdischen Synagogengemeinde ohne Erfolg geblieben. Eine andere Version, die von Onkel Fritz

stammen soll, besagt, daß der Urgroßvater von München-Gladbach (sic!) aus zugewandert ist; das mag aber eine Zwischenstation gewesen sein. Die vermutliche Namensänderung macht alle Nachforschungen illusorisch. Der Urgroßvater war übrigens ein kleiner schwarzhaariger, dunkelhäutiger Mann von durchaus fremdartigem Aussehen; Du findest den Teint bei mir, Otto, Hildegard, unserem Vater und anderen wieder [...]. Er lebte gerade in den Jahren der Judenemanzipation, die ja in den Jahren 1808 bis 1815 in fast allen europäischen Ländern sich durchsetzte, und ihm daher auch sein Fortkommen ermöglichte. Immerhin gestattete ihm seine Herkunft nur die Heirat in eine ganz kleine Kötterfamilie, und auch sein Sohn ist in den ersten Jahren seiner Heirat mit unserer Großmutter keineswegs besonders angesehen gewesen, sondern galt als kleiner und nicht ganz ebenbürtiger Mann. Später allerdings hat er sich auf Grund seiner Persönlichkeit, seines Wissen und seiner Stellung am Gymnasium dann doch wohl durchgesetzt. Vater hat ferner, wovon er uns gegenüber nie etwas erwähnt hat, an Schmierer einen Brief geschrieben, in dem er diesen Strolch beschworen hat, seinen Zorn nur an ihm selbst auszulassen, seine Familie aber zu verschonen. Von diesem Brief, in dem er über seine Abstammung ebenfalls ausführlich geschrieben hat, erzählte mir vor einiger Zeit Cieslewicz, dem er von Schmierer vorgelegt worden war. Der Vater muß damals in seiner Angst um uns völlig weich gewesen sein. Diese Dinge waren mithin den Herren der Hageda bekannt, und ich konnte mich nicht wundern, als plötzlich nach dem Zusammenbruch, als es sich für unsere Herren Direktoren darum handelte, daß neben den Halbjuden, die sie nachweislich im Betriebe gehalten hatten, auch ich als ihr Schützling genannt wurde, obwohl ich das gar nicht nötig gehabt hatte. Ja, als Cies [Cieslewicz] neulich in großer Gefahr war, zu fliegen, hat er mich ausdrücklich darum gebeten, sich auch auf mich beziehen zu dürfen, und er hat es zum Teil mir zu verdanken, daß er gerettet wurde. Es ist also bemerkenswerter Weise wieder so, daß nicht ich, sondern andere den Vorteil aus dieser Geschichte hatten. Aber das ist der Welt Lauf! Jedenfalls wollte ich damit sagen, daß diese Dinge hier nicht geheim geblieben sind, ohne daß ich auch nur das Geringste dazu getan hätte. Trotz aller dieser Erwägungen würde ich aber nichts darin finden, wenn Du um einer etwaigen Entnazifizierung willen, die ja im Interesse Deiner Familie und Deiner Zukunft nötig sein könnte, ausnahmsweise Gebrauch machst und Dich vielleicht dabei sogar auf Bernhard berufst, von dem es in Münster und bei seiner vorgesetzten Behörde bekannt war, wie es mit seiner Abstammung stand. Im übrigen werde ich innerhalb der Familie ebenso wenig über diese Dinge sprechen, wie ich das bisher getan habe. Nur den Cies werde ich bei Gelegenheit daran erinnern, wenn ich Prokura verlange; das lasse ich mir nicht nehmen“ (PW 72).

Dies alles spielte jedoch 1933 keine Rolle. Am 23. April wurde Salzmann von Karl Heber – nach einstimmigem Votum – sogar zum ersten Ehrenmitglied der nunmehrigen ‚Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker vorm. Deutscher Apotheker-Verein‘ ernannt. Salzmann nahm die Anerkennung zwar an, doch wusste er es zu vermeiden, dem Nationalsozialisten die Hand reichen zu müssen: „Darf ich Ihnen von hier vom Platze aus meinen herzlichen Dank für die Ehre aussprechen, die Sie mir erwiesen haben. Ich werde mich die Jahre, die mir noch beschieden sind, auch gern weiter im Interesse des Standes und der neuen Landesregierung betätigen. – Ich danke Ihnen“.¹ Diese Auszeichnung beweist jedenfalls, dass Salzmann nicht aufgrund jüdischer Abstammung, sondern ausschließlich zum Zweck der Gleichschaltung von seinem Amt zurückgetreten ist.

Mit dem Ausscheiden Salzmanns und seiner Vorstandskollegen endete ein Zeitabschnitt, in dem der DAV ‚Sprachrohr‘ und offizieller Vertreter seiner Mitglieder gewesen war. Gleichwohl folgten schon bald Demütigungen für einen Mann, den Erich Peiser 1924 noch als „anerkannten Repräsentanten der deutschen Apotheker, unterschiedslos geachtet und geehrt bei Besitzern und Angestellten, einen Führer und Freund des ganzen Standes“² beschrieben hatte. Da es nicht gelang, der Vereinsführung und besonders dem Vorsitzenden nur die

¹ AZ 48 (1933), 498.

² PEISER (1924), 282.

geringste Ehrenrührigkeit, geschweige denn irgendwelche Korruption nachzuweisen, so bediente man sich aller möglichen Kränkungen und scheute selbst vor persönlichen Verunglimpfungen nicht zurück: Die Salzmann verliehene Ehrenmitgliedschaft wurde ihm von Reichsapothekerführer Albert Schmierer, der Heber am 21. September 1933 von seinem Posten verdrängte, wieder entzogen, ferner sein Austritt aus der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft, deren Ehrenmitglied Salzmann seit 1919 war¹, ebenso erzwungen wie der aus dem Kuratorium der Flückiger-Stiftung, dem er seit 1930 angehörte. Die nach ihm benannte Salzmann-Stiftung, deren Vorsitzender er laut Satzung auf Lebenszeit sein sollte, taufte die Braunen in ‚Treudank-Stiftung‘ um und schaltete mit den Einkünften nach ihrem Belieben. Der ebenfalls ins Fahrwasser der Nationalsozialisten geschwenkte Berliner Apotheker-Verein sandte Salzmann sein Bild zurück, das vormals den Versammlungsraum schmückte – kurzum: Es wurde alles getan, um ihn herabzusetzen, zu beleidigen und zu schmähen.

Im Juni 1934 erfolgte die Umwandlung der ‚Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker‘ in die ‚Fachschaft Apotheker‘, die später den Namen ‚Die Deutsche Apothekerschaft‘ trug, in der die Mitgliedschaft freiwillig blieb. Um dennoch eine vollständige Gleichschaltung aller Apotheker zu erreichen, wurde 1937 die Reichsapothekerkammer mit Zwangsmitgliedschaft gegründet. Stellungnahmen konnten so als Meinung der gesamten Apothekerschaft abgegeben werden; von einer demokratisch legitimierten Standesvertretung war – trotz jährlich stattfindender Zusammenkünfte einschließlich der traditionellen Apothekertage, die stets nationalsozialistisch durchorganisiert waren – nichts mehr übrig.²

Auf all diese Entwicklungen reagierte Salzmann mit Besorgnis. Als Schmierer im Mai 1938, von Salzmann selbst (wie mitgeteilt) in Kenntnis über seinen jüdischen Großvater väterlicherseits gesetzt, ihn auch noch zwang, seinen Posten als Aufsichtsratsvorsitzender der Hageda – ein Amt, das er 32 Jahre lang innegehabt hatte – niederzulegen, blieben ihm nur noch seine Ranke-Apotheke und seine Familie, die er vor den Nazis zu schützen versuchte. Salzmann kannte selbstverständlich die ‚Verordnung zum Gesetz über Verpachtung und Verwaltung öffentlicher Apotheken‘ vom 26. März 1936 mit Wirkung vom 1. Oktober 1936, das den ersten Schritt zum Ausschluss jüdischer Pharmazeuten von der Leitung einer Apotheke darstellte³; schließlich zwang man alle Juden, bis zum 30. Juni 1939 ihre Apotheken zu verkaufen.

3.5. Die letzten Jahre

Einen Lichtblick in dieser schweren Zeit bildete für Salzmann die Feier seines 80. Geburtstags am 10. Januar 1939, zu dem ihm Glückwünsche von Freunden, Kollegen und alten Anhängern aus allen Teilen des Reichs zuzogen. Viele seiner ehemaligen Gefährten erschienen persönlich zu einem festlichen Frühstück in seinem Haus. Schon damals plagte ihn die Gicht, die seine Bewegungsfreiheit sehr einschränkte. Aber die Frage nach der Zukunft seiner durch ihn möglicherweise gefährdeten Familie wird ihn wohl dazu bewogen haben, die Krankheit vorzuschieben und am 1. Oktober 1941 seine Apotheke zu verpachten. Dennoch blieb Salzmann guten Mutes, nicht zuletzt dank der aufopfernden Pflege durch seine Gattin und die Kinder.

¹ Vgl. AZ 34 (1919), 20.

² Vgl. hierzu u.a. FRIEDRICH / WOLF. In: PZ 145 (2000), 2191–2197.

³ Vgl. SCHLICK (2008), 136.



Abb. 39: Das Ehepaar Bertha und Heinrich Salzmänn 1938

Bertha stand ihrem Mann nämlich nicht nur in den schweren Jahren nach seinem Ausscheiden aus dem DAV, sondern bis zu seinem Lebensende vorbildlich zur Seite. Beide litten unter den Bedingungen des Krieges und der Sorge um ihre Töchter, Söhne, Schwiegerkinder und Enkel, die den Hochbetagten sehr belastete. Ab 1941 – ausgelöst durch eine Pneumonie – verließen Salzmänn die Kräfte mehr und mehr. Der älteste Sohn schrieb am 26. Mai an seine Frau: „Dem Vater geht es eine Kleinigkeit besser, d.h. der objektive Befund läßt einen Rückgang der Lungenentzündung erkennen. Subjektiv fühlt er sich ‚sterbensmüde‘ und schlapp und es wird gut sein, wenn wir ihn sobald als möglich wieder aus dem Bett kriegen; hoffentlich fängt alsdann die Venenthrombose nicht wieder an. Jedenfalls ist er noch völlig unfähig zu schreiben“ (PW 22). Salzmänn erholte sich zwar zunächst wieder, doch verlor er fast seinen Lebensmut, als am 1. März 1942 bei einem Angriff auf Berlin auch sein Wohnhaus demoliert wurde: Eine Sprengbombe war in den Gärten an der Münsterschen Straße – d. h. in unmittelbarer Nähe der Westfälischen Straße – in die Luft gegangen und hatte Dach, Fenster, Türen und Wände des Gebäudes übel zugerichtet. Die Familie selbst blieb unversehrt, da sie gerade im Keller angelangt war, als sich die Explosion ereignete, die Salzmänn infolge seiner Schwerhörigkeit kaum mitbekam. Die ganze Katastrophe hatte ihn jedoch innerlich so sehr angegriffen, dass er seine Gesundheit nicht wieder erlangen sollte (PW 23). Bis Mitte Februar 1943 wurde das Haus Westfälische Straße 16 noch weitere fünf Mal getroffen.



Abb. 40: Villa der Familie Salzmänn in Berlin, Westfälische Straße 16

Sohn Heinrich schrieb im Mai dieses Jahres an einen seiner Freunde: „Inzwischen ist es dazugekommen, daß es meinem lieben alten Herrn immer schlechter geht und daß wir über kurz oder lang mit seinem Ableben rechnen müssen [...]. Meine Mutter gibt sich die redlichste Mühe mit ihm und pflegt ihn bis zur Selbstaufopferung – alles das ohne Mädchen in dem großen Hause! – aber der Verfall scheint sich nicht mehr aufhalten zu lassen“ (PW 24).



Abb. 41: Das Ehepaar Bertha und Heinrich Salzmann 1942

Neben der Pflege ihres Mannes kümmerte sich Bertha Salzmann auch noch um ihre Enkelkinder. Von diesen verbrachte Sabine drei Wochen im Sommer 1943 wegen Krankheit ihrer Mutter Lilo bei den Großeltern – sehr zur Freude des Opas: „Großvater Salzmann ist glücklich, dass die kleine Krabbe neben ihm steht und sich auch an ihn gewöhnt hat. Sie hatte ihn gleich bei der ersten Begrüßung ordentlich in die Hand gekniffen, was er mit großem Erstaunen quittiert hat“ (PW 25). Ab dem 24. Juli lebten dann in der Westfälischen Straße die rekonvaleszenten Kinder des Sohnes Otto, der sich zur gleichen Zeit als Marineoffizier auf einem attackierten Kriegsschiff befand und zum Glück mit dem Leben davonkam (PW 26).

Die Aufregungen für das Ehepaar Salzmann gingen indes weiter. Das Münsteraner Geburtshaus wurde teilweise zerstört, und in der Nacht vom 23. auf den 24. November 1943 schlugen Sprengsätze erneut in der Westfälischen Straße ein, worüber Sohn Heinrich schrieb: „Unser Haus steht noch, war aber wieder am Dach und an den Türen und Fenstern beschädigt.

Die von den Engländern angerichteten Verwüstungen spotten jeder Beschreibung [...]. An dem Angriff waren 300 Flugzeuge beteiligt. Wie viele umgekommen sind oder noch unter den Trümmern liegen, ist bisher noch nicht bekannt. Zu den Umgekommenen gehört leider auch Herr Reuter aus der Apotheke. Von den etwa 500 Berliner Apotheken sind 53 zerstört. Unsere Apotheke steht noch, ist aber auch für einige Zeit betriebsunfähig“ (PW 29).

In der Nacht zum 15. Februar 1944 traf es dann auch die Ranke-Apotheke und gleichzeitig die Villa ein weiteres Mal. Dabei wurde das bereits beschädigte Haus mit zwei brandbeschleunigenden Phosphorkanistern beschossen und flackerte sofort lichterloh; auch drei Löschzüge, die noch in der Nacht zu Hilfe kamen, vermochten nicht mehr als einen Teil der Möbel des ersten Stocks und der Habseligkeiten des Kellers zu retten, die dann in der benachbarten Goethe-Schule untergebracht wurden. Wider besseres Wissen versicherte der älteste Sohn, daß das Haus Westfälische Straße 16 noch einmal aufgebaut werde, was dem Vater für seine letzte Wegstrecke Mut machen sollte. „Es ist sehr traurig“ – schrieb er an einen Freund – „daß unser alter Herr mit seinen 85 Jahren noch wieder auf die Wanderschaft gehen muss und kein Heim mehr besitzt. Auch seine Apotheke ist in der gleichen Nacht abgebrannt, sodass er alles verloren hat, was ihn ausser seiner Familie noch mit diesem Leben verband“ (PW 31). Nachbarn boten den Ausgebombten Unterkunft an, bis es dann am 20. Februar 1944 gelang, einen Krankenwaggon der Reichsbahn zu bekommen, mit dem Heinrich und Bertha Salzmann sowie deren Hausdame Benedikta Kriesel nach Castrop abreisten. Der Zug hatte Verspätung und verpasste daher die vorgesehenen Anschlüsse in Halle und Hannover, sodass man erst am darauffolgenden Tag Castrop erreichte, wo Tochter Maria und Schwiegersohn Karl Keimer die Flüchtenden trotz aller Anstrengungen wohlbehalten in Empfang nehmen konnten. Die Eltern Salzmann drängten darauf, eine eigene Wohnung zu finden, was bei den Kindern allerdings auf Ablehnung stieß, da Castrop als eine Industriestadt von damals ungefähr 60.000 Einwohnern aufgrund der zu erwartenden Invasion zu gefährlich erschien; doch auch andernorts bot sich keine Alternative (PW 41), so dass Heinrich und Bertha Salzmann bei der Familie Keimer blieben und ihr neues Zuhause lobten: „Wir sind hier sehr gastfreundlich aufgenommen. Carl will sogar auch Carla mit Familie aufnehmen, wenn sie keine andere Unterkunft findet“ (PW 31). Das Ehepaar Salzmann musste freilich „im Falle von Alarmen mit dem Keller vorliebnehmen [...], da die Mutter den Vater nicht in den Bunker schaffen kann. Sie ist beim Transport des Vaters auf ihre eigenen Kräfte angewiesen, und da sie immerhin 66 Jahre alt ist, ist das auf die Dauer für sie kaum zu bewältigen“ (PW 40). Salzmann selbst empfand das „Kellerlaufen“ lediglich als „lästig“ und bezeichnete die in der Familie verbreitete Annahme als „irrig“, sie verbrächten dort ihr halbes Leben (42), das zu dieser Zeit allerdings äußerst bedroht war. Anfang Januar 1945 erfolgte nämlich ein heftiger Angriff auf Castrop, wie Sohn Heinrich von seiner Mutter erfuhr und wovon nichts in den Heeresnachrichten zu vernehmen war: „Es hat wieder viele Tote und Schwerverletzte gegeben. Dieses Mal hat auch die Altstadt Castrop neben Rauxel und Obercastrop gelitten. Die Werke Teerverwertung u. Rütgerswerke sind noch nicht restlos zerstört, sodaß man annehmen muß, daß die Mörder nochmal wiederkommen. Wir fürchten, daß dann auch Castrop ganz zerstört werden wird. Es ist ein trauriger Gedanke, hier so auf seinen Tod warten zu müssen. Was sollen wir machen? Manchmal steigen sehr bittere Gedanken in mir auf“ (PW 43). Im Laufe der folgenden zwei Monate spitzte sich die Lage immer mehr zu, weshalb Heinrich seine Eltern trotz der Gebrechlichkeit des Vaters drängte: „Ihr werdet Euch auch irgendwie fluchtbereit machen müssen; lange wird's nicht mehr dauern, dann sind die Amerikaner bei Euch – und bei uns die Russen. Man weiß nicht recht, was angenehmer ist“ (PW 47). Heinrich hoffte, dass sein Schwager Karl Keimer, dessen Haus trotz der nachfolgenden Straßenkämpfe den Krieg fast unbeschädigt überstand, „die ganze Gesellschaft zu seinen Jagdfreunden in den Arnsberger Wald schafft, damit sie nicht alle unter dem Bombenhagel der Anglo-Amerikanischen Barbaren begraben werden“ (PW 48).

Die große Familie Salzmänn lebte zu dieser Zeit verstreut. Der zweitälteste Sohn Clemens befand sich wie seine Eltern in Castrop, nachdem er bei Angriffen auf Dortmund ausgebombt worden war. Seine Frau Therese mit den fünf Kindern Heinrich, Barbara, Anna-Sibylle, Maria und Regina hielt sich immer noch in Altheide auf; er hatte sie dort gelassen, weil er nicht wusste, wohin er sie bringen sollte, und sie zunächst auch nicht nach Westfalen mitnehmen konnte. Ende Oktober 1945 schloss sich Therese dann einem größeren Treck an und schlug sich über Sagan und Forst, aller Habe beraubt, mit ihren Kindern bis nach Berlin durch; dort traf sie ihren Mann, der seine Familie nun ebenfalls mit nach Castrop nahm. – Salzmänn-Tochter Maria Keimer mit ihren sieben Kindern Gisela, Hildegard, Mechthild, Carl-Hubert, Norbert, Peter und Ruth weilte noch immer auf einer Jagdhütte bei Lüdinghausen, ebenso wie ihre Schwester Hildegard Ernst mit Sohn Gerhard. Nach der Heimkehr von Alfons Ernst fanden die drei bei einem Bauern Unterschlupf. – Otto Salzmänn, der dritte Sohn, musste in Gotenhafen-Oxhöft an der Ostsee – sein Marinelazarett war bereits Mitte Februar des Jahres abgerückt, ohne ihn mitzunehmen – die Apotheke allein führen, bis er nach Kiel entkam, wo er als Marine-Stabsapotheker tätig werden konnte (PW 49); Anfang 1946 fand er Anstellung bei Henkel & Cie in Düsseldorf, wohingegen sich seine Frau Annette mit den Kindern Konrad, Bernhard und Carola, wie auch während des Krieges, weiterhin in Bockenem (Harz) aufhielt (PW 61). – Übel spielte das Schicksal der Jüngsten, Karola Eisert, und ihren zwei Kindern Stephan und Roswitha mit. Ihr Mann Herbert stand noch an der Front in Frankreich, als man sie binnen einer Stunde auf die Silberstraße in Waiblingen bei Stuttgart setzte, ihre kleine Wohnung in ein Bordell umfunktionierte und sämtliche Habseligkeiten ramponierte. – Ihre Schwester Ruth, Sr. Maria Mercedes, überlebte dagegen in ihrem Kloster in Neustadt a. d. Dosse den Krieg heil und gesund. Die Ursulinen erhielten im Übrigen ihr Kloster in Haselünne, das ihnen die Gestapo weggenommen hatte, 1945 zurück (PW 59). – Was schließlich den ältesten Salzmänn-Sohn Heinrich betrifft, so gelang dessen Familie im Februar vor der am 24. April 1945 einsetzenden Schlacht um Berlin die dramatische Flucht aus Ilgen, einem kleinen Ort in der Nähe von Breslau. Seine Frau Lilo und die Kinder Dorothee, Christian und Sabine hatten dort zwei Jahre ohne den in Berlin bei der Hageda arbeitenden Vater – abgesehen von ein paar Urlaubsbesuchen – verbracht und mussten nun Ende Januar 1945 so überstürzt aufbrechen, dass Familienpapiere und nahezu alles Hab und Gut zurückblieben. Am 4. Februar erreichten sie nach unendlichen Strapazen gemeinsam Berlin, wo heftige Kämpfe tobten (PW 59).

Die Zerstörung der Salzmänn-Villa und der Ranke-Apotheke brachte erhebliche finanzielle Probleme mit sich. Das Haus Westfälische Straße 16 vergütete das Kriegsschädenamt zum Ausgleich der Eigenmiete und als Nutzungsentschädigung jährlich ungefähr mit 2.500,- RM, denen indes für das Jahr 1944 die Einkommen- und die Umsatz-, die Grundvermögens- sowie (trotz der Zerstörung des Gebäudes) die Hauszinssteuer gegenüberstanden. Das Konto Heinrich Salzmanns wies 1945 einen Saldo von + 6.400,- RM auf – einen Betrag, der angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zwar hätte erleichternd wirken können, aber gemessen an Salzmanns Lebensleistung wie Hohn erscheinen musste (PW 41). Im Februar 1945 erhielt er aus einer Hypothekenzahlung zusätzlich 5.000,- RM zurück. Da sich die Verhältnisse in Berlin verschlechterten, nahm Sohn Heinrich an, dass die Stadt vom übrigen deutschen Gebiet abgeschnitten werden könnte. Er überwies deshalb zur allseitigen Beruhigung und zur Sicherung des Geldes seinen Eltern 4.000,- RM in den Westen und 1.000,- RM nach Altheide zu seiner Schwägerin Therese und ihren fünf Kindern, um deren Flucht zu ermöglichen. Heinrich versuchte alles Erdenkliche zu tun, um das restliche Eigentum der Eltern zu sichern und für den Fall weiterer politischer Schwierigkeiten – ob kriegerischer Natur oder nicht – jegliche Vorsorge zu treffen (PW 47).

Nach der Verwüstung der Ranke-Apotheke stellte der Pächter Rudolf Voerckel zunächst seine Mietzahlungen ein, weshalb ihr Besitzer Heinrich Salzmänn seinen Sohn von Castrop aus bat: „Teile uns doch bitte die Rechtslage mit, besonders ob gegen die Einstellung der

Voerckelschen Zahlungen ein Einspruch möglich ist“ (PW 33). Salzmann jun. vermochte später dann doch, die Uneinigkeit relativ leicht zu lösen: Rückwirkend zum 1. Januar 1946 erhöhte der Mieter von sich aus die Pacht auf 1.000,- RM, verabredete aber mit Salzmanns Erben, den vorher aufgelaufenen Betrag für Neuanschaffungen zu verwenden (PW 70). Voerckel war Mitglied der NSDAP gewesen, der Partei allerdings erst nach 1937 beigetreten, so dass bei ihm keine Entnazifizierung erfolgen musste und mithin er unbehelligt von den Alliierten die Ranke-Apotheke bis zum 1. Oktober 1949 weiter betreiben durfte. Bertha Salzmann hätte zwar als nach ihrem Mann Verpachtungsberechtigte den Mietvertrag zum 1. April 1946 fristgerecht kündigen können, doch machte dies keinen Sinn: zum einen, weil ihr Sohn Otto – mit einer Einreisesperre nach Berlin belegt – als Nachfolger von Voerckel nicht in Frage kam, und zum anderen, weil eventuell eine Sozialisierung der Apotheken in der Hauptstadt anstand, weshalb eine Übernahme ebenfalls unbedacht erschien (PW 63).

Neben diesen Sorgen belasteten Heinrich Salzmann nicht minder die kriegsbedingten Schwierigkeiten der Hageda, über die er durch seinen – dort seit dem 15. Oktober 1936 als Justiziar wirkenden – Ältesten laufend unterrichtet wurde (PW 77). An Silvester 1944 hatte eine Bombe das Berliner Firmengebäude getroffen; mehr durch einen Zufall hielt sich Sohn Heinrich nicht in dem Haus auf, in dem er damals auch wohnte. Er schrieb dem Vater: „Ich hörte zu meinem Entsetzen: ‚Die Hageda ist weg!‘ Ich rannte zur Levetzowstraße und stand – vor einem riesigen Trümmerhaufen! Das ganze schöne Haus war umgeworfen worden, und auf den Trümmern arbeitete eine Einsatztruppe. Ich fragte entsetzt, ob denn die Wache, zu der ich ja normalerweise auch gehört haben würde, wenn ich daheim gewesen wäre, verschüttet sei, hörte aber zu meiner Erleichterung, sie habe sich herausarbeiten können. Ich rannte zurück zur Dortmunder Straße“ (PW 40). Dort erfuhr er, dass die Mine in einen Lichtschacht am rechten Flügel gefallen und das ganze Vorderhaus mit dem Seitenflügel restlos umgekippt war. Den Platz, an dem er sich für gewöhnlich aufzuhalten pflegte, fand er vollständig verschüttet vor; nur der Luftschutzraum hatte der Detonation im Wesentlichen standgehalten. Ein einziger leidlich frei gebliebener Ausgang diente den Männern, Frauen und Kindern – halbtot vor Schreck, Staub und Dreck – als Weg nach draußen. Heinrich berichtete weiter: „Meine Sachen im Keller habe ich alle retten können, aber die Akten des Vaters, die ich im Geldschrank hatte, liegen sämtlich unter dem Schutt. Vielleicht werden sie noch ausgegraben. Du siehst, liebe Calli [Schwester Karola], der Liebe Gott sorgt für uns; hätte Willi [Klinkenberg] mich nicht eingeladen, wäre ich vielleicht nicht mehr am Leben. Es kam mir vor wie ein Wunder, und es war auch eins – auch daß die anderen alle herausgekommen sind. Was nun kommt, ist noch ungewiß; augenblicklich habe ich mein Büro hier in meiner Wohnung. So ist nun das letzte, was unser Vater noch erbaut hatte, dahingegangen“ (PW 41). Die verschütteten Akten Salzmanns grub man zwar wieder vollzählig aus den Trümmern des Hageda-Gebäudes aus, doch konnte man die Ruine nicht weiter nutzen (PW 47). Die Berliner Hauptverwaltung (unter Bruno Cieslewicz) sollte deshalb mit Direktion, Buchhaltung und Einkauf in der Dessauer Straße am Potsdamer Bahnhof untergebracht werden, was aber zum einen an dem dortigen Platzmangel, zum anderen an der zentralen, d. h. für weitere Bombardements prädestinierten Lage scheiterte (PW 42). Hingegen boten sich die nahegelegenen Filialen in der Rigaer-Straße, von wo aus die Spezialitäten zum Versand kamen, und in Alt Moabit als Chemikalienlager an; die Depots in den Städten Landsberg und Stendal versorgten die Provinz (PW 44, 45).

Abgesehen von der Berliner Niederlassung wurde im November 1944 nach Hamburg, Köln und Essen auch diejenige in Stettin völlig zerstört, und am 1. Januar 1945 traf eine Bombe die Münchener Filiale. Somit blieben nur die Betriebe in Breslau, Königsberg, Hannover, Landsberg und Frankfurt nahezu unversehrt und lieferfähig, soweit es überhaupt noch Güter gab (PW 43). Die Situation der Berliner Hauptniederlassung wurde dagegen schier ausweglos; von der Zufuhr pharmazeutischer Produkte aus dem Westen abgeschnitten und der

Willkür des Berliner Magistrats ausgeliefert, ging es mit der Firma zunehmend bergab. Salzmann jun. quälten nicht nur sein Asthma, sondern eine Reihe infektiöser Krankheiten und vor allem Hunger: „Ich hatte die allgemeine Darmerkrankung, und bin mächtig auf den Hund gekommen. Haut und Knochen, und das Herz macht Zicken. Und dabei muß man laufen, laufen und nochmals laufen. Unser Verkehrsnetz ist durch die blödsinnige Belagerung Berlins völlig ruiniert, und die Wiederherstellung dauert naturgemäß sehr lange. Keine S-Bahn, keine Brücken, kaum Straßenbahnen, vereinzelte Omnibusse, nur U-Bahn – es ist zum Kotzen! Die Firma wurschtelt sich so mühselig durch, und ich muß für sie viele Gänge machen. Das zehrt!“ (PW 55). Für die Hageda wurde ein Standortwechsel der Zentrale in den Westen zur Überlebensfrage. Da sich ab Juli 1945 die Lage der Häuser in Hannover und Köln wieder zu festigen schien, bot sich die Rheinmetropole zur Etablierung der ‚Verwaltung West‘ in dem unter Salzmann 1912 erbauten Gebäude Neusser Straße 30/32 geradezu an (PW 51). Diesen Umzug der Hageda-Zentrale in den Westen sollte ihr Gründer jedoch nicht mehr erleben.

In Gegenwart der sich in Castrop-Rauxel aufhaltenden Familienmitglieder verstarb Heinrich Salzmann am 28. Juni 1945; die betreffende Urkunde wurde auf Anzeige seines Schwiegersohns, des Arztes Karl Keimer, ausgestellt.

Nr. 833. C

Castrop-Rauxel, den 29. Juni 1945.

+
Der Apotheker Heinrich Salzmann - - - - -
- - - - - , katholisch - - - - -
wohnhaft in Castrop-Rauxel, Wittenerstraße 58 - - - - -
ist am 28. Juni 1945 - - - - - um 19 Uhr - 30 Minuten
in Castrop-Rauxel in seiner Wohnung - - - - - verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 10. Januar 1859 - - - - -
in Münster - - - - -

(Standesamt - - - - - Nr. - - - - -)
Vater: Heinrich Salzmann, Gymnasial-Oberlehrer, ver-
storben in Nottuln, zuletzt wohnhaft in Münster. - - -
Mutter: Therese geborene Daamen, verstorben und zuletzt
wohnhaft in Münster. - - - - -

Der Verstorbene war - ~~mit~~ - verheiratet Bertha Salzmann geborenen
Becker, wohnhaft in Castrop-Rauxel, Wittenerstraße 58.
- - - - -

Eingetragen auf mündliche - ~~Zeugnis~~ - Anzeige des Facharztes Dr.
Karl Keimer, wohnhaft in Castrop-Rauxel, Wittenerstraße
58. - - -
Der Angegebene ist dem Standesbeamten bekannt, er er-
klärte, bei diesem Sterbefalle zugegen gewesen zu sein.
+ Hier ist das Wort "Doktor der Philologie" einzufügen.

Vorgelesen, genehmigt und - - - - - unterschrieben

H. 1945 *Castrop-Rauxel*

Der Standesbeamte
W. 1945

Abb. 42: Sterbeurkunde Heinrich Salzmanns, 29. Juni 1945

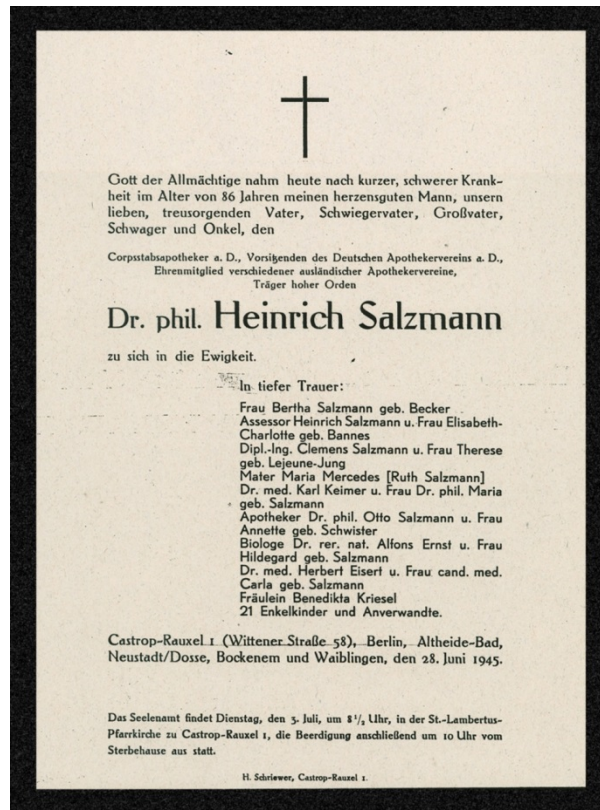


Abb. 43: Todesanzeige

Die Nachricht von Salzmanns Tod erreichte die Berliner Kinder erst zwei Monate später durch einen aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassenen Verwandten. Sohn Heinrich informierte seine Schwester Ruth: „Unser Vater ist schon in den letzten Monaten zunehmend von Alterserscheinungen geplagt worden; doch ist er immer ausnehmend ruhig und geduldig und still gewesen. Etwa am 10. Juni wurde ihm bei Tisch plötzlich schlecht; er sackte zusammen und verlor fast das Bewußtsein. Man glaubte zunächst an einen Schlaganfall, doch zeigte es sich, daß er von der allgemein grassierenden sog. Ruhr erfaßt worden war, die ihm dann in den folgenden 10 Tagen schwer zusetzte und auch an Mama, Fräulein und Clemens schwere Anforderungen stellte. Er wurde durch diese Krankheit so geschwächt, daß er sich nicht mehr erholte. Hinzu kam, wie stets, die starke Verschleimung. Als Clemens am 28. Juni verfrüht aus dem Dienst kam, fand er den Vater sehr schlecht vor; man hatte ihn fast aufrecht ins Bett gesetzt, einen Stuhl im Rücken, um ein Zusammensinken zu verhindern, und schwer nach Atem ringend. Clemens war der Auffassung, daß es nunmehr rasch dem Ende zugehen würde, fand aber bei der übrigen Familie damit noch keinen Glauben. Er ließ trotzdem einen Geistlichen wegen der letzten Ölung holen und regte an, daß man den armen Vater doch nicht mehr mit dem Stuhl im Rücken quälen möchte, vor dem er, schon kaum noch bei Besinnung, immer hin und her schwankte. Man nahm ihm den Stuhl auch schließlich fort und der Vater streckte sich daraufhin fast behaglich gerade aus. Auf Anrufe reagierte er nur noch schwach, schien es nur als wohltuend zu empfinden, wenn man seine unruhig auf der Decke umherirrenden Hände hielt. Von der letzten Ölung scheint er auch kaum noch etwas bemerkt zu haben. Als sein Atem mehr zu einem Röcheln wurde, holte Clemens die Familie herbei, die immer noch nicht an das Ende glauben mochte. Im Beisein derselben wurde er dann immer stiller und schlief dann um ½ 8 Uhr abends ruhig auf immer

ein. Die Mutter soll zunächst fassungslos gewesen sein, daß nun das Ende doch gekommen war. Der Vater wurde am 3. Juli beerdigt“ (PW 58).



Abb. 44: Totenzettel, 3. Juli 1945

Sohn Heinrich versuchte, seine Mutter aufzurichten: „Das Bild von dem schönen Zusammensein mit Euch allen vom 23. Juli 1944 trage ich in mir, wo wir noch einmal alle zusammen und der Vater noch so vergnügt war und sich über meinen Besuch gefreut hat. Wir haben täglich an Dich in diesen Wochen gedacht und mit Dir den schweren Verlust gefühlt, den gerade Du durch den Tod unseres Vaters, des Besten aller Väter, erlitten hast, nachdem wir das Glück gehabt haben, ihn noch lange unter uns weilen sehen zu dürfen; und wir möchten so gern bei Dir sein, um Dich trösten zu helfen, wie es die Geschwister sicher alle nach Kräften getan haben. Unser Vater war nicht nur der Letzte einer frommen und edlen Familie, er war – das sehe ich täglich wieder – auch einer der letzten einer Generation anständiger edler Menschen und lauterer Charaktere“ (PW 57).

4. Epilog

Ein neues Kapitel der Familie Salzmann war aufgeschlagen. Die zahlreichen Kondolenzbriefe – darunter einer von Arthur Eichengrün, der gerade aus Theresienstadt zurückgekehrt war – spendeten Bertha Salzmann wenig Trost, hingegen tat ihr die Gegenwart ihrer Familie wohl. Zunächst stand sie ihrer schwangeren Tochter Hildegard bei, dann begab sie sich nach Waiblingen zu ihrer Tochter Karola (PW 54). Sohn Heinrich versuchte unter mühseligsten Bedingungen, von Berlin aus – nunmehr ohne die Direktiven des Vaters – die anstehenden Erbangelegenheiten und übrigen finanziellen Belange der Mutter zu regeln und den Kontakt unter den Familienmitgliedern weiterhin durch Briefe aufrechtzuerhalten.¹ Das Leben in Berlin war durch die Belagerung weit schwieriger als in den westlichen Landesteilen; andererseits gab es allorts die gleichen Probleme. Die Hageda wurde entnazifiziert und selbst Direktor Bruno Cieslewicz, der sich nun rühmte, nicht nur „reinrassige Arier“ beschäftigt zu haben. Im Gegensatz zu seinem Chef hatte Heinrich Salzmann jun. nichts Nachteiliges von den Alliierten zu befürchten: „Ich bin während meiner Tätigkeit in Lindow wie alle anderen Beamten des Landgerichtsbezirks Neuruppin stark zum Eintritt in die Partei gedrängt worden! Dieser Druck war so stark, daß sich ihm seinerzeit kein einziger Beamter dieses Bezirks außer mir entzogen hat! Ich selbst entging dieser Gefahr dadurch, daß ich dem Jungstahlhelm am 8.5.33 beitrat. Ich verließ diesen aber schon wieder am 14.6.1934, als der ‚Stahlhelm‘ in die SA überführt wurde. Ansonsten bin ich lediglich im Juristenbund gewesen und habe eine Zeitlang Beiträge zur Förderung des NSFK² bezahlt, letzteres auf Veranlassung unseres Vaters, der selbst dazu gedrängt werden sollte, aber wegen seines vermutlich jüdischen Großvaters hierzu keine Lust verspürte. Ich bin also nach der Berliner Entnazifizierungsanordnung nicht belastet“ (PW 75). Nicht so sein Bruder Otto, dem seine ehemalige Zugehörigkeit zur SA jetzt beruflich im Wege stand. Trotz der Fürsprachen von Carl Mannich und Paul Runge gelang es ihm zunächst nicht, wunschgemäß von Henkel & Cie zur Firma Beiersdorf zu wechseln. Heinrich forderte ihn auf, die vom Vater erduldeten Benachteiligungen nun, der Not gehorchend, für sich selbst auszunutzen: „Im Jahre 1938, als Schmierer den Vater aus der Hageda herausekelte, hat der Vater, weil Schmierer ihn gegenüber der Hageda als Halbjuden bezeichnet hatte, unseren Herren über seine Abstammung einen ausführlichen Vortrag gehalten, durch den sie sämtlich ins Bild gesetzt wurden“ (PW 64).

Heinrich Salzmann jun. ließ es sich auch nicht nehmen, berechnete Ansprüche seiner Mutter anzumelden: Kriegsschädenersatz für das Haus in der Westfälischen Straße und für die Ranke-Apotheke, Erstattung der seit 1938 entgangenen Aufsichtsratsvergütungen des Vaters von 5.000,- RM zuzüglich einer wechselnd hohen Tantieme vom Gewinn sowie Ausgleich der Benachteiligungen durch dessen erzwungenes Ausscheiden aus dem DAV. Heinrich versuchte, für seine Mutter den Status als Naziverfolgte zu erwirken, und setzte alles Erdenkliche in Bewegung, um ihr finanziell behilflich zu sein (PW 66). Als Paul Runge anregte, Bertha Salzmann eine Art ‚Ehrengeschenk‘ in Form von ungefähr 10.000 RM zu machen, was der Sohn wegen der dann anstehenden Steuern für „sinnlos“ erachtete (PW 66), schlug Heinrich seiner Mutter stattdessen vor, der Hageda einen von ihm selbst aus den Trümmern des Elternhauses geretteten Teppich bzw. den heimischen Geschirraufzugsschrank aus der Westfälischen Straße zu ‚verkaufen‘, wobei er zu bedenken gab: „Viel ist es nicht, wenn man sieht, daß man eine Leica für 25.000.00 RM bekommt“ (PW 67).

¹ Es haben sich insgesamt 848 Briefe aus den Jahren 1943–1949 erhalten, und zwar 20 von 1943, 50 von 1944, 71 von 1945, 199 von 1946, 167 von 1947, 42 von 1948 und 199 von 1949 (PW 60).

² Das Nationalsozialistische Fliegerkorps war als Rechtsnachfolger des Deutschen Luftsportverbandes eine paramilitärische Organisation, die am 17. April 1937 durch Führer-Erlass Bestätigung erfuhr. (Vgl. hierzu KEHRBERG [1942]).

Am 28. Juli 1946 – dem ersten Todestag des Vaters – ließ Heinrich jun. für ihn in der Berliner St. Paulus-Kirche ein Hochamt lesen (PW 68). Zu ebendieser Zeit beabsichtigten die westfälischen Apotheker, an Salzmanns Grab in Castrop-Rauxel eine Gedenkfeier abzuhalten, die allerdings dann von der Apothekerkammer Westfalen auf einen späteren Termin verschoben wurde (PW 69). Jedoch war es bereits einen Monat zuvor gelungen, in der Süddeutschen Apotheker-Zeitung unter Roland Schmiedel einen Nachruf auf Salzmann zu veröffentlichen. Im Vorfeld dazu hatte Heinrich jun. sowohl für Wachsmuth-Melm, der für diese Zeitung schrieb, als auch für Runge, dessen Salzmann-Würdigung in der Pharmazeutischen Zeitung abgedruckt werden sollte, einen Lebenslauf des Vaters angefertigt; war ihm doch sein gesamtes gut geführtes Familienarchiv während des Krieges in Ilgen abhandengekommen, das er dann mit Hilfe der Seinen, besonders durch Unterstützung seines Bruders Otto, in mühseliger Kleinarbeit wieder zusammengetragen hatte. Am 6. April 1946 übersandte er Wachsmuth-Melm das Curriculum vitae, der dieses zusammen mit weiteren Unterlagen Bertha Salzmanns wegen der nach wie vor katastrophalen Postverbindungen erst einen Monat später erhielt (PW 62). Das allseits nicht als vorteilhaft eingestufte Porträt Salzmanns, das den Artikel in der Süddeutschen Apotheker-Zeitung ergänzte, stellte Maria Keimer zur Verfügung, da auch die Alben des Hobbyfotografen Heinrich jun. größtenteils dem Krieg zum Opfer gefallen waren. Wachsmuth-Melm und Runge sollten auf Wunsch Salzmanns jun. ihre beiden Nachrufe vor der Veröffentlichung inhaltlich abgleichen, was dann aber – sehr zum späteren Leidwesen der gesamten Familie und Hans Meyers – nicht geschah: „Herr Dr. Meyer sagte mir, der Aufsatz von Herrn Dr. Runge gefiele ihm gut; er sei mit dem Herzen geschrieben. Der Aufsatz von Herrn Dr. Wachsmuth sei hingegen ‚hingehauen‘; es würde besser sein, wenn Dr. Runges Nachruf auch in der Süddeutschen Apotheker-Zeitung erscheinen würde; er werde mal an Herrn Schmiedel schreiben“ (PW 64). Da die Drucklegung der Süddeutschen Apotheker-Zeitung schon zu weit fortgeschritten war, wurde Wachsmuth-Melms Beitrag¹ dennoch in seiner ursprünglichen Form veröffentlicht (PW 66) und Runges angemessener Nekrolog später publiziert.

Am 1. April 1947 erschien dann mit Genehmigung der Britischen Militärregierung die erste Nachkriegsausgabe der Pharmazeutischen Zeitung unter Leitung von Ernst Urban, in der das Fachorgan kurz Nachricht vom Tod Heinrich Salzmanns gab. Auf der ersten Seite der zweiten Ausgabe vom 15. April folgte der von Runge verfasste Artikel Dr. Heinrich Salzmann zum Gedächtnis. Darin hob der Autor neben Salzmanns Verdiensten seinen edlen Charakter hervor, der „so ganz konträr zum Sadismus der Nationalsozialisten“ gestanden hatte. Seine Entfernung aus der Hageda durch Schmierer, die „in brutalster Weise“ erfolgte, „war ein sehr harter Schlag für ihn. Er hat ihn wohl kaum überwunden“². Und so ist es nur zu verständlich, mit welchem Entsetzen Sohn Heinrich seinem Bruder Clemens mitteilte: „Gestern hörte ich, dass Herr Schmierer noch lebt! Er sitzt in einem Internierungslager bei Fallingbostel als Lagerapotheker und ist fett wie ein Schwein geworden; rühmt sich seiner guten Beziehungen zu Attlee und ist bona fide im Hinblick auf die Zukunft. Sowas müsste ja bestimmt unschädlich gemacht werden, so ein Misthaken“ (PW 80).

¹ Süddt. AZ 6 (1946), 42 f. – Salzmann jun. schrieb weiter: „Wachsmuth-Melm war 1933 Salzmann zwar nicht gerade in den Rücken gefallen, sondern hat nur sehr stark um die Gunst der neuen Herren gebuhlt. Aus diesem Grunde ist er eigentlich nicht legitimiert, sich jetzt so stark als Antifaschisten aufzuspielen. Aber da sich Vetter Bernhard für ihn eingesetzt hatte, und ich außerdem annahm, dass der Runge'sche Aufsatz gleichzeitig erscheinen würde, habe ich seinem Wunsche entsprochen und ihm den Nachruf anvertraut. Tatsächlich hätte unser Vater verdient gehabt, dass die Süddeutsche Apotheker-Zeitung ihn auf der ersten Seite und nicht sozusagen im halboffiziellen Teil, so ungefähr unter den kleinen Anzeigen brachte. Das hat mich am meisten geärgert und das werde ich bei Herrn Urban zu verhindern wissen. Traurig, dass die Herren dafür kein Gefühl hatten“ (PW 63).

² PZ 92 (1947), 29–32.

1948 folgte die Währungsreform, die sich in Berlin besonders verheerend auswirkte, da in der Hauptstadt zwei Valuten nebeneinander als Zahlungsmittel galten, wobei „alles DM haben und alles OM [Ostmark] loswerden will“ (PW 84). Die Hageda schlitterte ihrem Ruin entgegen, und Salzmann jun. beschrieb die fatale Lage: „Jeden Morgen sitzen wir im Geschäft zusammen und überlegen, wie viel wir ausgeben, wie viel wir einkaufen dürfen, wie viel wir einnehmen werden, was wir kaufen sollen und in welcher Währung, wie wir Löhne und Gehälter zahlen sollen, wie wir Kredite bekommen usw. usw. Man hat uns hier so richtig in die Tinte hineingesetzt und uns ohne Ware und sofortige Kreditmöglichkeiten in das wilde Meer eines Währungschaos hinausgestoßen, während gleichzeitig die Grenzen geschlossen wurden“ (PW 84). Die US-Armee ernährte die Berliner Bevölkerung über ihre Luftbrücke, um das Vorhaben der Russen, die Hauptstädter durch Blockade auszuhungern, zu torpedieren. Für den Hageda-Syndikus war klar: „Die Beförderung von Kohle durch die Luft ist doch wohl ein Unternehmen, das die Kräfte der US-Flotte übersteigen wird. An sich erfüllt mich diese Aktion so etwas mit Befriedigung; sie ist doch ein Ausgleich für die vielen Bombenangriffe auf Berlin und macht das gut, was man früher gesündigt hatte. Schließlich ist es ja ein gewisses Erlebnis, wenn man mal zur Erhaltung des Friedens soviel Geld ausgibt und nicht nur zum Zwecke der Zerstörung. Aber bei der Abneigung des Menschen, sich den Frieden allzu viel kosten zu lassen, dürfte das Ziel dieser Luftaktion schließlich auch ein begrenztes sein, und ich glaube, daß der Notenwechsel dieser Tage diese Grenzen abstecken wird. Wenn man erkennen muß, daß der Russe auf seinem Ziel beharrt, dann wird es schlecht um die Erhaltung des Friedens aussehen“ (PW 85).

Die Blockade der Hauptstadt betraf Salzmann jun. noch in ganz besonderer Art und Weise. Anlässlich des bevorstehenden 90. Geburtstags seines Vaters am 10. Januar 1949 planten nämlich der Präsident der Apothekerkammer Westfalen, Eduard Kayser, der Geschäftsführer der vereinigten Apothekerkammern in Frankfurt, Hans Meyer, und als Vertreter der Stadt Hamm Heinrich Freitag eine Arbeitstagung der sog. Trizone – also der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszonen Deutschlands – vom 8. bis 10. Januar 1949 in Hamm.¹ Der Landeshauptmann von Westfalen, Bernhard Salzmann, ein Neffe des Jubilars, schrieb dazu in einer Aktennotiz: „Die Tagung soll als besondere Ehrung des Apothekers Dr. Heinrich Salzmann als Vorsitzenden des Deutschen Apothekervereins und dessen Begründer durchgeführt werden, und zwar am Samstag, den 8. Jan. 15 Uhr, Tagung der Präsidenten der Apothekerkammern der Trizone, am Sonntag, den 9. Jan. 11 Uhr, Gedenkfeier mit Ehrung des verstorbenen Herrn Dr. Heinrich Salzmann, veranstaltet durch die vereinigten Apothekerkammern der Trizone, und der Einladung auch von Vertretern aus England, Holland und der Schweiz. Eröffnungsansprache durch Herrn Präsidenten Kayser, Ansprache von Herrn Dr. Meyer, Frankfurt (als früherem Sekretär des Herrn Dr. Heinrich Salzmann), Festrede von Herrn Runge, Hamburg, als altem Freund des Herrn Dr. Salzmann. Ansprachen des Sozialministers, des Oberbürgermeisters von Hamm und eines Vertreters der Familie Salzmann.– Anschließend Mittagessen, gegeben von der Stadt Hamm und den vereinigten Apothekerkammern. Am Montag, den 10. Jan., dem 90. Geburtstag des Herrn Dr. Heinrich Salzmann, zwischen 15 und 16 Uhr Gedächtnisstunde am Grabe mit Kranzniederlegung in Castrop“ (StAH 2).

Auf Wunsch von Kayser, Meyer und Freitag sollten neben der engeren Familie Salzmann auch die übrigen Verwandten sowie Ministerialdirektor Josef Weber, Bischof Michael Keller, Erzbischof Lorenz Jäger und Ernst Wilm, der noch nicht eingeführte Nachfolger des Präses Karl Koch, zu dem Treffen eingeladen werden. Des Weiteren beabsichtigten die Vertreter der Apothekerkammern der drei Besatzungszonen Westdeutschlands, wie auf ihrem Kongress am 11. und 12. November 1948 in München einstimmig beschlossen, bei dieser Gelegenheit die ‚Salzmann-Stiftung deutscher Apotheker‘ erneut ins Leben zu rufen (PW 86). Heinrich

¹ Vgl. auch DANNENBERG / GROPE (1997), 22.

Salzmann sollte durch deren Reaktivierung öffentlich rehabilitiert und für seine Verdienste um den deutschen Apothekerstand postum gebührend geehrt werden. Und so empfand es sein Sohn als äußerst schmerzlich, dass ihm aufgrund mangelnder Passiererlaubnis aus Berlin die Teilnahme an dem Trauerakt für seinen Vater trotz Bittbriefen der Hageda (PW 89), des Landesgesundheitsamts (PW 90) und des Apotheker-Vereins von Groß-Berlin (PW 88) an die Britische Militärregierung verwehrt wurde. Die tief beeindruckende Tagung fand im großen Saal des Hotels Feldhaus statt. Ungefähr 200 Personen waren zusammengekommen, um Heinrich Salzmanns zu gedenken: darunter die Apotheker Westfalens und Pharmazeuten aus den anderen westlichen Bundesländern, der Vorsitzende des Berliner Apotheker-Vereins, hohe Regierungsbeamte, Geistliche, Vertreter der westdeutschen Apothekerkammern und die Familie Salzmann ohne den ältesten Sohn (PKa 1). Musiker rahmten die Begrüßungsworte Kaysers, mehrere Vorträge und die Gedächtnisrede Runges ein, in der dieser die Charaktereigenschaften des Verstorbenen als eines guten, hilfreichen Menschen, fähigen Apothekers und Förderers des Standes hervorhob.

Diese Qualitäten belegen von Anfang an auch Salzmanns Auszeichnungen: So hatte ihm schon am 12. September 1911 „in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Pharmazie“ die Österreichische Pharmazeutische Gesellschaft die korrespondierende Mitgliedschaft verliehen.

Eine ähnliche Ehrung wurde ihm am 9. Dezember 1911 auch seitens des schwedischen Pharmazeutischen Vereins zuteil, während ihn als Korrespondierendes Mitglied ab dem 14. Januar 1913 der Apotheker-Verein in Hamburg führte. Am 23. September 1913 zeichnete die Fédération Internationale Pharmaceutique (FIP) in Gent Salzmann mit ihrem Ehrendiplom für seine Verdienste um die Schaffung dieser Vereinigung aus (PE 67), die am 25. September 1912 in Den Haag, Niederlande, gegründet worden war; zum Vorstandsvorsitzenden hatte man Leopold van Itallie aus Leiden und als dessen Stellvertreter Salzmann gewählt.¹ Die Ernennung zum Ehrenmitglied des Allgemeinen Österreichischen Apothekervereins übermittelte man ihm telegraphisch am 26. Oktober 1916.

Dieser bescheidene Mann wurde im Übrigen nicht nur 1920 zur 100. Wiederkehr der Gründung des Norddeutschen Apotheker-Vereins, 1922 zum 50jährigen Bestehen des DAV, 1924 zu seinem ebenso langen Berufsjubiläum und 1927 zu seinem 25jährigen DAV-Vorsitz gefeiert, sondern bemerkenswerterweise auch von gleichsam berufsmäßigen Kontrahenten: so von Ernst Urban, dem Chefredakteur der Pharmazeutischen Zeitung und damit seitens des gegnerischen Blattes zur Apotheker-Zeitung: „Salzmann war und ist heute [1924] noch der beste Mann, den der deutsche Apothekerstand zur Bekleidung des wichtigen Postens des Vorsitzenden des DAV zur Verfügung hat, und der den schwierigen Anforderungen dieser Stellung in jeder Beziehung, innerlich nach seinen Fähigkeiten und äußerlich in repräsentativer Hinsicht, gewachsen ist. Mit dem Dank für die hingebende und namentlich während der letzten Jahre fast übermenschliche Anforderungen stellende Arbeit, die Dr. Salzmann im Dienste der deutschen Pharmazie geleistet hat, verbindet der Apothekerstand anlässlich seines 50jährigen Berufsjubiläums die aufrichtigsten Wünsche für eine lange und glückliche Zukunft“².

1932 – Salzmann leitete den DAV damals seit 30 Jahren – schrieb der gleiche Autor: „Arbeit wird also, das muß ehrlich anerkannt werden, im Deutschen Apotheker-Verein und seinen Instanzen in reichem Maße geleistet. Aber Arbeit ist nicht Selbstzweck. Sie hat nur den Sinn und Wert, wenn sie Erfolge zeigt. Und wie steht es mit den Erfolgen der Vereinstätigkeit? Schon die Betrachtung der Serie der Hauptversammlungsbeschlüsse und der darin enthaltenen Forderungen gibt eine Antwort. Wie wenigen der hier niedergelegten Wünsche ist Erfüllung zuteil geworden! Und darüber hinaus, wie viele und folgenschwere Attentate auf den Bestand der deutschen Apotheke sind in letzter Zeit unternommen worden, und wie selten ist es

¹ Vgl. SCHLICK (2008), 109.

² URBAN (1924), 1208.

gelingen, einen Schlag abzuwenden oder zu mildern! [...]. In der katastrophalen Entwicklung der letzten Jahre wäre wohl auch einem pharmazeutischen Herkules nicht gelungen, das rollende Rad der Zeit aufzuhalten oder die Apotheken aus dem reißenden Strudel des Niederganges zu befreien“¹. Salzmann hatte schon 1927 anlässlich seines 25jährigen Jubiläums als DAV-Vorsitzender – wozu er nachträglich am 25. Januar 1928 mit der Ehrenmitgliedschaft der Apothekerkammer des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen bedacht wurde – geäußert: „Was in dem Ehrenamt des Vorstandes trübe Stunden bringt, ist die Erkenntnis, daß der Arbeit so sehr häufig der Erfolg versagt ist“².

Die Erfahrung, dass selbst bestgemeinte Anstrengungen nicht auch als solche gesehen werden, hatte Salzmann bereits 1905 machen müssen. Es gehörte nämlich zu seinen Gewohnheiten, für die jeweiligen Hauptversammlungen stilistisch ausgefeilte, mehrseitige Schriften vorzubereiten, die später nahezu identisch in der Apotheker-Zeitung veröffentlicht wurden. Dieses Verfahren, die Verhandlungsvorlagen durch die Kollegen also nur noch bestätigen zu lassen, war Ausdruck seines autokratischen Führungsstils, was ihm Albrecht Jungclaußen auch während der Hauptversammlung in Breslau vorwarf und zwei Monate später noch in einem Rundbrief an alle Kollegen anprangerte. Jungclaußen ließ es an verbaler Deutlichkeit nicht fehlen und forderte zudem, eine Debatte über eine den Vorsitzenden begrenzende Satzungsänderung für die nächste Hauptversammlung vorzusehen.³ Trotz der Zwistigkeiten blieb er Kunde der Hageda, worüber Salzmann sich ebenso befriedigt zeigte wie über den Ausgang des Disputs mit dem Dresdener Apotheker Carl Stephan, der eine inkorrekte Geschäftsführung in der Handelsgesellschaft vermutete (FK 1, S. 36). Diese Kontroverse verstand der Aufsichtsratsvorsitzende sogar dahingehend zu nutzen, die eigene Sichtweise plastischer zu konturieren und zu demonstrieren. Ein solch autoritäres Verhalten zu beanstanden, mag nach heutigen Maßstäben gerechtfertigt sein; Salzmann und den meisten seiner Kollegen erschien es jedoch durchaus angemessen, da sie an eine hierarchische Gesellschaftsstruktur gewohnt waren. Obendrein fand es Salzmann, sich seiner geistigen Überlegenheit bewusst, völlig in Ordnung, die Kollegen wie Kinder zu führen, wobei Eigennutz ihm absolut fremd war; vielmehr sah er sich als ‚Vater der Apotheker‘, und der Stand war seine ‚Großfamilie‘, in der er das Bestreben nach Harmonie ebenso umzusetzen gedachte wie bei sich zu Hause, wovon Paul Runge 1947 schrieb: „Wer je, wie der Verfasser, den Vorzug gehabt hat, im Salzmannschen Familienkreis zu weilen, wird bestätigen müssen, daß dieser ein selten harmonischer und glücklicher gewesen ist. Eine Freude war es zu beobachten, mit welcher Liebe die Kinder an den Eltern hingen, mit welcher Verehrung und Achtung der Vater bedacht wurde, mit welcher rührenden Sorgfalt Frau Dr. Salzmann Gatten und Kinder betreute und bedachte. In diesem Kreise und unter diesen Menschen hatte man das Gefühl des Geborgenseins und eines selten glücklichen Zusammenlebens. Ich werde immer dankbar der Stunden gedenken, die ich im schönen Salzmannschen Hause in der Westfälischen Straße 16 in Wilmersdorf verlebt habe, Stunden, die mir den Leiter des Deutschen Apotheker-Vereins in seiner großen Güte und reinen Menschlichkeit, in seinem schlichten, offenen Wesen, frei von jeder Pose nahegebracht haben“⁴.

Diesen Mann vor Augen trafen sich also die Teilnehmer der Hammener Tagung am 10. Januar 1949 am Grab in Castrop-Rauxel, um sich von Heinrich Salzmann würdig zu verabschieden (PW 93). Ihr Andenken an diesen großen Standespolitiker besiegelten die Apotheker des freien Deutschland, als sie auf der ABDA-Sitzung am 17. und 18. November 1950 in Bonn für den Erhalt seines Grabmals die Kosten von 1.500,- DM bereitstellten, die nach dem damals gültigen Beitragsschlüssel auf die einzelnen Kammern umgelegt wurden

¹ URBAN (1932), 854.

² AZ 43 (1928), 95.

³ Vgl. WÜLLRICH (1987), 103.

⁴ RUNGE (1947), 30.

(FE 4).– Seither hat man es allerdings bis heute versäumt, diesem Ehrenmann ein bleibendes, tunlichst auch öffentlichkeitswirksames Denkmal zu setzen, z. B. wenigstens eine einzige neben den bereits 17 in Deutschland existierenden Salzmännstraßen¹ zu widmen. Davon würdigt die Salzmännstraße im Berliner Ortsteil Friedrichsfelde den Unternehmer Hermann Salzmänn. Die in Münster sowie der Salzmännweg der Stadt Siegen gehen auf den Landeshauptmann Dr. h.c. Bernhard Salzmänn, den Neffen Heinrich Salzmanns, zurück. Die Salzmännstraßen in Bielefeld, Duisburg, Erfurt, Hamburg, Hannover, Leipzig, Magdeburg, München sowie Stuttgart erinnern an den Pädagogen, Pfarrer und Philanthropen Christian Gotthilf Salzmänn. Die Salzmännstraße in Kassel zeichnet den Fabrikanten und Großindustriellen, den Geheimen Kommerzienrat Heinrich Salzmänn aus. Die Rue Salzmänn in Straßburg ist nach dem Medizinprofessor Johann Rudolf Salzmänn benannt. Der Salzmännweg der Stadt Esslingen schließlich ruft den Arzt Valentin Salzmänn, der 1888 den Schwäbischen Albverein gründete, ins Gedächtnis.

War die Veranstaltung in Hamm die letzte offizielle zum Andenken an Heinrich Salzmänn gewesen², so führte zumindest die Familienmitglieder noch einmal ein Ereignis zusammen, das am 28. Oktober 1968 in Bad Ditzgenbach gefeiert wurde. Dort ließ die Großfamilie Bertha Salzmänn hochleben, die an diesem Tag in bester geistiger und körperlicher Rüstigkeit, umgeben von sechs ihrer sieben Kinder, 38 Enkeln und 16 Urenkeln den 90. Geburtstag beging. Ihr ältester Sohn Heinrich erlebte diesen Freudentag allerdings nicht mehr: 1949 war er von Berlin zur nunmehrigen Zentrale der Hageda nach Köln gewechselt, wohin ihm seine Familie am 11. November 1950 folgte. Nur drei Wochen später, am 5. Dezember 1950, erlag er dort einer Embolie (PW 94).

¹ Die archivalischen Unterlagen zu den verschiedenen Männern mit Namen Salzmänn finden sich nach der hier gewählten Reihenfolge in: StABe 1; StAMün, StASi 1; StABi 1, StADui 1, StAE 1, SH 1, StAHa 1, StALe 1, StAM 1, StAMü 3; StASt 3; BBK Bd VIII, 1271; StAK 2; USt 2; StAEs 1.

² Der vermutlich bislang letzte, zu Salzmanns Ehren erschienene Artikel stammt von der Verfasserin; vgl. GREBE (2009).



Abb. 45: Der 90. Geburtstag von Bertha Salzmann am 28. Oktober 1968 in Bad Ditzgenbach

Von links nach rechts untere Reihe: Benedikta Kriesel, Otto Salzmann, Maria Keimer, Clemens Salzmann, Bertha Salzmann, Ruth Salzmann, Hildegard Ernst, Ingo Eisert, Karola Eisert.

Von links nach rechts mittlere Reihe: Jutta Eisert, Carola Keimer, Heinz Becker, Anna-Sibylle Keimer, Hubertus Keimer, Roswitha Wittemann, Gerhard Wittemann, Therese Salzmann, Heinrich Salzmann, Konrad Salzmann, Annette Salzmann, Norbert Keimer, Michael Keimer, Simone Eisert, Alfons Ernst, Herbert Eisert.

Von links nach rechts obere Reihe: Thomas Salzmann, Bettina Eisert, Bernhard Salzmann, Gisela Keimer, Gerhard Ernst, Johanna Salzmann, Stephan Eisert, Dorothee Baum, Johannes Baum, Irmgard Salzmann, Christian Salzmann, Ruth Keimer, Clemens Eisert, Monika Salzmann, Raimund Eisert, Joachim Eisert.

Ende 1968 ließen die Kräfte Bertha Salzmanns nach und am 16. Juni 1969 starb sie in Bad Ditzgenbach im Kreise von Karolas Familie an einer Herz- und Kreislaufschwäche. Beigesetzt wurde sie auf ihren Wunsch an der Seite ihres Mannes in Castrop-Rauxel. Das Grab besteht dank der Initiative der Enkel immer noch (PE 70). Da im September 1999 das Nutzungsrecht auslief, verlängerten die Nachkommen durch Einzahlung eines beachtlichen Betrages die Dauerpflege zunächst um weitere zehn und 2009 nochmals um fünfzehn Jahre. Nicht mehr im Besitz der Familie Salzmann ist nach Auskunft des Grundbuchamts Schöneberg hingegen die Liegenschaft Westfälische Straße 16, die 1967 an das Land Berlin verkauft wurde; auf ihr befindet sich eine Art Kindertagesstätte, die einen ziemlich verwahrlosten Eindruck hinterläßt. Allerdings gibt es dort weiterhin die alten, auf den Fotos der Familie Salzmann verewigten Bäume, die noch die besseren Tage des Grundstücks kennen.

Berthas und Heinrichs Kinder sind inzwischen alle tot; die jüngste Tochter Karola starb am 9. September 2003, Hildegard als letztüberlebende am 5. April 2005. Die zahlreichen Enkel und Urenkel wohnen mit ihren Familien in verschiedenen Gegenden Deutschlands.



Abb. 46: Grab des Ehepaares Salzmann auf dem Lambertus-Friedhof in Castrop-Rauxel

5. Zusammenfassung

In Heinrich Salzmanns Lebenszeit 1859–1945 fallen die Gründung des Deutschen Reiches, die Monarchie unter Kaiser Wilhelm I. und Wilhelm II., der Erste Weltkrieg, die Weimarer Republik, der Nationalsozialismus sowie der Zweite Weltkrieg. Derartig durchgreifende Ereignisse in führender Position altruistisch, unbestechlich und ehrenhaft zu bestehen, bedarf eines besonderen Charakters, und ein solcher zeichnete Salzmann aus. Seine Willenskraft, gepaart mit vorausschauender Intelligenz und ungewöhnlichem Fleiß, brachte ihm schon in der Jugend beste Zeugnisse ein und verschaffte ihm auch während seines weiteren Berufsweges bis hin zum promovierten Apotheker und Lebensmittelchemiker die Anerkennung seiner Lehrer und später die Achtung von Vertretern aus Politik und Forschung, wie seine zahlreichen Auszeichnungen belegen. Obendrein war er mit Besonnenheit und einer guten Portion Humor ausgestattet, so dass die DAV-Hauptversammlung 1902 in Koblenz den Richtigen zu ihrem Vorstandsvorsitzenden wählte, der dann über drei Dekaden hinweg die Geschicke der deutschen Pharmazie entscheidend mitprägte. Die Leidenschaft, mit der Salzmann in der sog. Gewerbefrage wider die regierungsseits favorisierte Personalkonzession kämpfte, und die Kritik an dem damit verbundenen, lang erwarteten ‚Entwurf eines Reichsapothekengesetzes‘ (1907) stehen beispielhaft für seine unermüdliche Bereitwilligkeit, sich für das Wohl der Standesgemeinschaft einzusetzen, obwohl ihm der Lohn speziell für diese Arbeit versagt blieb: Bekanntlich trat das Apothekengesetz erst 1960 in Kraft.

Zufrieden konnte Salzmann dagegen mit der Neugestaltung der Vor- und Ausbildung für Apotheker sein. Mit der für ihn typischen Beharrlichkeit hatte er zwischen 1902 und 1920 dafür gekämpft, das Maturum als Basis für angehende Kollegen gesetzlich festlegen zu lassen, um so das Anrecht auf ein akademisch vollwertiges Universitätsstudium zu sichern. Als 1904 eine korrigierte Prüfungsordnung auf der Grundlage der Primareife mit Nachweis über Lateinkenntnisse in Kraft trat, begrüßte dies Salzmann als das momentan Machbare, verlor seinen Plan jedoch nicht aus den Augen: Kurz vor Kriegsbeginn drängte er Kaiser Wilhelm II. in einer Immediateingabe, die berechtigten Ansprüche gesetzlich festzulegen, und aktivierte 1917 zahlreiche Fachgenossen der verschiedensten Sparten, in dieser Angelegenheit mit Nachdruck aufzutreten. 1920 schließlich erreichte Salzmann sein Ziel: Man etablierte das Abitur als Voraussetzung für zukünftige Pharmazeuten. Außerdem erfolgte auf seine Initiative hin die Umbenennung der bisherigen Berufsbezeichnungen und so trat an die Stelle des ‚Apothekerlehrlings‘ ebenfalls im amtlichen Gebrauch der ‚Apothekereleve‘ oder der ‚Apothekerpraktikant‘, und der ‚Apothekergehilfe‘ avancierte zum ‚Apothekerassistenten‘, um der Gesellschaft auch über die Sprache den gehobenen Status dieses Berufs zu verdeutlichen. Des Weiteren unterstützte Salzmann die Einrichtung gesonderter Lehrstühle für Pharmazie, um unabhängig von Chemikern und Botanikern die Eigenständigkeit des Fachs zu demonstrieren; dabei mussten die Professoren Apotheker sein, um nicht nur die an die damalige Arzneimittelforschung angepassten neuen Inhalte, sondern zusätzlich praxisorientiert unterrichten zu können. Salzmanns innigster Wunsch nach einem erweiterten Ausbildungsgang – zweijährige Praktikantenzeit, Vorprüfung, sechssemestriges Studium und Staatsexamen – ging allerdings erst 1935 nach seiner Amtszeit in Erfüllung.

Wichtiger noch als die Stärkung der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Position der Pharmazeuten war die unmittelbare Sicherstellung ihrer Einkünfte über die Arzneitaxen. Salzmann kämpfte gegen die stetig zunehmende Macht der Krankenkassen, die ungeachtet der ihnen durch die Reichsversicherungsverordnung (RVO) gewährten Vergünstigungen immer größere Zugeständnisse von den Apothekern zu erzwingen suchten. Sein unermüdliches Ringen über 32 Jahre hinweg löste die Auseinandersetzungen zwischen den Kontrahenten zwar nicht, indes ist fraglich, ob ohne Salzmanns Kraftanstrengung die deutsche

Apotheke überhaupt noch in der heutigen Form existierte: Befanden sich die Krankenkassen mithilfe der aufstrebenden industriellen Arzneimittelfertigung doch durchaus in der Lage, ihren bereits eingeschlagenen Weg, Medikamente selbst zu vertreiben, unbeirrt fortzusetzen, zumal sie im Gegensatz zu den Pharmazeuten obendrein von dem illegalen Arzneimittelhandel außerhalb der Apotheken unberührt blieben und somit keine Umsatzeinbußen ausgleichen mussten. Es ist somit eines von Salzmanns großen Verdiensten, das Apothekenmonopol gegenüber den Krankenkassen behauptet zu haben. Diese Sonderstellung verpflichtete die Pharmazeuten allerdings zu immerwährender, namentlich für Alleinarbeitende schwer erträglicher Dienstbereitschaft, deren Umfang Salzmann über die Regelung der Sonntags- und der Nachtruhe zu bessern suchte. Bereits 1902 erreichte er zunächst für manche Bezirke eine stundenweise Sonntagspause bzw. für Orte mit zwei oder mehreren Apotheken einen Wechseldienst; doch mit dem Verweis auf das Apothekenmonopol modifizierten die jeweiligen Regierungen bis auf die gekürzte entgeltfreie nächtliche Inanspruchnahme ihre diesbezüglichen Anordnungen fast nur zum Nachteil der Pharmazeuten. Erst das Apothekengesetz von 1960 regelte den Notdienst. Ein weiteres Betätigungsfeld von Salzmann war zum einen die Umsetzung der RVO und zum anderen nach dem Ersten Weltkrieg die der Tarifverträge, die er zum Wohl der Apothekenleiter, aber auch der Angestellten federführend mitzugestalten wusste.

Salzmanns steter Einsatz zielte immer nur darauf ab, Beistand zu leisten und Not zu lindern, wozu die Verwaltung alter bzw. die Einrichtung neuer Hilfsfonds – darunter die Salzmann-Stiftung – ebenso gehörten wie letztlich auch die Schaffung der Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker: Hageda. Die Berliner Apothekerschaft hatte sich berechtigterweise über die Belieferung mit minderwertigem Verbandszeug geärgert und bereits im November 1902 die Bildung einer Wirtschaftsgenossenschaft zum Ein- und Verkauf von textilen Materialien zur Wundversorgung vorgeschlagen; die Anregung wurde dann am 30. Dezember mittels Gründung der Hageda umgesetzt und Salzmann zum Vorsitzenden des ersten Aufsichtsrats gewählt. Der schließlich verabschiedete Vertrag legte als Gegenstand des Unternehmens den gemeinsamen Einkauf und die Herstellung von pharmazeutischen Präparaten, medizinischen Verbandstoffen und Arzneispezialitäten fest, beabsichtigte also von Anfang an eine Ausdehnung auf die Produktion. Hierbei zeigten sich einmal mehr Salzmanns Weitsicht und sein taktisch kluges Verhalten: Denn obwohl er die großindustrielle Fabrikation von Medikamenten als Vorstandsvorsitzender des DAV offiziell attackierte, war ihm andererseits klar, dass er diesen Prozess nicht aufhalten konnte; eine standeseigene Beteiligung daran erschien ihm deshalb mehr als sinnvoll und gerade für wirtschaftlich schwächere Kollegen überlebenswichtig. Es verwundert somit nicht, dass sich der DAV Ende 1903 mit der Frage beschäftigte, ob und wie die Ausdehnung des Unternehmens auf das ganze Deutsche Reich zu realisieren sei. Darüber hinaus hielt Salzmann die gemeinschaftliche Fabrikation von Spezialitäten, deren Herstellung nicht in jedem Apothekenlaboratorium möglich war, für ebenso gewinnbringend wie die Rezeptur von gewissen Präparaten im Großen durch besonders ausgerüstete Apotheker, die ihren Absatzmarkt im Kreis der Mitglieder fanden. 1908 schließlich gründete man das „Spezialitätenunternehmen des Deutschen Apotheker-Vereins“. Der gemeinsame Einkauf und die Eigenproduktion konnten allerdings nur dann durchschlagenden Erfolg nach sich ziehen, wenn man eine regionale Zersplitterung vermied und von Berlin aus zentral die Geschäfte leitete. Die ersten beiden Zweigniederlassungen der Hageda wurden 1904 in München und in Köln eröffnet. Es folgten 1908 in Dresden, 1911 in Breslau und Hamburg, 1912 in Frankfurt am Main und 1916 in Essen weitere Filialen. Ferner trat die Hageda 1921 mit der Firma E. Glück Nachfolger in Königsberg in eine Interessengemeinschaft. Niederlassungen in Erfurt und Kassel lehnte Salzmann 1921 wegen pekuniärer Schwierigkeiten ab, nicht aber die ihm lukrativ erscheinende Errichtung einer Seifenfabrik in Berlin-Weißensee. Bereits 1908 hatten die

österreichischen Kollegen in Wien, 1914 die ungarischen Apotheker in Budapest und ein Jahr später sogar Fachgenossen aus Konstantinopel Anträge auf Gründung von Zweigstellen eingebracht, die Salzmann jedoch – hauptsächlich aus politischen Motiven – abschlägig beschied. Auch die Danziger Pharmazeuten hatten 1906 Salzmann aufgefordert, eine Filiale in ihrer Stadt zu etablieren, ein Wunsch, dem (allerdings erst 1919) durch die Bildung der Tochtergesellschaft ‚Gedania‘ entsprochen wurde.

Unter Salzmanns Regie entstand nicht zuletzt 1909 das ‚Vereinshaus Deutscher Apotheker‘, in dem sowohl DAV als auch Hageda und Berliner Apotheker-Verein gemeinsam untergebracht waren; es gab damit eine Zentrale, von der aus die Geschicke der Kollegen selbst während des Ersten Weltkrieg hinweg gelenkt werden konnten. Salzmann kam seinen Aufgaben als DAV-Vorsitzender dabei weiterhin mit unendlichem Fleiß nach und entwickelte fast übermenschliche Kräfte, um die Arzneimittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Im Rahmen der großen Umwälzungen nach dem Krieg übernahm 1919 bekanntlich die Sozialdemokratie die Regierungsverantwortung. Salzmann befürchtete daher mit Recht eine Sozialisierung der Apotheken und arbeitete dafür, den Stand in Erwartung drohender politischer Auseinandersetzungen so eng wie möglich zusammenzuschließen, um eine Vergesellschaftung der Apotheken auf jeden Fall zu unterbinden. Aufgrund der Inflation und der Verarmung der Bevölkerung ging der Arzneimittelverbrauch so stark zurück, dass ein Großteil der Apotheken dem Ruin entgegensah. Der DAV-Vorsitzende wehrte sich: Hatte er während des Ersten Weltkriegs an die verschiedenen Regierungen 162 Eingaben – d. h. alle 10 Tage eine – adressiert, so verdoppelte er 1919 deren Zahl und steigerte diese dann noch einmal im Folgejahr.

Als 1933 die NSDAP von den Krankenkassen, der Ärzteschaft, den Drogisten und auch vom DAV eine Gleichschaltung vorzunehmen verlangte, musste Salzmann am 22. April mit seinem gesamten Vorstand zurücktreten. Im Mai 1938 zwang ihn der Reichsapothekerführer Albert Schmierer zudem, nach 32 Jahren seinen Posten als Aufsichtsratsvorsitzender der Hageda niederzulegen. Nun blieben ihm nur noch die Ranke-Apotheke und seine Familie. Die letzte Wegstrecke war von weiterem Verlust gekennzeichnet: Salzmann büßte durch die Bombardements auf Berlin in der Nacht zum 15. Februar 1944 gleichzeitig Apotheke und Wohnhaus ein. Eine Bleibe fand das alte Ehepaar bei einer Tochter in Castrop, wo der verdiente pharmazeutische Standespolitiker dann am 28. Juni 1945 gestorben ist. Dass sein Name seither zunehmend in Vergessenheit geriet und seine Lebensleistung bis heute nicht die angemessene Würdigung erfahren hat, war denn auch der Anlass, mit der vorliegenden Arbeit eine für die deutsche Pharmazie einst maßgebende und zudem menschlich integre Persönlichkeit einer größeren Öffentlichkeit wieder in Erinnerung zu rufen.

6. Anhang

6.1. Kurzbiographien der engeren Verwandten und Wegbegleiter Salzmanns

Die folgenden Angaben betreffen zum einen die engere Verwandtschaft Salzmanns, d.h. seiner und seiner Ehefrau Eltern und Geschwister sowie beider Kinder; zum anderen eine Reihe von Personen, mit denen er während seines Berufslebens in unterschiedlichsten Sachzusammenhängen mehr oder minder lange zu tun hatte. Die Aufstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, lässt aber hinreichend das soziale Umfeld erkennen, in dem sich Salzmann – vornehmlich im Rahmen seiner Funktionen – bewegte.

ADLUNG (ADELUNG), Alfred Artur Max, wurde am 21. August 1875 als Sohn eines Apothekers in Staßfurt geboren und starb am 28. Dezember 1937 in Berlin. Nach dem Besuch der Gymnasien in Magdeburg und Fulda arbeitete er ab 1893 in der Römer-Apotheke in Frankfurt/Main zunächst als Lehrling, später als Gehilfe. Das pharmazeutische Studium in Marburg schloss er 1900 mit dem Staatsexamen ab und wurde dort zum Dr. phil. promoviert. Von 1904 bis 1907 war er als Militärapotheker in Südwestafrika. 1907 berief man ihn als Korpsstabsapotheker in das Reichskolonialamt und beförderte ihn 1917 zum Oberstabsapotheker. Nach dem Krieg fand er eine Anstellung im Reichsgesundheitsamt und avancierte 1935 zum Oberregierungsrat. Er hat seine wissenschaftliche Arbeit fast ausschließlich der Pharmaziegeschichte gewidmet. [Gesch. der Pharm. mit Urdang!] 1931 erhielt er die Schelenz-Plakette. Aufgrund ihrer Posten trafen sich Adlung und Salzmann öfters (HEIN/SCHWARZ Bd. I [1975], 2 f.).

ARENS, Heinrich Friedrich, wurde am 1. August 1814 in Lengerich (Tecklenburg) geboren und starb am 1. März 1880 in Münster. Ab 1852 war er zunächst Kreisarzt in Coesfeld, 1856 dann chirurgischer Assessor, 1860 Kreisphysikus von Münster und Umgebung. 1867 ernannte man ihn zum Medizinalrat, 1873 zum Regierungs- und Medizinalrat. In dieser Funktion leitete er die Prüfungskommission, vor der Salzmann am 4. Januar 1878 sein Examen als Apothekengehilfe ablegte (LM 1).

BACHMAIR, Joseph, wurde am 13. November 1859 in Freising geboren und starb am 22. Juli 1926 in Pasing. Der Apotheker besaß die St. Jakobs-Apotheke in München-Pasing, war Nachfolger Karl Thaeters und damit der zweite Filialleiter, den Salzmann für die Hageda in München angestellt hat (AZ 40 [1925], 876; 41 [1926], 799; StAMü 1).

BAETCKE, Carl, wurde am 13. Mai 1852 in Berlin geboren und starb am 25. Mai 1902 ebendort. 1877 legte er die pharmazeutische Staatsprüfung in Freiburg i.B. ab, wo er 1879 auch promoviert wurde. Am 1. Mai 1879 übernahm er die väterliche ‚Apotheke zur Sonne‘ in Berlin. Im gleichen Jahr trat er dem DAV bei, dessen Vorsitzender er vom 1. Januar 1901 bis zum 25. Mai 1902 war und auf den dann Salzmann in diesem Amt folgte (AZ 17 [1902], 361 f., 366).

BECKER, Clemens Anton Matthias, wurde am 2. September 1834 in Vreden als Sohn von Theodor Anton Heinrich Becker und dessen Ehefrau Magdalene Franziska geboren und starb am 16. Juli 1912 in Hamm. Er heiratete am 2. August 1872 in Ahaus Maria Ziegler. Becker war Oberlandgerichtsrat, Senatspräsident und Geheimer Justizrat in Hamm und war Heinrich Salzmanns Schwiegervater (PE 12).

BECKER, Maria Clementine Augusta Wilhelmine Franziska wurde am 13. Februar 1850 in Ahaus als Tochter von Karl Anton Ziegler und dessen Ehefrau Auguste geboren und starb am 25. Mai 1927 in Hamm. Sie heiratete Clemens Becker am 2. August 1872 und war Heinrich Salzmanns Schwiegermutter (PE 13).

BELLINGRODT, Friedrich, wurde am 17. März 1830 in Daaden geboren und starb am 9. März 1904 in Köln. Seine Lehrjahre verbrachte er von 1847 bis 1850 in der Dürener Löwen-Apotheke und leistete 1854 den Militärdienst ab. Von 1856 bis 1857 studierte er in Berlin Pharmazie, arbeitete anschließend eineinhalb Jahre in Siegen und übernahm 1860 die väterliche Apotheke in Oberhausen, in der er fast 34 Jahre lang tätig war. 1894 siedelte er nach Köln über, wo er sich pharmaziegeschichtlichen Studien widmete und von 1899 bis 1901 gleichzeitig den Vorsitz des DAV innehatte. Bellingrodt zollte Salzmann höchstes Lob bezüglich dessen Engagements für die Entwicklung der Apotheker-Zeitung (HEIN / SCHWARZ Bd. I [1975], 43).

BERENDES, Julius, wurde am 23. März 1837 in Paderborn geboren und starb am 6. Juli 1914 in Goslar. Er ging zunächst bei seinem Bruder in Lahde (Kreis Minden-Lübbecke) in die Apothekerlehre und vollendete diese in Belecke (Arnsberg). Danach studierte er zwei Semester in Innsbruck bzw. Freiburg, vorzugsweise Philosophie, Geschichte und Archäologie. Es folgte seine Militärzeit als einjährig-freiwilliger Apotheker in Münster, wo er gleichzeitig Vorlesungen über Chemie, Botanik und Physik hörte; zwei weitere Semester Pharmazie nebst Staatsexamen in Bonn schlossen sich an. Er promovierte in Freiburg und kaufte 1865 mit seinem Bruder die Apotheke in Ahaus, die er später allein übernahm. Nach dem Tod seiner Frau pachtete er 1883 die Degersche Rats-Apotheke in Goslar, die er 1887 wieder aufgab, um sich nur noch seiner schriftstellerischen Tätigkeit widmen zu können, aufgrund derer er im Jahr 1900 den Professortitel verliehen bekam. Berendes war Lehrherr von Salzmann (Goslarsche Zeitung, 14. April [1914], 5; 7. Juli [1914], 8; StAGo 1; HEIN / SCHWARZ Bd. I. [1975], 44 f.).

BERENS, Peter, wurde am 21. Dezember 1861 in Rahrbach- Kruberg geboren und starb am 5. April 1935 in Rüthen. Am 10. August 1888 empfing er in Paderborn die Priesterweihe. Ab 1888 betreute er als Kaplan die Gemeinde St. Agnes, Hamm, wo er 1897 Pfarrverweser wurde und in dieser Funktion Bertha und Heinrich Salzmann am 26. Mai 1901 traute. 1904 wechselte der Pfarrer zunächst zur Erfurter Schottenkirche, dann 1917 nach Rüthen (KP 1).

BERGTER, Curt (Kurt), wurde am 3. August 1850 in Altenburg geboren und starb am 21. September 1892 in Falkenstein (heute Königsstein / Taunus) an Tuberkulose in der dortigen Heilanstalt. Als Wohnort wird in dem Verzeichnis der in diesem Krankenhaus verstorbenen Patienten eine nicht entzifferbare Stadt in ‚Columbien SA‘ angegeben. Dazu passt die kurze Notiz in der Pharmazeutischen Zeitung über seinen Tod, in der er als „Konsul a.D.“ bezeichnet wird. Curt Bergter hatte 1892 eine nach ihm benannte Stiftung begründet, die Salzmanns Aufsicht unterstellt wurde (PZ 37 [1892], 599; StAKön 1).

BOECKH, Ernst August, wurde am 5. Februar 1859 in Potsdam geboren und starb am 11. April 1942 in Berlin. Nach seiner Promotion 1882 in Berlin folgte eine steile Karriere als Militärarzt. Zunächst arbeitete der Mediziner in Freiburg i.Br. und Karlsruhe. Ab 1889 war er Stabs- und Bataillonsarzt in Darmstadt, bis er 1895 ins Königin Augusta-Garde-Grenadier-Regiment in Spandau, dann 1897 in Berlin überwechselte. Ein Jahr später kehrte er als Oberstabs- und Regimentsarzt nach Darmstadt zurück und übernahm den gleichen Posten 1899 im Garde-Füsilieregiment in Berlin. 1905 berief man ihn als Generalober- und

Divisionsarzt nach Frankfurt am Main. Seine Laufbahn beendete Boeckh als General- und Korpsarzt des 16. Armeekorps in Metz. Mit Boeckh war Salzmann befreundet (PBo 1).

BORN, Johann, stammte aus Königsberg in Preußen (Lebensdaten waren nicht zu ermitteln). Er war am 3. Mai 1906 Gründungsmitglied der Gesellschaft ‚Vereinshaus Deutscher Apotheker G.m.b.H‘ (AZ 45 [1930], 387; HEIN / SCHWARZ Bd. I [1975], 236).

BRÜCKNER, Hugo Oswald, wurde am 31. März 1869 in Dresden geboren und starb am 15. Februar 1950 in Zittau. Nach der Lehre in der Albert-Apotheke in Dresden verbrachte er seine Gehilfenjahre in der Erfurter Löwen- bzw. in der Bellevue-, Askanischen- und Luisen-Apotheke in Berlin, wo er von 1890 bis 1892 Pharmazie und anschließend Nahrungsmittelchemie studierte. Er arbeitete von 1893 bis 1898 in Hannover, Berlin, Dresden sowie München, kaufte am 1. Juli 1898 die Stadtapotheke in Oelsnitz und am 1. April 1903 die Zittauer Stadtapotheke. Seit der Gründung des ‚Spezialitäten-Unternehmens‘ der Pharmazeutischen Kreisvereine in Sachsen 1911 war Brückner sowohl dort als auch im ‚Spezialitäten-Unternehmen Deutscher Apotheker‘ Ausschussmitglied bzw. später dann Leiter beider Unternehmen. Daneben war er von 1917 bis 1928 Vorsitzender des Apotheker-Vereins Bautzen sowie von 1925 bis 1932 zusätzlich Vorsitzender des Gauess Sachsen und leitete den Verband der ‚Apotheker von Zittau und Umgebung‘. Seit der Gründung 1924 gehörte Brückner dem ersten Vorstand der Salzmann-Stiftung an (StAD 1; StAZ 1).

BÜSCH, Anton, wurde am 19. Juli 1880 in Essen geboren und starb am 7. Oktober 1933 in Gelsenkirchen. Nach dem Abitur absolvierte er von 1898 bis 1901 die Apothekerlehre, leistete den Militärdienst ab, studierte von 1903 bis 1905 Chemie und Pharmazie an der Universität Gießen, konditionierte in Elbing, Butzbach, Altena und Gelsenkirchen und verwaltete ab 1911 die Marien-Apotheke in Essen, bis er 1914 als Soldat eingezogen wurde. 1919 kaufte er die Engel-Apotheke in Gelsenkirchen, die er bis zu seinem Tod leitete. Büsch engagierte sich sowohl in der Politik als auch in der Standespolitik und bekleidete eine große Anzahl von Ehrenämtern. Er war Vorsitzender der Apothekerkammer Westfalen, führte ab 1923 zusätzlich den Preußischen Apothekerkammer-Ausschuss, leitete den Zusammenschluss verschiedener Landesapothekervereine, den sog. Westbund, und war Mitbegründer der Sertürner-Stiftung. Büsch gehörte 1929 neben König, Sparrer, Wartenberg, Schwarz und Salzmann zum DAV-Vorstand (SAZ 64 [1924], 503; AZ 42 [1927], 1328; HEIN / SCHWARZ Bd. I [1975], 95 f; FRIEDRICH/ MÜLLER-JAHNCKE [2005], 794).

CALLIESS, Franz, wurde am 23. November 1850 in Stargard (Pommern) geboren und starb am 7. Januar 1914 in Berlin. Nach der Apothekerlehre fand er eine Gehilfenstelle in der ‚Marquardts Apotheke zum Greif‘ in Stettin und studierte von 1874 bis 1875 Pharmazie in Greifswald. Nachdem er im Wintersemester 1875/76 weitere Studien im chemischen Institut Fresenius in Wiesbaden absolviert hatte und 1877 in Freiburg promoviert worden war, kaufte er 1881 die Apotheke ‚Alt-Moabit‘ in Berlin. Seit 1906 bekleidete er als Nachfolger Carl Schachts das Amt des pharmazeutischen Assessors beim Medizinalkollegium der Provinz Brandenburg. Ab 1901 gehörte Calliess dem Vorstand des DAV als dessen Schatzmeister an und wurde in den Aufsichtsrat der Handelsgemeinschaft Deutscher Apotheker sowie in den des Vereinshauses Deutscher Apotheker berufen. Aufgrund der Verdienste um den Bau des Vereinshauses bekam Calliess zusammen mit Salzmann am 5. September 1909 den Roten Adlerorden vierter Klasse verliehen. Seinen Einsatz für die Allgemeinheit honorierte man mit der Zuerkennung des Titels ‚Medizinalrat‘ (AZ 28 [1914], 1).

CIESLEWICZ, Bruno (1890–1959) (Die genauen Lebensdaten waren nicht zu ermitteln). Als fünfzehnjähriger Kaufmannslehrling trat er am 1. April 1905 in die Hageda ein und feierte

somit am 1. April 1945 sein 40jähriges Dienstjubiläum. Am 21. März 1945 forderte Heinrich Salzmänn jun. seinen Vater auf, Cieslewicz anlässlich dieses Jubiläums ein paar Zeilen zu schreiben (PW 47; PC 1).

CLAUS, Adolf Karl Ludwig, wurde am 6. August 1840 in Kassel geboren und starb am 4. Mai 1900 in Horheim (Landkreis Waldshut). 1863 wurde er Privatdozent für das Fach Chemie in Freiburg, 1867 außerordentlicher Professor zusätzlich für Technik, 1875 ordentlicher Professor für Chemie und gleichzeitig Direktor des dortigen Chemischen Instituts. Claus war neben Willgerodt Doktorvater von Salzmänn (Badische Biographien Bd. V. [1906], 101–103).

CONTI, Leonardo, wurde am 24. August 1900 in Lugano geboren und beging am 6. Oktober 1945 in seiner Zelle in Nürnberg Selbstmord. Er studierte Medizin, war 1918 Mitbegründer des antisemitischen Kampfbundes für Deutsche Kultur und beteiligte sich 1920 am Kapp-Putsch: dem wohl wichtigsten innenpolitischen Ereignis der Weimarer Republik, der das Deutsche Reich an den Rand eines Bürgerkriegs brachte und die Reichsregierung zur Flucht aus Berlin zwang. 1923 schloss sich Conti der SA an und wohnte ab 1927 in Berlin, wo er das Sanitätswesen der SA und den Gau Berlin des nationalsozialistischen Ärztebundes organisierte. 1939 avancierte er als Staatssekretär zum Leiter des Gesundheitswesens sowohl im preußischen als auch im Reichsinnenministerium. Im August 1941 wurde Conti in den Reichstag gewählt und 1944 zum Obergruppenführer der SS befördert, der er sich bereits 1933 angeschlossen hatte. Als Reichsgesundheitsführer war Conti verantwortlich für alle Maßnahmen im Bereich des Gesundheitswesens, darunter die Beseitigung Behinderter und alter Menschen. Conti und Fiek setzten am 28. März 1933 Salzmänn faktisch ab und nominierten den Vertrauensmann der NSDAP Karl Heber (DBE Bd.2 [1995] 366 f.).

CONTZEN, Oskar, wurde am 3. August 1844 in Vreden, Kreis Ahaus, geboren (Weder das Todesdatum noch der Sterbeort konnten ermittelt werden). Nach dem Abitur 1862 arbeitete er als Lehrling in der Beckerschen Löwen-Apotheke in Minden und bestand 1865 die Gehilfenprüfung; anschließend absolvierte er den Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger. Von 1870 bis 1871 studierte er Pharmazie in Marburg und pachtete von 1873 bis 1878 die Elfferdingsche Apotheke in Dinslaken; daraufhin kaufte er 1878 zunächst die Giershausensche Apotheke in Neunkirchen (Saar) und 1893 die Dom-Apotheke in Köln. Von 1896 bis 1901 war er zudem Mitglied des Preußischen Apothekerrats, Vorsitzender des Kreises Köln im DAV und bei der Gründung der Hageda stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender sowie seit dem 2. Januar 1905 Leiter der Kölner Niederlassung und als solcher Salzmänn Mitarbeiter; daneben Vorstandsmitglied der Apothekerkammer der Rheinprovinz und der Hohenzollerschen Lande (AZ 37 [1922], 137 f.; 39 [1924], 933 f; WÜLLRICH / WEHLE [1988], 72).

DAHMEN, Jo(h)annes Mathias Wilhelm, wurde am 21. März 1771 in Köln als Sohn des Spezereihändlers Wilhelm Mathias Dahmen und dessen Ehefrau Anna Barbara, geb. Wintz, geboren und starb am 11. Januar 1862 in Zündorf. Er war Rentant und heiratete Maria Sibille Henriette Beesen am 7. April 1801. Wilhelm war der Vater von Therese Henriette Sibille Salzmänn, der Mutter Heinrich Salzmänn, und damit dessen Großvater (PE 3; LBr 1, 3).

DEVIN, Gustav, wurde am 12. Februar 1870 in Hamburg geboren und starb am 3. Januar 1943 in Berlin. Nach seiner schulischen Ausbildung in Münster (Westfalen) und Hamm, begann er seine pharmazeutische Laufbahn in Hamburg und studierte ab dem Sommersemester 1894 Pharmazie, Chemie und Nahrungsmittelchemie in Münster sowie Heidelberg; im November 1895 bestand er die pharmazeutische Staatsprüfung, wurde im Mai 1898 in Heidelberg

promoviert und legte im Oktober des Jahres in Münster die Hauptprüfung für Nahrungsmittelchemiker ab. Im Winter 1898/99 war er als Assistent an der Agrikulturchemischen Versuchsstation in Münster tätig und begann gleichzeitig seine militärische Laufbahn. Am 1. Juli 1906 erfolgte seine Versetzung zum hygienisch-chemischen Laboratorium bei der Kaiser-Wilhelm-Akademie für das militärische Bildungswesen in Berlin, von wo er im Dezember 1906 in das preußische Kriegsministerium berufen wurde. 1907 ernannte man ihn zum Oberstabsapotheker im preußischen Kriegsministerium, dem er bis zur Auflösung als Referent angehört hat. Bei der Errichtung des Reichswehrministeriums wurde Devin in dieses übernommen; 1922 ernannte man ihn zum Oberregierungs-, 1925 zum Ministerialrat. Devin machte sich um die Entwicklung der Militärpharmazie im königlichen Heer, dann um deren Wiederaufbau in der Reichswehr verdient. Von seiner Tätigkeit auf schriftstellerischem Gebiet sind neben einer stattlichen Anzahl sonstiger Veröffentlichungen vor allem das zusammen mit Salzmann verfasste Unterrichtsbuch ‚Der Dienst des deutschen Apothekers im Heere, in der Marine und in der Schutztruppe‘ und schließlich das von Devin allein herausgebrachte Werk ‚Die deutschen Militärapotheker im Weltkriege‘ zu nennen (AZ 40 [1925], 852; 45 [1930], 189; HEIN / SCHWARZ Erg.-Bd. [1986], 79).

DIETERICH, Karl, wurde am 30. Juli 1869 in Helfenberg als Sohn des Apothekers und Fabrikanten Eugen Dieterich geboren und starb am 4. März 1920 ebendort. Auf Wunsch seines Vaters studierte er Pharmazie, obwohl er große künstlerische Neigungen hatte. Nach der Approbation als Apotheker 1895 in München erwarb er 1896 in Bern den philosophischen Doktorgrad und 1909 die Lehrbefugnis für Pharmakochemie an der Tierärztlichen Hochschule in Dresden. 1917 wurde er zum Professor ernannt. Der Vater zog sich aus seiner ‚Chemischen Fabrik von Helfenberg bei Dresden‘ 1895 zugunsten seiner beiden Söhne zurück, wobei Hans kaufmännischer und Karl technischer sowie wissenschaftlicher Direktor wurde. Die chemische Fabrik Helfenberg hat in Deutschland eine Vorreiterrolle bei der Einführung von Reagenzpapieren gespielt. 1902 bekämpften Dieterich und Salzmann sich bei der Einführung von Arzneispezialitäten (AZ 18 [1903], 571 f.; 34 [1919], 224, 232, 350; HEIN / SCHWARZ Bd. I [1975], 120 f.; FIEDLER, [2001], 10–13).

EISERT, Karola Eva Johanna Maria wurde am 30. April 1918 als siebtes Kind und vierte Tochter Heinrich Salzmanns in Berlin-Wilmersdorf geboren und starb am 9. September 2003 in Geislingen a. d. Steige. (Da Karola Eisert den Buchstaben ‚C‘ dem ‚K‘ vorzog, änderte sie neben diesem gleich den gesamten Vornamen in ‚Carla‘ um). Sie war Kandidatin der Medizin; sie heiratete standesamtlich am 28. November und kirchlich am 5. Dezember 1942 in Berlin Dr. med. Herbert Eisert. Aus der Ehe gingen neun Kinder hervor (PE 53).

ERNST, Hildegard Auguste Maria wurde am 24. Juni 1912 in Berlin-Wilmersdorf als sechstes Kind und dritte Tochter Heinrich Salzmanns geboren und starb am 5. April 2005 in Münster. Sie heiratete 1942 Alfons Ernst. Aus der Ehe gingen fünf Kinder hervor (AZ 51 [1912], 485; PE 49).

EVERS, Albert, wurde am 22. April 1864 in Rostock geboren und starb am 31. Januar 1929 in Wittstock (Dosse). Der Apothekenbesitzer stand von 1923 dem Gau Brandenburg vor und arbeitete seit Anfang 1928 zusammen mit Salzmann im DAV-Vorstand (AZ 44 [1929], 142, 160).

FELDHAUS, Sigismund Alexander, wurde am 21. September 1822 in Haltern geboren und starb am 4. Mai 1895 in Münster. Er übernahm 1851 die Hirsch-Apotheke in Horstmar, die er 1867 wieder verkaufte, um nach Münster zu ziehen. Von 1869 bis 1883 war er Inhaber der

dortigen Hirsch-Apotheke und ab 1873 auch Eigentümer des Hauses. Vom 1. Januar 1878 bis 30. Juni 1879 fand Salzmann bei ihm seine erste bezahlte Gehilfenstellung. 1883 gab Feldhaus die Apotheke auf, verkaufte auch das Haus, zog dann in die Jüdefelder Straße 72 der Stadt in eine Mietwohnung und war damit Nachbar von Familie Salzmann, die ebenfalls in der Jüdefelder Straße lebte (KLÖTZER [2008], 202; StAMün 3; PJ 1).

FIEK, Hanns-Reinhard, wurde am 14. Februar 1895 in Dresden geboren und starb am 25. Januar 1944 in Berlin. Er studierte nach der Teilnahme am Ersten Weltkrieg Pharmazie in Leipzig und war später in einigen sächsischen Apotheken tätig. Während der Rezession 1929/1930 wurde er arbeitslos. Am 1. Oktober 1930 trat Fiek in die NSDAP ein. Standespolitisch arbeitete er mit gleichgesinnten Kollegen in der ‚Apothekergemeinschaft‘ zusammen. 1931 trat er dem Ärztenbund bei und gründete die Fachgruppe ‚Apotheker‘ für den Bereich Sachsen. Ab Mitte 1932 leitete Fiek die ‚Fachschaft der Apotheker im NS-Ärztenbund‘. Gleichzeitig übernahm er dieselbe Fachgruppe im ‚Amt für Volksgesundheit der NSDAP‘. Fiek versuchte, die Begriffe ‚Pharmazie‘ und ‚Nationalsozialismus‘ miteinander zu verbinden, wobei es ihm um einen grundsätzlichen Wandel ging. Sein Bestreben war außerdem, die zersplitterten pharmazeutischen Fachvereine in einer nationalsozialistischen Standesorganisation – der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Apotheker (ADA) zusammenzuschließen. Nach Tätigkeiten im Preußischen Innenministerium und der Übernahme in das Reichsgesundheitsamt war Fiek ab Juli 1936 bis zur Einstellung der Pharmazeutischen Zeitung im Jahr 1937 deren Hauptschriftleiter. Er geriet jedoch in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu Reichsapothekerführer Albert Schmierer. Um einem berufsgerichtlichen Verfahren zu entgehen, musste Fiek 1938 auf seine Bestallung als Apotheker verzichten. Er soll dann als Einkäufer in einer pharmazeutischen Großhandlung gearbeitet haben. Fiek wurde entsprechend den Vereinbarungen zwischen der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft und der Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker in den Vorstand der DPhG aufgenommen; in seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender wurde er auf der Hauptversammlung am 24. November 1933 bestätigt. Fiek und Conti setzten am 28. März 1933 Salzmann faktisch ab und nominierten den Vertrauensmann der NSDAP Karl Heber (DRUM, 326 f.; Hein / SCHWARZ Erg.-Bd. [1986], 119 f.).

FREYBERG, Ernst, wurde am 30. Oktober 1861 in Delitzsch geboren und starb am 20. Januar 1925 ebendort. Der Apotheker übernahm 1888 das elterliche Schädlingsbekämpfungsmittel-Unternehmen, das dann als ‚Ernst Freyberg, Chemische Fabrik Delitia in Delitzsch‘ firmierte und als Warenzeichen ‚Delicia‘ 1898 amtlich registrieren ließ. Aus der kleinen Fabrikationsstätte entwickelte sich im Laufe der Jahrzehnte ein Großbetrieb mit verschiedenen Zweigwerken. Bis zur Teilung Deutschlands und seiner Verstaatlichung zum VEB Delicia Delitzsch blieb das Familienunternehmen dort ansässig; von Apotheker Dr. Werner Freyberg (1901–1976) wurde es dann nach Laudenbach (Bergstraße) verlegt, wo es heute noch unter der geänderten Markenbezeichnung ‚Detia‘ zahlreiche wichtige Schädlingsbekämpfungs- und Pflanzenschutzmittel herstellt. Ernst Freyberg war neben Johann Born, Franz Calliess, Martin Fränkel, Alfred v. Gusnar, Conrad Hagenbeck, Hermann Thoms, Hugo Unger und Salzmann am 3. Mai 1906 Gründungsmitglied der Gesellschaft ‚Vereinshaus Deutscher Apotheker G.m.b.H‘ (PSc 1; FL 1).

FROELICH, Max, wurde am 10. Dezember 1851 in Graudenz a. d. Weichsel geboren und starb am 2. April 1928 in Berlin. Nach dem Besuch des Gymnasiums arbeitete er zunächst als Apothekeneleve, dann als Assistent in seiner Vaterstadt, anschließend in Berlin, Schaffhausen und Dortmund. Das Studium in Königsberg schloss er 1875 mit der Staatsprüfung ab; 1877 kaufte er die Apotheke zum Gekrönten Adler in Berlin, die er bis 1908 besaß. Froelich war als einer der maßgeblichen Standespolitiker seiner Zeit seit 1890 Vorstandsmitglied des DAV,

dessen Leitung er von 1892 bis 1899 innehatte. 1897 gehörte er zusammen mit Salzmann dem Gremium für die Einführung eines deutschen homöopathischen Arzneibuches an. 1898 wurde er pharmazeutischer Assistent in der Medizinalabteilung des Preußischen Kultusministeriums und dort 1901 zum Medizinalrat ernannt; in dieser Position war er bis 1920 tätig. Froelich, der eine glänzende Rednergabe und ein mitreißendes Temperament besaß, hat auf alle zwischen 1898 und 1920 erlassenen gesetzlichen Bestimmungen des Apotheken- und Arzneimittelwesens Einfluss ausgeübt (AZ 33 [1918], 158 f.; 35 [1920], 461; 43 [1928], 425; HEIN / SCHWARZ Bd. I [1975], 180).

GEBLER, Ernst Carl Amadeus (1870–1942) (Die genauen Lebensdaten waren nicht zu ermitteln). Er war Kammermitglied für die Provinz Hannover, Vorsitzender des Gauess Niedersachsen und Vorstandsmitglied des DAV im Jahr 1933. Zusammen mit Georg Sparrer, Anton Büsch, Otto Schwarz und Carl Wachsmuth-Melm erlebte er die letzten Tage von Heinrich Salzmann als Vorsitzender des DAV. Gebler stand der NSDAP nahe (AZ 39 [1924], 304 f., 421; 41 [1926], 411; FRIEDRICH / MÜLLER-JAHNCKE [2005], 794).

GUSNAR, Alexander Eduard Alfred von, wurde am 15. Juli 1862 in Berlin geboren und starb am 7. Februar 1942 ebendort. Die Apothekerlehre absolvierte er in Berlin, und zwar in der ‚Zum Gekrönten Schwarzen Adler‘ und in der väterlichen ‚Zum Weißen Adler‘. Nach einem Jahr Gesellenzeit studierte er bis 1887 und versah seinen Militärdienst in Tempelhof. Nach Übernahme der Apotheke ‚Zum Weißen Adler‘ engagierte er sich in der Standespolitik. Alfred v. Gusnar war neben Johann Born, Franz Calliess, Martin Fränkel, Ernst Freyberg, Conrad Hagenbeck, Hermann Thoms, Hugo Unger und Salzmann am 3. Mai 1906 Gründungsmitglied der Gesellschaft ‚Vereinshaus Deutscher Apotheker G.m.b.H‘ (AZ 45 [1930], 387; HEIN / SCHWARZ Bd. I [1975], 236).

HAGENBECK, Conrad, wurde 1856 geboren und starb am 1. Februar 1930 in Berlin (Der genaue Geburtsort und das exakte -datum konnten nicht ermittelt werden). Der Apothekenbesitzer aus Berlin-Lichtenberg war Mit-Initiator und langjähriger Direktor der Hageda; außerdem neben Johann Born, Franz Calliess, Martin Fränkel, Ernst Freyberg, Alfred v. Gusnar, Hermann Thoms, Hugo Unger und Salzmann am 3. Mai 1906 Gründungsmitglied der Gesellschaft ‚Vereinshaus Deutscher Apotheker G.m.b.H‘ (AZ 19 [1904], 701; 45 [1930], 158, 160).

HEBER, Friedrich Albert Karl, wurde am 23. Juni 1891 in Eisleben geboren und starb am 7. Oktober 1939 in Koszience (Polen). Nach dem Abitur 1910 begann er mit dem Chemie- und Mineralogiestudium in Freiburg i.Br., das er in Leipzig und Berlin fortsetzte; dort bestand er 1913 das Verbandsexamen für Chemiker, worauf 1914 seine Promotion an der Universität Leipzig zum Dr. phil. erfolgte. Er nahm am Ersten Weltkrieg als Freiwilliger teil. Von 1919 bis 1926 war Heber in verschiedenen chemischen und pharmazeutischen Fabriken in leitender Stellung tätig, bevor er von 1929 bis 1930 an der Universität Leipzig Pharmazie studierte und nach dem Staatsexamen die Apotheke seines Schwiegervaters in Magdeburg leitete. Am 27. März 1933 übernahm Heber – Nationalsozialist und Träger des Goldenen Parteiabzeichens – unter dem Druck des damaligen preußischen Innenministeriums als Kommissar die Leitung des Deutschen Apotheker-Vereins und damit die Nachfolge Salzmanns. Wahrscheinlich als Opfer verschiedener Intrigen legte er seinen Posten am 21. September 1933 nieder. Heber, der als Hauptmann und Batterieführer am Zweiten Weltkrieg teilnahm, wurde Anfang Oktober 1939 verwundet und starb in einem Lazarett (HEIN / SCHWARZ Erg.-B. [1986], 176 f.).

JOHANNSEN, Diedrich, wurde am 28. Juli 1849 in Oldenburg geboren und starb am 26. November 1931 in Esens (Ostfriesland). Ab 1866 arbeitete er als Eleve in der Apotheke in Wegersleben (Harz). Nach seinem Pharmaziestudium an der Universität Göttingen machte er sich als Apotheker in Esens selbstständig. 1913 wurde er auf der Hauptversammlung in Kiel in den Vorstand des DAV unter Salzmann gewählt. Seit Errichtung der preußischen Apothekerkammer gehörte er ihr für die Provinz Hannover an (AZ 31 [1916], 582; KE 1).

JUNGCLAUSSEN, Caesar Albrecht, wurde am 5. Dezember 1855 in Hamburg geboren und starb am 5. Juli 1916 ebendort. Er wandte sich nach dem Abitur dem väterlichen Beruf zu und erhielt seine erste pharmazeutische Ausbildung in Gießen. Im Anschluss an die Gehilfenprüfung war er zunächst in Leipzig und später in der heimischen Apotheke praktisch tätig. An der Universität Straßburg bestand er 1882 sein Examen mit Auszeichnung; der Dokortitel blieb ihm jedoch verwehrt, weil er die väterliche Apotheke übernehmen musste. 1886 wurde er Mitglied des hamburgischen Medizinalkollegiums. 1903 wählte ihn der DAV in seine Kommission zur Bearbeitung des Arzneibuchs. Jungclausen attackierte Salzmann während der Hauptversammlung 1905 in heftiger Art und Weise (AZ 31 [1916], 326 f.; HEIN / SCHWARZ Bd. I [1975], 307).

KEIMER, Maria Theresia Antonia, wurde am 3. November 1906 in Berlin-Wilmersdorf als viertes Kind und zweite Tochter Heinrich Salzmanns geboren und starb am 7. Oktober 1998 in Castrop-Rauxel. Die promovierte Apothekerin heiratete 1936 Carl Norbert Wenzel Keimer. Aus der Ehe gingen neun Kinder hervor (AZ 89 [1906], 951; PE 44).

KÖNIG, Theodor Maria, wurde am 3. Februar 1862 in Hadamar (Hessen) geboren und starb am 9. September 1946 in München. Nach dem Abitur 1879 trat er als Lehrling in die Schwanenapotheke in Kirchheimbolanden ein und konditionierte ab 1885 in der Kopfabotheke in Frankfurt am Main, in der Amtsapotheke in Hadamar, in der Grünen Apotheke in Erfurt sowie in der Engelapotheke in Mainz. Von 1885 bis 1887 studierte er in Marburg Pharmazie, anschließend Chemie und wurde an der Philosophischen Fakultät der Universität Erlangen promoviert. Von 1887 bis 1889 arbeitete er als Assistent im chemischen Laboratorium der Königl. Akademie der Wissenschaften in München, um dann an die dortige Technische Hochschule zu wechseln. König wurde Vorsitzender des Münchner Apotheker-Vereins sowie Vorstandsmitglied des DAV unter Salzmann (SAZ 64 [1924], 502; AZ 45 [1930], 385; StAMü 2; MM 2; UM 1; UE 1).

KOSCHITZKY, Richard, wurde am 22. Dezember 1878 in Berlin geboren und starb am 2. Dezember 1936 ebendort. Ab dem 15. August 1906 war er zunächst der kaufmännische Geschäftsführer der Hageda und avancierte dann 1924 zu ihrem Generaldirektor (AZ 46 [1931], 1003, 1017; 51 [1936], 1776).

KRIESEL, Benedikta, wurde am 29. Mai 1893 in Berlin-Schöneberg geboren und starb am 26. Februar 1973 in Lüdinghausen. Die Kinderfrau im Hause Bertha und Heinrich Salzmann – von der Familie „Frulli“ bzw. von den Enkeln „Tante Frulli“ genannt (eine Abwandlung des Wortes „Fräulein“) – war ausgebildete Kindergärtnerin und hatte ihre Lebensstellung nach der Geburt des zweiten Salzmann-Sohnes am 24. August 1903 angetreten. Sie wird als resolute Frau geschildert, die den Jungen und Mädchen das praktische Leben beibrachte und den gesamten Haushalt organisierte (Persönliche Auskunft des Salzmann-Enkels Gerhard Ernst aus dem Jahr 2007; StALü 1).

KRISCHKE, Bertold, wurde am 17. Oktober 1857 in Breslau geboren und starb im August 1938 in Berlin (Die Trauerfeier fand am 13. August 1938 statt; der genaue Todestag war nicht zu

ermitteln). Krischke besuchte das Gymnasium in Breslau, wo er zuerst und dann in Leipzig Philologie studierte; er wurde Journalist und war in Berlin eine Reihe von Jahren in der Tagespresse tätig. Am 2. Januar 1888 begann er seine Laufbahn als Sekretär in der ehemaligen Geschäftsstelle des DAV, damals ‚Zentral-Bureau‘ genannt, in Berlin, Zimmerstraße 3/4. Im Jahr 1923 übernahm er die Leitung der Geschäftsstelle, die sich bereits seit dem 1. Oktober 1909 im Vereinshaus Deutscher Apotheker befand. Obgleich Krischke von Hause aus kein Apotheker war, arbeitete er sich schnell in die Pharmazie ein. Unter fünf Vorsitzenden des DAV – Brunnengraeber, Froelich, Bellingrodt, Baetcke und Salzmann – befasste er sich in unzähligen Schriftstücken mit den schwierigen Fragen des Apothekenrechts. Man nannte ihn das „wandelnde Lexikon“, und seine Kenntnisse der englischen, französischen, spanischen, dänischen und schwedischen Sprache machten ihn zum Auslandsberichterstatte des Vereins. 1932 brachte er im Alter von 75 Jahren – ein Getreuer Salzmanns – die ‚Geschichte des Deutschen Apotheker-Vereins von 1820 bis 1932‘ in Berlin heraus. (AZ 42 [1927], 1569 f.; 52 [1937], 1304; 53 [1938], 985).

KUHLMANN, Ernst, wurde am 5. Oktober 1862 in Geestemünde (Holstein) geboren und starb am 8. Juni 1931 in Berlin. 1879 trat er als Lehrling in die Adler-Apotheke in Berlin-Spandau ein, absolvierte die Gesellenzeit in St. Ingbert (Rheinpfalz), bei Christian Brunnengraeber in Rostock und wieder in Spandau, studierte dann in München, legte 1886 in Kiel die Staatsprüfung ab und wurde schließlich 1887 in Rostock zum Dr. phil. promoviert. Nach seiner Militär- und einer kurzen Konditionszeit in der König-Salomo- sowie in der Lützow-Apotheke in Berlin gründete er 1890 die ‚Parfümerie Dr. Kuhlmann‘, die noch 1929 mit ihren Filialen zu den bekanntesten Parfümerien Berlins zählte. 1897 übernahm er zusätzlich die Lützow-Apotheke und engagierte sich als Gründungsmitglied in der ersten Apothekerkammer; er wurde Geschäftsführer der Hageda und wirkte beim Bau des ‚Vereinshauses Deutscher Apotheker‘ mit (AZ 44 [1929], 389).

LABOSCHIN, Josef, wurde am 3. Juni 1869 in Gnesen (bei Posen) geboren und nahm sich im September 1936 in Berlin nach Entlassung aus dem Gestapogefängnis das Leben. 1897 erwarb er die ‚Apotheke zur Viktoria‘ in Berlin, verkaufte sie aber 1909 wieder, um die ‚Fabrik chem. pharm. Präparate‘ in der Levetzowstraße 23 neben dem Vereinshaus Deutscher Apotheker aufzubauen. Die Hageda unter Salzmann arbeitete von 1921 bis 1923 eng mit dieser 400 Angestellte beschäftigenden Firma zusammen und wurde 1927 Hauptaktionär der Dr. Laboschin AG (LEIMKUGEL [1991], 46, 85; REINHARD [1998], 94).

LENZ, Wilhelm Georg Leberecht, wurde am 31. August 1852 in Culmsee (Westpreußen) geboren und starb am 2. Dezember 1916 in Berlin. Nach Beendigung seiner Lehr- und Gehilfenzeit studierte er Pharmazie in Halle, Greifswald, Karlsruhe, Münster, Dresden, Bern, Marburg und Leipzig, wo er 1875 das Staatsexamen bestand. Anschließend absolvierte er seinen Dienst als einjährig-freiwilliger Militärpharmazeut in Karlsruhe und wurde 1876 in Freiburg promoviert. 1877–1885 war er Korpsstabsapotheker des VII. Armeekorps und 1885–1888 Oberstabsapotheker im preußischen Kriegsministerium, zugleich pharmazeutischer Konsulent der Kaiserlichen Marine. Im Jahr 1909 habilitierte sich Lenz als Privatdozent, nachdem er im Alter von 53 Jahren zusammen mit seinem Sohn das Abitur nachgeholt hatte. Er war als wissenschaftlicher Schriftsteller außerordentlich vielseitig. 1878 begeisterte Lenz den damaligen Apothekergehilfen Salzmann für den aktiven Militärdienst (AZ 31 [1916], 590; 40 [1925], 887; Hein / Schwarz Bd. I [1975], 367 f.).

LEWIN, Louis, wurde am 9. November 1850 in Tuchel (Westpreußen) geboren und starb am 1. Dezember 1929 in Berlin. Er studierte in Berlin Medizin und wurde dort 1875 promoviert. Ab 1878 war er Assistent am Pharmakologischen Institut, wo er sich 1881 habilitierte. Er stellte

als einer der ersten Mediziner wissenschaftliche Untersuchungen zur Morphinsucht an. 1894 wurde Lewin außerordentlicher und 1919 ordentlicher Professor, erhielt jedoch keinen offiziellen Lehrauftrag, so dass er Studenten und auch Nichtmediziner in überfüllten privaten Räumlichkeiten neben der Charité unterrichten musste. Ferner engagierte er sich u. a. im ‚Komitee für Obdachlosenasylo‘. In der Jüdischen Gemeinde zu Berlin war er einer der Repräsentanten der konservativen Fraktion. 1912 stellte Lewin die ‚Formulae magistrales Germanicae‘ zusammen, die unter Salzmanns Federführung der DAV herausgab. Ein vervollständigtes Verzeichnis seiner pharmakologischen und toxikologischen Schriften umfasst 265 Titel (HOPPE [1985]; PZ 69 [1930], 6).

MANNICH, Carl, wurde am 8. März 1877 in Breslau geboren und starb am 5. März in Karlsruhe. Er besuchte zunächst Gymnasien in Weimar und in Berlin. Nach einer Apothekerlehre in Berlin studierte er ab 1898 sowohl in Marburg als auch in Berlin Pharmazie, promovierte 1903 – nachdem er die Reifeprüfung nachgeholt hatte – in Basel und legte 1905 die Staatsprüfung für Lebensmittelchemiker ab. 1907 habilitierte er sich an der Universität Berlin, worauf 1910 seine Ernennung zum a. o. Professor folgte. Von 1911 bis 1917 war Mannich außerordentlicher Professor für Pharmazeutische Chemie in Göttingen; in dieser Zeit – 1912 – glückte ihm eine spezielle Form der ‚Aminoalkylierung‘, die man als ‚Mannich-Reaktion‘ kennt. Von 1927 bis 1943 war er Ordinarius für Pharmazeutische Chemie an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin; von 1932 bis 1934 bekleidete er zudem das Amt des Präsidenten der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft; im Wintersemester 1946 / 1947 übernahm Mannich den Lehrstuhl für Pharmazeutische Chemie an der TH Karlsruhe. Seit 1959 verleiht die Deutsche Pharmazeutische Gesellschaft die Carl-Mannich-Medaille für ‚hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Pharmazie‘. Ab 1930 waren Mannich und Salzmann gemeinsam Mitglieder im Kuratorium der Flückiger-Stiftung. (PRIESNER [1990], 71–73; FRIEDRICH / MÜLLER-JAHNCKE [2005], 644, 665 f., 677, 809, 811).

MEYER, Hans, wurde am 28. März 1895 in Hamburg geboren und starb am 9. Dezember 1977 in Grünwald bei München. Er begann nach dem Abitur 1913 in der Apotheke in Eidelstedt seine pharmazeutische Ausbildung. Nach dem Studium der Pharmazie an den Universitäten Kiel und Berlin legte er 1920 die pharmazeutische Staatsprüfung in Berlin ab. Während seiner Tätigkeit als Kandidat in einer Berliner Apotheke studierte er nebenher Rechts- und Staatswissenschaften und schloss das Studium 1922 mit einer Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Greifswald ab. Noch im gleichen Jahr trat Meyer in die Geschäftsführung des DAV und in die Redaktion der Apotheker-Zeitung ein; 1924 avancierte er zum Chefredakteur dieser Zeitung. Salzmann erkannte die Begabung seines ‚Ziehsohnes‘ Meyer, der 1930 zum Generalsekretär des DAV bestellt wurde. Während der Machtübernahme der Nationalsozialisten war Meyer die treibende Kraft der Opposition im DAV. Im Juli 1933 verlor er wegen seiner oppositionellen Haltung gegenüber der neuen nationalsozialistischen Standesführung alle Ämter. Er übernahm eine Apotheke in der Krummen Grube in Königsberg, wechselte aber bereits drei Jahre später wieder nach Berlin, wo er die Reichsadler-Apotheke erwarb. Nach dem Krieg begann Meyers Aufbauarbeit für die Apothekerorganisationen, die 1950 mit der Gründung der ABDA ihren Höhepunkt erlebte. (FRIEDRICH, Christoph [2000], 91–93).

NITHACK, Gustav, wurde am 29. Juni 1851 in Wendisch-Buchholz (Brandenburg) geboren und starb am 18. Januar 1913 in Obernigk (Schlesien). Nach seinen Lehrjahren ging er nach Freiberg i. S. und unterstützte dann seinen Vater bei der Neuerrichtung einer eigenen Apotheke in Obernigk. Von 1873 bis 1875 studierte er in Breslau, leistete nach bestandem Staatsexamen das Militärjahr in Berlin ab und kaufte 1878 die väterliche Apotheke. 1899

besuchte Nithack zum ersten Mal als Abgeordneter die Hauptversammlung des DAV in Danzig; 1902 wählte man ihn in Koblenz als Baetckes Nachfolger – neben Salzmann als Vorsitzendem – zum Mitglied des Vorstands; ebenfalls engagierte er sich bei der Einrichtung der Apothekerkammern. (AZ 27 [1913], 32, 69 f.).

OBERMILLER, Gustav, wurde am 3. Februar 1872 in Cannstatt geboren und starb am 2. Dezember 1920 ebendort. Zunächst studierte er Theologie, wechselte aber aus Gewissensgründen zur Pharmazie und beendete die Lehrjahre in der väterlichen Apotheke mit der Vorprüfung in Stuttgart. Anschließend arbeitete er in Paris und Südfrankreich, kehrte 1892 aufgrund von seines Vaters Tod zurück und blieb dort bis zum Studienbeginn 1894 in München, wo er dann auch das Staatsexamen ablegte. Nach seiner Promotion in Erlangen verwaltete er ab 1900 die väterliche Apotheke und übernahm sie 1903 ganz. 1908 war er Vorsitzender des Stuttgarter Apotheker-Vereins und ab 1912 Mitglied des DAV-Vorstands (AZ 35 [1920], 455 f.; PO 1).

OMMEN, Ommo Janssen, wurde am 28. Februar 1830 in Nesse geboren und starb am 13. Januar 1890 auf Norderney. Ommen war Besitzer der Kur-Apotheke Norderney, bei dem Salzmann im Sommer 1883 als angestellter Apotheker arbeitete (STAA 1).

PAUL, Theodor, wurde am 13. Februar 1862 in Lorenzkirch an der Elbe geboren und starb am 30. September 1928 in München. Nach abgeschlossener Lehr- und Konditionszeit legte er 1889 sein pharmazeutisches Staatsexamen in Leipzig ab, wo er 1891 auch promoviert wurde. Darauf arbeitete er als Assistent am Chemischen Laboratorium der Stadt, habilitierte sich 1894 und bestand ebenfalls dort 1895 die Hauptprüfung als Lebensmittelchemiker. Im Anschluss daran beendete er 1898 sein Medizinstudium mit dem Staatsexamen und der Promotion 1901. Ebenfalls 1898 ging er als außerordentlicher Professor für Analytische und Pharmazeutische Chemie nach Tübingen, war von 1902 bis 1905 Direktor am Kaiserlichen Gesundheitsamt in Berlin und übernahm 1905 den Lehrstuhl für Pharmazie und Angewandte Chemie an der Universität München. Somit war es von Salzmann 1904 eine gute Wahl, sich auf die Meinung von Paul bezüglich der Vertretung der wissenschaftlichen Pharmazie an den deutschen Hochschulen zu stützen. Im Jahr 1918 begründete er die Deutsche Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie. Bei der Mitarbeit an der Herausgabe des DAB 6 setzte er sich vor allem für eine einheitliche Bewertung der Arzneimittel ein (AZ 43 [1928], 1227; PZ 68 [1929], 21; HEIN / SCHWARZ Bd. II [1978], 483 f.).

PEISER, Erich, wurde am 18. September 1886 in Lötzen (Ostpreußen) geboren und starb am 13. Juli 1951 in Basel. Seit 1913 bekleidete er das Amt des Geschäftsführers des Verbandes Deutscher Apotheker. Diese Vereinigung der angestellten Apotheker wurde unter Peisers Vorsitz 1922 in den Gewerkschaftsbund der Angestellten eingegliedert. Fünf Jahre nach der Gründung einer internationalen Apothekergewerkschaft in Prag wählte diese Organisation Peiser 1929 zu ihrem Vorsitzenden. Er war außerdem seit August 1926 Mitglied des Preußischen Landesgesundheitsrates. Peiser, Sparrer und Salzmann gehörten 1926 mit anderen Vertretern der sog. Kleinen Kommission an, die auf der einen Seite die Belange der pharmazeutischen Arbeitnehmer und auf der anderen die der Arbeitgeber vertraten (GSTA PK 33; StABa 1; LEIMKUGEL [1991], 36 f., 118; HEIN / SCHWARZ Bd. II [1978], 486 f.).

REIHLEN, Hermann, wurde am 27. September 1863 in Stuttgart geboren und starb am 30. März 1932 ebendort. Der Apotheker und Sanitätsrat war Mitglied des ersten Vorstands der Salzmann-Stiftung (AZ 44 [1929], 1195 f.; 47 [1932], 409, 421 f.; StASt 2).

ROJAHN, Carl August Jacob, wurde am 23. November 1889 in Duisburg geboren und starb am 17. März 1938 in Halle (Saale). Nach seinem pharmazeutischen Staatsexamen 1913 wurde er im gleichen Jahr in Rostock zum Dr. phil. promoviert und legte dort anschließend auch das Nahrungsmittelchemikerexamen ab. Von 1919 bis 1923 war er Assistent am Pharmazeutischen Institut der Universität Frankfurt am Main und habilitierte sich 1923 an der TH Braunschweig. Es folgten Professorenstellen in Freiburg i.Br. und Halle (Saale), wo man ihm die Gründung eines selbstständigen Instituts für Pharmazeutische Chemie und Lebensmittelchemie ermöglichte. Rojahn kümmerte sich zusammen mit Salzmann um eine Erweiterung und Vertiefung des pharmazeutischen Studiums. 1938 erhielt er einen Ruf an die Universität Breslau. Aber bereits vor Antritt seines neuen Amtes starb Rojahn im Alter von 48 Jahren (HEIN / SCHWARZ Bd. II [1978], 536).

RÜDIGER, Adolf, wurde am 22. Februar 1853 in Bad Homburg geboren und starb am 20. November 1923 ebendort. Nach bestandener Gehilfenprüfung 1870 in Wiesbaden arbeitete er in Heidelberg und Würzburg, wo er von 1873 bis 1875 Pharmazie studierte und im gleichen Jahr promoviert wurde. Nach anschließenden Tätigkeiten in London und in der chemischen Abteilung des Reichsgesundheitsamtes in Berlin übernahm er 1881 die väterliche Apotheke. Von 1889 bis 1921 leitete er den Brunnenversand der Homburger Heilquellen und gründete die Firma ‚Dr. Adolf Rüdiger, Herstellung und Vertrieb chemisch-pharmazeutischer Präparate‘ sowie die Chemisch-Pharmazeutische Aktiengesellschaft Bad Homburg, die 1927 unter dem Namen ‚Chemiewerk Homburg‘ nach Frankfurt am Main übersiedelte und heute zur Degussa AG gehört. Rüdiger und Salzmann verfassten bezüglich der Apotheken-Gesetzgebung eine Immediateingabe an Kaiser Wilhelm II., die am 30. April 1914 übersendet wurde (AZ 35 [1920], 118; HEIN / SCHWARZ Erg.-Bd. II [1997], 260 f.; FF 1).

SALZMANN, Adolf August, wurde vermutlich um 1770 als Jude geboren und starb am 29. April 1845 als Katholik in Nottuln. Woher der Großvater von Heinrich Salzmann stammte und wer seine Eltern waren und wo er geboren wurde, hat sich nicht ermitteln lassen. Jedenfalls ist er nicht aus Nottuln, wo er lebte und starb, gebürtig, sondern von Stralsund aus zugezogen. Er war von Beruf Glaser; daneben betrieb er Landwirtschaft. Am 11. Oktober 1809 heiratete er ein bäuerliches Mädchen aus Darup, Anna Margaretha Heyermann und konnte seinem Sohn Heinrich Johannes ein Haus sowie ein etwa 140 Morgen großes Stück Land, also einen für damalige Verhältnisse recht ansehnlichen Besitz, hinterlassen. Da er in Geldsachen nicht unerfahren gewesen sein soll, war Adolf August Salzmann in späteren Jahren auch als Rendant (Rechnungsführer einer Kirche) der Nottulner Pfarrei und ‚Commissionair‘ tätig; in seiner Sterbeurkunde wird er nur noch als solcher bezeichnet. Im Kirchenbuch 13 der Gemeinde Nottuln, St. Martinus, Bl. 21 a, ist als Todesursache „in Folge eines Schlagflusses“ angegeben; dort wird weiter bestätigt, dass er eine Witwe sowie einen „majorennen [volljährigen] Sohn“ hinterließ. Adolf August wurde am 3. Mai 1845 in Nottuln begraben. (PE 2, S. 95; KM 1).

SALZMANN, Clemens Ferdinand Otto, wurde am 24. August 1903 in Berlin geboren und starb am 6. November 1995 in Dortmund. Das zweite Kind Heinrich Salzmanns war Diplom-Ingenieur und heiratete Elisabeth Maria Therese Lejeune-Jung am 2. Mai 1935 standesamtlich und am 3. Mai 1935 in der St. Ludwigs-Kirche zu Berlin-Wilmersdorf. Aus der Ehe gingen sieben Kinder hervor (AZ 69 [1903], 602; PE 41; PW 60).

SALZMANN, Heinrich Clemens Erich, wurde am 27. Juli 1902 in Berlin geboren und starb am 5. Dezember 1950 in Köln. Der älteste Sohn Heinrich Salzmanns war Rechtsanwalt und Syndikus bei der Hageda AG. Er heiratete standesamtlich am 31. Mai bzw. kirchlich am 14. Juli 1938 Elisabeth-Charlotte Maria Hedwig Bannes; aus der Ehe gingen drei Kinder hervor.

Heinrich blieb als einziger Salzmann die gesamte Kriegs- und Belagerungszeit über in Berlin, wo er „eine Art Zentralstelle für die Familie“ darstellte. Es liegen 848 Briefe vor, die er von 1941 bis 1949 von Berlin aus an seine Verwandten schrieb, die im Westen und zunächst auch im Osten verteilt waren (PW 45).

SALZMANN, Heinrich Johannes, wurde am 26. Juli 1810 in Nottuln geboren und starb am 18. August 1877 ebendort. Der Vater von Heinrich Salzmann war das einzige Kind der Eheleute Adolf August Salzmann und dessen Ehefrau Anna Margareta, geb. Heyermann [Näheres auf S. 17 f. im Text] (PE 8; StANot 1).

SALZMANN, Therese Sybilla Wilhelmine, die Mutter Heinrich Salzmanns, wurde am 23. Juni 1820 in Bedburg (Rheinland) geboren und starb am 22. Februar 1908 in Münster. Ihr Vater, Wilhelm Dahmen, hatte vermutlich zunächst Jura studiert, war dann aber als mittlerer Beamter Rendant der Rheinischen Ritterakademie in Bedburg geworden, eines Internats für Söhne besserer Familien. Ihre Mutter, Maria Sybilla Henrietta Beesen, bekam noch vier weitere Kinder: einen Bruder und drei Schwestern, von denen eine jung verstarb. Der Bruder, Jurist, leitete zunächst in Welse (Brandenburg), später in Gangelt (Nordrhein-Westfalen) ein Notariat. Beide Schwestern waren mit Apothekern – Thill und Brunner – verheiratet. Nach dem Tod ihres Ehemannes zog sie mit den damals noch schulpflichtigen Kindern, dem 16-jährigen Wilhelm, der 14-jährigen Sophie und der 12-jährigen Therese, nach Münster und überlebte dort ihren Mann um 31 Jahre. Sie ruht auf dem Zentralkirchhof in Münster, auf dem auch ihre Kinder Ferdinand nebst Frau, Adolf nebst Frau und Sophie ihre Ruhestätte gefunden haben (PE 10, S. 62).

SCHACHT, Carl, wurde am 8. April 1836 in Berlin geboren und starb am 6. November 1905 ebendort. Seine Lehrjahre absolvierte er in der väterlichen Polnischen Apotheke, arbeitete dann von 1856 bis 1858 in Breslau, konditionierte in der Grünen Apotheke wiederum in Berlin, wo er auch studierte und 1861 die pharmazeutische Staatsprüfung ablegte. Nach einer Tätigkeit als Assistent an der Universität Heidelberg übernahm er die heimische Apotheke, die er bis 1904 leitete. Der Medizinalrat hatte in vielen pharmazeutischen Kommissionen einen Sitz, engagierte sich zudem in der Fachpolitik und war Mitglied des Reichsgesundheitsamts sowie Vorsitzender des DAV von 1872 bis 1875. Schacht gehörte wie auch Salzmann 1897 dem Gremium an, das für die Einführung eines deutschen homöopathischen Arzneibuches Sorge tragen sollte. Überdies unterstützte er Salzmann im Februar 1905 mit Geld, um so die Liquidität der Hageda zu fördern (HEIN / SCHWARZ Bd. II [1978], 563).

SCELLENBERG, Gustav August Ludwig David, wurde am 28. September 1882 in Wiesbaden geboren und starb am 4. Juni 1963 ebendort. Er studierte ab 1902 Naturwissenschaften in Zürich, Heidelberg und München, wurde 1910 promoviert, war Assistent in München, Zürich und seit 1912 am Botanischen Museum in Berlin-Dahlem. 1919 habilitierte er sich für Botanik in Kiel und wirkte seit 1925 als Privatdozent und seit 1926 als außerordentlicher Professor der Pharmakognosie in Göttingen. Schellenberg stellte 1924 seine Ideen von der Neugestaltung des Studiums und entsprechende Konzepte für jedes Fach vor, wodurch er Salzmann in seinem diesbezüglichen Bestreben unterstützte 1932 übernahm er die Leitung des Familienunternehmens Schellenbergsche Hofbuchdruckerei in Wiesbaden (DBE Bd. 8 [1998], 594).

SCHMIDT, Ernst Albert, wurde am 13. Juli 1845 in Halle (Saale) geboren und starb am 5. Juli 1921 in Marburg. Ohne Maturum begann Schmidt 1861 seine pharmazeutische Ausbildung in der Apotheke zum Blauen Hirsch in Halle, bestand 1864 die Gehilfenprüfung, konditionierte

anschließend in mehreren Städten und erledigte seinen Militärdienst. Von 1869 bis 1870 studierte er Pharmazie in Halle, wo er – nach Ablegung des Abiturs und Promotion an der Universität Leipzig – sich 1874 habilitierte, 1878 zum a. o. Professor ernannt wurde und die Leitung des Chemischen Laboratoriums übernahm. Da seine Bemühungen um die Verselbständigung scheiterten, folgte er 1884 einem Ruf auf das Ordinariat für Pharmazeutische Chemie in Marburg. Seine intensive Forschungstätigkeit fand in über 300 Publikationen ihren Ausdruck, von denen ein Großteil im ‚Archiv der Pharmazie‘ erschien, das Schmidt gemeinsam mit Heinrich Beckurts im Selbstverlag des DAV ab 1894 herausgab. Sehr interessiert an der Pharmazeutenausbildung, unterstützte er Salzmann bei dessen Bemühungen um die Vertretung der wissenschaftlichen Pharmazie an den deutschen Hochschulen. Schmidt war DAV-Ehrenmitglied. (AZ 26 [1911], 849 f.; 35 [1920], 5, 232 f., 373; 36 [1921]), 261–263; FRIEDRICH [2007]).

SCHMIERER, Gottfried Christian Albert, wurde am 28. November 1899 in Esslingen am Neckar geboren und starb am 14. Juli 1974 in Freudenstadt. Er war nach dem Ersten Weltkrieg zunächst Mitglied in einem Freikorps und arbeitete als Apotheker in Freudenstadt. 1929 trat er der NSDAP und SA bei, wurde 1933 Apothekerführer in Württemberg und 1934 Reichsapothekerführer. In dieser Funktion entfernte Schmierer im August 1937 Salzmann aus dem Kuratorium der Flückiger-Stiftung und zwang ihn im Mai 1938 dann noch, seinen Posten als Aufsichtsratsvorsitzender der Hageda aufzugeben. Bereits 1947 entließen ihn die Briten aus dem Internierungslager, und er übernahm Apothekenvertretungen im Raum Düsseldorf, bevor er in die amerikanische Besatzungszone nach Freudenstadt übersiedelte. Dort konnte er am 1. April 1962 anlässlich der 360. Wiederkehr des Gründungstages seiner Löwen-Apotheke im Rahmen einer Feierstunde zahlreiche Vertreter staatlicher und städtischer Behörden sowie der Standesorganisationen begrüßen. (AZ 45 [1930], 1289; DRUM [1990], 328–330; HEIN / SCHWARZ Erg.-Bd. [1986], 394 f.).

SCHNIEWIND, Ernst Immanuel, wurde am 14. Juli 1851 in Bergisch-Gladbach geboren und starb am 25. Dezember 1916 in Wuppertal. Er war bereits im Alter von 25 Jahren Besitzer der Schwan-Apotheke in Wuppertal-Elberfeld. Im DAV repräsentierte er zunächst als Abgeordneter den Kreis Elberfeld-Barmen und wurde dann 1909 auch in den Vorstand gewählt, wo er eng mit Salzmann zusammenarbeitete. Nach der Gründung der preußischen Apothekerkammer vertrat er die Rheinprovinz und das Hohenzollernsche Land. (AZ 31 [1916], 637 f.; StAWu 1).

SCHWABE, Willmar, wurde am 15. Juni 1839 in Auerbach (Vogtland) geboren und starb am 8. Januar 1917 in Leipzig. Nach dem Abitur absolvierte er seine Lehrzeit in der Dresdener Marien-Apotheke, arbeitete dann als Gehilfe in der Aschoff'schen Apotheke in Bielefeld, studierte von 1861 bis 1863 an der Universität Leipzig Pharmazie und erwarb 1863 mit einer Dissertation über Cinchonin die Doktorwürde. Ab Juli 1863 übernahm er die Verwaltung der Homöopathischen Central-Apotheke Täschner & Co. in Leipzig, die er 1878 kaufte. Bereits 1865 hatte er eine eigene Firma unter dem Namen ‚Homöopathische Central-Officin Dr. Willmar Schwabe‘ in Leipzig eröffnet, in der er besonders Tinkturen aus Frischpflanzen herstellte, und 1866 einen Verlag etabliert, in dem viele Bücher über Homöopathie und ab 1910 die ‚Allgemeine Homöopathische Zeitung‘ verlegt wurden. 1870 gliederte er schließlich dem Fabrikationsbetrieb eine eigene Apotheke unter dem Namen ‚Homöopathische Central-Apotheke zum Samuel Hahnemann‘ an. Schwabe gehörte wie auch Salzmann 1897 zu dem Gremium, das für die Einführung eines deutschen homöopathischen Arzneibuches Sorge tragen sollte, dessentwegen es 1901 zwischen beiden zu einem Schlagabtausch kam (AZ 32 [1917], 42 f.; HEIN/ SCHWARZ Bd. II [1978], 614).

SCHWARZ, Otto Albert Heinrich, wurde am 28. März 1870 in Königsbronn geboren und starb am 16. Januar 1945 in Stuttgart. Nach dem Schulbesuch absolvierte er von 1885 bis 1888 seine Lehrzeit in Königsbronn bzw. Ellwangen. Bis 1892 arbeitete er sowohl in der Kronen- als auch in der Engel-Apotheke in Stuttgart, wo er dann auch studierte und promoviert wurde. Nach der Approbation war er zunächst als Gehilfe und ab 1894 als Verwalter in der Engel-Apotheke tätig, bis er schließlich 1915 die väterliche Apotheke übernahm. 1921 wurde er nach dem Tod von Gustav Obermiller zum Vorstandsmitglied des DAV gewählt. Daneben fungierte Schwarz bis 1933 als Vorsitzender des Vorstandes der Württembergischen Apothekerkammer: ein Amt, das er freiwillig zugunsten Albert Schmiers – damals Kommissar für die Gaue Württemberg und Baden – niederlegte. Schwarz arbeitete länger als eine Dekade mit Salzmann im DAV-Vorstand zusammen (SAZ 64 [1924], 502 f.; AZ 45 [1930], 372; PWS 1).

SCHULTE, Aloys, wurde am 2. August 1857 in Münster geboren und starb am 14. Februar 1941 in Bonn. Nach dem Geschichtsstudium in seiner Heimatstadt und der Promotion fand er eine Anstellung in Straßburg, absolvierte seinen Militärdienst und legte 1883 das Examen für den höheren Schuldienst ab. Stattdessen aber nahm er den Direktorenposten am Fürstenbergischen Archiv in Donaueschingen an und wechselte noch im gleichen Jahr an das Generallandesarchiv in Karlsruhe, wo er Mitglied der Historischen Kommission und Schriftleiter der Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins wurde. 1892 bot man ihm, dem Katholiken, trotz heftiger Widerstände den Lehrstuhl für neuere Geschichte in Freiburg an, den er zusammen mit dem Historiker Erich Marcks erhielt. 1895 ging er nach Breslau, da man ihn in Freiburg auf dem Lehrstuhl für historische Hilfswissenschaften, kalt zu stellen versucht hatte. Von 1901 bis 1903 war er Leiter des Deutschen Historischen Instituts in Rom, anschließend nahm er einen Ruf nach Bonn an. Schulte zählt zu den produktivsten und vielseitigsten deutschen Historikern seiner Zeit; viele seiner Arbeiten wurden Standardwerke. Er und Salzmann waren Freunde seit ihrer gemeinsamen Schulzeiten am Gymnasium Paulinum in Münster. Obwohl sie auch später Kontakt pflegten, findet sich unter den 5000 Briefen des Schulte-Nachlasses, der in dem Universitätsarchiv Bonn verwahrt wird, keine Korrespondenz zwischen ihm und Salzmann (UBo 1).

SCRIBA, Julius, wurde am 6. März 1866 in Reinheim (Hessen) geboren und starb am 4. August 1937 ebendort. Nach seiner Lehre studierte er von 1889 bis 1892 an der TH Darmstadt Pharmazie und verwaltete dann die väterliche Apotheke, die er 1900 erwarb und sie 1933 wieder verkaufte. Er gab mehrere Auflagen der ‚Vorschriften zur Herstellung pharmazeutischer Handverkaufsspezialitäten‘ sowie die heute noch gebräuchliche ‚Scriba’s Tabelle‘, eine Liste stark wirkender Mittel, heraus. Scriba wurde 1908 einstimmig zum Ersten Vorsitzenden des neu gegründeten ‚Spezialitätenunternehmens des Deutschen Apotheker-Vereins‘ gewählt (AZ 75 [1915], 521; HEIN / SCHWARZ Erg.-Bd. [1986], 405).

SPARRER, Georg, wurde am 21. April 1877 in Neustadt (Oberpfalz) geboren und starb am 9. November 1936 in Berlin. Seine pharmazeutische Laufbahn begann er in Amberg, während er die Gehilfenjahre in der Schweiz, in Dresden und Nürnberg verbrachte. In München legte Sparrer sein Staatsexamen ab und trat 1904 als Mitarbeiter in die Humboldt-Apotheke in Nürnberg ein. Durch Kauf erwarb er 1916 die dortige Mohren-Apotheke, die er bis zu seinem Lebensende führte. Bei der Gründungsversammlung des ‚Verbandes konditionierender Apotheker für das Deutsche Reich‘ im Dezember 1904 in Leipzig wurde Sparrer zum Ersten Vorsitzenden gewählt; bis Ende 1920 leitete er auch die Nachfolgeorganisation VdA (Verband Deutscher Apotheker), obwohl er bereits 1916 in die Reihe der Besitzer gewechselt war. Dem Vorstand des DAV gehörte er seit 1906 bis zu dessen Rücktritt 1933 an. Er war der erste Vorsitzende der im Jahr 1928 gegründeten Bayerischen Landesapothekerkammer. Die

Errichtung der Bayerischen Apotheker-Versorgung 1925 ist Sparrer zu verdanken. In der Berufspolitik war er besonders darum bemüht, einen Kompromiss zwischen dem früher von ihm geleiteten VdA und dem später von ihm mitgeführten DAV zu erreichen, mithin eine Politik für den gesamten Stand zu betreiben. Viele Jahre war er Mitglied des Reichsgesundheitsrates (SAZ 64 [1924], 501; PZ 76 [1937], 7; FRIEDRICH [2000], 792; HEIN / SCHWARZ Erg.-Bd. [1986], 414 f.).

STÖCKER, Karl Alexander, wurde am 2. Juli 1853 in Wuppertal-Elberfeld geboren und starb am 26. Juli 1917 ebendort. Nach seiner pharmazeutischen Ausbildung kaufte er 1880 die Löwen-Apotheke in Wuppertal, bekleidete ab 1887 das Amt des Schriftführers des Apotheker-Vereins im Kreis und übernahm 1894 den Vorsitz für die Rheinische Apothekerkammer. Stöcker kümmerte sich aber nicht nur um pharmazeutische Fragen, sondern sorgte sich auch um das Allgemeinwohl: Ab 1892 übte er das Amt des stellvertretenden Bezirksvorstehers der Armenverwaltung seiner Heimatstadt aus und fungierte ab 1895 als Vorstandsmitglied der Ebermaier-Stiftung zur Unterstützung von Apothekern; aus Anlass von deren 50-jährigem Bestehen bekam er am 12. Dezember 1906 den Roten Adlerorden vierter Klasse verliehen. Es war Stöcker, der auf der 30. Hauptversammlung des DAV 1901 in Hannover Salzmann als neues Vorstandsmitglied empfahl (GSTA PK 35; AZ 32 [1917], 393; StAWu 2).

THAETER, Karl, wurde am 26. September 1869 in Lindau geboren und starb am 7. Mai 1915 in München (Weitere Lebensdaten konnten nicht ermittelt werden). Der promovierte Apotheker war erster Filialleiter der Münchener Hageda und ein Getreuer Salzmanns (AZ 17 [1902], 216; 30 [1915], 251, 257 f., 259; STAM 1; StAMü 4).

THOMS, Hermann Friedrich Maria, wurde am 20. März 1859 in Neustrelitz (Mecklenburg) geboren und starb am 28. November 1931 in Berlin. Im Anschluss an seine Apothekerlehre von 1876 bis 1879 in Woldegk arbeitete er als Gehilfe in Gießen bzw. Koblenz und studierte dann von 1882 bis 1884 in Jena Pharmazie. Nur kurz hielt er sich an der Universität Würzburg auf; bereits 1885 wechselte Thoms als Assistent zum agrikulturchemischen Laboratorium in Jena und wurde 1886 in Erlangen mit einer Arbeit über die Bitterstoffe der Kalmuswurzel promoviert. Im Anschluss daran verwaltete er eine Apotheke, bis er zwischen 1889 und 1893 zunächst einen Posten als Labor- und dann Fabrikationsleiter der chemischen Fabrik Riedel in Berlin bekleidete. Überdies redigierte er das ‚Archiv der Pharmazie‘ und die ‚Berichte der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft‘ und übernahm von 1894 bis 1895 die Schriftleitung der Apotheker-Zeitung. Nachdem Thoms 1894 das Abitur abgelegt hatte, habilitierte er sich 1895 für pharmazeutische, gerichtliche und Nahrungsmittelchemie. Im selben Jahr wurde ihm die Leitung des gleichzeitig gegründeten pharmazeutischen Labors übertragen. Seit 1896 war Thoms Titularprofessor und ab 1900 außerordentlicher Professor. Er gehörte neben Johann Born, Franz Calliess, Martin Fränkel, Ernst Freyberg, Alfred v. Gusnar, Conrad Hagenbeck, Hugo Unger und Salzmann am 3. Mai 1906 zu den Gründungsmitgliedern der Gesellschaft ‚Vereinshaus Deutscher Apotheker G.m.b.H‘. Im gleichen Jahr ernannte man ihn zum Direktor des neuen Pharmazeutischen Instituts in Berlin. 1908 wurde er Ehrenmitglied des DAV, 1920 ordentlicher Professor für Pharmazeutische Chemie und 1927 emeritiert. Das Ehepaar Thoms war mit der Familie Salzmann befreundet, und auch nach dem Tod des Professors blieb die Verbindung mit Frau Thoms bestehen (AZ 10 [1895], 667; 34 [1919], 91 f.; 40 [1925], 1148; 41 [1926], 686 f.; 46 [1931], 1541 f; NDP 8 [1931], 1; PZ 71 [1932], 19; PW 73; HEIN / SCHWARZ Bd. II [1978], 675).

URBAN, Ernst Oskar Waldemar, wurde am 19. April 1874 in Breslau geboren und starb am 23. April 1958 in Berlin. Im Juli 1900 trat der 26-jährige Urban, der aus einer bedeutenden

Juristenfamilie in Breslau stammte, dort Pharmazie studiert hatte und zudem über außergewöhnliche juristische Kenntnisse verfügte, in die Redaktion der Pharmazeutischen Zeitung ein. Schon bald wurde er die ‚rechte Hand‘ seines Chefs und steuerte mit ihm die Zeitung durch die schweren Jahre des Ersten Weltkriegs. Nach Böttgers Tod am 2. November 1917 übernahm Urban die Redaktionsleitung und prägte das Profil der Zeitung, die seit 1911 den Untertitel ‚Zentral-Organ für die gewerblichen und wissenschaftlichen Angelegenheiten des Apothekerstandes‘ führte und sich seit 1905 mit ‚z‘ schrieb. Viel Unterstützung bekam Urban von seinen Mitarbeitern, unter denen Georg Urdang besonders hervorzuheben ist. Die erfolgreiche Zeit der Pharmazeutischen Zeitung endete abrupt mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten, denen Urban keinerlei Sympathien entgegenbrachte. Zum endgültigen Bruch kam es, als Urban im Juni 1933 auf den Vorwurf, dass Kritik in der Zeitung fehle, dem Leserbriefschreiber in gereimter Form empfahl, „einstweilen nicht nur das zu lesen, was in den Zeilen, sondern auch, was dazwischen steht.“ Urban wurde fristlos entlassen. Die letzte Ausgabe der ‚Zeitung für die wissenschaftlichen und praktischen Angelegenheiten des deutschen Apothekers‘ erschien am 29. Dezember 1937, im 82. Jahrgang. Damit war die Gleichschaltung der Fachpresse vollzogen. Am 1. April 1947 erscheint mit Genehmigung der Britischen Militärregierung erstmals wieder die ‚Pharmazeutische Zeitung, Zentral-Organ für den deutschen Apothekerstand‘. Der Herausgeber und Chefredakteur dieses 83. Jahrgangs hieß Ernst Urban, der schließlich zum 1. Januar 1956, also nach 55 Jahren engster und prägender Verbundenheit mit der Zeitung, ausschied. Urban war als Chefredakteur der Pharmazeutischen Zeitung Salzmanns gleichsam berufsmäßiger Kontrahent, der dessen Leistungen dennoch stets anerkannte (FRIEDRICH / MÜLLER-JAHNCKE [2005], 563; HEIN / SCHWARZ Erg.-Bd. [1986], 405).

VOGT, Emil, wurde am 16. Mai 1848 in Butzbach (Hessen) geboren und starb am 25. Mai 1930 ebendort. Nach seiner Apothekenlehre in Frankfurt am Main und dem Gehilfenexamen 1866 in Darmstadt studierte er von 1868 bis 1869 in Gießen und Heidelberg Pharmazie, wurde 1870 in Jena promoviert und machte den Frankreichfeldzug als Apotheker mit. Vogt pachtete von 1872 bis 1898 die väterliche Apotheke, erhielt 1895 auch als Lebensmittelchemiker die Approbation und wurde 1925 von der Universität Gießen mit dem Dr. med. h.c. geehrt. Er war ab 1881 Mitglied im hessischen Apotheker-Verein, ab 1897 dessen Vorsitzender und überdies Vorstandsmitglied des DAV, von 1902 bis 1920 dessen stellvertretender Vorsitzender; ferner zwischen 1900 und 1914 Mitglied des Reichsgesundheitsrates, ab 1908 Leiter des ‚Spezialitäten- und Warenzeichen-Unternehmens des Deutschen Apotheker-Vereins‘. Außerdem machte er sich 1904 um die Gründung der Hageda verdient (AZ 33 [1918], 214–216; 43 [1928], 577; 45 [1930], 661; PZ 70 [1931], 18; HEIN / SCHWARZ Erg.-Bd. II [1997], 333 f.).

WACHSMUTH-MELM, Carl, wurde am 29. Mai 1896 in Oerlinghausen (Lippe) geboren und starb am 12. Juli 1970 ebendort. Nach dem Vorexamen studierte er in Königsberg und Marburg, wo er das pharmazeutische Staatsexamen bestand und unter Johannes Gadamer promoviert wurde. Er übernahm 1924 die väterliche Apotheke in Oerlinghausen. Wachsmuth-Melm arbeitete mit Salzmann von 1929 bis 1933 im Vorstand des DAV zusammen (PZ 109 [1970], 1025; PWM 1).

WARBURG, Emil Gabriel, wurde am 9. März 1846 in Altona geboren und starb am 28. Juli 1931 in Bayreuth. Er studierte in Heidelberg Chemie bzw. Physik und wurde 1867 in Berlin promoviert, habilitierte sich 1870, ging 1872 als außerordentlicher Professor für Physik nach Straßburg, 1876 als ordentlicher Professor nach Freiburg und wurde gleichzeitig zum Direktor des dortigen Physikalischen Cabinetts der Universität berufen. 1895 wechselte er nach Berlin und war von 1905 bis 1922 Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt. 1880

machte er die für die Hochspannungstechnik wertvolle Entdeckung der ‚Hysteresis-Schleife‘ zum Verhalten ferromagnetischer Stoffe und entwickelte das nach ihm benannte ‚Warburg-Gesetz‘. Warburg unterrichtete 1886 Salzmann in Physik während des Studiums in Freiburg (PZ 77 [1932], 19; DBE [1999] Bd. 10, 333).

WARTENBERG, Wilhelm, wurde am 26. Februar 1868 in Neumittelwalde (Schlesien) geboren und starb am 27. Januar 1942 in Berlin. Seine Lehrzeit begann er 1885 in Laurahütte (Schlesien), war dann in Hagen und Bad Charlottenbrunn tätig, studierte anschließend bis 1892 in Würzburg Pharmazie und wurde 1895 in Erlangen promoviert. 1897 kaufte er die Falken-Apotheke in Berlin, die er 1907 wieder veräußerte, um die dortige Rothe-Apotheke zu erwerben. Wartenberg war einer der ämterreichsten pharmazeutischen Berufspolitiker seiner Zeit: 1903 berief man ihn in den Vorstand und 1906 zum Schriftführer des Berliner Apotheker-Vereins, als dessen Vorsitzender er von 1913 bis 1923 fungierte. In den Vorstand des DAV wählte man Wartenberg 1915 als Schatzmeister, den Vorsitz der Berlin-Brandenburgischen Apothekerkammer führte er ab 1924, seit 1910 leitete er die Kommission zur Bearbeitung der Spezialitätentaxe des DAV, nachdem er sich besonders mit Tax-, Steuer- und Tariffragen beschäftigt hatte. 1933 wurde er aller seiner Ämter enthoben, da er Jude war. Wartenberg arbeitete 17 Jahre lang mit Salzmann im Vorstand des DAV zusammen (SAZ 64 [1924], 502; HEIN / SCHWARZ Bd. II [1978], 728).

WERNICKE, Erich Arthur Emanuel, wurde am 20. April 1859 in Friedberg (Neumark) geboren und starb am 20. Mai 1928 in Berlin. Seine medizinische Ausbildung erhielt er von 1879 bis 1883 an der Kaiser-Wilhelm-Akademie in Berlin, wurde nach der Promotion 1885 Assistent Robert Kochs am Hygienischen Institut; dort freundete er sich mit Emil v. Behring an. Er habilitierte sich 1894 für Hygiene und Bakteriologie mit einer Arbeit über ‚Comma-bacillen der Cholera asiatica‘, der er auch die zusammen mit Salzmann verfasste wissenschaftliche Abfassung über ‚Sublimatverbandstoffe‘ beilegte. 1897 ging er als außerordentlicher Professor nach Marburg, wurde 1899 Direktor des Hygienischen Instituts in Posen und nahm seit 1903 an der dortigen königlichen Akademie einen Lehrauftrag für Hygiene und Bakteriologie wahr. Als Ersatz für das nach 1918 an Polen gefallene Posener Institut gründete Wernicke 1920 das Preußische Hygienische Institut in Landsberg (Warthe). Er machte sich um die Bekämpfung der Diphtherie verdient und war enger Mitarbeiter v. Behrings, mit dem er u. a. Richtlinien für die Immunisierung von Tieren zur Gewinnung des Heilserums entwarf. Wernicke war wohl der beste Freund Salzmanns (AZ 43 [1928], 638; PZ 68 [1929], 21; DBE Bd. 10 [1999], 450).

WILLGERODT, Heinrich Conrad Christoph, wurde am 2. November 1841 in Harlingerode (Harz) geboren und starb am 19. Dezember 1930 in Freiburg i. Br. Er war Schüler von Adolf Claus, wurde 1875 promoviert und 1888 zum ordentlichen Professor für Chemie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg ernannt. Willgerodt war neben Claus Doktorvater von Salzmann (UF 5).

WOBBE, Willy, wurde am 6. Februar 1867 in Danzig geboren und starb am 18. März 1931 in Berlin. Nach dem Besuch des Gymnasiums begann er 1884 in Greifswald seine Lehre, bestand 1887 in Stralsund die Vorprüfung, studierte anschließend Pharmazie wiederum in Greifswald und wurde 1903 in die Redaktion der Apotheker-Zeitung berufen, die er dann bis 1923 führte. Zusammen mit Salzmann gab Wobbe von 1904 bis 1922 die ‚Vierteljahresshette für praktische Pharmazie‘ heraus (PZ 77 [1932], 18; HEIN / SCHWARZ Bd. II [1978], 764).

ZICKNER, Adolf, wurde am 10. Oktober 1868 in Wriezen (Oder) geboren und starb am 8. Oktober 1931 in Lichtentanne (Sachsen). Der Apothekenbesitzer und Medizinalrat war wie

Salzmann Vorstandsmitglied des DAV, Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender des Wirtschaftsverbandes deutscher Apotheker sowie Urheber der Hinterbliebenen-Versorgung der sächsischen Personalkonzessionäre (SAZ 64 [1924], 502; AZ 82 [1931], 1324 f.; PZ 77 [1932], 18).

ZUMBROICH, Lorenz, wurde am 14. März 1861 in Bredelar (Sauerland) geboren und starb am 28. September 1935 in Wuppertal-Barmen. Nach der Praktikanten- sowie Konditionszeit in verschiedenen Orten des Rheinlands absolvierte er seinen Militärdienst, studierte ab 1889 zunächst Pharmazie, dann Lebensmittelchemie in Münster. Im Anschluss daran kaufte er die Apotheke in Zell an der Mosel. Ab dem 1. April 1900 bis zum 31. März 1904 übernahm er die Redaktion der Apotheker-Zeitung und folgte damit auf Salzmann. Zum 1. April des Jahres erwarb er die Löwen-Apotheke in Barmen. Wiederholt war er zum Delegierten für die Hauptversammlung des DAV bestimmt worden, wurde pharmazeutischer Bevollmächtigter bei der Regierung in Düsseldorf sowie Mitglied der Kommission für die Vorprüfung und Vorstandsmitglied der Apothekerkammer für die Rheinprovinz und die Hohenzollernschen Lande (AZ 43 [1928], 395; PZ 76 [1931], 297 f.; HEIN / SCHWARZ Bd. II [1978], 786).

6.2. Die Bilanzen des DAV (1902–1931)

Die hier erstmals komplett zusammengestellten Bilanzen des DAV basieren auf den in der Apotheker-Zeitung erschienenen Mitteilungen über die Rechnungsvorlagen des DAV-Vorstandes, woraus die jeweiligen Zahlen gewonnen wurden.

31. Dezember 1902	Vermögen	358.300.40 M ¹
An Unterstützungen bewilligte der Verein 4.955.75 Mark.		

31. Dezember 1903	Vermögen	359.140.69 M ²
An Beihilfen gewährte der Verein 5.660.93 Mark.		

31. Dezember 1904	Vermögen	362.999.20 M ³
An Geldern verteilte der Verein 6.760.75 Mark.		

31. Dezember 1905	Vermögen	423.938.52 M ⁴
An Unterstützungen vergab der Verein 4.527.25 Mark.		

31. Dezember 1906	Bilanzabschluss	865.000.00 M ⁵
Die Einnahmesteigerungen resultierten aus dem Wachstum des Vereins und aus dem vermehrten Verlagsumsatz. An Beiständen gewährte der Verein 4.635.05 Mark.		

31. Dezember 1907	Bilanzabschluss	860.403.35 M ⁶
An Subventionen billigte der Verein 5.587.45 Mark zu.		

¹ AZ 18 (1903), 562.

² AZ 19 (1904), 641.

³ AZ 20 (1905), 664.

⁴ AZ 21 (1906), 650.

⁵ AZ 22 (1907), 714.

⁶ AZ 23 (1908), 928.

31. Dezember 1908 Bilanzabschluss 880.095.27 M

Salzmann wies in seiner Beurteilung des Bilanzabschlusses ausdrücklich darauf hin, dass die „ordentlichen Einnahmen der eigentlichen Vereinskasse nicht genügen würden, um die im Standes- und Vereinsinteresse notwendigen Ausgaben zu bestreiten. Ihre Deckung ist seit Jahren nur durch den Ertrag des Verlages möglich, ohne welchen sich bei der Rechnung für 1908 ein Fehlbetrag von mehr als 6000 Mark ergeben hätte“¹.

Für Förderungen gab der Verein 37.475.55 Mark aus.

31. Dezember 1909 Bilanzabschluss 891.441.23 M

Für das Jahr 1909 beschrieb Salzmann die Vermögenslage des Vereins als „günstig“².

An Hilfen zahlte dieser 36.483.25 Mark.

31. Dezember 1910 Bilanzabschluss 915.911.52 M³

Die zur Verfügung stehenden Mittel reichten sowohl 1909 wie auch 1910 unter Einbeziehung des Ertrags des buchhändlerischen Verlagsgeschäfts gerade noch aus. Zur Deckung der Kosten für die folgenden Jahre war eine Erhöhung des Beitrags unumgänglich. An Zuschüssen genehmigte der Verein 36.296.70 Mark.

31. Dezember 1911 Bilanzabschluss 1.350.988.91 M⁴

Die Finanzlage zeigte sich 1911 im Vergleich zu 1910 ziemlich unverändert. Die Bilanz schloss allerdings 1911 mit einer viel bedeutenderen Summe ab, was darauf zurückzuführen war, dass der Verein als Treuhänder für die auf dem Vereinshaus Deutscher Apotheker ruhende zweite Hypothek, für die man Anteilscheine ausgegeben hatte, eingetragen wurde; dieser Vorgang musste in die Bilanz mit aufgenommen werden und schönte das Gesamtbild. An Begünstigungen hieß der Verein den Betrag von 36.309.65 Mark gut.

31. Dezember 1912 Bilanzabschluss 1.354.825.91 M⁵

Die Beitragserhöhung von 15 auf 20 Mark erlaubte 1912 neben der Deckung der laufenden Kosten die Bezahlung der Restschuld aus dem Erwerb der Apotheker-Zeitung. Die Einbuße an Vermögen in Höhe von 19.000.00 Mark resultierte aus dem Kursverlust von Wertpapieren, die zwar nicht verkauft werden mussten, aber nominell zu Buche schlugen. An Vergünstigungen gab der Verein 43.575.60 Mark.

31. Dezember 1913 Bilanzabschluss nicht genannt⁶

Im Jahr 1913 ergab sich eine Mehreinnahme durch Mitgliederbeiträge, Zinsen und Spenden, so dass der Verein trotz höherer Ausgaben in der Lage war, die restlichen Schulden der Apotheker-Zeitung zu begleichen, die Reservefonds zu erhöhen und sofort nach der Mobilmachung 1914 dem Roten Kreuz 5000 Mark anzuweisen sowie durch den Krieg in Not geratene Kollegen zu unterstützen. Da wegen des Kriegs die 43. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins ausfiel, fand auch keine Entlastung des Haushalts statt. An Förderungen gab der Verein 43.575.60 Mark aus.

31. Dezember 1914 Bilanzabschluss nicht genannt⁷

¹ AZ 24 (1909), 636.

² AZ 25 (1910), 653.

³ AZ 26 (1911), 674.

⁴ AZ 27 (1912), 659.

⁵ AZ 28 (1913), 600.

⁶ AZ 29 (1914), 653.

⁷ AZ 30 (1915), 548.

Die Vermögenslage beschrieb Salzmann als „günstig“¹. Die über 18.000 Mark Mehreinnahmen im Vergleich zu dem Voranschlag, verbunden mit fast 11.000 Mark Minderausgaben hauptsächlich infolge des Ausfalls der Hauptversammlung, gestatteten es, dem Roten Kreuz aus Vereinsmitteln 5.000 Mark zu spenden und 10.000 Mark in der ersten Kriegsanleihe anzulegen. An Geld verschenkte der Verein 45.199.50 Mark.

31. Dezember 1915 Bilanzabschluss nicht genannt²

Die Einnahmen an Mitgliederbeiträgen waren im Vergleich zu 1914 nur um einen verhältnismäßig geringen Betrag zurückgegangen, und zwar infolge von Stundung der Beiträge in den Krieg eingezogener Apotheker. Auf die zweite, dritte, vierte und fünfte Kriegsanleihe waren je 50.000 Mark gezeichnet worden. An Subventionen bewilligte der Verein 38.014 Mark.

31. Dezember 1916 Bilanzabschluss nicht genannt³

Die Vermögenslage des Vereins war wie die Mitgliederzahl 1916 stabil geblieben. Da der Verlag etwa 11.000 Mark mehr als im Vorjahr eingebracht hatte, andererseits die Kosten wegen Wegfalls der Hauptversammlung gespart wurden, war es möglich, mehr als 20.000 Mark von der gezeichneten Kriegsanleihe zu übernehmen. Der verbleibende Bestand von 5.000 Mark überwies man der Nationalstiftung für Hinterbliebene. Der Verein vergab aus seinen Kassen und Stiftungen 35.587.80 Mark.

31. Dezember 1917 Bilanzabschluss nicht genannt⁴

Die Finanzlage des Vereins blieb von den Folgen des Krieges nicht unberührt. Man war zwar trotz Überweisung von 7.900 Mark für vaterländische Zwecke mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ausgekommen, zumal 1917 keine Hauptversammlung stattgefunden hatte und nur wenige Stipendien vergeben worden waren, litt aber unter den gesunkenen Einnahmen aus den Vereinszeitschriften, den gestiegenen Papier- und Druckpreisen sowie der Erhöhung der Angestelltegehälter. 36.837.08 Mark genehmigte der Verein an Unterstützungen.

31. Dezember 1918 Bilanzabschluss nicht genannt⁵

Die finanzielle Situation wurde von der Preiserhöhung stark beeinflusst und verschlechterte sich hauptsächlich infolge der ungeheuren Druck- und Papierkostensteigerung sowie der notwendigen Gehaltserhöhungen und Teuerungszulagen für die Mitarbeiter. Diese Mehrausgaben deckte der Verein aus den sich erschöpfenden Ersparnissen der ersten Kriegsjahre und zog eine Beitragserhöhung auf 35 oder sogar 50 Mark in Erwägung. An Hilfen wurden 36.878.33 Mark vergeben.

31. Dezember 1919 Bilanzabschluss nicht genannt⁶

Die Haushaltslage spitzte sich gemäß den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen immer mehr zu. Die wachsenden Ausgaben konnten lediglich durch den außergewöhnlich hohen Gewinn des Verlags gedeckt werden, welcher der Vereinskasse 50.000 Mark überwies. An Zuschüssen stellte man 42.463.85 Mark zur Verfügung.

31. Dezember 1920 Bilanzabschluss nicht genannt¹

¹ AZ 30 (1915), 505.

² AZ 31 (1916), 488.

³ AZ 32 (1917), 451.

⁴ AZ 33 (1918), 343.

⁵ AZ 34 (1919), 252.

⁶ AZ 35 (1920), 292.

Die Erträge des Verlags verschlechterten sich ab Januar 1920, da die Herausgabe der Ergänzungstaxe des Vereins infolge der Erweiterung der amtlichen Taxe eingestellt werden musste und damit diese Einnahmen fehlten. Die Spezialitäten-Taxe lieferte der Verein den Mitgliedern gratis, musste aber selbst den doppelten Produktionspreis entrichten. Hinzu kamen die Ausgabenerhöhungen für die Vereinszeitschriften. Die Druckkosten stiegen auf das Zehnfache, die Papierkosten auf das Dreißig- bis Vierzigfache. Die Gehälter der Angestellten galt es ebenso anzugleichen wie die Nebenkosten. Unter diesen Umständen reichte die Beitragserhöhung auf 50 Mark nicht aus. Die fortschreitende Geldentwertung blieb auch auf den Vereinshaushalt nicht ohne Wirkung. Obgleich die Hauptversammlung des Jahres eine Sonderumlage bewilligt hatte, genügten die gesteigerten Einnahmen der Vereinskasse nicht, um die laufenden Belastungen ganz zu decken. Da ferner die außergewöhnlichen Freilieferungen des Verlags an die Mitglieder – Handverkaufs- und Spezialitäten-Taxe – mehr als das Doppelte der veranschlagten Kosten in Anspruch nahmen, schloss das Jahr 1920 mit einem nicht unbeträchtlichen Fehlbetrag ab. Die Mehrausgaben machten rund 405.000 Mark, die Mehreinnahmen nur etwa 290.000 Mark aus. Da an Rücklagen lediglich ca. 38.000 Mark zur Verfügung standen, blieben ungefähr 77.000 Mark ungedeckt. Es wurden an Unterstützungen 57.136.45 Mark vergeben.

31. Dezember 1921 Bilanzabschluss 867.000 M²

Durch die Beitragserhöhung auf zunächst 150, dann 200 und schließlich 300 Mark sowie die Gewinnzunahme des Verlags bis auf fast 100.000 Mark war es möglich, die großen Preissteigerungen aufzufangen, obwohl der Gesamt-Herstellungspreis einer Zeitung sich etwa auf das 150fache belief. Da sich die Geldentwertung bereits in vollem Gange befand, wurde die Ausfertigung eines Voranschlags für das Folgejahr nicht verlangt und der Verzicht von der Hauptversammlung genehmigt. An Beihilfen zahlte der Verein 83.902.60 Mark.

31. Dezember 1922 Bilanzabschluss 8.707.124.87 M³

Das Kalenderjahr 1922 schloss infolge der fünfzehnfachen Vermehrung der Kosten mit einem Fehlbetrag von 3.5 Millionen ab. Für das erste Halbjahr 1923 hatte die Hauptversammlung den Vereinsbeitrag auf 800 Mark veranschlagt. Somit konnten lediglich 6.404.23 Mark an Subventionen geleistet werden.

31. Dezember 1923 Bilanzabschluss nicht genannt⁴

Die Verhältnisse zwangen den Vorstand schon im Januar des Jahres, die erste Rate auf 1500 Mark zu erhöhen. Die folgende Entwicklung nötigte zur Einziehung weiterer Abschlagszahlungen von 9000, 50.000 und schließlich 500.000 Mark. Mit diesen Summen – die weit unter den von anderen, ähnlichen Verbänden geforderten Beiträgen, auch denen des Verbands deutscher Apotheker, blieben – war es gelungen, den Vereinsbetrieb annähernd im alten Stil aufrechtzuerhalten. Allerdings erfolgte die kostenlose Auslieferung der Apotheker-Zeitung an die Mitglieder inzwischen nur noch alle 14 Tage, jedoch unter Beifügung der gegründeten „Taxzeitung“; ab 1. Dezember dann wieder im zweimal wöchentlichen Rhythmus.⁵ Seit dem 15. November 1923 galt die Währung Rentenmark (RM), die einer Billion Mark entsprach. Der Vorstand versuchte durch Zahlungen von Zuschüssen aus der Vereinskasse, die allerschlimmste Not zu lindern. Infolge der Entwertung des Vermögens und des dadurch bedingten Fortfalls der Zinseinnahmen mussten die Unterstützungskassen und Stiftungen ihre eigenen Leistungen einstellen.

¹ AZ 36 (1921), 351.

² AZ 37 (1922), 323.

³ AZ 38 (1923), 113.

⁴ AZ 39 (1924), 906.

⁵ AZ 38 (1923), 113 f.

31. Dezember 1924 Bilanzabschluss 110.080.36 RM¹

Die Finanzverhältnisse waren ab 1924 wieder halbwegs geordnet. Seit dem 30. August 1924 hieß die Währung Reichsmark (RM). Die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen und eine Überweisung von 25.000 RM aus den Erträgen des Vereinsverlags gestatteten es, den Unterstützungskassen eine Reserve von 20.000 RM zu überlassen, wieder den allgemeinen Betriebsfond von 10.000 RM zu schaffen und der Vereinskasse eine Rücklage von 18.000 RM zu erhalten. An Subventionen zahlte man 33.547.57 RM.

31. Dezember 1925 Bilanzabschluss 131.956.96 RM²

Die Geldmittel des Vereins waren um 70.000 RM im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, so dass eine bessere Ausgestaltung der Apotheker-Zeitung sowie eine Zahlung von 37.000.00 RM an die Unterstützungskasse erfolgen konnten.

31. Dezember 1926 Bilanzabschluss 195.944.99 RM³

Da die Mitgliederbeiträge in den letzten zwölf Monaten um 9.000 RM gestiegen waren und die Unterstützungskasse obendrein durch eine besondere Beitragsrate aufgefüllt wurde, konnten die höheren Kosten – bedingt durch Geschäftsausweitung des Vereins und eine bessere redaktionelle Ausstattung der Apotheker-Zeitung – ausgeglichen werden, ohne die Rücklagen anzugreifen. An Unterstützungen wurden 38.610.00 RM gewährt.

31. Dezember 1927 Bilanzabschluss 234.179.31 RM⁴

Nach Salzmanns Ansicht war die Finanzlage mit 19.700 RM zusätzlichen Einnahmen aufgrund von vermehrten Mitgliedsbeitritten und gestiegenem Gewinn aus dem Verlagsgeschäft zufriedenstellend. Die Subventionen beliefen sich auf 40.606.00 RM.

31. Dezember 1928 Bilanzabschluss 316.954.20 RM⁵

Die Finanzlage stabilisierte sich zusehends. Bei einem Barbestand von rund 25.300 RM aus dem Jahr 1927 und einer Überweisung von 25.000 RM aus den Erträgen des Verlags standen ca. 539.000 RM zur Verfügung; davon wurden 189.500 RM für die Sterbegeldversicherung und 264.200 RM für die Verwaltung, die Freilieferung der Apotheker-Zeitung an die Mitglieder und für die üblichen Zuschüsse verwendet. Der Rest diente dem Aufbau eines neuen Vereinsvermögens. An Hilfgeldern bewilligte man 44.297.20 RM.

31. Dezember 1929 Bilanzabschluss 465.145.93 RM⁶

Die Vereinskasse übernahm aus dem Vorjahr einen Barbestand von ca. 65.000 RM. Von dieser Summe wurden 24.000 RM für den Wiederaufbau des Vereinsvermögens benutzt. Zu den verbliebenen 41.000 RM addierten sich Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen, Zinsen und Verlagserträgen von zusammen 50.000 RM, so dass das Haushaltsvolumen rund 583.000 RM betrug. Davon wurden 182.500 RM für die Sterbegeldversicherung, 312.500 RM für die Verwaltung, die kostenfreie Lieferung der Apotheker-Zeitung und für die üblichen Zuschüsse gebraucht. Es verblieb am Jahresende ein Barbestand von 88.000 RM, von dem 50.000 RM dem Vereinsvermögen zugutekamen, das sich somit insgesamt auf 77.000 RM belief. An Unterstützungen vergab man 53.767.89 RM.

¹ AZ 40 (1925), 906.

² AZ 41 (1926), 969.

³ AZ 42 (1927), 1021.

⁴ AZ 43 (1928), 979.

⁵ AZ 44 (1929), 1056.

⁶ AZ 45 (1930), 1134.

31. Dezember 1930 Bilanzabschluss 435.320.87 RM

Der Vorstandsvorsitzende beschrieb die finanzielle Situation als „günstig“¹. Insgesamt stand dem Verein mit 552.600 RM gleichwohl eine geringere Summe als im Vorjahr zur Verfügung. Diese Reduktion erklärte sich aus der um 35.000 RM verminderten Einnahme des Verlags, da wegen der Unsicherheit in der Arzneitaxfrage eine neue Ausgabe der Spezialitätentaxe nicht herausgebracht werden konnte. Von dem verfügbaren Betrag wurden rund 180.300 RM für die Sterbegeldversicherung, 328.600 RM für die Verwaltung, die kostenfreie Lieferung der Apotheker-Zeitung, die Vereinsgerichtsbarkeit, die Organisation von Prozessen für Mitglieder in grundsätzlich wichtigen Fragen, die Gemeinschaftswerbung und für die üblichen Zuschüsse benutzt. Einen Betrag von 52.008.41 RM stellte der Verein an Unterstützungen zur Verfügung.

31. Dezember 1931 Bilanzabschluss 518.966.07 RM

Salzmann hielt die Finanzlage lediglich noch für „im allgemeinen zufriedenstellend“². Von dem aus dem Jahr 1930 übernommenen Barbestand von 43.673 RM wurden 25.000 RM der Unterstützungskasse überwiesen, da man zur Entlastung der Mitglieder keine Sonderbeitragsrate erhob. Zu dem Vermögen von 18.673 RM kamen aus Mitgliedsbeiträgen, Zinsen und Überweisungen aus den Verlagserträgen 550.805 RM, so dass 569.478 RM zur Verfügung standen. Davon gab man 197.900 RM für die Sterbegeldversicherung und 294.300 RM für die übrigen Posten aus. Der Unterstützungsbetrag belief sich auf 56.177.94 RM, das Vereinsguthaben auf 52.100 RM.

¹ AZ 46 (1931), 1074.

² AZ 47 (1932), 968.

6.3. Die Versammlungen des DAV (1903–1933)

Nachstehend werden die Hauptversammlungen und die Außerordentlichen Hauptversammlungen des Deutschen Apotheker-Vereins unter Salzmanns Leitung mit den jeweiligen Berichterstattungen in chronologischer Folge aufgelistet:

32. Hauptversammlung vom 26. bis 27. August **1903** in **München**. In: AZ 18 (1903), 525, 557–563, 619–624, 914–916.

33. Hauptversammlung am 23. und 24. August **1904** in **Hamburg**. In: AZ 19 (1904), 663–665, 681–684, 689–696, 701–704.

34. Hauptversammlung am 24. und 25. August **1905** in **Breslau**. In: AZ 20 (1905), 682–687, 693–699, 705–709, 718–723, 730 f.

35. Hauptversammlung am 7. und 8. August **1906** in **Dortmund**. In: AZ 21 (1906), 1013–1017.

36. Hauptversammlung vom 3. bis 5. September **1907** in **Eisenach**. In: AZ 22 (1907), 1097–1099, 1109–1112.

37. Hauptversammlung vom 8. bis 10. September **1908** in **Darmstadt**. In: AZ 23 (1908), 925–928.

38. Hauptversammlung vom 7. bis 9. September **1909** in **Berlin**. In: AZ 24 (1909), 671–675, 682–688, 693–699, 706–710.

Außerordentliche Hauptversammlung am 13. April **1910** in **Berlin**. In: AZ 25 (1910), 405–407.

39. Hauptversammlung vom 6. bis 8. September **1910** in **Braunschweig**. In: AZ 25 (1910), 686–692, 697–701, 709–713, 721–724, 734–736, 747–751, 757–761.

40. Hauptversammlung vom 22. bis 24. August **1911** in **Freiburg i. Breisgau**. In: AZ 26 (1911), 712–715, 721–725, 733–739, 746–750, 757–762, 770–775.

41. Hauptversammlung am 4. und 5. September **1912** in **Nürnberg**. In: AZ 27 (1912), 691–694, 706–710, 719–724, 732–734, 741–744, 1013–1015.

42. Hauptversammlung am 26. und 27. August **1913** in **Kiel**. In: AZ 28 (1913), 953–955.

1914 ausgefallen.

43. Hauptversammlung am 15. September **1915** in **Berlin**. In: AZ 30 (1915), 521–523, 530–534, 546–548.

1916 ausgefallen.

1917 ausgefallen.

44. Hauptversammlung am 21. und 22. August **1918** in **Berlin**. In: AZ 33 (1918), 356 f., 362–364, 368–370, 374 f., 379–381, 385–389, 393 f., 397–379, 403 f., 407 f., 419.

45. Hauptversammlung am 28. und 29. August **1919** in **Berlin**. In: AZ 34 (1919), 420–422.

46. Hauptversammlung am 8. und 9. September **1920** in **Eisenach**. In: AZ 35 (1920), 315–317, 323 f., 325–328, 332–337, 348–351, 361–364, 373–376, 386–389, 399–402, 409–411, 416–419.

47. Hauptversammlung am 13. und 14. September **1921** in **Bad Elster**. In: AZ 36 (1921), 370–372, 378–384, 433–438, 448–451, 462–465, 69–71, 79–81.

Außerordentliche Hauptversammlung am 15. Dezember **1921** in **Berlin**. In: AZ 36 (1921), 543–547, 559 f.; AZ 37 (1922), 6–9, 17–20, 33–36, 45–47, 60 f.

48. Hauptversammlung vom 12. bis 14. September **1922** in **Bad Homburg**. In: AZ 37 (1922), 342–344, 352 f., 361–364, 375–377, 385–387, 397–399, 409–412, 424 f., 434–436, 446–450.

49. Hauptversammlung am 14. und 15. September **1923** in **Bayreuth**. In: AZ 38 (1923), 117–119.

50. Hauptversammlung vom 9. bis 12. September **1924** in **Görlitz**. In: AZ 39 (1924), 995–997, 1011–1016, 1032–1034, 1050–1055, 1069–1073, 1113–1118.

51. Hauptversammlung vom 9. bis 11. September **1925** in **Stuttgart**. In: AZ 40 (1925), 952–957, 970–976, 984–991, 1001–1010, 1015–1022, 1033.

52. Hauptversammlung vom 14. bis 16. September **1926** in **Düsseldorf**. In: AZ 41 (1926), 1012–1017, 1032–1040, 1053–1061, 1070–1074, 1089–1092, 1102–1107.

53. Hauptversammlung vom 6. bis 8. September **1927** in **Bremen**. In: AZ 42 (1927), 1095–1102, 1114–1123, 1133–1139, 1155–1159, 1170–1177.

54. Hauptversammlung vom 28. bis 30. August **1928** in **Königsberg i. Preußen**. In: AZ 43 (1928), 1058–1066, 1079–1089, 1098–1112, 1120–1132, 1143–1145.

55. Hauptversammlung vom 10. bis 12. September **1929** in **Heidelberg**. In: AZ 44 (1929), 1186–1195, 1201–1209, 1222–1224.

56. Hauptversammlung vom 17. bis 19. September **1930** in **Trier**. In: AZ 45 (1930), 1199–1205, 1215–1222, 1249–1259, 1272–1283.

57. Hauptversammlung am 8. und 9. September **1931** in **Würzburg**. In: AZ 46 (1931), 1142–1153, 1163–1165, 1205–1219, 1234–1242, 1255–1263, 1273–1279, 1293–1298, 1317–1322.

58. Hauptversammlung am 24. und 25. August **1932** in **Swinemünde**. In: AZ 47 (1932), 1036–1045, 1054 f., 1070–1072, 1094–1104, 1115–1123, 1131–1144, 1151–1160, 1172–1181.

Außerordentliche Hauptversammlung am 22. April **1933** in **Berlin**. In: AZ 48 (1933), 493.

6.4. Tätigkeitsnachweis / Schriftenverzeichnis von Salzmann (1889–1933)

Die folgende Auflistung verzeichnet in chronologischer Reihung Salzmanns Tätigkeiten, soweit sie schriftlich fixiert, d. h. in gedruckter Form vorliegen oder sich über die betreffende, zeitlich nicht immer kongruente Berichterstattung erschließen lassen; hinzu kommen handschriftliche Zeugnisse, wie z. B. im Zusammenhang mit der Hageda von 1902 bis 1922 entstandenen Notizen, die in dieser Aufstellung nicht berücksichtigt werden, doch über die jeweils angegebenen Archive zugänglich sind. Die Eingaben an die entsprechenden Ministerien und Regierungen selbst sind nicht mehr vorhanden; es existiert lediglich nur noch ihre namentliche Auflistung in den jeweiligen Apotheker-Zeitungen.

1889

Beiträge zur Kenntniss halogensubstituierter [!] Toluole und Benzoessäuren. Dissertation. Freiburg i. B. 1889.

mit WERNICKE, Erich: Sublimationsverbandstoffe. In: DMZ 17 (1889), 497–523.

1890

mit WERNICKE, Erich: Sublimationsverbandstoffe. In: PZ 35 (1890), 198.

1892

Sterilisationsapparat für pharmaceutische Laboratorien. In: PC 33 (1892), 475–477.

Jodoformmull. In: PC 33 (1892), 563.

1894

Der Dienst des deutschen Apothekers im Heere und in der Marine. Berlin 1894.

Vierteljahresübersicht, betreffend Chemie der Nahrungsmittel, Genussmittel und Gebrauchsgegenstände. In: AZ¹ 9 (1894), 273–276, 529–533, 781–785.

1895

Vierteljahresübersicht, betreffend Chemie der Nahrungsmittel, Genussmittel und Gebrauchsgegenstände. In: AZ 10 (1895), 15–19, 26–29, 253–258, 263–266, 272 f., 467–470, 477 f., 484–487, 492 f., 711 f., 717 f., 729 f., 744–747.

Rezension des Buches ‚Anleitung zur qualitativen chemischen Analyse. Für Anfänger und Geübtere von Dr. C. Remigius Fresenius, Geh. Hofrat und Professor, Direktor des chemischen Laboratoriums zu Wiesbaden‘. In: AZ 10 (1895), 49.

¹ Die Apotheker-Zeitung erschien am 3. April 1886 zum ersten Mal, weshalb sich die Nummernzählung bis einschließlich 1915 jeweils zum 1. April änderte.

1896

Vierteljahresübersicht, betreffend Chemie der Nahrungsmittel, Genussmittel und Gebrauchsgegenstände. In: AZ 10 (1896), 17 f., 26 f., 44–47, 54 f., 239–241, 248 f., 253 f., 271 f., 503–505, 512–514, 523–526, 779 f., 802 f., 810–812, 816–818, 828 f.

Butyrum. In: AZ 11 (1896), 928 f.

Ueber Carbolsäurepastillen. In: AZ 11 (1896) 945 f.

1897

Vierteljahresübersicht, betreffend Chemie der Nahrungsmittel, Genussmittel und Gebrauchsgegenstände. In: AZ 11 (1897), 25 f., 37 f., 44–47, 262–262, 270 f., 474–476, 483–486, 680–682, 689 f., 695–697.

mit FROELICH, Max: Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1896/97. In: AZ 12 (1897), 559–561.

mit FROELICH, Max: Deutscher Apotheker-Verein. Verhandlungsbericht über die Sitzung des Vorstandes des Deutschen Apotheker-Vereins zu Strassburg im Elsaß. In: AZ 12 (1897), 721.

Komprimierte Arzneitabletten für den Gebrauch der Armee im Felde und im Frieden. In: AZ 12 (1897), 759 f.

Vorschriften für komprimierte Arzneitabletten. In: AZ 12 (1897), 768.

1898

Vierteljahresübersicht, betreffend Chemie der Nahrungsmittel, Genussmittel und Gebrauchsgegenstände. In: AZ 12 (1898), 99 f., 107–110, 777–780.

Die Verbandstoffe. In: AZ 12 (1898), 137–140.

mit FROELICH, Max: Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1897/98. In: AZ 13 (1898), 585–588.

mit FROELICH, Max / BELLINGRODT, FRIEDRICH / JEHN, Carl / VOGT, Emil / GEYER, Heinrich Ludwig / SCHACHT, Carl: Deutscher Apotheker-Verein. Auszug aus dem Bericht über die Sitzungen des Vorstandes des Deutschen Apotheker-Vereins anlässlich der 27. Hauptversammlung des Vereins in Köln a. Rh. 1898. In: AZ 13 (1898), 707 f.

mit FROELICH, Max: Sitzungsbericht der Hauptversammlung der Pensions-Zuschußkasse des Deutschen Apotheker-Vereins vom 24. August 1898. In: AZ 13 (1898), 708.

Ueber Arzneitabletten. Vortrag, gehalten in der Sitzung des Vereins der Apotheker Berlins am 15. November 1898. In: AZ 13 (1898), 807–810.

1900

Der Dienst des deutschen Apothekers im Heere und in der Marine. 2. Auflage. Berlin 1900.

1901

Antwortschreiben vom 28. Juli 1901 auf Willmar Schwabes Rundschreiben an alle Apotheker. In: AZ 16 (1901), 533 f.

1902

Bericht über die Sitzung zur Gründung einer Einkaufsvereinigung der Apotheker Berlins am 30. Dezember 1902. In: AZ 17 (1902), 213 f.

mit ZUMBROICH, Lorenz: Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1901/1902. In: AZ 17 (1902), 577–579.

1903

Auszug aus dem Rundschreiben an die Kreisvorsteher, betreffend die Frühjahrsversammlungen der Vereinskreise. In: AZ 18 (1903), 285–287.

Deutscher Apotheker-Verein. Einberufung der 32. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins nach München in den „Bayerischen Hof“. In: AZ 18 (1903), 469, 517.

mit ZUMBROICH, Lorenz: Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1902/1903. In: AZ 18 (1903), 569–572.

Deutscher Apotheker-Verein. Aufforderung an die Kollegen, das Alkohol-Merkblatt des Kaiserlichen Gesundheitsamts zu verbreiten. In: AZ 18 (1903), 629.

Die Kreisversammlung Königsberg-Gumbinnen auf der Münchner Hauptversammlung. In: AZ 18 (1903), 639.

Bericht über die Verhandlungen der 32. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins zu München am 26. und 27. August 1903. In: AZ 18 (1903), 914–916.

1904

Auszug aus dem Rundschreiben an die Kreisvorsteher, betreffend die Frühjahrsversammlungen der Vereinskreise. In: AZ 19 (1904), 265 f.

Einberufung der 33. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf den 23. und 24. August 1904 nach Hamburg in das Konzerthaus Hamburg. In: AZ 19 (1904), 561.

Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H. In: AZ 19 (1904), 517 f.

Abgabe von Süßstoff. Entscheidung des preußischen Finanzministers. In: AZ 19 (1904), 613.

Veröffentlichung des Gutachtens über die Einführung der Versicherungspflicht und die Schaffung der besonderen Kasseneinrichtung zur Durchführung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der Apotheker. In: AZ 19 (1904), 627–629.

Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1903/4. In: AZ 19 (1904), 637–641.

Sammlung für einen Gedenkstein für Adolf Duflos. In: AZ 19 (1904), 689.

mit KUHLMANN, Ernst / FRAENKEL, Martin / HAGENBECK, Conrad: Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker mit beschränkter Haftung. In: AZ 19 (1904), 701, 713.

mit HÖRMANN, Johannes / LAUX, Walter / WARTENBERG, Wilhelm: Bericht über die Verhandlungen der 33. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins zu Hamburg am 23. und 24. August 1904. In: AZ 19 (1904), 973–975.

mit Wobbe, Willy: Vierteljahresschrift für praktische Pharmazie. Hrsg. vom Deutschen Apotheker-Verein. Berlin 1904.

1905

Bemerkungen zu „Schelenz' Geschichte der Pharmazie“. In: AZ 19 (1905), 41–44, 54 f., 62–64.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundsreiben. In: AZ 20 (1905), 313–315.

Die Vertretung der wissenschaftlichen Pharmazie an den deutschen Hochschulen. In: AZ 20 (1905).

Zur Bilanz der Handelsgesellschaft Dt. Apotheker m.b.H. In: AZ 20 (1905), 467 f., 485 f.

Einberufung der 34. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf den 24. und 25. August 1905 nach Breslau in das Konzerthaus. In: AZ 20 (1905), 530, 581.

Gebrauch des Wortes ‚Krone‘ und des Bildzeichens einer ‚Krone‘ für pharmazeutische Zwecke. In: AZ 20 (1905), 531.

Einberufung der Hauptversammlung der Pensionszuschusskasse des Deutschen Apotheker-Vereins nach Breslau in das Konzerthaus. In: AZ 20 (1905), 532.

Das Klettenwurzelöl in der Apotheke. In: AZ 20 (1905), 534, 617.

Enthüllung der Duflos-Gedenktafel zu Annaberg i. S. In: AZ 20 (1905), 570.

Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1904/1905. In: AZ 20 (1905), 658–664.

1906

Bericht über die Verhandlungen der 34. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins zu Breslau am 24. und 25. August 1905. In: AZ 20 (1906), 10–13.

Apotheker u. politische Presse. Unsere lieben Nahrungsmittelfälscher. In: AZ 20 (1906), 69 f.

Die Vertretung der preußischen Apotheker bei den Behörden. In: AZ 21 (1906), 127 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1905 / 1906. In: AZ 21 (1906), 629–636.

Bericht über die Verhandlungen der 35. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins zu Dortmund am 7. und 8. August 1906. In: AZ 21 (1906), 1013–1016.

Lebensversicherung der Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 21 (1906), 1025.

Zur Entstehungsgeschichte der Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker mit beschränkter Haftung. In: AZ 21 (1906), 1078–1081.

Auszug aus dem Verhandlungsbericht über die ordentliche Sitzung des Vorstandes des Deutschen Apotheker-Vereins in Dortmund am 9. August 1906. In: AZ 21 (1906), 1093.

mit WOBBE, Willy: Vierteljahresschrift für praktische Pharmazie.

1907

Der Deutsche Apotheker-Verein und die Pharmazeutische Zeitung. In: AZ 22 (1907), 165–167, 182 f.

Der Entwurf eines Reichsapothekengesetzes von 1907 im Urteil des Apothekers.

Julius Berendes. In: AZ 22 (1907), 225 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundsreiben. Der Entwurf eines Reichsapothekengesetzes. In: AZ 22 (1907), 325 f.

Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker mit beschränkter Haftung. In: AZ 22 (1907), 449.

Einberufung der 36. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf den 3.–5. September 1907 nach Eisenach in das Hotel „Fürstenhof“. In: AZ 22 (1907), 601 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1906 / 1907. In: AZ 22 (1907), 705–714.

Goethe und die deutschen Apotheker. In: AZ 22 (1907), 745–747.

Der Eisenacher Beschluß zur Gewerbebefragung. In: AZ 22 (1907), 923 f.

Verhandlungsbericht über die ordentliche Sitzung des Vorstandes des Deutschen Apotheker-Vereins zu Eisenach am 6. September 1907. In: AZ 22 (1907), 1085.

Apotheken und Krankenkassen. In: AZ 22 (1907), 1050 f.

Bericht über die Verhandlungen der 36. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins zu Eisenach am 3., 4. und 5. September 1907. In: AZ 22 (1907), 1097–1099, 1109–1112.

1908

Entwurf eines Reichsapothekengesetzes In: AZ 23 (1908), 141–144.

Erläuterungen zum Entwurf eines Reichsapothekengesetzes In: AZ 23 (1908), 144–149.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundsreiben. In: AZ 24 (1908), 337–339.

Die Apotheken und die Reform des Krankenversicherungsgesetzes. In: AZ 24 (1908), 885–887.

mit CALLIESS, Franz: Verhandlungsbericht über die 13. Hauptversammlung der Pensionszuschusskasse des Deutschen Apotheker-Vereins am 10. September 1908 in Darmstadt. In: AZ 24 (1908), 765.

Bitte. An die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 24 (1908), 909.

mit BEDALL, Carl / CALLIESS, Franz / GEYER, Heinrich / JEHN, Carl / NITHACK, Gustav / VOGT, Emil / SCHNIEWIND, Ernst: Verhandlungsbericht über die ordentliche Sitzung des Vorstandes des Deutschen Apotheker-Vereins zu Darmstadt am 11. September 1908. In: AZ 24 (1908), 909.

Bitte an die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins um Unterstützung der Apotheker-Zeitung durch Inserate. In: AZ 24 (1908), 925.

Bericht über die Verhandlungen der 37. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins zu Darmstadt am 8., 9. und 10. September 1908. In: AZ 24 (1908), 925–928.

Der Dienst des deutschen Apothekers im Heere, in der Marine und in den Schutztruppen. 3., völlig neu bearbeitete Auflage. Berlin 1908.

1909

Nochmals der Liquor Cresoli saponatus nach Vorschrift des Preußischen Kultusministeriums. In: AZ 24 (1909), 169 f.

Antwortschreiben auf Rundschreiben der Firma Schülke & Mayr. In: AZ 24 (1909), 170.

Rechte und Pflichten des Preußischen Apothekerkammer-Ausschusses. In: AZ 24 (1909), 197.

Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1908 / 1909. In: AZ 25 (1909), 629–636.

Zur Einweihung des Vereinshauses Deutscher Apotheker. In: AZ 25 (1909), 653–659.

1910

Bericht über die Verhandlungen der 38. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins am 7., 8. und 9. September 1909 in Berlin. In: AZ 25 (1910), 9–12.

Bekanntmachung, betreffend das Wort ‚Botot‘. In: AZ 25 (1910), 12 f.

Einberufung einer ausserordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins nach Berlin. Tagesordnung: Entwurf einer Reichsversicherungsordnung. In: AZ 25 (1910), 213, 225, 233, 241.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundschreiben. In: AZ 25 (1910), 254 f.

Bitte an die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins um Unterstützung der Apotheker-Zeitung durch Inserate. In: AZ 25 (1910), 289.

Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1909/1910. In: AZ 25 (1910), 645–653.

1911

Bitte an die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins um Unterstützung der Apotheker-Zeitung durch Inserate. In: AZ 25 (1911), 9, 17.

Chemisch-pharmazeutische Großindustrie, Apotheker und der Entwurf des Gesetzes gegen Mißstände im Heilgewerbe. In: AZ 25 (1911), 10–12.

Bericht über die Verhandlungen der 39. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins am 6., 7. und 9. September 1910 zu Braunschweig. In: AZ 25 (1911), 69 f., 77–79.

mit HAACKE, Wilhelm / JUNGCLAUBEN, Caesar Albrecht: Dr. Christian-Brunnengräber-Stiftung des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 26 (1911), 141

Einladung zur Generalversammlung des Pensionsverbandes des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 26 (1911), 169.

Die Gehaltskasse für die deutsche Pharmazie. In: AZ 26 (1911), 286–288.

Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H. Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1910. In: AZ 26 (1911), 325 f.

Vereinshaus Deutscher Apotheker G.m.b.H. Bericht über das Geschäftsjahr 1910. In: AZ 26 (1911), 326 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundsreiben. In: AZ 26 (1911), 337–340.

Verhandlungsbericht der ordentlichen Hauptversammlung des Pensionsverbandes des Deutschen Apotheker-Vereins zu Berlin am 19. April 1911. In: AZ 26 (1911), 349.

Hofrat Dr. Heinrich Geyer †. In: AZ 26 (1911), 373.

Verhältnis Liter zu ‚Anker‘. In: AZ 26 (1911), 374.

Versendung von Fragebögen über die Gehaltsverhältnisse und das Dienstalder der konditionierenden Fachgenossen. In: AZ 26 (1911), 437, 516.

Gründung von Garantiegenossenschaften deutscher Apothekenbesitzer zur Beschaffung von Hypotheken und Aufruf zum Beitritt. In: AZ 26 (1911), 477, 489, 501.

Einberufung der 40. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf den 22. und 23. August 1911 nach Freiburg i. Br. in den Paulus-Saal. In: AZ 26 (1911), 541, 573 f., 593 f.

Einladung an die Kreisvorsteher zu einer vertraulichen Besprechung anlässlich der Hauptversammlung in Freiburg am 21. August 1911. In: AZ 26 (1911), 587, 602.

Kassenvorlagen des Vorstandes des Deutschen Apotheker-Vereins für die 40. ordentliche Hauptversammlung zu Freiburg am 22. und 23. August 1911. In: AZ 26 (1911), 625–635.

Vorläufige Tagesordnung für die 40. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 26 (1911), 654.

Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1910 / 1911. In: AZ 26 (1911), 666–674.

Genehmigung zur Annahme der Dr. Martin Fraenkel-Stiftung. In: AZ 26 (1911), 733.

Aufstockung der Johann Albert Schmidt-Stiftung und Unterstützung der Pensionskasse des Vereins durch Ernst Schmidt. In: AZ 26 (1911), 849 f.

Bericht über die Verhandlungen der 40. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins am 22. und 23. August 1911 zu Freiburg i. B. In: AZ 26 (1911), 881–883.

Kritik an dem Bericht über die am 13. Oktober in Küstrin, Krappes Hotel, abgehaltene Herbst-Kreisversammlung des Kreises Frankfurt a. O. In: AZ 26 (1911), 926.

Nachtrag zu der Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins vom 5. September 1907. In: AZ 26 (1911), 1050.

Verhandlungsbericht über die ordentliche Sitzung des Vorstandes des Deutschen Apotheker-Vereins zu Freiburg i. Br. am 24. August 1911. In: AZ 26 (1911), 1078.

1912

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundsreiben. In: AZ 27 (1912), 281–284.

Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1911/1912. In: AZ 27 (1912), 653–659.

Bericht über die Verhandlungen der 41. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins zu Nürnberg am 4. und 5. September 1912. In: AZ 27 (1912), 1013 f., 1025 f.

1913

Die wirtschaftliche Lage der Pharmazie. Berlin 1913.

Gustav Nithack †. In: AZ 27 (1913), 32.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundsreiben. In: AZ 28 (1913), 254 f.

Warenzeichen ‚heraldischer Löwe‘. In: AZ 28 (1913), 255.

Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1912/1913. In: AZ 28 (1913), 641–648.

Die nationale Organisation der Apotheker in Deutschland. In: AZ 28 (1913), 831 f.

Bericht über die Verhandlungen der 42. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins zu Kiel am 26. und 27. August 1913. In: AZ 28 (1913), 953–955.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 5. bis 30. September an die Bundesregierungen, betreffend § 376 der Reichsversicherungsordnung. In AZ 28 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 6. Oktober 1913 an das Reichsamt des Innern, betreffend Prüfungsordnung der Apotheker. In AZ 28 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 18. Oktober 1913 an den Bundesrat, betreffend Deutsche Arzneitaxe. In AZ 28 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 25. Oktober an die Bundesregierungen, betreffend Deutsche Arzneitaxe. In AZ 28 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 12. November 1913 an den Bundesrat, betreffend Vorbildung der Apotheker. In AZ 28 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 14. November 1913 an die Bundesregierungen, betreffend Vorbildung der Apotheker. In AZ 28 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 20. Dezember 1913 an die Bundesregierungen, betreffend § 370 der Reichsversicherungsordnung. In: AZ 28 (1914), 845.

1914

Medizinalrat Dr. Franz Calliess †. In: AZ 28 (1914), 1.

Einberufung der 43. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf den 9. und 10. September 1914 nach Frankfurt a. M. in den Saal des Kaufmännischen Vereins, Eschenheimer Anlagen Nr. 40. In: AZ 29 (1914), 653–656.

Aufruf an die Kollegen, Vertretungsbereitschaft für eingezogene Berufsgenossen in der Apotheker-Zeitung bekannt zu geben. In: AZ 29 (1914), 717.

Verschiebung der 43. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins bis auf weiteres. In: AZ 29 (1914), 718.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 24. Januar 1914 an das preußische, mecklenburgische, hessische und großherzoglich-sächsische Ministerium, betreffend § 370 der Reichsversicherungsordnung. In: AZ 29 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 10. Februar 1914 an das Patentamt, betreffend Zulassung von Apothekern als Patentanwälte. In: AZ 29 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 19. Februar 1914 an den Reichstag, betreffend Entwurf eines Gesetzes über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. In: AZ 29 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 20. Februar 1914 an die Bundesregierungen, betreffend Entwurf eines Gesetzes über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. In: AZ 29 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 10. März 1914 an den Reichstag, betreffend Selbstherstellung und direkte Lieferung von Verbandstoffen, Arzneien usw. durch die Krankenkassen an ihre Mitglieder. In: AZ 29 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 14. März 1914 an den preußischen Minister des Innern, betreffend Auslegung der Giftverordnung. In: AZ 29 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 14. März 1914 an den preußischen Minister des Innern, betreffend § 50 der Apotheken-Betriebsordnung. In: AZ 29 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 24. März 1914 an das sächsische Ministerium des Innern, betreffend § 6 der Verordnung vom 1. Juli 1886. In: AZ 29 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 30. März 1914 an das sachsen-meiningische Ministerium, betreffend § 48 der Apotheken-Betriebsordnung. In: AZ 29 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 31. März 1914 an das Ministerium von Reuß j.L., betreffend § 50 der Apotheken-Betriebsordnung. In: AZ 29 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 31. März 1914 an das Ministerium von Schwarzburg-Sondershausen, betreffend § 48 der Verordnung vom 15. Mai 1901. In: AZ 29 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. April 1914 an das waldeckische Landesdirektorium, betreffend § 35 der Bekanntmachung vom 26. Mai 1896. In: AZ 29 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. April 1914 an das lippische Ministerium, betreffend § 49 der Apotheken-Betriebsordnung. In: AZ 29 (1914), 845.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. April 1914 an den Senat von Lübeck, betreffend § 51 der Apotheken-Betriebsordnung. In: AZ 29 (1914), 846.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundsreiben. In: AZ 29 (1914), 361–363, 373–375.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 28. April 1914 an die meisten Bundesregierungen, betreffend Auslegung des Begriffs 'Kassenbereich' in der Apotheken-Betriebsordnung. In: AZ 29 (1914), 846.

Immediateingabe an Seine Majestät den Kaiser am 30. April 1914, betreffend Regelung des Apothekenwesens, Vor- und Ausbildung der Apotheker, Arzneitaxe, Schutz gegen unlauteren Wettbewerb und Anstellung pharmazeutisch vorgebildeter Beamter. In: AZ 29 (1914), 846.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 7. Juli 1914 an den Bundesrat, betreffend Vorentwurf zu einem Warenzeichengesetz. In: AZ 29 (1914), 846.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 7. Juli 1914 an die Bundesregierungen, betreffend Zwangsabschlag auf von Krankenkassen bezogene Spezialitäten. In: AZ 29 (1914), 846.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 10. Juli 1914 an die Bundesregierungen, betreffend Vorentwurf zu einem Warenzeichengesetz. In: AZ 29 (1914), 846.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 18. Juli 1914 an die Bundesregierungen, betreffend § 376, Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung. In: AZ 29 (1914), 846.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 21. Juli 1914 an den preußischen Minister des Innern, betreffend § 370 der Reichsversicherungsordnung. In: AZ 29 (1914), 846.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 28. Juli 1914 an den Staatssekretär des Reichs-Kolonialamts, betreffend Verkehr mit Arzneimitteln in Deutsch-Südwestafrika. In: AZ 29 (1914), 846.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 21. August 1914 an die Bundesregierungen, betreffend § 376 der Reichsversicherungsordnung. In: AZ 29 (1914), 846.

mit Rüdiger, Adolf: Eingabe an Kaiser Wilhelm II. In: AZ 29 (1914), 838 f.

Geschäftsbericht für 1913/1914. In: AZ 29 (1914), 837 f., 839–846.

1915

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 15. März 1915 an den Bundesrat und die Bundesregierungen, betreffend einen Nachtrag zur Deutschen Arzneitaxe. In: AZ 30 (1915), 505.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 17. März 1915 an den Bundesrat und die Bundesregierungen, betreffend einen Nachtrag zur Deutschen Arzneitaxe. In: AZ 30 (1915), 505.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 17. März 1915 an den Reichstag, betreffend bessere Versorgung der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer. In: AZ 30 (1915), 505.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 30. März 1915 an den preußischen Minister des Innern, betreffend Handverkaufslisten nach § 376 der Reichsversicherungsordnung. In: AZ 30 (1915), 505.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundsreiben. In: AZ 30 (1915), 229- 231.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. Mai 1915 an sämtliche Bundesregierungen, betreffend Ausstellung von Unabkömmlichkeits-Bescheinigungen für Apotheker. In: AZ 30 (1915), 505.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 19. Mai 1915 an den hessischen Minister des Innern, betreffend Ausstellung von Unabkömmlichkeits-Bescheinigungen für Apotheker. In: AZ 30 (1915), 505.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 10. Juni 1915 an den preußischen Minister des Innern, betreffend den Bezug von Kampfer seitens der Apotheker. In: AZ 30 (1915), 505.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 5. Juli 1915 an die meisten Bundesregierungen, betreffend Handverkaufslisten nach § 376 der Reichsversicherungsordnung. In: AZ 30 (1915), 505.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. Juli 1915 an die meisten Bundesregierungen, betreffend Handverkaufslisten nach § 376 der Reichsversicherungsordnung. In: AZ 30 (1915), 505.

Geschäftsbericht des Deutschen Apotheker-Vereins für 1914/15. In: AZ 30 (1915), 501–505.

Abschlußwort zur 43. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins zu Berlin am 15. September 1915. In: AZ 30 (1915), 523.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 10. und 16. Oktober 1915 an die Kriegsministerien von Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen, betreffend Militärapotheker. In: AZ 30 (1916), 488.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 12. November 1915 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Deutsche Arzneitaxe. In: AZ 30 (1916), 488.

Mitteilung über die bevorstehende Veröffentlichung der ‚Grundsätze für Vereinbarungen zwischen Krankenkassen und Apothekern‘. In: AZ 30 (1915), 625.

Bericht über die Verhandlungen der 43. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins zu Berlin am 15. September 1915. In: AZ 30 (1915), 625 f.

1916¹

Deutscher Apotheker-Verein. Verzeichnis der Kreisvorsteher. In: AZ 31 (1916), 1.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 5. Januar 1916 an die Kriegsministerien von Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen, betreffend Zurückstellung von Apothekern. GSTA PK 43.

Schreiben vom 6. Januar 1916 an sämtliche Ministerien des Innern, betreffend Zurückstellung von Apothekern. In: AZ 31 (1916), 488.

Bitte, die Apotheker-Zeitung mit Anzeigen und Stellenangeboten zu unterstützen. In: AZ 31 (1916), 9, 13, 17, 21, 25, 29, 37, 45, 49, 57, 61, 69, 73, 81, 85, 89, 97, 101, 109, 117, 121, 129, 133, 137, 145, 153, 161, 169, 173, 177, 185, 192, 197, 201, 205, 213, 217, 225, 233, 224, 253, 257, 265, 269, 273, 277, 281, 285, 353, 401, 405, 413, 617.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 10. Januar 1916 an den Staatssekretär des Innern, betreffend Oele [!] und Fette. In: AZ 31 (1916), 488.

¹ Ab 1916 ändert sich die Nummernzählung der AZ bei jedem Jahreswechsel.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 22. Januar 1916 an das Staatsministerium von Sachsen-Meiningen, betreffend Deutsche Arzneitaxe. In: AZ 31 (1916), 488.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 11. Februar 1916 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Deutsche Arzneitaxe. In: AZ 31 (1916), 488.

Johann Albert Schmidt-Stiftung. In: AZ 31 (1916), 49, 89, 121, 137.

Dr. Christian Brunnengraeber-Stiftung. In: AZ 31 (1916), 81.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 10. März 1916 an das Reichsamt des Innern, betreffend Zuckerabgabe. In: AZ 31 (1916), 488.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 4. und 11. März 1916 an das Generalkommando III. Armeekorps, betreffend Zurückstellung von Apothekern. In: AZ 31 (1916), 488.

Einschreiben vom 7. April 1916 an das Königliche Polizeipräsidium, Berlin. Abrechnung über die Kriegsspende des Deutschen Apotheker-Vereins für 1914 und 1915. GSTA PK 3.

Vereinshaus Deutscher Apotheker G.m.b.H. In: AZ 31 (1916), 170.

Deutscher Apotheker-Verein. Wechsel des Vorstehers des Kreises Mittelfranken. In: AZ 31 (1916), 217.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundsreiben. In: AZ 31 (1916), 233 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 19. April 1916 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Zuckerversorgung der Apotheken. In: AZ 31 (1916), 488.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H., Berlin. In: AZ 31 (1916), 169 f.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H., Berlin. Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1915. In: AZ 31 (1916), 178 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 2. Juni 1916 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Deutsche Arzneitaxe. In: AZ 31 (1916), 488.

Einschreiben vom 19. Juni 1916 an das Königliche Polizeipräsidium, Berlin. Monatsweise Abrechnung über die Kriegsspende des Deutschen Apotheker-Vereins für die Monate Februar bis Mai 1916. GSTA PK 3.

Schreiben vom 22. Juni 1916 an das Königliche Polizeipräsidium, Berlin. Verfahrensänderung der Spendenakquise. GSTA PK 3.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 30. Juni 1916 an das preußische Ministerium des Innern, betreffend Handverkaufspreise für Krankenkassen. In: AZ 31 (1916), 488

Deutscher Apotheker-Verein. Bekanntmachung. Beschluss, die diesjährige Hauptversammlung ausfallen zu lassen. In: AZ 31 (1916), 353, 362, 369.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 6. Juli 1916 an den Bundesrat, betreffend Süßstoffverteilung. In: AZ 31 (1916), 488.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. Juli 1916 an das Reichsamt des Innern, betreffend Süßstoffverteilung. In: AZ 31 (1916), 488.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. Juli 1916 an den preußischen Kriegsminister, betreffend Militärapotheke. In: AZ 31 (1916), 488.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 21. Juli 1916 an das Reichsschatzamt, betreffend Süßstoffverteilung. In: AZ 31 (1916), 488.

Deutscher Apotheker-Verein. Natrium benzoicum. In: AZ 31 (1916), 381, 385.

Deutscher Apotheker-Verein. Bekanntmachung. Wechsel des Vorstehers im Kreis Merseburg. In: AZ 31 (1916), 429.

Deutscher Apotheker-Verein. Kuratoriumsmitgliedswechsel in der Dr. Christian Brunnengraeber-Stiftung. In: AZ 31 (1916), 434.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 21. August 1916 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Deutsche Arzneitaxe. In: AZ 31 (1916), 488.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 2. September 1916 an den Reichskanzler, betreffend Süßstoffverteilung. In: AZ 31 (1916), 488.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. September 1916 an den preußischen Minister des Innern, betreffend Süßstoffverteilung. In: AZ 31 (1916), 488.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 16. September 1916 an den Kriegsminister, betreffend Beschlagnahme von Schmiermitteln. In: AZ 31 (1916), 488.

Schreiben vom 18. und 19. September 1916 an die Kriegsminister, betreffend Zurückstellung von Apothekern vom Heeresdienst. In: AZ 81 (1916), 488.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 20. September 1916 an alle deutschen Ministerien, betreffend Zurückstellung von Apothekern vom Heeresdienst. In: AZ 31 (1916), 488.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 22. September 1916 an den Reichskanzler, betreffend Saccharinverteilung. In: AZ 31 (1916), 489.

Deutscher Apotheker-Verein. Wechsel des Vorstehers im Kreis Hannover. In: AZ 31 (1916), 469.

Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1915/16. „Der Krieg“. In: AZ 31 (1916), 485–489.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 2. Oktober 1916 an das Kriegsernährungsamt, betreffend Saccharinverteilung. In: AZ 31 (1916), 489.

Deutscher Apotheker-Verein. Dänischer Apothekenleiter nimmt deutsche Kollegenkinder auf. In: AZ 31 (1916), 501.

Hypothekenvermittlungs-Genossenschaft Berliner Apotheker „Garda“. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Jahresbericht 1915/16. In: AZ 31 (1916), 525.

Schreiben vom 27. November 1916 an die Kriegsminister und alle Bundesregierungen, betreffend Zurückstellung von Apothekern vom Heeresdienst. In: AZ 31 (1917), 452.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Spezialitäten-Taxe für das Deutsche Reich. In: AZ 31 (1916), 597, 605, 625.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 18. Dezember 1916 an den Reichskanzler, betreffend Saccharinverteilung. In: AZ 31 (1917), 452.

Deutscher Apotheker-Verein. Aufruf. Gesetz über vaterländischen Hilfsdienst für Apotheker, die jünger als 60 Jahre sind. In: AZ 31 (1916), 617, 625.

Ernst Schniewind †. In: AZ 105 (1916), 637.

1917

Verzeichnis der Kreisvorsteher. In: AZ 32 (1917), 2 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 11. Januar und 13. Februar 1917 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 32 (1917), 452.

Deutscher Apotheker-Verein. Abgabe von Saccharin. In: AZ 32 (1917), 21.

Deutscher Apotheker-Verein. Geleistete Kriegsspende. In: AZ 32 (1917), 61.

Deutscher Apotheker-Verein. Wechsel des Vorstehers im Kreis Bautzen. In: AZ 32 (1917), 66.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 13. Februar 1917 an das Kriegsernährungsamt, betreffend Preisbemessung diätetischer Lebensmittel. In: AZ 32 (1917), 452.

Deutscher Apotheker-Verein. Dr. Christian Brunnengraeber-Stiftung. In: AZ 32 (1917), 97.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 20. Februar 1917 an das Kriegsernährungsamt, betreffend Versorgung der Apotheken mit Nahrungsmitteln, besonders Kindermehlen. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 26. Februar 1917 an das württembergische Ministerium des Innern, betreffend Schließung von Apotheken. In: AZ 32 (1917), 452.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Deutscher Apotheker-Verein. Spezialitätentaxe für das Deutsche Reich. In: AZ 32 (1917), 121, 177, 229, 277, 309, 365, 409, 461, 517, 533, 557, 621.

Deutscher Apotheker-Verein. Wechsel des Vorstehers im Kreis Duisburg. In: AZ 32 (1917), 122.

Johann Albert Schmidt-Stiftung. In: AZ 32 (1917), 122, 133, 149.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 12. März 1917 an das Kriegsernährungsamt, betreffend Preisbemessung diätetischer Lebensmittel. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 17. März 1917 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Preisbemessung diätetischer Lebensmittel. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 23. März 1917 an die Regierung der bayerischen Pfalz. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 24. März 1917 an das preußische Kriegsministerium, betreffend Korken. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 26. März 1917 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 32 (1917), 452.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H., Berlin. Einladung zur ordentlichen Generalversammlung. In: AZ 32 (1917), 186, 194.

Vereinshaus Deutscher Apotheker GmbH. Einladung zur Generalversammlung. In: AZ 32 (1917), 186.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H., Berlin. Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1916. In: AZ 32 (1917), 205.

Deutscher Apotheker-Verein. Mangel an Kork. In: AZ 32 (1917), 213.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. April 1917 an den preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten, betreffend Bahnsperre. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 18. April 1917 an die Reichsstelle für Speisefette und das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Milchzucker. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 19. April 1917 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 19. April 1917 an das preußische Kriegsministerium, betreffend Korken. In: AZ 32 (1917), 452.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundsreiben. In: AZ 32 (1917), 242 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 26. April 1917 an das württembergische Ministerium des Innern, betreffend Schließung von Apotheken. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 30. April 1917 an das Berliner Polizei-Präsidium, betreffend Sammlung für unsere Kriegsspende. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 10. Mai 1917 an das preußische Kriegsministerium, betreffend Vorschläge für Korkstopfen-Ersatz. In: AZ 32 (1917), 452.

Kreisspende des Deutschen Apotheker-Vereins zugunsten der durch den Krieg in Not geratenen Apotheker und der Familien einberufener Apotheker. In: AZ 32 (1917), 241, 249, 277, 285.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 30. Mai 1917 an die Metall-Mobilmachungsstelle, betreffend Kupfer in Apothekengeräten In: AZ 32 (1917), 452.

Deutscher Apotheker-Verein. Vermächtnis zu Wohltätigkeitszwecken. In: AZ 32 (1917), 286.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. Juni 1917 an den Oberpräsidenten zu Potsdam, betreffend Sammlung für die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. Juni 1917 an den württembergischen Kriegsminister, betreffend Schließung württembergischer Apotheken. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 14. Juni 1917 an die Zensurstelle beim Kriegsamt, betreffend Anzeigen über Stellen-Angebote. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 15. Juni 1917 an die Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen, betreffend Verteilung von Fruchtsäften. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. Juni 1917 an das Kriegsministerium, Kriegs-Rohstoff-Abteilung, betreffend Gummisauger. In: AZ 32 (1917), 452.

Deutscher Apotheker-Verein. Wahl des Vorstehers im Kreis Oberschlesien. In: AZ 32 (1917), 353.

Deutscher Apotheker-Verein. Betreffend Abgabe von Natrium benzoicum. In: AZ 32 (1917), 373.

Deutscher Apotheker-Verein. Wechsel des Vorstehers im Kreis Dortmund. In: AZ 32 (1917), 380.

Deutscher Apotheker-Verein. Wechsel des Vorstehers im Kreis Merseburg. In: AZ 32 (1917), 385.

Deutscher Apotheker-Verein. Betreffend Hauptversammlung. In: AZ 32 (1917), 392, 409.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 5. Juli 1917 an das Reichsamt des Innern, betreffend Beschaffung von Südweinen. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 10. Juli 1917 an das Kriegsministerium, Kriegs-Rohstoff-Abteilung, betreffend Gummisauger. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 17. Juli 1917 an die Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen, betreffend Freigabe von Himbeer- und Kirschmutteraft. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 27. Juli 1917 an den Staatssekretär des Innern, an das Kaiserliche Gesundheitsamt und an die Weinhandelsgesellschaft m.b.H., betreffend Beschaffung von Südweinen. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 27. Juli 1917 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Zusammensetzung des Borsalbe. In: AZ 70 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 27. Juli 1917 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend 2. Nachtrag zur Arzneitaxe. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 2. August 1917 an das Bayerische Landeszuckeramt, betreffend Zuteilung von Zucker. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. August 1917 an das Kriegsministerium, Zentralstelle für Kriegsbeute, betreffend Ersatz für Kork. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 10. August 1917 an den Reichskommissar für Kohlenverteilung, betreffend Versorgung der Apotheken mit Kohlen. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 13. August 1917 an die Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen, betreffend Fruchtsäfte. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 15. August 1917 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 32 (1917), 452.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 15. August 1917 an die Reichsbranntweinstelle, betreffend Kognakbezug. In: AZ 32 (1917), 452.

Mitteilung über den Verzicht auf die ordentliche Hauptversammlung 1917 mit Option auf eine außerordentliche Hauptversammlung 1917 dann satzungsmäßig in Berlin. In: AZ 32 (1917), 397.

Deutscher Apotheker-Verein. Berichtigung der Ergänzungstaxe zur Deutschen Arznei-Taxe 1917. In: AZ 32 (1917), 417, 428, 433, 437.

Deutscher Apotheker-Verein. Wechsel des Vorstehers im Kreis Elberfeld-Barmen. In: AZ 32 (1917), 445.

Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1916/1917. Der Krieg. In: AZ 32 (1917), 449-452.

Deutscher Apotheker-Verein. Vermächtnis zu Wohltätigkeitszwecken. In: AZ 32 (1917), 509.

Hypothekenvermittlungs-Genossenschaft Berliner Apotheker „Garda“. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Jahresbericht 1916/17. In: AZ 32 (1917), 521.

Deutscher Apotheker-Verein. Bekanntmachung, betreffend wortgeschützte Mittel im Ergänzungsbuch. In: AZ 32 (1917), 525.

Deutscher Apotheker-Verein. Wechsel des Vorstehers im Kreis Rhein und Ruhr. In: AZ 32 (1917), 525.

Deutscher Apotheker-Verein. Wechsel des Vorstehers im Kreis Hannover. In: AZ 32 (1917), 597.

Deutscher Apotheker-Verein. Abänderung der Kassen-Handverkaufsliste. In: AZ 32 (1917), 621.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. September 1917 an den preußischen Minister des Innern und das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Sicherstellung von Chloroform und Narkoseäther. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 2. Oktober 1917 an das Reichsamt des Innern und das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Versorgung der Apotheken mit Aether. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. Oktober 1917 an das Reichsamt des Innern, betreffend Papierbedarf der Apotheken. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. Oktober an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Taxansätze für Pulverschachteln usw. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 11. Oktober 1917 an das Reichsamt des Innern, betreffend Sicherung von Natrium bicarbonicum. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 11. Oktober 1917 an die Reichsbranntweinstelle, betreffend Aether für Apotheken. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 22. Oktober 1917 an das Preußische Kriegsministerium, betreffend Korkbeschlagnahme. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. Oktober 1917 an den Preußischen Minister des Innern, betreffend Giftgetreide. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 2. November 1917 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. November 1917 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe 1918. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 19. November 1917 an das Kriegsministerium, betreffend Vaselinöl und Ceresin. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 28. November 1917 an das Reichsamt des Innern, betreffend Papierbedarf der Apotheken. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 14. Dezember 1917 an das Reichswirtschaftsamt, betreffend Papierbedarf der Apotheken. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 14. Dezember 1917 an das Kriegsamt, betreffend Papierbedarf der Apotheken. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 15. Dezember 1917 an das Reichswirtschaftsamt, betreffend Natrium benzoicum. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 27. Dezember 1917 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Pfefferminzöl und Menthol. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. Dezember 1917 an das Kriegsministerium, betreffend Kriegsteuerungszulage für die Oberapotheker a. W. In: AZ 33 (1918), 343.

1918

Deutscher Apotheker-Verein. Verzeichnis der Kreisvorsteher. In: AZ 33 (1918), 2 f.

mit Wartenberg, Wilhelm: Spezialitäten-Taxe für das Deutsche Reich. In: AZ 33 (1918), 57, 165, 335, 351, 475, 509.

An die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins. Bitte. In: AZ 33 (1918), 69.

Deutscher Apotheker-Verein. Dr. Christian Brunnengraeber-Stiftung. In: AZ 33 (1918), 9.

Pensionsverband des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 33 (1918), 113.

Johann Albert Schmidt-Stiftung. In: AZ 33 (1918), 113, 275.

Antwortschreiben an den Verein der Vorort-Apotheker Berlins. In: AZ 33 (1918), 156.

Deutscher Apotheker-Verein. Kriegsspende. In: AZ 33 (1918), 157, 181, 283.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H. Generalversammlung. In: AZ 33 (1918), 181.

Deutscher Apotheker-Verein. Wenderoth-Stiftung. In: AZ 33 (1918), 189.

Deutsche Handverkaufs-Taxe. In: AZ 33 (1918), 189.

Handverkaufsliste für Krankenkassen (K.H.L.). In: AZ 33 (1918), 189.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H. Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1917. In: AZ 33 (1918), 189 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Kriegsspende der Apothekerkammer der Provinz Hannover. In: AZ 33 (1918), 190.

Deutscher Apotheker-Verein. Spende an Gehilfen-Unterstützungskasse. In: AZ 33 (1918), 201, 209.

Deutscher Apotheker-Verein. Pensionsverband des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 33 (1918), 205.

Deutscher Apotheker-Verein. J.D.Riedel-Stiftung. In: AZ 33 (1918), 245.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Jagst. In: AZ 33 (1918), 275.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Dortmund. In: AZ 33 (1918), 283.

Einberufung der 44. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf den 21. August 1918 und wenn nötig auf den 22. August 1918 nach Berlin in das Vereinshaus Deutscher Apotheker, Levetzowstr. 16 B. In: AZ 33 (1918) 287, 312, 317, 321.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Braunschweig. In: AZ 33 (1918), 309.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Dresden. In: AZ 33 (1918), 321.

Deutscher Apotheker-Verein. Der Krieg und Geschäftsbericht für 1917/1918. In: AZ 33 (1918), 339–344.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 7. Januar 1918 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 17. Januar 1918 an den Bundesrat und den Preußischen Minister des Innern, betreffend Einführung des Reifezeugnisses als Vorbedingung für den Eintritt in die Apothekerlaufbahn. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 22. Januar 1918 an die übrigen Bundesregierungen, betreffend Einführung des Reifezeugnisses als Vorbedingung für den Eintritt in die Apothekerlaufbahn. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 28. Januar 1918 an sämtliche höheren Verwaltungsbehörden des Reiches, betreffend Handverkaufslisten für Krankenkassen. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 2. Februar 1918 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 2. Februar 1918 an das Preußische Kriegsministerium, betreffend Natrium benzoicum. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 2. Februar 1918 an das Preußische Kriegsministerium, betreffend Beförderung der zum Sanitätspersonal übergeführten Angehörigen des Apothekerberufes. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 4. März 1918 an das Kriegswirtschaftsministerium, betreffend Verabfolgung von Seifenzusatzkarten an die Apotheker. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 7. März 1918 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 21. März 1918 an die Reichs-Zuckerstelle, betreffend Streukügelchen für homöopathische Zwecke. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 21. März 1918 an das Kriegsernährungsamt, betreffend Malzextrakt. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 23. März 1918 an den Reichstag, betreffend § 4 des Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 23. März 1918 an den Staatssekretär des Innern, betreffend § 4 des Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 6. April 1918 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. Mai 1918 an das Reichsamt des Innern, betreffend Reifeprüfung als Vorbedingung für den Eintritt in die Apothekerlaufbahn. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 7. Mai 1918 an die Reichsbranntweinstelle, betreffend Versorgung der Apotheken mit Aether. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 18. Mai 1918 an das Reichsamt des Innern, betreffend Oleum Cacao. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 18. Mai 1918 an den bayerischen Minister des Innern, betreffend Reifeprüfung als Vorbedingung für den Eintritt in die Apothekerlaufbahn. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 22. Mai und 5. Juni 1918 an die Reichsbranntweinstelle, betreffend Spiritusrevers. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 5. Juni 1918 an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes betreffend Versorgung der Apotheken mit Weizenmehl. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 5. Juni 1918 an den preußischen stellvertretenden Kriegsminister und den preußischen Minister des Innern, betreffend Entlassung bzw. Zurückstellung von Apothekern vom Heeresdienst. In: AZ 33 (1918), 343

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 6. Juni 1918 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Richtpreise. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 6. Juni 1918 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 6. Juni 1918 an das Reichswirtschaftsamt, betreffend Seifenversorgung der Apotheken. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. Juni 1918 an den bayerischen und sächsischen Kriegsminister, betreffend Zurückstellung von Apothekern vom Heeresdienst. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 17. Juni 1918 an den Bundesrat, betreffend den Entwurf eines Weinsteuergesetzes. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 17. Juni 1918 an den preußischen Minister des Innern und das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Weinsteuergesetz. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 27. Juni 1918 an die Reichsbranntweinstelle, betreffend Aether. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 1. Juli 1918 an das preußische Kriegsministerium, betreffend Lagerbuchführung und Bestandsmeldung von Kautschuk und Gummiwaren. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 1. Juli 1918 an das preußische Kriegsministerium, betreffend Lagerbuchführung über beschlagnahmte Chemikalien. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. Juli 1918 an das württembergische Kriegsministerium, betreffend Zurückstellung von Apothekern vom Heeresdienst. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. Juli 1918 an die Weinhandelsgesellschaft, betreffend Süßwein und Kognak für Kranke. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. Juli 1918 an das Kaiserliche Gesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 33 (1918), 343.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 11. Juli 1918 an den Reichstag, betreffend Umsatzsteuer. In: AZ 33 (1918), 343.

Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1917/1918. In: AZ 33 (1918), 339–344.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 12. Juli 1918 an den preußischen Minister des Innern, betreffend Süßwein und Kognak für Kranke. In: AZ 33 (1918), 343.

Deutscher Apotheker-Verein. Kriegsspende. In: AZ 33 (1918), 363, 379, 427.

Telegramm vom 22. August 1918 an Kaiser Wilhelm II. (GSTA PK I. HA. Rep. 89, Geh. Zivilkabinett, jüngere Periode, Nr. 24555, 43).

Deutscher Apotheker-Verein. Sonderumlagenspende. In: AZ 33 (1918), 379.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Minden-Ravensberg. In: AZ 33 (1918), 385.

Hypothekenvermittlungs-Genossenschaft Berliner Apotheker ‚Garda‘ eingetragene Genossenschaft bei beschränkter Haftpflicht. Jahresbericht 1917/18. In: AZ 33 (1918), 471.

Deutscher Apotheker-Verein. Einladung zur Lagebesprechung am 20. November im Vereinshaus Deutscher Apotheker mit sämtlichen besitzenden und nicht besitzenden Apothekern. In: AZ 33 (1918), 483, 487.

Aufruf zur Wiedereinstellung heimkehrender Apothekenmitarbeiter aus dem Krieg. In: AZ 33 (1918), 491, 495, 499.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Schwarzwald. In: AZ 33 (1918), 491.

Aufruf bezüglich Vertreter-Nachweise. In: AZ 33 (1918), 499.

Bericht über die Verhandlungen der 44. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins am 21. und 22. August 1918 nach Berlin. In: AZ 33 (1918), 503-505, 533.

1919

Deutscher Apotheker-Verein. Legat des Dr. Friedrich Wilhelm Weber, früheren Apothekers in Schwelm. In: AZ 34 (1919), 6.

mit Wartenberg, Wilhelm: Deutscher Apotheker-Verein. Spezialitäten-Taxe für das Deutsche Reich. In: AZ 34 (1919), 15, 27.

Ist die Apotheke reif zur Verstaatlichung oder Kommunalisierung? In: AZ 34 (1919), 39, 43 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Dr. Laboschin-Stiftung. In: AZ 34 (1919), 55.

Deutscher Apotheker-Verein. Dr. Christian Brunnengraeber-Stiftung. In: AZ 34 (1919), 61 f.

Reduktion der Apotheker-Zeitung auf einmal wöchentlich ab 1. März 1919. In: AZ 34 (1919), 69, 73.

Deutscher Apotheker-Verein. Johann Albert Schmidt-Stiftung. In: AZ 34 (1919), 77

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H. Einladung zur ordentlichen Generalversammlung am 26. April 1919. In: AZ 34 (1919), 111.

Vereinshaus Deutscher Apotheker G.m.b.H. Einladung zur Generalversammlung am 26. April 1919. In: AZ 34 (1919), 111.

Deutscher Apotheker-Verein. Stipendienkasse. Rückzahlung eines Geförderten. In: AZ 34 (1919), 117.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Bielefeld. In: AZ 34 (1919), 141.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Mittelrhein. In: AZ 34 (1919), 149.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundschreiben. In: AZ 34 (1919), 141 f, 149–151.

Deutscher Apotheker-Verein. Tarifvertrag. In: AZ 34 (1919), 161.

Apotheker Carl Braun-Stiftung. In: AZ 35 (1919), 184.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Mittelschlesien. In: AZ 34 (1919), 184.

Deutscher Apotheker-Verein. Einberufung der 45. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf Donnerstag, den 28. und Freitag, den 29. August 1919 nach Berlin ins Vereinshaus Deutscher Apotheker. In: AZ 34 (1919), 191.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Schwarzwald. In: AZ 34 (1919), 199.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis See. In: AZ 34 (1919), 206.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Mittelrhein. In: AZ 34 (1919), 222.

Deutscher Apotheker-Verein. Vertrauliche Vorbesprechung der Abgeordneten zur Hauptversammlung und der Kreisvorsteher. In: AZ 34 (1919), 227.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Chemnitz. In: AZ 34 (1919), 235.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Niederbayern. In: AZ 34 (1919), 235.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Schwarzwald. In: AZ 34 (1919), 235.

Geschäftsbericht für 1918/19. In: AZ 34 (1919), 247–253.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 15. August 1918 an das preußische Kriegsministerium, betreffend Bewirtschaftung des Chinins. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 26. August an das stellvertretende Generalkommando IX. A.-K. [IX. Armeekorps], betreffend Personalanzeigen. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. August 1918 an das Kriegsministerium in Berlin, betreffend in Personalnot befindlicher Apotheker. In: AZ 33 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. August an die Kriegsministerien in München und Dresden, betreffend in Personalnot befindliche Apotheker. In: AZ 33 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 1. September 1918 an das Kriegsernährungsamt, betreffend Versorgung der Apotheken mit Medizinal-Süßwein. In: AZ 33 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. September 1918 an die stellvertretenden Generalkommandos des I. bis XII. und XIII. bis XXI. A.-K. Abschrift der an die Kriegsministerien gerichteten Eingabe. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 5. September 1918 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe 1919. In: AZ 43 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 6. September 1918 an das Kriegsministerium in Stuttgart, betreffend Vertretung in Personalnot befindlicher Apotheker. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 20. September 1918 an das Reichswirtschaftsamt, betreffend Bezug von Aetzkalien und Aetznatron. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 2. Oktober 1918 an das Ministerium des Innern in Berlin, betreffend Versorgung der Apotheken mit Jod. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. Oktober 1918 an das Reichswirtschaftsamt, betreffend Versorgung der Apotheken mit Jod. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. Oktober 1918 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Versorgung der Apotheken mit Jod. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 11. Oktober 1918 an den Bundesrat, betreffend Prüfungsordnung für Apotheker (Maturum). In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 15. Oktober 1918 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Berechnung von Aqua destillata. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 19. Oktober 1918 an den Bundesrat, betreffend Weinsteuern-Ausführungsbestimmungen (monatliche Eintragungen in das Weinbuch). In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 16. November 1918 an die Reichszuckerstelle, betreffend Versorgung der Apotheken mit zuckerhaltigen Arzneizubereitungen. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 23. November 1918 an das Kriegsministerium in Berlin, betreffend Entlassung der Kriegsfreiwilligen der Jahrgänge 1896–1899. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 30. November 1918 an die Kriegsministerien in Berlin, München, Dresden und Stuttgart, betreffend Entlassung von Apothekern aus dem Heeresdienste. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 11. Dezember 1918 an das Ministerium für Militärwesen in Dresden betreffend Entlassung von Apothekenbesitzern aus dem Heeresdienste. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. Januar 1919 an das Reichsamt des Innern, betreffend den Postverkehr mit den besetzten Gebieten. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 4. Januar 1919 an die Ministerien des Innern zu Berlin, München, Darmstadt und Karlsruhe, betreffend den Postverkehr mit den besetzten Gebieten. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins Am 8. Januar 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Änderung der Preise der Deutschen Arzneitaxe 1919. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 9. Januar 1919 an das Reichsschatzamt, betreffend Weinsteuer-Ausführungsbestimmungen (Weinsteuerbuch; Pepsinwein). In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 11. Januar 1919 an das Reichspostamt, betreffend Postverkehr mit den besetzten Gebieten. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 14. Januar 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Sachverständige zur Beratung einer grundlegenden Aenderung der Arzneitaxe. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 23. Januar 1919 an den Oberbefehlshaber der Zone des Besetzungsgebietes in M.-Gladbach, betreffend Einfuhr der ‚Apotheker-Zeitung‘. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 27. Januar 1919 an das Reichsamt des Innern, betreffend Versorgung der Apotheken mit Radix Ipecacuanhae. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 28. Januar 1919 an den britischen Militärgouverneur in Köln a. Rh., betreffend Einfuhr der ‚Apotheker-Zeitung‘. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. Januar 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe 1919. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 5. Februar 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe 1919. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 11. Februar 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Sachverständige zur Beratung einer Arzneitaxänderung. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 19. Februar 1919 an das Reichsamt des Innern, betreffend Prüfungsordnung für Apotheker. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 25. Februar 1919 an das Reichsschatzamt, betreffend Weinsteuer Ausführungsbestimmungen (Pepsinwein). In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 25. Februar 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Pepsinweinversteuerung. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. März 1919 an das Reichsministerium des Innern, betreffend aus Elsaß-Lothringen vertriebene Apotheker. In: AZ 34 (1919), 252

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 17. März 1919 an die Waffenstillstandskommission in Berlin, betreffend Einfuhr von Weinen aus den besetzten Gebieten. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 18. März 1919 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Tarifvertrag. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 24. März 1919 an die Deutsche Friedensdelegation, betreffend Abtretung deutscher Gebietsteile an Belgien. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 5. April 1919 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Vergesellschaftung der Apotheken.. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. April 1919 an sämtliche Bundesregierungen, betreffend Vergesellschaftung der Apotheken. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 17. April 1919 an das Reichsministerium, betreffend Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Lehrzeit der Pharmazeuten. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 5. Mai 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe 1919. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 19. Mai 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arbeitspreise der Arzneitaxe. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 20. Mai 1919 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Vergesellschaftung der Apotheken. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 21. Mai 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe 1919. In: AZ 43 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 28. Mai 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe 1919. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. Juni 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe 1919. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 6. Juni 1919 an das Reichsschatzamt, betreffend Weinsteuer Ausführungsbestimmungen. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 10. Juni 1919 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Lehrzeit der Pharmazeuten. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 12. Juni 1919 an die Reichsbranntweinstelle, betreffend Erhöhung des Branntweinkontingents der Apotheken und Ersatz des auf dem Transport in Verlust geratenen Branntweins. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 12. Juni 1919 an das Reichsarbeitsministerium, betreffend Tarifvertrag (Verbindlichkeitserklärung). In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 15. Juli 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe 1919. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 21. Juli 1919 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Entwurf eines Gesetzes über das Reichsnotopfer (Steuerpflicht der Wohltätigkeitsanstalten). In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. Juli 1919 an das Reichsarbeitsministerium, betreffend Tarifvertrag (Verbindlichkeitserklärung). In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 2. August 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 34 (1919), 252.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 13. August 1919 an die Nationalversammlung, betreffend Entwurf eines Zuwachssteuergesetzes. In: AZ 34 (1919), 252.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Trier. In: AZ 34 (1919), 283.

Deutscher Apotheker-Verein. Vertrauensmänner in den besetzten Gebieten. In: AZ 34 (1919), 292, 299.

Deutscher Apotheker-Verein. Spende an Stipendienkasse. In: AZ 34 (1919), 344.

Hypothekenvermittlungs-Genossenschaft Berliner Apotheker „Garda“. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Jahresbericht 1918/19. In: AZ 34 (1919), 344 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Tarifgemeinschaft deutscher Apotheker. In: AZ 34 (1919), 351.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H. Einladung zur außerordentlichen Generalversammlung zur Erhöhung des Stammkapitals und Änderung des Gesellschaftervertrages. In: AZ 34 (1919), 372.

mit Wartenberg, Wilhelm: Deutscher Apotheker-Verein. Zweiter Nachtrag zu der Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins vom 5. September 1907. In: AZ 34 (1919), 384.

Deutscher Apotheker-Verein. Feststellung des maturen Fachgenossen. In: AZ 34 (1919), 391.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Minden-Ravensberg. In: AZ 34 (1919), 391.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Saarbrücken. In: AZ 34 (1919), 391.

Tarifgemeinschaft deutscher Apotheker. Kriegsteilnehmer. In: AZ 34 (1919), 401.

Antwort auf Meineckes ‚In eigener Sache‘. In: AZ 34 (1919), 425.

Bericht über die Verhandlungen der 45. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins am 28. und 29. August 1919 in Berlin. In: AZ 34 (1919), 420–422.

1920

Deutscher Apotheker-Verein. Verzeichnis der Kreisvorsteher. In: AZ 35 (1920), 21 f.

mit Scriba, Julius: Spezialitäten- und Warenzeichen-Unternehmen. Einladung zur Mitgliederversammlung. In: AZ 35 (1920), 28.

Deutscher Apotheker-Verein. Dr. Christian Brunnengraeber-Stiftung. In: AZ 35 (1920), 64.

Johann Albert Schmidt-Stiftung. In: AZ 35 (1920), 91.

Deutscher Apotheker-Verein. Spende an die Allgemeine Unterstützungskasse. In: AZ 35 (1920), 115.

Deutscher Apotheker-Verein, betreffend Kreisbezeichnungsänderung. In: AZ 35 (1920), 132.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Danzig. In: AZ 35 (1920), 140.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundschreiben. In: AZ 35 (1920), 156–158, 164 f.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H. Einladung zur außerordentlichen Generalversammlung zur Erhöhung des Stammkapitals und Änderung des Gesellschaftervertrages. In: AZ 35 (1920), 173.

Einberufung der 46. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf Mittwoch, den 8., und Donnerstag, den 9. September des Jahres, vormittags 9 Uhr nach Eisenach in das Hotel Fürstenhof. In: AZ 35 (1920), 227, 240.

Deutscher Apotheker-Verein. Vertrauliche Vorbesprechung der Abgeordneten zur Hauptversammlung und der Kreisvorsteher. In: AZ 35 (1920), 256.

Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1919/1920. In: AZ 35 (1920), 288–295.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 14. August 1919 an die Nationalversammlung, betreffend Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes. In: AZ 35 (1920), 293.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 30. August 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe (Erhöhung der Defekturvergütungen) In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. September 1919 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Arzneitaxe Teuerungszuschlag In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 5. September 1919 an das Reichsgesundheitsamt und sämtliche Bundesstaaten, desgleichen. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 16. September 1919 an das Reichsministerium der Finanzen, betr. Weinsteuer (Pepsinwein). In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 17. September 1919 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Vergesellschaftung der Apotheken. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 20. September 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. September 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. September an das Reichsministerium der Finanzen, betreffend Weinsteuer (Pepsinwein) In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. September 1919 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, betreffend Sonntagsruhe alleinarbeitender Apotheker. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. September 1919 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Vor- und Ausbildung der Apotheker (Kriegsteilnehmer). In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. September 1919 an den Reichsrat, betreffend Sonntagsruhe der Apothekenarbeiter. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. September 1919 an das Reichswirtschaftsministerium, betreffend Aufhebung des Verbotes der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Fetten und Ölen zur Herstellung von Arzneimitteln zum äußeren Gebrauch. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 11. Oktober 1919 an die Ministerien des Innern zu Dresden und Darmstadt, betreffend Sonntagsruhe alleinarbeitender Apotheker In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 22. Oktober 1919 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Arzneitaxe und Branntweinmonopol. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 28. Oktober 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Teuerungszuschlag auf Spezialitäten. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 30. Oktober 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe (Gläserpreise). In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 30. Oktober 1919 an das Reichswirtschaftsministerium und das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, betreffend Beschaffung von Mutterkorn. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 31. Oktober 1919 an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, betreffend Bahnsperre. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 1. November 1919 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, betreffend Anrechnung der im Freistaat Danzig verbrachten Lehr- und Konditionszeit der Pharmazeuten. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. November 1919 an das Reichsgesundheitsamt, betr. Weinsteuerpflicht des Pepsinweines. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 20. November 1919 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Regelung des Apothekenwesens (gemeinsam mit dem Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Deutscher Apotheker, dem Verband deutscher Apotheker, und dem Verband der Besitzer unverkäuflicher Apotheken. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 21. November 1919 an das Reichsarbeitsministerium, betreffend Zusatz zum Reichstarifvertrag für Apotheker (gemeinsam mit dem Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Deutscher Apotheker und dem Verband deutscher Apotheker). In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 21. November 1919 an das badische Ministerium des Innern, betreffend Regelung des Apothekenwesens. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 22. November 1919 an das Branntwein-Monopolamt, betreffend Spiritusversorgung der Apotheken in dem von den Polen besetzten Gebiete. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 22. November 1919 an das Reichsministerium des Innern, betreffend § 80 der Gewerbesteuer (Arzneitaxe). In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 24. November 1919 an das Reichsarbeitsministerium, betreffend Novelle zur Reichsversicherungsordnung. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 26. November 1919 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, betreffend Erteilung von Apothekenkonzessionen. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. November 1919 an die Landeszuckerstelle Berlin, betreffend Zuckerbelieferung. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 1. Dezember 1919 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Ausbildung der Apothekerlehrlinge. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 2. Dezember 1919 an sämtliche Bundesstaaten, betreffend Regelung des Apothekenwesens (gemeinsam mit dem Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Deutscher Apotheker. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. Dezember 1919 an die Reichszuckerstelle, betreffend Zuckerpreis. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 11. Dezember 1919 an das Reichswirtschaftsministerium, betreffend Entwurf für eine Verordnung über den vorbereitenden Wirtschaftsrat. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 13. Dezember 1919 an das Reichspostministerium, betreffend Beförderung von Arzneisendungen in unfrankierten Paketen. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 16. Dezember 1919 an das preußische Landesamt für Nahrungsmittel, betr. Preisfestsetzung für Nahrungsmittel. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 20. Dezember 1919 an das Reichsministerium des Innern, das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt und das Reichsgesundheitsamt, betreffend § 80 der Gewerbeordnung (Arzneitaxe). In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 22. Dezember 1919 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Regelung des Apothekenwesens. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 22. Dezember 1919 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Bekämpfung des Schiebertums im Arzneihandel. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. Dezember 1919 an das Reichsgesundheitsamt, desgleichen. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 10. Januar 1920 an das Reichsministerium der Finanzen, betreffend Umsatzsteuergesetz § 16. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 10. Januar 1920 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Nachtrag zur Arzneitaxe. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 13. Januar 1920 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe (Unguentum Wilkinsonii). In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 13. Januar 1920 an die Volkswirtschaftliche Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums, betreffend Schiebertum im Arzneimittelhandel. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 14. Januar 1920 an das Reichsarbeitsministerium, betreffend Tarifvertrag für das Apothekergewerbe. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 15. Januar 1920 an das Staatsministerium Schwarzburg-Sondershausen, Abteilung des Innern, betreffend Regelung des Apothekenwesens. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 17. Januar 1920 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, betreffend Anrechnung der im Freistaat Danzig verbrachten Lehr- und Konditionszeit der Pharmazeuten. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 19. Januar 1920 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 21. Januar 1920 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, betreffend Neuordnung der Verwaltung des Apothekenwesens. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. Januar 1920 an das Reichsarbeitsministerium, betreffend Tarifvertrag für das Apothekengewerbe. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 31. Januar 1920 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, betreffend Anrechnung der in den abgetretenen Gebieten verbrachten Lehr- und Konditionszeit. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 5. Februar 1920 an den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen, betreffend Ausfuhr chemisch-pharmazeutischer Spezialitäten nach dem Saargebiet. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 5. Februar 1920 an das Branntweinmonopolamt, betreffend Versorgung der Apotheken im Saargebiet mit Spiritus. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 9. Februar 1920 an das Reichswirtschaftsministerium und das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, betreffend Versorgung der Apotheken im Saarland mit pharmazeutischen Spezialitäten und Spiritus. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 16. Februar 1920 an das Reichsministerium des Innern und das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 16. Februar 1920 an das Reichsernährungsministerium und das Reichsgesundheitsamt, betreffend Süßstoff für Krankenbedarf. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 19. Februar 1920 an die Reichsverteilungsstelle für Nahrungsmittel und Eier, betreffend Preisfestsetzung für Nahrungsmittel. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 21. Februar 1920 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 1. März 1920 an Senat und Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, betreffend Regelung des Apothekenwesens. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. März 1920 an das Reichsministerium der Finanzen, betreffend Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 16. März 1920 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Abgabe von Kresolpräparaten. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 25. März 1920 an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, betreffend Beförderung von Arzneimitteln als Eilgut. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 31. März 1920 an das Reichspostministerium, betreffend Ermäßigung der Fernspreckgebühren für Apotheker. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 1. April 1920 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 1. April 1920 an das Reichsarbeitsministerium, betreffend Apothekenarbeiter und Reichstarifvertrag für die chemische Industrie. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. April 1920 an das Reichsarbeitsministerium, betreffend Erhöhung des Rabattes für Süßstoff. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 8. April 1920 an das Ministerium für soziale Fürsorge, München, betreffend Rabatt für Gefäße nach K. II. L. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 14. April 1920 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Anwendung der Arzneitaxe auf die freigegebenen Arzneimittel. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 14. April 1920 an das Reichsministerium der Finanzen, betreffend Umsatzsteuergesetz § 2. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 15. April 1920 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, betreffend Apothekenkonzession für Dahme. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 15. und 17. April 1920 an das Reichswirtschaftsministerium, die Reichsstelle für Speisefette und das preußische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, betreffend Milchzucker. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 16. April 1920 an das Reichsministerium der Finanzen, betreffend Umsatzsteuer. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 17. April 1920 an die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Zentrumspartei und die Deutsche Demokratische Partei in der Nationalversammlung, betreffend Regelung des Apothekenwesens (gemeinsam mit dem Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen deutscher Apotheker, dem Verband deutscher Apotheker, und dem Verband der Besitzer unverkäuflicher Apotheken. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 28. April 1920 an den Reichsminister des Innern, betreffend Abgabe von Kresolpräparaten. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 6. Mai 1920 an das Reichsarbeitsministerium, betreffend Reichstarif für die akademisch gebildeten Angestellten der chemischen Industrie. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 11. Mai 1920 an das Reichsministerium des Innern und das Reichsgesundheitsamt, betreffend Umsatzsteuer und Arzneitaxe. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 17. Mai 1920 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt wegen der Apothekenlehrlinge im Saarlande. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 20. Mai 1920 an das Reichsministerium der Finanzen, betreffend Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 23. Mai 1920 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Umsatzsteuer für Spezialitäten. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 28. Mai 1920 an die preußische Landesversammlung und staatliche Apotheker (gemeinsam mit der Apothekerkammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin und dem Verband Deutscher Apotheker). In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 1. Juni 1920 an das Reichsarbeitsministerium, betreffend Novelle zur Reichsversicherungsordnung. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 9. Juni 1920 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 11. und 12. Juni 1920 an das Reichsernährungsministerium, das -wirtschaftsministerium und das Reichsgesundheitsamt, betreffend Süßstoff für Krankenbedarf. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 12. Juni 1920 an den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, betreffend Ausfuhrbewilligung für Arzneimittel nach dem Saarlande. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 19. Juni 1920 an das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 26. Juni 1920 an das Reichswirtschaftsministerium und an die Außenhandelsstelle Chemie, betreffend Belieferung der Apotheken des Saarlandes mit Arzneimitteln. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 28. Juni 1920 an das Reichsarbeitsministerium, betreffend Apothekenarbeiter und Reichstarifvertrag für die chemische Industrie. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 10. Juli 1920 an das Reichsministerium des Innern und das Reichsgesundheitsamt, betreffend Arzneitaxe. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 3. Juli 1920 an die Außenhandelsstelle Chemie, betreffend Belieferung der Apotheken des Saarlandes mit Arzneimitteln. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 7. Juli 1920 an die Reichszuckerstelle, betreffend Belieferung der Apotheken mit Zucker. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 17. Juli 1920 an das Reichsministerium des Innern, betreffend Prüfungsordnung für Apotheker. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 19. Juli 1920 an den Reichsarbeitsminister, betreffend Apothekenarbeiter und Reichstarifvertrag für die chemische Industrie. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 21. Juli 1920 an die Reichszuckerstelle, betreffend Belieferung der Apotheken mit Zucker. In: AZ 35 (1920), 293 f.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H. Einladung zur außerordentlichen Generalversammlung in das Hotel Fürstenhof in Eisenach. In: AZ 35 (1920), 295.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H. Einladung zur außerordentlichen Generalversammlung am 27. November 1920 in den Sitzungssaal des Vereinshaus Deutscher Apotheker. In: AZ 35 (1920), 414 f.

Aufruf zu einer Volkssammlung für das notleidende Kind. In: AZ 35 (1920), 423.

Dr. Gustav Obermiller †. In: AZ 35 (1920), 455 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Neckar. In: AZ 35 (1920), 479.

Deutscher Apotheker-Verein. Verhandlungsbericht über die ordentliche Sitzung des Vorstandes des Deutschen Apotheker-Vereins zu Eisenach am 10. September 1920. In: AZ 35 (1920), 492.

Deutscher Apotheker-Verein: Vorsteherwechsel im Kreis Unterrhein. In: AZ 35 (1920), 492.

Deutscher Apotheker-Verein: Kreiseinteilungsänderung. In: AZ 35 (1920), 492.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Unterrhein. In: AZ 35 (1920), 492.

1921

Geheimmittelliste zum Umsatzsteuergesetz. In: AZ 36 (1921), 4.

Deutscher Apotheker-Verein. Bildung des Kreises Grenzmark Posen-Westpreußen. In: AZ 36 (1921), 45.

mit Wartenberg, Wilhelm: Deutscher Apotheker-Verein. Dritter Nachtrag zu der Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins vom 5. September 1907. In: AZ 36 (1921), 78.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H., Berlin. Einladung zur außerordentlichen Generalversammlung am Dienstag, 15. März 1921. In: AZ 36 (1921), 78.

Vereinshaus Deutscher Apotheker G.m.b.H. Einladung zur Generalversammlung am Dienstag, dem 15. März 1921. In: AZ 36 (1921), 78.

Deutscher Apotheker-Verein. Spende an die Gehilfen-Unterstützungskasse in Höhe von 4000 Mark. In: AZ 36 (1921), 101.

Aufruf an die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins. Helft den Bedürftigen des Standes. In: AZ 36 (1921), 109, 125, 133.

Deutscher Apotheker-Verein, betreffend Bildung des Kreises Westpreußen. In: AZ 36 (1921), 117.

Deutscher Apotheker-Verein. Johann Albert Schmidt-Stiftung. In: AZ 36 (1921), 126, 206.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H., Berlin. Einladung zur ordentlichen Generalversammlung am Sonnabend, dem 16. April 1921. In: AZ 36 (1921), 126.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H. Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1920. In: AZ 36 (1921), 134.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundsreiben. In: AZ 36 (1921), 141–144.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Berlin I. In: AZ 36 (1921), 153.

Dr. Christian Brunnengraeber-Stiftung. In: AZ 36 (1921), 170.

Deutscher Apotheker-Verein, betreffend Haftpflicht- und Einzel-Unfallversicherung. In: AZ 36 (1921), 249.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Köln. In: AZ 36 (1921), 249.

Deutscher Apotheker-Verein. Spende an allgemeine Unterstützungskasse. In: AZ 36 (1921), 250.

Ernst Schmidt †. In: AZ 36 (1921), 261–263.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Tilsit. In: AZ 36 (1921), 264.

Einberufung der 47. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf Dienstag, den 13. Mittwoch, den 14. und, wenn nötig, Donnerstag, den 15. September d. J. nach Bad Elster in das Kurhaus. In: AZ 36 (1921), 273.

Deutscher Apotheker-Verein. Spende an den Deutschen Apotheker-Verein in Höhe von 2000 Mark. In: AZ 36 (1921), 283.

Tarifgemeinschaft deutscher Apotheker. In: AZ 36 (1921), 294.

Deutscher Apotheker-Verein, betreffend die vertrauliche Vorbesprechung der Abgeordneten zur Hauptversammlung und der Kreisvorsteher. In: AZ 36 (1921), 326.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 12. August 1920 an das Reichsgesundheitsamt wegen der Arzneitaxe. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 18. August 1920 an die Reichsmonopol-Verwaltung für Branntwein wegen Freistellung von Branntwein für die Meurer-Stiftung. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 19. August 1920 an das Branntweinmonopolamt wegen Belieferung der Apotheken mit Spiritus. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 14. September 1920 an das Reichsgesundheitsamt wegen einer Reichs-Handverkaufsliste für Krankenkassen. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 15. September 1920 an das Reichsgesundheitsamt wegen der Spirituspreise. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 17. September 1920 an das Branntweinmonopolamt wegen Erhöhung der Spirituspreise. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 19. September 1920 an das Reichsministerium des Innern wegen der Arzneitaxe. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 21. September 1920 an das Reichsgesundheitsamt, desgleichen. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 25. September 1920 an das Reichsministerium des Innern wegen Dispenserteilung für immature Anwärter auf den Apothekerberuf. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 12. Oktober 1920 an das Reichsgesundheitsamt wegen Berufung in den Reichsgesundheitsrat. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 25. Oktober 1920 an das Reichsgesundheitsamt wegen der Arzneiweine. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 3. November 1920 an das Reichsministerium des Innern wegen der Arzneytaxe (gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft). In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 3. November 1920 an das Reichsarbeitsministerium wegen der Novelle zur Reichsversicherungsordnung. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 4. November 1920 an das württembergische Ministerium für Kirchen- und Sozialwesen wegen der Besetzung des Lehrstuhles für pharmazeutische Chemie in Tübingen. UT 1; in: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 4. November 1920 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt wegen Einfuhr von Süd-Süßweinen. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 8. November 1920 an den Senat der Universität Tübingen wegen Besetzung des Lehrstuhles für pharmazeutische Chemie. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 8. November 1920 an das bayerische Ministerium des Innern, die Regierung der Pfalz und das Reichsministerium des Innern wegen der geplanten Übernahme der Speyerer Apotheken durch die Ortskrankenkassen. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 29. November 1920 an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg wegen Aenderung der Vereinssatzung. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 29. November 1920 an das Reichsgesundheitsamt wegen der Arzneytaxe. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 1. Dezember 1920 an das Reichsministerium des Auswärtigen wegen Entschädigung der aus Polen verdrängten Optanten. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 11. Dezember 1920 an die Reichszuckerstelle wegen Freigabe von Süßstoff für Krankenbedarf. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 17. Dezember 1920 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt wegen Ersatz der zur Einziehung bestimmten Sera (gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft). In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 3. Januar 1921 an das Reichsamt für Arbeitsvermittlung wegen Anmeldung des Bedarfes an Arbeitskräften in Apotheken. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 8. Januar 1921 an das Ministerium für Volkswohlfahrt wegen des Teuerungszuschlages in den besetzten Gebieten. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 8. Januar 1921 an das Reichsarbeitsministerium wegen des Tarifvertrages. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 27. Januar 1921 an das Ministerium für Volkswohlfahrt wegen unentgeltlichen Ersatzes der zur Einziehung bestimmten Sera (gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft). In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 28. Januar 1921 an das Reichsgesundheitsamt wegen Abweichungen von den Vorschriften des Deutschen Arzneibuches. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 31. Januar 1921 an das Reichsministerium des Innern wegen des Arzneiabgaberechtes der Tierärzte. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 2. Februar 1921 an das Reichsgesundheitsamt wegen der Deutschen Arzneytaxe (gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft). In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 3. Februar 1921 an das Reichsverkehrsministerium wegen Beförderung von Arzneimitteln. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 4. Februar 1921 an das Reichsmonopolamt für Branntwein wegen Freigabe von Branntwein und Aether für Apotheken. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 5. Februar 1921 an das Reichsamt für Arbeitsvermittlung wegen Anmeldung des Bedarfs an Arbeitskräften in Apotheken. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 7. Februar 1921 an das Reichsgesundheitsamt wegen der Arzneytaxe. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 16. Februar 1921 an den Fraktionsvorsitzenden des Brandenburgischen Landtages wegen des Medizinalgesetzes. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 17. Februar 1921 an das Reichsgesundheitsamt wegen Verwendung gebrauchter Arzneigläser. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 23. Februar 1921 an das Reichsmonopolamt für Branntwein wegen Spirituszuteilung. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 26. Februar 1921 an die Reichszuckerstelle wegen Rückvergütung der Preisdifferenz von Süßstoff. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 28. Februar 1921 an das Reichsmonopolamt für Branntwein wegen Abgabe von Branntwein seitens der Apotheker an Aerzte. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 28. Februar 1921 an das Reichsverkehrsministerium wegen der Eisenbahn-Güter-Tarife. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 1. März 1921 an das Reichsgesundheitsamt wegen Ersatz des Xeres durch deutschen Obstwein. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 3. März 1921 an das Finanzamt Berlin wegen Befreiung von der Kapitalertragssteuer. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 21. März 1921 an das Ministerium des Innern wegen des Teuerungszuschlages in den besetzten Gebieten. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 24. März 1921 an das Reichsmonopolamt für Branntwein wegen Buchkontrolle für Spiritus. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 26. März 1921 an das Ministerium für Kirchen- und Schulwesen, Stuttgart, wegen Besetzung des Lehrstuhles für pharmazeutische Chemie an der Universität Tübingen (gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft). In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 30. März 1921 an das Ministerium für Volkswohlfahrt wegen des Teuerungszuschlages im besetzten Westen. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 31. März 1921 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt und das Reichsarbeitsministerium wegen Beschlagnahme von Räumen in Apothekenhäusern zu Wohnzwecken und die Beschaffung von Räumlichkeiten für neue Apotheken (gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft). In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 1. April 1921 an das Ministerium für Volkswohlfahrt wegen Errichtung einer ärztlichen Hausapotheke. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 4. April 1921 an das Reichsministerium des Innern wegen Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 8. April 1921 an das mecklenburgische Staatsministerium wegen Beschlagnahme von Apothekenräumen. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 8. April 1921 an die Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen, betreffend Besetzung des Lehrstuhles für pharmazeutische Chemie in Tübingen. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 19. April 1921 an das Reichsmonopolamt für Branntwein wegen Bezug und Verwendung von unverarbeitetem Branntwein. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 27. April 1921 an alle Landesministerien wegen Beschlagnahme von Apothekenräumen. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 30. April 1921 an das Reichsgesundheitsamt wegen Berufung in den Reichsgesundheitsrat. In: AZ 36 (1921), 352.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Berlin I. In: AZ 36 (1921), 153

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 10. Mai 1921 an das Reichsverkehrsministerium wegen Verkauf von Heilmitteln im Eisenbahnbetriebe. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 11. Mai 1921 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt wegen Beschlagnahme von Wohnräumen in Apotheken. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 14. Mai 1921 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt wegen Beschäftigung nichtpharmazeutischen Personals (gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft). In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 21. Mai 1921 an das Monopolamt für Branntwein wegen Verdächtigungen der Apotheker. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 28. Mai 1921 an das Reichsfinanzministerium wegen Apothekenbuchführung. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 6. Juni 1921 an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wegen der Viehpulver. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 6. Juni 1921 an das Reichsministerium für Volkswohlfahrt, desgleichen. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 14. Juni 1921 an die Interalliierte Rheinlandkommission wegen Freigabe von Branntwein für Apothekenbetriebe. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 14. Juni 1921 an das Reichsministerium für Volkswohlfahrt, desgleichen. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 17. Juni 1921 an den Reichstag, den Reichswirtschaftsrat, das Reichsfinanzministerium und das preußische Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft wegen Entwurfes eines Süßstoffgesetzes. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 30. Juni 1921 an das Reichsministerium für Wiederaufbau wegen Entschädigung der aus den deutschen Schutzgebieten vertriebenen Apothekenbesitzer für den Wert ihrer Apothekenkonzession. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 1. Juli 1921 an die Interalliierte Rheinlandkommission wegen Alkoholverteilung. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 4. Juli 1921 an das Reichsgesundheitsamt wegen Verkehr mit gifthaltigen Pflanzenschutzmitteln. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 23. Juli 1921 an alle Landesregierungen wegen Beschäftigung nichtpharmazeutischen Personals. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 2. August 1921 an die lippische Regierung wegen Beschlagnahme von Wohnungen. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 6. August 1921 an das Reichsgesundheitsamt und das Reichsministerium des Innern wegen Beschäftigung nichtpharmazeutischen Personals. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 6. August 1921 an das Reichsministerium des Innern wegen der Berufsbezeichnungen. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 6. August 1921 an das Reichsministerium des Innern wegen reichsgesetzlicher Regelung des Apothekenwesens. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 15. August 1921 an die Regierung zu Schneidemühl wegen Errichtung einer Apothekerkammer für die Grenzmark Posen-West. In: AZ 36 (1921), 352.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 18. August 1921 an das Reichsarbeitsministerium wegen der Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken. In: AZ 36 (1921), 352.

Vorlagen des Vorstandes für die 47. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins zu Bad Elster am 13. und 14. September 1921. Inhalt: I. Geschäftsbericht für 1920/1921. In: AZ 36 (1921), 345–352

Deutscher Apotheker-Verein, betreffend Umsatzsteuer. In: AZ 36 (1921), 430.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Königsberg. In: AZ 36 (1921), 458.

Hypothekenvermittlungs-Genossenschaft Berliner Apotheker ‚Garda‘ Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Jahresbericht 1920/21. In: AZ 36 (1921), 459.

Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins am 15. Dezember 1921 nach Berlin wegen reichsgesetzlicher Regelung des Apothekenwesens. In: AZ 36 (1921), 477 f.

Aufforderung zur sofortigen Einberufung außerordentlicher Kreisversammlungen mit der alleinigen Tagesordnung ‚Reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens‘. In: AZ 36 (1921), 477 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft deutscher Apotheker für eine reichsgesetzliche Reform des Apothekenwesens. In: AZ 36 (1921), 489–493.

Das Gebot der Stunde. In: AZ 36 (1921), 495.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Der Kampf um die Ablösung. In: AZ 36 (1921), 495–497, 503–505, 521–523.

Deutscher Apotheker-Verein. Änderung des Tagungsortes der außerordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins am 15. Dezember 1921 vom Vereinshaus Deutscher Apotheker auf den großen Saal des Lehrervereinshauses, Alexanderstraße. In: AZ 36 (1921), 501, 514.

Deutscher Apotheker-Verein. Taxerhöhung und Vorlegung von Rentabilitätsberechnungen. In: AZ 36 (1921), 529.

Deutscher Apotheker-Verein. Mitgliederbeiträge für 1922. In: AZ 36 (1921), 541, 555.

Außerordentliche Hauptversammlung am 15. Dezember 1921 in Berlin. In: AZ 36 (1921), 543–547, 559 f., 37 (1922), 6–9, 17–20, 33–36, 45–47, 60 f.

Aufforderung zur baldigen Bezahlung der Apothekerrechnungen. In: AZ 36 (1921), 547.

1922

Deutscher Apotheker-Verein. Verzeichnis der Kreisvorsteher. In: AZ 37 (1922), 2.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Saarbrücken. In: AZ 37 (1922), 26.

Deutscher Apotheker-Verein. Dr. Carl Jehn-Stiftung. In: AZ 37 (1922), 26.

Deutscher Apotheker-Verein. Johann Albert Schmidt-Stiftung. In: AZ 37 (1922), 69.

Bericht über die Verhandlungen der 47. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins am 13., 14. und 15. September 1921 zu Bad Elster. In: AZ 37 (1922), 69–71, 79–81.

Deutscher Apotheker-Verein. Taxerhöhung und Vorlage von Rentabilitätsberechnungen. In: AZ 7 (1922), 78 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Dr. Christian Brunnengraeber-Stiftung. In: AZ 37 (1922), 89.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H., Berlin. Einladung zur außerordentlichen Generalversammlung am Sonnabend, 11. März 1922, ins Vereinshaus Deutscher Apotheker. In: AZ 37 (1922), 98.

Vereinshaus Deutscher Apotheker G.m.b.H. Einladung der Gesellschafter zur Generalversammlung am Sonnabend, 11. März 1922, ins Vereinshaus Deutscher Apotheker. In: AZ 37 (1922), 98.

Einschränkung der kostenfrei gelieferten Apotheker-Zeitung an Mitglieder aufgrund steigender Preise. In: AZ 37 (1922), 117.

Deutscher Apotheker-Verein, betreffend Pensions- Witwen- und Waisenversicherung der Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 37 (1922), 117.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundsreiben. In: AZ 37 (1922), 185–187, 197 f.

Einladung zur Hundertjahrfeier der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte in den Tagen vom 17. bis 23. September 1922 in Leipzig. In: AZ 37 (1922), 221, 277.

Deutscher Apotheker-Verein. Mitteilung an die Herren Kreisvorsteher des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 37 (1922), 253, 294.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Hessen-Waldeck. In: AZ 37 (1922), 253.

Deutscher Apotheker-Verein. Einberufung der 48. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf Dienstag, den 12., Mittwoch, den 13. und, wenn nötig, Donnerstag den 14. September d. J. nach Bad Homburg in das Kurhaus. In: AZ 37 (1922), 269, 285 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Schleswig-Holstein. In: AZ 37 (1922), 277.

Aufgaben der Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins in Bad Homburg. In: AZ 37 (1922) 289 f, 296 f, 304, 315 f, 322 f.

Vorläufige Tagesordnung für die 48. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 37 (1922), 294, 301 f., 309 f.

Vertrauliche Vorbesprechung der Abgeordneten zur Hauptversammlung und der Kreisvorsteher. In: AZ 37 (1922), 294.

Tarifgemeinschaft deutscher Apotheker. In: AZ 37 (1922), 321.

Deutscher Apotheker-Verein. Spende für Unterstützungskasse. In: AZ 37 (1922), 331.

An die deutschen Apothekenbesitzer. In: AZ 37 (1922), 369.

An die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 37 (1922), 405, 429.

An die deutschen Apothekenbesitzer! In: AZ 37 (1922), 453 f.

An die deutschen Apothekenbesitzer. Wehr gegen nachträgliche Gehaltsfestsetzungen. In: AZ 37 (1922), 454.

An die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins. Kollegen! Erhöhung der ersten Rate des Normalbeitrages für 1923 auf 1500 M. In: AZ 37 (1922), 473.

1923

Aufruf, betreffend Hager-Denkmal in Neuruppin. Spende für Denkmals-Ausbesserung. In: AZ 38 (1923), 13.

An die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins. Eine weitere Rate des Vollbeitrages in Höhe von 9000 M. In: AZ 38 (1923), 17, 21.

Aufruf an die Kollegen, Kinder von Apothekerfamilien aus dem Ruhrgebiet aufzunehmen. In: AZ 38 (1923), 21.

Ruhrhilfe für Kollegen im besetzten Ruhrgebiet. In: AZ 38 (1923), 21, 25, 41, 47, 53.

An die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 38 (1923), 17, 21.

Einladung an Vorsteher und Vertrauensmänner zu einer Aussprache über fachpolitische Fragen am 27. April 1923 in das Vereinshaus des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 38 (1923), 24, 31.

Spendet für die Unterstützungskassen. Kollegen! In: AZ 38 (1923), 31, 41, 47, 53, 65, 81.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundsreiben. In: AZ 38 (1923), 31–35.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H., Berlin. Bericht über das Geschäftsjahr 1922. In: AZ 38 (1923), 42 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Krefeld. In: AZ 38 (1923), 57.

Deutscher Apotheker-Verein. Spende von 1000 Yen von H. Hoshi, Tokio, zur Unterstützung der wissenschaftlichen Zeitung ‚Archiv der Pharmazie‘ In: AZ 38 (1923), 69.

Nachzahlung von Gehältern. In: AZ 38 (1923), 73.

Kollegen! Apothekenbesitzer vor der Unmöglichkeit, die Gehälter zu bezahlen. In: AZ 38 (1923), 87, 89.

An die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins! Vierte Rate des Vereinsbeitrages in Höhe von 50.000 M.. In: AZ 38 (1923), 87, 89.

Einberufung der 49. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf Freitag, den 14., Sonnabend, den 15. und Sonntag, den 16. September d.J. nach Bayreuth. In: AZ 38 (1923), 87 f., 102 f., 107 f., 117–119, 125 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Hildesheim. In: AZ 38 (1923), 92.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Koblenz. In: AZ 38 (1923), 92.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Liegnitz. In: AZ 38 (1923), 92.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Ostfriesland. In: AZ 38 (1923), 92.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Westpreußen. In: AZ 38 (1923), 93.

Notlage der Apotheken und des Deutschen Apotheker-Vereins. An das Reichsministerium des Innern. In: AZ 38 (1923), 97 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Oberfranken. In: AZ 38 (1923) 101.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Fünfte Rate des Vereinsbeitrages in Höhe von 500.000 M. In: AZ 38 (1923), 105, 107.

An die Abgeordneten zur Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins. Kollegen! Soll die Hauptversammlung in Bayreuth trotz der Kosten stattfinden? In: AZ 38 (1923), 105.

Hauptversammlung. Aufrechterhaltung der Einberufung der Hauptversammlung. In: AZ 38 (1923), 107.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Sechste Rate des Vereinsbeitrages in Höhe von 1 ½ Millionen Mark. In: AZ 38 (1923), 112.

Deutscher Apotheker-Verein. Geschäftsbericht für 1922 / 1923. In: AZ 38 (1923), 113 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Elberfeld-Barmen. In: AZ 38 (1923), 114.

Deutscher Apotheker-Verein. Verschmelzung der Kreise Köln und Bonn zu Köln-Bonn. In: AZ 38 (1923), 114.

Vertrauliche Vorbesprechung der Abgeordneten zur Hauptversammlung und der Kreisvorsteher. In: AZ 38 (1923), 114.

Siebente Rate des Vereinsbeitrages in Höhe von 4 Millionen Mark. In: AZ 38 (1923), 117.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Vereinsbeitrag im Oktober. In: AZ 38 (1923), 125.

Zur Neuorganisation des Deutschen Apotheker-Vereins. An die Herren Kreisvorsteher. In: AZ 38 (1923), 131.

Deutscher Apotheker-Verein. Vorsteherwechsel im Kreis Unterfranken. In: AZ 38 (1923), 137.

Neunte Rate des Vereinsbeitrages. Sofort fällige Rate in Höhe von 1 Goldmark. In: AZ 38 (1923), 141.

Brief vom 11. September 1923 an das Reichs-Arbeitsministerium in Berlin. GSTA PK 60.

Deutscher Apotheker-Verein. Aufhebung der freien Apothekenwahl. In: AZ 38 (1923), 143.

mit WARTENBERG, Wilhelm: An die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins! Vereinigung von Apotheker-Zeitung und Tax-Zeitung. Erscheinung ab dem 1. Dezember wieder 2mal wöchentlich. In: AZ 38 (1923), 149.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Neunte Beitragsrate. Einziehung der Beitragsrate. In: AZ 38 (1923), 149.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Zehnte Beitragsrate in Höhe von 2.25 Goldmark. In: AZ 38 (1923), 155.

Wen trifft die Schuld? In: AZ 38 (1923), 155.

Dr. Carl Jehn †. In: AZ 38 (1923), 161.

Die Spezialitäten den Apotheken. Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins an die Reichs- und Landesregierungen. In: AZ 38 (1923), 161 f.

Mehr Vertrauen. In: AZ 38 (1923), 165.

Verkehr mit Arzneimitteln außerhalb der Apotheke. Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins an den Reichstag. In: AZ 38 (1923), 173.

Spendet für die Unterstützungskassen! In: AZ 38 (1923), 177, 183, 189, 195.

Arzneihunger, Krankenkassen und Apotheker. In: AZ 38 (1923), 183.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Vereinsbeiträge. Erste Beitragsrate für 1924 in Höhe von 3 Rentenmark. In: AZ 38 (1923), 195.

1924

mit WARTENBERG, Wilhelm: Vereinsbeiträge. Erste Rate für 1924 in Höhe von 3 Rentenmark. In: AZ 39 (1924), 1.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Vereinsbeiträge. Festlegung der zweiten Rate des Vereinsbeitrages für 1924 auf 3 Rentenmark. In: AZ 39 (1924), 85, 97, 109.

Schreiben vom 17. März 1924 an den Minister für Volkswohlfahrt in Berlin. GSTA PK 63
Handschriftlicher Zusatzeintrag vom 25. April 1924 auf seinem eigenen Brief, den er am 1. April 1924 an das Preussische Ministerium für Volkswohlfahrt geschickt und den man dort mit dem Eingangsstempel 2. April 24 versehen hatte. GSTA PK 64.

Deutscher Apotheker-Verein. Ehrengerichtshof. In: AZ 39 (1924), 680.

Deutscher Apotheker-Verein. Ferienaufenthalt für bedürftige Apothekerkinder. In: AZ 39 (1924), 680.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Vereinsbeiträge. Einmalige Erhebung der siebten und achten Rate des Vereinsbeitrages für 1924 mit 6 Rentenmark. In: AZ 39 (1924), 747, 761, 791.

Einberufung der 50. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf Mittwoch, den 10., und Donnerstag, den 11., sowie, wenn nötig, Freitag, den 12. September d. J. nach Görlitz in die Stadthalle. In: AZ 39 (1924), 747 f., 77 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Haftpflicht- und Einzel-Unfallversicherung. In: AZ 39 (1924), 781.

Deutscher Apotheker-Verein. Nachtrag zur vorläufigen Tagesordnung der 50. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 39 (1924), 824 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Zweiter Nachtrag zur vorläufigen Tagesordnung der 50. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 39 (1924), 844.

Deutscher Apotheker-Verein. Vertrauliche Vorbesprechung der Abgeordneten und Gauvorsitzenden. In: AZ 39 (1924), 859.

Geschäftsbericht des Vorsitzenden des Deutschen Apotheker-Vereins für 1923–24. In: AZ 39 (1924), 901–906; 929–933.

Deutscher Apotheker-Verein. Feuer-und Einbruchsdiebstahl-Versicherung. In: AZ 39 (1924), 920.

Deutscher Apotheker-Verein. Bindender Beschluß der 50. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins bezüglich eventueller Verträge mit Krankenkassen. In: AZ 39 (1924), 1057, 1097, 1142.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Vereinsbeiträge. Festsetzung der neunten Rate des Vereinsbeitrages auf 5 Rentenmark. In: AZ 39 (1924), 1049, 1069, 1089, 1109.

Tagesordnung der 50. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins zu Görlitz vom 9.–12. September 1924. In: AZ 39 (1924), 777.

Die Antwort des Deutschen Apotheker-Vereins auf das Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 5. August d. J. In: AZ 39 (1924), 1177–1179.

Zur Durchsicht der Kaiserlichen Verordnung vom 22. Oktober 1901, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln. In: AZ 39 (1924), 1217–1219.

mit PEISER, Erich: Verheiratetenzuschußkasse. In: AZ 39 (1924), 1224.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Vereinsbeiträge. Festsetzung der zehnten Rate des Vereinsbeitrages auf 5 Rentenmark. In: AZ 39 (1924), 1353, 1374, 1393.

Danksagung. In: AZ 39 (1924), 1453.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Vereinsbeiträge. Elfte Rate des Vereinsbeitrages 5 Rentenmark. In: AZ 39 (1924), 1496, 1525, 1545, 1563.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker A-G., Berlin. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates über die Goldmark-Bilanz und Vorschlag für die Umstellung. In: AZ 39 (1924), 1637 f.

1925

mit WARTENBERG, Wilhelm: Beiträge für 1925. Bildung von vier Beitragsgruppen für die Apothekenvorstände. In: AZ 40 (1925), 49, 59, 67.

mit PEISER, Erich: Tarifvertrag. Februar-Gehälter für die pharmazeutischen Angestellten. In: AZ 40 (1925), 176.

Tarifgemeinschaft deutscher Apotheker. In: AZ 40 (1925), 256–258.

Deutscher Apotheker-Verein. Spiegelglas-Versicherung. In: AZ 40 (1925), 308.

Salzmann-Stiftung deutscher Apotheker. Kollegen! In: AZ 40 (1925), 342, 382, 449.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Beiträge für 1925. 2. Rate des Vereinsbeitrages je nach Gruppe. In: AZ 40 (1925), 344, 356, 366, 392.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundsreiben. In: AZ 40 (1925), 362–364.

Anlagen zum Frühjahrsrundsreiben des Deutschen Apotheker-Vereins. Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 40 (1925), 383–389.

Zur Regelung des Apothekenwesens. Der Entwurf eines Reichsapothekengesetzes von 1907 im Urteil des Apothekers. In: AZ 40 (1925), 660–662.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Beiträge für 1925. 3. Rate des Vereinsbeitrages je nach Gruppe. In: AZ 40 (1925), 684, 711, 723.

Deutscher Apotheker-Verein. Einladung amerikanischer Apotheker. In: AZ 40 (1925), 699.

Einberufung der 51. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf Mittwoch, den 9., Donnerstag, den 10., und Freitag, den 11. September d. J. nach Stuttgart. In: AZ 40 (1925), 719, 802–804.

Deutscher Apotheker-Verein. Beschluß der Geschäftsordnung für die Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 40 (1925), 736 f.

Vorläufige Tagesordnung für die 51. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins am 9.–11. September 1925 zu Stuttgart. In: AZ 40 (1925), 784–795.

Geschäftsbericht des Vorsitzenden des Deutschen Apotheker-Vereins für 1924–25. In: AZ 40 (1925), 901–906.

Deutscher Apotheker-Verein. Verkehr mit Markenartikeln. In: AZ 40 (1925), 1076, 1090.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Beiträge für 1925. 4. Rate des Vereinsbeitrages je nach Gruppe. In: AZ 40 (1925), 1086, 1098.

Herabsetzung der Spezialitäten-Zuschläge? Bedrohung der Lebensmöglichkeit der deutschen Apotheke. In: AZ 40 (1925), 1311.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Beiträge für 1926. In: AZ 40 (1925), 1380.

1926

Notlage der alleinarbeitenden Apotheker. In: AZ 41 (1926), 2.

mit Wartenberg, Wilhelm: Beiträge für 1926. In: AZ 41 (1926), 3, 17, 34, 57.

Der Stuttgarter Beschluß des Deutschen Apotheker-Vereins zur Regelung des Apothekenwesens und seine Begründung. In: AZ 41 (1926) 139–141.

Reichs-Gesundheitswoche. In: AZ 41 (1926), 233, 246.

Zur Lage. In: AZ 41 (1926), 266 f.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Zweite Beitragsrate für 1926. In: AZ 41 (1926), 339, 359, 372.

Zur Neuregelung der Ausbildung der Apotheker. In: AZ 41 (1926), 442.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker A.-G. Geschäftsbericht 1925. In: AZ 41 (1926), 442 f.

Deutscher Apotheker-Verein. 1. Nachtrag zur Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins vom 15. September 1923. In: AZ 41 (1926), 453–456.

Deutschen Apotheker-Verein. Frühjahrsrundschriften. In: AZ 41 (1926), 483–486.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Dritte Beitragsrate für 1926. In: AZ 41 (1926), 710, 735, 749, 780.

Einberufung der 52. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf Dienstag, den 14., Mittwoch, den 15., und Donnerstag, den 16. September d.J. im Hauptrestaurant der ‚Gesolei‘ zu Düsseldorf. In: AZ 41 (1926), 785.

Deutscher Apotheker-Verein. Ausführungsbestimmungen zu der Abteilung ‚Die vereinsgerichtlichen Einrichtungen‘ der Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins in der Fassung des I. Nachtrages vom 24. Februar 1926. In: AZ 41 (1926), 811–814.

Johannes Hoermann †. In: AZ 41 (1926), 874.

Geschäftsbericht des Vorsitzenden des Deutschen Apotheker-Vereins für 1925–1926. Regelung des Apothekenwesens. In: AZ 41 (1926), 963–969.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Vierte Beitragsrate für 1926. In: AZ 41 (1926), 1082, 1111, 1137, 1151.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. am 9. November 1926 an das Reichsministerium des Innern und alle Landesregierungen, betr. Regelung des Apothekenwesens. In: AZ 42 (1927), 1022.

An die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins. Aufruf zur Einigkeit im Stande. In: AZ 41 (1926), 1262.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Sonder-Beitragsrate für die Unterstützungskassen des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 41 (1926), 1296, 1311 f.

Der Düsseldorfer Beschluß des Deutschen Apotheker-Vereins zur Regelung des Apothekenwesens. In: AZ 41 (1926), 1303 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 26. November 1926 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Einführungsverordnung zum Deutschen Arzneibuch, 6. Ausgabe. In: AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 26. November 1926 an das Reichsministerium des Innern , Ministerium für Volkswohlfahrt und Reichsgesundheitsamt, betr. Aufbewahrung der Salvarsane. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 1. Dezember 1926 an das Reichsgesundheitsamt, betr. Kaubonbons. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 1. Dezember 1926 an das Ministerium für Wissenschaft , Kunst und Volksbildung, betr. Standesbezeichnung für Apotheker. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 3. Dezember 1926 an alle Landesregierungen und an das Ministerium für Volkswohlfahrt, Berlin, betr. Notlage der alleinarbeitenden Apotheker. GSTA PK 62.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 8. Dezember 1926 an das Reichsgesundheitsamt und Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Arzneitaxe. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 9. Dezember 1926 an das Ministerium für Volkswohlfahrt und Reichsministerium des Innern, betr. Erhöhung der Branntweinsteuer. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 18. Dezember 1926 an das Reichsministerium des Innern, betr. Erlass eines Gesetzes über Arzneispezialitäten. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 23. und 27. Dezember 1926 an alle Landesregierungen, Reichsgesundheitsamt und Reichswirtschaftsministerium, betr. Erlaß eines Gesetzes über Arzneispezialitäten. In AZ 42 (1927), 1022.

1927

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 11. Januar 1927 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Genehmigung ärztlicher Hausapotheken. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 14. Januar 1927 an das Reichsministerium des Innern, betr. Spezialitätenzuschlag der Arzneitaxe im Freistaat Sachsen. In AZ 42 (1927), 1022.

mit SPARRER, Georg / WARTENBERG, Wilhelm: Sterbegeldgewährung des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 42 (1927), 58.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Erste Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1927. In: AZ 42 (1927), 59, 90, 105.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 17. Januar 1927 an das Reichsgesundheitsamt, betr. Spezialitätenzuschlag der Arzneitaxe im Freistaat Sachsen. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 26. Januar 1927 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Zulassung der Abiturienten der Oberlyzeen und der deutschen Oberschule zum Apothekerberufe. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 1. Februar 1927 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Vertrieb von giftigen Pflanzenschutzmitteln. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 2. Februar 1927 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Arzneikostenanteil der Versicherten und Abschlagspflicht der Versicherten. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 3. Februar 1927 an das Reichsministerium des Innern und Reichsgesundheitsamt, betr. Arzneikostenanteil der Versicherten und Abschlagspflicht der Apotheken. In AZ 42 (1927), 1022.

Zur Notlage der alleinarbeitenden Apotheker. In: AZ 42 (1927), 142.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 12. Februar 1927 an den 17. Reichstagsausschuß Berlin, betr. Kriegshinterbliebene der Offiziere des Beurlaubtenstandes. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 19. Februar 1927 an das Reichsministerium des Innern, betr. Verkehr mit Arzneimitteln. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 19. Februar 1927 an das Reichsgesundheitsamt, betr. Verkehr mit Arzneimitteln. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 19. Februar 1927 an das Ministerium des Innern in Karlsruhe, betr. Verkehr mit Arzneimitteln. In AZ 42 (1927), 1022.

Der Deutsche Apotheker-Verein zum Rundschreiben des Reichsministers des Innern, betr. Arzneien in Spezialitätenform. In: AZ 42 (1927), 211–213.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 15. März 1927 an das Reichsministerium des Innern, betr. Dispensierrecht der Tierärzte. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 15. März 1927 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, Staatsministerium zu Dessau, Braunschweig und Neu-Strelitz i/M., Ministerium des Innern zu München, Oldenburg, Dresden und Bückeburg, Thüringisches Ministerium für Inneres und Wirtschaft zu Weimar, Ministerium für Medizinalangelegenheiten zu Schwerin i/M., sowie an die Senate von Bremen und Hamburg, betr. Dispensierrecht der Tierärzte. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 17. März 1927 an das Ministerium für Handel und Gewerbe, Finanzministerium, Ministerium für Volkswohlfahrt und Staatsministerium, betr. Gesetzentwurf zur Aenderung des Gewerbe- und Handelslehrer-Diensteinkommengesetzes. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 24. März 1927 an das Reichsgesundheitsamt, betr. Abgabe starkwirkender Mittel in Drogenhandlungen. In AZ 42 (1927), 1022.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Zweite Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1927. In: AZ 42 (1927), 394 f., 436, 476.

mit KOSCHITZKY, Richard : Hageda. Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker A.G. Geschäftsbericht 1926. In: AZ 42 (1927), 402 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 7. April 1927 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Arzneikostenanteil der Versicherten und Abschlagspflicht der Apotheken. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 8. April 1927 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Wochenbettpackungen. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 9. April 1927 an das Reichsministerium des Innern, betr. Abgabe von Suprarenin. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 11. April 1927 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Abgabe von Suprarenin. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 11. April 1927 an das Reichsgesundheitsamt, betr. Abgabe von Suprarenin. In AZ 42 (1927), 1022.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundschriften. In: AZ 42 (1927), 467–469.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 28. April 1927 an das Reichsministerium des Innern und Reichsgesundheitsamt, betr. Ausführung des Opiumgesetzes. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 9. Mai 1927 an den Herrn Regierungspräsidenten zu Wiesbaden, betr. Verkehr mit Arzneimitteln. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 2. Juni 1927 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Konzessionierung von Apotheken. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 4. Juni 1927 an das Reichsgesundheitsamt, betr. Arzneipreise. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 7. Juni 1927 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Revision der Drogenhandlungen. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 13. Juni 1927 an das Reichsministerium des Innern, Reichsgesundheitsamt und Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Wochenbettpackungen. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 14. Juni 1927 an das Reichsgesundheitsamt, betr. Wochenbettpackungen. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 5. Juli 1927 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Verkehr mit starkwirkenden Arzneimitteln. In AZ 42 (1927), 1022.

Entwurf einer Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 42 (1927), 791–796.

Einberufung der 53. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf Dienstag, den 6., Mittwoch, den 7. und Donnerstag, den 8. September d.J. nach Bremen in die 'Union'. In: AZ 42 (1927), 852.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 21. Juli 1927 an alle Landesregierungen mit Ausnahme von Mecklenburg-Strelitz, Sachsen und den drei Hansestädten, betr. Notlage der alleinarbeitenden Apotheker. In AZ 42 (1927), 1022.

Schreiben vom 21. Juli 1927 an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt. GSTA PK 83.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 29. Juli 1927 an das Reichsarbeitsministerium, betr. §§ 375 und 182 a R.V.O. In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 5. August 1927 an das Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe, betr. Notverbandzeug für die erste Hilfe bei Unfällen (Verbandkästen). In AZ 42 (1927), 1022.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 5. August 1927 an das Reichsministerium des Innern, betr. Entwurf eines Rahmengesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln usw. In AZ 42 (1927), 1022.

Geschäftsbericht des Vorsitzenden des Deutschen Apotheker-Vereins für 1926–27. In: AZ 42 (1927), 1019–1021.

Danksagung für die Glückwünsche anlässlich seiner Wahl vor 25 Jahren zum Vorsitzenden des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 42 (1927), 1022 f., 1031–1038.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Vierte Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1927. In: AZ 42 (1927), 1249, 1275 f.

Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins vom 8. September 1927. In: AZ 42 (1927), 1329.

25 Jahre Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker A.G. 1902–1927. Berlin 1927.

1928

Deutscher-Apotheker-Verein. Zusammensetzung des Vorstands des Deutschen Apotheker-Vereins im Jahre 1928: Dr. Heinrich Salzmann; Medizinalrat Georg Sparrer; Dr. Wilhelm Wartenberg; Anton Büsch, Gelsenkirchen; Dr. Albert Evers, Apothekenbesitzer in Wittstock a.d. Dosse; Dr. Theodor Koenig, München, Dr. Otto Schwarz, Stuttgart. In: AZ 43 (1928), 9.

Deutscher Apotheker-Verein. Ausführungsbestimmungen zu der Abteilung 'Die vereinsgerichtlichen Einrichtungen' (§§ 42–48) der Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins vom 8. September 1927. In: AZ 43 (1928), 23–25.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Erste Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1928. In: AZ 43 (1928), 57, 73, 99.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 30. September 1927 an das Reichsversicherungsamt, betr. Auslegung des Begriffs 'Jahresarbeitsverdienst' im Sinne der Sozialgesetze. In: AZ 43 (1928), 978.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 30. September 1927 an das Reichsministerium des Innern, Reichsmonopolamt für Branntwein, Gewerbeausschuß beim Branntweinmonopol und Reichsgesundheitsamt, betr. Branntweinmonopolgesetz. In: AZ 43 (1928), 978.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 7. Oktober 1927 an das Reichsministerium des Innern und alle Landesregierungen, betr. Regelung des Apothekenwesens. In: AZ 43 (1928), 978.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 7. Oktober 1927 an den Haushaltsausschuß des Reichstages, Reichswehrminister, Reichsfinanzminister, Reichsarbeitsminister und Medizinalrat Sparrer, betr. Reichsbesoldungsgesetz, Einstufung der Heeresapotheker. In: AZ 43 (1928), 978.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 8. Oktober 1927 an das Reichsministerium des Innern, alle Landesregierungen und das Reichsarbeitsministerium, betr. Reichsversicherungsordnung, zweites Buch, Krankenversicherung. In: AZ 43 (1928), 978.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 3. November 1927 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Arzneikostenanteil der Versicherten und Abschlagspflicht der Apotheken. In: AZ 43 (1928), 978.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 29. November 1927 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Apothekenbetriebsordnung § 50, Dienstanweisung für die Kreisärzte § 47 und Anweisung für die amtliche Besichtigung der Apotheken § 28. In: AZ 43 (1928), 978.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 3. Dezember 1927 an das Reichsministerium der Finanzen, betr. Industriebelastung und Aufbringungspflicht der Apotheken. In: AZ 43 (1928), 978.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 6. und 7. Dezember 1927 an den Deutschen Reichstag, Reichsministerium des Innern, Reichsgesundheitsamt, Preußische Ministerien des Innern und für Volkswohlfahrt, betr. Entwurf eines Schankstättengesetzes § 27 und § 3. In: AZ 43 (1928), 978.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 14. Dezember 1927 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Arzneiversorgung der Schutzpolizei. In: AZ 43 (1928), 978.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 16. Dezember 1927 an das Reichsministerium der Finanzen, betr. Bewertung der Apothekenrechte. In: AZ 43 (1928), 978.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 23. Dezember 1927 an den Reichsrat, Reichsministerium des Innern und alle Landesregierungen, betr. Prüfungsordnung für Apotheker. In: AZ 43 (1928), 978.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 17. und 24. Januar 1928 an das Reichsministerium des Innern, Reichsgesundheitsamt, Ministerien des Innern zu München,

Dresden, Karlsruhe und Stuttgart und Ministerien für Inneres und Wirtschaft zu Weimar, betr. Salvarsan. In: AZ 43 (1928), 978.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 25. Januar 1928 an das Ministerium für Handel und Gewerbe und Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, betr. Arzneiabgabe der Tierärzte. In: AZ 43 (1928), 978.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 26. Januar 1928 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Arzneikostenanteil der Versicherten und Abschlagspflicht der Apotheken. In: AZ 43 (1928), 978.

Deutscher Apotheker-Verein. Ernennung des Rechtsanwalts und Notars Dr. Wrzeszinski, Berlin, zum Juristischen Beirat des Vereinsgerichtshofes. In: AZ 43 (1928), 162.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 11., 14. und 15. Februar 1928 an das Reichsministerium des Innern, Preußische Ministerium des Innern, Ministerium für Handel und Gewerbe und die Ministerien der Länder, betr. Hausierhandel mit Arzneien. In: AZ 43 (1928), 978.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 23. Februar 1928 an das Reichsministerium der Finanzen, betr. Industriebelastungspflicht der Apotheken. In: AZ 43 (1928), 978.

Besprechung von Steuersachverständigen des Apothekerstandes. In: AZ 43 (1928), 232.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 16. März 1928 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Verkehr mit Arzneimitteln (Eukodal). In: AZ 43 (1928), 978.

mit WARTENBERG, Wilhelm. Deutscher Apotheker-Verein. Sonder-Beitragsrate. In: AZ 43 (1928), 343, 360, 402.

Max Froelich †. In: AZ 43 (1928), 425.

Deutscher Apotheker-Verein. Frühjahrsrundsreiben. In: AZ 43 (1928), 453–455.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 7. und 10. April 1928 an das Reichsministerium des Innern, Reichsgesundheitsamt und Preußisches Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Deutsche Arzneitaxe. In: AZ 43 (1928), 978.

Johannes Gadamer †. In: AZ 43 (1928), 466 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 7. Mai 1928 an den Reichsarbeitsminister, betr. Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung für die Angehörigen der Heilberufe und der übrigen freien Berufe. In: AZ 43 (1928), 978.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Zweite Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1928. In: AZ 43 (1928), 582, 596, 623, 639.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 6. Juli 1928 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Homöopathisches Arzneibuch. In: AZ 43 (1928), 978.

Einberufung der 54. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf Dienstag, den 28., Mittwoch, den 29. und Donnerstag, den 30. August d. J. nach Königsberg i. Pr. in die Stadthalle. In: AZ 43 (1928), 807–809.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Dritte Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1928. In: AZ 43 (1928), 904, 921, 944, 954.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 1. August 1928 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Diphtherie-Serum. In: AZ 43 (1928), 978.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 7. August 1928 an den Reichstag, das Reichsministerium des Innern, Reichsgesundheitsamt, Preußische Ministerien des Innern und für Volkswohlfahrt, betr. Entwurf eines Schankstättengesetzes. In: AZ 43 (1928), 978.

Geschäftsbericht des Vorsitzenden des Deutschen Apotheker-Vereins für 1927/28. In: AZ 43 (1928), 961–965, 976–979.

Theodor Paul †. In: AZ 43 (1928), 1227.

mit Wartenberg, Wilhelm: Vierte Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1928. In: AZ 43 (1928), 1289, 1320 f, 1352.

Heinrich Jerusalem †. In: AZ 43 (1928), 1427.

1929

Deutscher Apotheker-Verein. Zusammensetzung des Vorstands des Deutschen Apotheker-Vereins im Jahre 1929: Dr. Heinrich Salzmann; Medizinalrat Georg Sparrer; Dr. Wilhelm Wartenberg; Anton Büsch, Gelsenkirchen; Dr. Albert Evers, Apothekenbesitzer in Wittstock a.d. Dosse; Dr. Theodor Koenig, München; Dr. Otto Schwarz, Stuttgart. In: AZ 44 (1929), 1.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 4. September 1928 an das Reichsministerium des Innern und Reichsgesundheitsamt, betr. Ausführungsbestimmungen zum Opiumgesetz. In: AZ 44 (1929), 1057.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 4. September 1928 an das Reichsministerium des Innern, Reichsgesundheitsamt und alle Landesregierungen, betr. Deutsche Arzneitaxe. In: AZ 44 (1929), 1057.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 18. September 1928 an das Reichsministerium des Innern, Reichsgesundheitsamt und alle Landesregierungen, betr. Deutsche Arzneitaxe 1929. In: AZ 44 (1929), 1057.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 4. Oktober 1928 an das Reichsministerium des Innern, Reichsgesundheitsamt und alle Landesregierungen, betr. Ausbildung der Apotheker. In: AZ 44 (1929), 1057.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 5. Oktober 1928 an alle Landesregierungen, betr. Beaufsichtigung des Arzneimittelhandels außerhalb der Apotheken. In: AZ 44 (1929), 1057.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 22. Dezember 1928 an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Sonntagsruhe der Apotheker. In: AZ 44 (1929), 1057.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 29. Dezember 1928 an das Reichswirtschaftsministerium, Reichsministerium des Innern, Reichsarbeitsministerium und alle Landesregierungen, betr. Abgabe von Arzneimitteln durch Krankenkassen. In: AZ 44 (1929), 1057.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 5.–31. Januar 1929 an eine Reihe von Landesregierungen, betr. Sonntagsruhe der Apotheker. In: AZ 44 (1929), 1057.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 11. Januar 1929 an das Staatsministerium zu Dessau und Neu-Strelitz, Ministerium des Innern zu Dresden, Oldenburg und Bückeburg, Lippische Regierung, Ministerium für Medizinalangelegenheiten, Schwerin i. M. und die Senate der Freien und Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck, betr. Errichtung einer Standesvertretung für Apotheker. In: AZ 44 (1929), 1057.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 13. Januar 1929 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Unterstützung der durch den Konkurs von Brückner, Lampe & Co. A.-G. In Not geratenen Apotheker. In: AZ 44 (1929), 1057.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Erste Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1929. In: AZ 44 (1929), 104, 134, 164.

Dr. Albert Evers †. In: AZ 44 (1929), 142.

Ernst Schulze †. In: AZ 44 (1929), 155.

Einladung zur Besprechung von Steuersachverständigen des Apothekerstandes. In: AZ 44 (1929), 245.

Deutscher Apotheker-Verein. Richtlinien für die Ausübung der Berufs- und Standespflichten des Apothekers. In: AZ 44 (1929), 362.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Zweite Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1929. In: AZ 44 (1929), 422, 433, 465, 498.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 11. April 1929 an das Reichsgesundheitsamt, betr. Ausführungsbestimmungen zum Lebensmittelgesetz. In: AZ 44 (1929), 1057.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 11. April 1929 an das Reichsgesundheitsamt, betr. Verordnung über Essig und Essigessenz. In: AZ 44 (1929), 1057.

Frühjahrsrundsreiben des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 44 (1929) 471 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 30. April 1929 an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Zuschüsse für Apotheker in entlegenen Landesteilen. In: AZ 44 (1929), 1057.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 2. und 24. Mai an den Deutschen Reichstag, Reichsministerium des Innern, Reichsgesundheitsamt und alle Landesregierungen, betr. Verkehr mit Arzneimitteln. In: AZ 44 (1929), 1057.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 24. Mai 1929 an das Staatsministerium zu Oldenburg, betr. Unterstützung kleiner Apotheken. In: AZ 44 (1929), 1057.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 24. Mai 1929 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Zuschüsse für Apotheker in entlegenen Landesteilen. In: AZ 44 (1929), 1057.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Dritte Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1929. In: AZ 44 (1929), 776, 840.

Zur Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins in Heidelberg. In: AZ 44 (1929), 877 f.

Einberufung der 55. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf Dienstag, den 10., Mittwoch, den 11. und Donnerstag, den 12. September 1929 nach Heidelberg in die Stadthalle. In: AZ 44 (1929), 888.

Geschäftsbericht des Vorsitzenden des Deutschen Apotheker-Vereins für 1928/29. In: AZ 44 (1929), 1052–1056.

Heinrich Beckurts †. In: AZ 44 (1929), 1179.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 23. September 1929 an das Reichsmonopolamt für Branntwein, betr. Buchführungspflicht der Apotheken. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 12. Oktober 1929 an das Reichsministerium des Innern, betr. Regelung des Apothekenwesens. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 4. November 1929 an das Reichsarbeitsministerium, betr. Vorschläge für Änderungen im Zweiten Buche der Reichsversicherungsordnung (Krankenversicherung). In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 6. November 1929 an das Reichsministerium des Innern, Reichswirtschaftsministerium, Reichsgesundheitsamt und Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Arzneitaxe. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 14. November 1929 an das Reichsministerium des Innern und alle Landesregierungen, betr. Arzneitaxe. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 17. Dezember 1929 an das Reichsministerium des Innern, betr. Reichsapothekengesetz. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 24. Dezember 1929 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Vorschriften für den Handel mit Giften. In: AZ 45 (1930), 1487.

1930

Deutscher Apotheker-Verein. Zusammensetzung des Vorstands des Deutschen Apotheker-Vereins im Jahr 1930: Dr. Heinrich Salzmann, Vorsitzender; Medizinalrat Georg Sparrer, stellvertretender Vorsitzender; Dr. Wilhelm Wartenberg, Schatzmeister; Anton Büsch, stellvertretender Schatzmeister; Dr. Theodor Koenig; Dr. Otto Schwarz; Dr. Karl Wachsmuth. In: AZ 45 (1930), 11.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 10. Januar 1930 an das Reichsministerium des Innern, betr. Opiumgesetz. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 23. Januar 1930 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Entwurf eines neuen Landwirtschaftskammergesetzes. In: AZ 45 (1930), 1487.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Erste Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1930. In: AZ 45 (1930), 116, 146.

Conrad Hagenbeck †. In: AZ 45 (1930), 158.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 28. Februar 1930 an das Polizeipräsidium in Berlin, betr. Verkehr mit Arzneimitteln. In: AZ 45 (1930), 1487.

Frühjahrsrundsreiben des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 45 (1930), 483–486.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins. Am 23. April 1930 an das Polizeipräsidium betr. Zusammenlegung von Stiftungen des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 45 (1930), 1487.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker A.G.. Bericht über das Geschäftsjahr 1929. In: AZ 45 (1930), 389.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Zweite Beitragsrate und Jahresbeiträge 1930. In: AZ 45 (1930), 511, 525, 557.

Dr. Carl Bedall †. In: AZ 45 (1930), 594.

Emil Vogt †. In: AZ 45 (1930), 661.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 31. Mai 1930 an den Reichsrat, das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, das preußische Justizministerium, das Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe, das Reichsjustizministerium, das Reichsministerium des Innern, das Reichsgesundheitsamt, das Reichsfinanzministerium und alle Landesregierungen betr. Entwurf eines Gesetzes über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 5. Juni 1930 an das Ministerium für Volkswohlfahrt betr. Entwurf eines Landwirtschaftskammergesetzes. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 12. Juni 1930 an das Reichsarbeitsministerium, den Reichsminister des Innern, den Reichsminister des Auswärtigen, den Reichsminister der Finanzen, den Reichswirtschaftsminister, den

Reichswehrminister, den Reichspostminister, den Reichsverkehrsminister, den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Reichsminister für die besetzten Gebiete, und den Reichskanzler betr. Krankenversicherung. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 13. Juni 1930 an das Polizeipräsidium betr. Zusammenlegung der Stiftungen. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 17. Juni 1930 an den Reichsminister des Innern betr. Entwurf eines Reichsapothekengesetzes. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 18. Juni 1930 an den Reichsrat, das Reichsgesundheitsamt und die Landesregierungen betr. Abänderung des Buches der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 20. Juni 1930 an das Ministerium für Volkswohlfahrt betr. Sonntagsschluß in Apotheken. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 3. und 5. Juli 1930 an den Reichstag, das Reichsarbeitsministerium, das Reichsministerium des Innern, das Reichsgesundheitsamt und alle Landesregierungen, betr. Reform der Krankenversicherung. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 8. Juli 1930 an den Reichstag betr. Entwurf eines Gesetzes über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypothenen. In: AZ 45 (1930), 1487.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Vereinsnachrichten. Dritte Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1930. In: AZ 45 (1930), 87, 902.

Einberufung der 56. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf Mittwoch, den 17., Donnerstag, den 18., und Freitag, den 19. September 1930 nach Trier. In: AZ 45 (1930), 967.

Deutscher Apotheker-Verein. Zusammenlegung der Stiftungen des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 45 (1930), 1083.

Deutscher Apotheker-Verein. Verhandlungstage finden in dem Katholischen Vereinshaus Trier statt. In: AZ 45 (1930), 1249.

mit SPARRER, Georg: Eine Diskussion über die Notverordnung zur Krankenversicherung im Gau Berlin des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 45 (1930), 1089–1091.

Geschäftsbericht des Vorsitzenden des Deutschen Apotheker-Vereins für 1929–1930. In: AZ 45 (1930), 1118–1122, 1132–1134.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Vierte Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1930. In: AZ 45 (1930), 1289, 1332.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins an den Reichstag zur Heilmittelkostenbeteiligung der Notverordnung vom 26. Juli 1930. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 2. August 1930 an das Reichsarbeitsministerium, betr. Krankenversicherung. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 5. August 1930 an das Reichsarbeitsministerium, Reichsministerium des Innern, Ministerium für Volkswohlfahrt und Reichsgesundheitsamt, betr. Arzneikostenanteil in der Neuordnung zur Krankenversicherung. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 6. August 1930 an das Polizeipräsidium betr. Zusammenlegung der Stiftungen. In: AZ 45 (1930), 1487.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 7. August 1930 an das Reichsministerium des Innern,, das Reichsgesundheitsamt und alle Landesregierungen betr. Zwangsabschlag auf die Preise der Arzntaxe nach § 376 R.V.O. In: AZ 45 (1930), 1487.

mit SPARRER, Georg / WARTENBERG, Wilhelm / BÜSCH, Anton / KÖNIG, Theodor / SCHWARZ, Otto / WACHSMUTH-MELM, Carl / GEBLER, Ernst: Gegen die Vernichtung der deutschen Apotheke. In: AZ 45 (1930), 1592.

mit Wartenberg, Wilhelm: Sonderbeitragsrate für die Unterstützungskasse. In: AZ 45 (1930), 1638.

1931

Deutscher Apotheker-Verein. Zusammensetzung des Vorstands des Deutschen Apotheker-Vereins 1931: Salzmann, Sparrer, Wartenberg, Büsch, Gebler, Schwarz, Wachsmuth-Melm. In: AZ 46 (1931), 18.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 28. August 1930 an das Reichsarbeitsministerium betr. Krankenversicherung. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 3. September 1930 an das Reichsministerium des Innern, betr. Arzntaxe. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 3. September 1930 an das Reichsarbeitsministerium, betr. Krankenversicherung. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 5. September 1930 an das Reichsfinanzministerium, das Reichsarbeitsministerium, Reichsministerium des Innern, Reichsgesundheitsamt und Ministerium für Volkswohlfahrt, betr. Umsatzsteuer des Arzneikostenanteils nach §§ 182 a und 205 RVO. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 26. September 1930 an das Reichsarbeitsministerium, betr. Durchführung der Notverordnung vom 26. Juli 1930 § 182 a RVO. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 1. Oktober 1930 an das Reichsarbeitsministerium betr. Krankenversicherung. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 6. Oktober 1930 an das Reichsarbeitsministerium, betr. Krankenversicherung. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 14. Oktober 1930 an den Reichsarbeitsminister betr. Notverordnung. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 24. Oktober 1930 an das Reichsarbeitsministerium, betr. Kürzung der Zuschüsse für die Kriegshinterbliebenen der Offiziere des Beurlaubtenstandes. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 28. Oktober und am 1. November 1930 an das Reichsarbeitsministerium, betr. Krankenversicherung. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 4. November 1930 an das Reichsministerium der Finanzen betr. Nacherhebung von Lohnsteuerbeträgen für nicht versteuerte Beiträge zur Zuschußkasse der Tarifvertragsgemeinschaft deutscher Apotheker. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 7. November 1930 an den Reichstag betr. Verordnung zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 24. November 1930 an den Reichstag, das Ministerium für Volkswohlfahrt, die Ministerien des Innern in München, Dresden, Stuttgart, Weimar, Karlsruhe und Darmstadt betr. Verordnung über Rechnungsführung in der Krankenversicherung. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 24. November 1930 an den Reichsminister des Innern betr. Weingesetz. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 25. November 1930 an den Haushaltsausschuß des Reichstages betr. Notverordnung zur Krankenversicherung vom 26. Juli 1930. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 29. November 1930 an das Reichsarbeitsministerium betr. Krankenversicherung. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 1. Dezember 1930 an das Ministerium für Volkswohlfahrt betr. Krankenversicherung. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 3. Dezember 1930 an das Reichsarbeitsministerium betr. Krankenversicherung. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 15. Dezember 1930 an alle Landesministerien betr. Arzneitaxe. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 15. Dezember 1930 an den Herrn Reichsminister des Innern betr. Spezialitätenzuschlag. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 15. Dezember 1930 an das Reichsministerium des Innern, das Reichsgesundheitsamt, das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsarbeitsministerium betr. Arzneitaxe. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 22. Dezember 1930 an das Reichsministerium des Innern, das Reichswirtschaftsministerium und das Ministerium für Volkswohlfahrt betr. Arzneytaxe. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 23. Januar 1931 an das Ministerium für Volkswohlfahrt betr. Verkehr mit Arzneimitteln. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 6. Februar 1931 an das Ministerium für Volkswohlfahrt betr. Arzneytaxe und Krankenkassen. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 6. Februar 1931 an das Reichsarbeitsministerium betr. Krankenversicherung. In: AZ 46 (1931), 1075.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Erste Beitragsrate und Jahresbeiträge 1931. In: AZ 46 (1931), 174, 185 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 14. Februar 1931 an den Reichsminister des Innern betr. Arzneytaxe. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 18. Februar 1931 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, die Ministerien des Innern in Karlsruhe, Weimar, Dresden, Schwerin i. M., München, Stuttgart und den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg betr. Lehrstühle für Pharmakognosie an den Universitäten. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 21. Februar 1931 an das Reichsministerium des Innern, das Reichsgesundheitsamt und die Ministerien der Länder betr. Vorschriften über die Abgabe starkwirkender Arzneimittel. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 23. Februar 1931 an das Reichsministerium des Innern und das Reichsgesundheitsamt betr. Abgabe von Arzneien, die mehr als ein Betäubungsmittel enthalten. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 7. März 1931 an den Reichskommissar für die Osthilfe, das Reichsministerium des Innern, das Reichsgesundheitsamt und das Ministerium für Volkswohlfahrt betr. Bereitstellung billigen Kredits für notleidende Apotheken des Ostens. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 10. März 1931 an das Ministerium für Volkswohlfahrt, das Reichsministerium des Innern und das Reichsgesundheitsamt betr. Verkehr mit Arzneimitteln. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 11. März 1931 an das Reichsministerium des Innern betr. Arzneytaxe. In: AZ 46 (1931), 1075.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Zweite Beitragsrate und Jahresbeiträge 1931. In: AZ 46 (1931), 454 f, 474, 519.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 26. März 1931 an das Ministerium für Volkswohlfahrt betr. Ermäßigung des Zwangsrabatts für kleine Apotheken. In: AZ 46 (1931), 1075.

Deutschen Apotheker-Verein. Frühjahrsrundschreiben. In: AZ 46 (1931), 568 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 4. April 1931 an das Ministerium des Innern in Karlsruhe und das Staatsministerium zu Oldenburg betr. Ermäßigung des Zwangsabschlages für kleine Apotheken. In: AZ 46 (1931), 1075.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 9. April 1931 an das Staatsministerium zu Detmold betr. Ermäßigung des Zwangsabschlages für kleine Apotheken. In: AZ 46 (1931), 1075.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Dritte Beitragsrate und Jahresbeiträge 1931. In: AZ 46 (1931), 827, 859, 886.

Einberufung der 57. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf Montag, den 7., Dienstag, den 8., und Mittwoch, den 9. September 1931 nach Würzburg. In: AZ 46 (1931), 917.

mit PEISER, Erich: Grundsätzliches über eine gemeinsame Stellungnahme zu einem kommenden Reichsapothekengesetzentwurf. In: AZ 46 (1931), 946 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Verkürzung der 57. Hauptversammlung wegen ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse auf zwei Tage. In: AZ 46 (1931), 956.

Deutscher Apotheker-Verein. Satzung der Friedrich Hugo John-Stiftung des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 46 (1931), 1038.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Vierter Nachtrag zu der Tagesordnung der 57. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 46 (1931), 1038.

Geschäftsbericht des Vorsitzenden des Deutschen Apotheker-Vereins für 1930–1931. In: AZ 46 (1931), 1068–1074.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 1. September 1931 an die Bank für deutsche Industrieobligationen betr. Gewerbliche Kredite für Apotheken. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 12. September 1931 an den Reichskanzler und die Reichs- und Landesministerien betr. Arzneitaxe. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 30. September 1931 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt betr. Dispensierrecht der homöopathischen Aerzte. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 30. September 1931 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt betr. Apothekenbetriebsordnung § 50, Dienstanweisung für die Kreisärzte § 47, Anweisung für die amtliche Besichtigung der Apotheken § 28. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 30. September 1931 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt wegen der. Sonntagsruhe der Apotheker § 40 der Apothekenbetriebsordnung. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 1. Oktober 1931 an den Senat der Freien und Hansestadt Bremen betr. Sonntagsruhe der Apotheker. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 1. Oktober 1931 an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg betr. Sonntagsruhe in Apotheken. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 1. Oktober 1931 an das Mecklenburg-Strelitzsche Ministerium zu Neustrelitz betr. Sonntagsruhe in Apotheken. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 1. Oktober 1931 an die Lippische Regierung betr. Sonntagsruhe in Apotheken. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 8. Oktober 1931 an den Reichsminister der Finanzen betr. Krisensteuer der angestellten Apotheker. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 12. Oktober 1931 an das Reichsministerium des Innern, das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt und die Ministerien der Länder betr. Prüfungsordnung für Apotheker. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 29. Oktober 1931 an den Reichsjustizminister betr. Rückzahlung der Aufwertungshypotheken. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 31. Oktober 1931 an den Regierungspräsidenten zu Köln betr. Einstellung von Apothekerpraktikanten. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 4. November 1931 an den preußischen Minister für Volkswohlfahrt betr. Arzneitaxe und Krankenkassenrabatt. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 13. November 1931 an den Reichsarbeitsminister betr. Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Gehaltsabkommens und der Beiträge zur Zuschußkasse –in Kraft getreten am 1. Oktober 1931– für die in öffentlichen Apotheken tätigen pharmazeutischen Angestellten. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 20. November 1931 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt betr. Erteilung von Abschriften von Betriebsrechtsurkunden. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 30. November 1931 an das Reichsarbeitsministerium, den Reichsminister des Innern, den Minister für Volkswohlfahrt, das Reichsgesundheitsamt und den Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages betr. Arzneipreise. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 1. Dezember 1931 an den Minister für Volkswohlfahrt betr. Arzneiabgabe durch Tierärzte. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 15. Dezember 1931 an den Reichsverkehrsminister betr. Zuschlag bei den Arzneyspezialitäten nach der Deutschen Arzneytaxe. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 16. Dezember 1931 an den Reichsjustizminister betr. Arzneytaxe und Preissenkung. In: AZ 47 (1932), 969.

Aufruf zu einer Winterhilfe für stellungslose Mitarbeiter. In: AZ 46 (1931), 1254.

mit Sparrer, Georg: Vierte Beitragsrate für 1931. In: AZ 46 (1931), 1286 f., 1307.

Hermann Thoms †. In: AZ 46 (1931), 1541.

Dr. Richard Hoffmann. In: AZ 46 (1931), 1624.

1932

Deutscher Apotheker-Verein. Der Vorstand des Deutschen Apotheker-Vereins wird im Jahre 1932 bestehen aus den Mitgliedern: Dr. Heinrich Salzmann, Vereinsvorsitzender; Medizinalrat Georg Sparrer, stellvertretender Vorsitzender; Dr. Wilhelm Wartenberg, Schatzmeister; Anton Büsch, stellvertretender Schatzmeister; Ernst Gebler; Dr. Otto Schwarz; Dr. Karl Wachsmuth-Melm. In: AZ 47 (1932), 10.

mit Wartenberg, Wilhelm: Erste Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1932. In: AZ 47 (1932), 34 f., 49 f., 83 f., 97.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 12. Januar 1932 an den preußischen Minister für Volkswohlfahrt betr. Arzneytaxe. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 16. Januar 1932 an den Reichsjustizminister, den Reichsminister des Innern und das Reichswirtschaftsministerium betr. Hypothekenkündigung und Apotheken. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 19. Januar 1932 an das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, das Reichsministerium des Innern und das Reichsgesundheitsamt betr. Mißstände bei der Arzneyverordnung und Arzneyabgabe durch Heilpraktiker. In: AZ 47 (1932), 969.

Kollegen! Gebt für die Unterstützungskasse des Deutschen Apotheker-Vereins! Helft uns die Not im Stande zu lindern! In: AZ 47 (1932), 77, 123.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 22. Januar 1932 an den Reichsminister der Finanzen, das Reichsministerium des Innern, das Reichsarbeitsministerium und das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt betr. Umsatzsteuer. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 26. Januar 1932 an den Reichskommissar für Preisüberwachung betr. Glutamin-Verpackungs-G.m.b.H. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 12. Februar 1932 an das Bayerische Staatsministerium zu München betr. Mißstände bei der Arzneyverordnung und Arzneyabgabe durch Heilpraktiker. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 12. Februar 1932 an das Reichsministerium des Innern, das Reichswirtschaftsministerium, den Industrie- und Handelstag, die Ministerien der Länder, den Reichskommissar für Preisüberwachung betr. Preisfestsetzung der Arzneispezialitäten. In: AZ 47 (1932), 969.

Zur Anordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung betr. Herausgabe der Spezialitätentaxe für das Deutsche Reich. In: AZ 47 (1932), 195 f.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 19. Februar 1932 an das Reichsministerium des Innern, das Reichsgesundheitsamt, das Reichswirtschaftsministerium, den Reichskommissar für Preisüberwachung und die Ministerien der Länder betr. Preisgestaltung der Arzneispezialitäten. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 20. Februar 1932 an das Reichsministerium des Innern, das Ministerium für Volkswohlfahrt, das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsgesundheitsamt, den Reichskommissar für Preisüberwachung und die Ministerien der Länder betr. Preisfestsetzung bei Arzneispezialitäten. In: AZ 47 (1932), 969.

Eingabe des Deutschen Apotheker-Vereins am 22. Februar 1932 an das Ministerium für Volkswohlfahrt betr. Apotheke der Tierärztlichen Hochschule, Berlin. In: AZ 47 (1932), 969.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Zweite Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1932. In: AZ 47 (1932), 413, 426 f., 453, 46.

Deutschen Apotheker-Verein. Frühjahrsrundsreiben In: AZ 47 (1932), 506–508.

Deutscher Apotheker-Verein. Ausnahmen vom Zwang zur Beschaffung der Spezialitäten-Taxe für kleine Apotheken. In: AZ 47 (1932), 514 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Bezeichnung der Präparate des Ergänzungsbuches zum Deutschen Arzneibuch. In: AZ 47 (1932), 703.

Einberufung der 58. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf Mittwoch, den 24. und Donnerstag, den 25. August 1932 nach Swinemünde, großer Kurhaussaal. Festsitzung anlässlich des 60jährigen Bestehens. In: AZ 47 (1932), 807.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Dritte Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1932. In: AZ 47 (1932), 813, 841 f.

Sitzung des Vorstandes des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 47 (1932), 834.

Telegramm des Vorstandes des Deutschen Apotheker-Vereins an den Reichsminister des Innern bezüglich Maßnahmen zur Behebung der katastrophalen Wirtschaftslage des Apothekerstandes. In: AZ 47 (1932), 834 f.

Deutscher Apotheker-Verein. Bekanntgabe der eingegangenen Anträge zur 58. ordentlichen Hauptversammlung. In: AZ 47 (1932), 899–901.

Geschäftsbericht des Vorsitzenden des Deutschen Apotheker-Vereins für 1931–1932. In: AZ 47 (1932), 961–968.

Sechzig Jahre Deutscher Apotheker-Verein. In: AZ 47 (1932), 996 f.

mit WARTENBERG, Wilhelm: Vierte Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1932. In: AZ 47 (1932), 1231, 1244, 1276, 1295.

Deutscher Apotheker-Verein. Die vereinsgerichtlichen Einrichtungen (§ 42–48) der Satzung des Deutschen vom 8. September 1927. In: AZ 47 (1932), 1263.

1933

mit WARTENBERG, Wilhelm: Erste Beitragsrate und Jahresbeiträge für 1933. In: AZ 48 (1933), 27 f., 44, 61, 80 f.

Der Apotheker. Merkblätter für Berufsberatung der Deutschen Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker. Leipzig 1933.

Deutscher Apotheker-Verein. Amtsniederlegung des Vorstandsmitglieds Dr. Wilhelm Wartenberg. In: AZ 48 (1933), 340 f.

mit SPARRER, Georg / BÜSCH, Anton / GEBLER, Ernst / SCHWARZ, Otto / WACHSMUTH-MELM, Carl: An die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins! Forderung nach Geschlossenheit im Apothekerstand. In: AZ 48 (1933), 360.

mit SPARRER, Georg / BÜSCH, Anton / GEBLER, Ernst / SCHWARZ, Otto / WACHSMUTH-MELM, Carl: An die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins! Gleichschaltung des Deutschen Apotheker-Vereins und Übergabe der Vereinsgeschäfte an Dr. Karl Heber. In: AZ 48 (1933), 389.

mit HEBER, Karl: Einberufung einer Außerordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins auf Sonnabend, den 22. April 1933, nach Berlin. In: AZ 48 (1933), 390.

Außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 48 (1933), 390.

mit HEBER, Karl: Berufsverbände im neuen Staat und deutscher Apothekerstand. In: AZ 48 (1933), 404 f.

Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker A.G. Geschäftsbericht 1932. In: AZ 48 (1933), 580 f.

7. Verzeichnisse

7.1. Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Die Eltern Therese und Heinrich Johannes Salzmann (PW)	17
Abb. 2: Geburts- und Taufbescheinigung Salzmanns, 10. / 12. Januar 1859 (PE 17).....	18
Abb. 3: Heinrich Salzmann als 16-jähriger Lehrling 1875 (PW)	19
Abb. 4: Apotheker-Gehülfen-Prüfung, 4. Januar 1878 (mit Transkription) (STAMü 2)	21
Abb. 5: Abgangszeugnis der Friedrich-Wilhelm-Universität (mit Transkription) (PE 21).....	22
Abb. 6: Approbationsurkunde vom 5. Dezember 1882 (PE 22).....	23
Abb. 7: Heinrich Salzmann als Offizier 1887 (PW)	26
Abb. 8: Titelblatt von Salzmanns Doktorarbeit 1889 (UF 4).....	28
Abb. 9: Doktordiplom Salzmanns vom 6. März 1889 (PE, 31).....	29
Abb. 10: Kaiser-Wilhelm-Erinnerungs-Medaille, 22. März 1897 (PE 33)	31
Abb. 11: Königlicher Kronen-Orden IV. Klasse, 18. Januar 1898 (mit Transkription) (PE 34).....	33
Abb. 12: Chinamedaille, 24. Oktober 1901 (PE 38).....	33
Abb. 13: Nahrungsmittelchemikerzeugnis, 16. Mai 1895 (mit Transkription) (PE 32).....	35
Abb. 14: Vierteljahresschrift für praktische Pharmazie 1904 (PW 1)	37
Abb. 15: Offizielles Hochzeitsfoto 1900 (PW).....	39
Abb. 16: Betriebserlaubnis für die Ranke-Apotheke, 16. März 1900 (mit Transkription) (PE 35)	43
Abb. 17: Ranke-Apotheke, Außenansicht, 1901 (PE)	44
Abb. 18: Ranke Apotheke, Innenansicht, 1901 (PE).....	44
Abb. 19: Salzmann im Apothekerkittel 1935 (PE)	46
Abb. 20: Hageda-Filiale München, Landwehrstraße, genutzt ab 1909 (FK).....	62
Abb. 21: Hageda-Filiale Köln, Neusser Straße 30, genutzt ab 1912 (FK)	64
Abb. 22: Hageda-Filiale Breslau, genutzt ab 1911 (FK).....	66
Abb. 23: Hageda-Filiale Hamburg, genutzt ab 1912 (FK)	68
Abb. 24: E.-Glück-Gebäude in Königsberg, genutzt ab 1921 (FK)	67
Abb. 25: Heinrich Salzmann 1909 Ölgemälde von Ernst Hennig (Privatbesitz H.C.P.Salzmann, Meerbusch)	70
Abb. 26: Vereinshaus deutscher Apotheker Berlin, Levetzowstraße, 1909 (PW)	71
Abb. 27: Tischordnung zur Einweihungsfeier des Vereinshauses Deutscher Apotheker, 1909 (PW 12).....	72
Abb. 28: Roter Adlerorden vierter Klasse, 25. August 1909 (mit Transkription) (PE 46)	73
Abb. 29: Dr. Heinrich Salzmann vor dem Vereinshaus Deutscher Apotheker, 1932 (PW)	75
Abb. 30: Hageda-Filiale Frankfurt am Main, genutzt ab 1912 (FK).....	76
Abb. 31: Hageda-Filiale Essen, genutzt ab 1916 (FK)	77
Abb. 32: Hageda-Kreuz mit Schale und Schlange 1920 (Huwer, [2006]).....	80
Abb. 33: Salzmann am 14. Juli 1938 (PE).....	83
Abb. 34: DAV-Vorstand 1929: Büsch, König, Sparrer, Salzmann, Wartenberg, Schwarz (PW)	168
Abb. 35: Verdienstkreuz für Kriegshilfe, 24. August 1918 (PE 53)	177
Abb. 36: Heinrich Salzmann 1924 Ölgemälde von Julius Kraut (Deutsches Apotheken-Museum Heidelberg)	182
Abb. 37: Salzmann-Stiftung deutscher Apotheker 1925/1926 (LB 3)	184
Abb. 38: Arier-Nachweis der Eheleute Dr. Heinrich und Bertha Salzmann, 5. Januar 1935 (PE 56)....	195
Abb. 39: Das Ehepaar Bertha und Heinrich Salzmann 1938 (PE)	198
Abb. 40: Villa der Familie Salzmann in Berlin, Westfälische Straße 16 (PE).....	199
Abb. 41: Ehepaar Bertha und Heinrich Salzmann 1942 (PE).....	200
Abb. 42: Sterbeurkunde Heinrich Salzmanns vom 29. Juni 1945 (PE, 64; PE 51)	204
Abb. 43: Todesanzeige (PW 52)	205
Abb. 44: Totenzettel, 3. Juli 1945 (PW 53)	205
Abb. 45: Der 90. Geburtstag von Bertha Salzmann am 28. Oktober 1968 in Bad Ditzgenbach (PE)....	213
Abb. 46: Grab des Ehepaares Salzmann, Lambertus-Friedhof in Castrop-Rauxel (Foto Grebe, 2011) ...	214

7.2. Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungen von Zeitschriften und Buchreihen

AHZ	Allgemeine Homöopathische Zeitung
Arch. Pharmaz.	Archiv der Pharmazie
AZ	Apotheker-Zeitung
DAZ	Deutsche Apotheker-Zeitung
DHM	Deutsche Homöopathische Monatsschrift
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DMZ	Deutsche Militärärztliche Zeitschrift
JW	Juristische Wochenschrift
NDB	Neue Deutsche Biographie
ÖAZ	Österreichische Apotheker-Zeitung
PC	Pharmaceutische Centralhalle
PW	Pharmaceutische Wochenschrift
PZ	Pharmazeutische Zeitung
QStGPh	Quellen und Studien zur Geschichte der Pharmazie
SAZ	Schweizerische Apotheker-Zeitung
Süddt. AZ	Süddeutsche Apotheker-Zeitung

7.3. Literaturverzeichnis

7.3.1. Primärliteratur

Archivalische Quellen

Firmenarchive (Abkürzung: F)

FE Eschborn: ABDA, Carl-Mannich-Straße 26

1. Protokoll der außerordentlichen Hauptversammlung in Berlin am 13. April 1910
2. Protokoll der Vorbesprechung zur 44. Hauptversammlung in Berlin am 20. August 1918
3. Satzung der Salzmann-Stiftung Deutscher Apotheker vom 1. September 1949
4. Beschlüsse der ABDA-Sitzung in Bonn am 17. und 18. November 1950
5. Akte Salzmann-Stiftung 1. Januar 1953-31. Dezember 1958
6. Testament von Paul Runge 1953
7. Meyer, Hans: Schreiben vom 25. Januar 1958 an das Kuratorium
8. Schriftverkehr mit den Antragstellern von 1981 bis 1990

FF Frankfurt am Main: Degussa, Weißfrauenstraße 9

1. Vita¹ Adolf Rüdiger (1853–1923)

FK Köln: Hageda Aktiengesellschaft, Rodenkirchen, Kirschbaumweg 23

1. Salzmann, Heinrich: Unveröffentlichte Notizen von 1902 bis 1922.
Diese sind handgeschriebene stichwortartige, chronologisch geordnete, nicht paginierte Aufzeichnungen und befassen sich ausschließlich mit der Hageda von 1902-1921. Zur besseren Übersichtlichkeit wurden die 58 DIN-A-4 Seiten des Manuskripts in 116 Blatthälften in Analogie zu der Dissertation: Wüllrich, Susanne: Geschichte der Hageda als standeseigener Großhandel der Apotheker. Nat. wiss. Diss. Marburg 1987 unterteilt.

FL Laudenbach: Detia-Freyberg, Dr.-Werner-Freyberg-Straße 11

1. Vita Ernst Freyberg (1861–1925)

GSTA PK siehe Staatsarchive

Kirchenarchive (Abkürzung: K)

¹ Unter ‚Vita‘ sind hier mehr oder minder ausführliche biographische Angaben zu der jeweils genannten Person zu verstehen.

KB Brauweiler: Katholische Kirchengemeinde, Bahnhofstraße 5

1. Traubescheinigung vom 14. September 1847 der Eltern Salzmanns, Dr. Heinrich Johannes Salzmann (1810–1877) und Therese Sybilla Wilhelmine Dahmen (1820–1908)

KC Castrop: Katholische Kirchengemeinde St. Lambertus, Lambertusplatz 17

1. Schreiben vom 1. September 1999 an Heinrich Salzmann (*1939)

KE Esens: Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde, Graf-Edzard-Straße 9

1. Vita Diedrich Johannsen (1849–1931)

KH Hamm: Katholisches Pfarramt Sankt Agnes, Nordenwall 27

1. Trauregisterauszug Reg-Nr. 64/19/1901: Dr. Heinrich und Bertha Salzmann

KL Lübbecke: Katholische Kirchengemeinde St. Johannes Baptist, Niederwall 14

1. Vita Theodor August Clemens Becker (1873–1956)

2. Taufregister 1878 Taufurkunde von Maria Klementine Bertha Becker

KM Münster: Bischöfliches Generalvikariat, Bistumsarchiv, Georgskommende 19

1. Sterbeurkunde Adolf August Salzmanns (ca. 1770–1845)

KMü Münster: Katholische Pfarre Liebfrauen, Überwasserkirchplatz 7

1. Geburts- und Taufbescheinigung Salzmanns vom 10. bzw. 12. Januar 1859

KN Nottuln: Katholische Kirchengemeinde St. Martin, Kirchplatz 7

1. Traubescheinigung der Großeltern Salzmanns väterlicherseits vom 11. Oktober 1809

2. Sterbeurkunde von Anna Margareta, geb. Heyermann vom 10. Juni 1857

KP Paderborn: Erzbischöfliches Generalvikariat, Domplatz 3

1. Vita Peter Berens (1861–1935)

Landesarchive (Abkürzung: L)

LB Berlin: Eichborndamm 115–121

Berliner Gesundheitsverwaltung B Rep. 012, Nr. 718

1. Gesundheitsaufsicht von 1919 bis 1962 der Ranke-Apotheke, Berlin

Pr. Br. Rep. 030 Tit. 122 Nr. 17704

2. Sonderdruck: AZ 22 (1907), 233, 241, 253, 261

3. Akten des Polizeipräsidiums zu Berlin betreffend die Salzmann-Stiftung

4. Salzmann, Heinrich: Schreiben vom 3. April 1925 an das Polizeipräsidium

5. Handelsüberwachungsstelle: Schreiben vom 16. April 1925 an das Polizeipräsidium

6. Polizeipräsident: Schreiben vom 18. April 1925 an die Handelsüberwachungsstelle

7. Handelsüberwachungsstelle: Schreiben vom 22. April 1925 an das Polizeipräsidium

8. Aktennotiz vom 20. Mai 1925 des Polizeipräsidiums Berlin betr. Salzmann-Stiftung

9. Salzmann, Heinrich: Schreiben vom 6. Juli 1925 an das Polizeipräsidium

10. Polizeipräsident: Schreiben vom 16. Juli 1925 an die Handelsüberwachungsstelle

11. Polizeipräsident: Schreiben vom 3. August 1926 an Salzmann

12. Polizeipräsident: Schreiben vom 22. August 1926 an Salzmann

13. Polizeipräsident: Schreiben vom 22. August 1926 an den Minister für Volkswohlfahrt
Der Senator für Gesundheitswesen. IV A–5361/271
14. Amtliche Vorgänge der Ranke-Apotheke von 1919 bis 1964
15. Kriegsbesichtigungsprotokoll vom 7. August 1919 der Ranke-Apotheke
16. Besichtigungsprotokoll vom 18. Juli 1923 der Ranke-Apotheke
17. Salzmann, Heinrich: Brief vom 16. Juni 1938 an den Polizeipräsidenten
18. Voerckel, Rudolf: Brief vom 1. März 1944 an den Amtsarzt in Wilmersdorf
19. Schreiben des Gesundheitsamtes Wilmersdorf vom 6. März 1944 an Rudolf Voerckel
20. Voerckel, Rudolf: Brief vom 27. Mai 1944 an den Amtsarzt, Wilmersdorf
21. Voerckel, Rudolf: Brief vom 2. Oktober 1945 an das Gesundheitsamt Charlottenburg
22. Gesundheitsamt Charlottenburg am 11. August 1949 an das Landesgesundheitsamt Berlin
23. Voerckel, Rudolf: Brief vom 12. August 1949 an das Gesundheitsamt Charlottenburg
24. Gesundheitsamt von Groß-Berlin am 13. August 1949 an das Landesgesundheitsamt
25. Gesundheitsamt Charlottenburg am 13. August 1949 an das Landesgesundheitsamt Berlin
26. Voerckel, Rudolf: Antrag vom 10. Oktober 1949 an das Landesgesundheitsamt Berlin
27. Übergabe der Verpachtungsberechtigung der Ranke Apotheke an Joachim Bethke
28. Notarieller Antrag zur Übergabe der Ranke-Apotheke vom 19. Dezember 1957

LBr Brühl: Schlossstraße 10–12

1. Heiratsurkunde vom 7. April 1801 von Wilhelm und Maria Sibille Henriette Dahmen
2. Sterbeurkunde vom 5. Juli 1848 von Maria Sibille Henriette Dahmen, geb. Besen
3. Sterbeurkunde vom 11. Januar 1862 von Johannes Mathias Wilhelm Dahmen
4. Sterbeurkunde vom 12. Januar 1911 von Hermann Johann Lewandowski

LM Münster: Bohlweg 2

1. Vita Heinrich Friedrich Arens (1814–1880)

Museumsarchive (Abkürzung: M)

MM München: Deutsches Museum, Museumsinsel 1

1. Bestand Firmenschriften: Druckschriften der Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker
2. Vita Theodor Maria König (1862–1946)

Privatarchive (Abkürzung: P)

PB Berlin: Bethke, Joachim, Biberacher Weg 3

1. Die Eintragung ins Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg vom 31. Mai 1960
2. Kaufvertrag der Ranke-Apotheke vom 1. Mai 1982 zwischen dem Verkäufer Joachim Bethke und dem Erwerber Helmut Schibath

PBo Füssen: Boeckh, Jürgen, Aggensteinweg 21

1. Stammbuch der von Nordlingen stammenden Familie Boeckh

PBr Meckenheim-Merl: Bracht, Sybille, Lärchenweg 3

1. Vita Max Tofahrn (1889–1959)

PC Köln: Cieslewicz, Hildegard, Myliusstraße 11

1. Vita Bruno Cieslewicz (1890–1959)

PE Bad Ditzgenbach: Eisert, Dr. med. Herbert und Karola, geb. Salzmann; Eisert, Dr. iur. Joachim Heribert, Kapellenweg 7

1. Vita Joannes Esser (?–1685)
2. Vita Adolf August Salzmann (ca. 1770–1845)
3. Vita Johannes Wilhelm Dahmen (1771–1862)
4. Vita Maria Sybille Dahmen (1781–1848)
5. Vita Anna Margareta Salzmann (1789–1857)
6. Vita Magdalene Franziska Becker (1801–1873)
7. Vita Theodor Anton Heinrich Becker (1801–1884)
8. Vita Heinrich Johannes Salzmann (1810–1877)
9. Vita Karl Anton Ziegler (1814–1883)
10. Vita Therese Sybilla Salzmann (1820–1908)
11. Vita Auguste Ziegler (1821–1884)
12. Vita Clemens Anton Mathias Becker (1834–1912)
13. Vita Maria Becker, geb. Ziegler (1850–1927)
14. Vita Ferdinand Salzmann (1850–1919)
15. Vita Carl Salzmann (1854–1934)
16. Vita Adolf Salzmann (1856–1938)
17. Geburts- und Taufbescheinigung Salzmanns vom 10. bzw. 12. Januar 1859
18. Vita Sophie Salzmann (1863–1923)
19. Brief Heinrich Salzmanns (1810–1877) vom 18. September 1863 an seine Frau Therese
20. Vita Theodor August Clemens Becker (1873–1956)
21. Abgangszeugnis Salzmanns von der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin W.S. 1881/82
22. Approbationsurkunde Salzmanns vom 5. Dezember 1882
23. Vita Bernhard Salzmann (1886–1959)
24. Salzmann, Heinrich: Tagebuch vom 4. April 1883 bis 23. Juni 1895
25. Auftragsbestätigung für Reagenzien der Firma Dr. Carl Richter vom 2. Juni 1887
26. Postkarte der Firma Dr. Carl Richter an Salzmann vom 24. Juli 1887
27. Postkarte der Firma Trommsdorff an Salzmann vom 21. August 1887
28. Salzmann, Heinrich: Brief an Willgerodt vom 1. November 1887
29. Salzmann, Heinrich: Handgeschriebener Lebenslauf vom 4. Februar 1888
30. Gesuch Salzmanns zur Promotion an die Universität Freiburg vom 4. Februar 1888
31. Doktordiplom Salzmanns vom 6. März 1889
32. Nahrungsmittelchemikerzeugnis, 16. Mai 1895
33. Zeugnis der Verleihung der Kaiser-Wilhelm-Erinnerungs-Medaille, 22. März 1897
34. Zeugnis der Verleihung des Königlichen Kronen-Ordens vierter Klasse, 18. Januar 1898
35. Betriebserlaubnis für die Ranke-Apotheke vom 16. März 1900
36. Salzmann, Heinrich: Brief an Erich Wernicke vom 25. Mai 1901
37. Vita Carl Norbert Wenzel Keimer (1901–1966)
38. Zeugnis der Verleihung der Chinamedaille, 24. Oktober 1901
39. Vita Heinrich Clemens Erich Salzmann (1902–1950)
40. Vita Clemens Salzmann (1903–1995)
41. Wernicke, Erich: Brief an Salzmann vom 31. März 1903
42. Vita Ruth Salzmann (1905–1986)
43. Vita Maria Theresia Antonia Keimer, geb. Salzmann (1906–1998)

44. Salzmänn, Heinrich: Brief an Erich Wernicke vom 25. März 1906
45. Salzmänn, Heinrich: Brief an Erich Wernicke vom 29. Februar 1909
46. Verleihungsurkunde des Roten Adlerordens IV Klasse, 25. August 1909
47. Vita Otto Salzmänn (1910–1997)
48. Vita Hildegard Auguste Maria Ernst, geb. Salzmänn (1912–2005)
49. Vita Annette Salzmänn (1914–2008)
50. Vita Elisabeth Maria Therese Salzmänn (1914–1978)
51. Vita Herbert Siegfried Hans Ernst Eisert (1917–2002)
52. Vita Carola Eva Johanna Maria Eisert, geb. Salzmänn (1918–2003)
53. Verdienstkreuz für Kriegshilfe, 24. August 1918
54. Salzmänn, Heinrich: Lebenslauf seiner Mutter Therese Salzmänn, verfasst nach 1923
55. Schulte, Aloys: Brief an Heinrich Salzmänn vom 13. Mai 1935
56. Arier-Nachweis von Bertha und Dr. Heinrich Salzmänn
57. Vita Heinrich Clemens Paul Salzmänn (*1936)
58. Salzmänn, Heinrich: Lebenslauf, geschrieben am 13. März 1939
59. Salzmänn, Heinrich: Brief an seine Tochter Ruth vom 6. Juli 1939
60. Salzmänn, Heinrich: Karte an seinen Sohn Heinrich vom 18. Oktober 1943
61. Salzmänn, Heinrich: Karte an seinen Sohn Heinrich vom 19. Oktober 1943
62. Salzmänn, Heinrich: Karte an seinen Neffen Bernhard Salzmänn vom 3. Dezember 1943
63. Salzmänn, Heinrich: Karte an seinen Neffen Bernhard Salzmänn vom 6. Dezember 1943
64. Sterbeurkunde Salzmanns, 29. Juni 1945
65. Salzmänn, Heinrich jun.: Biographie Adolf August Salzmanns (Abfassungsdatum ist unbekannt)
66. Salzmänn, Heinrich jun.: Biographie des Vaters. Geschrieben 1946
67. Vita Joachim Heribert Eisert (*1958)
68. St. Lambertus, Castrop-Rauxel: Brief an Heinrich C. Salzmänn vom 1. September 1999
69. Friedhofsgärtner, Dortmund: Brief an Heinrich C. Salzmänn vom 15. Oktober 1999

PK Nottuln: Kalefeld, Sybille, geb. Tofahrn, Sepp-Herberger-Straße 7

1. Vita Max Tofahrn (1889–1959)

PKa Weissenburg: Kayser, Rolf, Wülzburgerweg 13

1. Lesmüller, Max: Brief an Eduard Kayser vom 25. Januar 1949

PJ Horstmar: Janssen, Inga, Hirsch-Apotheke, Bahnhofstraße 9

1. Vita Alexander Sigismund Feldhaus (1822–1895)

PL Bern: Ledermann, Prof. Dr. François, Bühlstraße 26

1. Vita Edouard Heckel (1843–1916)
2. Salzmänn, Heinrich: Brief an Wilhelm Oswald Alexander Tschirch vom 14. August 1907
3. Salzmänn, Heinrich: Brief an Tschirch vom 8. August 1927
4. Salzmänn, Heinrich: Brief an Tschirch vom 25. Juni 1928
5. Salzmänn, Heinrich: Brief an das Kuratorium der Flückiger-Stiftung vom 19. März 1930
6. Salzmänn, Heinrich: Brief an das Kuratorium der Flückiger-Stiftung vom 30. Mai 1931
7. Salzmänn, Heinrich: Brief an das Kuratorium der Flückiger-Stiftung vom 15. Juli 1937

PO Stuttgart-Bad Cannstatt: Obermiller, Dr. Caspar, König-Karl-Straße 34

1. Vita Gustav Obermiller (1872–1920)

PSc Goslar: Schaper, Ursula, Windmühlenweg 36, Goslar

1. Vita Ernst Freyberg (1861–1925)

PW Borchten: Wandt, Sabine, An den Steinkisten 19

1. Vierteljahresschrift für praktische Pharmazie 1904 in Heftform
2. Becker, Clemens: Brief an Heinrich Salzmänn vom 21. November 1901
3. Becker, Maria: Brief an Heinrich Salzmänn vom 6. Januar 1906
4. Becker, Clemens: Brief an Heinrich Salzmänn vom 6. Januar 1906
5. Becker, Clemens: Brief an Heinrich Salzmänn vom 16. Januar 1906
6. Becker, Maria: Brief an Bertha und Heinrich Salzmänn vom 16. Januar 1906
7. Becker, Clemens: Brief an seine Tochter Bertha Salzmänn vom 17. April 1906
8. Salzmänn, Sophie: Brief an ihren Bruder Heinrich vom 20. Februar 1908
9. Salzmänn, Sophie: Telegramm betr. Tod der Mutter an Salzmänn vom 22. Februar 1908
10. Salzmänn, Carl: Brief an seinen Bruder Heinrich vom 24. Februar 1908
11. Salzmänn, Sophie: Brief an ihren Bruder Heinrich vom 29. Februar 1908
12. Tischordnung zur Einweihungsfeier des Vereinshauses Deutscher Apotheker, 1909
13. Wernicke, Erich: Brief an Salzmänn vom 21. September 1916
14. Wernicke, Erich: Brief an Salzmänn vom 3. Oktober 1916
15. Ernennung zum Ehrenmitglied des Österr. Allg. Apothekervereins vom 26. Oktober 1916
16. Becker, Maria: Brief an ihren Schwiegersohn Heinrich Salzmänn vom 26. März 1920
17. Salzmänn, Heinrich jun.: Gedicht, vermutlich vom 7. September 1927
18. Erinnerungsblatt an die 50. Hauptversammlung des DAV in Görlitz, September 1924
19. Salzmänn, Heinrich jun.: Biographie seines Großvaters Clemens Becker, ca. 1932
20. Salzmänn, Heinrich: Brief an seine Tochter Ruth vom 6. Juli 1939
21. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an seine Frau Lilo vom 26. Mai 1941
22. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an seine Cousine Dorothee Cordes vom 16. April 1942
23. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an seinen Freund Walter (?) vom 7. Mai 1943
24. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an Elisabeth Bannes vom 7. Juli 1943
25. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an Hede Lejeune vom 25. Juli 1943
26. Salzmänn, Heinrich: Karte an seinen Sohn Heinrich vom 18. Oktober 1943
27. Salzmänn, Heinrich: Karte an seinen Sohn Heinrich vom 19. Oktober 1943
28. Salzmänn, Heinrich: Karte an seinen Neffen Bernhard Salzmänn vom 3. Dezember 1943
29. Salzmänn, Heinrich: Karte an seinen Neffen Bernhard Salzmänn vom 6. Dezember 1943
30. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an seinen Freund Walter (?) vom 12. März 1944
31. Salzmänn, Heinrich und Bertha: Brief an ihren Sohn Heinrich vom 21. März 1944
32. Salzmänn, Heinrich: Brief an seinen Sohn Heinrich vom 21. Mai 1944
33. Salzmänn, Heinrich: Karte an seinen Sohn Heinrich vom 1. Juni 1944
34. Salzmänn, Heinrich: Karte an seinen Sohn Heinrich vom 19. August 1944
35. Salzmänn, Heinrich: Karte an seinen Sohn Heinrich vom 31. August 1944
36. Salzmänn, Heinrich: Brief an seinen Sohn Heinrich vom 8. September 1944
37. Salzmänn, Heinrich: Brief an seinen Sohn Heinrich vom 18. September 1944
38. Salzmänn, Heinrich: Brief an seinen Sohn Heinrich vom 31. Dezember 1944
39. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an seine Schwester Carla vom 3. Januar 1945
40. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an seinen Vater vom 4. Januar 1945
41. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an seine Frau Lilo vom 8. Januar 1945
42. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an seine Mutter vom 9. Januar 1945
43. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an seine Frau Lilo vom 9. Januar 1945
44. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an seinen Vater vom 17. Januar 1945
45. Salzmänn, Heinrich: Karte an seinen Sohn Heinrich vom 19. Februar 1945
46. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an seinen Vater vom 21. März 1945
47. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an seine Schwester Carla vom 28. März 1945
48. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an seine Schwägerin Lena Ziesché vom 28. März 1945
49. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an seine Schwester Ruth vom 13. Juni 1945
50. Salzmänn, Heinrich jun.: Brief an seine Eltern und Geschwister vom 19. Juni 1945

51. Sterbeurkunde Salzmanns, 29. Juni 1945
52. Todesanzeige
53. Totenzettel, 3. Juli 1945
54. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seine Schwester Carla vom 13. August 1945
55. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an Filialleiter Eberhard Hilger vom 1. Oktober 1945
56. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seine Mutter vom 15. Oktober 1945
57. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seine Schwester Ruth vom 4. November 1945
58. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an Dorothee Reuss vom 20. November 1945
59. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seine Schwester Ruth vom 4. Dezember 1945
60. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seine Cousine Marietta Cordes vom 19. April 1946
61. Wachsmuth-Melm, Carl: Brief an Heinrich Salzmann jun. vom 8. Mai 1946
62. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seinen Bruder Otto vom 23. Mai 1946
63. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seine Mutter vom 27. Mai 1946
64. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seine Mutter vom 10. Juni 1946
65. Wachsmuth-Melm, Carl: Brief an Heinrich Salzmann jun. vom 17. Juni 1946
66. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an Annette Salzmann vom 23. Juni 1946
67. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seine Mutter vom 1. Juli 1946
68. Wachsmuth-Melm, Carl : Brief an Heinrich Salzmann jun. vom 3. Juli 1946
69. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seine Mutter vom 8. Juli 1946
70. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seine Schwester Maria vom 13. Juli 1946
71. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seinen Bruder Otto vom 3. August 1946
72. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seine Mutter vom 9. September 1946
73. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seine Schwester Carla vom 7. November 1946
74. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seine Schwester Maria vom 7. November 1946
75. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seinen Vetter Bernhard vom 23. November 1946
76. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seine Mutter vom 19. Dezember 1946
77. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seinen Bruder Otto vom 23. Januar 1947
78. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seinen Bruder Otto vom 16. Februar 1947
79. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seinen Bruder Clemens vom 27. April 1947
80. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seine Mutter vom 18. Mai 1947
81. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seinen Schwager Herbert Eisert vom 30. Mai 1947
82. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seinen Bruder Otto vom 13. November 1947
83. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seinen Freund Friedrich Molsen vom 8. Juli 1948
84. Salzmann, Heinrich jun. : Brief an seine Mutter vom 8. Juli 1948
85. Meyer, Hans: Brief an Heinrich Salzmann jun. vom 19. November 1948
86. Salzmann, Bernhard: Aktennotiz vom 2. Dezember 1948
87. Apotheker-Verein, Berlin: Brief an die Britische Militärregierung vom 5. Januar 1949
88. Hageda: Brief an die Britische Militärregierung Berlin vom 5. Januar 1949
89. Gesundheitsamt Berlin: Brief an die Britische Militärregierung vom 5. Januar 1949
90. Einladung zur Gedenkfeier für Dr. Heinrich Salzmann am 9. Januar 1949 in Hamm
91. Programm zur Gedenkfeier für Dr. Heinrich Salzmann am 9. Januar 1949 in Hamm
92. Salzmann, Bernhard: Brief an Heinrich Salzmann jun. vom 11. Januar 1949
93. Hageda: Schreiben an Liselotte Salzmann vom 18. Januar 1951
94. Amtsgericht Berlin: Handelsregistereintragung, Ranke-Apotheke vom 31. Mai 1960
95. Vita Elisabeth Maria Pulcheria Bannes, geb. Foltmann (1880–1964)
96. Vita Elisabeth-Charlotte Salzmann (1913–2002)
97. Vita Eberhard Heinrich Wandt (*1939)
98. Vita Martha Maria Sabine Wandt (* 1942)

PW-M Detmold: Wachsmuth-Melm, Dr. Christian, Bandelstraße 36
 1. Vita Carl Wachsmuth-Melm (1896–1970)

PW-S Stuttgart: Wöhrn-Schwarz, Barbara, Rotebühlstraße 80
1. Vita Dr. Otto Schwarz (1870–1945)

Staatsarchive (Abkürzung: STA)

STAA Aurich: Niedersächsisches Staatsarchiv, Oldersumer Straße 50
1. Vita Ommo Janssen Ommen (1830–1890)

GSTA PK Berlin: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Archivstraße 12–14

I. HA. Rep. 89, Geh. Zivilkabinett, jüngere Periode, Nr. 2455

1. Salzmann, Heinrich: Telegramm an Kaiser Wilhelm II. vom 22. August 1918
II. HA. Rep. 191, Nr. 3471
2. Bestellung Dr. Anselminos zum Kaiserlichen Regierungsrat und Mitglied des Gesundheitsamts 1914
3. Salzmann, Heinrich: Schreiben bezüglich Regelung der Wohlfahrtspflege. Geldsammlung 1915–1917. Briefe vom 25. August, 1. September, 28. Oktober 1915, 7. April, 13. Juni, 19. Juni, 22. Juni 1916, 30. April 1917 an das Königliche Polizeipräsidium, Berlin, sowie Schreiben des Polizeipräsidenten, Berlin vom 4. September, 23. Oktober, 1. November, 9. November 1915 an den DAV
4. Polizeipräsident Berlin: Schreiben an den DAV, 4. September 1915
5. Polizeipräsident Berlin: Schreiben an den DAV, 23. Oktober 1915
6. Polizeipräsident Berlin: Schreiben an den DAV, 1. November 1915
7. Polizeipräsident Berlin: Schreiben an den DAV, 9. November 1915
Pr. Br. Rep. I (N.F.), No 43
8. Kleist, Hugo: Schreiben an Dr. Heinrich von Achenbach, Staatsminister, 3. Juni 1899
9. Wolff, Richard: Schreiben an Dr. Heinrich von Achenbach, 6. Juni 1899
10. Achenbach, Heinrich von: Schreiben an Richard Wolff und Hugo Kleist, 14. Juni 1899
11. Wolff, Richard: Schreiben an das Oberpräsidium Brandenburg, 8. August 1899
12. Regierungspräsident Potsdam: Schreiben an den Oberpräsidenten Brandenburgs, 8. September 1899, und Schreiben des Landrates des Kreises Teltow an den Regierungspräsidenten Potsdam, 27. Oktober 1899
13. Polizeipräsident Berlin: Schreiben an den Oberpräsidenten Brandenburgs in Potsdam, 21. November 1899
14. Erhebung betr. Apothekendichte des Polizei-Direktors, 13. November 1899
15. Oberpräsident Brandenburg: Schreiben an den Regierungspräsidenten in Potsdam, 4. Dezember 1899
16. Wolff, Richard: Schreiben an das Oberpräsidium Brandenburg in Potsdam, 5. Januar 1900
17. Oberpräsident Brandenburg: Erstes Schreiben an Richard Wolff, 11. Januar 1900
18. Oberpräsident Brandenburg: Zweites Schreiben an Richard Wolff, 11. Januar 1900
19. Kleist, Hugo: Schreiben an das Oberpräsidium Brandenburg in Potsdam, 20. Januar 1900
20. Verzeichnis der Bewerber um die Konzession für die neu zu errichtende Apotheke in Deutsch-Wilmersdorf der Monate Januar und Februar 1900
21. Eilers, Friedrich: Immediateingabe des Apothekers aus Heegermühle bei Eberswalde an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Berlin, 17. Februar 1900
22. Königlicher Regierungspräsident zu Potsdam: Schreiben an den Oberpräsidenten Brandenburgs in Potsdam, 27. Februar 1900

23. Genehmigung vom 16. März 1900 zum Betreiben einer Apotheke für den Apotheker Dr. Heinrich Salzmann
24. Oberpräsident Brandenburg: Schreiben an den Regierungspräsidenten in Potsdam, 16. März 1900
25. Konzessionsschreiben zum Betreiben einer Apotheke für den Apotheker Dr. Heinrich Salzmann, 16. März 1900
26. Königlicher Regierungspräsident zu Potsdam: Schreiben an den Oberpräsidenten Brandenburg zu Potsdam betr. Betreiben einer Apotheke, 5. April 1900
27. Oberpräsident Brandenburgs zu Potsdam: Schreiben an den Polizeipräsidenten Berlin betr. Betreiben einer Apotheke, 11. April 1900
28. Oberpräsident Brandenburgs zu Potsdam: Schreiben an den Polizei-Präsidenten Berlin betr. Betreiben einer Apotheke, 27. April 1900
29. Genehmigung der Wohnungsnahme außerhalb des Apothekengebäudes für Dr. Heinrich Salzmann, 4. Oktober 1900
30. Königlicher Regierungspräsident: Schreiben an den Oberpräsidenten Brandenburgs zu Potsdam, 21. Januar 1901
31. Verhandlung des Reichstags betr. Apothekenberechtigung, 5. Februar 1908
32. Juckenack, Adolf: Schreiben an Heinrich Salzmann, 28. Februar 1926
Rep. 76 VIII B, Nr. 48
33. Verordnung über die Bildung eines Landesgesundheitsrates für Preußen, 1. Mai 1921
34. Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt: Dankeschreiben an die Mitglieder des ersten preußischen Landesgesundheitsrates, 30. Mai 1926
Rep. 76 VIII B, Nr. 1053
35. Regierungspräsident von Düsseldorf: Antrag auf Verleihung des Roten Adler-Ordens vierter Klasse an den Apothekenbesitzer Alexander Stöcker aus Elberfeld, Stadtkreis Elberfeld, Regierungsbezirk Düsseldorf, 15. August 1906
Rep. 76 VIII B, No 1054
36. Antrag auf Verleihung des Roten Adlerordens vierter Klasse, 9. August 1909, erste Ausfertigung.
37. Antrag auf Verleihung des Roten Adlerordens vierter Klasse, 9. August 1909, zweite Ausfertigung
38. Polizeipräsident Berlin: Schreiben an den Minister der geistlichen, Unterrichts-und Medizinal-Angelegenheiten, 9. August 1909
39. Genehmigung der Anträge für Salzmann und Calliess bezüglich der Verleihung des Roten Adler-Ordens vierter Klasse durch den Minister der geistlichen, Unterrichts-und Medizinal-Angelegenheiten, 10. August 1909
40. Besitzurkunden des Roten Adler-Ordens vierter Klasse für Salzmann und Calliess, 11. August 1909
41. Zeugnis der Verleihung des Roten Adler-Ordens vierter Klasse, 25. August 1909
42. Anschreiben der Generalordenskommission betr. Übersendung der Besitzurkunde des Roten Adler-Ordens, 23. September 1909
Rep. 76 VIII B, Nr. 1055
43. Salzmann, Heinrich: Ausstellung von Unabkömmlichkeitsbescheinigungen für Apotheker vom 8. Mai 1915, 6. Januar 1916, 27. November 1916, 4. Dezember 1916, 8. Juni 1918 an den Minister des Innern; vom 18. Mai 1915 an den Regierungs- und Polizeipräsidenten in Berlin; vom 22. Juli 1915 an sämtliche Königlichen stellvertretenden Generalkommandos (außer XVIII. Armeekorps); vom 14. August 1915, 5. Januar 1916, 19. Januar 1916, 17. Februar 1916, 18. September 1916, 27. November 1916, 5. Juni 1918 an das Kriegsministerium
Rep. 76 VIII B, Nr. 1056
44. Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins, 5. September 1907

45. Salzmann, Heinrich: Brief an Louis Lewin, 26. März 1910
46. Verband deutscher Apotheker: Schreiben an den Senat zu Lübeck, 22. Februar 1923
47. Genehmigungsurkunde des Preußischen Staatsministeriums für die Satzungen des Deutschen Apotheker-Vereins, 29. Januar 1924
48. Genehmigungsurkunde des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin für die Satzungen des Deutschen Apotheker-Vereins, 27. Februar 1924
49. Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins vom 15. September 1923 in der Fassung des I. Nachtrages vom 24. Februar 1926
50. Preußischer Innenminister: Brief an den Preußischen Minister für Volkswohlfahrt, 17. November 1925
51. Tarifvertrag der Tarifgemeinschaft deutscher Apotheker nebst den Satzungen der Zuschusskasse sowie der Geschäftsordnung für die Ausschüsse der Tarifgemeinschaft deutscher Apotheker, 3. November 1920
52. Satzungen der Zuschusskasse, 15. November 1921
53. Salzmann, Heinrich: Schreiben an das Volkswohlfahrtsministerium, 18. März 1922
54. Verband deutscher Apotheker: Brief an das Reichsinnenministerium, 17. Oktober 1922
55. Tarifvertrag der Tarifvertragsgemeinschaft deutscher Apotheker, 10. März 1925
56. Verband deutscher Apotheker: Schreiben an den Senat zu Lübeck, 22. Februar 1923
57. Salzmann, Heinrich: Brief an das Preußische Volkswohlfahrtsministerium, 21. Juli 1923
58. Abkommen zwischen dem Deutschen Apotheker-Verein und dem Tarifverband Deutscher Apotheker mit Genehmigung durch das Reichsarbeitsministerium, 27. Juli 1923
59. Gehaltsfestsetzung für Juli–September 1923 des Reichsarbeitsministeriums, 25. August 1923
60. Salzmann, Heinrich: Brief an das Reichsarbeitsministerium, 11. September 1923
61. Bittbriefe aus dem Jahr 1925 von Apothekern an das Preußische Wohlfahrtsministerium
62. Tarifvertrag der Tarifvertragsgemeinschaft deutscher Apotheker, 9. Februar 1924
63. Salzmann, Heinrich: Schreiben an den Volkswohlfahrtsminister, 17. März 1924
64. Salzmann, Heinrich: Handschriftlicher Zusatzeintrag vom 25. April 1924 auf seinem eigenen Brief, den er am 1. April 1924 an das Preußische Volkswohlfahrtsministerium geschickt hatte und der dort mit dem Eingangsstempel 2. April 24 versehen worden war
65. Juckenack, Adolf: Glückwunschschreiben des Volkswohlfahrtministers an Salzmann zu dessen 50jährigem Berufsjubiläums, 24. November 1924
66. Tarifvertrag der Tarifvertragsgemeinschaft deutscher Apotheker, 10. März 1925
Rep. 76 VIII B, Nr. 1057
67. Notland- Arbeits- und Notgemeinschaft allein arbeitender Land- und Kleinstadtapotheker: Schreiben an den Reichsminister des Innern, 27. August 1925
68. Thomae, Karl: Brief an das Preußische Wohlfahrtspflegeministerium, 15. September 1925
69. Thomae, Karl: Brief an das Städtische Wohlfahrtsamt Wiesbaden, 8. August 1925
70. Verband der Apotheker Wiesbadens: Schreiben an Dr. Carl Thomae, 2. Oktober 1925
71. Preußisches Volkswohlfahrtsministerium: Schreiben an Dr. Thomae, 19. November 1925
72. Salzmann, Heinrich: Schreiben an das Volkswohlfahrtsministerium, 21. Dezember 1925
73. Thomae, Karl: Schreiben an das Preußische Volkswohlfahrtsministerium, 2. Januar 1926
74. Minister für Volkswohlfahrt: Schreiben an Dr. Carl Thomae, 5. Februar 1926
75. Juckenack, Adolf: Schreiben an Heinrich Salzmann, 26. Februar 1926
76. Reichsinnenminister Wilhelm Külz: Nachfolgend der Verfügung vom 10. Dezember 1921 über die Abänderung der Amtsbezeichnung angehender Pharmazeuten, 26. Februar 1926
77. Satzungen der Verheiratetenzuschußkasse der Tarifvertragsgemeinschaft deutscher Apotheker vom 3. Juli 1925 mit Genehmigung zum 26. Februar 1926

78. Juckenack, Adolf: Schreiben an Heinrich Salzmann, 28. Februar 1926
79. Salzmann, Heinrich: Schreiben an das Volkswohlfahrtsministerium, 3. Dezember 1926
80. Volkswohlfahrtsministerium: Schreiben an die Sächsische Gesandtschaft in Berlin, 19. Februar 1927
81. Protokoll über die Verhandlung am 2. Februar 1927 im Reichsarbeitsministerium bezüglich des Tarifstreits zwischen dem Deutschen Apotheker-Verein und dem Verband deutscher Apotheker sowie Satzung der Zuschusskasse der Tarifgemeinschaft deutscher Apotheker
82. Weitere Bittbriefe aus dem Jahr 1925 von Apothekern an das Preußische Wohlfahrtsministerium
83. Salzmann, Heinrich: Schreiben an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, 21. Juli 1927
84. Minister für Volkswohlfahrt: Schreiben an den Deutschen Apotheker-Verein, Berlin, 29. August 1927
85. Landesregierung Schaumburg-Lippe: Schreiben an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, 26. Juli 1927
86. Minister für Volkswohlfahrt: Schreiben an die Schaumburg-Lippische Regierung in Bückeburg, 26. Juli 1927
87. Satzung der Zuschusskasse der Tarifvertragsgemeinschaft deutscher Apotheker und Tarifvertrag vom 13. August 1927
88. Reichsarbeitsminister: Brief an den Preußischen Minister für Volkswohlfahrt, 5. September 1927
Rep. 76 VIII B, Nr. 1058
89. Verfügung des Reichsministers der Innern über die Abänderung der Amtsbezeichnung angehender Pharmazeuten vom 10. Dezember 1921
90. Satzung der Zuschusskasse der Tarifvertragsgemeinschaft deutscher Apotheker und Tarifvertrag vom 6. März 1929
Rep. 76 VIII B, Nr. 1307
91. Die Einrichtung, der Betrieb, die Besichtigungen der Apotheken im Regierungsbezirk Potsdam
Rep. 76 Kultusministerium, Sek 2, Tit. 23 LITT.A, Nr. 128
92. Landesanstalt für Wasserhygiene, Berlin: Brief an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vom 11. Februar 1921
93. Ärztekammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin: Brief an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vom 14. Juni 1921
94. Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen, Essen: Brief an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vom 17. Juni 1921
95. Verband der Heilkundigen Deutschlands, Dresden: Brief an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vom 20. Juni 1921
96. Verband der pharmazeutischen Fabriken, Hamburg: Brief an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vom 22. Juni 1921
97. Verband der Preußischen Landkreise, Berlin: Brief an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vom 22. Juni 1921
98. Verband Deutscher Landesversicherungsanstalten, Kassel: Brief an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vom 23. Juni 1921
99. Verband Deutscher Hausfrauenvereine, Schwartau: Brief an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vom 27. Juni 1921
100. Preußischer Städtetag, Berlin: Brief an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vom 28. Juni 1921
101. Verband der Dentisten-Vereine Groß-Berlins und die preußischen Dentisten: Brief an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vom 30. Juni 1921

102. Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin: Brief an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vom 30. Juni 1921
103. Verband der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, Kassel: Brief an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vom 29. Juni 1921
104. Städtische Schulzahnklinik Düsseldorf: Brief an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vom 22. Juni 1921
105. Verband der Preußischen Landkreise, Berlin: Brief an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vom 2. Juli 1921
106. Apotheker-Verein des Besetzten Westens, Mönchengladbach: Brief an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vom 1. Januar 1922
107. Verband Deutscher Apotheker (angestellter Apotheker) des Besetzten Westens, Köln: Brief an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vom 17. März 1922

STAD Darmstadt: Hessisches Staatsarchiv, Karolinenplatz 3

1. Phoebus-Stiftung

STADr Dresden: Sächsisches Staatsarchiv Hauptstaatsarchiv Dresden, Marienallee 12 ()

1. Gehe-Stiftung

STAH Hamburg: Staatsarchiv Hamburg, Kattunbleiche 19

1. Vita Christian Gotthilf Salzmann (1744–1811)

STAM München: Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Schönfeldstraße 5

1. Dr. Heinrich Salzmann und die erste Filiale der Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker in München unter ihrem ersten Leiter Dr. Karl Thaeter

STAMü Münster: Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv, Bohlweg 2

1. Gründungsurkunde der Ahauser Hirsch-Apotheke vom 23. Januar 1788
2. Apotheker-Gehülfen-Prüfung des Apotheker-Lehrlings Salzmann vom 4. Januar 1878
3. Vita Friedrich Salzmann (1851–1942)

Stadtarchive (Abkürzung: StA)

StABa Basel: Martinsgasse 2

1. Vita Erich Peiser (-Langmann) (1886–1951)

StABe Berlin: Breite Straße 30/31

1. Vita Hermann Salzmann (1848–1920)

StABi Bielefeld: Kavalleriestraße 17

1. Vita Christian Gotthilf Salzmann (1744–1811)

StAD Dresden: Elisabeth-Boer-Straße 1

1. Vita Hugo Oswald Brückner (1869–1950)
2. Vita Rudolph Jacob Carl Stephan (1856–1909)

StADui Duisburg: Karmelplatz 5

1. Vita Christian Gotthilf Salzmann (1744–1811)

(Dortige 'Salzmann Straße' nach ihm benannt)

StAE Erfurt: Gotthardtstraße 21

1. Vita Christian Gotthilf Salzmann (1744–1811)
(Dortige 'Salzmann Straße' nach ihm benannt)

StAEs Esslingen: Georg-Christian-von-Kessler-Platz 20

1. Vita Valentin Salzmann (1821–1890)

StAGo Goslar: Zehntstraße 24

1. Vita Julius Berendes (1837–1914)

StAH Hamm: Gustav-Heinemann-Straße 10

1. Heiratsurkunde von Dr. Heinrich und Bertha Salzmann, 1901
2. Salzmann, Bernhard: Aktennotiz vom 2. Dezember 1948 bezüglich Gedenkfeier für Dr. Heinrich Salzmann im Januar 1949

StAHa Hannover: Am Bokemahle 14–16

1. Vita Christian Gotthilf Salzmann (1744–1811)
(Dortige 'Salzmann-Straße' nach ihm benannt)

StAK Kassel: Wildemannsgasse 1

1. Fiedlersches Legat.
2. Heinrich Salzmann (1851–1915)
(Dortige 'Salzmann-Straße' nach dem Fabrikanten benannt)

StALe Leipzig: Torgauer Straße 74

1. Vita Christian Gotthilf Salzmann (1744–1811)
(Dortige 'Salzmann-Straße' nach ihm benannt)

StALü Lüdinghausen: Borg 2

1. Vita Benedikta Kriesel (1889–1973)

StAM Magdeburg: Bei der Hauptwache 4

1. Vita Christian Gotthilf Salzmann (1744–1811)
(Dortige 'Salzmann-Straße' nach ihm benannt)

StAMü München: Winzererstraße 68

1. Vita Joseph Bachmair (1859–1926)
2. Vita Theodor Maria König (1862–1946)
3. Vita Christian Gotthilf Salzmann (1744–1811)
(Dortige 'Salzmann-Straße' nach ihm benannt)
4. Vita Karl Thaeter (1869–1915)

StAMün Münster: An den Speichern 8

1. Jahresbericht über die Gemeindeangelegenheiten des Jahres 1859
2. Vermessungs- und Katasteramt. Materialsammlung zu Straßennamen von A bis Z
3. Vita Sigismund Alexander Feldhaus (1822–1895)
4. Vita Bernhard Salzmann (1886–1959)

StANot Nottuln: Stiftsplatz 7

1. Vita Heinrich Johannes Salzmann (1810–1877)

StASi Siegen: Markt 25

1. Vita Bernhard Salzmänn (1886–1959)

StASt Stuttgart: Bellingweg 21

1. Vita Christian Gotthilf Salzmänn (1744–1811)
(Dortige ‘Salzmänn-Straße’ nach ihm benannt)

StAW Winnenden: Torstraße 10

1. Vita Carl bzw. Karl Thomae (1869–1937)

StAWu Wuppertal: Friedrich-Engels-Allee 89–91

1. Vita Ernst Immanuel Schniewind (1851–1916)
2. Vita Karl Alexander Stöcker (1853–1917)

StAZ Zittau: Franz-Könitzer-Straße 7

1. Vita Hugo Oswald Brückner (1869–1950)

Universitätsarchive (Abkürzung: U)

UBH Berlin: Humboldt-Universität, Unter den Linden

1. Matrikelbuch W.S.1881/82
2. Studienbuch W.S. 1881/82
3. Abgangszeugnis Salzmanns W.S. 1881/82

UBT Berlin: Technische Universität, Fasanenstraße 88

1. Baupläne des Architekten Friedrich Körte (1854–1934)

UBo Bonn: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Am Hof 1

1. Vita Aloys Schulte (1857–1941)

UE Erlangen-Nürnberg: Friedrich-Alexander-Universität, Schuhstraße 1a

1. Promotionsakte von Theodor Maria König (1862–1946)

UF Freiburg: Albert- Ludwigs-Universität, Werthmannstraße 14

1. Claus, Adolf: Gutachten über Salzmanns Dissertation vom 6. Februar 1888
2. Zulassungsurkunde Salzmanns zur mündlichen Promotionsprüfung vom 6. Februar 1888
3. Claus, Adolf: Gutachten über Salzmanns Dissertation vom 17. Februar 1888 gemäß Ersuchen des Dekans Fritz Neumann vom 6. Februar 1888
4. Doktordiplom Heinrich Salzmanns vom 6. März 1889
5. Vita Heinrich Conrad Christoph Willgerodt (1841–1930)

UG Gießen: Justus-Liebig-Universität, Otto-Behaghel-Straße 8

1. Vita Karl Thomae (1869–1937)

UK Köln: Universität zu Köln, Universitätsstraße 33

1. Salzmänn, Heinrich: Der Apotheker. Merkblätter für Berufsberatung der Deutschen Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker. Leipzig 1933

UL Universität Leipzig: Prager Straße 6

1. Vita Carl Lampe (1894–1889)

UM München: Technische Universität, Arcisstraße 21

1. Vita Theodor Maria König (1862–1946)

UMü Münster: Westfälische Wilhelms-Universität, Leonardo-Campus 21

1. Salzmanns Belegbogen der Königlichen Akademie zu Münster vom 7. August 1882

USt Straßburg: Université de Strasbourg, Archives Départementales du Bas-Rhin, 4 rue Blaise Pascal

1. Dossier personnel de Friedrich Flückiger. (Versement de l'Université Strasbourg 103 AL 385. Conseil général du Bas-Rhin

2. Vita Johann Rudolf Salzmann (1574–1656)

(Dortige 'Salzmann-Straße' nach ihm benannt)

Wirtschaftsarchive (Abkürzung: W)

WH Hamburg: Welt-Wirtschafts-Archiv, Neuer Jungfernstieg 21

1. Vorlagen des Vorstandes des Deutschen Apotheker-Vereins von 1903 bis 1929

WK Kiel: Wirtschaftsarchiv des Instituts für Weltwirtschaft, Düsternbrooker Weg 120

1. Vorlagen des Vorstandes des Deutschen Apotheker-Vereins von 1916 bis 1932

Gedruckte Quellen

ADLUNG, Alfred: Der Reichsapothekengesetzentwurf in historischer und statistischer Beleuchtung. In: AZ 42 (1927), 509–514, 528–530, 541, 557–559.

ADLUNG, Alfred: Der Berliner Apotheker-Verein in seiner geschichtlichen Entwicklung. Berlin 1932.

AM ZEHNHOFF, Hugo / KLAUSENER, Erich: Genehmigung der Salzmann-Stiftung. In: AZ 44 (1929), 878.

AZ 9 (1894), 399: Bücherschau. Der Dienst des deutschen Apothekers im Heere und in der Marine von Dr. Salzmann, Korps-Stabsapotheker des Gardekorps. Berlin 1894.

AZ 10 (1895), 657: Dr. Carl Bedall sen. †.

AZ 11 (1896), 547: Brückner, Lampe & Co., Berlin C., Neue Grünstraße 11, Drogen-Handlung. Fabrik chemischer und pharmazeutischer Präparate. Pulverisier- und Schneide-Anstalt, Fabrik ätherischer Oele und Essenzen.

AZ 11 (1896), 872 f.: Das Dispensierrecht der homöopathischen Aerzte in Preussen.

AZ 11 (1897), 7: Dr. Hans Hermann Hager †.

AZ 12 (1897), 541 f.: Kommission zur Bearbeitung eines deutschen homöopathischen Arzneibuches.

AZ 16 (1901), 541: Der Vorstand des Deutschen Apotheker-Vereins. Baetcke, Carl / Bellingrodt, Friedrich / Calliess, Franz / Bedall, Carl / Geyer, Heinrich Ludwig / Jehn, Carl / Vogt, Emil: Deutscher Apotheker-Verein. Deutsches homöopathisches Arzneibuch.

AZ 18 (1903), 637: Der Reichskanzler. Bescheid des Reichsschatzamtes, betr. die Ausführungsbestimmungen zum Süßstoffgesetze. An den Vorsitzenden des Deutschen Apotheker-Vereins, Herrn Dr. Salzmann, Berlin.

AZ 23 (1908), 765: Der Minister der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. Aufbewahrung und Signierung von strychninhaltigem Getreide. An den Deutschen Apotheker-Verein z. H. des Vorsitzenden Herrn Apothekenbesitzer Dr. Salzmann in Wilmersdorf b. Berlin.

AZ 23 (1908), 942 f.: Die Deutsche Arzneitaxe für das Jahr 1909.

AZ 23 (1909), 169 f.: Schülke & Mayr. Firmenrundsreiben an alle Apotheken. Nochmals der Liquor Cresoli saponatus nach Vorschrift des Preußischen Kultusministeriums.

AZ 26 (1911), 342: Tagesnachrichten Berlin.

AZ 26 (1911), 381 f.: Hofrat Dr. Heinrich Geyer †.

AZ 29 (1914), 375 f.: Verband der Besitzer unverkäuflicher Apotheken.

AZ 30 (1915), 521: Deutscher Apotheker-Verein: Anwesenheitsliste der 43. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins am 15. September 1915.

AZ 31 (1916), 69: Verzeichnis der pharmazeutischen Prüfungskommissionen an den preußischen Universitäten für das Prüfungsjahr 1915–1916.

AZ 31 (1916), 92: Tagesnachrichten. Berlin. Wahl zum Reichsgesundheitsrat.

AZ 32 (1917), 29: Verzeichnis der pharmazeutischen Prüfungskommissionen an den preußischen Universitäten für das Prüfungsjahr 1916–1917.

AZ 32 (1917), 214: Hauptversammlung der Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H., Berlin, am 21. April 1917 im Vereinshaus Deutscher Apotheker, Berlin.

AZ 33 (1918), 10–14: Besprechung über Einführung des Reifezeugnisses für den Apothekerberuf.

AZ 33 (1918), 130 f.: Berlin. Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Deutscher Apotheker.

AZ 34 (1919), 8: Verzeichnis der pharmazeutischen Prüfungskommission für das Prüfungsjahr 1918–19. Berlin: Prüfer Dr. Salzmann u.a.

AZ 35 (1920), 198: Das Maturum eingeführt!

AZ 35 (1920), 271 f.: Reichsminister der Finanzen. Deutsches Reich, betreffend luxussteuerpflichtige Geheimmittel.

AZ 35 (1920), 485 f.: Zur Frage des Dispensierrechtes der Tierärzte.

AZ 35 (1920), 258 f.: Das Maturum.

AZ 35 (1920), 267: Berlin. Versicherungspflicht der Apotheken-Angestellten.

AZ 36 (1921), 163 f.: Fünfzig Jahre approbierter Apotheker, Dr. Jehn aus Geseke.

AZ 38 (1923), 106: Reichsbank-Direktorium. Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches. Zinsen und Rückzahlung reichsgesetzlich sichergestellt durch die Gesamtheit der deutschen Privatvermögen.

AZ 39 (1924), 283 f.: Zur Notlage der alleinarbeitenden Apotheker.

AZ 39 (1924), 615–617: Kreda, Kreditverein deutscher Apotheker.

AZ 39 (1924), 951–955: 50 Hauptversammlungen.

AZ 39 (1924), 1313 f.: Der deutsche Drogistenverband zum Rundschreiben des Reichsministers des Innern betr. Durchsicht der Kaiserlichen Verordnung über den Verkehr mit Arzneimitteln vom 22. Oktober 1901.

AZ 39 (1924), 1447–1449: Das Salzmann-Jubiläum.

Dr. Salzmann-Erholungsheim, Spenden-Listen:

AZ 39 (1924), 1449 f., 1476 f., 1498 f., 1544, 1563, 1609, 1635; 40 (1925), 24, 37, 67, 107, 249, 274, 370, 418, 440, 524, 725, 1276, 1357; 41 (1926), 185, 317, 516, 343, 1077, 1164; 43 (1928), 385; 44 (1929), 86, 209, 622, 908, 1005; 45 (1930), 209, 411, 691, 965, 1447; 46 (1931), 60, 741, 898, 1581; 47 (1932), 384, 616, 1187, 1436, 1593; 48 (1933), 111, 312.

AZ 39 (1924), 1526: Großhandel und Drogisten.

AZ 39 (1924), 1574: Das Salzmann-Erholungsheim Deutscher Apotheker.

AZ 39 (1924), 1588: Zur Ausbildungsfrage.

AZ 40 (1925), 36 f.: Das Dr. Salzmann-Erholungsheim.

AZ 40 (1925), 304 f.: Der Wirtschaftsrat.

AZ 40 (1925), 479 f.: Apotheker und Drogist.

AZ 40 (1925), 852: Beförderung der Militärapotheker in der Reichswehr. Ministerialrat Dr. G. Devin.

AZ 40 (1925), 930: Beschluss zur eigenen Vereinszeitung, der Apotheker-Zeitung. 1885–1925. 40 Jahre AZ.

AZ 40 (1925), 1229 f.: Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Apotheker-Verein und den Spitzenverbänden der Krankenkassen.

AZ 41 (1926), 62–64: Der Deutsche Apotheker-Verein im Jahre 1925.

AZ 41 (1926), 64: 25 Jahre Ranke-Apotheke, Berlin.

AZ 41 (1926), 267: Homöopathische Arzneibücher.

AZ 41 (1926), 511: Gesolei. Düsseldorfer Ausstellung.

AZ 41 (1926), 671–674: Zum 50jährigen Bestehen des Reichsgesundheitsamtes.

AZ 41 (1926), 686 f.: Hermann Thoms.

AZ 41 (1926), 707: Die Jubelfeier des Reichsgesundheitsamtes.

AZ 41 (1926), 799: Josef Bachmair in Pasing †.

AZ 41 (1926), 838 f: Vorläufige Tagesordnung für die 52. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins 1926 in Düsseldorf.

AZ 41 (1926), 933: Programm der 52. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins zu Düsseldorf 1926.

AZ 41 (1926), 976: Zur Düsseldorfer Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins.

AZ 41 (1926) 1231–1233: Stuttgart und Düsseldorf.

AZ 41 (1926), 1307: Versammlung des Vorstandes der Fédération Internationale Pharmaceutique zu Paris am 9. und 10. November 1926.

AZ 42 (1927), 251: Internationaler Apothekerbund: Vorschlag von der Nederlandsche Maatschappij zur Wiederaufnahme von Deutschland, Österreich und Ungarn in den Internationalen Apothekerbund im Februar 1927.

AZ 42 (1927), 863 f: Vorläufige Tagesordnung für die 53. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins 1927 zu Bremen.

AZ 42 (1927), 909: Programm der 53. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins in Bremen 1927.

AZ 42 (1927), 950: „Hageda“ contra „Hagepa“. Ein Firmenzeichenstreit.

AZ 42 (1927), 947 f., 961 f., 975 f.: Der praktische Ausbildungsgang der Pharmazeuten. Bericht des Internationalen Apothekerbundes.

AZ 42 (1927), 1117: Feststunde im Bremer Ratskeller zu Ehren von Dr. Salzmann am 7. September 1927.

AZ 42 (1927), 1313: Ehrung Dr. Salzmanns durch die österreichischen Apotheker anlässlich seines 25jährigen Vorsitzes im Deutschen Apotheker-Verein.

AZ 42 (1927), 1569 f.: 40 Jahre Geschäftsstelle des Deutschen Apotheker-Vereins.

AZ 43 (1928), 95: Ehrung Dr. Salzmanns durch die jugoslawischen Apotheker anlässlich seines 25jährigen Vorsitzes im Deutschen Apotheker-Verein.

AZ 43 (1928), 261: Interessantes aus der Statistik des Deutschen Apotheker-Vereins.

AZ 43 (1928), 1388: Die Hageda in Hannover.

AZ 44 (1929), 34: Der Vorstand des Deutschen Apotheker-Vereins. Sparrer, Georg / Wartenberg, Wilhelm / Büsch, Anton / Evers, Albert / König, Theodor Maria / Schwarz, Otto. Zum 70. Geburtstag Heinrich Salzmanns.

AZ 44 (1929), 676 f.: Zur Regelung des Apothekenwesens.

AZ 44 (1929), 708 f.: Salzmann-Stiftung deutscher Apotheker.

AZ 44 (1929), 1012–1014: Die Uraufführung des Kulturfilms „Die deutsche Apotheke“.

AZ 45 (1930), 189: Ministerialrat Devin 60 Jahre alt.

AZ 45 (1930), 365–370: Die Enquete des Reichswirtschaftsministeriums über die wirtschaftliche Lage der Apotheken.

AZ 45 (1930), 385: Berufsjubiläen. Dr. Theodor König, München.

AZ 45 (1930), 387: Berufsjubiläen. Alfred von Gusnar, Berlin.

AZ 45 (1930), 415–417: Aus der Statistik des Deutschen Apotheker-Vereins.

AZ 45 (1930), 1235: 6. Apothekermesse und Ausstellung in Trier. Dreilöffelsymbol.

AZ 45 (1930), 1289: Personalnachrichten. Apothekenkauf. Apotheker Albert Schmierer, Tübingen.

AZ 46 (1931), 948: Promotion in Pharmazie in Halle.

AZ 46 (1931), 100, 1017: Generaldirektor R. Koschitzky.

AZ 46 (1931), 1324 f.: Adolf Zickner †.

AZ 46 (1931), 1339 f.: Alexander Tschirch, Bern.

AZ 47 (1932), 421 f.: Hermann Reihlen †.

AZ 47 (1932), 1560: Pharmazierat Dr. Riedel.

AZ 48 (1933) 196 f.: Sitzung des Vorstandes des Deutschen Apotheker-Vereins.

AZ 48 (1933), 241 f.: Empfang von Vertretern der Apothekerverbände beim Reichsminister Göring.

AZ 48 (1933), 321 f.: Sitzung des Vorstandes und des Wirtschaftsrates des Deutschen Apotheker-Vereins.

AZ 48 (1933), 322, 348 f.: Gasschutzlehrgang für Apotheker.

AZ 48 (1933), 392: Einsetzung eines Kommissars für den Deutschen Apotheker-Verein.

AZ 48 (1933), 497–499: Gründungsfeier der Landesgemeinschaft Deutscher Apotheker vorm. Deutscher Apotheker-Verein am 23. April 1933.

BARTELS, Johann: Gedanken eines jungen Fachgenossen zur Ausbildung. In: AZ 41 (1926), 325 f.

BEDALL, Carl: Albert Hilger. Zum 25. Jubiläum als Professor der Pharmazie. In: AZ 12 (1897), 647.

BEDALL, Carl: Zum goldenen Berufsjubiläum des Kollegen Bachmair-Pasing am 1. September 1925. In: AZ 40 (1925), 876.

BERLINER APOTHEKER-VEREIN: Umlage für die Salzmann-Stiftung von monatlich 10 Mark vom Dezember 1926 bis September 1927. In: AZ 41 (1926), 1402.

BÖTTGER, Hermann Julius / URBAN, Ernst: Die Preußischen Apothekengesetze mit Einschluß der reichsgesetzlichen Bestimmungen über den Betrieb des Apothekergewerbes. Berlin 1907.

BRUCHHAUSEN, Friedrich von: Johannes Gadamer. In: AZ 42 (1927), 381–385.

BUCHNER, Joseph Benedikt: Homöopathische Arzneibereitungslehre. München 1852.

BUCHOLZ, Christian Friedrich / GEHLEN, Adolph Ferdinand: Gedanken und Vorschläge über die Verbesserung der Lage armer Individuen aus der dienenden Klasse der Apotheker, und dadurch zugleich zur besseren Ausübung der Kunst selbst. In: Journal der Pharmacie 18 (1809), 17.

CASPARI, Carl: Homöopathisches Dispensatorium für Ärzte und Apotheker. Leipzig 1826.

DANN, Georg Edmund: Zur pharmazeutischen Studienreform. In: AZ 41 (1926), 265 f.

DANNEMANN, Josef: Zum neuen deutschen homöopathischen Arzneibuche. In: AHZ (1898), 126.

Deutsches Arzneibuch. 4. Ausgabe (Pharmacopoea Germanica, editio IV) Berlin 1900; 5. Ausgabe Berlin 1910; 6. Ausgabe Berlin 1926.

Deutsches Homöopathisches Arzneibuch. Hrsg. vom Deutschen Apotheker-Verein Berlin 1901.

DEVIN, Gustav: Erinnerungsblätter aus der Geschichte der Militärpharmazie. In: AZ 29 (1914), 1636 f.

EILERS, Alfred: Zur Ausbildungsfrage. In: AZ 39 (1924), 1523 f.

ELSNER, Friedrich: Entgegnung gegen Salzmanns Kritik an dem Bericht über die am 13. Oktober in Küstrin, Krappes Hotel, abgehaltene Herbst-Kreisversammlung des Kreises Frankfurt a. O. In: AZ 26 (1911), 943.

FROMME, Johannes: Ueber den Wiederaufstieg des Apothekerstandes und die Ausbildung seines Nachwuchses. In: AZ 39 (1924), 1495–1498.

FROMME, Johannes: 40 Jahre Apotheker-Zeitung. In: AZ 41 (1926), 354 f.

GADAMER, Johannes: Zur Ausbildungsfrage. In: AZ 39 (1924), 1415–1417.

GEBLER, Ernst Carl: Die Mitgliedschaft im Deutschen Apotheker-Verein. In: AZ 44 (1929), 190 f.

GRUNER, Carl Ernst: Homöopathische Pharmakopöe im Auftrag des Centralvereins homöopathischer Aerzte. Leipzig 1854.

HAENKE, Heinrich: Sonntagsgedanken über das geplante Salzmann- Erholungsheim. In: AZ 39 (1924), 1544.

HAGEN, Siegfried: Dreihundert Jahre Hagen-Geschichte. 2 Bde. Kassel 1936.

HEBER, Friedrich Albert Karl: An die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins! In: AZ 48 (1933), 389.

HEBER, Friedrich Albert Karl: Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker vorm. Deutscher Apotheker-Verein. In: AZ 48 (1933), 492 f.

HEBER, Friedrich Albert Karl: Die Gleichschaltung in der Pharmazie. Berichtigung. In: PZ 73 (1933), 355.

HEINI, Anton: Ernst Heinitz. In: Juristische Woche 59 (1931), 17 f.; Deutsche Juristen-Zeitung 22 (1926), 1627 f.

HOLZ, Max: Erinnerungsblätter aus der Geschichte der preußischen Militärpharmazie bis zur Beendigung des Krieges 1914–18. In: AZ 39 (1924), 1418–1422.

KATZ, Julius: Ein weiterer Beitrag zum homöopathischen Arzneibuch. In: PZ 40 (1897), 799.

KATZ, Julius: Ueber die quantitative Bestimmung der Alkaloide in Tinkturen. In: Archiv der Pharmazie 76 (1898), 81–100.

KATZ, Julius: Willmar Schwabe. In: AZ 32 (1917), 42 f.

KOWALK, Rudolf Berthold: Militärischer Dienstunterricht für einjährig-freiwillige Ärzte und Unterärzte sowie für Sanitätsoffiziere des Beurlaubtenstandes. Berlin 1892.

KRISCHKE, Bertold: Fünfundzwanzig Jahre Deutscher Apotheker-Verein. In: AZ 42 (1927), 1050–1059.

KRISCHKE, Bertold: Geschichte des Deutschen Apotheker-Vereins von 1820 bis 1932. Berlin 1932.

KUCKLENTZ, Karl: Hundert Jahre Bucholz-Gehlen-Trommsdorff-Stiftung. In: AZ 18 (1903), 197.

KUNZ-KRAUSE, Hermann: Verein der Apotheker Dresdens und der Umgebung. Sein Entstehen, Werden und Wirken. Dresden 1931.

LAUER, Anton: Zur Erweiterung des Hochschulstudiums. In: AZ 42 (1927), 989–991.

LEHMANN, Rudolf: Die Pharmazie im Dienste der Bakteriologie und Nahrungsmittelchemie. In: PZ 35 (1892), 528, 560.

LOTZ, Walther: Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Kriege. Stuttgart / Berlin / Leipzig 1927.

MEINECKE, Theodor [der Ältere]: Meine Eingabe an die Nationalversammlung. In: AZ 34 (1919), 404 f.

MEINECKE, Theodor [der Ältere]: In eigener Sache. In: AZ 34 (1919), 425.

MEINECKE, Theodor [der Jüngere]: Ueber die Möglichkeit, durch einheitliche Durchführung des Personalkonzessionssystems früher zur Selbständigkeit zu kommen. In: AZ 43 (1928), 807–809.

MEYER, Hans: Aus 25 Jahren Kampf gegen die Personalkonzession. In: AZ 42 (1927), 1059–1067.

Meyer, Hans: 40 Jahre Geschäftsstelle des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 42 (1927), 1569 f.

MEYER, Hans: Dr. Carl Bedall der Jüngere. Zu seinem 70. Geburtstag am 28. Juni 1928. In: AZ 43 (1928), 762.

MEYER, Hans: Die deutsche Apotheke. Zur Uraufführung des für den Deutschen Apotheker-Verein hergestellten Kulturfilms am 21. August 1929. In: AZ 44 (1929), 998.

MEYER, Hans: Willy Wobbe †: In: AZ 46 (1931), 382.

MEYER, Hans: Bertold Krischke 75 Jahre. In: AZ 47 (1932), 1269 f.

MEYER, Hans: Wechsel des Namens ‚Apotheker-Zeitung‘ in ‚Standeszeitung Deutscher Apotheker‘. In: AZ 48 (1933), 756.

MÖLLERS, Berthold: Der Anteil von Erich Wernicke an der Entdeckung des Diphtherieheilsersums. In: Reichsgesundheitsblatt 15 (1940), 964–966.

MOSSA, Samuel: Versammlung der homöopathischen Aerzte Württembergs. In: AHZ 65 (1897), 201 f.

NITHACK, Gustav: Der Zwangsabbatt der Krankenkassen. In: AZ 17 (1902), 859.

NITHACK, Gustav: Eine Reform des Apothekenwesens, welche dem Apotheker das Besitzrecht wahrt. In: AZ 22 (1907), 270–272.

OBERMILLER, Gustav: Tarifvertragsgemeinschaft deutscher Apotheker. Gesamtausschuß für Württemberg. In: AZ 34 (1919), 372.

PEISER, Erich: Dr. Heinrich Salzmann. In: Zentralblatt für Pharmazie 35/36 (1924), 281.

PZ 44 (1901), 700: Festschrift zur 30. Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins in Hannover 1901.

PZ 52 (1909), 665–668, 675–677: Der Konkurrenzkampf gegen die Pharmazeutische Zeitung.

PZ 65 (1922), 432: Pharmazeutisches Handelsblatt. Eintragung der Hageda in das Handelsregister.

PZ 65 (1922), 745–747, 755–758: Fünfzig Jahre Deutscher Apotheker-Verein.

PZ 72 (1929), 747–749: Ernste Gedanken zur Apothekenreformfrage.

PZ 76 (1933), 341: Der Vorstand / Der Kommissar: Die Gleichschaltung in der Pharmazie.

PHOEBUS, Philipp: Handbuch der Arzneiverordnungslehre. Spezielle Arzneiverordnungslehre: Solutio Fowleri. Stolberg am Harz 1939.

REMMELE, Adam: Herzlichen Gruß dem Deutschen Apotheker-Verein. In: AZ 44 (1929), 1084.

RIEHL, Wilhelm: Lehrling, Eleve oder Praktikant. In: AZ 35 (1920), 314.

ROJAHN, Carl August: Ueber Erweiterung und Vertiefung des pharmazeutischen Studiums. In: AZ 39 (1924), 1417 f.

ROJAHN, Carl August: Abschiedsfeier für Herrn Geheimrat Beckurts in der Technischen Hochschule in Braunschweig. In: AZ 40 (1925), 228 f.

ROSENHAINER, Otto / TROMMSDORFF, Hermann: Johann Bartholomäus Trommsdorff 1770–1837. Das Lebensbild eines der größten Pharmaceuten und Chemiker an der Wende des 18. Jahrhunderts, zugleich ein Stück der Vergangenheit der alten Universitätsstadt Erfurt. Jena 1913.

RUNGE, Paul: Das Salzmann-Erholungsheim. Eine Erwiderung. In: AZ 39 (1924), 1608 f.

RUNGE, Paul: Dr. Heinrich Salzmann zum Gedächtnis. In: PZ 90 (1947), 29–32.

RUPP, Erwin: Pharmakognosie und pharmazeutische Institute. In: AZ 39 (1924), 1607 f.

RUPP, Erwin: Zum ‚Dr. pharm‘. In: AZ 41 (1926), 193 f.

SCHULZE, Karl: Die gesetzliche Regelung der homöopathischen Arzneibereitung. In: AZ 42 (1927), 933.

SCHWABE, Willmar: Pharmacopoea homoeopathica polyglottica [!]. Leipzig 1872.

SCHWABE, Willmar: Zur Bearbeitung einer staatlich anzuerkennenden homöopathischen Pharmakopöe. In: PZ 42 (1897), 575 f.

SCHWABE, Willmar: Pharmacopoea homoeopathica polyglotta [!]. In: AHZ 68 (1900), 102.

SCHWABE, Willmar: Deutsches homöopathisches Arzneibuch. Leipzig 1901.

SCHWABE, Willmar: Dr. Willmar Schwabe's Pharmacopoea homoeopathica polyglotta. Leipzig 1901.

SCHWABE, Willmar: Deutsches homöopathisches Arzneibuch. In: AZ 16 (1901), 533.

SCHWABE, Willmar: Neue, zustimmende Urtheile über das Neue Deutsche Homöopathische Arzneibuch. In: AHZ 70 (1902), 173 f.

SCHWABE, Willmar jun.: Dr. Willmar Schwabes Homöopathisches Arzneibuch. Leipzig 1924.

SICK, Paul von: Ueber den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen bezüglich Herausgabe eines deutschen homöopathischen Arzneibuches. In: AHZ 66 (1898), 146.

SPARRER, Georg: Heinrich Salzmänn zu seinem fünfzigjährigen Berufsjubiläum. In: AZ 39 (1924), 1413.

SPARRER, Georg: Zur Neuordnung der pharmazeutischen Ausbildung in Deutschland. In: AZ 41 (1926), 977 f.

SPARRER, Georg: Heinrich Salzmänn 25 Jahre Vorsitzender des Deutschen Apotheker-Vereins. In: AZ 42 (1927), 1048.

SPARRER, Georg: Notverordnung und Arzneiversorgung. In: AZ 45 (1930), 1337 f.

STEPHAN, Carl: Zur Bilanz der Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m.b.H. In: AZ 20 (1905), 467.

SÜDDT. AZ 64 (1924), 501–503: Der Vorstand des Deutschen Apotheker-Vereins 1924/1925. Zum goldenen Berufsjubiläum Dr. Heinrich Salzmanns.

URBAN, Ernst: Zu Dr. Salzmanns 50jährigem Berufsjubiläum. In: PZ 69 (1924), 1205–1208.

URBAN, Ernst: Sechzig Jahre Deutscher Apotheker-Verein. In: PZ 77 (1932), 851–855.

URBAN, Ernst: Hundert Jahre Pharmazeutische Zeitung. Rückblick und Ausblick. In: PZ 101 (1956), 355–367.

WACHSMUTH-MELM, Carl: Dr. Heinrich Salzmänn †. In: Süddt. AZ 86 (1946), 42 f.

WARTENBERG, Wilhelm: Bericht über die Vereinsversammlung im Vereinshaus Deutscher Apotheker. In: AZ 31 (1916), 302–304.

WILL, Heinrich: Das einheitliche Leuchtschild der deutschen Apotheke. In: AZ 44 (1929), 966 f.

WOBBE, Willy: Die deutschen homöopathischen Arzneibücher. In: AZ 16 (1901), 617 f.

WREDE, Richard: Das geistige Berlin. Berlin 1898.

7.3.2. Sekundärliteratur

AHLHEIM, Christine: Pharmazie im Spiegel ihrer Presse: Die Apothekenreform von 1871 bis 1894. Stuttgart 1990 (QStGPh, 57).

Badische Biographien. Begr. von Friedrich von Weech. Hrsg. von Albert Krieger. 6 Bde. Karlsruhe / Heidelberg 1906.

BERENDES, Julius: Das Apothekenwesen. Seine Entstehung und geschichtliche Entwicklung bis zum XX. Jahrhundert. Stuttgart 1907 (Neudruck Hildesheim 1989).

BEYERLEIN, Berthold: Die Entwicklung der Pharmazie zur Hochschuldisziplin 1750–1875. Ein Beitrag zur Universitäts- und Sozialgeschichte. Stuttgart 1991 (QStGPh, 59).

DANN, Georg Edmund: Eugen und Karl Dieterich: Begründer der wissenschaftlichen und industriellen Galenik 1869–1969. Jubiläumsschrift zum 100-jährigen Bestehen der chemischen Fabrik Helfenberg AG. Vorm. Eugen Dieterich. Wevelinghoven 1969.

DANNENBERG, Gerhard / GROPE, Sabine: Gestalten, nicht nur verwalten. Geschichte der Apothekerkammer Westfalen-Lippe von 1945–1995. Eschborn 1997.

DILG, Peter / ESSER, Elmar: Kompetenz und Tradition. Chronik zum 125jährigen Bestehen des Deutschen Apothekerverbandes 1872–1997. Eschborn 1998.

DOLLINGER, Heinz: Die Universität Münster 1780–1980. Münster 1980.

DRUM, Gunter: Geschichte der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft (1890–1986). Stuttgart 1990 (QStGPh, 60).

ENGELS, Wolfgang: Zur Geschichte des Verstaatlichungsgedankens im deutschen Apothekenwesen unter besonderer Berücksichtigung der preußischen Verhältnisse und des Krankenkassenwesens im 19. Jahrhundert. Stuttgart 1984 (QStGPh, 28).

ERNST, Elmar: Das „industrielle“ Geheimmittel und seine Werbung. Arzneifertigwaren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland. Würzburg 1975 (QStGPh, 12).

FIEDLER, Heinz: Die Chemische Fabrik Helfenberg – Familienunternehmen und Aktiengesellschaft. Zum 160. Geburtstag von Eugen Dieterich und 80. Todestag von Karl Dieterich. In: Elbhang-Kurier 2 (2001), 10–13.

FLEISCHER, Arndt: Patentgesetzgebung und chemisch-pharmazeutische Industrie im deutschen Kaiserreich (1871–1918). Stuttgart 1984 (QStGPh, 25).

FRIEDRICH, Christoph: Die Geschichte der ABDA von 1950 bis 2000. Eschborn 2000.

FRIEDRICH, Christoph / WOLF, Evemarie: Es wird an uns liegen, diesem Namen Inhalt zu geben. In: PZ 145 (2000), 2191–2197.

FRIEDRICH, Christoph / MÜLLER-JAHNCKE, Wolf-Dieter: Geschichte der Pharmazie. Bd. II: Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart. Eschborn 2005.

- FRIEDRICH, Christoph: Schmidt, Ernst Albert. In: NDB 23 (2007), 183 f.
- GÖTZ, Wolfgang: Zu Leben und Werk von Johann Bartholomäus Trommsdorff (1770–1837). Darstellung anhand bisher unveröffentlichten Archivmaterials. Würzburg 1977 (QStGPh, 16).
- GOETZENDORFF, Holger: Von der Selbsthilfe zur Selbstverwaltung. Entstehungsgeschichte der Apothekerkammer Nordrhein (1945–1953). Stuttgart 1992 (QStGPh, 66).
- GREBE, Karin: Heinrich Salzmann zum 150. Geburtstag. In: DAZ 149 (2009), 74–78.
- GUTBIER, Johannes: Luthers letztes Vermächtnis. Urach 1958.
- HAUG, Thomas: Friedrich August Flückiger (1828–1894). Leben und Werk. Stuttgart 1985 (QStGPh, 32).
- HEIN, Wolfgang-Hagen / SCHWARZ, Holm-Dietmar (Hrsg.): Deutsche Apotheker-Biographie. 2 Bde. und 2 Erg.-Bde. Stuttgart 1975, 1978, 1986 und 1997 (Veröffentlichungen der Internationalen Gesellschaft für Geschichte der Pharmazie, Neue Folge, 43, 46, 55, 60).
- HELMSTÄDTER, Axel / SIEBENAND, Sven: Erster Weltkrieg. Mangelware Arzneimittel. In: PZ 159 (2014), 28–34.
- HOFF, Norbert: Pharmazeutische Vereine und Gesellschaften von 1774 bis 1872. Ihre Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der wissenschaftlichen Leistungen. Nat. wiss. Diss. Marburg 1975.
- HOPPE, Brigitte: Louis Lewin (1850–1929). Sein Beitrag zur Entwicklung der Ethnopharmakologie, Toxikologie und der Arbeitsmedizin. Med. Diss. FU Berlin 1985.
- HUWER, Elisabeth: 55 Jahre Apotheken-A. Geburtstag eines Klassikers. In: PZ 151 (2006), 4738.
- KEHRBERG, Arno: Das nationalsozialistische Fliegerkorps, die Vorschule der deutschen Flieger. Berlin 1942.
- KLÖTZER, Ralf: Drubbel–Roggenmarkt–Alter Fischmarkt. Häuserbuch der Stadt Münster. Münster 2008.
- KOLMSEE, Peter: Unter dem Zeichen des Äskulap. Eine Einführung in die Geschichte des Militärwesens von den frühen Anfängen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Bonn 1997.
- KOSCH, Wilhelm: Das katholische Deutschland. Augsburg 1937.
- LANDGRAF-BRUNNER, Kristin: Die Auseinandersetzungen zwischen Apothekern und den gesetzlichen Krankenkassen von Beginn der gesetzlichen Krankenversicherung an. Stuttgart 1986 (QStGPh, 38).
- LEIMKUGEL, Frank: Wege jüdischer Apotheker. Emanzipation, Emigration und Restitution. Die Geschichte deutscher und österreichisch-ungarischer Pharmazeuten. 2., erw. Aufl. Eschborn 1991.

LÜDY-TENGER, Fritz: Die Flückiger-Stiftung im Wandel der Zeit. In: SAZ 99 (1961), 413–422.

MENTRUP, Ludger: Die Apotheke in der Inflation 1914–1923. Stuttgart 1988 (QStGPh, 50).

MEINECKE, Ulla: Apothekenbindung und Freiverkäuflichkeit von Arzneimitteln. Darstellung der historischen Entwicklung bis zur Kaiserlichen Verordnung von 1901 unter besonderer Berücksichtigung des Kurfürstentums Brandenburg und des Königreiches Preußen. Nat. wiss. Diss. Marburg 1972.

MEYER, Hans: Dr. Heinrich Salzmann. In: Süddt. AZ 89 (1949), 2 f.

MEYER, Hans: Dr. Heinrich Salzmann. Zu seinem 100. Geburtstag am 10. Januar 1959. In: PZ 104 (1959), 33 f.

MEYER, Hans: Deutscher Apotheker-Verein – 100. Geburtstag 3. Bis 5. September 1972. Überlegungen, Betrachtungen und Erinnerungen. In: PZ 117 (1972), 1285–1292, 1317–1324, 1368–1377.

MICHALAK, Michael: Das homöopathische Arzneimittel. Von den Anfängen zur industriellen Fertigung. Stuttgart 1991 (Heidelberger Schriften zur Pharmazie- und Naturwissenschaftsgeschichte, 5).

MÜLLER, Bernhard: Militärpharmazie in Deutschland bis 1945. Stuttgart 1993 (QStGPh, 68).

PRIESNER, Claus: Mannich, Carl. In: NDB Bd. 16 (1990), S.71–73.

RANKENBURG, Heinz: Die Apothekerausbildung im Spiegel der deutschen Prüfungs- und Approbationsordnungen von 1875 bis 1989. Frankfurt/Main u.a. 1996 (Pharmaziehistorische Forschungen, 1).

REINHARD, Friedhelm: Apotheken in Berlin. Von den Anfängen bis zur Niederlassungsfreiheit 1957. Eschborn 1998.

SCHINDLER, Herbert: Zur Geschichte des deutschen Homöopathischen Arzneibuchs. In: ÖAZ 27 (1973), 381–386.

SCHLICK, Caroline: Apotheken im totalitären Staat – Apothekenalltag in Deutschland von 1937 bis 1945. Stuttgart 2008 (QStGPh, 85).

SCHMITZ, Rudolf: Geschichte der Pharmazie. Bd. I: Von den Anfängen bis zum Ausgang des Mittelalters. Eschborn 1998.

SCHRÖDER, Gerald: NS-Pharmazie. Gleichschaltung des deutschen Apothekenwesens im Dritten Reich. Ursachen, Voraussetzungen, Theorien und Entwicklungen. Stuttgart 1988.

SCHULTE, Erika: Der Anteil Erich Wernickes an der Entwicklung des Diphtherieantitoxins. Berlin 2011.

SCHWARZ, Christine: Genossenschaftliche Selbsthilfe von Apothekern am Beispiel der Stada. Stuttgart 1985 (QStGPh, 34).

STÜRZBECHER, Manfred: Berlins alte Apotheken. Berlin 1965.

UHLIG, Judith: Treptow. Geschichte der Berliner Verwaltungsbezirke. Berlin 1995.

UNGERN-STERNBERG, Manfred von: Memorandum zum homöopathischen Dispensierrecht. Detmold 1980.

VERDENHALVEN, Fritz: Alte Maße, Münzen und Gewichte aus dem deutschen Sprachgebiet. Neustadt a. d. Aisch 1968.

VIERKOTTEN, Ursula: Zur Geschichte des Apothekenwesens von Stadt und Fürstbistum Münster i.W. Mit dem münsterschen Apothekereid und der Arzntaxe von 1584. Nat. wiss. Diss. Marburg 1969.

VOSS, Susanne: Philipp Phoebus (1804–1880). Sein Leben und wissenschaftliches Werk. Nat. wiss. Diss. Gießen 2003.

WÜLLRICH, Susanne: Geschichte der Hageda als standeseigener Großhandel der Apotheker. Stuttgart 1987 (QStGPh, 45).

WÜLLRICH, Susanne / WEHLE, Christian: Hageda. Ihre Geschichte von 1902 bis 1922. Lübeck 1988.

8. Personenregister

Achenbach, Heinrich (von) (1829–1899)

Adlung, Alfred (1875–1937)

Althoff, Friedrich Theodor (1839–1908)

Alves, August Wilhelm (?–1890)

Am Zehnhoff, Hugo (1855–1930)

Andrae, Theodor (1855–1927)

Andrée, Adolf (1841–1917)

Anselmino, Otto Hermann (1873–1955)

Antze, Wilhelm (1862–1934)

Arens, Heinrich Friedrich (1814–1880)

Bachmair, Joseph (1859–1926)

Baetcke, Carl (1852–1902)

Bannes, Elisabeth Maria Pulcheria (1880–1964)

Baum, Dorothee (*1940)

Baum, Johannes (*1935)

Becker, Clemens (1834–1912)

Becker, Magdalene Franziska (1801–1873)

Becker, Maria (1850–1927)

Becker, Theodor (1801–1884)

Becker, Theodor (1873–1939)

Beckurts, Heinrich (1855–1929)

Bedall, Carl (1858–1930)

Behring, Emil von (1854–1917)

Bellingrodt, Friedrich (1830–1904)

Berendes, Julius (1837–1914)

Berens, Peter (1861–1935)

Bergter, Curt (1850–1892)

Bethke, Joachim (*1922)

Bethmann Hollweg, Theobald von (1856–1921)

Bismarck, Otto von (1815–1898)

Boeckh, Ernst August (1859–1942)

Böttger, Hermann Julius (1843–1917)

Born, Johann (?–?)

Bosse, Robert (1832–1901)

Brandes, Rudolph (1795–1842)

Braun, Carl (1869–1929)

Brückner, Hugo Oswald (1869–1950)

Brunnengraeber, Christian (1832–1893)

Bucholz, Christian Friedrich (1770–1818)

Bülow, Bernhard Heinrich Martin Fürst von (1849–1929)

Büsch, Anton (1880–1933)

Bumm, Franz (1861–1942)

Burkhard, Albert Rudolf (1848–1908)

Calliess, Franz (1850–1914)

Caspari, Carl (1798–1828)

Cieslewicz, Bruno (1890–1959)

Claus, Adolf Karl Ludwig (1840–1900)
Conti, Leonardo (1900–1945)
Contzen, Oskar (1844– ?)
Cordes, Marietta (1892–1976)

Dahmen, Johannes Wilhelm (1771–1862)
Dahmen, Maria Sybille (1781–1848)
Dannemann, Josef (1856–1935)
Darwin, Charles (1809–1882)
Delbrück, Clemens von (1856–1921)
Devin, Gustav (1870–1943)
Dewald, Stephan (1884–1964)
Dieterich, Karl (1869–1920)
Dieterle, Hugo (1881–1952)
Dühning, Karl Eugen (1833–1921)
Duflos, Adolf Ferdinand (1802–1889)
Dunant, Henri (1828–1910)

Eichengrün, Arthur (1867–1949)
Eilers, Alfred (1854–1927)
Eisert, Bettina (*1954)
Eisert, Clemens (*1953)
Eisert, Karola (1918–2003)
Eisert, Herbert (1917–2002)
Eisert, Ingo (*1961)
Eisert, Joachim (*1958)
Eisert, Jutta (*1956)
Eisert, Raimund (*1947)
Eisert, Simone (*1949)
Eisert, Stephan (*1943)
Ernst, Alfons (1908–1974)
Ernst, Gerhard (*1943)
Ernst, Hildegard (1912–2005)
Esmarch, Erwin von (1855–1915)
Esser, Joannes (?–1685)
Evers, Albert (1865–1929)

Faulwasser, Friedrich Andreas Eduard (1827–1904)
Feldhaus, Sigismund (1822–1895)
Ferdinand von Anhalt-Köthen (1769–1830)
Fiedler, Gottlieb (1782–1863)
Fiek, Hanns-Reinhard (1895–1944)
Flückiger, Friedrich August (1828–1894)
Fränkel, Martin (1871–1910)
Freitag, Heinrich (1903–1971)
Fresenius, Carl Remigius (1818–1897)
Fresenius, Johann Philipp (1842–1911)
Freyberg, Ernst (1861–1925)
Friedrich-Wilhelm III. (1770–1840)
Friedrich-Wilhelm IV. (1795–1861)
Froelich, Max (1851–1928)

Fromme, Georg (1859–1925)
Fromme, Johannes (1863–1937)
Fuchs, Julius (1858–1914)

Gadamer, Johannes (1867–1928)
Garcke, Friedrich Christian August (1819–1904)
Gebler, Ernst Carl Amadeus (1870–1942)
Gehe, Franz Ludwig (1810–1882)
Gehlen, Adolph Ferdinand (1775–1815)
Geyer, Heinrich Ludwig (1848–1911)
Gisevius, Friedrich Paul (1867–1946)
Göring, Hermann (1893–1946)
Greiss, Joseph (?–?).
Gruner, Carl Ernst (1797–1875)
Gusnar, Alexander Eduard Alfred von (1862–1942)

Haacke, Wilhelm (1849–1909)
Hagen, Karl Gottfried (1749–1829)
Hagenbeck, Conrad (1856–1930)
Hager, Hermann (1816–1897)
Hahnemann, Samuel (1755–1843)
Halévy, Jacques-Fromental (1799–1862)
Hamel, Carl (1870–1949)
Hammer, Philipp (1837–1901)
Hartmann, Franz (1796–1853)
Hartwich, Carl Gottfried (1851–1917)
Heber, Friedrich Albert Karl (1891–1939)
Heckel, Édouard Marie (1843–1916)
Heinitz, Ernst (1857–1930)
Hilger, Albert (1839–1905)
Hindenburg, Paul von (1847–1934)
Hoermann, Johannes (1845–1926)
Hoffmann, Richard (1856–1931)
Holst, Hermann Eduard von (1841–1904)

Itallie, Leopold van (1859–1931)

Jäger, Lorenz (1892–1975)
Jehn, Carl (1845–1923)
Johannsen, Diedrich (1849–1931)
Juckenack, Adolf (1870–1939)
Jungclaußen, Caesar Albrecht (1853–1916)

Katz, Julius (1870–1912)
Kaufmann, Anton Maximilian (1843–1910)
Kayser, Eduard (1901–1966)
Keimer, Anna-Sibylle
Keimer, Karl [Carl] (1901–1966)
Keimer, Carola (*1941)
Keimer, Gisela (*1937)
Keimer, Hubertus Hermann (*1931)

Keimer, Maria (1906–1998)
 Keimer, Michael (*1948)
 Keimer, Norbert (*1941)
 Keimer, Ruth (*1944)
 Keller, Michael (1896–1961)
 Kitasato, Shibasaburo (1856–1931)
 Klausener, Erich (1885–1934)
 Kleist, Hugo (?–?)
 Klinkenberg, Willi (?–1945)
 Koch, Jakob (1876–1951)
 Koch, Robert (1843–1910)
 König, Theodor Maria (1862–1946)
 Körte, Friedrich (1854–1934)
 Koschitzky, Richard (1878–1936)
 Kriesel, Benedikta (1893–1973)
 Krischke, Bertold (1857–1938)
 Kröner, Eugen (1861–1924)
 Kuhlmann, Ernst (1862–1931)

Laboschin, Josef (1869–1936)
 Lampe, Carl (1804–1889)
 Langfurth, Hugo (1887–1922)
 Lauer, Anton (1890–1955)
 Laux, Walther (1857–?)
 Laves, Ernst (1863–1927)
 Lejeune-Jung, Paul Adolf Franz (1882–1944)
 Lenz, Fritz (1887–1976)
 Lenz, Wilhelm Georg Leberecht (1852–1916)
 Lepsius, Bernhard (1854–1934)
 Lesmüller, Max (1874–1952)
 Lewandowski, Hermann (1849–1911)
 Lewin, Louis (1850–1929)
 Lohmann, Paul (Geburts- bzw. Sterbedatum waren nicht zu klären)
 Luboldt, August Rudolph (1831–1894)
 Luboldt, Walter (1870–[vermisst wahrscheinlich] 1943)

Mankiewicz, Gustav (1833–1905)
 Mannich, Carl (1877–1947)
 Matthes, Hermann (1869–1931)
 Mayer, Virgil (1834–1889)
 Meinecke, Theodor (1867–1931)
 Meissner, Carl Friedrich Wilhelm (1792–1853)
 Meurer, Friedrich (1792–1865)
 Meyer, Hans (1895–1977)
 Mielck, Wilhelm Albrecht (1880–1957)
 Molsen, Friedrich (1906–1998)
 Moritz, Carl (1863–1944)
 Mossa, Samuel (1833–1905)
 Müller, Hermann (1876–1931)

Nieberding, Rudolf Arnold (1838–1912)

Nithack, Gustav (1851–1913)
Nitschke, Theodor Rudolph Josef (1834–1883)

Obermiller, Gustav (1872–1920)
Ommen, Ommo Janssen (1830–1890)
Otto, Hermann (1881–1943)

Paul, Theodor (1862–1928)
Peiser, Erich (1886–1951)
Phoebus, Philipp (1804–1880)
Pieck, Johannes (*1936)

Ranke, Leopold von (1795–1886)
Reihlen, Hermann (1863–1932)
Reimer, Konrad (1853–1915)
Remmele, Adam (1877–1951)
Reuss, Dorothee (1909–1997)
Rojahn, Carl August (1889–1938)
Rüdiger, Adolf (1853–1923)
Runge, Paul (1869–1953)
Rupp, Erwin (1872–1956)

Salkowski, Heinrich Otto (1846–1929)
Salzmann, Adolf August (ca.1770–1845)
Salzmann, Adolf (1856–1938)
Salzmann, Anna Margareta (1789–1857)
Salzmann, Annette (1914–2008)
Salzmann, Bernhard (1886–1959)
Salzmann, Bertha (1878–1969)
Salzmann, Carl (1854–1934)
Salzmann, Christian (*1939)
Salzmann, Clemens (1903–1995)
Salzmann, Elisabeth-Charlotte (1913–2002)
Salzmann, Elisabeth Maria Therese (1914–1978)
Salzmann, Ferdinand (1850–1919)
Salzmann, Friedrich (1851–1942)
Salzmann, Heinrich Clemens Erich (1902–1950)
Salzmann, Heinrich Clemens Paul (*1936)
Salzmann, Heinrich Johannes (1810–1877)
Salzmann, Irmgard (*1936)
Salzmann, Johanna (*1950)
Salzmann, Konrad (1939–1973)
Salzmann, Maximilian Heinrich Adolf Hubert (1859–1945)
Salzmann, Monika (*1946)
Salzmann, Otto (1910–1997)
Salzmann, Ruth (1905–1986)
Salzmann, Sophie (1863–1923)
Salzmann, Therese Sybilla (1820–1908)
Salzmann, Thomas (*1952)
Schacht, Karl (1836–1905)
Scharff, Anton (1845–1903)

Schelenz, Hermann (1848–1922)
 Schellenberg, Gustav August Ludwig David (1882–1963)
 Schmidt, Ernst (1845–1921)
 Schmidt, Albert (1835–1903)
 Schmiedel, Roland (1888–1967)
 Schmierer, Albert (1899–1974)
 Schniewind, Ernst (1851–1916)
 Schulz, Hugo (1853–1932)
 Schulze, Ernst (1837–1929)
 Schwabe, Willmar (1839–1917)
 Schwabe, Willmar (1878–1935)
 Schwarz, Otto (1870–1945)
 Schulte, Aloys (1857–1941)
 Scriba, Julius (1866–1937)
 Scribe, Augustin Eugène (1791–1861)
 Severing, Carl (1875–1952)
 Sick, Paul von (1836–1900)
 Siedler, Paul (1857–1935)
 Sparrer, Georg (1877–1936)
 Steinmetz, Heinrich William Justin (1855–1908)
 Stephan, Rudolph Jacob Carl (1856–1909)
 Stiegele, Karl (1850–1937)
 Stöcker, Karl Alexander (1853–1917)
 Stohr, Franz (1869–1930)
 Struff, Carl (1842–1927)
 Sulzer, Ludger (1846–1899)

Thaeter, Karl (1869–1915)
 Thomae, Karl (1869–1937)
 Thoms, Hermann (1859–1931)
 Tofahrn, Max (1889–1959)
 Trommsdorff, Anna
 Trommsdorff, Auguste
 Trommsdorff, Johann Bartholomäus (1770–1837)
 Troplowitz, Oscar (1863–1918)
 Tschirch, Alexander (1856–1939)

Unger, Hugo (1850–1913)
 Urban, Ernst (1874–1958)

Veith, Franz (1866–1918)
 Voerckel, Rudolf (1897–1957)
 Vogt, Emil (1848–1930)

Wachsmuth-Melm, Carl (1896–1970)
 Wackenroder, Heinrich Wilhelm Ferdinand (1798–1854)
 Wagner, Richard (1813–1883)
 Wagner-Schlageter, Richard (1869–1957)
 Wandt, Sabine (*1942)
 Warburg, Emil (1846–1931)
 Wartenberg, Wilhelm (1868–1942)

Weber, Ernst (1862–?)
Weber, Friedrich Wilhelm Hildebrand (1794–1864)
Weber, Josef (1886–1972)
Wehle, Christian (1934–1990)
Wernicke, Erich (1859–1928)
Wilhelm I. (1797–1888)
Wilhelm II. (1859–1941)
Willgerodt, Heinrich Conrad Christoph (1841–1930)
Windelband, Wilhelm (1839–1909)
Wirth, Joseph (1879–1956)
Wittmann, Gerhard
Wittmann, Roswitha
Wobbe, Willy (1867–1931)

Zickner, Adolf (1868–1931)
Ziegler, Auguste (1821–1884)
Ziegler, Karl Anton (1814–1883)
Zumbroich, Lorenz (1861–1935)